

WESTBLOCK-OSTBLOCK

Welt- und Deutschlandpolitik
nach dem Zweiten Weltkrieg

Internationale monatliche Übersichten 1945-48
von August Thalheimer
Erweitert durch Briefe und Dokumente



Mit Einleitung und Anmerkungen
der Gruppe Arbeiterpolitik 1992

WESTBLOCK-OSTBLOCK

Welt- und Deutschlandpolitik
nach dem Zweiten Weltkrieg

Internationale monatliche Übersichten 1945-48
von August Thalheimer
Erweitert durch Briefe und Dokumente

Mit Einleitung und Anmerkungen
der Gruppe Arbeiterpolitik 1992

Es geht hier um eine Zeit tiefgehender
weltpolitischer Umbrüche: 1945 - 1948.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ordneten sich die weltpolitischen Kräfte neu, an die Stelle der Gegensätze zwischen verschiedenen imperialistischen Staaten trat ihre Einheit unter Führung der USA. Dem kapitalistischen Lager trat das entstehende sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze unmittelbar gegenüber, viele Kolonialländer drängten verstärkt nach nationaler Unabhängigkeit.

August Thalheimer versuchte zusammen mit Heinrich Brandler von ihrem Exil in Cuba aus, den politischen Freunden in Europa und insbesondere in Deutschland »den inneren Zusammenhang und Sinn des Geschehenen aufzuzeigen«, wie er selbst in den »Internationalen monatlichen Übersichten« vom August 1946 formulierte. Diese Aufgabe, die auf eine lange Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung zurückblicken kann, war umso notwendiger, als den deutschen Arbeitern lediglich die zensierten Nachrichten und Zeitungen der Besatzungsmächte zugänglich waren, die eine realistische Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung verstellten und die wirklichen Triebkräfte hinter den verschiedenen Ereignissen verdeckten.

Heute befinden wir uns erneut in einer Zeit des Umbruchs. Die Sowjetunion, wie sie aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging, ist zerfallen, die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den imperialistischen Zentren (Nordamerika, Europa und Japan) gewinnen an Bedeutung, und an die Stelle der Ost-West-Konfrontation ist zunächst die bisher lokal begrenzte militärische Auseinandersetzung mit den Ländern der »Dritten Welt« getreten, die sich imperialistischer Ausbeutung und Vereinnahmung zu widersetzen suchen.

Damals wie heute verbergen die Akteure innerhalb der weltpolitischen Szenerie ihre wirklichen Interessen, Absichten und Ziele hinter diplomatischen Floskeln und Parolen. So wie sich nach 1945 unter der Fahne

der »Demokratie« sowohl die beginnenden sozialen Umwälzungen in Osteuropa als auch zugleich der Kampf der Westmächte gegen diese Entwicklung verbargen, so wird heute vom »gemeinsamen europäischen Haus«, von »humanitären Einsätzen« oder von »Friedensmissionen« internationaler Organisationen gesprochen und damit ihr wahrer Charakter vernebelt. Wer weiß schon, daß es in Somalia (Januar 1993) nicht etwa darum geht, selbstlos der hungernden Bevölkerung zu helfen als vielmehr – wie englisch-sprachige Zeitungen inzwischen auch offen melden – die millionenschweren Investitionen von vier US-Öl-Giganten zu sichern, die in den letzten Jahren die Rechte an den Ölvorkommen erworben haben, die dort vermutet werden? Wer ist sich im klaren darüber, daß der Druck der führenden imperialistischen Nationen auf die BRD immer stärker wird, ebenfalls Truppen für den Krieg auf dem Balkan bereitzustellen, und daß es trotz aller verfassungsrechtlicher Bedenken daher nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die deutsche Politik auch ein militärisches Eingreifen deutscher Soldaten wieder für notwendig erklärt.

In dieser Umbruchphase, in der wir laufend neuen und verwirrenden Entwicklungen ausgesetzt sind, sich zurechtzufinden, aktuelle Vorgänge in ihrem weltpolitischen Zusammenhang zu verstehen, ist nicht leicht. Dazu bedarf es eines verlässlichen Kompasses: nämlich der marxistischen Methode, und die »Internationalen monatlichen Übersichten« können uns auch heute noch helfen, diese Methode anzueignen.

So wichtig es ist, gedanklich nachzuziehen, wie sich die Periode des »Kalten Krieges« in der Zeit zwischen 1945 und 1948 herausgebildet hat, deren Ende wir gegenwärtig erleben, so unverzichtbar ist es vor allen Dingen, in diesen zeitgenössischen »Übersichten« Stellungnahmen kennenzulernen, die im ständigen Fluß des weltpolitischen Geschehens die einzelnen Ereignisse auf ihren materiellen Kern zurückführen und in ihren wirklichen Zusammenhang stellen – um so von einem

revolutionären, kommunistischen Standpunkt aus zu einem grundlegenden Verständnis des Gesamtprozesses zu kommen. Auch wenn einzelne vorausschauende Überlegungen August Thalheimers so nicht eintraten, so erstaunt doch die Klarheit seiner »Internationalen monatlichen Übersichten«, die damals beispiellos war und unseres Erachtens von anderen Zeitgenossen nicht erreicht wurde.

Vollständiger Nachdruck aller zwischen 1945 und 1948 erschienen 29 Ausgaben der »Internationalen monatlichen Übersichten«, geschrieben von August Thalheimer während seines Exils in Cuba. Erweitert um Auszüge aus dem Briefwechsel zwischen Thalheimer, Brandler (Cuba) und Fritz Wiest (Großbritannien), Mogens Boserup (Dänemark) und anderen Genossen im Exil. Dazu Zeitungsausschnitte und weitere Dokumente zu den kommentierten politischen Ereignissen zwischen 1945 und 1948.

Mit ausführlichen Anmerkungen (1988) und einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1992. 460 Seiten, Broschur, Schutzumschlag.

INTERNATIONALE MONATLICHE ÜBERSICHT

Nummer 1: August 1946.

Vorbemerkung Die nachfolgenden internationalen monatlichen Beberichten sollen jeweils einen Rückblick auf die wichtigsten internationalen Geschhnisse eines Monats geben. Der Zweck kann also nicht die Aktualität sein. Es handelt sich vielmehr darum, den inneren Zusammenhang u. Sinn des Geschehenen aufzuzeigen. Praktische Folgerungen zu ziehen, bleibt den Lesern überlassen. Die Methode der Behandlung ist die marxistische. Sie ist ihrer Natur nach kritisch.

1. Die Pariser sogenannte Friedenskonferenz.

Es gehört kein übermäßiger Scharfsinn dazu, dass die Pariser Friedenskonferenz nichts mit der Schaffung eines dauerhaften Friedens zu tun hat. Sie ist vielmehr eine Fortsetzung des politischen Aufmarsches der Sieger für den nächsten, den dritten Weltkrieg. Das bedeutet nicht, dass der 3. Weltkrieg unmittelbar vor der Tür steht. Es gibt zwar in verschiedenen Ländern Strömungen, die den Krieg gegen die Sowjet-Union in kurzer Frist ausfechten wollen – so lange noch die Vereinigten Staaten allein im Besitze der Atombombe sind, und so lange die Sowjet-Union noch in den ersten Anfängen des Wiederaufbaues steht. Aber diese Strömungen sind nicht die herrschenden. Sowohl die rein militärischen wie die politischen Vorbereitungen können nicht übers Knie gebrochen werden. Man kann für sie mindestens 7 – 10 Jahre rechnen.

Daraus folgt auch, dass die jetzigen Verhandlungen in absehbarer Zeit mit irgendwelchen formellen Ergebnissen in Friedensverträgen – abschließen werden. Sofern die heutigen Friedensverhandlungen keine Friedensverhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes sind, sondern nur Verhandlungen zwischen den imperialistischen Mächten sind, die den Frieden nur als Mittel zum Zweck betrachten, sind sie nicht anders zu beurteilen als die Verhandlungen zwischen den imperialistischen Mächten vor dem ersten Weltkrieg.

WESTBLOCK-OSTBLOCK

Welt- und Deutschlandpolitik
nach dem Zweiten Weltkrieg

Internationale monatliche Übersichten 1945-48
von August Thalheimer
Erweitert durch Briefe und Dokumente

Mit Einleitung und Anmerkungen
der Gruppe Arbeiterpolitik 1992

INTERNATIONALE ÜBERSICHT
über
Monat Mai,

Numer: 10.

Juni 1947.

1. Aus Deutschland.

Als der Hunger in Deutschland wieder einmal einen besonders scharfen Charakter annahm und die Arbeiter auf die Strasse gingen, bereitete der amerikanische General James Newmann, Militär-Gouverneur des "Landes" Hessen, eine Kundgebung an die Bevölkerung vor, in der er ihr den Belagerungszustand ankündigte, falls sich ihr Benehmen nicht bessere - - - womit eben die Demonstrationen gemeint waren. Einige Leute aus der Umgebung des Generals Newman scheinen für das ebenso Ungeheuerliche als Sinnlose einer solchen Androhung ein Gefühl gehabt zu haben. Sie benachrichtigten den General Clay, den Militär-Gouverneur für die ganze amerikanische Zone, und der veranlassete in letzter Minute, dass die Drohung mit dem Belagerungszustand aus der Kundgebung des Generals Newman wegblieb. Der General Clay erklärte seinerseits, dass die amerikanischen Besatzungsbehörden nicht mit der "eisernen Hand", sondern im Einvernehmen mit den deutschen Behörden ihr Gebiet verwalten wollen.

Dieser Vorgang ist in deutschem für mancherlei Dinge in der Westzone Deutschlands, Kretern zeigt er, dass die Not am Ende des zweiten Jahres der Besetzung Deutschlands durch die Amerikaner so gross ist, dass die Leute die Kugeln der Besatzungstruppen nicht mehr fürchten und dass also eine Drohung mit dem Belagerungszustand als sinn- und wirkungslos ergeht, ja offenbar nach der Meinung der obersten amerikanischen Militärbehörde selbst die Lage für die Besatzungsmacht noch verschlechtert würde.

Eine traurige Bilanz dies für das reichste Land der Welt, Die Vereinigten Staaten,

Zweitens aber zeigt der Vorgang, dass die amerikanischen Besatzungsbehörden sich bewusst sind, dass sie ohne der Mithilfe der deutschen Behörden ihr Gebiet nicht verwalten können - - so, wie sie es verwalten. Der Belagerungszustand bedeutet ja, dass die Militärbehörden selbst alles machen. Andererseits lassen eine Reihe von Meldungen darauf schliessen, dass viele der deutschen Verwaltungsbehörden unter dem Druck der hungernden und verzweifelten Bevölkerung geneigt waren ihre Ämter hinzuwerfen. Um ihre für sie so wertvollen, ja unentbehrlichen Hilfsdienste zu erhalten, missen die Besatzungsbehörden ab und zu etwas tun, um sie ihnen nicht ganz unmöglich zu machen.

So beleuchtet dieser Vorgang wie mit einem Blitzlicht die Ereignisse der Verwaltung der amerikanischen Zone am Ende von zwei Jahren; das vollständige Versagen der Besatzungsmacht, um der Bevölkerung ihrer Zone auch nur das trockene Brot zu sichern, die steigende Verzweiflung, aber auch die ersten Anfänge eines Widerstandes oder wenigstens eines Protestes der Bevölkerung, und schliesslich das Abwirtschafte der deutschen Behörden, die im Dienste der amerikanischen Besatzungsbehörden das deutsche Elend verwalten.

In der englischen Zone sind die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung womöglich noch katastrophaler. England hat ja bekanntlich selbst keine Lebensmittelüberschüsse. Es ist angewiesen erstens auf den guten Willen der Amerikaner, zweitens auf das, was es selbst aus den landwirtschaftlichen Gebieten seiner Zone herauszubolen versteht. Darüber soll in einem weiteren Zusammenhang gesprochen werden.

Der englischen Aussenminister Bevin hat den seltenen Mut gehabt, in seinem Bericht an das britische Unterhaus zu sagen, die deutschen Arbeiter seien selbst verantwortlich für ihre Lage, in der sie sich jetzt befinden, da sie das Hitler-Regime und den Krieg zugelassen hätten.

WESTBLOCK-OSTBLOCK

Welt- und Deutschlandpolitik
nach dem Zweiten Weltkrieg

Internationale monatliche Übersichten 1945-48
von August Thalheimer
Erweitert durch Briefe und Dokumente

Mit Einleitung und Anmerkungen
der Gruppe Arbeiterpolitik 1992

Inhalt

Zur Neu-Herausgabe der »Übersichten« (Februar 1992)		9
Oktober 1944	»...was ich einzuwenden habe.«	34
1945		
Juli, Nr.1	1. Das Ultimatum an Japan	49
	2. Sieg der Labour-Party in England	51
	3. Das Londoner und das Warschauer Polen	53
	4. Kolonie Deutschland	54
	5. Frankreich	59
	6. Eine vorläufige Bemerkung über die Atombombe	61
September, Nr.2	1. Zur Londoner Konferenz	65
1946		
August, Nr.1	1. Die Pariser sogenannte Friedenskonferenz	79
	2. Was ist die Dardanellenfrage?	82
	3. Palästina	84
	4. Die Zusammenstöße in Indien	85
	5. Das Dilemma der amerikanischen Politik in China	85
	6. Einige bedeutsame internationale Tatsachen	86
September, Nr.2	1. Der Kampf um Deutschland ist der Kampf um Europa	91
	2. Das Interview Stalins und die internationale Lage	93
	3. Zur inneren Lage der Sowjetunion	96
	4. Die Verkürzung der amerikanischen Nachkriegskonjunktur	98
Oktober, Nr.3	1. Die Linie und die Methoden der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Rußland	103
	2. Die russische Antwort	104

	3. Nürnberg und sonstige deutsche Fragen	105
	4. Eine neue Lage in China	107
	5. Tatsachen und Glossen in Kürze	108
November, Nr.4	1. Die »Rebellion« im englischen Unterhaus	111
	2. Wird sich der Sieg der Republikaner in den Vereinigten Staaten außenpolitisch auswirken?	112
	3. Die Kammerwahlen in Frankreich	113
	4. Neue Politik der Besatzungsmächte für Deutschland	116
	5. Tatsachen und Glossen in Kürze	121
Dezember, Nr.5	1. Weltpolitische Jahresbilanz	127
	2. Abrüstung?	130
	3. Tatsachen und Glossen in Kürze	132
1947		
Januar, Nr.6	1. Der Fall Italien	137
	2. Vorgefachte um den Friedensschluß mit Deutschland und Österreich	140
	3. Tatsachen und Glossen in Kürze	143
Februar, Nr.7	1. Vor der Moskauer Konferenz	155
März, Nr.8	1. Die Truman-Doktrin	167
	2. Zur Moskauer Konferenz	172
April, Nr.9	1. Was weiter mit Deutschland	179
	2. Die bisherigen internationalen Auswirkungen der Truman-Doktrin	183
Mai, Nr.10	1. Aus Deutschland	189
	2. Die notwendige gesamteuropäische Agrarrevolution	191
	3. Die Truman-Doktrin bereitet die Offensive vor	192
	4. Tatsachen und Glossen in Kürze	195
Juni, Nr.11	1. Reinigung im Balkan	199
	2. Der Marshallplan und die Pariser Konferenz	201
	3. Nachrichten und Glossen in Kürze	207

Juli, Nr.12	1. Zwei Systeme	211
	2. Die Krise Englands und der Ausweg	215
August, Nr.1	1. Der Marshall-Plan in seiner Entwicklung	221
	2. Was fehlt in England?	225
	3. Nachrichten und Glossen in Kürze	230
September, Nr.2	1. Über die internationale Bedeutung der englischen Krise	235
	2. Die Strategie des amerikanischen Imperialismus	237
Oktober, Nr.3	1. »Kominform«	245
	2. Die Rechtswendung in Frankreich und England	254
November, Nr.4	1. Der Widerspruch zwischen den nationalen und den internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und seine Lösung	259
	2. Tatsachen und Glossen in Kürze	265
Dezember, Nr.5	1. Weltpolitische Bilanz 1947	269
1948		
Januar, Nr.6	1. Die Theorie und die Praxis der »Dritten Kraft«	279
	2. Religiöse Kämpfe und Klassenkampf in Indien	285
Februar, Nr.7	1. Der Weg zur Macht in der Tschechoslowakei	293
	2. Der West- und der Ostblock	298
März, Nr.8	1. Ist der Krieg nahe?	305
	2. Tatsachen und Glossen in Kürze	311
April, Nr.9	1. Nationalität und Internationalität unter den gegenwärtigen Bedingungen	317
	2. Das Ergebnis der italienischen Wahlen	325
	3. Tatsachen und Glossen in Kürze	326
Mai, Nr.10	1. Das sowjetische Verhandlungsangebot an die Vereinigten Staaten und seine Ablehnung	331
	2. Die Räumung Deutschlands	333
	3. Palästina	336
	4. Tatsachen und Glossen in Kürze	337

Juni, Nr.11	1. Fragen zum Fall Jugoslawien	343
	2. Die Zerreißung und Wiedervereinigung Deutschlands	349
Juli, Nr.12	<u>Um Deutschland</u>	
	1. Was die Besatzungsmächte wollen	361
	2. Was Deutschland braucht	365
August, Nr.1	3. Nachrichten und Glossen in Kürze	367
	1. Moskau - Berlin	371
	2. Faschistische Anfänge in Oxford	371
	3. Zu der grundsätzlichen Bedeutung des Falles Jugoslawien	373
November, Nr.2	4. Tatsachen und Glossen in Kürze	375
	1. Die Wahl Trumans zum Präsidenten der USA	379
	2. Worum es geht zwischen Ost und West	381
	3. Mukden von Chinas Kommunisten erobert	384
	4. Die Streikbewegung in Frankreich	384
1949		
März, Nr.1	1. Die chinesische Revolution	387
	2. Das Ende des Weltgewerkschaftsbundes	395
	Anmerkungen zu den »Übersichten« (1987)	403

Zur Neu-Herausgabe der »Übersichten«

Die Dokumente, die wir hier zur Verfügung stellen, behandeln die ersten Jahre nach dem 2. Weltkrieg. Ihre Bedeutung liegt nicht so sehr in ihrem Faktenreichtum. Hier gibt es inzwischen vollständigere und systematischere Darstellungen. Entscheidend ist vielmehr die Sichtweise, die in den »Übersichten« zum Ausdruck kommt. Die Herausbildung des Ost-West-Gegensatzes wird hier vom marxistischen Standpunkt aus erklärt. Das heißt, nicht das Geschick oder Unvermögen einzelner Politiker, auch nicht der Vergleich militärischer Potentiale, sondern die gesellschaftlichen Gegensätze, die den Westmächten einerseits und der Sowjetunion andererseits innewohnen und die sie voneinander trennen, werden zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht. Daher sind die »Übersichten« mehr als ein Dokument ihrer Zeit. Sie bieten auch einen Erklärungsansatz, um die derzeitige Auflösung des Ostblocks in Europa zu verstehen.

Warum machen wir uns die Mühe des Nachdrucks? Die ersten Versuche, das hier zugängliche Material für eine Neu-Veröffentlichung zu bearbeiten, liegen mehr als zehn Jahre zurück. Zu der Zeit war von »perestroika«, von der Auflösung des RGW, von der Einvernahme der DDR durch die BRD und vom Auseinanderbrechen der SU nichts zu erkennen. Wir sagten uns allerdings, und das wollten wir mit der Herausgabe der »Internationalen Monatlichen Übersichten« verbinden, daß die Nachkriegsperiode der »friedlichen Koexistenz« nicht ewig währen kann.

Die Geschichte hat uns bei den mehrjährigen Vorbereitungen zur Herausgabe der »Übersichten« eingeholt. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, das Auseinanderbrechen der SU hat die weltpolitische Kräftekonstellation entscheidend verändert. Die Nachkriegsepoche, in der sich seit 1945 die gesellschaftlichen Kräfte in Europa sehr schnell zu zwei festen Blöcken, Imperialismus und Sozialismus, entwickelten und mehr als 40 Jahre gegenüberstanden, ist beendet. Damit entfallen oder verändern sich die Voraussetzungen, unter denen alle Parteien und Organisationen der BRD Politik nach innen und außen betrieben haben.

Mit der EG und Japan ist für die USA eine ökonomische Konkurrenz auf einem immer enger werdenden Weltmarkt erwachsen. Das weiterhin gemeinsame Interesse aller imperialistischen Staaten seit 1945 war und ist es, die Grenzen, die die Existenz des sozialistischen Lagers ihnen setzte, zu verschieben und, wenn möglich, ganz zu beseitigen. Schließlich bedeutete allein die

Existenz dieses Lagers eine potentielle Bedrohung, weil der Kapitalismus keineswegs eine Gesellschaftsformation immerwährender Prosperität darstellt. Prosperität und Krise wechseln einander vielmehr ab, und mit jeder Krise besteht die Gefahr, daß sie nicht von einem Wiederaufschwung abgelöst wird, sondern sich derart ausweitet, daß das gesamte politische und ökonomische System zur Disposition steht.

Der sozialistische Block ist, nach einer Zeit zunehmender innerer Schwierigkeiten und Differenzen, auseinandergebrochen. Es war die SU, die am Ende des Zweiten Weltkrieges als entscheidende Kraft dieses Lagers dessen Gesamtinteresse ausdrückte – solange sie die erste siegreiche proletarische Revolution vertrat. Mit der Ausbreitung der sozialen Revolution in China und später auch in anderen Ländern verschärfte sich der Widerspruch zwischen den nationalen Interessen der SU und den Ländern mit siegreicher sozialer Revolution. Die ökonomische Stagnation, die Verschärfung innerer politischer Gegensätze, führten dazu, daß sich die Sowjetunion schrittweise aus ihren internationalen »Verpflichtungen« löste. Nach der Räumung Afghanistans begann die Rote Armee auch mit dem Rückzug aus den Staaten, in die sie im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einmarschieren mußte, um die deutsche Wehrmacht und das Nazi-Regime zu schlagen. Sie konnte militärisch nicht mehr verteidigen, was nach 1945 durch den Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa im Schatten ihres Einflusses an gesellschaftlichen Veränderungen durchgesetzt wurde. Diese Aufgabe mußte sie den Arbeiterklassen und den sozialistischen/kommunistischen Parteien in diesen Ländern selbst überlassen. Das Ergebnis bis heute ist bekannt.

Die schrittweise Lösung aus ihren internationalen »Verpflichtungen«, der Rückzug aus Osteuropa sollte es der SU erlauben, sich auf die Überwindung der inneren Schwierigkeiten zu konzentrieren. Der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben. Der gescheiterte »Putsch« vom August 1991 bildet nur den Schlußpunkt der Bemühungen, die auseinanderstrebenden Kräfte in der Sowjetunion zusammenzuhalten. Die Politik, die mit »glasnost« und »perestroika« umschrieben wurde, war der Versuch, ökonomische Stagnation, politisches Desinteresse und den Autoritätsverlust der KPdSU zu überwinden. Im Gegensatz zu den Zeiten des Bürgerkriegs, der Industrialisierung, des 2. Weltkrieges und des Wiederaufbaus fand sich bis jetzt keine gesellschaftliche Kraft, um die anstehenden Probleme zu meistern und die entstandenen Widersprüche auf der bisherigen Grundlage zu überwinden. Auch der »konservative« Flügel der Partei konnte diese Kraft nicht anbieten, entwickelte keine eigenen Vorstellungen, wie die Krise zu überwinden sei. Ihm blieb nur die Rolle des »ohnmächtigen« Kritikers. Weil die Kraft und das Interesse von unten, wenigstens von Teilen der werktätigen Bevölkerung, fehlte (und auch: solange es nicht zu wecken ist), wird immer stärker auf die »Kräfte der Marktwirtschaft« gesetzt. Das politische Lager, das auf einen endgültigen Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit

setzt, gewann an Einfluß ebenso wie die Bestrebungen in einzelnen Republiken, sich von der Moskauer Zentrale zu lösen.

Die unter Gorbatschow eingeleitete »neue« Außenpolitik der SU sollte wirtschaftliche und finanzielle Mittel durch Einsparungen beim Verteidigungshaushalt, durch Kürzungen der Unterstützung verbündeter und befreundeter Staaten für die Entwicklung freisetzen. Das war nur möglich, indem man angesichts der eigenen Schwäche zu weitgehenden Vereinbarungen mit den Westmächten zu gelangen versuchte. Immer größere Zugeständnisse, verpackt als Ende der Ost/West-Konfrontation, als Beginn einer friedensstiftenden Zusammenarbeit, waren der Preis, den die SU zu entrichten hatte. Die vom Westen erbetene und erhoffte finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung blieb auf Sonntagsreden beschränkt oder war nur unter der Bedingung weitgehender innerer Reformen in Richtung Marktwirtschaft zu erhalten.

Daran wird sich auch nach dem Auseinanderbrechen der SU und der Gründung der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« nichts ändern. Die ökonomischen Grundlagen, die in den 20er und 30er Jahren in schweren Kämpfen und nach den Zerstörungen des 2. Weltkriegs in der SU geschaffen wurden, versucht der Imperialismus mit Hilfe der neuen Machthaber in der GUS aufzusprengen.

Mit dem »Rückzug« der Sowjetarmee gewinnt das imperialistische Lager an Spielraum, um auch in den Ländern der »Dritten Welt« seine Machtpositionen zunächst auszubauen und gegen zunehmende Spannungen und Widerstände zu behaupten. Der militärische Aufmarsch des Imperialismus unter Führung der USA am Persischen Golf hat das schon vor über einem Jahr deutlich werden lassen. In seiner offiziellen Erklärung zum Überfall auf den Irak hat US-Präsident Bush selbst den Zusammenhang zwischen der Zurückdrängung des sozialistischen Lagers und der nordamerikanischen Politik gegenüber der »Dritten Welt« hergestellt: *»Dies ist ein historischer Augenblick. Wir haben im vergangenen Jahr große Fortschritte gemacht, die lange Ära des Konflikts und des Kalten Krieges zu beenden. Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen...«*

Den abhängig Beschäftigten in der BRD ist weder der imperialistische Charakter des Krieges im Nahen Osten noch der Politik der herrschenden Klasse gegenüber Osteuropa bewußt, aber die dadurch beschleunigten, tiefergehenden Veränderungen des Alltags werden auch vor Mitteleuropa und seinen Bewohnern nicht haltmachen. Das wird es objektiv erleichtern, daß klassenbewußtes Denken aufnahmebereiten Boden findet. Eine wesentliche subjektive Voraussetzung dafür ist, daß die, die in diesen Prozeß eingreifen wollen, sich eine gründliche Kenntnis der Geschichte aneignen, darin eingeschlossen die Entwicklung der Kräfteverhältnisse am **Beginn** der Periode, deren Ende wir zur Zeit durchleben. Das ist die Zeit von 1945 bis 1948, in der die »Monatlichen Übersichten« bei einem kleinen Kreis von klassenbewußten Arbeitern Bedeutung

hatten. Sie versuchten, vom revolutionären Standpunkt aus die Weltpolitik und ihre Auswirkungen auf das besetzte Deutschland zu erfassen. Es sind also nicht die Tatsachen – sie sind inzwischen weitgehend auch woanders nachlesbar – sondern es ist die **Methode**, mit der die den Arbeitern zugänglichen Tatsachen dargelegt und ihr innerer Zusammenhang hervorgehoben wird; wie also z.B. das diplomatische Getue von West und Ost durchleuchtet und auf den materiellen Kern der wirklichen Kräfte reduziert wird.

Heute wie damals verbergen die Akteure der Weltpolitik ihre wirklichen Interessen, ihre Stärken und Schwächen hinter diplomatischen Floskeln, propagandistischen Parolen und ideologischen Rechtfertigungen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit versuchte die Führung der SU an der Anti-Hitler-Koalition festzuhalten, sie pries die UNO als Instrument zur Herstellung einer friedlichen Ordnung in der Welt. Die gesellschaftlichen Umbrüche, z.B. die Enteignungen von Großgrundbesitz und Kapital in der sowjetischen Besatzungszone, wurden als Aufbau einer antifaschistischen, demokratischen Ordnung deklariert. Unter der gleichen Fahne der »Demokratie« begannen die Westmächte ihren Kampf gegen den »Totalitarismus«; gemeint war aber nicht der Faschismus, sondern die beginnenden sozialen Umwälzungen in Osteuropa, ermöglicht und gesichert durch den Einmarsch der Roten Armee. Ähnliche oder gar gemeinsame Parolen und Schlagworte vernebelten nur die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen zwischen West- und Ostblock.

Auch heute, zum Ende des »Kalten Krieges«, kann man an der Oberfläche ähnliches beobachten. Vom gemeinsamen europäischen Haus, von Demokratie und Marktwirtschaft reden und schwärmen Politiker in Ost und West. Die UNO wurde als gemeinsames »Friedensinstrument« wiederentdeckt. Was es damit auf sich hat, macht die Entwicklung des Konfliktes Irak-USA deutlich. Die gemeinsamen Resolutionen des Sicherheitsrates konnten nur kurzfristig die gegensätzlichen Ziele und Interessen, die zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates oder den Staaten der »Anti-Saddam-Koalition« weiter existieren, verschleiern. Durch den militärischen Aufmarsch der West-Alliierten am Golf im Januar/Februar '91 ist nicht ein einziges gesellschaftliches Problem der arabischen Staaten gelöst worden. Neue und weiter zugespitzte Konflikte sind zwangsläufig und strafen das Gerede von »Lösung« Lügen.

Es kann nicht die Aufgabe dieses Vorworts sein, die aktuellen Vorgänge zu dokumentieren, zu analysieren und zu kommentieren. Das muß der konkreten politischen Auseinandersetzung vorbehalten bleiben. Zu diesem Zweck geben wir die »Arbeiterpolitik« heraus. Einige Bemerkungen wollen wir aber zu den »Übersichten«, den Vorläufern der »Arbeiterpolitik« nach dem Krieg, machen.

Die politische Bedeutung der »Übersichten«

Die Verfolgung durch den Faschismus hatte August Thalheimer und Heinrich Brandler zunächst nach Frankreich, später dann nach Kuba verschlagen.

Ab 1941 waren Thalheimer und Brandler gezwungen, von Havanna aus ihre politische Arbeit fortzusetzen, die zwar aufgrund äußerer Umstände eingeschränkt, die aber während der gesamten Emigrationszeit nie unterbrochen war. Sie waren angewiesen auf die in Havanna erhältliche internationale Presse und auf die Korrespondenz mit Genossinnen und Genossen, was beides als unzureichend empfunden wurde. Es gelang, erste Verbindungen zu den Überlebenden, zu den in alle Winde zerstreuten ehemaligen KPD-O-Mitgliedern herzustellen. Die »Monatlichen Übersichten« waren von den Autoren gedacht als ein Beitrag zur Sammlung und Orientierung unter völlig neuen Verhältnissen und Bedingungen in Deutschland. Sie sind deshalb nicht isoliert zu sehen von den politischen Diskussionen im damaligen besetzten Deutschland.

Die alliierten Besatzungsbehörden verweigerten Thalheimer und Brandler die Einreise in das von ihnen besetzte Deutschland. Selbständig denkende Sozialisten und Kommunisten sollten von der politischen Auseinandersetzung ferngehalten werden. Gefragt waren dagegen Politiker, die bereit waren, sich bedingungslos in den Dienst der Militärverwaltungen zu stellen. Dem dienten u.a. auch die Einschränkungen und Verbote der ersten betrieblichen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Initiativen und Bewegungen, die sich z.T. sehr schnell um die überlebenden Kader aus der alten Arbeiterbewegung gesammelt hatten.

Die revolutionären Sozialisten, die sich ab 1945 vor allem in den westlichen Besatzungszonen um die »Übersichten« sammelten, nahmen den Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes ein; sie waren auf der Seite derer, die die Notwendigkeit, den Kapitalismus in Deutschland zu beseitigen, als ihre Aufgabe sahen.

Untrennbar mit diesem Standpunkt verknüpft und nicht durch Sympathie zu ersetzen war und ist immer noch die Notwendigkeit, bei der Analyse der Zeitereignisse **alle** politischen Kräfte zu untersuchen, also auch die der Sowjetunion und der anderen Länder des Ostblocks. Im Mai 1946 erläuterte dies Thalheimer:

»Im übrigen in Bezug auf das praktische Verhalten ist unsere Stellung klar genug festgelegt, so daß niemand in Zweifel darüber sein kann. Wir sind in vielem kritisch gegenüber dem, was die Russen machen, aber niemand, der unsere bisherigen Sachen gelesen hat, kann im Zweifel darüber sein, daß wir in dem Konflikt zwischen Angelsachsen auf der einen, den »Russen« auf der anderen Seite, uns auf die letztere Seite stellen, weil die erstere Seite auf die Verteidigung des Kapitalismus hinausläuft, die andere auf deren Beseitigung. Um sich hier zu entscheiden, braucht es nicht tiefgründiger theoretischer Untersuchungen. Das, was das Wesen und den Kern dieses Gegensatzes ausmacht, kann man heute schon mit bloßem Auge sehen, dazu braucht man kein Mikroskop. Darüber hinaus aber sind wir dafür, daß die deutsche und westeuropäische

Arbeiterklasse nicht Anhängsel der SU sein soll, sondern »Auch Einer«, wie der alte Schwabe F.Th. Vischer sagte, d.h. eine selbständige revolutionäre Kraft, mit dem Nachdruck auf beiden unterstrichenen Worten. »Selbständigkeit«, nur um imperialistische und reformistische Politik zu machen, ist keinen Pfifferling wert. In der Praxis wird es immer die Unterordnung unter die andere Seite sein. Die Polarisierung zwischen diesen beiden Lagern wird mit jedem Tag klarer und schärfer«¹, und damit die Notwendigkeit, sich zu entscheiden.

Die »Übersichten« sind neben den politischen Zielen, denen sie dienen sollten, auch undenkbar ohne die reichhaltigen Erfahrungen, die ihre Verfasser in den Kämpfen der Arbeiterschaft der Weimarer Zeit und während der Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung sammeln konnten. Es waren zwei Fragen, die Thalheimer, Brandler und die Genossen, die auf ihrer Seite standen, zunehmend seit Ende der zwanziger Jahre in Gegensatz zu den offiziellen Instanzen der KPD und der Internationale brachten:

1. Auf welchem Wege, mit welchen Methoden kann die Arbeiterklasse in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland den Weg zu ihrer Befreiung, zur sozialistischen Revolution finden, welche Aufgaben fallen dabei der kommunistischen Partei zu?

2. Wie bestimmt sich von daher das Verhältnis zu dem Land, in dem die erste siegreiche sozialistische Revolution stattfand, und zu der Partei, die sie geführt hat?

Die ultralinke Taktik der Parteiführung seit 1928/29 (RGO-Politik, Sozialfaschismustheorie) war auf Kritik bei vielen KPD-Mitgliedern, die in Betrieben und Gewerkschaften aktiv waren, gestoßen. Thalheimer und Brandler sahen in der Taktik des ZK unter Thälmann die gedankenlose Übertragung der russischen Erfahrungen, das alleinige Festhalten an einmal gewonnenen Wahrheiten. In einem Vortrag hat Thalheimer im Dezember 1928 zur Krise in der kommunistischen Partei u.a. folgendes gesagt: *»Worum ging es damals und geht es heute? Es geht darum, daß wir die spezifischen Züge der russischen Revolution erkennen, daß wir die richtige Verallgemeinerung oder, wie Lenin sagte, die richtige »Übersetzung« der russischen Erfahrungen in andere Sprachen, d.h. ihre richtige Übertragung auf andere Verhältnisse, durchsetzen. Es handelt sich weiterhin darum – und das ist das Entscheidende, der Kern, um den es geht – auf Grund einer richtigen Verallgemeinerung der russischen und der eigenen revolutionären Erfahrungen die besonderen, spezifischen, konkreten Züge der proletarischen Revolution in Deutschland unter den Klassenverhältnissen, die wir hier haben, herauszuarbeiten. Das ist mit einem Wort der Inhalt des Kampfes in den letzten 5 Jahren innerhalb der deutschen Partei, der Komintern, und es ist der Inhalt der kommenden Arbeit, die wir zu leisten haben... Das bedingt zwei Hauptmomente: Erstens, daß wir kritisch rein ausscheiden aus dem, was*

1) Brief an Fritz Wiest, 20.5.1946

uns durch die Erfahrungen der russischen Revolution gegeben wird, das, was sich an besonderen russischen Zügen noch darin befindet. Das ist der kritische und negative Teil dieser Arbeit. Zweitens, und ebenso wichtig oder wichtiger, der positive Teil, das ist die positive Herausarbeitung der Grundzüge der Taktik und Strategie der proletarischen Revolution für Deutschland, für die deutschen Klassenverhältnisse. Und das bedingt zugleich eine Weiterentwicklung dessen, was heute in der KPD und der Komintern als revolutionäre Doktrin da ist.»²

Diese Sicht der Politik und Taktik der KPD-Führung führt konsequenter Weise auch zum Kampf gegen die Übernahme der russischen Formen des Parteilebens auf die deutschen Verhältnisse, die unter dem Schlagwort der »Bolschewisierung der Partei« zum Ausschluß der »Rechten« aus der KPD führte. *»Bei alledem sind natürlich die Bedingungen und Methoden des Parteilebens in einem Lande, in dem die Partei die Staatsmacht in der Hand hält, und jede Parteidiskussion zugleich mehr oder weniger die Machtfrage berührt, nicht dieselben wie in Ländern, wo die revolutionäre Arbeiterpartei erst die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern und ihr eigenes Gesicht herauszuarbeiten hat. Was wir in Deutschland sehen, ist aber ein wahres Zerrbild, eine vergrößerte und verplattete Kopie dieses Vorbilds. Es muß das wirkliche Leben im Innern der Partei und damit zugleich ihre Werbekraft nach außen zum Absterben bringen... Hier geht es um die Lebenswurzeln der Partei. Geht dieser Prozeß ungehemmt weiter, verwandelt sich die Parteimitgliedschaft in das passive Objekt einer Bürokratie, die selbst nur ein mechanischer Übertragungsapparat der Weisungen eines bürokratischen Zentrums geworden ist, – so ist keine Rettung mehr. Ein solcher innerlich erstorbener Apparat könnte gewiß noch ziemlich lange äußerlich zu existieren fortfahren, und mit dem erborgten Glanz der Autorität der russischen Revolution Mitglieder bei sich halten; aber der erste Stoß des revolutionären Sturmwindes müßte das morsche Gebäude krachend zum Einsturz bringen.»³*

Es war der Sieg der faschistischen Konterrevolution, der das »morsche Gebäude« zum Einsturz brachte. 1935, zwei Jahre nach der verheerenden Niederlage, nicht nur für die deutsche, sondern auch für die internationale Arbeiterbewegung, korrigierte die Kommunistischen Internationale (KI) die ultralinke Politik und Taktik. Es war nicht die freie, kritische und schonungslose Diskussion der eigenen Fehler, die zu dieser Korrektur führte, sondern eher die nicht diskutierte Anpassung an die neuen Verhältnisse durch die Parteiführung. Die KPD-O charakterisierte die damalige Wendung als »Sprung vom linken in den rechten Straßengraben«. Die ultralinke Taktik, der Kampf gegen den »Hauptfeind, den Sozialfaschismus« wurde nun aufgegeben, aber nicht zugunsten der

2) »Um was geht es? Zur Krise in der KPD. Eine offene Rede zum Offenen Brief«, 1929, S. 15

3) ebd., S. 5

einheitlichen Aktion der Arbeiterschaft. Den kommunistischen Parteien sollte jetzt die Aufgabe zufallen, ein Bündnis mit den »weniger aggressiven, friedliebenden Teilen der Bourgeoisie« herzustellen (Volksfrontpolitik). Auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie sollte der Faschismus geschlagen werden mit Hilfe der bürgerlichen, liberalen Parteien. Ein Bündnis mit Teilen des Bürgertums war aber unter den damaligen Bedingungen der Schwäche nur herzustellen unter einer Voraussetzung: Die Arbeiterschaft hat den Kampf um ihre sozialen und politischen Interessen zurückzustellen. Die Widersprüche und gegensätzlichen Interessen zum Bürgertum konnten auch durch eine neue Taktik der KI nicht aus der Welt geschaffen werden. Wie verheerend und lähmend sich die neue Taktik auf die Regungen der Arbeiterklasse auswirkte, wurde durch diese Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien deutlich. Wie 1933 in Deutschland mit der Politik der scheinradikalen Phrase, so erlebten die kommunistischen Parteien in Frankreich und Spanien mit der Volksfrontpolitik Schiffbruch.

Die Wendung, die die KI mit der Volksfrontpolitik vollzog, entsprach allerdings den außenpolitischen Interessen der SU. Der Sieg des Faschismus in Deutschland, das war der KPdSU etwa seit 1926 klar, würde früher oder später zum Krieg des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion führen. Ihr Bestreben war es daher, zu einem Bündnis mit den Westmächten (England, Frankreich) zu gelangen. Die Widersprüche im imperialistischen Lager versuchte die KPdSU im Überlebenskampf der Sowjetmacht zu nutzen. War es da nicht von Vorteil, wenn sich die kommunistischen Parteien in ihrem Kampf mäßigten, die Internationale ihre Läuterung zu einer demokratischen Kraft unter Beweis stellen konnte? Die Interessen und Notwendigkeiten der sowjetischen Außenpolitik wurden übertragen auf die Strategie und Taktik, die die kommunistischen Parteien in ihren Ländern zu verfolgen hatten. *»Die Sowjet-Diplomatie hat weder die Aufgabe noch die Möglichkeit, den Klassenkampf im Innern der kapitalistischen Länder zu führen. Sie setzt die jeweils gegebenen Kräfte ein, die die Politik in jedem Lande reell bestimmen. Die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder können alle ihre Zwecke nur mit dem Methoden des Klassenkampfes erreichen, und nur mit diesen Methoden können sie die Sowjetunion wirklich unterstützen. Verlassen sie diese Bahn, übernehmen sie die Rolle, die reformistischen oder bürgerlichen Parteien zukommt, so können sie sowohl in der SU wie der internationalen Arbeiterbewegung und den werktätigen Klassen ihrer Länder nur Unheil stiften.«*⁴

Die Westmächte haben die entgegenkommende Haltung der SU und der KPen nicht honoriert. Statt des Bündnisses mit dem »geläuterten« internationalen Kommunismus in Gestalt der SU, hinter der sie immer noch die Gefahr der Revolution wittern, versuchten sie den deutschen Imperialismus in seinem

4) Der Internationale Klassenkampf, Nr. 3, Juli 1936

Expansionsstreben nach Osten, gegen die Sowjetmacht, zu lenken. Der deutsche Faschismus war in den Augen der französischen und englischen Bourgeoisie das kleinere Übel, solange man sich mit ihm arrangieren konnte. Der SU blieb 1939 nichts anderes übrig, als durch ein Abkommen mit Deutschland sich eine Atempause, mehr Zeit zur Vorbereitung auf den Krieg, zu verschaffen. Der Hitler-Stalin-Pakt war das Resultat der ergebnislosen Bemühungen, mit Frankreich und England zu einer gemeinsamen Front gegen Deutschland zu gelangen.

Wir wollen hier nicht die Geschichte der Arbeiterbewegung jener Epoche nachzeichnen. Uns geht es vielmehr um die Darstellung der Fragen, die in der Auseinandersetzung der sozialistischen/kommunistischen Bewegung eine so entscheidene Rolle gespielt haben. Die grundsätzlichen *»Fragen der revolutionären Bewegung bleiben, solange sie nicht theoretisch und praktisch gelöst sind«* (Thalheimer).

Die Antworten können unter veränderten Verhältnissen, wie sie der Verlauf des II. Weltkriegs geschaffen hat, nicht die gleichen sein. Mit dem Ende des II. Weltkrieges tauchten neue Fragen für die kommunistische Bewegung auf. Hier versuchten Thalheimer und Brandler durch die Herausgabe der *»Monatlichen Übersichten«* den Genossen und Genossinnen eine Orientierung zu geben. Bereits 1946 war die Schrift Thalheimers *»Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg«* erschienen. Es war der erste Versuch, Grundzüge der Weltpolitik nach 1945 in allgemeiner Form darzustellen; die *»Übersichten«* knüpften daran an, dienten der Konkretisierung und Korrektur. *»Die Elbe, Neiße, Adria sind jetzt nicht nur politische, sie sind zugleich gesellschaftliche Grenzen: die Grenzen zweier gegensätzlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Diese Vereinfachung schließt eine Verschärfung der Gegensätze in sich. Auch im Lager der Sowjetunion fehlen nicht die Abstufungen, die Unterschiede, ja Gegensätze. Aber gegenüber dem imperialistischen Lager überwiegt auch hier die Gemeinsamkeit der grundlegenden gesellschaftlichen Zielrichtung... Damit ist eine so enge Verflechtung von Außen- und Innenpolitik, ja eine Art Verschmelzung beider Gebiete eingetreten, wie sie in dieser Weise bisher nicht bestanden hatte, wenn man von der Zeit der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts und der napoleonischen Kriege, also der bürgerlichen Revolutionsepoche, absieht.«*⁵

Die Frage nach dem Verhältnis zur SU, die Beziehungen zwischen KPdSU und KPD (bzw. SED) mußten unter den neuen Bedingungen noch an Bedeutung gewinnen. Wie konnten sich Kommunisten in einer derartigen Situation verhalten? Sollten sie sich zu *»demokratischen Repräsentanten«* nach den Vorstellungen der westlichen Besatzungsmächte machen lassen, oder galt es, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, auch wenn sie zeitweise in Ge-

5) *»Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg«*, 1946, S. 2

gensatz zu den Intentionen auch der sowjetischen Militärverwaltung standen?

Für die offiziellen Instanzen der KPD war das keine Frage; kommunistische Minister nahmen auch in den Länderregierungen der Westzonen Platz, von den Besatzungsmächten berufen. Die SU hielt ja immer noch an der Anti-Hitler-Koalition, an der Einheit der vier Besatzungszonen, fest. Erwies man dem Sozialismus nicht den besten Dienst, wenn man sich damit am Aufbau eines demokratischen Deutschlands beteiligte, deren Garanten die alliierten Siegermächte gemeinsam sein sollten, wie es auch die KPdSU propagierte? Auch in Frankreich und Italien beteiligten sich die kommunistischen Parteien an den ersten Nachkriegsregierungen. Die Hoffnungen auf die Einheit der Siegermächte waren auf Sand gebaut. In den Westzonen begann schon kurz nach dem Einmarsch der Sieger der Kampf zur Zurückdrängung des Kommunismus. Die Politik der KPs wurde nicht korrigiert dank eigener Einsicht; es waren die Westalliierten und das Bürgertum, die die kommunistischen Minister wieder vor die Tür der Kabinettsäle setzten. Der »Mohr« hatte seine Schuldigkeit getan, nachdem die kapitalistischen Grundlagen in den Westzonen und Westeuropa gegen die Gefahr einer sozialen Umwälzung gesichert waren, wie sie die Verwüstungen und Veränderungen eines Weltkrieges mit sich bringt.

Noch viel unmittelbarer als in den Westzonen stellte sich in der SBZ die Frage des Verhältnisses der deutschen Kommunisten zur KPdSU und zur Militärverwaltung durch die Rote Armee. Kann das, was an gesellschaftlichen Umwälzungen in Angriff genommen wird, durchgeführt werden als Kopie der russischen Erfahrungen? Wie ist der Wiederaufbau in der SU am sinnvollsten zu unterstützen? Sollen die Besatzungsbehörden demontieren und sich holen, was sie dazu brauchen? Welche Wirkungen hat das auf das Ansehen des Kommunismus bei den deutschen Arbeitern, wenn sich die KPD/SED dabei zum widerspruchslosen Erfüllungsgehilfen machen läßt? Läßt sich der Sozialismus in Deutschland dauerhaft aufbauen und sichern durch die Anwesenheit der Roten Armee?

Die Fragen und Zweifel wurden rasch »beantwortet«. Was den tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen der Besatzungsmacht widersprach, die ersten selbständigen Regungen in der Arbeiterschaft unmittelbar nach Kriegsende, wurde unterdrückt oder in das offizielle Korsett gepreßt, das die Militärverwaltung und in ihrem Gefolge die Führung der KPD für notwendig und sinnvoll erachteten. Der sich rasch entwickelnde Kalte Krieg, der Aufmarsch der Westalliierten ließ keinen Spielraum für Zweifel, für eigene Regungen oder gar Experimente. War nicht deshalb Geschlossenheit und in der Konsequenz auch Abgeschlossenheit eine entscheidende Voraussetzung für die Existenz des sozialistischen Lagers?

Die Zeit schien der offiziellen SED-Politik zunächst Recht zu geben. Besonders seit dem Bau der Mauer 1961 gelang es, die wirtschaftlichen Aufbauerfolge zu sichern und schrittweise auszubauen, Versorgung und Lebensstan-

dard konnten spürbar gehoben werden. Die DDR wurde zum ökonomisch reichsten Mitglied des Ostblocks. Mit Parolen und Schlagworten wie *»von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«* wurden diese Erfolge gefeiert. Um so überraschender kam der Zusammenbruch 1989.

Wenn wir die tiefgreifenden Veränderungen in Osteuropa begreifen wollen, reicht es nicht aus, nur die letzten Jahre zu betrachten, die Zeit, in der die Veränderungen in der SU unter Gorbatschow auch nach außen sichtbar wurden. Die Grundlagen, die Bedingungen, unter denen der Sozialismus in Osteuropa aufgebaut wurde, sind in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt worden. Es waren bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Jugoslawien), *nicht die inneren revolutionären Kräfte*, die die herrschenden Klassen entmachten, sondern die Rote Armee. Aber auch die SU selbst stand vor einer neuen Situation. Die Ergebnisse des 2. Weltkrieges hatte sie in die Rolle einer Weltmacht gedrängt, zu deren Ausfüllung ihr fast alle Voraussetzungen fehlten. In vielen Bereichen noch ein Agrarland, die Infrastruktur zerstört durch das Wüten der deutschen Wehrmacht, hatte sie darüberhinaus auch die größten Menschenopfer unter den *Anti-Hitler-Alliierten zahlen müssen*.

Der Wiederaufbau der 50er und 60er Jahre fand unter diesen Voraussetzungen statt, er hatte der Notwendigkeit zu folgen, der ökonomischen und militärischen Kraft der NATO-Staaten etwas entgegensetzen zu müssen.

Die Neu-Herausgabe der *»Monatlichen Übersichten«* soll ein Beitrag dazu sein, die Auseinandersetzungen jener Zeit zu erhellen und zu verstehen. Wir dokumentieren sie so, wie sie damals erschienen sind. Wir wollen nicht eine von Fehlern und Irrtümern gereinigte Geschichtsschreibung. Eine solche Darstellung und *»Diskussion«* historischer Vorgänge hat in der kommunistischen Bewegung genug Schaden angerichtet.

Die Tradition der »Übersichten«

»Es ist die erklärte Absicht der »Übersichten«, den inneren Zusammenhang und Sinn des Geschehens aufzuzeigen. Praktische Folgerungen zu ziehen, bleibt den Lesern überlassen. Die Methode der Behandlung ist die marxistische. Sie ist ihrer Natur nach kritisch.« Die Betonung des inneren Zusammenhangs des Geschehens hat zur Folge, daß Einzelheiten wie Namen, Daten, Zahlen oder Zitate nur äußerst beschränkt auftauchen.

Gerade in dieser Form liegt das heute noch Nützliche der *»Übersichten«*; was keine der in den letzten Jahren geschriebenen materialreichen Arbeiten bieten kann: Trotz der räumlichen Distanz von den Brennpunkten des politischen Geschehens in Europa, trotz der geringen Informationen, die den Verfassern zugänglich waren, trotz der damals zeitlichen Unmittelbarkeit der Ereignisse filtern sie hinter den Nebelwänden der Diplomatie die sich aus den Tatsachen ergebenden weltpolitischen Kräftekonstellationen heraus.

Und sie bleiben nicht bei der dialektisch-materialistischen Analyse, wie es

vielleicht der eine oder andere Historiker heute auch für sich beansprucht, sie nehmen darüber hinaus Stellung zur Perspektive der deutschen Arbeiterklasse, national wie international, sie ergreifen Partei.

Diese Form der Darstellung der Zeitereignisse hat eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung. Schon Marx und Engels begründeten sie um 1850 in der »Neue rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue«, indem sie in der Regel jedes Heft mit einer weltpolitischen Monatsübersicht abschlossen.

Später war es dann Wilhelm Liebknecht während seiner Tätigkeit im Leipziger Arbeiterbildungsverein und 1868/69 als Redakteur der Zeitschrift »Demokratisches Wochenblatt«, der wöchentlich »Politische Übersichten« verfaßte, um die verwirrenden Einzelheiten des Tagesgeschehens zusammenzufassen und überschaubarer zu machen. Das »Demokratisches Wochenblatt« unter Liebknecht trug wesentlich dazu bei, die »Eisenacher« Sozialdemokratische Partei zu gründen. In der Zeitung der Partei, dem »Volksstaat«, setzt er 1869 »Politische Übersichten« fort.

Das erstmal, daß August Thalheimer diese Form der Zusammenfassung und Kommentierung anwendete, war noch vor dem Ersten Weltkrieg, bevor innerhalb der Sozialdemokratie die Gegner des nationalistischen Taumels sich zur Spartakusgruppe zusammenschlossen. Bei der von ihm verfaßten »Sozialdemokratische Korrespondenz für Auslandspolitik« handelte es sich um ein auf Wachsmatrizen abgezogenes Informationsblatt, dessen Verbreitung uns nicht bekannt ist.⁶

Während der Pariser Emigration griff Thalheimer ab 1935 auf diese Form der zusammenfassenden Analyse und Kommentierung zurück. Im Rahmen seiner Tätigkeit in der Leitung der »Internationalen Vereinigung der Kommuni-

6) Im Archiv der Gruppe Arbeiterpolitik befindet sich die Kopie einer Ausgabe Nr. 12 vom 23.5.1914
7) Von 1935 bis 1936 nannten sich diese Berichte »Europäische Fragen«, »Politische Wochenberichte«, »Briefe aus Europa«, »Notizen aus Europa«, ab Juni 1936 erschienen dann die »Daily European Observations« bis November 1939.

8) In den »Daily European Observations« weist Thalheimer schon sehr früh auf den entscheidenden Sieger des kommenden Krieges und seine politische Tarnung hin: *»Es darf... nicht die Bedeutung der Tatsache verkannt werden, daß durch die Rede Roosevelts der amerikanische Imperialismus sein kräftiges aktives Eingreifen in die imperialistischen Weltkonflikte vorbereitet, indem er die psychologischen Voraussetzungen dafür in den Massen zu schaffen versucht. Die offiziellen kommunistischen Parteien beider Kontinente überschlagen sich in Lobeshymnen für Roosevelt als den Vorkämpfer der Weltdemokratie. Wirkliche Kommunisten hätten gerade umgekehrt die Aufgabe, die demokratische Maske, die dem amerikanischen Imperialismus (wie dem englisch/französischen) jetzt so vortreffliche Dienste leistet, um die werktätigen Klassen für imperialistische Zwecke einzuspannen, zu lüften. Stattdessen tun sie das gerade Gegenteil davon und machen sich so zu Zureibern und Helfershelfern für diese imperialistischen Interessen.«* (13.10.37) *»Die Reden... zeigen, daß die Regierung Roosevelt Schritt für Schritt ihre Aktion fortsetzt, um in einem kommenden Weltkrieg von vornherein eine ganz andere führende Stellung einzunehmen, als dies im letzten Weltkrieg der Fall war... Es handelt sich um die Erhöhung der imperialistischen Vormachtstellung Amerikas, um seine imperialistische Hegemonie im Weltmaßstab.«* (8.6.38) *»Der amerikanische Imperialismus strebt einer stärkeren Weltrolle zu, die sich nicht auf den amerikanischen und asiatischen Kontinent beschränkt, sondern auch auf Europa übergreift.«* (23.11.38)

stischen Opposition« (IVKO) verfaßte er ein- bis zweimal wöchentlich mehrseitige »Daily European Observations«⁷, die zum Teil in der amerikanischen Zeitung »Workers Age« in englisch abgedruckt wurden. Sie behandelten fast ausschließlich die politischen Auseinandersetzungen im spanischen Bürgerkrieg und die zwischen den europäischen Staaten und Nazi-Deutschland im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs.⁸

Nach 12 Jahren faschistischer Barbarei: Die Bedingungen für politische Tätigkeit

1941 konnten August Thalheimer und Heinrich Brandler sich aus Vichy-Frankreich nach Kuba retten. Die Kontakte zu den illegal arbeitenden Genossen in Berlin und im übrigen Deutschland konnten nicht mehr aufrecht erhalten werden. Trotz der elenden materiellen Bedingungen versuchten Thalheimer und Brandler das ihnen Mögliche, sich über die politische Situation in der Welt Klarheit zu verschaffen und ihre Auffassungen anderen in der Emigration lebenden Genossen mitzuteilen. Schon im November 1942 schrieb Waldemar Bolze, der illegal in Frankreich lebte, nach Kuba. Mindestens seit 1943 bestand wieder Briefkontakt zu Genossen in Schweden, im Mai 1944 traf ein erster Brief von Fritz Wiest aus England in Havanna ein. Zu dem Zeitpunkt hatte Brandler schon Kontakt zu Genossen in der Schweiz sowie zu einem Genossen in Südafrika. Im November 1945 bekamen sie Kontakt zum dänischen Genossen Mogens Boserup nach Kopenhagen. Während des Krieges brauchten die Briefe – soweit überhaupt Briefverkehr möglich war – teilweise mehrere Monate, um zum Empfänger zu gelangen; die Post aus den neutralen und alliierten Ländern mußte die von den Nazis besetzten Länder umgehen.

Thalheimer und Brandler, die sich regelmäßig trafen, um die eingegangenen Informationen zu diskutieren und Antworten vorzubereiten, teilten die Arbeit untereinander auf. Brandler erledigte die laufende Post, um die Kontakte der Genossen untereinander zu vermitteln und nach noch nicht wieder aufgetauchten Freunden zu fragen. *»Die letzte Nachricht aus Buchenwald hatten wir Mitte 1939 von einem Wiener jüdischen Emigranten ... Er erzählte uns, daß Robert Siewert als Bauführer im Lager tätig war und daß er sich Respekt vor der SS verschaffte, weil er ihre Prügel ausgehalten habe und seine Arbeit verstand. Wörtlich sagte der Betreffende: Wenn von eurer Gruppe nur R.S. übrig bleibt, dann werdet ihr moralisch alle überragen. Er habe die KP-Leute getröstet und wieder aufgerichtet, wenn sie absackten, er habe die Juden geschützt, die in seine Kolonne kamen, indem er die Arbeiten so einteilte, daß sie sie leisten konnten ... Der Durchreisende sagte uns, daß 17 unserer Leute in Buchenwald waren ... Nun haben wir aus einem Brief von Paul Frölich erfahren, daß Robert Siewert noch lebend in Buchenwald gefunden worden ist. Tut alles, was in Eurer Macht steht, damit wir Verbindung mit Robert ... bekommen ...«* (9.6.45, an F.Wiest). Robert Siewert war nach 1933 Leiter des »Berliner

Komitees« (BK), der Inlandsleitung der KPD-O. Thalheimer befaßte sich währenddessen damit, die Diskussionsergebnisse in Form von Artikeln festzuhalten und »an den Mann zu bringen«. Im November 1945 berichtete er: »In der zweiten Hälfte 1944 habe ich eine umfassende Arbeit über die Voraussetzungen und Aufgaben der sozialistischen Revolution in Deutschland geschrieben. Die Arbeit wurde in Briefen usw. ausgewertet, aber es bestand damals keine Publikationsmöglichkeit dafür, und sie jetzt abzdrukken, so wie sie geschrieben wurde, hätte keinen Zweck«,⁹

Von Anfang an teilte Brandler in seinen Briefen den Genossen seine Auffassungen und die von Thalheimer zur weltpolitischen Entwicklung mit: »27.4.44... Wenn Ihr diesen Brief bekommt, wird der Landungsversuch im Westen stattgefunden haben. Ich glaube, daß die Landung glücken wird und die überwältigende Luftüberlegenheit der Anglo-Amerikaner die Schaffung von Brückenköpfen ermöglichen wird ... 1945 oder 46 wird es soweit sein. Die Dauer des Krieges wird die Größe der Verwüstung Europas und Deutschlands noch beeinflussen ...«

Und immer wieder ging es um die Perspektive der sozialen Revolution in Deutschland und ihr Verhältnis zur Sowjetunion: »Eine revolutionäre Politik, die der deutschen Revolution hilft, ist ganz im Interesse der SU, aber gegen das Interesse der stalinistischen herrschenden Bürokratie. Da nach den Riesenopfern das Bedürfnis nach Ruhe und amerikanischen Krediten – nicht nur in der stalinschen Bürokratie – vorhanden sein wird, und in Amerika das Bedürfnis nach profitversprechenden Lieferungen, ist auf beiden Seiten Geneigtheit zu vorläufigen Kompromissen auf Kosten Deutschlands. Das ist kurz und roh meine Auffassung...« (22.9.44)

Am 15. August 1945 erwähnte Brandler erstmalig, daß die Form der Übersichten wieder aufgegriffen wurde: »Die größere Arbeit von August ist nicht zustande gekommen. Ich habe ihn veranlaßt, monatlich Übersichten zu machen. Die Anregung kam von Ernst Schnacke. Die erste hat er gemacht, und Ihr werdet sie bereits erhalten haben. Die zweite ist in Arbeit...«

Der ersten »Internationalen monatlichen Übersicht« legte Thalheimer einen Zettel bei: »Dies ist ein Versuch monatlicher Übersichten, der fortgesetzt werden soll, hoffentlich ist einiges noch von Interesse bei Ankunft.« Diese »Übersicht« behandelte in einem ersten Abschnitt das in den USA diskutierte Ultimatum an Japan zur Beendigung des Pazifik-Krieges. Mit der Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis (6./9. August) durch die Atombombe, auf die Thalheimer im 6. Abschnitt einging, schien er den ersten Abschnitt für überholt angesehen zu haben. Er sandte das Manuskript ohne »Das Ultimatum an Japan« nach London.

⁹ Im Juni 1945 erschien in der britischen Zeitschrift »Socialist Correspondence« ein Abschnitt aus einem von Thalheimer eingesandten Artikel unter der Überschrift »Socialist Revolution in Germany«, (zurück)übersetzt und veröffentlicht in »Arbeiterpolitik« Nr. 4, 1978.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die am 2. August beendet wurde, kommentierte Thalheimer sofort im Anschluß, das Manuskript dieser Arbeit versandte er noch im September nach London und Schweden. Dieser Kommentar zu den »Potsdamer Beschlüssen« erschien später als Broschüre.¹⁰ Die Anschluß-Konferenz zu Potsdam, die Londoner Konferenz der Außenminister (11. September–2. Oktober 1945) kommentierte Thalheimer ebenfalls sofort und wählte dafür wieder die Form der »Übersicht«. Am 24. Oktober sandte er die Manuskripte der »Übersicht über September 1945, Nr. 2« nach London und Schweden.

Im Dezember 1945 griffen Brandler und Thalheimer die im bisherigen Briefwechsel aufgetauchten Probleme, wie sie sich den in den Besatzungszonen schon tätigen Genossen stellten, in einem Aufsatz mit dem Titel »Neun Fragen« auf und forderten wiederum die Empfänger auf, ihn zu verbreiten und kritisch zu lesen. Brandler schrieb in diesem Zusammenhang:

»Was ist in diesem Fall das Mögliche?

1. Unsere Sachen an unsere Genossen und jene, die sich uns nähern, heranzubringen, untereinander zu diskutieren und uns die Ergebnisse dieser Diskussion mitzuteilen, damit wir erfahren, wo wir einhaken sollen. Mit der bloßen Mitteilung – einverstanden – ist uns nicht gedient, zumal wenn welche nicht einverstanden sind. Das ist keine innerparteiliche Demokratie, wenn die Fragen nicht verarbeitet werden, zumal wir von hier nur die grundsätzliche Seite herausarbeiten können und die praktische Anwendung von Euch erarbeitet werden muß, wenn Ihr einverstanden seid ...

2. Mittel und Wege ausfindig machen, um Verbindung nach Deutschland zu unseren Genossen in der englisch besetzten Zone zu schaffen und unsere Sachen ihnen zuzustellen und mit ihnen zu diskutieren und ihre Wünsche und Bedürfnisse kennenzulernen ...» (2.3.46 an F.Wiest)

Im Januar 1946 verfaßte Thalheimer eine Broschüre unter dem Titel »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg«. Diese Broschüre ist zusammen mit den »Potsdamer Beschlüssen« die theoretische und begriffliche Grundsteinlegung für die Beurteilung der weltpolitischen Lage vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes. Die »Übersichten«, die erst elf Monate nach den beiden ersten Ausgaben von 1945, im September 1946, fortgesetzt wurden, sind die aktuelle Anwendung und Überprüfung dieser »Grundlinien und Grundbegriffe«.¹¹

10) Die Broschüre »Potsdamer Beschlüsse« erschien noch 1945 in London, in Dänemark wurde sie 1945 in der einzigen Ausgabe der Zeitschrift »Socialistisk Debat« auf dänisch abgedruckt. Des weiteren wurde sie in Schweden auf deutsch in den »Politischen Briefen« und auf schwedisch in der Zeitung »Arbetarposten« (Göteborg) veröffentlicht.

11) Im Juni 1946 sandte Thalheimer außerdem eine Stellungnahme zur neu aufkommenden philosophischen Richtung des Existentialismus an die Freunde in Europa: »Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie«. Zwei Monate später, Anfang



Von den West-Alliierten zerbombte Arbeiterwohnungen in Hamburg. In einem Interview berichtete Adolph Kummernuß, vor 1933 Vorsitzender des »Gesamtverbandes«, der späteren ÖTV, über die illegale Tätigkeit der Hafen- und Transportarbeiter: *»Hauptsächlich in den Kai-Schuppen und Lagerhäusern des Hafens konnten wir wirken. Aber auch in den Transportbetrieben ... 1943 hatten wir dann durch die Ausbombung große Verluste. Karl Wittbold ist mit Frau und Tochter in der Süderstraße umgekommen. Im gleichen Keller auch Freund Henning und Frau, die Wittbold an dem Abend besuchten; Albert Hintze und ich waren eine Stunde vor dem Angriff fortgegangen ...«* (aus: Hochmuth/Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Ffm 1969)

Erst nach der theoretischen Klarlegung in den »Grundlinien« kam Thalheimer den schon im Januar 1946 aus Europa eintreffenden Forderungen nach, die »Übersichten« fortzusetzen. Ein weiterer Anstoß, sie nun tatsächlich regelmäßig zu verfassen, waren wohl die Berichte, die der dänische Genosse Mogens Boserup von einer mehrwöchigen Reise durch alle westlichen Besatzungszonen nach Kuba schickte. Aus ihnen ging der ganz entscheidende Mangel hervor, den die Genossen bei der Beurteilung der innerdeutschen Situation immer wieder empfanden: Sie erfuhren fast nichts Konkretes über die weltpolitische Lage und konnten somit nur schwer erkennen, in welchem Zusammenhang diese mit der Politik der Besatzungsmächte in Deutschland stand. Doch

August, antworteten Thalheimer und Brandler auf die inzwischen eingegangenen Kritiken an den »Neun Fragen« unter der Überschrift *»Kritische Bemerkungen zu einigen in Deutschland landläufigen Ansichten«*. Diese beiden Texte sind im vorliegenden Band nicht enthalten.



Käthe Dräger, Pädagogin und früheres KPD-O-Mitglied, schrieb am 22.4.1946 über ihre illegale Tätigkeit in Berlin: »Auf jeder dieser Fahrten sprachen die Leute im Zug, Militär wie Zivil, zunehmend kritischer und offener über die Zustände im Osten und die allgemeine Lage, besonders ab Stalingrad. Im letzten Kriegsjahr, besonders ab Herbst 1944, war unser kleiner Freundeskreis sich darin einig, daß die Zeit für Flugschriften und Aufrufe wohl da sei, daß sie wohl nicht mehr würden liegen gelassen werden. ... bestanden einige Verbindungen zu anderen Grüppchen, die technische Mittel in der Hand hatten. Aber es kam nichts heraus. Entweder klappte durch Alarm die Verabredung nicht, oder die Druckerei verbombte. Ich persönlich finde, daß längst nicht genug betont wird, wie wunderbar der Bombenkrieg geeignet war, mit den Nazis zugleich die revolutionären Ansätze kleinzukriegeln.«

gerade die immer stärker gewordene Verbindung von Innen- und Außenpolitik in beiden weltpolitischen Lagern war eines der entscheidenden von Thalheimer festgestellten neuen Merkmale der Nachkriegssituation. In diesem Punkt weiterzuhelfen, dazu sollten die »Übersichten« dienen. Vom September 1946 bis zum September 1947 wurden sie von Thalheimer nach Diskussionen mit Brandler verfaßt; nach der Abreise Brandlers nach London (Mitte September 1947) von Thalheimer allein, bis zu seinem Tod am 19. September 1948.

Die beste Organisation ist die, die funktioniert, ohne daß viel über das Organisieren geredet wird. Nach diesem Motto hatte Brandler die praktischen Aufgaben der illegalen Arbeit des Auslandskomitees der KPD-O in Paris abgewickelt.¹² Die Genossen im nach 1945 besetzten Deutschland nahmen keine andere Haltung zu dieser Frage ein, obwohl anfangs die kleinsten praktischen Probleme ungeheure Anstrengungen erforderten. Neben den Wohnungs- und

Ernährungsproblemen, denen sie wie alle anderen auch ausgesetzt waren, galt es, für die politische Arbeit Papier zu »organisieren«, Abzugsmöglichkeiten zu gewährleisten, die Verteilung des eigenen Materials ohne Post und über die verschiedenen Zonengrenzen hinweg sowie Besuch untereinander zu ermöglichen.

Bis zum Frühjahr 1946 gab es keine festen und regelmäßigen Verbindungen außerhalb des zensierten Postweges zwischen den Emigrantengruppen und den in den West-Zonen lebenden Genossen. Die Briefe konnten also nur unverfänglichen Inhalt haben und nicht die gesamte Breite der Diskussion beinhalten.

Ab August 1946 hatten sich Fritz und Anna Wiest in London die Möglichkeit verschafft, zusammen mit Friedel Rothfels, einer ebenfalls dort lebenden ehemaligen KPD-O-Genossin, im Büro der Commonwealth-Partei¹³ nach Feierabend Matrizen für die »Übersichten« abzuziehen.¹⁴ Zwischen 50 und 100 Exemplare wurden von ihnen in England und anderen Ländern, in denen politische Emigranten lebten, verteilt.

Eine wesentliche Verbesserung in den Verbindungen entstand durch den Genossen Mogens Boserup, der im Mai/Juni 1946 als dänischer Journalist mit geliehenem Auto die Möglichkeit hatte, eine Rundreise durch die drei Westzonen zu machen. Boserup hatte etwa 60 Adressen bei sich und versuchte, diese früheren Genossen und Genossinnen ausfindig zu machen. Zerbombte Häuser und Straßen, Evakuierung der Bevölkerung und Tod machten die Suche schwer und zeitraubend; aber durch weitere Hinweise der Angetroffenen konnte er eine Anzahl von Genossen und Genossinnen ausfindig machen, die sich durchweg erfreut und erleichtert zeigten, nun endlich Kontakte zu Gleichgesinnten in den anderen Zonen und vor allem ins Ausland zu bekommen: *»Bei Helling bekam ich einen starken Eindruck von dem geistigen Hunger, der bei der antinazistischen Intelligenz herrscht. Sie können einfach nicht zu Wort kommen. In der Schule sei er zwar jetzt als Direktor eingesetzt worden, aber die Entnazifizierung in der Schule [sei] ganz unzureichend. Deutschnationale und dergleichen führen das Wort. 'Ich habe zwölf Jahre lang schweigen müssen', sagte er; 'und ich muß stets noch schweigen.' Bücher und Blätter vom Auslande kann man sich gar nicht verschaffen. Zeitschriften gibt es in der englischen Zone gar nicht ... Rahm ... fragte sehr eifrig nach der Entwicklung der*

12) Brandlers Einsatz für die Tätigkeit der illegal in Deutschland arbeitenden Genossen, indem er »neue« Papiere organisierte oder herstellen ließ, Geld, Druckmöglichkeiten und Verbindungswege besorgte, wird in seinem ganzen Umfang unbekannt bleiben, da er selbst nur sehr wenig darüber berichtet hat.

13) Commonwealth-Party: Genossenschafts-Partei, links von der Labour Party, stellte sich zusammen mit dieser bei Wahlen auf.

14) Die beiden noch 1945 verfaßten »Übersichten« wurden ganz oder in Abschnitten ohne die Bezeichnung »Internationale monatliche Übersichten« in den Rundschreiben der verschiedenen Emigrationsgruppen mit verbreitet.

IVKO und der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt. Auch die russische Entwicklung. Bei ihm, wie bei allen, die in Deutschland waren (einerlei ob im KZ oder auf freiem Fuß) sind die Jahre 1933-45 ein gaffendes Loch. Sie kennen die Entwicklung nur durch Goebbels. Dadurch erklärt sich auch, daß die meisten Eurer Freunde mit so wenig Bedenken die jetzige KP-Linie vertreten. Sie sind sozusagen plötzlich wieder aufgewacht und sehen nur, daß die Partei jetzt keine RGO-Politik, keinen Sozialfaschismus usw. mehr macht, und denken nun, daß dann alles in Butter ist ...» (Boserup am 11.7.46).

Der kräftezehrende Einsatz der politisch Aktiven in der öffentlichen Verwaltung, in Betriebs- und Gewerkschaftsorganen machte es fast unmöglich, die seit Jahren fehlenden Kenntnisse über die weltpolitischen Zusammenhänge in kurzer Zeit nachzuholen. Die britische Besatzungsmacht meinte der deutschen Bevölkerung »Demokratie beibringen« zu können, indem sie u.a. die Gesamtauflage der von ihr lizenzierten Zeitungen auf etwa 20 Prozent der Einwohnerzahl der britischen Zone beschränkte, also für jeden fünften eine Zeitung.

Dieses »gaffende Loch« wollten vor allem die aus der Emigration zurückkehrenden Freunde mit Hilfe der »Übersichten« füllen. Sie wurden deshalb im Unterschied zu allen anderen Presseorganen der damaligen Parteien und Gewerkschaften entsprechend der wirklichen demokratischen Tradition herausgegeben, nach der die eigenen Interessen selbständig und aus eigener Kraft organisiert und durchgesetzt werden müssen; ohne finanzielle Unterstützung ausländischer Mächte und ohne sich irgendeiner Zensur zu unterwerfen.

Bei Boserups Ankunft in Hamburg hatten die dortigen Genossen schon mehr als 100 Broschüren »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik« und »Potsdamer Beschlüsse« hergestellt. Zusammen mit den »Neun Fragen« war dies das von Boserup verteilte Material. Weitere 150 dieser Broschüren holte er sich von den Genossen aus Paris.

Nach Dänemark zurückgekommen, organisierte er zusammen mit anderen dänischen Freunden den Versand von Lebensmittelpaketen an die Familien, die infolge längerer Gefängnis- oder KZ-Haft in einer ganz besonders schlechten Verfassung waren. Ab August 1946 gelangte unter anderem dadurch je ein Durchschlag der »Übersichten« regelmäßig zu den Genossen in Hamburg und Salzgitter.

Die nun an verschiedenen Orten mehrfach neu abgetippten und vervielfältigten »Übersichten« trugen wesentlich zur Klärung der weltpolitischen Beurteilung bei, auf die sich rund dreißig Genossinnen und Genossen während einer ersten Zusammenkunft im August 1946 verständigten. In den folgenden Monaten waren sie dann die erste regelmäßige politische Veröffentlichung der »Gruppe Arbeiterpolitik.«

Auch in der sowjetisch besetzten Zone wurden die »Übersichten« ebenso wie die anderen Veröffentlichungen unter den dort lebenden politischen



Freunden verbreitet. Im Unterschied zur Situation in den Westzonen wurden die noch lebenden ehemaligen KPD-O-Mitglieder von der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren deutschen Vertretern zur Mitarbeit herangezogen; durch ihre Tätigkeit im Widerstand waren sie in der arbeitenden Bevölkerung geachtet. Es war selbstverständlich für sie, daß sie versuchten, die Klasseninteressen der deutschen Arbeiter auch gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht zu behaupten. Einiges von den dabei auftauchenden Schwierigkeiten drückte ein Jenaer Genosse mit aller Vorsicht in einem 1946 nach Kuba geschickten Bericht aus: *»Ich arbeite wieder bei Zeiss. Natürlich habe ich gleich eine Funktion bekommen. Habe für die Werkzeugmacher des ganzen Betriebes eine Lohnbewegung geleitet... Nun ist aber alles vorbei. Wir waren 12.000 Mann Belegschaft. Mit einem Schlag war Schluß – Demontage. Bis auf den Werkzeugbau, der bis zum 31.12. weiterarbeiten soll, liegt alles still. Es hat sehr viel Aufregung gegeben. Einige Bekannte sind bereits fortgegangen, die*



Namen werdet Ihr ja schon wissen, und wer noch fortkommt, ist unbekannt... Viele alte Zeissianer werden in ihren alten Tagen noch einmal etwas anderes anfangen müssen. Was ist aus uns geworden, Deutschland mit seiner großen Arbeiterbewegung? So trostlos sah es noch nie aus, aber den Mut dürfen wir nicht verlieren ...» (1.12.46).

Zwischen den ehemaligen KPD-O-Mitgliedern, KPD- und späteren SED-Mitgliedern und den sowjetischen Besatzungsbehörden bestand Übereinstimmung in dem grundsätzlichen und energischen Willen, die herrschenden Klassen zu entmachten. In den taktischen Fragen, bei den anzuwendenden Methoden zur Einbeziehung der breiten Arbeiterschaft gab es sofort Differenzen. Oftmals berichteten die Freunde aber, daß die sowjetischen Offiziere ihren Argumenten zugänglicher waren als die Parteibürokraten der SED-Organisation. Die Besatzungsmacht hat diese Auseinandersetzungen dann doch unterdrückt und die SED die meisten der ehemaligen KPD-O-Mitglieder nach alter Methode wieder hinausgesäubert. Es war eine Folge des äußeren Drucks durch den weltpolitischen System-Gegensatz, der es der SU nicht erlaubte, daß der Nebenwiderspruch zwischen ihren Interessen und den Interessen der deutschen Arbeiterklasse auch tatsächlich ausgetragen wurde. Die kurzfristige »Lösung« war die Nichtberücksichtigung der besonderen deutschen Verhältnisse, stattdessen wurde der »russische Weg« eingeschlagen.

Es ist müßig, im nachhinein feststellen zu wollen, anders wäre es besser und mit weniger politischem Schaden für die kommunistische Bewegung in

Deutschland abgelaufen, dieser oder jener hätte »recht« gehabt. Recht hat man nicht, man setzt es dadurch, daß man die Machtverhältnisse zwischen den Klassen bestimmt. Entscheidend ist also für uns die Frage danach, wo und ob sich in der Arbeiterklasse die Kräfte organisieren, die sich durchsetzen wollen. KPD-O-Genossen wie z.B. Alfred Schmidt in Erfurt, die sich schon damals nicht scheuten, ihre Ansichten frei und offen auch gegenüber der Besatzungsmacht zu äußern, haben vor den langfristigen Folgen des in der sowjetischen Zone eingeschlagenen Weges gewarnt und dafür am Ende mit langjähriger Haft bezahlen müssen, weil sie mit ihrer Kritik allein geblieben sind – sich nicht durchsetzen konnten. Robert Siewert versuchte, innerhalb der SED seine Ansichten durchzusetzen, was ihm nur wenig gelang, ungeachtet dessen hatte er ein hohes Ansehen in der Bevölkerung. 1947 konnte ein bürgerlicher Antifaschist im theoretischen Organ der SED noch schreiben, die in den »Übersichten« vertretenen Auffassungen seien ein »Irrweg und Trugschluß des Radikalismus«¹⁵. Inzwischen haben mehr als vierzig Jahre Nachkriegsentwicklung Gelegenheit gegeben zu überprüfen, ob das Beharren auf dem Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes ein »Trugschluß« ist.

Zur Zusammenstellung dieses Nachdrucks

Als Vorlage zu diesem Nachdruck der »Internationalen monatlichen Übersichten« dienten acht Original-Briefe August Thalheimers an die Genossen in London und Kopenhagen. Vierzehn Vorlagen sind Exemplare, die in London von Wachsmatrizen abgezogen wurden. Bei fünf Ausgaben mußten wir uns auf Exemplare stützen, die in Kopenhagen, Hamburg, Salzgitter, Bremen oder anderswo abgetippt und abgezogen wurden.

Bis zur Übersicht über April 1947, Nr.9, sind die in London abgezogenen Exemplare nur mit dem Datum der dortigen Herstellung versehen; erst ab Mai 1947, Nr.10, wird der Titel ergänzt um die Formulierung »... Über den Monat...«. Dies entspricht auch der Datierung Thalheimers, der beispielsweise am 8. Februar 1947 schreibt: »... anbei die Monatsübersicht für Januar...«

Ab April 1948 liegen uns nur Exemplare vor, die in Kopenhagen oder in Orten der britischen Besatzungszone abgezogen wurden. Bei ihnen ist die Datierung teilweise mit dem Zeitpunkt des Eintreffens des Manuskriptes am Ort des Abschreibens durcheinandergeraten. Anhand des Inhalts und der Begleitbriefe aus Kuba haben wir hier Datierung und Zählung korrigiert. Die Zählung beginnt im August 1946 mit Nr.1 des ersten Jahrgangs, um nach 12 Ausgaben im August 1947 wieder mit der Nr.1 des zweiten Jahrgangs fortzufahren.

15) Prof. Werner Krauss, Marburg: Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngster Zeit, in: Einheit, Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, herausgegeben vom Parteivorstand der SED, Heft 3 und 4, März/April 1947



August Thalheimer



Fritz Wiest



Heinrich Brandler



Waldemar Bolze

Dort, wo für uns erkennbar in die von Thalheimer geschickten Texte nachträglich eingegriffen wurde, haben wir die ursprüngliche Fassung wieder hergestellt. Dies betrifft die Übersicht über Juli 1945, Nr.1, deren erster Abschnitt *»Ein Ultimatum an Japan«* von Thalheimer nicht mehr nach London abgeschickt wurde. Ein Durchschlag der Übersicht mit diesem ersten Abschnitt fand sich im Nachlaß von Heinrich Brandler. Eine zweite Stelle findet sich in der letzten von Thalheimer verfaßten Ausgabe (über August 1948, Nr.1). Dort ist der Abschnitt *»Faschistische Anfänge in Oxford«* von dem schon in London lebenden Heinrich Brandler für die in England hergestellten Abzüge um etwa die Hälfte des Umfangs gekürzt worden, allerdings ohne die politische Aussage zu ändern. Wir haben aus der in Kopenhagen getippten Fassung den ungekürzten Text gewählt.

Umgekehrt haben wir die von Fritz Wiest in der Ausgabe *»... über Januar 1947, Nr.6«* vorgenommene Streichung einer neunzeiligen Notiz über einen Streik englischer LKW-Fahrer beibehalten, dafür ist im Anschluß an die Übersicht der Bericht über diesen Streik von Fritz Wiest selbst abgedruckt. Dieser Bericht war Teil der von Fritz und Anna Wiest parallel hergestellten *»Briefe aus England«*, hier die Ausgabe vom 26. Januar 1947. Thalheimer begrüßte diese Entscheidung von Fritz Wiest vier Wochen später ausdrücklich.

Aus dem umfangreichen Briefwechsel zwischen den Genossen in Kuba, Kopenhagen und Schweden haben wir (vor allem aus den Begleitbriefen zu den *»Übersichten«*) Abschnitte ausgewählt, die sowohl die in den *»Übersichten«* angeschnittenen Probleme verdeutlichen, als auch Auskunft geben über die Schwierigkeiten beim Verfassen der *»Übersichten«*. Diese Auszüge sind im Anschluß an die jeweiligen Ausgaben in kursiv abgedruckt.

Eine Ausnahme haben wir dabei gemacht. Noch vor den *»Übersichten«* haben wir unter der Überschrift *»...was ich einzuwenden habe«* einen der ersten Briefe Brandlers an die in Schweden lebenden Genossen fast vollständig dokumentiert. Diesen Brief, im Oktober 1944 abgeschickt, schrieb Brandler

unter dem Eindruck der gerade in den USA entbrannten Debatte um die Nachkriegsstrategien der West-Alliierten, die durch das »Agrarland«-Konzept des US-Finanzministers Henry Morgenthau eine neue Richtung bekamen. Brandler weist hier u.a. sehr früh »im Rohen«, also in allgemeinen Formulierungen, auf die Perspektive der sozialistischen Revolution in der UdSSR hin, wenn die sowjetische Führung auch nach dem Krieg an einer Koalitionspolitik mit den kapitalistischen Ländern festhält.

Der letzten von August Thalheimer verfaßten »Übersicht über August 1948, Nr.1« folgen noch zwei weitere.

Die »Übersicht über November 1948, Nr.2« läßt eine Lücke von zwei Monaten zur vorherigen. Sie wurde nach dem Tod von Thalheimer am 19. September 1948 von Brandler und anderen verfaßt und zumindest teilweise zusammen mit der Übersicht »... über August 1948« abgezogen und verbreitet. Diese Unregelmäßigkeiten rührten daher, daß die Genossen in den westlichen Besatzungszonen inzwischen die Voraussetzungen geschaffen hatten, die erste Ausgabe der Zeitung »Arbeiterpolitik« im November 1948 herauszugeben. Sie löste die »Internationalen monatlichen Übersichten« und verschiedene andere im besetzten Deutschland inzwischen entstandene Veröffentlichungen ab.

Die dann im März 1949 als Nr.1 erschienene »Übersicht« ist noch einmal der Versuch, an die Form der von Thalheimer verfaßten Übersichten anzuknüpfen. Der Verfasser des Artikels über den Weltgewerkschaftsbund ist Waldemar Bolze.

In allen hier nachgedruckten Dokumenten wurden offensichtliche Schreibfehler stillschweigend berichtigt, Namen und Begriffe in der Schreibweise vereinheitlicht sowie die Zeichensetzung an einigen Stellen vorsichtig korrigiert. Einfügungen in eckigen Klammern sind von der Redaktion vorgenommen.

Die Anmerkungen, die wir (vor fünf Jahren inzwischen!) den »Übersichten« als Anhang angefügt haben, sollen helfen, die vor mehr als vierzig Jahren aus dem aktuellen Geschehen bekannten Namen und Tatsachen dem heutigen



Leser verständlicher zu machen, sie sollen und können natürlich ein weiteres Quellenstudium nicht ersetzen.

Die zwischen den einzelnen »Übersichten« als Faksimile abgedruckten Zeitungsartikel mögen ein wenig verdeutlichen, was die Informationsmöglichkeiten eines politisch aufmerksamen Arbeiters damals im besten Falle waren, meistens war es noch weniger als das hier Dokumentierte. Macht man sich die Mühe, den einen oder anderen (zugegebenermaßen in schlechter Qualität reproduzierten) Artikel zu lesen, wird verständlich, wie verwirrend die bürgerliche Tagespresse sein kann, wenn man nicht einen über die wechselnden Alltagsmeldungen hinausweisenden Orientierungsfaden hat, wie es z.B. die »Übersichten« waren.

Von den uns vorliegenden Dokumenten, die die Nachkriegsperiode dem heute interessierten Arbeiter verständlich machen können, sind die »Übersichten« eine regelmäßige Stellungnahme zur weltpolitischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf das besetzte Deutschland. Auf die innerdeutschen Verhältnisse, die Entwicklung der Parteien und Gewerkschaften näher einzugehen und Schlußfolgerungen für praktisches Verhalten daraus abzuleiten, haben sich Thalheimer und Brandler, solange sie sich außerhalb Deutschlands befanden, zurückgehalten. Jedoch wird der unmißverständlich ausgesprochene Grundsatz: für revolutionäre Sozialisten ist es nicht möglich, mit den ausländischen Besatzungsmächten schieflich-friedlich zusammenzuarbeiten, auch in den »Übersichten« deutlich.

Dieser Grundsatz war einer der entscheidenden Eckpfeiler, auf dem die Gründung und Tätigkeit der Gruppe Arbeiterpolitik erfolgte. Die Debatte um diese und andere innerdeutsche Fragen, sowie die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Gruppen – einschließlich der KPD – um die Perspektive der deutschen Arbeiterklasse machen den Hauptteil der noch nicht bearbeiteten Dokumente aus. Sie für die heutige Zeit nutzbringend auszuwerten, steht als Aufgabe noch vor uns.

Gruppe Arbeiterpolitik, Februar 1992

»... was ich einzuwenden habe.«

Liebe Freunde!

La Habana, I. X. 1944

... ich glaube nicht, daß Stalin zu einer revolutionären Politik zurückfindet und deutsche Generäle als Mauernbrecher wirken werden. Ich zweifle nicht, daß er glaubt, die anderen zu betrügen. Aber sein Machiavellismus ist so dumm wie jeder andere. In großen Dingen kann man nicht betrügen. Ein Beweis, seine Spanien-Politik: Um die Gunst der Westmächte zu gewinnen, brach er den proletarischen Kräften das Rückgrat - und damit der ganzen Verteidigung gegen das Hitler- und Mussoliniwerkzeug Franco.

Niemand kann von Stalin verlangen, daß er im Koalitionskrieg die kommunistische Fahne voranträgt. Niemand, der wirklich revolutionär denkt, kann verlangen, daß die russische Armee die Revolution in irgendeinem anderen Lande machen soll - das ist unmöglich. Aber was man verlangen kann und muß, das ist, daß die SU die proletarische Revolution nicht hemmt oder zu verhindern hilft. Das Versprechen Molotows (an die Westalliierten) - die Teilnahme (der Sowjetunion) an der Zertrümmerung Deutschlands - ist konterrevolutionäre Politik, die gegen die Interessen der SU ist.

Die Vernichtung des deutschen Imperialismus mittels Rückverwandlung Deutschlands in ein Agrarland und Erhaltung schwacher kapitalistischer Staaten in Europa befreit die SU nicht von ihrer Isolierung als staatssozialistischem Staat, macht nicht den Weg frei für eine sozialistische Gesellschaft in Rußland, sondern verstärkt umgekehrt die Tendenzen zur Rückwandlung des Staatssozialismus zum Staatskapitalismus.

Wir haben den Staatssozialismus unter Stalins Führung gegen alle Angriffe verteidigt - weil ein anderer Weg für eine isolierte sozialistische Revolution nicht möglich ist, solange diese Isolierung besteht. Wir haben die Vernichtung der Sowjetdemokratie gesehen - sie steht im Widerspruch zu unseren alten Vorstellungen von der sozialistischen Revolution - und dies als eine unvermeidliche Folge der Isolierung und Rückständigkeit des zaristischen Erbes betrachtet. Wir sahen, wie auf der staatssozialistischen Basis sich eine Staatsorganisation herausgebildet hat, die eine Verjüngung und Verstärkung des zaristischen Staates geworden ist - und haben auf diese Gefahr hingewiesen, kritisiert, und diese Entwicklung und die damit verbundene Außen- und Komintern-Politik bekämpft. Während bis 1930 in Revolutionsgymnastik gemacht und

damit die Isolierung der kommunistischen Parteien und ihre Zerstörung gefördert wurde, wurde in Spanien eine revolutionäre Situation nicht nur nicht ausgenützt, sondern zerstört.

Und was jetzt geschieht, ist, "Spanien" auf Deutschland und Europa angewandt. Deutschland ist überreif für die sozialistische Revolution. Alle Elemente, die 1918/19 fehlten oder sie hemmten, sind durch die Weimar- und Hitler-Periode und den Krieg einerseits beseitigt, andererseits herangereift. Hindern kann man die deutsche Revolution nach dem Sturz Hitlers nur durch Einwirkung von außen, d.h. durch die Herrschaft kapitalistischer Besatzungsarmeen, mit oder ohne Hilfe von Puppenregierungen, die von fremden Besatzungstruppen gestützt werden.

Der Sturz Hitlers ist nur möglich, wenn starke Teile der Armee den Arbeitern helfen, die SS, Gestapo, Nazis gewaltsam niederzuschlagen. Es ist völlig irrsinnig, den Arbeitern von außen zuzureden, sie sollten Hitler stürzen, wenn man gleichzeitig droht, Deutschland aufzuteilen und in ein Agrarland zu verwandeln - und die Arbeiter zur Wiedergutmachung der Hitlerverbrechen als Zwangsarbeiter zu verschicken. Eine bessere Hilfe kann niemand Hitler leisten als die Vertreter dieser Politik.

Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht in ein bloßes Werkzeug fremder Mächte verwandeln - wie ein großer Teil der Emigranten. Bei allem Haß gegen Hitler und Bereitschaft zum Kampf bis zum Letzten gegen das Hitler-Regime - bei der geringsten Chance auf Erfolg muß dieser Haß sich in stumpfe Resignation verwandeln - wenn die Perspektive ihres Kampfes darin besteht, daß ihre Lage noch schlimmer als unter Hitler wird - wenn die Siegermächte statt ihrer Befreiung ihre Versklavung bringen.

Wie weit die völlige Gedankenlosigkeit gediehen ist, beweist die Politik des Moskauer [National-]Komitees und seiner Mitläufer in anderen Ländern. Man verlangt von revolutionären deutschen Arbeitern, daß sie unter der Führung der Generäle und Nazis gegen Hitler kämpfen sollen, die - als sie die beste Gelegenheit zu einem solchen Kampf hatten - die besten Stützen Hitlers waren. Wenn sie einige Nazi-Sündenböcke ausgewechselt haben, werden sie an ihre Stelle treten...

Um die Chancen einer sozialistischen Revolution in Deutschland beurteilen zu können, muß man die Veränderungen in den deutschen Klassenverhältnissen prüfen, die sich seit 1918/19 vollzogen haben. Mit dem Geschwätz über den Verrat der Sozialdemokraten erklärt man nicht, warum der Verrat glückte. Ebert haßte die Revolution wie die Sünde. Deshalb machte die Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie ihn zu ihrem Mann. Auch sie glaubte, den Sozialismus in Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und in Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien machen zu

können. Eine gewisse Schicht verbürgerlichter Arbeiter in etwas gesicherter Lebenslage glaubte das auch.

Die Umwandlung der wilhelminischen Monarchie in die Republik - mit sanftmütigen Sozialdemokraten in der Regierung - befriedigte auch das Revolutionsbedürfnis der Kleinbürger, die kaisertreu den Krieg unterstützten - solange, wie sie Vorteile erhofften. Sie waren für die Beseitigung der Monarchie, als diese den Krieg verlor. Der deutsche Kleinbürger - und nicht nur der deutsche - haßt den Arbeiter und beneidet die große Bourgeoisie. Er ist für die "Revolution", die seine Existenz sichert oder bessern will. Die USPD fürchtete die Revolution wegen des Chaos und der Opfer (Hilferding). Eine Ideologie, die wie Buridans Esel zwischen den zwei Heubündeln verreckt, entspricht jener Schicht Arbeiter, die kämpft, wenn ihre Lage aussichtslos ist - und zögert, wenn es etwas besser geht.

Nach dem Bankrott der Weimarer Republik scharte sich das Kleinbürgertum um Hitler - [das war] das Programm der rabiaten Kleinbürger im Dienste der imperialistischen Bourgeoisie, mit Revanchekrieg als Ausweg. Volksgemeinschaft statt Parteiparlamentarismus, militärische Disziplin statt Demokratie, Führerprinzip statt Selbstverwaltung, deutscher Sozialismus statt internationaler Sozialismus, usw. Das Kleinbürgertum wurde in der Weimarer Zeit durch Inflation und Neuaufbau der Großindustrie im Zugtempo vernichtet. Es machte [dafür] nicht den Kapitalismus, sondern die Sozialdemokratie verantwortlich und ging zu Hitler. Eine Schicht Kleinbürger, technische und kaufmännische Angestellte in leitenden Funktionen der Wirtschaft, die den Kapitalisten als bloßen Profitschlucker kannten und sich als die eigentlich "Schaffenden" der kapitalistischen Wirtschaft betrachteten, bildeten die Kader der Nazis und SS-Parteifunktionäre und dergleichen.

Die Revolution 1918 scheiterte, weil wir diese Schichten weder überzeugen noch besiegen konnten. Was hat die faschistische Periode aus ihr gemacht? Sie sind bis auf eine geringe und sozial bedeutungslos gewordene Zahl vernichtet. Eine Kraft wie 1918-32, an der die Revolution sich brach, sind sie nicht mehr. Andererseits ist der Teil der Arbeiter, der den Krieg überlebt, aufgrund der erlebten Erfahrungen reif, die Revolution zu machen - das heißt, die gewaltsame Niederwerfung der Nazis, die Zertrümmerung ihres verhaßten Staatsapparates und ihrer Militärmaschine durchzuführen - und in den Räten nicht nur Kampf-, sondern auch Staatsorgane auf breitester demokratischer Basis zu schaffen, um alle Versuche kapitalistischer Restauration dauernd gewaltsam niederzuhalten. Wozu die deutsche Arbeiterklasse aus Eigenem nicht stark genug ist nach der Liquidierung der Nazis - das ist die Verteidigung der siegreichen sozialistischen Revolution gegen imperialistische Intervention von außen.

Jede siegreiche Revolution durchläuft diese Gefahrenzone. Nachdem der alte Staats- und Militärapparat zerstört ist, tritt eine Schwächeperiode ein, bevor der neue revolutionäre Staatsapparat und die neue revolutionäre Armee funktionieren.

Hier zu helfen, wäre Aufgabe der SU. Aber dies bedeutet ein gewisses Risiko - und die Stalin-Bürokratie wird nach der großen Erschöpfung der SU auf keine revolutionäre Opposition stoßen, wenn die Preisgabe der revolutionären Sicherung der SU verzuckert wird mit amerikanischen Krediten und Lieferungen zum Aufbau der zerstörten Gebiete. Und diese Lieferungen müssen mit dieser Preisgabe - nicht nur mit Geld - bezahlt werden. So sind die Voraussetzungen zu zeitweiligen Kompromissen auf beiden Seiten gegeben. Deshalb glaube ich nicht an eine Änderung der stalinschen Politik. Ein sozialistisches Deutschland, das wirtschaftlich und militärisch stark wäre, wäre die beste Sicherung der SU - aber auch die beschleunigte Liquidierung der stalinschen Bürokratie, das Absterben des Staates und demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft. Also des Staatssozialismus, der ersten Stufe zur sozialistischen Gesellschaft.

Das ist im Rohen, was ich einzuwenden habe.

Beste Grüße, Heinz [Brandler]

Wohnanschrift des Gesuchten, ebenfalls mit Kreisangabe.

Auf deutsche Schrift ist besonderer Wert zu legen, denn das Entfallen unleserlicher Schrift verzögert die Auskunft. Um einen möglichst klaren Ermittlungsweg einzuleiten zu können, sind alle Zusätze zu vermeiden. Die Angaben sind, daß sich die Anfragen vorerst nur auf die nächsten Angehörigen beschränken dürfen.

„Heid“ ohne Heidentum

Vor dem Hamburger Schnellgericht Es ist nicht anzunehmen, daß der Kummer des Jünglings Wolfgang, eines Leidens wegen nicht Soldat sein zu können, besonders groß war. Denn sonst hätte er denselben ungenutzt an allen Fronten wandern von Tapferkeit vollbringen, wohl mehr Achtung entgegengebracht und sich nicht hinterücks dereren Orden und Ehrenzeichen, ja sogar den Rang eines Ober-

leutnants erschwindelt. Das alles hätte er in seiner Dummheit und Eitelkeit vermittelt als Urkundenfälschung zuwege gebracht. Einmal war es ihm auf diese Weise geglückt, in einem Laden einige Ehrenzeichen bis zum EK. I. hin- auf zu kaufen. Als Wolfgang aber wenige Tage später anlässlich wieder zwei neue Ehren- nungen „verliehen“ bekommen hatte, sah sich die Verkäuferin die diebstahlige „Urkunde“ einmal ein bißchen genauer an und stellte fest, daß die neuen Eintragungen ebensowenig echt waren wie die alten.

Pflichtgemäß verwarhte das Mädchen diese Entdeckung nicht als tiefstes Geheimnis in seinem Busen, sondern tat sie den zuständigen Stellen kund. Die sorgten dann ein bißchen Mann, der nichts nicht geleistet und sich so mühsam zum Heiden hatte aufschwängen wollen, vor Gericht kam. Hier wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. —cht.

Das neue Gartenjahr beginnt

Der wichtige Komposthaufen

Mag Unruhe dem Planeten schilloh, die Welt auseinanderbrechen, wenn die Böden der Städte und Gärten nicht fruchtbar gemacht, kommt in den kleinen Gärten vor der Stadt wie in jedem Jahr Winterspät und Rapunzel dahergewachsen, zu verkünden, daß die alte, junge Erde trotz allem bereit ist, wieder grüne Blätter und Blüten zu treiben. Und dem Gartenmann sucht es in den Händen, um die besten Schmuggelgärten nicken jetzt dazu und der Forzylithentraub verschwendet selbste Festbeleuchtung.

Im Obstgarten bevölkern sich jetzt die im Winter ausgehobenen Pflanzlöcher mit schlanken Stämmen. Die Wurzeln dieser neuen Bäume aber müssen vor dem Setzen mit einem scharfen Messer zurückgeschneiden sein. Denn nicht zu tief pflanzen die Erde mit zeretztem Kompost mischen. Obstbäume lieben keine Jauche, die sich bei ihnen krüpfend auswirkt. Die Ätze frisch angelegter Himbeerplantagen sind auf 25 cm zurückzuschneiden. Bei überdeckten Erdbeerbeeten darf man in diesen Tagen nur die Komposthaufen treiben, sonst wird dem Spaten an die Reihengänge, sonst werden die fischen Wurzeln gestört!

Der Gemüsegarten ist im Herbst tief gegraben worden. Wenn die Erde in der Hand ausinankrümelt, beweist sie genügend Trockenheit und wird nach dem Auflockern — nicht umgraben! — geharkt. In fache, lange Spalten dafür geeignetes Gerüst Rillen, die mit gelochter Komposterde angefüllt werden, damit die jungen Samen ein gut vorbereitetes Bett finden. Um jedes Stück Land voll auszunutzen, treibt der kluge und verantwortungsbewusste Gartenbesteller Zwischen- und Nachkulturen. Dazu einige Beispiele: Kopfsalat, Frühbohnen, Frühbuntenkohl — Feldsalat; Kopfsalat — Frühkartoffeln — Gurken; niedrige Erbsen — Rot- oder Weißkohl — Buschbohnen — Rosenkohl — Feldsalat; Frühe Wurzeln — Porree; Kopfsalat — Kohlrabi — Stangenbohnen — Feldsalat. Ein Tip für Große Reben: die sich im Herbst in den Spalten tief zu vergraben werden, wenn man die Saat vorgekämmt hat und frühzeitig der Erde anvertraut. Die Spargelbeete wollen erst im April gehäufelt, jetzt aber einen halben Spaten tief mit verrottem Dung oder Kompost gegraben werden.

Immer wieder kommt dem Gärtnermann im Frühjahr die Wichtigkeit seiner Komposthaufen während der wichtigsten seiner zwei, drei Komposthaufen zum Bewusstsein. Ohne sie dürfte er die Erntehoffnung längst nicht so hoch schrauben. Alle Abfälle aus Küche und Garten müssen dazu bestimmt sein, wieder gute Erde zu werden. Und mag es auch einige Jahre dauern, wer es versteht, die Komposthaufen zu unterst — zweimal im Jahr umzutreiben, dem werden selbst Konservendosen und Holzgerüst zu fruchtbarer Humus. Nur Geduld muß er haben und der Müllabfuhr keinen Krömel gönnen, wie ein Leger aus Langenfeld (H. H. Aechel) und Kienast in den Gärten als Wegeunterlage verwertet.

Behrend vor Lüdern in der Halle

Die leichtathletischen Wettbewerbe des 7. Hallensportfestes der Post 80 brachten eine Reihe guter Leistungen, wobei sich der Nachwuchs stark nach vorne zu verzeichnen kam. Die Niederlagen von Lüdern im 1000-m-Lauf. Behrend fand sich mit den engen Kurven besser ab und siegte sicher. Behrend war im Sprintrennen am besten, während der während des Rennens (HTZ) durch den besten Durchbruch erfolgreich blieb. Im 60-m-Lauf wurden die Zeiten durch die BDM-Siegerin Kella (1:30) in 1.1 Sek. überboten. In der Frauen-Kilometerlauf gewann die Köcher (HTZ) im Medizinballisten mit 11.14. Oberlich (St. Georg) im Hoch-

Den Ziergarten suchen die Augen schon nach ersten Boten des steigenden Jahres ab. Winterchutz aus Stroh, Papier und Reisig ist jetzt aus dem Pflanzen zu entfernen. Die im Garten können mit Wurzelballen versetzt und geteilt werden. Vor dem Pflanzen von Rosen muß der Garten gut abgetrocknet sein. Nur einjährige Veredelungsanlagen trifft die Wahl. Die Triebe wollen bis auf 3—4 Augen zurückgeschnitten sein. Rosen lieben nach dem Anhalten einen kräftigen Wasserzug. Beim Zurückschneiden der älteren Rosen ist darauf zu achten, daß Teckybriden 3—5 Augen, Polyanthen 2—3 Augen behalten sollen. Sind die Wegekanten sauber abgetrieben und der Rasen kräftig gehalten, halten an einem Sonnagnormen Stiefmütterchen und Vergißmich zusammen mit Gänseblümchen Klang vor die Terrassen. Und der Mensch, der die behutend der Erde anvertraut, möchte fast glauben, daß die Kinder des Frühlings seinem Garten schöneren Glanz verleihen als alle Farbmüll künftiger Sommerpracht. —oh.

„Getarnte“ Verpackungen

Die alte „Stamm-Menschenart“ unserer Verkehrsinstitute darf gewiß als zuverlässig gelten; aber sie ist zu erblichem Teil durch Hilfskräfte ersetzt, unter denen doch einmal ein unsicherer Kantonist vorhanden ist. Reichsbahn und Post sind zwar mit aller Schärfe gegen die Beraubung von Bahn- oder Postgut vor. Aber auch die Versender sollten sie sich angelegen sein lassen nicht durch die Aufmachung der Verpackung noch ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie besonders wertvoll oder verknappt im Waren enthält. Es ist E. Höchst überflüssig, schon durch die Art der Verpackung aller Welt kundzutun, daß eine Sendung ausgerechnet Wein oder Spirituosen, Tabakwaren oder Lebensmittel enthält, denn dadurch wird nur ein verstärkter Anreiz für die Verführung geschaffen und dem Dieb eine Wegleitung für die Ausführung gegeben. Eine Form bestimmter Sendungen kann bereits verlässlich wirken und einem unredlich Geantanten leicht auf die Spur helfen. Ebenso wenig gehört zu die Verpackung heute der ins Auge fallende Ausdruck einer weltbekannten Markenartikelreihe, der gleichfalls nur unnötige Fingerzeige bietet.

Die Deutschen Verkehrsnachrichten empfehlen deshalb, in solchen Fällen eine neutrale, den Inhalt nicht von vornherein verrärende, Verpackungsart zu wählen. Je nichtsanftender und „getarnter“ das Packmaterial ist, desto besser. Am stärksten dadurch die Sicherheit des Reisenden und stellt seinen Mitmenschen keine Falle.

Neuer Hamburger Ritterkreuzträger

Der Führer verlieh auf Vorschlag des Oberleutnants der Luftwaffe, Reichsanwalt Göring, dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an Oberst Erdmann, Kommandant des 2. Luftregiments, Oberst Rudolf Erdmann, am 22. Juli 1897 in Hamburg-Altona geboren, hat sich in den Kämpfen in Obersachsen mit seinem Regiment besonders hervorgetan.

Kundgebungen zum 24. Februar

In sämtlichen Ortsgruppen des Kreisgebietes 4 finden Kundgebungen statt, zu denen überall Vereinskompagnien geladen werden. Kreisleiter, Moritz, sind in Deutscher Spavogelhaus zu den Ortsgruppen Hauptbahnen und Besliner Tor. „Die dunkelste Stunde ist immer die vor Sonnenaufgang!“ Dies Wort eines Fronthauptmanns im Osten, stellte er über seine Ausführungen, die von gläubigen Vertrauten in un- den Enden, die von unbegannenen Willen zur Tat hierfür getragen wurden. Jedem Deutschen aber mag das heutige Ringen Ursache geben sich — mit den 25 Punkten des Parteipro-

WIRTSCHAFT IN KURZE

Für England müssen es immer wieder heftige Nadelstiche sein, wenn Washington trotz passender Gelegenheit mit allem Pathos erklärt, daß die USA nach dem Kriege die Meere beherrschen und daß sie über die große Handelsflotte der Welt verfügen werden. Die Reaktion in London ist verständlich. Die großen Weltmächte Welches stolzen Erinnerungen v. mag die britische Reederei nachgehende Welche überragende Rolle spielte über 150 hundertehinweg die englische Schifffahrt aller Welt, ohne daß sie auf die Dauer s. ernste Konkurrenz zu fürchten brauchte. H. wackeln die Throne der großen Britischen Nation, der mit rücksichtsloser Konsequenz Stellung in der Weltschifffahrt ausbaut und Schwäche Großbritanniens auszunutzen ver- Ob nicht im geheimen Admiral Land, der V. sitzende der Kriegsverwaltung für die U. Schifffahrt, einer der bestgehalteten Köpfe London ist, dieser Admiral ist in der Linie der sich zum erfolgreichsten Prospek- einer überdimensionalen Handelsflotte der V. einigen Staaten macht. Es ist offensichtlich ein Lieblingswunsch, an allen Ecken und Enden Weltmeers das Sternbanner flattern zu s. und in weitem Abstand erst dem Union J. Großbritanniens, dem Kaiserlichen Japan, der Vereinigten Staaten, dem Admiral Land soeben er- einen ausführlichen Bericht über die nord- amerikanische Handelsmarine vor und stelle. ähnelndem Vergnügen fest, daß die USA-F. heute an erster Stelle in der Welt steht. In den englischen Schiffsbestand hat weitem D. flüßig habe. Und vor dem den nächsten Jahren die Weltmeere des Admiral Land davon Kunde, daß die Verein- Staaten am Ende des Krieges über eine D. tonnage von 18 bis 20 Millionen BRT z. fügen würden. Ein Teil dieses Schiffs- werde dem verbündeten Ländern zur Ver- gung gestellt. Das die USA die besten, ungenutzten Schiffe auf der Welt in Be- sitz behalten, liegt auf der Hand. Ferner man sich mit dem Gedanken, eine Schiffs- reserve von mindestens 5 Millionen BRT ar- zulegen, und zwar „für den nächsten Krie-“, es inaktisch und vielsagend heißt. Man wü- ßte nicht mehr den Schwierigkeiten zu- stehen, wie es in dieser Hinsicht die USA für alle Welt eine wertvolle Einheit ist. Summe von einer Milliarde Dollar veransch- Aus diesen Erklärungen Admiral Y. geht eindeutig hervor, daß die USA auf d. dominierende Stellung zur See nicht mehr z. richten wollen. Das ist eine Missik, die schwe- annehmbar in den Ohren der Briten ist. Die U. sind nach dem Kriege den Bestand an erheblichen Schiffen zu zuge- vorzuziehen möchten, entfernt voll und d. den Gewährleistungsfähigkeit der Yankee- navy Fremdwäre der berührt-berührt- lichte Schiffe wurden bereits zu sehr be- liehen an Frankreich, Belgien und Grie- ch. Die U. sind sich der Notwendigkeit, in d. schweben. Welche die Notwendigkeit gewisser s. ähnlicher Länder nutzte. Die wertvollen Schiffe werden nicht verkauft, sondern wohl die w. losen Typen zu U. Schiffspreisen an so ton- nenerige fremdbesitzte Parous. Jede ton- nenerige verbrachte „Hilfsleistung“ der US. wird in der ersten Instanz wird so ein- gewinnbringenden Geschäft gestempelt.

Zur Verzerrung der Kriegswirtschaft mit Rohstoff ist eine „einige Gebiete“ Peiches, die infolge der Krisenläufe Kampfe geworden sind, zeitweilig nicht beitragen. hier den erforderlichen Ausgleich zu schat. der Rohstoffmangel Anordnungen ge- len. Danach ist der Holzschmalz und die B. bringen in den übrigen Gebieten des Reich- über die U. Schiffspreisen. Alle Bezirke, die ihre Unlage nicht erfüllt haben, werden den Einsatz 1945 so einrichten, daß die 1944 fehlende Mehr einerschlagen wird. Darüber hinaus wer- alle Bezirke ihren Einsatz 1945 so weit möglich steuern. Wenn Holzwaren nicht ein- möglich nicht durch die Abfertigung wird es bei der Bevölkerung entziehen. Die Grund des Reichsausschlusses vor- schied in Ansehung genommen werden. Es s. in guter Verfassung zurückgegeben.

Neue Anordnungen

Der Leiter des Produktionsunterauschu- Stöcke hat in einer Anweisung den Ver- von Leuten in der Stock- und Schmirgell- stoffe geregelt. Die Produktionsbeauftragten für Druck- Papierverarbeitung haben gemeinsam in et- Anordnung den Mehrfarb- und Flächend- verbotenen und -dienten Stellen festgelegt. A. Anordnungen zulassen können. Nunmehr hat auch der Reichsausschuß für die Holz- und Holzverarbeitung in et-

Verantwortung für den Inhalt der Zeitung übernimmt die Redaktion. Druck und Vertrieb durch die Hamburger Tageszeitungsgesellschaft. Preis 1,00 M. (inkl. Porto). Abbestellen bei der Redaktion, Hamburg 1, Postfach 10 00 00. Bestellen bei den Buchhandlungen, die die Zeitung verkaufen. Die Zeitung wird auch durch die Post bezogen. Einzelhefte sind durch den Buchhandel zu beziehen. Die Zeitung wird auch durch den Buchhandel bezogen. Die Zeitung wird auch durch den Buchhandel bezogen.

HAMBURGER ZEITUNG

HAMBURGER ANZEIGER

Kriegsarbeitsgemeinschaft der Zeitungen

HAMBURGER FREUNDENBLATT

HAMBURGER TAGEBLATT

Die Hamburger Zeitung wird durch den Verlag der Hamburger Tageszeitungsgesellschaft in Hamburg, Postfach 10 00 00, gedruckt. Die Zeitung wird auch durch den Buchhandel bezogen. Die Zeitung wird auch durch den Buchhandel bezogen. Die Zeitung wird auch durch den Buchhandel bezogen.

Extra-Ausgabe

Hamburger!

Nach heldenhaftem Kampf, nach unermüddlicher Arbeit für den deutschen Sieg und unter grenzenlosen Opfern ist unser Volk dem an Zahl und Material überlegenen Feind ehrenvoll unterlegen.

Der Feind schickt sich an, das Reich zu besetzen und steht vor den Toren unserer Stadt. Verbände der Wehrmacht und des Volkssturmes haben sich gegenüber dem vielfach überlegenen Gegner vor unserer Stadt tapfer geschlagen. Unerschütterlich haben die Hamburger an der Front und in der Heimat ihre Pflicht erfüllt; zäh und unerschütterlich nahm Ihr auf Euch, was der Krieg von Euch forderte.

Der Feind schickt sich an, Hamburg auf der Erde und aus der Luft mit seiner ungeheuren Uebermacht anzugreifen. Für die Stadt und ihre Menschen, für Hunderttausende von Frauen und Kindern bedeutet dies Tod und Zerstörung der letzten Existenzmöglichkeiten. Das Schicksal des Krieges kann nicht mehr gewendet werden; der Kampf aber in der Stadt bedeutet ihre sinnlose restlose Vernichtung.

Wem soldatische Ehre gebietet, weiterzukämpfen, hat hierzu Gelegenheit außerhalb der Stadt. Mir aber gebietet Herz und Gewissen, in klarer Erkenntnis der Verhältnisse und im Bewußtsein meiner Verantwortung unser Hamburg, seine Frauen und Kinder vor sinn- und verantwortungsloser Vernichtung zu bewahren.

Ich weiß, was ich hiermit auf mich nehme. Das Urteil über meinen Entschluß überlasse ich getrost der Geschichte und Euch.

Hamburger! Meine ganze Arbeit und Sorge haben stets nur Euch und der Stadt und damit unserm Volke gehört. Das wird so bleiben, bis mich das Schicksal abruft.

Dieser Krieg ist eine nationale Katastrophe für uns und ein Unglück für Europa. Mögen dies alle erkennen, die Verantwortung tragen.

Gott schütze unser Volk und unser Reich!

Karl Kaufmann

■ Karl Kaufmann hat für Bevölkerung, Verwaltung und Betriebe folgende Grundsätze aufgestellt:

Hamburger!

In gegenwärtiger Lage müßt Ihr folgendes wissen:

Zeigt Euch stets als würdige Deutsche und Hamburger. Das Wissen von weißen Fahnen ist würdevoll; auch dem Gegner imponiert nur eine anständige Haltung.

Die Sicherheitsorgane Hamburgs werden Ihre Tätigkeit weiterhin ausüben.

Verwaltung, Verkehr und Wirtschaft laufen weiter.

Die Bevölkerung geht wie bisher ihrer Arbeit nach.

Eine ausreichende Versorgung wird sichergestellt.

Ich fordere die Bevölkerung daher auf, Ruhe zu bewahren und sich als würdige Angehörige unserer Stadt zu erweisen.

Jede Ordnungslosigkeit wird strengstens bestraft. Die Strafrechtspflege wird weiterlaufen.

Entlassungen aus Betrieben sind verboten.

Es wird alles dafür eingesetzt, um die Elektrizitätsversorgung und die Wasserwerk nicht zum Erliegen kommen zu lassen.

Alle lebenswichtigen Verkehrseinrichtungen werden gesichert.

Das gleiche gilt für die Betriebe und Einrichtungen der Ernährungswirtschaft für den lebenswichtigen Einzelhandel sowie für die landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe.

Erscheinungen des Schwarzen Marktes werden ohne Nachsicht verfolgt.

Es ist Vorsorge getroffen, daß die Einrichtungen der Sozialverwaltung sowie des Gesundheitswesens ohne Störung weiterlaufen.

Für ausreichende Zahlungsmittel ist gesorgt.

Hierdurch ist alles geschehen, um einen normalen Ablauf des täglichen Lebens zu gewährleisten.

Ich weiß, daß ich mich auf die Hamburger verlassen kann und bitte, nach den aufgestellten Grundsätzen zu handeln. Nur so werden die schweren Tage der Gegenwart ohne Gefährdung des Einzelnen und der Gesamtheit überstanden werden.

ETO WAR ENDS

Unconditional surrender of all German forces was announced yesterday by the German radio at Flensburg. Grand Admiral Karl Doenitz, successor to Adolf Hitler as Fuehrer of Germany, ordered the surrender and the German high command declared it effective, the German announcement said. No immediate confirmation came from the capitals of the Allied

U.S. Celebrates Victory 2nd Time in Ten Days

NEW YORK, May 7.—Tension-rigged America exploded today for the second time in 10 days over the unconfirmed report that Germany had surrendered unconditionally to the Allies.

In New York, clouds of torn paper — Colham's lead-footed form of celebration — began swirling through the city's granite canyons a quarter of an hour after the news flash reached the population.

Office workers by the thousands gathered at the high windows, leaving out handfuls of paper scraps. In Brooklyn, 50 fire garment workers failed when the news was broadcast. After they had been rescued, all 500 employees in the plant were given the day off.

Moved By Flash

At San Francisco scene of the Security Conference, delegates of the United Nations were deepened by the news as they began another week of determined effort to bring the diverging views of the big five together and provide a unified front for world security.

Many of the delegates were at breakfast when word of Germany's surrender came through.

"Thanks to you for bringing the good news," said the Norwegian delegate when informed by the Associated Press. The Norwegian, widely affected as his nationality by the German capitulation,

(Continued on Page 4)

New S and S Is Off To a Rousing Start

Here's our new baby—the Southern Germany edition of The Stars and Stripes, which begins publication this morning. And no Volume 1, No. 1, has ever got off to such a bombastic and soothed as that socialist eye chart you see upside.

We've opened the new edition—the second in Germany—in the important area. Thus getting the paper out to you in better time. The Flensburg edition, which began publication April 5, will continue to service the troops in northern Germany.

Organizing two separate German editions will enable us to give you a more complete newspaper, something water, mechanical limitations have hitherto prevented. There will be lots in this sheet as first, as there always are in a new paper, but will, none of our problems amplified now by V.C. or experts give you a better paper and to get it to you faster.

King Expresses Thanks to Ike

LONDON, May 7 (AP)—The gratitude of the British people for the "complete and crushing victory" over Germany was expressed by King George VI in a message sent tonight to Gen. Eisenhower.

"Eleven months ago you and the Allied Expeditionary Force saved the English Channel, carrying with you the hopes and prayers of millions of men and women of many nations," the King said.

"To it was entrusted the task of mobilizing the German Armies in Western Europe and thus liberating the peoples whom they had enslaved."

"All the world now knows that title," the King said.

(Continued on Page 4)

King Leopold Rescued

WITH THE U.S. ARMY, May 7—King Leopold of Belgium, his wife and family are now in the safe custody of 7th Army troops.

Leopold was rescued by elements of the 10th Cavalry Group who were sent to Strobel, 30 kilometers from Salzburg.

powers, but President Truman and Prime Minister Churchill will broadcast at 3 p. m. ETO time today, and King George VI will broadcast tonight at 9 o'clock.

In London, the British Ministry of Information announced that today would be V-E Day, and that today and tomorrow would be holidays in Britain. In Washington, President Truman said he had agreed with London and Moscow to make no announcement of surrender until a simultaneous statement could be made by the three governments.

Not waiting for formal confirmation of the peace news, New York and battered London began peace celebrations. Downtown New York was reported snowed under by the heaviest blizzard of paper blown out of office buildings in years.

AP and Reuter correspondents assigned to SHAEF reported unofficially that the Germans had surrendered unconditionally to the Western Allies and Russia at 2:45 a. m. ETO time, yesterday.

High German officers formally surrendered; the German forces at a meeting in the big red school house which is Gen. Eisenhower's headquarters, the agencies reported.

The surrender, said Ed Kennedy, AP correspondent, was signed for Germany by Col. Gen. Gustav Jodl, chief of staff of the Wehrmacht. Lt. Gen. Walter Bedell Smith, Gen. Eisenhower's chief of staff, signed for the Supreme Allied Command. Gen. Ivan Susloparoff signed for Russia, and Gen. Francois de Lattre de Tassigny signed for France.

Kennedy said Gen. Eisenhower was not present at the official (Continued on Page 4)

Neuzeitliche Nachrichten

DER MILITÄRREGIERUNG

NUMMER 57

DINNSTAG, DEN 24. JULI 1945

PREIS 10 PFG.

USA = Flottenverbände vor Tokio

Washington: Der von alliierten Luftstreitkräften gegen Japan vorgetragene Kampf hat mit neuen schwersten Angriffen seinen Höhepunkt erreicht. In den letzten 24 Stunden eröffneten 1000 Trägerflugzeuge einen Generalangriff gegen den japanischen Kriegshafen K u r a auf dem japanischen Stamm-land. Der Angriff dauert noch an. Einzelheiten stehen noch aus. Gleichzeitig schiebt sich auch die Kampf-

front der alliierten Seestreitmächte auf dem pazifischen Kriegsschauplatz zusehends drohender an das japanische Mutterland heran. Zum zweiten Male in einer Woche sind amerikanische leichte Seestreitkräfte bis in die Gewässer dicht bei Tokio vorgestoßen.

Dabei wurden mehrere Schiffe eines japanischen Geleitzuges versenkt und beschädigt. Gleichzeitig beschoss andere Zerstörer Omura, die Hauptstadt von Schichuan in den Bonin-Inseln, 200 km südlich von Japan. Parallel dazu liefen Angriffe amerikanischer Superflugzeuge, die dem bereits einmal bombardierten Kohlelieferungswerk U b e auf Honshu galten. Das Treibstoffwerk, das in den wichtigsten in Japan sitzt, wurde dabei mit 450 t Sprengstoffbomben belegt.

Im Zusammenhang mit den von alliierten Streitkräften im pazifischen Raum getroffenen Vorbereitungen zur letzten Phase im Kampf gegen Japan ist die Tatsache von Bedeutung, daß General James H. Doolittle, der Führer der Befehlshaber der amerikanischen 8. Luftflotte in Europa, den Oberbefehl über die neu geschaffenen amerikanischen 9. Luftflotte im Stillen übergeben hat. Der General erklärte, daß Superflugzeuge, welche die Angriffe auf japanische Ziele im August beginnen würden, Berichtserklärungen gegenüber der Öffentlichkeit außerhalb der Zone der ersten Luftangriffe auf Tokio im April 1942 befehligen hätte, weiterhin die amerikanische Luftwaffe allein kann Japan nicht niederringern. Verstärkte alliierte Luftstreitkräfte können jedoch die Niederlage Japans noch vor der Invasion des Mutterlandes herbeiführen.

Nachdem die dreitägige Nachrichtenpause über die Operationen der alliierten Flottenverbände im Gebiet von Japan aufgehoben wurde, gab Admiral Nimitz, der Oberbefehlshaber der alliierten Flotte im Pazifik, ein zusammenfassendes Statement über die Operationen im Gebiet von Japan während der letzten zehn Tage. Wie der Admiral bekanntgab, wurden von alliierten Träglerflugzeugen insgesamt 412 japanische Schiffe zer-

stört oder beschädigt, darunter das 31.000-Tonnen-Schlachschiff 'Nagato', das in dem Hafen Yokosuka getroffen wurde. Ferner wurden bei den Angriffen der letzten zehn Tage 586 japanische Flugzeuge auf dem japanischen Mutterland beschädigt, während die Verluste auf alliiert Seite 48 Flugzeuge betragen. Keines der beteiligten amerikanischen oder britischen Kriegsschiffe wurde beschädigt.

Die Zahl der seit Kriegsausbruch von amerikanischen U-Booten versenkten japanischen Schiffe ist durch neue Verlorene auf insgesamt 1174 gestiegen. In den Gewässern zwischen Formosa und dem Golf von Siam verwickelt alliierte Marineeinheiten neun japanische Versorgungsschiffe.

Während australische Truppen auf Borneo an einer neuen Stelle in der Nähe von Pado-Papan landeten und westwärts bis in das Innere der Insel vordringen konnten, trafen in Manila die ersten aus Europa kommenden amerikanischen Truppen ein. Es handelte sich um 5000 Flieger.

Die japanischen Blätter bereiten ihre Leser schon darauf vor, daß in Potsdam Entscheidungen getroffen werden können, die von recht nachteiliger Natur für den Japaner sein dürften, wie die Zeitung 'Asahi Shimbun' sich ausdrückt.

Die Nervosität der Japaner nimmt ständig zu und die schwindende Siegesvermutung im Volk ist leicht zu begreifen, schreibt eine chinesische Zeitung. Andere Blätter weisen in dem Zukunftsstreifen des britischen Oberbefehlshabers in Südost-Asien, Lord Mountbatten, mit General MacArthur, dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte im Pazifik, ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Invasion der japanischen Mutterlandes dicht bevorsteht.

Kriegsberichterstatter im Fernen Osten melden, daß die japanische Luftwaffe keine Anstrengungen zu machen scheint, das japanische Mutterland gegen die schweren amerikanischen und englischen Luftangriffe zu verteidigen. Der Korrespondent des 'New Chronicle' erklärt dieses sich 'Schonen' der japanischen Luftwaffe mit den hohen Verlusten unter dem Fliegerpersonal und den Mangel an Flugzeugen und Treibstoff.



Kriegsschauplatz Ferner Osten

Berlins Aufbau

Berlin: Berlin ist die einzige Großstadt in der Welt, die gemeinsam von vier Mächten regiert wird, und dies ganz. Seit vier diesem Versuch mit dem größten Interesse folgten" erklärte General Parka, der militärische Befehlshaber im amerikanischen Sektor, in einer drahtlosen Sendung von Berlin nach Amerika.

General Parka erläuterte die mannigfachen Schwierigkeiten vor denen sich die Kommendanten Berlins angesichts der ungetragenen Zerstörung in der Stadt gegenübersehen. Unter der Verwaltung der vier Mächte die Wiederherstellung hygienischer Einrichtungen und Anlagen in der Stadt die erste Stelle ein. General Parka teilte mit, daß deutsche Bauarbeiter einen großen Teil der zerstörten Wasserrohre, Licht- und Gasleitungen wiederhergestellt hätten. Öffentliche Dienststellen seien ebenfalls wieder aufgebaut und die Verpflegung der Stadt mache Fortschritte.

Die Volksschulen seien wieder eröffnet, 'Gardes' konnte General Parks mitteilen, sind die neuen, von allen nationalsozialistischen Einflüssen geläuterten Schulbücher für die ersten vier Volksschulstufen eingeleitet. Auch die Gerichte arbeiten wieder, es wurden dafür sorgen, daß die letzte Spur der nationalsozialistischen Willkür verschwindet.

Die Berliner können jetzt in ihren Kinos wieder zwölf alte deutsche Filme sehen. Außerdem werden 10 russische Filme mit deutschen Untertiteln gezeigt. Dem britischen Truppen ist der Besuch aller Berliner Vergnügungsorten, in denen Spiel- und Gewinne veranstaltet werden, bis zu denen deutsche Gäste Zutritt haben, verboten worden. Typhus und Ruhr, die unter der Bevölkerung stark verbreitet sind, werden in einem Baby-Gemeinschafts-Lager des Befehlshabers der britischen Zone, als Grund für dieses Verbot angegeben.

Mehr Ostseefische

Kiel: Ostseefischer in der britischen Besatzungszone können sich Bekanntheit der fortischen Marinebehörden in Kiel jetzt auch wieder außerhalb der Kontrollzone heraus nachdem die Minen in der Ostsee geräumt worden sind.

Die Fische werden von den Bewohnern der Westküste als ein Bereicherung ihrer Speisekarte willkommen sein, wenn auch der Fischfang in der Ostsee viel weniger ergiebig ist als in der Nordsee.

Kriegsbilanz der USA

New York: Die Kosten des Krieges sind nach Mitteilung des amerikanischen Kriegsproduktionsamtes von Jahr zu Jahr verhältnismäßig gestiegen.

Im Jahre 1943 betragen sie durchschnittlich 42 Milliarden Dollar pro Monat. Ein Jahr später war der Durchschnitt auf 4 Milliarden gestiegen und im letzten Jahre erreichte er 7,4 Milliarden. In Mark umgerechnet hat Amerika im letzten Jahr 74 Milliarden Mark in jedem Monat für den Krieg ausgegeben.

Hand in Hand damit ging ein ständiges Anwachsen der Nationalverschuldung. Nach dem ersten Weltkrieg hatte sie 10% des Haushalts von 20 Milliarden Dollar und war bis etwa 1930 auf 16 Milliarden Dollar angewachsen. 14 Jahre später, am Jahresanfang 1944, betrug die Nationalverschuldung der gewaltigen Ausgaben für die Kriegführung 230 Milliarden Dollar.

Der amerikanische Steuerzahler wird jedoch, wie seine Steuer-Dollar von seiner Regierung in Washington vorausgesehen werden: 33% der Bildungsausgaben stifteten auf das Kriegsmaterialien und weitere 38,4 auf die Marine, wobei in beiden Fällen Luftfahrt-Ausgaben eingeschlossen sind. Er würde daher für Lebensunterhalt, Bildung, für Waffen und Materialausgaben 20,6 Milliarden Dollar ausgeben 5%, für die in den Dienst der Kriegführung gestellte Handelsmarine und die restlichen 5% für Kriegsausgaben anderer Regierungsstellen.

Was die Kosten des Kriegs an Menschenleben und an Sachvermögen angeht, so sind sie in der Aufzählung des Kriegsproduktionsamtes nicht erfüllt, aber allein die Zahl der amerikanischen Gefallenen beträgt 244 000, die der Verwundeten 530 048 und die der Vermissten 47 374.

Die Kontrolle Deutschlands

Berlin: Der Oberste Alliierte Kontrollrat für Deutschland wird Anfang August seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen. Die britische Kontrollkommission wird also noch im Berliner Hauptquartier im Gebäude des Berliner Landgerichtes errichten. Bis zu weiterer Eröffnung des deutschen russische Hauptquartier in Lübeck, nahe dem Hauptquartier der 21. britischen Heringsgruppe.

Deutschland werden in der britischen Zone Deutschlands die Befugnisse und Aufgaben der Militärregierung allmählich von der britischen Kontrollkommission übernommen, in der die 21. Heringsgruppe aufgehen wird. Der Übergang von der militärischen zur zivilen Verwaltung wird in der Abteilung für Finanzen, Justiz und innere Angelegenheiten durchgeführt. Die Kontrolle für innere Angelegenheiten wird in der Abteilung für Finanzen, Post- und Telegraphenwesen, öffentliche Sicherheit und innere Verwaltung.

Die amerikanische Kontrollkommission, die dem Obersten Alliierten Kontrollrat eingegliedert wird, verlegt ihren Sitz von Hochst nach Berlin.

Denkmal für SS-Opfer

Berlin: In Mainz wird ein Denkmal für amerikanische Soldaten errichtet, die dort als wehrlose Gefangenen von SS-Männern erschossen wurden.

Eisenhewers Geburtsort wird Kriegsendemal

Ahlens (Kassau): General Eisenhewers Geburtsort, in dem er und seine fünf Brüder aufwuchsen, wird der Mittelpunkt eines nationalen amerikanischen Kriegsendemals werden.

Erstes Zusammentreffen



Vor dem Beginn der Dreierkonferenz stellte der britische Premierminister Churchill dem USA-Präsidenten Truman in seiner Potsdamer Villa seinen Besuch ab. Seit seiner Ernennung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ist dies die erste Begegnung Truman

Die Woche in England

London: Die englischen Parlamentswahlen sind in der abgelaufenen Woche abgeschlossen worden. Donnerstag morgen 9 Uhr werden die versiegelten Kisten geöffnet und die Zählung beginnt. Noch am selben Abend wird das Wahlergebnis vorliegen.

Die Wählerschaft hat die einzigartige Situation, daß die Entscheidung seit drei Wochen als versiegeltes Geheimnis in den Stimmzettelkästen ruht, mit Gleichmut hingenommen. Die Achtung vor der konstitutionellen demokratischen Form hat jede Aufregung verhindert. Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses pflegen die Kandidaten (gewählte und nicht gewählte) sich noch einmal in einer kurzen Ansprache an ihre Wähler (und Nichtwähler) zu wenden. 1700 Männer und 87 Frauen werden die zwei Reden vorbereiten, von denen nur eine gehalten wird: die Siegerrede, die sie am Donnerstagmittag vor einer begeisterten Menge zu halten hoffen, und die Gratulationsrede an den siegreichen gegnerischen Kandidaten, die sie für den Fall bereithalten müssen, wenn sie unterliegen.

Große Sorge bereitet der Wahlausgang einem Herrn namens Bernard Tussaud. In jedem Falle wird er, sobald das Ergebnis bekannt ist, alle Hände voll zu tun haben. Sollte die Labour-Partei siegen, wird sich seine Arbeit verdoppeln und verdreifachen. Tussaud nämlich ist der Besitzer des berühmten Wachfigurenkabinetts „Madame Tussaud“, das zu London gehört wie etwa Kastana Panoptikum zum alten Berlin.

Die „Regierungsgruppe“ bei Madame Tussaud wird neue Figuren und die Figuren werden neue Kleider brauchen. Da es an Kleiderkarten fehlt, wird vielleicht mancher neugebackene Minister in den Anzug seines Vorgängers steigen müssen.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot werden alle Kräfte aufgerufen. Die Gemeindeverwaltungen werden in Zukunft alle leerstehenden Häuser übernehmen und darin wohnungslose Familien unterbringen können, ohne vom Amtschimmel behindert zu werden. Der Gesundheitsminister hat die Vollmachten der Gemeinden beträchtlich erweitert; sie brauchen nicht mehr beim Ministerium nachzufragen, aber die Hausbesitzer müssen die Möglichkeit haben, in 14 Tagen ihre Häuser selbst zu beziehen oder geeignete Mieter vorzuschlagen. Damit haben die un-

geduligen Wächter, die das Recht selbst in die Hand genommen und mehrere leerstehende Häuser für ihre Schützlinge erobert haben, ihren Zweck erreicht und können abtreten.

Reparaturen an beschädigten Wohnhäusern dürfen jetzt ohne Einschränkung vorgenommen werden. Bisher war eine Kostengrenze von 2000 Mark gesetzt. Ein anderes Hemmnis wird allerdings nicht mit einem Federstrich zu beseitigen sein: der Mangel an Arbeitskräften. Nicht nur an Bauarbeitern fehlt es, — auch die Spinnerinnen und Weberinnen leiden unter Krätemangel. Viele dieser Betriebe werden allerdings die Arbeitsbedingungen in ihren größtenteils recht veralteten Werken erheblich verbessern müssen, wenn sie die an helle Arbeiterarme, gute Kantinen und allerlei Wohlfahrtseinrichtungen gewöhnten Kriegsarbeiter zurücklocken wollen.

Die Entlassung von Ärzten aus der Armee geht nur langsam vonstatten, und die Britische medizinische Gesellschaft hat einen Warnungsruf hören lassen. Rund tausend weitere Ärzte werden zur Betreuung der Zivilbevölkerung gebraucht, sonst wird es im Winter im Falle von Epidemien zu ersten Schwierigkeiten kommen. Während des Krieges gibt es in den Städten einen Arzt für etwa 3000 Personen, in ländlichen Bezirken einen Arzt für etwa 2400 Personen.

An der Ausbildung neuer Lehrer wird mit Hochdruck gearbeitet. „Notlehrgänge“ mit verkürzter Ausbildungsdauer sind eingerichtet worden, wobei größter Wert darauf gelegt wird, die fehlende Zeit durch größere Leistung zu ersetzen und das Niveau nicht zu senken. Die Kandidaten sind meistens Zivilpersonen, die im Kriege andere wichtige Arbeit geleistet haben. Bis Ende dieses Jahres hofft man 4—5000 Lehrer ausgebildet zu haben. Bis dahin werden auch neue Kandidaten aus der Armee entlassen. Aber eine wirkliche Erleichterung der Situation wird erst eintreten, wenn die jüngeren Jahrgänge zur Entlassung kommen, also 1946 oder später.

Aus der britischen Luftwaffe entlassene Flieger werden sofort von der zivilen Luftfahrt aufgenommen und können ihre im Kriege gewonnenen Erfahrungen in den Dienst friedlichen Fortschritts stellen. Mehr als 200 Flugzeugbesatzungen, d. h. 1500 Mann, werden demnächst gebraucht.

Inzwischen bilden sich im ganzen Lande Umschulungsstellen, die den heimkehrenden Soldaten den Weg ins Zivil- und Berufsleben erleichtern sollen. Viele heimgekehrte Soldaten gehen zunächst einmal an die nabeliegendste und dringendste Auf-



Marshall Schukow erhält aus der Hand Feldmarschall Montgomerys das Großkreuz zum Bath-Orden.

gabe: sie helfen den Bauern die Ernte einbringen. Auch 100 000 deutsche Kriegsgefangene werden zu Erntearbeitern herangezogen.

Die Haferernte hat bereits begonnen, Weizen wird reif sein, wenn der Hafer geschnitten ist. Unwetter haben kürzlich viele Felder in Süd-England flachgelegt, so daß das Korn nur mit der Hand geschnitten werden kann und die vorgesehene Zahl von Arbeitern um mindestens 50 000 erhöht werden muß.

Die Ernte ausssichthin sind gut. Vor allem die Kartoffelernte wird ein Rekord sein. Manche Anbauvorschriften sind für nächstes Jahr gelockert worden, aber im allgemeinen werden sich die Bauern doch noch nach dem Bedarf des Landes richten müssen. So sollen z. B. Kartoffeln und Zuckerrüben in gleicher Menge wie bisher gezeugt werden.

„Tätige Reue“

Ettlingen: Die kleine Stadt Ettlingen, deren Bevölkerung von 12 000 auf 17 000 angewachsen ist, ist zum großen Teil unbeschädigt geblieben. Dies erleichterte es dem nach Einmarsch der Alliierten ernannten neuen Bürgermeister Fritz Strauß, das öffentliche Leben der Stadt neu zu ordnen. Die prominentesten Nationalsozialisten wurden den Besitzverhältnissen übergeben, die weniger prominenten: erlichen und erhalten. Gelegenheit, beim Holzhacken im Walde, bei der Feldarbeit, bei der Reparatur der Bahnstrecke und bei sonstigen Beseitigungsarbeiten von Kriegsschäden „tätige Reue“ zu zeigen. Auch die äußeren Überbleibsel des Nationalsozialismus wurden beseitigt. Aus der Hitlerstraße wurde die Heinrich-Heine-Straße und andere Straßen wurden nach Ludwig Frank, Thomas Mann, Pastor Niemöller und Georg Lechliether benannt.

Dr. Stegerwald Regierungspräsident

Würzburg: Der frühere Reichsminister und preußische Staatsminister Dr. Adam Stegerwald wurde von der amerikanischen Militärregierung zum Regierungspräsidenten von Würzburg ernannt.

Der 71 Jahre alte Dr. Stegerwald ist aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Er spielte in den Jahren der Weimarer Republik, die er als Mitglied der Nationalversammlung schaffen half, eine bedeutende politische Rolle. Während der ganzen Zeit gehörte er als Mitglied der Zentrumspartei dem Reichstag und dem preußischen Landtag an. Schon im Oktober 1917 wurde er ins preußische Herrenhaus als erster Vertreter der deutschen Arbeiterschaft ins „Oberhaus“ berufen.

Von März 1918 bis November 1921 war Stegerwald preußischer Minister für Volkswohlfahrt. Am 9. April 1921 wurde er preußischer Ministerpräsident, ein Amt, das er aber schon nach sieben Monaten aufgeben mußte.

1929 wird Stegerwald — als das Zentrum wieder in die Reichsregierung eingetreten war — Reichsverkehrminister. Auch hier wurde er bald abgelöst: Robert Schmidt wurde sein Nachfolger.

Das Kabinett Brüning griff wieder zu-
rück zu ihm.

Zweiter Gemüseanbau im Juli und August

Die ersten Ermahnungen der Militärregierung, jedes Stückchen Land für Gartenbau auszunutzen, haben ein starkes Echo bei allen Teilen der Bevölkerung gefunden. In den öffentlichen Parkanlagen sind kleine Gärten entstanden, die in mehr oder weniger fachmännischer Weise bepflanzt werden. Aber trotzdem liegt immer noch mancher Streifen Land brach. Es folgen deshalb heute einige Anregungen, was in dieser Jahreszeit noch angebaut werden kann.

In Betrachtt kommen Grünkohl, Kohlrabi, Teltower Rübchen und Spinat. Für Kohlrabi setzt man die Pflänzchen bis Anfang August, für Teltower Rübchen bis Mitte August und für Grünkohl bis Ende August an.

der Boden frei geworden ist. Vorher wird die Erde noch einmal umgegraben und, wenn möglich, ein wenig gedüngt. Bei dieser zweiten Anpflanzung ist lediglich darauf zu achten, daß nicht dieselbe Pflanzenart wieder in der gleichen Erde gesetzt wird, da jede Pflanze ganz bestimmte Nährwerte dem Boden zu entziehen pflegt. Wo also früher einmal Rübchen wuchsen, wird man nicht wieder Rübchenstecklinge einsetzen, sondern diesmal Grünkohl oder Spinat den Vorrug geben. Der Wechsel im Anbau ist für die Entwicklung und Kraft der verschiedenartigen Gemüsesorten von großem Einfluß.

Wichtig ist auch der Ratschlagverfahren, wird
— im Oktober

*Aus einem Telegramm
des amerikanischen politischen Beraters in Deutschland, Robert Daniel Murphy,
an den Direktor der Abteilung für europäische Angelegenheiten,
Freeman H. Matthews*

Streng geheim

Oberstes Hauptquartier
der Alliierten Expeditionsstreitkräfte
28. Juni 1945

Die nachfolgenden Überlegungen – Streng geheim für Matthews – erscheinen angesichts unseres derzeitigen Verbots jeglicher politischen Tätigkeit in Deutschland veranlaßt. . . Wahrscheinlich dürften alle oder die meisten politischen Gruppen, deren Gründung wir bald genehmigen werden, zu einer gegen die amerikanische Militärregierung gerichteten Einstellung gelangen, insbesondere wenn – was im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt – das deutsche Volk auf geraume Zeit unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben wird. Auch würde ein Verbot politischer Betätigung, das wir einmal aufgehoben haben, äußerst schwer wieder einzuführen sein.

Die Politik, die wir zur Zeit betreiben, ist im Grunde genommen eine negative Politik der Unterdrückung, die zu einem politischen Vakuum führt, das verschiedene Gruppen zweifellos auszufüllen versuchen werden. Wenn wir das Verbot politischer Betätigung zu lange aufrechterhalten, schrecken wir dadurch eventuell die demokratisch eingestellten Kräfte wieder ab, die sich – wenn auch noch leise und schüchtern – nach den Jahren der Unterdrückung durch die Nazis jetzt wieder bemerkbar machen wollen. Eine Beibehaltung des Verbots könnte von totalitären Extremistengruppen der Rechten und Linken ausgenutzt werden, die sich in disziplinierter Untergrundtätigkeit nur zu gut auskennen. Die verhältnismäßig unorganisierten Sozialdemokraten und Zentrumsleute sind vielleicht bereit, unsere Anweisungen zu befolgen, während die Kommunisten und Nazis ihre eigenen Organisationen ins Feld schicken.

Eine weitere und und sehr wichtige Überlegung, die anzusteuern wäre, ist die Tatsache, daß das Verbot politischer Betätigung nicht im ganzen Reichsgebiet gelten wird. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das Nationalkomitee Freies Deutschland . . . in den russisch besetzten Gebieten schon jetzt auf Grund besonderer Vereinbarungen administrative Vollmachten erhält, was in Zukunft offensichtlich zu politischen Verwicklungen führen wird.

Vermutlich ist das Außenministerium bereits im Besitz des Berichts der Rundfunküberwachungsstelle über den von Berlin gesendeten Schukow-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni. Außer der Genehmigung zur Schaffung freier Gewerkschaften enthält der Befehl die Erlaubnis zur Bildung aller antifaschistischen Parteien und zu ihrer Tätigkeit in der Sowjetzone, wenn sie sich die Ausrottung der Oberreste des Faschismus und die Festigung der Demokratie zum Ziel setzen.

Ein Kommentar zu dieser Sendung gibt deutlich zu verstehen,⁴⁵ daß dieser Befehl zur Entwicklung eines totalitären Einparteiensystems des glei-

chen Typs führen wird, den es bereits in Osteuropa und im Balkan gibt. In ihm wird eine starke Demokratie, nicht eine Demokratie nach Weimarer Muster, gefordert und betont, die demokratischen Kräfte müßten vereint und dürften nicht gespalten sein. Der Kommentar schließt mit der Warnung, daß alle, die die Einheitlichkeit der demokratischen Kräfte zu zerstören versuchten, als Feinde der Demokratie behandelt werden würden.

Diese Maßnahme werden wohl schließlich dazu führen, daß die politische Führung in der russischen Zone vollständig in die Hände des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gelangt. Dessen Tätigkeit wird darauf abzielen, auf unsere Zone überzugreifen. Wenn wir dann erst das augenblickliche Verbot politischer Betätigung aufheben, haben die Kommunisten eventuell den Vorteil eines erheblichen Vorsprungs, da sie, die einzige organisierte politische Gruppe in Deutschland, im ganzen Lande bereits aktiv sind. Ein weiterer sie begünstigender Faktor liegt in der Möglichkeit, daß sie durch eine der vier Besatzungsmächte eventuell stark unterstützt werden.

Die Politische Abteilung hat General Clay soeben eine für die Befehlshaber der amerikanischen Militärdistrikte vorgeschlagene Direktive zur Verwirklichung des Dokuments JCS 1067 nach der Auflösung des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Expeditionsstreitkräfte (SHAEF) vorgelegt. Diese Direktive erstreckt sich auf die Ziffern 9a und 9c des Dokuments JCS 1067, die sich mit politischer Betätigung und politischen Umzügen befassen. In einem Begleitmemorandum haben wir versucht, den in der Militärregierung tätigen Offizieren einige Ratschläge für die Behandlung rein örtlicher politischer und halbpolitischer Gruppen zu geben, die hier und dort entstanden sind. Wir haben sie auf die Möglichkeit hingewiesen, sich in formloser Weise örtlicher unpolitischer Gruppen zur Unterstützung bei der Bearbeitung von Aufgaben der Militärregierung zu bedienen. Wir haben dabei besonders die Möglichkeit des Einsatzes einzelner Mitglieder derartiger Gruppen betont, solange sie demokratisch sind und mehr als extremistische Minderheiten darstellen. Diese Empfehlung erfolgte auf der Grundlage der im Dokument JCS 1067 enthaltenen Bestimmungen, wonach es keine politische Betätigung geben darf, die nicht die Genehmigung des Befehlshabers des betreffenden Operationsgebietes hat.

Solange das absolute Verbot weiterbesteht, wie es bisher der Fall war, wird es auch weiterhin unvermeidlich sein, daß in unserer Zone alle demokratischen Elemente niedergehalten werden. Anscheinend ist aber General Clay jetzt geneigt, unser Memorandum durch positive Einstellung zu fördern und es zu einem festen Bestandteil der Direktive zu machen, wenn sie erlassen wird. Dieser Schritt würde tatsächlich eine ernste Modifizierung des absoluten Verbots politischer Betätigung sein.

Bei der ganzen Frage handelt es sich um eine Angelegenheit, der wir ständig größte Aufmerksamkeit widmen müssen, weshalb ich eine Stellungnahme des Außenministers dazu begrüßen würde.

Murphy



The Stars and Stripes flies from the railroad station in Stuttgart, captured by the 397th Inf. Regiment

Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters

Nr. 16

Stuttgart, 27. Juli 1945

Tägliche Einholung des Sternenbanners am Schloßplatz

Von Dienstag, 31. Juli, an findet täglich etwa um 17 Uhr die feierliche Einholung der am Schloßplatz gehißten Amerikanischen Flagge statt.

Während des kurzen Feieraktes hat auf dem Schloßplatz jeder Straßenverkehr zu ruhen. Die Passanten haben sich dem Floggenmast zuzuwenden und eine achtungsvolle Haltung, die Männer

unter Abnahme der Kopfbedeckung, einzunehmen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, bei Überquerung des Schloßplatzes zu der für den Feierakt in Betracht kommenden Zeit ihr schärfstes Augenmerk auf den Beginn der Floggeneinholung und die rechtzeitige Erweisung der schuldigen Achtung zu richten.

Internationale monatliche Übersicht über Juli 1945, Nr. 1

1. Das Ultimatum an Japan

Man geht wohl nicht fehl, wenn man den verschiedenen Anfragen im amerikanischen Senat über angebliche japanische Friedensfühler und die damit verbundenen Forderungen an die Alliierten, die Friedensbedingungen für Japan näher zu bestimmen, eine gewisse symptomatische Bedeutung für die Vereinigten Staaten selbst zuschreibt.

Vermutlich sind hier zwei sehr verschiedene Strömungen zu unterscheiden. Eine allgemeine Volksstimmung, die eine Beschleunigung des Kriegsendes im Fernen Osten durch politische Mittel wünscht, ohne sich über die Art dieser Mittel klar zu sein. Diese Stimmung hat ihre Wurzeln einmal in dem Abschluß des europäischen Krieges. Der Teilfriede erweckt ganz natürlich das Bedürfnis nach dem ganzen Frieden. Dazu kommt, daß im Gegensatz zum europäischen Krieg in dem Krieg gegen Japan die Vereinigten Staaten die Hauptlast der materiellen und Menschenopfer zu tragen haben. Die andere Strömung zielt offenbar darauf ab, zu irgendeinem Kompromiß mit den herrschenden Klassen Japans zu kommen.

Inzwischen ist von den Teilnehmern der Berliner Konferenz, die am Krieg gegen Japan beteiligt sind, und China ein Ultimatum an Japan erfolgt.¹⁾ Die bedingungslose Kapitulation ist hier näher bestimmt. Japan verliert sein ganzes Kolonialreich, es wird entwaffnet. Seine Schwer- und Rüstungsindustrie wird abgebaut, es darf aber seine Leichtindustrien behalten. Das Land wird besetzt, aber es soll geräumt werden, sobald Garantien für eine friedliche Regierung gegeben sind. Die Kriegsgefangenen sollen in ihre Heimat zurückkehren können. Die „Religionsfreiheit“ soll erhalten werden.

Der politische Sinn dieser Bedingungen ist eine Wendung an die sogenannten liberalen Kreise in Japan. Aber diese Kreise sind äußerst schwach. Die große Bourgeoisie in Japan ist aufs engste verschmolzen mit den feudalen Clans, die seit mehr als einem Jahrtausend die wirklichen Inhaber der Macht in Japan sind. Diese alte Herrschaft, die durch die Bedingungen der Alliierten mit dem Untergang bedroht ist, wird mindestens so verzweifelt um ihr Leben kämpfen, wie die Junker und Nazis dies in Deutschland getan haben. Sie können gewiß nicht mehr auf einen Sieg hoffen, aber das Ultimatum erweckt in ihnen wahrscheinlich Hoffnungen auf Erleichterung der Bedingungen auch für sie, wenn sie den Widerstand solange wie möglich hinauszuziehen.²⁾

Amerikanische Korrespondenten haben die Formel der „Religionsfreiheit“ gedeutet als eine Umschreibung für die Erhaltung des Kaisertums.³⁾ Das Kaisertum ist aber ein Bestandsstück der feudalen Tradition in Japan. Es soll im Sinne des amerikanisch-englischen Kapitals einen Damm gegen die soziale Revolution in Japan abgeben. So hat also dieses Ultimatum in Bezug auf die herrschenden Schichten Japans sicher seinen Zweck verfehlt. Aber wie ist es mit dem japanischen Volk – den Arbeitern und Bauern? Um sie zum Aufstand gegen die feudalen und großbürgerlichen Herren zu bringen, bedürfte es anderer Mittel.

Ein Land, das entwaffnet und besetzt ist, hat seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit verloren. Es wird Kolonialvolk. Seiner Kolonialländer und seiner Schwerindustrie beraubt, kann Japan auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr existieren, sondern nur noch vegetieren. Um das Volk in Japan in Bewegung zu bringen, muß man ihm wirkliche Lebensaussichten eröffnen nach dem Sturz der bisher herrschenden Klassen, anders gesagt, Aussichten dafür, daß eine Volksrevolution ihre Lebensbedingungen nicht verschlechtert, sondern verbessert. Grundbedingungen dafür sind die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit und die materielle Erhaltung der vorhandenen Produktionsmittel.

Solche Aussichten könnte nur eine sozialistische kriegsführende Macht eröffnen, nicht imperialistische Mächte. Die Kriegsführung imperialistischer Mächte hat gemäß der Natur dieser Mächte ein doppeltes Ziel: die Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenten und gleichzeitig die Verhinderung der sozialen Revolution.

Eine Volksrevolution in Japan würde aller Voraussicht nach zunächst noch eine bürgerlich-demokratische, noch keine sozialistische Revolution sein können. Das heißt, sie würde die feudalen Reste in Japan beseitigen und die Arbeiter und Bauern noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse zu der herrschenden Klasse machen. Aber eine bürgerlich-demokratische Revolution, die nicht von der Bourgeoisie, sondern von Arbeitern und Bauern geführt wird, geht mit der sozialistischen Revolution schwanger. Deshalb wird sie in der Tat abgelehnt und bekämpft von imperialistischen Kriegsführenden, trotz aller Beteuerungen für die Demokratie. Deshalb muß die feudale Kaiserlegende erhalten werden. Infolge des *Doppelwesens der imperialistischen Kriegsziele* fällt das Ultimatum zwischen zwei Stühlen zu Boden.

Wenn die Arbeiterklassen in England und in den Vereinigten Staaten ihre eigenen Klasseninteressen zu Rate ziehen und zur Geltung bringen würden, so könnten sie sehr wohl den Krieg im Fernen Osten mit politischen Mitteln *abkürzen und zugleich der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostasien entscheidenden Anstoß geben.*

2. Der Sieg der Labour Party in England

Das Ergebnis der englischen Parlamentswahlen vom 5. Juli, das erst am 26. Juli bekanntgegeben wurde, ist nicht mit den üblichen parlamentarischen Maßstäben zu messen.⁴⁾

Mit diesen Wahlen *betrifft England den Abschnitt seiner Geschichte, der es an die Schwelle der sozialistischen Revolution oder der faschistischen Konterrevolution heranführt.*

Wir sagen dies, obwohl wir einerseits sehr wohl wissen, daß die Führer der Labour-Party und der Gewerkschaften in England keine sozialistischen Revolutionäre, sondern sozusagen die klassischen Reformisten sind, obwohl das Wahl- und jetzt Regierungs-Programm der Labour-Party noch kein Programm der Sozialisierung, sondern erst der Nationalisierung, d.h. der Verstaatlichung einer Reihe von Schlüsselindustrien, der Bank von England und des Inlandstransports ist und obwohl heute aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrheit der englischen Arbeiterklasse selbst noch tief in den Vorurteilen des Nur-Parlamentarismus und der bürgerlich-demokratischen Methoden steckt. Und obwohl auf der anderen Seite die englische Bourgeoisie den Wahlkampf im Zeichen der Freiheit der Wirtschaft und der Demokratie geführt hat.

Es ist die tatsächliche Lage Englands am Ende des europäischen Krieges, die uns zu dieser Kennzeichnung der Bedeutung des Wahlergebnisses führt. Der englische Kapitalismus ist zwar einer der Sieger im europäischen Krieg und wird Mitsieger im Kriege gegen den japanischen Imperialismus sein. Der deutsche, italienische, japanische Imperialismus sind oder werden als Konkurrenten ausgeschaltet und sind nach der Niederlage herrenloses Gut, Kriegsbeute. Aber zugleich ist der amerikanische Kapitalismus wirtschaftlich und militärisch übermächtig geworden, die besiegten Länder sind Trümmerhaufen, die Kolonialvölker, Indien voran, rebellieren immer stärker gegen das imperialistische Joch, in einer Reihe von Ländern sind während des Krieges selbständige Industrien entwickelt worden, und die Machtsphäre der Sowjetunion ist bis an die Elbe, an die Adria, die Dardanellen und Nordpersien vorgeschoben. Diese Machtsphäre aber, wie man sie auch charakterisieren mag, ist eine Schranke für den englischen Imperialismus.

Unter den so geschaffenen Verhältnissen kann England unter kapitalistischem Regime nicht mehr die bisherige Lebenshaltung seiner Arbeiterklasse aufrechterhalten und nicht mehr *die Versicherungsprämie gegen die Revolution* bezahlen, die seine sozialpolitischen Einrichtungen vorstellten.⁵⁾ Damit bricht aber die wirtschaftliche Grundlage der englischen parlamentarischen Demokratie zusammen. Das britische Kapital kann dann auch in England nur noch mit offen diktatorischen Mitteln regieren. Die moderne Form der offenen kapitalistischen Diktatur ist der Faschismus. Dies ist letzten Endes kein Ausweg, wie das deutsche Beispiel gezeigt hat, aber es ist

die letzte Verteidigungsstellung des Kapitalismus. Es wäre mehr als naiv, anzunehmen, daß der herrschgewohnte englische Kapitalismus ohne den Versuch des äußersten Widerstandes abtreten werde.

Der wirkliche Ausweg ist der Übergang zum Sozialismus, der die Enteignung und die politische Entmachtung der Kapitalistenklasse einschließt. Der eventuelle Übergang Englands zum Sozialismus findet eine *internationale Lage vor, wo er keineswegs ein Sprung ins Dunkle wäre*. Frankreich, Italien, um von Deutschland ganz abzusehen, zeigen, daß das europäische Festland jenseits der sowjetischen Machtsphäre ebenfalls auf dem Wege zum Sozialismus ist. Die Grenze der russischen Machtsphäre wäre für ein sozialistisches England keine politische noch wirtschaftliche Schranke mehr. Alles das besagt, daß die tatsächlichen Bedingungen, um einem sozialistischen England ein sozialistisches Europa als Umgebung zu schaffen, bereits weitgehend herangereift sind. Die Gefahr der wirtschaftlichen Isolierung eines sozialistischen Englands ist eine rasch abnehmende Größe geworden und könnte durch die aktive Förderung sozialistischer Revolutionen in den Ländern des europäischen Festlandes durch England sehr rasch zum vollen Verschwinden gebracht werden. Weiter: indem ein sozialistisches England den Kolonialvölkern seines Empire volle Unabhängigkeit gewähren würde, würde es, auf der neuen Grundlage ihrer uneigennütigen Förderung, statt ihrer Ausbeutung, ebenso ein beiderseitig förderliches Verhältnis zu ihnen schaffen, wie es die Sowjetunion gegenüber den ehemaligen Kolonialländern des zaristischen Rußland im Osten des Reiches *geschaffen hat*. Die *mächtige industrielle Ausrüstung, die ein sozialistisches England von dem alten kapitalistischen England übernehmen würde*, würde nicht nur nicht überschüssig sein, sie würde sich ungenügend erweisen.

Das Programm der Labour-Party ist noch nicht die Entscheidung zwischen diesen beiden Alternativen, aber es führt zwangsläufig und rasch an diese Entscheidung heran.

Die Nationalisierung der Wirtschaft ist ihre Verstaatlichung. Die Verstaatlichung an sich entscheidet noch nicht über den Klassencharakter der Wirtschaft. Darüber entscheidet erst der Klassencharakter des Staates. Übernimmt die Arbeiterklasse vollständig die Staatsmacht und besetzt alle wirtschaftlichen und politischen Kommandohöhen, so wird die Verstaatlichung eine Vorstufe zum Sozialismus sein. Behält die kapitalistische Klasse die Staatsmacht und die Kommandohöhen der Wirtschaft, so wird die Verstaatlichung eine Vorstufe zum Faschismus sein.

Die Nationalisierung, die Verstaatlichung der Wirtschaft drängt die beiden Hauptklassen zur Entscheidung über die Staatsmacht und damit zur endgültigen Entscheidung auch über die Wirtschaft.

Entscheidend für den weiteren Gang der Entwicklung wird sein, daß in dem jetzt beginnenden Kampf die englische Arbeiterklasse in ihrer ganzen

Breite aktiv eingreift und entschlossen alle Hindernisse niederkämpft, die ihr dabei entgegentreten. Die Labour-Party kann an den Kampf um die Entscheidung heranführen, sie kann ihn als reformistische Partei nicht durchführen. Aber die Grenzen der Labour-Party müssen nicht die Grenzen der englischen Arbeiterklasse sein. Der Kampf selbst, wenn als Massenkampf und entschlossen geführt, wird sie lehren, die beschränkten Vorstellungen über die Ziele und Methoden des Kampfes zu überwinden, mit denen sie ihn antritt, vor allem durch das Auftreten des Klassegegners, der in diesem Kampf sicherlich auf keinen Vorteil verzichten wird, wenn sein Preis die Überschreitung der parlamentarischen Spielregeln sein wird. Wenn die englische Arbeiterklasse aus dem Kampf, den sie jetzt beginnt, die richtigen Erfahrungen zieht und anwendet und in seinem Verlauf diese Erfahrungen kristallisiert in Gestalt einer revolutionären sozialistischen Partei, so kann sie nicht nur an die Schwelle der sozialistischen Revolution herantreten, sondern sie auch siegreich überschreiten.

Vor bald hundert Jahren knüpften Marx und Engels ihre Hoffnungen auf die sozialistische Weltrevolution an England als die „Beherrscherin des Weltmarktes“. Der Verlust der Herrschaft Englands über den Weltmarkt stellt jetzt die englische Arbeiterklasse, nachdem sie ein Jahrhundert, wenigstens in ihrer Oberschicht, dadurch eine Vorzugsstellung vor der Arbeiterklasse anderer Länder genossen hat, unausweichlich vor die Frage der sozialistischen Revolution, die seit dem Niedergang des Chartismus vor rund hundert Jahren⁶⁾ als praktisches und unmittelbares Ziel aus ihrem Gesichtskreis verschwunden war. Dies ist zweifellos eine Tatsache von weltweiter Bedeutung.

Wir erwarten von der Labour-Regierung keineswegs eine aktive Förderung der sozialistischen Revolution auf dem europäischen Festland. Aber sie wird manche Hemmnisse, die ihr die Tories als herrschende Partei und mit ihnen die Labour-Party als ihr Koalitionspartner entgegentellten, nicht mehr entgegenstellen können. Das ist in seiner internationalen Auswirkung nicht zu unterschätzen.

3. Das Londoner und das Warschauer Polen

Die Frage Polens ist, soweit es auf die „großen Drei“ ankommt, einstweilen entschieden. Die ehemalige Londoner Exilregierung Polens erklärt, daß sie keine Warschauer Regierung als legal anerkennen würde, die nicht auf Grund freier Wahlen zustande gekommen sei.⁷⁾ Sie sucht die polnische Armee von angeblich etwa 250.000 Mann, die z.T. noch in Italien, z.T. im englischen Besatzungsgebiet Deutschlands steht, noch zusammenzuhalten. Diese polnischen Truppen stehen militärisch unter englischem Oberbefehl und werden von England unterhalten. Die Warschauer Regierung fordert die Angehörigen dieser Armee auf, nach Polen zurückzukehren.

Wenn das Stalinsche Wort vom „*unabhängigen, freien und starken Polen*“ ein schlechter Witz ist, so kann nur ein Naiver den Anspruch der Londoner Polen, die demokratischen Rechte und die Unabhängigkeit Polens zu vertreten, für bare Münze nehmen.

Zweifellos gibt es Anhänger der Londoner Regierung, die dieses Ziel subjektiv ehrlich vertreten. Aber die ausschlaggebende Kraft im Londoner Lager sind die polnischen Offiziere, Schlachtschützen usw.⁸⁾ Sie haben in der Vergangenheit genügend gezeigt, daß sie nichts weniger als Demokraten sind.

Man soll sich darüber nicht täuschen, ein wirklich unabhängiges Polen ist im heutigen Europa überhaupt nicht möglich. Die Wahl ist lediglich: Abhängigkeit von Rußland oder von England. Wir glauben, daß die Abhängigkeit von Rußland für die werktätigen Klassen Polens, die Arbeiter und Bauern, vorzuziehen ist. Sie hat heute schon zur Beseitigung der Schlachta, des polnischen Großgrundbesitzes, geführt. Damit ist ein entscheidendes Hindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt des Landes aus dem Wege geräumt. Die „Freiheit“ Polens, d.h. der Kampf um die Demokratie der Werktätigen in Polen, wird in Zukunft eng verbunden sein müssen mit dem Kampf um sie in der Sowjetunion selbst.

Bis jetzt hatte Polen lediglich mit dem England der Tories zu tun, für die es lediglich ein Stein auf dem Schachbrett des englischen Imperialismus war, ein Stein, der aufgegeben werden mußte. Die Lage wäre sehr viel anders, wenn ein sozialistisches England da wäre. Das England der Labour-Party ist noch kein sozialistisches England.

4. Kolonie Deutschland

Am 23. Mai 1945, dem Tag der Gefangennahme der Herren Dönitz und Konsorten,⁹⁾ hat Deutschland aufgehört, ein Staat zu sein. An seine Stelle sind vier Kolonialgebiete getreten, die man aus lediglich geographischen Gründen zusammen als „Kolonie Deutschland“ bezeichnen mag. Das gegenseitige Verhältnis dieser vier Kolonialgebiete wird einstweilen lediglich durch ihre vier Inhaber bestimmt. Darüber wird in der offiziellen Mitteilung über die Ergebnisse der sogenannten Berliner Konferenz der „Drei Großen“ Näheres mitgeteilt. (Es soll dies besonders besprochen werden.)¹⁰⁾

Es ist nicht alltäglich, daß ein großes Volk eines Tages plötzlich überhaupt ohne Staat dasteht. Das jüdische Volk, das vor etwa 2.000 Jahren seine staatliche Existenz verlor, war im Verhältnis zu anderen Staaten und Völkern der Zeit ein Zwergvolk und ein Winkelstaat.

Der Grund des Verschwindens des deutschen Staates ist denn auch nicht ein alltäglicher. Der deutsche Staat mußte verschwinden, weil er nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes als bürgerlicher Staat überhaupt nicht mehr möglich war. Alle Grundlagen eines bürgerlichen Staates in Deutsch-

land sind durch das Nazi-Regime zerstört worden. Wo der bürgerliche Staat gestanden war, war am Ende nur noch „Wüste und Leere“, das Nichts. Als Staat war nur noch möglich ein völlig Neues für Deutschland – ein sozialistischer oder kommunistischer Staat. Weil dem so war, mußte der deutsche Staat überhaupt verschwinden. Fremde Staatsmächte mußten an die leere Stelle treten.

Dies ist der entscheidende Grund für die vorgesehene langjährige Besetzung Deutschlands, nicht der vorgeschobene, einer von Deutschland nach der Niederlage noch drohenden Angriffsgefahr. Ein sozialistisches oder kommunistisches Deutschland wäre die einzige sichere Garantie für die vollständige und endgültige Beseitigung imperialistischer Bestrebungen in Deutschland, offensiver wie defensiver. Aber es wäre zugleich die Entscheidung für den Sieg des Sozialismus für ganz Europa. Deshalb taugt diese einzige sichere Garantie nicht für die imperialistischen Sieger im europäischen Krieg.

Aber, wird man einwenden, die Sowjetunion hat kein Interesse, die Entstehung eines sozialistischen oder kommunistischen Staates in Deutschland zu verhindern. Sicherlich nicht. Aber sie ist nur eine von den drei siegreichen Großmächten. Wenn sie keinen Bruch mit ihren Alliierten noch im Verlauf des Krieges riskieren wollte, so mußte sie auf Kompromisse eingehen. Und nach dem europäischen Krieg besteht das Bedürfnis der Sowjetunion nach Kompromissen mit den Vereinigten Staaten und England weiter, wenn auch in abgeschwächter Form.

Dies ist einer der Gründe, warum die Sowjetunion den Krieg gegen Hitlerdeutschland nicht als revolutionären, sondern als „patriotischen“ Krieg geführt und die Formel von der unbedingten Kapitulation¹¹⁾ nicht nur für das Hitlerregime, sondern auch für jede Nachfolgeregierung angenommen hat. Diese Formel war aber die Waffe, die eine innere Revolution in Deutschland gegen das Hitlerregime unmöglich machen sollte und auch tatsächlich verhindert hat, indem sie einer siegreichen Revolution jede Lebensaussicht raubte. Eine Revolution mit der Aussicht auf den Verlust der Unabhängigkeit des Landes, auf seine Zerstückelung, auf die Verschickung von Millionen seiner Arbeiter zur Zwangsarbeit, ist unmöglich. Sie kann nicht die Unterstützung der Masse der Arbeiter und einfachen Soldaten gewinnen. Verstärkt wurde dieses Hindernis durch das Setzen der SU auf die Offiziere der Wehrmacht.¹²⁾ Wenn gesagt wird, der Gestapo- und SS-Terror haben die Revolution in Deutschland verhindert, so ist dies nicht der letzte und entscheidende Grund. Der Gestapo- und SS-Terror war überwindbar durch eine breite, gemeinsame Massenbewegung der Arbeiter und einfachen Soldaten. Das entscheidende Hindernis für die Revolution war die politische Kriegsführung der Alliierten, die das Zustandekommen dieser Massenbewegung verhindern sollte und verhindert hat.

Die Sowjetunion als Staat konnte Kompromisse dieser Art nicht vermeiden. Im Einzelnen ist aber vieles geschehen und geschieht noch, was absolut vermeidbar war: so vor allem die Abtretung deutschsprechender Gebiete an Polen mit der dazugehörigen gewaltsamen Austreibung ihrer arbeitenden Bevölkerung, der Landarbeiter und Bauern, nicht nur der Junker, von dem Land, das Kraft ihrer Arbeit ihnen gehört. Die unausbleibliche Folge: daß Polen für den begangenen Landraub auf Gnade und Ungnade auf russischen Schutz angewiesen, daß das deutsche und polnische Volk auf lange Zeit hinaus in Gegensatz zueinander gebracht werden. Dasselbe gilt für das sudetendeutsche Gebiet und für das künftige Verhältnis des deutschen zum tschechischen und slowakischen Volk. Das ist Kabinetts-politik ältesten Stils.

Der Grundzug des Kompromisses über Deutschland ist seine Aufteilung in vier Besatzungszonen. Da die Besetzung lange Jahre dauern soll, so kommt diese Aufteilung einer tatsächlichen Aufhebung der nationalen Einheit gleich.

Es genügt sicherlich nicht, in dieser Frage sich einfach auf den Grundsatz zu stellen, daß die nationale Einheit unter keinen Umständen vernichtet werden dürfe. Das ist ein sozialistischer Grundsatz. Aber es sind nicht drei oder vier sozialistische Staaten, die über Deutschland entschieden hatten. Zwei von den Großmächten hatten das unbedingte Ziel, die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern. Die nationale Einheit Deutschlands wäre im großen Ganzen erhalten geblieben, wenn die dritte siegreiche Großmacht den beiden anderen Deutschland ganz zur Besetzung überlassen hätte. Die Übung so vieler Tugend hätte aber zugleich bedeutet, ganz Deutschland prinzipiellen Gegnern der sozialistischen Revolution zu überlassen. Andererseits war es natürlich für die beiden imperialistischen Alliierten schon vom reinen Machtstandpunkt aus undiskutierbar, der Sowjetunion ganz Deutschland zu überlassen, geschweige denn vom kapitalistischen Klassenstandpunkt aus.

So kam als Kompromiß zwischen den beiden imperialistischen Siegermächten und der Sowjetunion die Teilung Deutschlands zustande, wobei der Sowjetunion ungefähr die Hälfte des Landes zufiel, womit die sowjetische Einflußsphäre bis zur Elbe vorgeschoben wurde.

Was bedeutet politisch die Grenze, die heute in Deutschland zwischen der sowjetischen und den anglo-amerikanisch-französischen Besatzungszonen verläuft?

Man muß sich klarmachen, daß diese Bedeutung nicht ein für allemal feststeht. Sie hängt ab von der politischen Natur der besetzenden Staaten. *Diese aber ist veränderlich. Und bei der ungeheuren Erschütterung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die der zweite Weltkrieg gebracht hat, handelt es sich um keine säkularen Veränderungen, sondern um solche,*

die sich nach Jahren oder schlimmstenfalls Jahrzehnten messen lassen. Versuchen wir eine Klassifikation auf Grund der Verhältnisse, wie sie bei der Bestimmung der Besatzungszonen bestanden.

Auf der einen Seite die Vereinigten Staaten, heute der stärkste und relativ stabilste kapitalistische Staat. Prinzipiell gegen eine sozialistische Revolution in Europa oder sonstwo eingestellt, aber immerhin nur indirekt an Europa interessiert.

Das kapitalistische und imperialistische England. Solange es kapitalistisch und imperialistisch bleibt, ist es der gegebene Vorkämpfer gegen sozialistische Revolutionen auf dem europäischen Festland.

Frankreich ist eine Macht zweiten Ranges geworden. Es ist immer noch ein kapitalistisches Land, aber es wirft so oder so kein großes Gewicht mehr in die Waagschale.

Die Sowjetunion: wie immer auch ihr jetziger Zustand positiv charakterisiert werden möge: sie ist jedenfalls kein kapitalistisches Land. Sie ist kein prinzipieller Gegner der sozialistischen Revolution in anderen Ländern. Aber sie mißt ihre Schritte ab nach den jeweiligen internationalen Machtverhältnissen, und die Grenze ihrer eventuellen revolutionären Zielsetzung ist durch ihren eigenen gegenwärtigen Zustand bestimmt: das stalinistische Regime.

Das heißt, je nach Zeit, Ort und Umständen kann die Sowjetunion die sozialistische Revolution in anderen Ländern fördern oder hemmen.

Drei Monate nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands zeigen sich schon sichtbare Veränderungen. Am wenigsten in den Vereinigten Staaten, soweit die inneren Klassenverhältnisse in Betracht kommen. Aber es sind hier eine Reihe von Anzeichen aufgetreten, daß die Vereinigten Staaten ihre Besatzungstruppen nicht allzu lange in Europa lassen wollen. Vielleicht kann man es auch so sagen, daß die amerikanischen Besatzungstruppen bald wieder nach Hause gehen wollen.¹³⁾

In England sind durch den Wahlsieg der Labour-Party unabsehbare Möglichkeiten grundlegender Veränderungen gegeben, die in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem sozialistischen und nichtimperialistischen England führen können. Allein damit würde sich die Lage für Deutschland grundlegend ändern.

In Frankreich stehen im Oktober Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung an. Schon die Munizipalwahlen haben bewiesen, daß in diesem Lande starke Kräfte in der Richtung auf den Sozialismus auf dem Marsche sind.¹⁴⁾

In der Sowjetunion sind keine wesentlichen Veränderungen sichtbar, es sei denn, die Ersetzung der ultrachauvinistischen Propanda gegen das deutsche Volk im Ganzen durch die neue Losung der Unterscheidung zwischen faschistischen und antifaschistischen Elementen in Deutschland.¹⁵⁾

Die russischen Besatzungsbehörden haben in ihrem Gebiet die Gründung antifaschistischer politischer Parteien und von Gewerkschaften zugelassen. Sie haben lokal und provinzial aus diesen Parteien Hilfsbehörden ernannt (sie sind nicht gewählt!). Die amerikanischen und englischen Besatzungsbehörden sind jetzt für ihre Besatzungsgebiete dem russischen Beispiel gefolgt. Die zugelassenen politischen Parteien stehen unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden. Ihre Zulassung wurde von der Bedingung abhängig gemacht, daß sie nichts gegen die alliierten Besatzungsbehörden unternehmen. Ihre zugelassene Tätigkeit, wie die der Gewerkschaften, ist also nur die von Hilfsorganen oder Werkzeugen zur Durchführung der Zwecke der Besatzungsbehörden. Sie sind keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung.

Noch mehr gilt dies für die von den Besatzungsbehörden eingesetzten deutschen politischen und anderen Funktionäre. Das Besatzungsregime, ein Regime der Militärdiktatur, wird durch diese Maßregeln nicht in seinem Wesen verändert. Diese Organisationen haben somit nichts mit Demokratie, weder bürgerlicher noch proletarischer, zu tun. Unter einem Besatzungsregime ist bestenfalls nur Scheindemokratie möglich. Aber es wäre keineswegs verwunderlich, wenn sich im Schoße dieser einzig zugelassenen Organisationen dennoch die eigenen Interessen der deutschen Bevölkerung hörbar machen würden, da diese Interessen ja doch wohl existieren und da anzunehmen ist, daß die so Organisierten vielleicht etwas davon verstehen und ab und zu sich darum kümmern.

Noch in einer anderen Hinsicht ist eine merkliche Veränderung in Bezug auf Deutschland eingetreten oder sich anbahnend. Es betrifft dies die Pläne der Alliierten über die Vernichtung oder Kontrolle der deutschen Schwerindustrie.¹⁶⁾ Es ist die Ruhrkohle oder vielmehr ihre Abwesenheit, die den Anstoß gibt. Die normale Kohlenproduktion des Ruhrgebiets belief sich auf etwa 13 Millionen Tonnen monatlich, Hart- und Weichkohle. Sie ist jetzt nur eine halbe Million Tonnen, und zwar nur Weichkohle. Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien, die skandinavischen Länder schreien nach der Ruhrkohle. England, die Vereinigten Staaten, Südafrika können nur einen Bruchteil des Mindestbedarfs liefern. Also muß die Ruhrkohlenproduktion so rasch wie möglich wieder in Gang gesetzt werden. Dazu braucht man Bergleute. Sie müssen aus den Kriegsgefangenenlagern nach Hause geschickt werden. Sie müssen für ihre schwere Arbeit genügend ernährt werden (mindestens 4.000 Kalorien täglich). Um sie zu ernähren, muß die Lebensmittelproduktion im Lande gesteigert werden. Dazu gehören Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen. Um sie zu erzeugen, muß die chemische Industrie und die Maschinenindustrie wieder in Gang gesetzt werden. Um die Kohle zu transportieren, müssen Eisenbahnen und Kanäle wieder funktionieren. Dazu ist Eisen und Stahl nötig, also die Wiedereingangssetzung der

Hüttenwerke, von Lokomotiven- und Waggonfabriken usw. So hängt eins am anderen. Es scheint, als ob die Vernichtungspläne gegenüber der deutschen Schwerindustrie sich durch die Logik der Dinge selbst vernichten allein dadurch, daß sich die europäische Wirtschaftsverflechtung geltend macht.

Die Wegführung zahlreicher Maschinen aus Berliner Großbetrieben durch die sowjetischen Besatzungsbehörden ist gewiß eine sehr robuste Lösung der Wiedergutmachungsfrage. Sie macht nebenbei begreiflich, warum die Stimmführer der Sowjetunion in Deutschland, die neugegründete KPD, in ihrem Programm am bürgerlichen Eigentum festhalten.¹⁷⁾ Kapitalistisches Eigentum wegzuführen aus Deutschland in ein Land, das auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln wirtschaftet, mag Sozialisten mit irgendwelcher Sophistik noch begreiflich zu machen sein. Die Wegführung von sozialistischem Eigentum wäre erheblich schwieriger zu begründen.

Es ist klar, daß jede weggeführte Maschine ein Minus für die Aussichten und für die Selbständigkeit einer sozialistischen Revolution in Deutschland ist. Diese Maschinen sind zwar formell noch juristisches Eigentum deutscher Kapitalisten. Aber für marxistische Ökonomen sind ihre wahren Eigentümer doch wohl diejenigen, die sie materiell durch ihre Arbeit geschaffen haben und aus deren Mehrarbeit die Werte stammen, die in ihnen verkörpert sind.

5. Frankreich

Der gegenwärtige Kampf um die Art der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung, die im Oktober dieses Jahres stattfinden soll, und den Umfang ihrer Vollmachten ist in Wahrheit ein Machtkampf zwischen den besitzenden und den arbeitenden Klassen Frankreichs. De Gaulle und seine Regierung wollen die Wahl auf Grund der Bestimmungen der Verfassung von 1875 (der Verfassung der Dritten Republik) stattfinden lassen.¹⁸⁾ Danach würde durch direkte und allgemeine Wahl eine Abgeordnetenversammlung gewählt und durch indirekte und beschränkte Wahl ein Senat. Durch das Zusammentreten beider würde die „Nationalversammlung“ gebildet, die die Verfassung zu bestimmen hat. Aber nach der Absicht De Gaulles würden die Vollmachten dieser verfassungsgebenden Versammlung nur beschränkt sein. Sie hätte die Verfassung der Dritten Republik zur Grundlage zu machen und nur einzelne Verbesserungen an ihr vorzunehmen.

Gegen beides hat sich die große Mehrheit der provisorischen beratenden Versammlung ausgesprochen, und es ist kaum zweifelhaft, daß dies dem Willen der arbeitenden Klassen des Landes entspricht, deren Losung schon während der Résistance die „Vierte Republik“ war.¹⁹⁾ Diese Mehrheit verlangt, daß die verfassungsgebende Versammlung einheitlich durch direkte und allgemeine Wahl gewählt werden soll und in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung volle Handlungsfreiheit habe und alle Souveränitätsrechte

der Nation in sich vereinige, als auch das Recht, die Form der Verwaltung zu ändern. Das Letztere ist sogar noch wichtiger als die Änderung der Verfassung. Die bürokratische Verwaltungsmaschine in Frankreich hat, wie schon Marx im XVIII. Brumaire bemerkte, sich durch alle bisherigen Verfassungsänderungen hindurch erhalten, ja verstärkt. Ohne sie zu zerschlagen und eine neue Form der Verwaltung aufzubauen, ist keine sozialistische Revolution in Frankreich durchführbar.

De Gaulle hat sodann ein Plebiszit, eine Volksabstimmung, über die beiden genannten Fragen vorgeschlagen. Die Kammer lehnte dies gegen eine verschwindende Minderheit wieder ab.

Aus diesen Vorgängen lassen sich diese Schlüsse ziehen: 1. daß die Dritte Republik tot ist. 2. daß das unausgesprochene Ziel der arbeitenden Klasse in Frankreich nicht mehr die Wiederherstellung der bürgerlichen Republik, sondern die Schaffung eines sozialistischen Staatswesens ist. 3. daß der Machtkampf zwischen den besitzenden und arbeitenden Klassen in Frankreich sich rasch zuspitzt.

Der Prozeß Pétain²⁰⁾ ist für das französische Volk ein wahrer Hochschulkurs seiner jüngsten Geschichte in dramatisch zugespitzter Form. Es erscheinen in ihm in kritischer Beleuchtung nicht nur der „Etat Français“ Philippe Pétains, seine Spitzen und Stützen, sondern nicht minder die Dritte Republik und ihre Größen, die das Land an den Abgrund heranführten und im Höhepunkt der Krise die Staatsmacht denen übergaben, die es in den Abgrund hineinstießen und dem fremden Eroberer auslieferten. So wird dieser Prozeß für die politische Entwicklung Frankreichs sehr wertvoll sein. Wie nicht minder der bevorstehende Prozeß Laval.²¹⁾ Frankreich macht in diesem Prozeß eine seiner periodischen gründlichen Bestandsaufnahmen der eben von ihm zurückgelegten Geschichtsperiode, um die nächste vorzubereiten. Darin drückt sich das dem französischen Volke eigentümliche Bedürfnis nach Klarheit aus. Frankreich ist in dramatischer Bewegung, hoffen wir nach vorwärts, in Richtung zum Sozialismus.

Syrien und Libanon können für Frankreich als verloren betrachtet werden, wenn imperialistische Privilegien als die wesentlichen Bestandstücke des Besitzes betrachtet werden. Die arbeitende Bevölkerung Frankreichs hat keinerlei Interesse an der Verteidigung dieser Privilegien. Sie sind gegenüber dem übermächtigen imperialistischen Konkurrenten sowieso nicht mehr zu halten.²²⁾ Der Kampf für die Verteidigung könnte nur unnütze Opfer kosten und auf gefährliche Abwege im Innern führen.

Für die arbeitenden Klassen Frankreichs ist der einzige rationale Weg: die vollständige Freilassung der Kolonien. Dies ist zugleich der einzige Weg, um ihre Verbindung mit Frankreich zu erhalten. Allerdings nicht in der alten Form als Ausbeutungskolonie, sondern zur Verwirklichung dessen, was bei aller kapitalistischen Kolonialpolitik nur eine Heuchelei und eine Unwahrheit

war: die uneigennützig Förderung zurückgebliebener durch fortgeschrittene Länder.

6. Eine vorläufige Bemerkung über die Atombombe²³⁾

Ein englischer Gelehrter bemerkt zur Atombombe, daß die Idee, den Krieg dadurch unmöglich zu machen, daß man ihn noch schrecklicher macht, kindisch sei ... Die Atombombe, erklärt er, wird den Krieg noch totaler machen, aber ihn nicht unterdrücken. Man kann sogar sagen, daß gerade die friedliche Verwendung der Prozesse, die bei der Atombombe in Betracht kommen, die größte Gefahr für den Bestand der alten Gesellschaft mit sich bringt.

Wieso?

Das Wesentliche der neuen Erfindung ist die Ausnützung ganz neuer Energiequellen, die die bisher vorhandenen Energiequellen an Umfang weit übertreffen. Das bedeutet in absehbarer Zeit eine kolossale Steigerung der Produktivkräfte, über die die kapitalistische Gesellschaft verfügt. Der Widerspruch zwischen den von der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Produktivkräften und den Eigentumsformen dieser Gesellschaft ist der letzte Grund für die an Umfang und Wucht sich immer mehr steigenden Krisen dieser Gesellschaft: Wirtschaftskrisen, und als letzte Form dieser Krisen, der Krieg.

Dieser grundlegende Widerspruch wird durch die Erschließung der neuen Energiequellen ins Ungeheuerliche gesteigert.

Darum sagen wir, daß gerade die friedliche Anwendung der Verfahren, auf denen die Atombombe beruht, die größte Gefahr für die Menschheit sein wird. Also gerade umgekehrt, wie die meisten bisherigen Äußerungen von bürgerlichen Gelehrten und Politikern, die ihre Hoffnung auf die friedliche Verwendung der Methoden der Nutzung von atomistischer Energie setzen.

Wir werden auf diese Frage noch zurückkommen.²⁴⁾

* Thalheimer, Vedado, Calle 21 No 135-1

Lieber Frau,
Dies ist ein Versuch, monatliche Beiträge,
die fortgesetzt werden soll. Hoffentlich
ist dieses noch von von Interesse bei
Ihnen

Beste Grüße
G. T.

Lieber Fritz!

La Habana, den 14.9.45

Bestätige den Empfang Deines Briefes vom 1.9. samt Beilagen. Diesen habe ich am 10.9. erhalten...

Die englische Arbeiterklasse hat unter den Kriegsfolgen keinen Versuch gemacht, ihrer Bourgeoisie die Zügel der Kriegsführung aus der Hand zu nehmen. Die Tory-Regierung mit Churchill an der Spitze hat Kriegspolitik und Strategie allein von ihrem Klassenstandpunkt bestimmt: Kampf im und um das Mittelmeer, Landung in Afrika statt 2. Front in Europa u.dgl. Aber die Churchill-Regierung mußte die Hilfe der englischen organisierten Arbeiter in Gestalt ihrer Gewerkschafts- und Labour-Bürokratie in Anspruch und in die Regierung aufnehmen, um die Sabotage der englischen Bourgeoisie gegen die Mobilisierung der Industrie usw. zu besiegen. Nur so konnte die technische Rückständigkeit der englischen Industrie überwunden werden. Die Organe der Arbeiter waren die Shop-Stewards, und deren Tätigkeit befähigte die englischen Kriegsindustrie, den Kriegsbedarf zu decken. - Dies hat das Selbstbewußtsein der englischen Arbeiter so gehoben, daß sie sich jetzt befähigt fühlen, dasselbe für die Friedensindustrie zu leisten und an Stelle des Kriegsbedarfs die Massenbedürfnisse zu setzen - ohne auf die privaten Profitbedürfnisse der Bourgeoisie Rücksicht zu nehmen. Das ist eine einmalige Lage, die völlig verschieden ist von der Lage 1917 in Rußland und 1918/19 in Deutschland...

1945 in England ist der allgemeine Wille der Werktätigen, unter keinen Umständen zurück zu Vorkriegs-Massenelend und dgl., und breite Schichten des Kleinbürgertums sind der gleichen Meinung. Ein englisches Sprichwort sagt: "Den Pudding probiert man beim Essen". Da die Politik der englischen Werktätigen rein empirisch geleitet wird, ist ohne die Detail-Kenntnisse der Vorgänge des täglichen Lebens eine Stellungnahme von hier aus gänzlich unmöglich.

Beste Grüße auch an Anna, Heinr.



Alle Vorbereitungen für die Kapitulation getroffen

Manila: Alle Einzelheiten für die Unterzeichnung der Kapitulationsbedingungen in Japan, die am Sonntag, dem 26. August, am Bord des amerikanischen Schlachtschiffes „Missouri“ durch die japanischen Abgesandten erfolgen wird, sind jetzt festgelegt worden. Gleichzeitig stehen die Zeitpunkte für die Kapitulation der japanischen Streitkräfte auf anderen ehemaligen Kriegsschauplätzen im Fernen Osten fest.

In einem Tagesbefehl Generalissimus Stalins wird die völlige Besetzung der Mandchurie durch Sowjettruppen und die Kapitulation der japanischen Kwantung-Armee bekanntgegeben. In Burma hat der japanische Oberkommandierende jetzt auch seine Truppen angewiesen, sofort das Feuer einzustellen, und auch in allen anderen Frontgebieten haben die Japaner die Waffen gestreckt.

Einheiten der britischen Flotte laufen von ihren Stützpunkten aus, um sich nach Japan zu begeben, um zwei Tage nach Unterzeichnung der Kapitulation ein großes Aufgebot alliierter Truppen an Land gesetzt wird, um alle militärischen und wehrwirtschaftlich wichtigen Gebiete zu besetzen.

Inzwischen hat die japanische Regierung Maßnahmen ergriffen, um die Bevölkerung in einer großen Aufklärungskampagne die rauhe Wahrheit der Niederlage Japans mitzuteilen und sie auf die kommende Besetzung durch alliierte Truppen vorzubereiten. Das japanische Parlament wird weitestgehende Sonderermächtigungen erteilen, um die Innenpolitische Lage im Hinblick auf die letzten Ereignisse zu erörtern. Wie die Agentur Domei meldet, sollen im Reichstag auch die „Urnatände aufgehellt werden, die zum Ende des Krieges führten“.

In Tschungking wurde der am 14. August in Moskau abgeschlossene chinesisch-russische Bündnisvertrag vom chinesischen Nationalen Verteidigungsrat und dem Exekutivkomitee der Nationalregierung genehmigt. Der Vertrag wurde dem gesetzgebenden Rat der Nationalregierung vorgelegt. Dieser ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um die Ratifizierung zu beschließen. Erst nach der Ratifizierung des Dokuments wird der Inhalt des chinesisch-russischen Bündnisvertrages der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Schließlich wird eine neue Unterzeichnung in den Beziehungen der chinesischen Kommunisten und der

Tschungking-Regierung gemeindet. Danach hat sich der chinesische Kommunistenführer Maotsetung auf Grund einer zweiten Einladung Generalissimus Tschang-Kai-Schek bereit erklärt, sich zu Beratungen mit der Nationalregierung nach Tschungking zu begeben. Er wird in den nächsten Tagen in der chinesischen Regierungshauptstadt erwartet.

Zuckervorräte niedriger als im Kriege

Washington: Die Weltzuckervorräte sind in diesem Jahre niedriger als jemals während des Krieges. Obwohl die Zuckererzeugung sich 1945 etwas steigern wird, werden die Bestände nicht ausreichen, um die Bedürfnisse in allen Ländern der Welt ohne Rationierung zu befriedigen. Ein Bericht des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums weist darauf hin, daß der niedrige Zuckerbestand vor allem auf ungünstige Zuckerernten in Kuba und auf eine allgemeine Verringerung des Weltzuckervorrates um mehr als zwei Millionen Tonnen in den Jahren 1943 und 1944 zurückzuführen ist.

Hinzu kommt, daß die ungeheure Zuckerknappheit in den befreiten europäischen Ländern die vorhandenen Bestände in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada weiterhin verringert hat. Allein in den USA werden die für den Rest dieses Jahres zur Verfügung stehenden Zuckerbestände um 20 Prozent geringer sein als der Zuckerverbrauch, den Amerika im letzten Jahre hatte.

London: „Eine Ausfuhr deutscher Kohle nach Großbritannien wird angesichts der Kohlenknappheit in Westeuropa und des Bedarfs unserer Verbündeten vorläufig nicht stattfinden.“ Diese Feststellung wurde vom Staatssekretär im Außenministerium, McNeil, getroffen.

England ratifiziert Weltfriedens-Charta

London: Der Regierungsratrat auf Ratifizierung der Weltfriedenscharta von San Francisco ist sowohl vom englischen Unterhaus als auch vom Oberhaus einstimmig angenommen worden. In der Schlussdebatte im Unterhaus betonte Erziehungsminister Ellen Wilkinson, die Generalsitzung der britischen Delegation auf der San-Francisco-Konferenz angehört, daß es von grundlegender Bedeutung sei, den Ursachen internationaler Unruhen selbst entgegenzutreten.

Wieder deutsches Gericht

Nur von der Militärregierung zugelassene Richter

Während die Rechtsprechung der britischen Militärgerichte sich nur auf Vergehen gegen die besonderen Vorschriften der Besatzungsmacht erstreckt, wird am 1. September die gesamte deutsche Gerichtsbarkeit in Hamburg ihre Tätigkeit auf den übrigen Gebieten der Rechtsprechung wieder im vollen Umfang aufnehmen.

Inzwischen ist seit Beginn der laufenden Woche die Strafjustiz beim Amts- und Landgericht bereits wieder angelaufen. Das war dringend nötig, denn eine Unsumme von Fällen, die der Entscheidung bedürfen, hatte sich in den vergangenen Monaten der ruhenden Justiz angesammelt, und viele hundert Festgenommenen befinden sich in Haft, über deren weiteres Schicksal entschieden werden mußte. Auch die Staatsanwaltschaft hat, soweit der Personalbestand

Aufkündigung von Leih- und Pachtabkommen

Feststellungen Attlees, Churchills und Trumans

Premierminister Attlee gab im Unterhaus eine Erklärung über die Aufhebung des Leih- und Pachtvertrages ab. Attlee sagte: „Wir hatten gehofft, daß dieses große gegenseitige Hilfswerk, das in so hohem Maße zum Sieg beigetragen hat, nicht plötzlich ein Ende finden würde, ohne daß die verschiedenen dadurch hervorgerufenen Probleme vorher gemeinsam beraten und erörtert wurden.“ Attlee erklärte, daß der Leiter des amerikanischen Amtes für den Außenhandel die britische Regierung eingeladen habe, zur Erörterung der Lage Vertreter nach Washington zu senden. Der britische Botschafter Lord Halifax werde zu diesem Zweck nach Washington zurückkehren, begleitet von dem früheren britischen Volkswirtschaftler Lord Keynes.

Churchill als der Führer der Opposition erklärte, daß in allen Kommentaren über die Lage äußerste Zurückhaltung geübt werden sollte und fügte hinzu: „Ich kann nicht glauben, daß dies das letzte Wort der Vereinigten Staaten ist. Ich kann nicht glauben, daß eine so große Nation, deren Pacht- und Leihpolitik sich selbst als den großzügigsten Akt der Weltgeschichte beschrieben habe, so schnell vorgehen kann, daß wir, altertümlicher Alliierte, der die Festung hielt, bis Amerika seine eigene Bewaffnung vorbereitet hatte, in dieser schwierigen Lage gebracht werden.“

Präsident Truman hatte sich bereits am Vortage gegen die Behauptung verwahrt, daß die Aufhebung des Pacht- und Leihvertrages ein Schlag gegen die Arbeiterrregien in Großbritannien bedeute.

reits im Geschäftsgang verfügbar ist ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Der Beamtenapparat wird zur Zeit noch gezeichnet. Die Militärregierung hat es sich vorbehalten, die Personalien aller in den Gerichten tätigen Personen zu prüfen, also nicht nur Richter, Staatsanwälte und Referendare, sondern darüber hinaus auch die gesamte nichtrichtliche Beamten- und Angestelltenbesetzung. Es handelt sich hierbei um einen Personalkreis von mehr als 2000. Nur solche Richter dürfen in ihrer Tätigkeit eingesetzt werden, die von der Militärregierung ausdrücklich zugelassen sind. Bisher macht ihre Zahl etwa ein Drittel des vorhandenen Bestandes von 320 aus. Bei der Staatsanwaltschaft sind bisher von einem Bestände von siebzig etwas über ein Viertel eingesetzt. Dabei ist zu beachten, daß ein Teil der Besten die Fragenbogen noch nicht beantwortet hat, weil sie noch nicht aus dem Wehrdienst zurückgekehrt sind. Abschließendes über die Reinigungsaktion in der Justiz ist daher im Augenblick noch nicht zu sagen.

Die ersten neuen Schulbücher für Hamburg und Holstein

Anfang September sollen die unteren vier Klassen fertig sein, kostenlos an ihre kleinen Leser. Trotz der Papiernot hofft man, genügend Exemplare herstellen zu können, um immer zwei Kindern ein Buch zu geben.

Auch die Druckereien, die für die anderen Gebiete der britischen Zone die neuen Schulbücher fertigstellen, sind mit dem Vorkorb

Rechen- und Lesebücher für die unteren vier Klassen fertig sein, kostenlos an ihre kleinen Leser verteilt werden.

Den neuen Rechenbüchern für die Grundschule liegt das sogenannte „Magdeburger Rechenbuch“ zu Grunde. Von allen heute verfügbaren Schulbüchern schien dieses das beste Vorbild. Es wurde photokopiert und danach neu gesetzt. Obwohl die Zeit sehr drängte, sind eine Menge zusätzlicher Verbesserungen

besserungen eingefügt worden. So wurden beispielsweise die 1927 üblichen Ladenpreise, mit denen die Kinder rechnen lernen sollten, zeitgerecht gemacht.

Bei den neuen Lesebüchern für die Hamburger Grundschulen mußte man ähnlich verfahren. Hier haben die Lehrer das „Deutsche Lesebuch“ aus dem Franz-Hirth-Verlag, Breslau, verwandt. An Stelle vieler unerschaffener Holzschnitte werden im großen Umfang Bilder Ludwig Richters angefügt, die zu den Lesestücken passen. Auch Wilhelm Busch ist mit seiner Bieneengeschichte vertreten. Unter den Dichtern kommt Richard Demmel

Frankfurter Nachrichten

DER MILITARREGIERUNG

Nummer 69

Dienstag, den 21. August 1945

Preis 10 Pf.

ENGLANDS AUSSENPOLITIK

Unterzeichnung der Kapitulation in Tokio

Washington: Alliierte Truppen werden voraussichtlich in den nächsten zehn Tagen in Tokio einziehen, wo die formelle Unterzeichnung der japanischen Kapitulation stattfinden soll.

Die japanischen Delegierten sind mit den Befehlen des alliierten Oberkommandos nach zwölftägigen Besprechungen in Manila wieder nach Tokio abgereist. Sie überbringen der japanischen Regierung genaue Anweisungen über die Vorbereitungen, die für die bevorstehende Landung alliierter Besatzungstruppen in Japan getroffen werden müssen.

General Mac Arthur nahm an den Besprechungen in Manila nicht persönlich teil. Ein Sprecher des alliierten Oberkommandos erläuterte nach Abschluß der Konferenz: „Die japanischen Abgesandten haben alle verlangten Auskünfte gegeben und unsere Forderungen erfüllt. Wir haben den Eindruck, daß die Japaner in aufrichtiger Zusammenarbeit bereit waren und es ehrlich meinen.“

Inzwischen strecken immer mehr japanische Truppen an den verschiedenen Fronten die Waffen oder bieten ihre Kapitulation an.

In der Mandchurie sind die Kapitulationsabmachungen der japanischen Streitkräfte mit den Sowjets nach der Meldung des Senders Tokio bereits in vollem Gange.

In China werden die Einzelheiten der Übergabe der japanischen Streitkräfte in Stärke von mehr als einer Million Mann zwischen Bevollmächtigten des japanischen Oberbefehlshabers und Vertretern des chinesischen Oberkommandos geregelt.

In Südpazifik finden Besprechungen zwischen japanischen und alliierten Vertretern über die Waffenlieferung der japanischen Kampfgruppen auf den Salomonen und anderen Inseln statt.



Außenminister Bevin

Rückkehr aus Sibirien

Berlin: Die ersten deutschen Kriegesgefangenen, die aus sibirischen Gefangenenlagern und anderen Lagern östlich des Uralsberges entlassen wurden, trafen in Berlin ein. Viele Kranke und Invaliden befinden sich unter diesen ersten Heimkehrern aus Sibirien.

Gleichzeitig wurde eine Anzahl Franzosen, die nach der Annexion Elsaß-Lothringens von den Nationalsozialisten in die deutsche Armee gezwungen worden waren und von den Russen als deutsche Soldaten gefangen genommen wurden, aus den sibirischen Lagern entlassen.

Außenminister Bevin über Friedenspolitik

EINE ERKLÄRUNG IM ENGLISCHEN UNTERHAUS

London: Außenminister Bevin gab im Unterhaus einen zusammenfassenden Überblick über die britische Außenpolitik unter der neuen Regierung der Arbeiterpartei. Bevin sagte unter anderem:

„Glücklicherweise sind unsere Verluste an Menschenleben geringer als im letzten Krieg. Andererseits sind wir durch den Kräfteaufwand, mit dem wir den großen Kampf siegreich zu Ende führten, außerordentlich verarmt. Die Aufgabe, anderen zu helfen, wird wahrhaft eine schwere Aufgabe sein. Die kleinen Mächte unter den Vereinten Nationen müssen ihr gesamtes Wirtschaftleben von Grund auf neu aufbauen. Ein anderes schweres Problem bieten die vielen Millionen, die aus ihrer Heimat zur Zwangsarbeit verschleppt wurden. Außerdem finden sich in Mitteleuropa Millionen unversetzter Deutscher, die ihre Heimatstätten verloren haben. Bis jetzt wurden fast 1 000 000 Verschleppte allein aus der britischen Zone abtransportiert. Aber viele sind immer noch in Lagern in der britischen Zone untergebracht und etwa eine halbe Million irt ohne Besichtigung außer Wir hoffen, daß sich zu Beginn des Herbstes nur noch 643 000 Verschleppte in der britischen Zone befinden werden, davon eine halbe Million Polen. Aber damit ist dieses gewaltige Problem nicht erledigt. Dazu kommen noch Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die allen große Gefahren vererbt sind. Viele von ihnen können sicher in ihre Heimat zurückgebracht werden. 800 000 sind

bereits zur Erntehilfe in der britischen Zone entlassen worden.“

Weiter erklärte Bevin: „Man muß annehmen, daß es in den Ländern, die unter dem Joch totalitärer Herrschaft gestanden haben, unmöglich sein wird, Eingriffe in Übereinstimmung mit dem Volkswillen zu wählen und zu bilden. Aber an einem Ziel müssen wir energisch festhalten: Wir dürfen es nicht zulassen, daß eine totalitäre Regierungsform lediglich durch eine andere ersetzt wird.“

Bevin urt: „Ziel der Außenpolitik der neuen Regierung ist hauptsächlich die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten. Die britische Regierung betrachtet die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Welt als das Hauptziel ihrer Außenpolitik. Der Krieg hat gerade noch rechtzeitig geendet. Wir standen vor dem Abgrund einer gewaltigen Ernährungskrise in der ganzen Welt. Auch jetzt wird es schwer sein, dem Mangel an Lebensmitteln in diesem Winter abzuhelfen. Aber es besteht die Möglichkeit, daß die Erste des kommenden Jahres diesem Mangel Einhalt genietet und viele Erleichterungen bringen wird.“

Bulgarier, Rumänen, Ungarn

Über Bulgarien, Rumänen und Ungarn bemerkte Bevin: „Die in diesen Ländern eingesetzten Regierungen entsprechen unserem Erachtens nicht dem Willen der Majorität der Bevölkerung. Nach den jüngsten Ergebnissen können wir uns dem Eindrucke nicht erwehren, daß hier eine Form der totalen Regierung durch eine andere ersetzt wird. Diese Regierungen sind nicht repräsentativ genug, um dort diplomatische Vertretungen zu errichten. In Bulgarien sollen in Kürze Wahlen stattfinden. Das diesen Wahlen zu Grunde liegende Gesetz ist unseres Erachtens nicht vereinbar mit den Grundsatzen der Freiheit. Wir werden daher nicht in der Lage sein, eine auf Grund derartiger Wahlen zur Macht gelangte Regierung als repräsentativ anzusehen.“

Eum griechischen Problem erwähnte Bevin: „Wir dringen darauf, daß die Wahlen mit größter Schnelligkeit durchgeführt werden. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich werden mit Vertretern der britischen Delegation gemeinschaftlich die Überwachung der Wahlen durchführen. Wir haben mit Bedauern festgestellt, daß die Türkei glaubt, sich von dieser Aufgabe fernhalten zu müssen.“

Über Finnland äußerte sich Bevin: „Wir haben die finnische Regierung ersucht, einen diplomatischen Vertreter zum dem Rang eines Gesandten nach Großbritannien zu entsenden und den gleichzeitigen Vertreter Großbritannien in Finnland künftig als britischen Gesandten in Helsinki zu betrachten.“

Todesstrafe für Quisling beantragt

Antrag des Generalstaatsanwalts im Prozeß gegen den norwegischen Verräter

Oslo: Der erste Tag der Hauptverhandlung gegen Vidkun Quisling begann mit zwei Überraschungen. Der Staatsanwalt behauptete, Quisling sei nicht nur der verräterische Zusammenhänger, sondern Hitler persönlich zum Überfall auf Norwegen angestiftet habe.

Die zweite Überraschung bestand in der Verlesung zahlreicher beleidigender Aussagen, die Quislings ehemalige deutsche Freunde Göring, Ribbentrop, Keitel und Jodl zwischen vier alliierten Behörden in Deutschland gemacht haben.

Quisling, der kurz vor 16 Uhr morgens aus der mittelalterlichen Festung Akershus in den Gerichtsaal gebracht wurde, sah blickte nervös aus. Die Hitlerlocke, die ihm früher in die Stirn brennend, fehlte. Das Haar war kurzgeschneitten. Nach

Erwähnungen waren auch von Göring, Keitel und Jodl, seit ihrer Gefangennahme gemacht haben, bezeugten nach der Darstellung des Generalstaatsanwalts ferner, daß Quisling die Invasion Norwegens mit der militärischen und finanziellen Hilfe Deutschlands vorbereitet und noch wenigen Tage vor dem deutschen Überfall den deutschen Stellen die notwendigen Einzelheiten der norwegischen Abwehrpläne übermittelt hatte.

Der Generalstaatsanwalt beantragte die Todesstrafe gegen Quisling. Die letzten Worte, die Quisling vor der Verlesung der Verurteilung aus dem Munde des Angeklagtenvertreters hörte, waren: „99 Prozent aller Juden, die Quisling von Norwegen nach Deutschland schickte, sind dort angekommen. Nur 10 von insgesamt 1000 konnten gerettet werden.“

Das Haar war kurzgeschneitten. Nach

Internationale monatliche Übersicht über September 1945, Nr. 2

1. Zur Londoner Konferenz

Die Potsdamer Konferenz der Drei Großen schloß ab mit einer Reihe von Beschlüssen (in Form von „Vorschlägen“). In diesen Beschlüssen war mehr Schein der Einigkeit, als wirkliche Einigkeit.¹⁾ Die Londoner Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands, der Sowjetunion, Frankreichs, Chinas, kam überhaupt zu keinen offiziellen Beschlüssen. Kein einziges Dokument wurde unterzeichnet. Die Konferenz endete mit der Manifestation der vollen Uneinigkeit der beteiligten fünf Mächte.²⁾

Den Schlüssel zu diesem Unterschied gibt der Kalender. Die Potsdamer Konferenz fand kurz vor dem Ende des Krieges gegen Japan statt, die Londoner Konferenz kurz nach seinem Ende. Die gemeinsame Kriegsführung gegen Japan hatte die daran Beteiligten noch dazu gezwungen, wenigstens den Schein der Einigkeit aufrecht zu erhalten. Ein Monat nach dem Ende des Krieges genügte, um das Kriegsbündnis aufzulösen. An seine Stelle trat der offene Kampf der Sieger unter sich.

Der Gegenstand dieses Kampfes ist die Abgrenzung der Machtsphären unter den drei Hauptsiegern nach dem Ausscheiden des deutschen, japanischen und italienischen Imperialismus, oder, wenn man will, die Herstellung eines neuen Gleichgewichts der Großmächte.

Zugleich aber geht es um die Abgrenzung der Herrschaftsgebiete zweier verschiedener sozialer und wirtschaftlicher Systeme.

Man darf sich nicht täuschen lassen durch die Nebelwolken, die alle Beteiligten um die wirklichen Kampfgegenstände verbreiten. Es handelt sich keineswegs um die Frage der Demokratie oder Nichtdemokratie in den Balkanländern. Der klare Gegenbeweis ist Griechenland, wo unter Englands Egide eine weiße Diktatur und der weiße Terror herrscht.³⁾ Was die Vereinigten Staaten anlangt, so genügt ein Blick auf Zentral- und Südamerika, um sich davon zu überzeugen, daß die Demokratie auch für sie nicht der wirkliche Kampfgegenstand ist, sondern eine Nebelwand. Es handelt sich auch nicht um die demokratischen Rechte der mittleren oder kleineren Mächte gegenüber den Großmächten. Auch die sind nur Kampfmittel und Vorwände.

Es handelt sich auf der einen Seite um die Machtverteilung zwischen dem englischen und dem amerikanischen Imperialismus und der Sowjetmacht – wobei alle drei zunächst einfach als unter sich konkurrierende Machtzentren

zu nehmen sind. Es handelt sich auf der anderen Seite im großen Ganzen um die Abgrenzung zwischen kapitalistischer und sozialistischer Machtsphäre. Wir sagen im großen Ganzen: weder in Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn sind bis heute die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse abgeschafft. Aber es sind einleitende Schritte dazu unternommen worden: die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Rumänien und Ungarn, die Schaffung bäuerlicher Produktivgenossenschaften in Bulgarien, Handelsverträge dieser Staaten mit der Sowjetunion, die ihre Industrie und ihren Handel nach der Sowjetindustrie und dem Sowjethandel gravitieren lassen. Die kapitalistischen Mächte nehmen offensichtlich diese einleitenden Schritte bereits für den vollendeten Entwicklungsgang.

Wenn wir hier England für den britischen Imperialismus nehmen, so halten wir uns nur an die Tatsachen. Der englische Kapitalismus ist noch da. Ebenso das britische Kolonialreich. Der Umstand, daß die Labour-Regierung sich sozialistisch nennt, ändert einstweilen an diesen Tatsachen nichts. Die Außenpolitik der Labour-Regierung ist bis heute noch ohne Umschweife die Fortsetzung der Außenpolitik des britischen Imperialismus. Dieser Kampf wird zunächst noch mit diplomatischen Mitteln geführt.

Und trotz allen Gewispers in kapitalistischen Kreisen von der Notwendigkeit einer baldigen „Abrechnung“ mit „den Russen“ wird der Kampf noch geraume Zeit auf das diplomatische Gebiet beschränkt bleiben und höchstens noch auf das wirtschaftliche Gebiet übergreifen. Der Knüppel liegt beim Hunde. Nach den ungeheuren Opfern an Menschen und Gütern und der riesigen physischen und moralischen Erschöpfung, die dieser zweite Weltkrieg hinterlassen hat, kann keine der Großmächte für mindestens ein Jahrzehnt an einen neuen dritten Weltkrieg denken. Einfach, weil keine daran denken kann, die breiten Massen dafür zu bekommen. Die Propaganda um die Atombombe und das furchtbare Bild der Verwüstung Europas und Japans, so wenig die Sieger auch davon durchdringen lassen, verstärken noch diesen Widerwillen und die Furcht vor einem neuen großen Kriege. Millionen von einfachen Soldaten sind noch nicht demobilisiert und haben nur den einen Gedanken, wieder nach Hause zu gehen, einschließlich der Besatzungstruppen in den verschiedenen Ländern, denen nach allen vorliegenden Zeugnissen ihre Rolle als Polizisten in einem Meer von Trümmern und menschlichem Elend keineswegs behagt.

Dazu kommt noch ein anderes. Breite Massen in den kapitalistischen Ländern haben die Vorstellung, daß die Sowjetunion den entscheidenden Anteil an der Niederwerfung Nazi-Deutschlands hat und daß sie eine anti-kapitalistische Macht sei. Sie sind nicht von heute auf morgen in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen.

Wenn vielfach gesagt worden ist, daß die Atombombe mit einem Schlag das Machtverhältnis unter den drei Großen zugunsten der Vereinigten

Staaten verschoben habe, so ist das ein grober Fehlschluß. Die Atombombe, auch solange sie Monopol eines Staates ist, ist eine wirkliche Macht nur, wenn sie angewandt werden kann. Das ist aber keine technische, sondern eine politische Frage. Solange sie aus politischen Gründen nicht angewandt werden kann, solange ist es ebensogut, als ob sie nicht vorhanden sei. So ist es denn nicht verwunderlich, daß auf der Londoner Konferenz und sonstwo die Vereinigten Staaten nicht einfach diktieren konnten.

Es ist die geschilderte Unmöglichkeit, von heute auf morgen einen neuen Weltkrieg vom Zaun zu brechen, also die vorhandenen militärischen Kräfte tatsächlich einzusetzen, die den negativen Ausgang der Londoner Konferenz bestimmte.

Im großen Ganzen handelte es sich auf der Londoner Konferenz um den Versuch des englischen und amerikanischen Imperialismus, die Sowjetunion durch diplomatische Mittel auf dem Balkan zurückzudrängen oder aus ihm hinauszudrängen und ihr weiteres Vordringen nach dem Mittelmeer und dem Fernen Osten zu verhindern. Das erstere ist gescheitert, das zweite ist einstweilen gelungen.⁴⁾ Das Gesamtergebnis ist so, daß das nach Kriegsende gegebene tatsächliche Machtverhältnis nach der einen oder der anderen Richtung geblieben ist wie es war. Die Russen bleiben auf dem Balkan und in Ungarn. Sie haben sich beharrlich geweigert, sich diplomatisch hinausmanövrieren zu lassen, und da weder England noch die Vereinigten Staaten es wagen können, sie militärisch hinauszumanövrieren, so ist es dabei geblieben. Andererseits ist der russische Anspruch auf irgendeine der italienischen Kolonien oder auf bestimmenden Einfluß in Japan abgewiesen worden, da auch hier auf der fordernden Seite die Möglichkeit zum militärischen Einsatz fehlte.

Ein anderer Weg des Angriffs der Vereinigten Staaten gegen die Stellungen der Sowjetunion in Europa war der amerikanische Vorschlag, den Verkehr auf den großen Flüssen Europas (vor allem der Donau), der Dardanellen und des Nordostsee-Kanals vollständig zu internationalisieren, d.h. irgendwelche Vorrechte einzelner Mächte auf diesen Gebieten aufzuheben. Tatsächlich war dieser Versuch einerseits gegen die Vorrechte gerichtet, die sich die Sowjetunion in Bezug auf den Donauverkehr von Rumänien und Bulgarien gesichert hatte. Andererseits war er ein Gegenstoß gegen die sowjetischen Forderungen in Bezug auf die Dardanellen. Auch hier setzten sich die beiderseitigen Manöver England-Amerikas auf der einen Seite, der Sowjetunion auf der anderen Seite, gegenseitig matt. Ebenso scheiterten die Vorschläge⁵⁾ der französischen Vertreter auf die „Internationalisierung“ des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, das heute in englischer Hand ist, und auf die Dauer der militärischen Besetzung der Rhein-Ufer durch Frankreich, die vor allem den englischen Interessen an seinen lebenswichtigen strategischen Vorfeldern, Holland und Belgien, entgegenliefen.

Übersieht man das Ganze der Londoner Verhandlungen, so zeichnen sich zwei Offensiven ab, die aufeinanderstoßen und sich gegenseitig lahmlegen:

1. die Offensive Englands und der Vereinigten Staaten gegen die Balkanstellungen der Sowjetunion.
2. die Gegenoffensive der Sowjetunion, um weiter nach dem Mittelmeer vorzustoßen (Dardanellen, Forderung der Übernahme einer der italienischen Mittelmeer-Kolonien) und um das Monopol der Vereinigten Staaten auf die Beherrschung Japans zu brechen. Bei diesem letzten Vorstoß trat an die Stelle der Einheitsfront der vier anderen Mächte gegen die Sowjetunion die Einheitsfront aller anderen Mächte gegen die Vereinigten Staaten. Auch hier erwies sich der rein diplomatische Angriff als wirkungslos angesichts der überragenden militärischen Machtstellung der Vereinigten Staaten in Japan und im Pazifik und der politischen Unmöglichkeit für die anderen, diese Machtstellung militärisch in Frage zu stellen.

Die Konferenz scheiterte formell an der Weigerung der Sowjetunion, Frankreich und China zu der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Rumänien und Bulgarien zuzulassen.⁶⁾

Tatsächlich scheiterte die Konferenz daran, daß die diplomatische Offensive der Vereinigten Staaten und Englands gegen die Sowjetunion auf eine *Gegenoffensive der letzteren stieß und daß keine der beiden Gruppen bereit war, die wirklichen Machtstellungen der anderen mit anderen als diplomatischen Mitteln in Frage zu stellen*. Man kann daher auch sagen, daß die Londoner Konferenz ein gegenseitiges erstes Abtasten der Machtstellungen der Siegermächte untereinander darstellt.

Wenn auf der Potsdamer Konferenz die Beteiligten bestrebt waren, eine *größere Einheit nach außen zu zeigen als wirklich vorhanden war*, so war umgekehrt auf der Londoner Konferenz das Bestreben der Beteiligten, vor allem die Gegensätze nach außen zu bekunden. Das erstere Verfahren war bedingt durch die politischen Notwendigkeiten der gemeinsamen Kriegsführung gegen Japan. Das zweite durch das Bedürfnis, die sogenannte öffentliche Meinung als Druckmittel auf der einen oder anderen Seite einzusetzen. Tatsächlich sind auch auf der Londoner Konferenz eine Reihe von Vereinbarungen zustande gekommen, die nicht weniger wirklich sind, auch wenn ihnen die formellen Unterschriften fehlen.

Was nun?

Man lasse sich durch den propagandistischen Rauch und Donner der verschiedenen Beteiligten nicht irre machen. Der dritte Weltkrieg steht keineswegs vor der Tür. Vielmehr wird die Furcht vor ihm sichtlich von den beteiligten Mächten kaltblütig als propagandistische Waffe eingesetzt. Da er tatsächlich gegenwärtig und für eine Reihe von Jahren außer Frage steht und da die diplomatischen und publizistischen Kanonen sich als wirkungslos erwiesen, um die tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse wesentlich zu

ändern, so werden die Beteiligten wohl oder übel auf ein solches friedliches Auskommen untereinander sich einigen müssen, das den gegenwärtig unter ihnen bestehenden Machtverhältnissen entspricht. Die Londoner Konferenz war eben ein unter Rauch und Donner vorgenommener Versuch, gerade die wirklichen Machtverhältnisse festzustellen. Ihr „Scheitern“ zeigt den Zerfall der Kriegscoalition an, aber noch keineswegs den unmittelbaren Aufmarsch zu einer neuen Kriegskonstellation unter den Siegern.

Aber es ist auch klar, daß auf längere Sicht der allen sichtbare Machtkampf unter den Siegern, der im Grunde zugleich ein internationaler Klassenkampf ist, zu einem neuen Weltkrieg führen muß, wenn die aus dem Krieg hervorgegangenen klassen- und machtmäßigen Voraussetzungen bestehen bleiben.

Die Toten reiten schnell. An den Völkerbund, der aus dem Ersten Weltkrieg hervorging – und der vor allem als propagandistische Gegenwaffe gegen die von Rußland auf die übrige Welt eindringenden revolutionären Ideen gedacht war⁷⁾ – knüpfen sich lange Jahre Hoffnungen auch breiter Massen der Werktätigen, daß nun das Allheilmittel gegen den imperialistischen Krieg gefunden sei. Die etwaigen Illusionen, die sich an die „Vereinten Nationen“⁸⁾ geknüpft haben mögen, waren, nach der Erfahrung mit dem Völkerbund, von vornherein viel schwächer, und, nachdem die Londoner Konferenz die sogenannten Fünf Großen, die den Kern der neuen Friedensorganisation bilden sollen, in ihrer vollen Uneinigkeit und Gegensätzlichkeit gezeigt hat, was kann da von ihnen noch übrig bleiben außer Scherben?

Und das ist gut so. Der böse Schaden, den vor allem die Sowjetpropaganda angerichtet hat mit der Verbreitung von Friedensillusionen, die an die Vereinten Nationen geknüpft waren, ist damit zu einem wesentlichen Teil behoben. Diese Einsicht unter den werktätigen Klassen aller Länder zu verbreiten, ist eine unerläßliche Vorarbeit, um die neue imperialistische Kriegsgefahr zu bekämpfen. Aber es ist dies nur der negative Teil der Aufgabe.

Der positive Teil besteht in der den heutigen Verhältnissen entsprechenden Anwendung der leninschen Gegenüberstellung des Bürgerkriegs gegen den imperialistischen Krieg, oder um die von Rosa Luxemburg herührende Fassung zu nehmen: der Beschleunigung der sozialistischen Revolution als Antwort auf die Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Die nächsten Kettenglieder sind hier England und Frankreich. Wenn die Arbeiterklassen Englands und Frankreichs, statt sich durch die Manöver der imperialistischen Propaganda irreführen zu lassen, alle ihre Anstrengungen konzentrieren auf den revolutionären Sturz des Kapitalismus und damit des Imperialismus in ihren Ländern und in ihnen ihre eigene demokratische Diktatur aufrichten, so werden sie nicht nur die sich neu entwickelnde imperialistische Kriegskonstellation zerschlagen haben, sie werden auch der

proletarischen Diktatur in anderen Ländern einen mächtigen Antrieb in der Richtung der Demokratie der Werktätigen geben, statt daß sie jetzt mißbraucht werden sollen, unter der Flagge „der Demokratie“ die Geschäfte des englischen und amerikanischen Imperialismus zu besorgen und die kapitalistische Diktatur und den weißen Terror zu befördern.⁹⁾

Die Blockbildung der „Westmächte“ gegen den von der Sowjetunion geführten Ostblock ist reaktionär, solange im Westen noch der Kapitalismus herrscht, auch wenn „Sozialisten“ seine politischen Firmenträger sind. Wenn aber die sozialistische Revolution dort gesiegt hat, so ist eine solche Blockbildung überflüssig. Durch den Sieg des Sozialismus in Westeuropa wird zwar die Einheit Europas noch keineswegs unmittelbar gegeben sein, aber sie wird als unumgängliche und lösbare Aufgabe gestellt. Auf der anderen Seite sind alle Versuche, die europäische Einheit herzustellen, solange Europa noch in ein kapitalistisches und ein sozialistisches Lager gespalten ist, nur Luftsprünge guter Leute und schlechter Musikanten.

Sozialistische Revolutionen in England und Frankreich werden die innerlich ausgereiften sozialistischen Revolutionen Deutschlands und Italiens freisetzen. Sie werden auch in der Sowjetunion, indem sie ihr mindestens die europäische Kriegsgefahr vom Halse schaffen und indem sie die Hilfe der westeuropäischen Arbeiterklasse für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung Osteuropas einsetzen, den Anstoß geben, um die tiefen Entartungserscheinungen der russischen Entwicklung, die die imperialistische Propaganda weidlich für ihre Zwecke ausnützt, zu beseitigen und dort eine höhere Stufe der sozialistischen Entwicklung fördern.

Die sozialistischen Revolutionen in England und Frankreich, und nur sie, sind der Schlüssel zur außenpolitischen Lage, so wie die Londoner Konferenz sie aufzeigt. Und umgekehrt: jede Gefolgschaft, die die Arbeiterklassen den amerikanischen und englischen Kapitalistenklassen unter der falschen Flagge der Demokratie gegen „die Russen“ leisten würden, könnte nur der Kapitalsherrschaft zugute kommen und die imperialistische Kriegsgefahr verstärken. Die Rückständigkeit und die Rückläufigkeiten der russischen Revolution sind nur durch die positive und selbständige revolutionäre und sozialistische Tat der west- und mitteleuropäischen Arbeiterklassen zu überwinden.

Stripping Germany: Russian's Reply

SOMEWHERE in Germany I met an old Russian acquaintance. When I had last seen him, many years ago, he was a quiet young academic research worker. Years of the Great Depression had busily

To a Critic

do know that only some of our soldiers have dishonoured themselves, and that very many of our officers and

even worth a reconstruction loan for Russia.

"We would certainly have shown more humane consideration for the Germans if this Ally of ours had shown some consideration for us American machines and tools. We have helped us, as well as we could, to find our way out of this perhar"

BY

ISAAC DEUTSCHER

4. NOV. 1945

Deutschlands Demontage:
Die russische Antwort auf einen Kritiker

IRGENDWO in Deutschland traf ich einen alten russischen Bekannten. Als ich ihn zum letzten Mal gesehen hatte, vor vielen Jahren, war er ein stiller junger akademischer Arbeiter in der Forschung. In den Jahren der Großen Krise studierte er emsig die statistischen Anzeichen für den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft. Wir pflegten oft am Ufer der Moskwa entlangzuschlendern, und er pflegte laut vom Weltsozialismus zu träumen. Jetzt ist er ein hoher russischer Offizier, der seine Epauletten mit einem gewissen Stolz trägt, samt zwei Reihen von Orden und Medaillen, die er in einem Dutzend berühmter Schlachten gewonnen hat.

Wir entsannen uns alter Zeiten, und wir maßten die Entfernung, die jeder von uns seither zurückgelegt hatte. Bald wandte sich unser Gespräch Deutschland und der russischen Politik gegenüber dem besiegten Land zu. Ich will versuchen, den Kern unserer Unterhaltung wiederzugeben.

Ich: »Ich möchte wissen, ob Sie vor fünfzehn oder zwanzig Jahren, als Sie Ihre Vision vom Weltsozialismus hegten, je auf den Gedanken hätten verfallen können, daß Sie eines Tages mit der Demontage deutscher Industrien beschäftigt sein und Maschinen, Eisenbahngleise und Vieh nach Rußland abtransportieren würden? Ich nehme an, wenn irgendjemand so etwas vorausgesagt hätte, hätten Sie ihn einen wahnwitzigen, reaktionären Propheten genannt. Wahrscheinlich wären Sie der Meinung gewesen, daß die Idee, irgendein Land seiner Industrie zu berauben, eine phantastische Barbarei wäre.«

Er: »Ganz offen gesagt, das ist alles richtig. Was soll's jedoch? Mittlerweile ist viel Wasser unter den Brücken der Moskwa und der Spree

dahingeflossen. Und auch, meine ich, unter den Brücken der Themse und der Seine. Viel Wasser hat seither den Dnjeprostroi überflutet. Als wir uns das letzte Mal trafen, erfüllte die Idee des Dnjepr-Dammes unsere Jugend mit Begeisterung über die Elektrifizierung der Ukraine. Seither mußten wir den Dnjepr-Damm in die Luft sprengen, um Hitlers Kohorten aufzuhalten. Aus demselben Grund mußte ich auch einige meiner jugendlichen Ideale zertrümmern.«

Ich: »Zum Beispiel die Ideale der Solidarität der Arbeiterklasse? Macht es Ihnen wirklich nichts aus, ob deutsche Arbeiter ihrer Betriebe und Existenzgrundlagen beraubt werden oder nicht? Ob ihre Wohnungen geplündert und ihre Töchter und Frauen gedemütigt werden?«

Er: »Ich errate, worauf Sie anspielen. Lassen Sie mich Ihnen sofort versichern, daß mich das Benehmen einiger unserer Soldaten mit Angst und Scham erfüllt. Hat nicht Napoleon gesagt, daß nichts eine Armee mehr desorganisieren und zerstören kann als das Plündern? Aber ich weiß bestimmt, daß sich nur einige unserer Soldaten entehrt haben und daß viele unserer Offiziere und Mannschaften darüber genauso denken wie ich. Aber wer würde erwarten, daß unsere Jugend, die vier Jahre lang tagtäglich mit den Nazis im verbissensten Kampf gelegen hat, einem Kampf, den keine andere Armee zu bestehen hatte, in diesem Prozeß nicht zum Teil verwildert wäre?«

Empfinde ich — fragen Sie — nicht Mitgefühl für die deutschen Arbeiter, die ihre Betriebe und Unterhaltungsmittel verlieren? Nehmen wir an, es wäre so. Meine persönlichen Gefühle in dieser Sache würden nicht zählen. Ich weiß, daß ihr in Großbritannien durch das Bild des Elends aufge-

bracht seid, das sich euch in Deutschland gezeigt hat. Ihr seid glückliche Leute. Ich wünschte, auch wir würden von einer warmen Welle menschlichen Mitgefühls mitgerissen werden. Aber das ist nicht der Fall. Man sagt, daß wir Ostdeutschland in eine Wüste verwandeln. Leider ist das in einem gewissen Grade wahr. Aber ich wünschte, Sie könnten wie ich sehen, was für eine Wüste die Deutschen aus der Ukraine gemacht haben. Ich wünschte, unsere Regierung ist klug genug, um ein paar hundert britische und amerikanische Journalisten einzuladen, um ihnen unsere unter Wasser gesetzten Bergwerke zu zeigen, unsere zerstörten Fabriken, unsere zertrümmerten Städte, unsere verwüsteten Äcker und das Elend unserer eigenen Millionen Menschen, die kein Heim mehr haben.

Sollen wir unseren siegreichen Armeen sagen: „Denkt nicht mehr an eure eigenen russischen und ukrainischen Wüsten und macht doch um Himmels willen aus Deutschland keine Wüste“? Oder hätten wir vielleicht zu unseren Bauern-Soldaten sagen sollen: „Hände weg vom Vieh der deutschen Bauern. Kehrt in eure ausgeplünderten Kolchosen zurück und verhaltet euch brav und geduldig. In etwa zehn Jahren wird euer Vieh wieder den alten Stand erreicht haben.“

Ich: »Ist das nicht ein Teufelskreis? Sie wollen Elend und Leiden dort lindern, indem Sie es hier erzeugen. Muß die Umverteilung des Elends statt seiner Beseitigung wirklich das letzte Wort wirtschaftlicher und politischer Weisheit sein? Steigt ihr auf diese Weise nicht auf das Niveau der Barbarei herab?«

Er: Vielleicht. Aber wir können es nicht ändern. Wir handeln unter dem unwiderstehlichen Druck einer Situation, die nicht wir geschaffen haben. Und ich könnte noch immer die Frage stellen: Bei wem stellen Sie einen höheren Grad der Barbarei fest: bei uns, die wir uns durch unsere Lage zur Demontage im Feindesland erniedrigen mußten, oder, sagen wir, bei den Amerikanern, die inmitten einer hungernden Welt in aller Ruhe die Fülle genießen? Stalingrad — so hat man anscheinend in Washington beschlossen — war noch nicht einmal eine Wiederaufbauanleihe für Rußland wert.

Wir hätten gewiß gegenüber den Deutschen mehr menschliche Rücksicht walten lassen, wenn dieser Verbündete uns gegenüber auch einige Rücksicht gezeigt hätte. Amerikanische Maschinen und Lebensmittel hätten uns so gut wie den Deutschen wieder auf die Beine helfen können. Vielleicht sind wir zu dem am Boden liegenden

Feind hartherzig. Aber auf ihre eigene, äußerst respektable und doch so reale Weise zeigen sich die Amerikaner sowohl uns als auch den Deutschen gegenüber abgestumpft.«

Ich: »Aber Sie weisen natürlich auf die eine Seite der Medaille hin. Steht nicht auf der anderen Seite Ihre eigene Entschlossenheit, die deutsche Industrie zu vernichten, damit Deutschland, wie Sie sagen, nicht noch einmal einen Krieg führen kann? Sie scheinen eine unvermeidliche Wiederauferstehung der deutschen Reaktion, des deutschen Militarismus und der deutschen Aggression anzunehmen. Und da Sie das annehmen, gehen Sie darauf aus, Deutschland von vornherein der Möglichkeit zur Erzeugung von Mitteln für einen neuen Krieg zu berauben.«

Er: »Ja, das stimmt.«

Ich: »Aber ist diese Annahme nicht der Beweis für einen tiefen Pessimismus hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, Europas und der Welt? Haben Sie jede Hoffnung auf fortschrittliche Kräfte in Deutschland und Europa verloren? Mir jedenfalls kommt das so vor, als ob ein verrückter Psychiater seine Bekannten des Wahnsinns verdächtigt und Zwangsjacken für alle bereit hält.«

Er: »Ich hoffe, selbst Sie werden nicht leugnen, daß Deutschland einen neuen Anfall von militaristischem Wahnsinn erleiden kann. Und bezüglich dessen, was Sie ‚fortschrittliche Kräfte‘ in Deutschland nennen, sind wir nicht gefühllos. Die deutsche Arbeiterklasse rührte keinen Finger gegen Hitlers Kriegsmaschine, als diese uns mit voller Wucht niederschmettete. Wir kennen all die Antworten und Ausreden: Die Nazi-Tyrannie war so furchtbar, der Terror der Gestapo war so überwältigend. Aber wo ist die Garantie, daß nicht in zehn oder fünfzehn Jahren oder sogar noch eher wieder eine deutsche Demokratie wie im Jahre 1933 vor einer neuen Tyrannie kapitulieren wird?«

Ich: »Natürlich gibt es keine Garantie. Ich befürchte nur, daß Ihre auf der Unvermeidlichkeit einer Wiederkehr der deutschen Reaktion beruhende Politik eine solche Wiederkehr tatsächlich unvermeidlich macht. Wegen Ihrer Furcht vor einem neuen Hitler treiben Sie das deutsche Volk in eine Verzweiflung, in der es anfangen könnte, sich tatsächlich nach einem neuen Hitler zu sehnen. Und weil sie das Bild der Zukunft übertrieben schwarz sehen, gebrauchen Sie Ihre Macht dazu, das Bild noch schwärzer zu malen.«

Mein Begleiter warf mir einen nachdenklichen Blick zu und zuckte gleichmütig mit den Schultern.

Lieber Freund Boserup

Habana-Vedado, 3. Jan. 1946

Besten Dank für Ihren so ausführlichen und interessanten Brief vom 10. Dez. 45...

Es ist gut zu wissen, daß Sie ein deutsches Exemplar der "Einführung" haben. Es ist sicher bei Ihnen am besten verwahrt. Ich habe keins. Sie schreiben, der Marxismus ist nicht mehr Mode in Skandinavien wie in den 30er Jahren. Aber was ist dort die Mode heute? Vielleicht Kierkegaard, "Existentialphilosophie" usw.? Ich lese in einem Artikel von Jean Wahl (in der amerik. Nation), daß dies die neueste intellektuelle Mode in Frankreich und England! Die "Existentialphilosophie" war eine der geistigen Strömungen, die in Deutschland zum Nazismus führten.

Ich denke, ich werde mich demnächst an die "Grundbegriffe" machen. Wie weit die Stimme eines einzelnen oder kleinen Gruppe wirken, muß man dem Schicksal überlassen. In dem Dilemma, das schon der alte Goethe erwähnt, entweder die Irrtümer der Zeitgenossen zu teilen, oder mehr oder weniger allein zu stehen, halte ich das letztere immer noch für vorzuziehen. Ich werde Ihnen gern Mitteilung machen, wenn die Sache fertig ist...

Was Sie über den Einstieg der KP speziell in der jungen Generation sagen, war mir sehr interessant und auch nicht unverständlich. Es ist die einfache Wirkung einer Macht, die als antikapitalistische Macht gilt und wohl auch das Gefühl, daß weder gegen noch ohne sie etwas zu machen ist. Kritische Differenzierung wird wohl später kommen, und wer sollte sie vorbereiten, wenn nicht die, die die Dinge kritisch zu sehen vermögen?...

Zu der Frage, warum die Revolution gegen Hitler nicht zustande kam, habe ich keine neuen Gründe vorzubringen, aber ich möchte hinzusetzen, daß diese Begründung keine bloße gedankliche Konstruktion aus der Ferne ist, sondern daß uns konkrete Berichte vorliegen, daß die Versuche, die unternommen worden sind, die einfachen Soldaten gegen Hitler zu führen, eben an dem Einwand scheiterten, daß eine eventuelle Revolution angesichts des Programms der "bedingungslosen Kapitulation",... usw. keine Zukunftsaussichten haben würde.

Die "10 Jahre Atempause", die wir vielleicht vor uns haben, sind natürlich nur eine grobe Schätzung. Diese Frist wäre schon traurig kurz. Aber es ist wohl möglich, daß es noch schneller einer neuen Katastrophe zugeht. Das Tempo der Ereignisse nach Kriegsende war bisher überraschend schnell. Ich weiß, daß es Leute gibt in der Welt, die sagen, wenn schon die Auseinander-

setzung mit der SU zu erledigen ist, dann möglichst rasch. Das hat gewiss die rein militärische Logik vom Standpunkt der Sprecher für sich, aber diese Dinge werden nicht durch rein militärische Logik entschieden. Ich halte für wahrscheinlich, daß, jedenfalls solange der Nachkriegsboom in der Welt dauern wird (die akkuraten Schätzungen gehen auf 3 - 5 Jahre), kein neuer Krieg geführt wird - und sogar in dieser Frist kann die Geschichte mit der Atombombe international ein anderes Gesicht haben als heute...

... Wie sind gegenwärtig die Verbindungen von Dänemark nach Deutschland?... Was meinen Sie ... zu einer journalistischen Reise nach Deutschland? Nachdem Sie ein Buch über Nachkriegsdeutschland geschrieben, wäre eine Besichtigung dessen, was jetzt dort ist, und eine darauf gestützte Reisebeschreibung doch sicher sehr interessant für Sie und würde wohl auch ein weiteres Publikum interessieren (unter anderem natürlich auch uns). Als Kenner Deutschlands von früher her und als marxistisch geschulter Beobachter, könnten Sie gewiß etwas anderes bieten, als die übliche amerikanische Berichterstattung, die nur von einer staunenswerten Ignoranz der Verfasser Zeugnis gibt. Dies soll nur eine Anregung sein...

Mit den besten Grüßen auch von H.B., Ihr A.Th.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 28. Jan. 1946

besten Dank für Deinen Brief vom 27.12.45...

Natürlich machen wir uns auch Gedanken über die laufenden englischen Fragen, das englische Material, das Du schickst, ist sehr wertvoll für uns, aber da wir so weit vom Schuß sind, müssen wir sehr, sehr vorsichtig sein mit konkreten Äußerungen darüber zu Leuten, die die Dinge an Ort und Stelle verfolgen und mittendrin stehen. Wir bilden uns nicht ein, von hier aus zu den konkreten englischen Fragen laufend konkret Stellung nehmen zu können. Das können und sollten wirklich nur Leute an Ort und Stelle. Uns dient das englische Material in erster Linie zu unserer eignen internationalen Orientierung...

Mit den besten Grüßen an Dich und Anna, Aug.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 20. Mai 1946

ich bestätige Empfang Deiner Briefe vom 17.4., 21.4. und 5.5....

Ich hoffe, bald etwas Theoretisches über "Die russische Frage" zu schreiben, kann aber noch nicht bestimmt sagen, bis wann...

Im übrigen in Bezug auf das praktische Verhalten ist unsere Stellung klar genug festgelegt, so daß niemand in Zweifel darüber sein kann. Wir sind in vielem kritisch gegenüber dem, was die Russen machen, aber niemand, der unsere bisherigen Sachen gelesen hat, kann im Zweifel darüber sein, daß wir in dem Konflikt zwischen Angelsachen auf der einen, den "Russen" auf der andren Seite, uns auf die letztere Seite stellen, weil die erstere Seite auf die Verteidigung des Kapitalismus hinausläuft, die andere auf seine Beseitigung. Um sich hier zu entscheiden, braucht es nicht erst tiefgründiger theoretischer Untersuchungen. Das, was das Wesen und den Kern dieses Gegensatzes ausmacht, kann man heute schon mit bloßem Auge sehen, dazu braucht man kein Mikroskop.

Darüber hinaus aber sind wir dafür, daß die deutsche und westeuropäische Arbeiterklasse nicht Anhängsel der SU sein soll, sondern "Auch Einer", wie der alte Schwabe F.Th. Fischer sagte. Dh. eine selbständige revolutionäre Kraft, mit dem Nachdruck auf beiden unterstrichenen Worten. "Selbständigkeit", nur um imperialistische und reformistische Politik zu machen, ist keinen Pfifferling wert. In der Praxis wird es immer die Unterordnung unter die andere Seite sein.

Die Polarisierung zwischen diesen beiden Lagern wird mit jedem Tag klarer und schärfer.

Die Nachrichten, die von den amerikanischen Presseagenturen über die Vorgänge in Indien kommen, sind absolut ungenügend, und die Frage ist enorm wichtig. Könntest Du uns das letzte englische Weißbuch über die Vorschläge der engl. Regierung schicken? (kann nicht viel kosten). Ich nehme an, daß die indische Kongreß-Partei auch ein Büro in London hat. Wenn ja, könntest Du sie veranlassen, ihre Sachen an mich zu schicken? Wenn nötig, so berufe Dich darauf, daß ich Nehru persönlich kenne (ich habe ihn seinerzeit in Paris kennengelernt).

Herzliche Grüße auch an Anna, Aug.

Vedado, 17. Juli 1946

Lieber Freund Futran,

... Es freut uns sehr, daß die Europe-to-morrow-Gruppe so eingehend zu den "Neun Fragen" usw. Stellung genommen hat. Inzwischen ist unser Material auch an viele alte Freunde in Deutschland selbst gelangt...

Unsere Freunde in Deutschland äußern alle den dringenden Wunsch, über die Vorgänge der internationalen Politik und der

überregionalen Arbeiterbewegung informiert zu werden. Sie leben in einer uns schwer vorstellbaren Isolierung von der Außenwelt. Wenn es Euch möglich wäre, monatlich einen kurzen Bericht zu machen a) über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge in Südafrika, b) im übrigen Afrika, so wäre das für die deutschen Freunde sicher interessant und wichtig.

Nun einige provisorische und keineswegs erschöpfende Bemerkungen zu Eurer Stellungnahme...

Wenn wir die sozialistische Revolution in Deutschland für "reif" erklärt haben, so bezieht sich das auf die objektiven und inneren Faktoren der Lage, weniger auf die subjektiven. Was wir damit unterstreichen wollen, ist das, daß der entscheidende Faktor, der ihr entgegensteht, nicht ein innerer, sondern der äußere Machtfaktor ist. Wir sind entschieden nicht der Meinung, daß man heute keinen Unterschied zwischen der amerikanisch-englisch-französischen und der russischen Besatzungspolitik machen kann.

Wir können uns mit keiner von ihnen identifizieren. Aber die bis heute vorliegenden Tatsachen lassen keinen Zweifel daran, daß der anglosächsische Block (bei dem die Vereinigten Staaten führend sind), systematisch auf die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland ausgerichtet ist, während die SU das entgegengesetzte Ziel hat und es auf ihre Weise durchführt - barbarisch, grob, autoritär, nationalistisch-egoistisch usw. Es ist das sicher nicht die deutsche sozialistische Revolution, wie sie die Klassenverhältnisse Deutschlands selbst erfordern, es ist im wesentlichen negative revolutionäre Vorarbeit dazu. Wenn wir uns sicherlich kritisch einzustellen haben zu all den Zügen, die den Notwendigkeiten der deutschen sozialistischen Revolution nicht entsprechen oder widersprechen, so dürfen wir jedoch keineswegs das Kind mit dem Bade ausschütten und müssen den elementaren Unterschied zwischen Revolution und Konterrevolution sehen und in unserer Stellungnahme berücksichtigen.

Die Logik der Dinge selbst treibt die "Russen" trotz Stalin vorwärts und bedingt, daß unsere Kritik wirksam wird.

Man braucht sich nur die Rede Molotows über Deutschland auf einer der Schlußsitzungen der Pariser Konferenz der Außenminister anzusehen, um das zu bemerken (und die Reaktion der Amerikaner und Engländer darauf)...

Herzliche Grüße, auch von Heinz,
August.

Die Außenpolitik der Türkei

Ankara, 15. August (DPD)

„Die türkische Regierung wird nach sorgfältigem Studium der russischen Note zur Meerengen-Frage ihre Ansichten darüber darlegen“, erklärte der Ministerpräsident, Rejep Peker, in einer Rede vor dem Parlament. Die Türkei sei in dieser Hinsicht durch internationale Abmachungen gebunden und müsse vor allem die Integrität und Souveränität ihres Landes im Auge behalten. Wie der Ministerpräsident weiter betonte, seien die Beziehungen zu Großbritannien auf den Bündnisvertrag von 1939 gegründet, und dieses Bündnis werde auch in Zukunft der Hauptfaktor der türkischen Außenpolitik sein. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten verbessere sich ständig und sei auf gegenseitiger Freundschaft, Achtung und Zusammenarbeit aufgebaut. Im Verlauf seiner Rede drückte Peker sein Bedauern darüber aus, daß Rußland den türkisch-russischen Vertrag, der mehr als ein Vierteljahrhundert in Kraft gewesen sei, nicht habe erneuern wollen, obwohl die Türkei bereit gewesen sei, ihn den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. Die Türkei gebe jedoch die Hoffnung nicht auf, daß auf der Basis gegenseitigen Vertrauens bald eine neue Verständigung zustande komme. Die Türkei sei ferner sehr interessiert an der Wiederherstellung Griechenlands, da eine griechisch-türkische Freundschaft die Stabilität der Verhältnisse im Nahen Osten sichern müsse. Auch zu den arabischen Bruderländern und zu Frankreich hoffe die Türkei gute Beziehungen zu unterhalten. Peker betonte, daß die Türkei einen gerechten Frieden für alle Nationen und besonders für ihre Nachbarn wünsche und daher auch den Gedanken der Vereinten Nationen unterstütze. Sein Land sei bereit, alle Kräfte für deren Ziel einzusetzen, nämlich den Frieden zu erhalten.

Botschaft Attlees an Truman

London, 15. August (DANA)

Zum Jahrestag der japanischen Kapitulation richtete Premierminister Attlee eine Botschaft an Präsident Truman, in der es heißt: „An diesem Jahrestag unseres gemeinsamen Sieges gedenken wir der tapferen Männer und Frauen der Vereinten Nationen, deren Opfermut wir den Sieg verdanken. Wir sind überzeugt, daß dieses Beispiel uns den Weg zeigen muß, um einen allgemeinen Frieden auf der Welt zu erreichen.“

Sikhs zur Mitarbeit bereit

Amritsa, 15. August (DPD/Reuter)

Nach zweitägigen Beratungen hat die oberste Behörde der Sikhs beschlossen, sich „wenn die Gelegenheit da ist“, an der Verfassungsgebenden Versammlung zu beteiligen und auch der Indischen Uebergangsregierung beizutreten. Die Sikhs verlangen ähnliche Sicherungen zur Wahrung ihrer Interessen, wie sie in der künftigen Verfassung für Hindus und Mohammedaner vorgesehen sind.

Passiver Widerstand der Kastenlosen

Bombay, 15. August (DPD/Reuter)

Die neunundvierzig Millionen Kastenlosen in Indien, die sogenannten Unberührbaren, sind zum passiven Widerstand aufgerufen worden als Protest gegen den britischen Verfassungsplan, der keine besondere Vertretung der Kastenlosen in der Verfassungsgebenden Versammlung vorsieht.

Bombay, 15. August (AP)

Als Vorsichtsmaßregel gegen den von der Moslem-Liga angekündigten „Tag der Aktion“ verließen die britischen Truppen ihre außerhalb der Stadt gelegenen Garnisonen und fuhren mit Lastwagen, auf denen Maschinengewehre montiert waren, durch die Straßen Bombays. Der Präsident der Liga, Jinnah, forderte jedoch nachdrücklich, den Tag in äußerster Ruhe und Disziplin zu begehen. Unterrichtete Kreise rechnen nur mit einer vollständigen Arbeitseinstellung.

Nehru für eine asiatische Konferenz

Bombay, 15. August (UP)

In einer Rede über Fragen der Weltpolitik vor dem engeren Rat der Indischen Kongreßpartei wies Pandit Nehru, der Vorsitzende der Partei, auf die Möglichkeit einer Konferenz aller asiatischen Staaten hin. Er unterstrich die Bedeutung Rußlands, des nördlichen Nachbarn Indiens, und erklärte, daß er es für sehr wichtig erachte, enge diplomatische Beziehungen zu Rußland herzustellen. Auf die Haltung eingehend, die verschiedene asiatische Staaten Indien gegenüber einnehmen, erklärte er, sein Land sei über die Haltung Chinas enttäuscht, das sich bisher von Indien absetzt gehalten habe.

Vorbereitungen gegen den Krieg

Washington, 15. August (DPD)

Der amerikanische Senator Vandenberg setzte sich in einer Ansprache stark für den Baruch-Plan ein, der eine internationale Kontrolle der Atomenergie vorsieht. Er forderte außerdem, daß die Vereinigten Staaten auch künftig die UN unterstützen sollten. „Die gegenwärtige militärische Entwicklung kann nur zu der vernünftigen Ansicht führen“, so betonte der Senator, „daß es nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sich auf einen Krieg vorzubereiten. An die Stelle solcher Maßnahmen müssen vielmehr kollektive Vorbereitungen gegen den Krieg treten, soweit menschliche Einsicht und organisierte Verhütungsmaßnahmen überhaupt imstande sind, diese Geißel von den Menschen fernzuhalten.“

Internationale monatliche Übersicht über August 1946, Nr. 1

Vorbemerkung:

Die nachfolgenden internationalen monatlichen Übersichten sollen jeweils einen Rückblick auf die wichtigsten internationalen Geschehnisse eines Monats geben. Der Zweck kann also nicht die Aktualität sein. Es handelt sich vielmehr darum, den inneren Zusammenhang und Sinn des Geschehenen aufzuzeigen. Praktische Folgerungen zu ziehen, bleibt den Lesern überlassen. Die Methode der Behandlung ist die marxistische.

Sie ist ihrer Natur nach kritisch.

1. Die Pariser sogenannte Friedenskonferenz.¹⁾

Es gehört kein übermäßiger Scharfsinn dazu, daß die Pariser Friedenskonferenz nichts mit der Schaffung eines dauerhaften Friedens zu tun hat. Sie ist vielmehr eine Fortsetzung des politischen Aufmarsches der Sieger für den nächsten, den 3. Weltkrieg. Das bedeutet nicht, daß der 3. Weltkrieg unmittelbar vor der Tür steht. Es gibt zwar in verschiedenen Ländern Strömungen, die den Krieg gegen die Sowjetunion in kurzer Frist ausfechten wollen – solange noch die Vereinigten Staaten allein im Besitze der Atombombe sind, und solange die Sowjetunion noch in den ersten Anfängen des Wiederaufbaues steht. Aber diese Strömungen sind nicht die herrschenden. Sowohl die rein militärischen wie die politischen Vorbereitungen können nicht übers Knie gebrochen werden. Man kann für sie mindestens 7 - 10 Jahre rechnen.

Daraus folgt auch, daß die jetzigen Verhandlungen in absehbarer Zeit mit irgendwelchen formellen Ergebnissen – Friedensverträgen – abschließen werden.

Inwiefern die heutigen Friedensverhandlungen keine Friedensverhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes sind, wird klar durch einen Vergleich mit den Friedensverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg. Das Bestreben der Siegermächte nach dem 1. Weltkrieg war, auf Grund der Anerkennung der Ergebnisse des Krieges, d. h. der neugeschaffenen internationalen Machtverhältnisse ein neues, stabiles Gleichgewicht der Mächte und somit einen ständigen oder mindestens länger dauernden Frieden zu schaffen. Jeder weiß, daß dieses Bestreben gescheitert ist. Aber es war vorhanden. Es war vorhanden bei den Regierungen und wurde geglaubt von den Völkern. Heute ist es nicht vorhanden. Die Pariser Verhandlungen haben nicht den Zweck,

die am Ende des Krieges vorhanden gewesenen internationalen Machtverhältnisse zu erhalten und zu befestigen, sondern sie soweit zu ändern, wie dies ohne unmittelbaren neuen Weltkrieg möglich ist. Der Zweck der Verhandlungen ist also die Revision des Status quo am Ende der Feindseligkeiten.

Das allein gibt den Leitfaden zu den Einzelheiten der Verhandlungen über den Frieden mit Italien und den Balkanländern. Und das erklärt auch, warum nicht nur verhandelt, sondern auch gleichzeitig gehandelt wird: Demonstrationen der englischen und amerikanischen Flotte im Mittelmeer, englische und amerikanische Militärflugzeuge, die über jugoslawisches Gebiet fliegen, ein amerikanisches Ultimatum an Jugoslawien²⁾, amerikanische und englische Noten gegen Polen³⁾ usw. Im besonderen ergibt sich als die Formel der gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen über die Friedensschlüsse in Paris und der damit verbundenen sonstigen Aktionen: daß der englisch-amerikanische Block die sowjetische Einflußsphäre im Balkan, in Ungarn, in Österreich einzudrücken sucht, während auf der anderen Seite die Sowjetunion in Italien, das der englisch-amerikanischen Einflußsphäre angehört, und darüber hinaus überhaupt im Mittelmeer, Fuß zu fassen sucht.

Der Kampf ist zugleich außen- und innenpolitisch, internationaler Machtkampf und internationaler Klassenkampf. Der angelsächsische Block greift die Regimes in Polen und den Balkanländern an, die Sowjetunion greift die Regimes in Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei an. Überall stützt der angelsächsische Block die besitzenden Klassen, die reaktionären Parteien und Regimes, die Sowjetunion aber die Regimes, die sich auf Arbeiter und Bauern stützen.

Woher diese radikale Änderung seit 1918/19? Der Grund ist einfach. 1918/19 war das zaristische Rußland unter den Besiegten. Das bolschewistische Rußland war nach außen machtlos. Es zählte außenpolitisch nicht mit. Die Friedensregelung fand ausschließlich statt unter den imperialistischen Siegern, sozusagen „unter Brüdern“. Am Schluß des 2. Weltkrieges ist Sowjetrußland unter den Siegern. Es zählt jetzt außenpolitisch entscheidend mit. Es ist eine „Weltmacht“ ersten Ranges geworden. Allein die Vereinigten Staaten sind als Weltmacht von derselben Größenordnung. Und ganz unabhängig davon, als was man den heutigen Sowjetstaat einschätzt, welche theoretische Formel man für ihn wählt, die Tatsachen zeigen, daß die Sowjetunion überall, wo sie Einfluß hat, die besitzenden und bisher herrschenden Klassen, Kapitalisten und Großgrundbesitzer und ihre Regimes bekämpft, sie politisch und wirtschaftlich entmachten hilft.

Diese Tatsachen, nicht die theoretischen Urteile und Formeln, sind ausschlaggebend für die grundlegende Änderung der weltpolitischen Lage im Vergleich zu der nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem 1. Weltkrieg handelte es sich darum, ein stabiles, dauerhaftes Gleichgewicht unter den

imperialistischen Siegern zu schaffen auf Grund der Machtverhältnisse, wie sie am Ende dieses Krieges bestanden. Heute, wo die imperialistischen Sieger nicht mehr unter sich sind, handelt es sich gerade umgekehrt darum, die Machtverhältnisse, die am Ende des 2. Weltkrieges vorhanden waren, zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der Sowjetunion möglichst weitgehend zu ändern. Und hierfür werden alle Mittel eingesetzt, außer dem Krieg im großen, für den die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind: diplomatischer und wirtschaftlicher Druck, innerpolitische Agitation, Propaganda und Organisationen, religiöse Propaganda und Organisationen, militärische Aufmärsche und Demonstrationen, und selbst militärische lokale Aktionen, Unterstützung von Partisanenbewegungen usw.

Es versteht sich, daß die wirklichen Motive und Ziele dieser Kämpfe von Seiten der imperialistischen Mächte das Tageslicht nicht vertragen; die Sowjetunion ihrerseits, wo sie als Staat unter Staaten spricht, spricht sie nicht als revolutionäre Macht, sondern den demokratischen Jargon.

Daher hat auch der öffentliche Teil der Pariser Friedensverhandlungen etwas vollkommen Unwirkliches. Man wird daran erinnert, daß, als Alexander der Große seinem Lehrer Aristoteles Vorwürfe machte, daß er die philosophischen Geheimlehren, die sie unter sich besprochen, veröffentlicht habe, dieser antwortete: sie sind veröffentlicht und zugleich nicht veröffentlicht. Womit er sagen wollte, daß sie trotz ihrer Veröffentlichung der Allgemeinheit unzugänglich seien.

Was haben die öffentlich gebrauchten Argumente der in Paris versammelten Staatsmänner mit ihren wirklichen Beweggründen und Zielen zu tun? Nichts. Es sind nur Nebelwände.

Herr Byrnes verteidigt das Recht der kleinen Staaten bei der Festlegung der Friedensverträge. Aber es handelt sich lediglich darum, möglichst viele Stimmen zu bekommen, mit denen sich ein gewisser moralischer Druck ausüben läßt.

Molotow beschwert sich über die Eingriffsversuche des angelsächsischen Blocks in die Souveränität der Balkanstaaten. Aber es handelt sich lediglich darum, welche Machtgruppe den oder jenen der kleinen Staaten unter ihre Führung nimmt. Die 300 Millionen Dollar, die die Sowjetunion von Italien als Kriegsschädigung verlangt, werden von der Gegenseite als ungeheuerlich, als unerträglich für Italien dargestellt. In Wirklichkeit ist die Summe minimal. Aber sie soll der SU die Möglichkeit geben, einen Finger in den italienischen Dingen zu haben, das England und Amerika als ihre ausschließliche koloniale Domäne behandelt wissen wollen. England allein fordert über 11 Milliarden Dollar Kriegsschädigung von Italien.

Ebenso unreal ist es mit den Argumenten um Triest⁴⁾, um die ehemaligen italienischen Kolonien, um die italienische Flotte, um die Internationalisierung der Donau⁵⁾ usw.

Alles das sind Nebelwände, hinter denen der erbitterte internationale Macht- und Klassenkampf unter den Siegern vor sich geht – der Versuch der Revision des am Ende des Krieges vorhandenen Status Quo, als Teilstück des Aufmarsches für die Generalauseinandersetzung.

Im speziellen handelt es sich bei diesen Friedensverhandlungen um die Stellungen im Mittelmeer. Daher sind die Brennpunkte der Auseinandersetzungen: die Verfügung über die italienischen Kolonien und die italienische Flotte, über Triest, über Griechenland, über den Donauweg. In Italien verfolgt England, hierin unterstützt von den Vereinigten Staaten, außerdem noch den Zweck, die italienische industrielle Handels- und Transportkonkurrenz auszuschalten. Das amerikanische Kapital versucht, sich in die italienische Industrie einzuschalten. Wenn also aus den Pariser Friedensverhandlungen nichts herauskommen wird, was einem dauernden Frieden auch nur entfernt ähnlich sieht, so schon deshalb, weil diesmal ein dauernder Friede von den Beteiligten nicht einmal gesucht wird, sondern Ausgangsstellungen – militärische, wirtschaftliche, politische, klassenmäßige – für eine neue macht- und klassenmäßige Entscheidung.

2. Was ist die Dardanellenfrage?

Das Selbstverständliche und deshalb nicht Erwähnte ist oft das Wichtigste. So in der Dardanellenfrage. Im Frieden können alle Handelsschiffe ungehindert vom Mittelmeer durch die Dardanellen ins Schwarze Meer fahren und umgekehrt. Im Frieden ist das Tor der Dardanellen offen. Nur im Kriege können die Dardanellen durch die Türken für Handels- und Kriegsschiffe gesperrt werden. Mehr noch. Die Türkei allein ist nicht stark genug, um im Kriegsfall den sowjetischen Kriegs- und Handelsschiffen die Durchfahrt zu sperren. Wenn die Türkei allein steht, so kann die Sowjetunion sie durch den Landkrieg erledigen und damit ihre Dardanellensperre sprengen. Die Dardanellensperre hat also nur Sinn in einem Koalitionskrieg, in dem die Türkei starke Verbündete hat.

Daraus geht hervor, daß, wenn jetzt die Dardanellenfrage durch die diplomatischen Noten der Sowjetunion an die Türkei wieder aufgerollt ist, wenn England und die Vereinigten Staaten ihrerseits in dies diplomatische Vorspiel eingegriffen haben, dies nur Sinn haben kann, wenn ein großer Krieg zwischen dem angelsächsischen Block und der Sowjetunion vorgesehen ist. Die Dardanellenfrage ist ein wichtiger Teil des strategisch-politischen Aufmarsches zu diesem neuen Kriege. Die Aufrollung dieser Frage beweist an ihrem Teil wieder, daß niemand die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen ernst nimmt.

Wenn im Kriege die Dardanellensperre funktioniert, so kann einerseits verhindert werden, daß die Sowjetflotte ins Mittelmeer vorstößt und der ganze Handelsverkehr zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer gesperrt

werden kann. Die Dardanellensperre bedeutet so eine wesentliche Herabsetzung des sowjetischen Kriegspotentials. Und umgekehrt können dann englische und amerikanische Kriegsschiffe ungehindert ins Schwarze Meer eindringen, die Schwarzmeerküsten blockieren usw. Verfügt aber die Sowjetunion über die Dardanellensperre, so kann sie ihr eigenes und das ihr befreundete Schwarzmeergebiet sichern und ihrerseits ins Mittelmeer vorstoßen. Bei den Stärkeverhältnissen zwischen den englisch-amerikanischen Kriegsflotten und der Sowjetkriegsflotte ist die Sicherung der Sowjetunion, wie leicht ersichtlich, hier der überwiegende Faktor.

Die Sowjetnoten an die Türkei fordern im wesentlichen: 1. daß die Dardanellenfrage ausschließlich unter den Schwarzmeer-Mächten verhandelt, und daß die Dardanellen von ihnen kontrolliert werden, 2. daß die Türkei und die Sowjetunion gemeinsam die Dardanellen militärisch kontrollieren. Die Türkei hat sich sofort an England und die Vereinigten Staaten gewandt. Diese haben sie darin bestärkt, die Sowjetforderungen abzulehnen. Die Vereinigten Staaten fordern speziell, daß sie anstelle Japans in die Verhandlungen um die Revision des Abkommens von Montreux (1936) eingeschaltet werden⁶⁾.

Die Vereinigten Staaten haben keine direkten Interessen im Mittelmeer oder im Schwarzen Meer. Sie sind hier einerseits Sekundanten des britischen Imperialismus, andererseits ist für sie die Dardanellenfrage ein wichtiges Teilstück der Vorbereitungen für die allgemeine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Zu demselben Kapitel gehört die amerikanische Unterstützung der englischen Politik in Griechenland, sowie des Franco-Regimes in Spanien.

Tritt hier die Sowjetpolitik nicht einfach in die Spuren der Jahrhunderte alten zaristischen Außenpolitik, für die die Beherrschung der Dardanellen ein ständig verfolgtes Ziel war? Die Übereinstimmung besteht hier nur 1. in der militärisch-geographischen Rolle der Dardanellen, 2. in der Notwendigkeit der Verteidigung und Sicherung Südrußlands. Diese Notwendigkeit ist unabhängig vom politischen Regime in Rußland. Der Unterschied tritt hervor in den Antrieben und Zielen der Gegnerschaft gegen den britischen Imperialismus und seine Verbündeten. Im Falle des Zarismus handelte es sich hier um imperialistische Konkurrenz, im Falle der Sowjetunion um die Sicherung und Ausdehnung eines Sowjetstaates. Der Unterschied ist wesentlich.

Für die Türkei hat dieser Konflikt entscheidende außen- und innenpolitische Folgen. Außenpolitisch arbeitet sie jetzt aufs engste zusammen mit dem britischen und amerikanischen Imperialismus und sucht Anschluß an die arabische Bewegung. Innerpolitisch beginnen sich jetzt in der Türkei selbst demokratische Kräfte zu regen, wie die letzten Parlamentswahlen bewiesen haben⁷⁾.

3. Palästina.

Die Palästina-Frage ist in diesem Monat wieder stark hervorgetreten.⁸⁾ Man muß sie scharf unterscheiden von der Juden-Frage. Die letztere behandeln wir hier nicht eingehend, nur seien zwei kurze Bemerkungen darüber gemacht. Die eine ist die, daß, wenn die Behandlung der Juden-Frage ein ziemlich zuverlässiger Maßstab für die jeweilige Höhe der Weltkultur ist, daß dann die absolute Unfähigkeit der gegenwärtigen Welt, sie zu lösen, eines der schärfsten Urteile über diesen Weltzustand ist. Die zweite ist, daß die bürgerlichen Juden, indem sie nicht verstehen, daß die Juden-Frage ebensowohl und abwechselnd eine Rassen- wie eine Klassenfrage ist, sich das Verständnis ihrer tragischen Lage versperren.

Bei der Palästina-Frage im eigentlichen Sinne des Wortes ist die erste Frage, die aufgeworfen werden muß: was hat England überhaupt in Palästina zu suchen? Was Amerika? Die Antwort gibt eine Geschichte von Jahrtausenden. Palästina ist seit Jahrtausenden ein Kreuzweg zwischen Völkern, Großreichen und Kontinenten gewesen. Heute ist Palästina für den britischen Imperialismus Ersatz für die Stellung in Ägypten, die in absehbarer Zeit geräumt werden muß.⁹⁾ Für die Vereinigten Staaten ist Palästina eine strategisch wichtige Stellung für die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Für beide, für England und die Vereinigten Staaten, ist Palästina zugleich ein wichtiges Gebiet der Öl-Strategie.

Der englisch-amerikanische Vorschlag der Teilung Palästinas in vier „halb-autonome“ Zonen unter britischer Vorherrschaft kann bereits als erledigt betrachtet werden. Die überragende imperialistische und ölstrategische Bedeutung Palästinas läßt aber nicht erwarten, daß der britische Imperialismus Palästina aus seinem Griff gibt. So ist eine Lösung der Palästina-Frage im Sinne der Erreichung der wirklichen nationalen Unabhängigkeit und des friedlichen Zusammenlebens der arabischen mit der jüdischen Bevölkerung des Landes unter dem imperialistischen Vorzeichen ausgeschlossen.

Welche Stellung nimmt die Sowjetunion in dieser Frage ein? Bis jetzt ist noch keine offizielle Stellungnahme der Sowjetunion dazu erfolgt. Eine Andeutung darüber gibt aber ein Vortrag, den V. B. Lutzky¹⁰⁾ vor kurzem in Moskau gehalten hat und über den die Sowjet- wie die internationale Presse berichtet hat.

Die Hauptpunkte des Vortrags waren nach diesen Berichten:

1. daß der Zionismus¹¹⁾ ein Werkzeug des englisch-amerikanischen Imperialismus sei;
2. daß nur ein Teil der Judenschaft den Zionismus unterstütze;
3. daß die Araber vermöge ihrer jahrhundertelangen Ansiedlung im Lande ein unbestreitbares Recht auf seinen Besitz haben;
4. daß der Anspruch Englands auf Herrschaft über Palästina lediglich auf der Tatsache der englischen Macht beruhe;

5. daß die Palästina-Frage und die jüdische Frage streng getrennt werden müßten;

6. daß England und Amerika kein Recht haben, ausschließlich über das Schicksal Palästinas zu bestimmen, sondern daß dies Recht den Vereinten Nationen zustehe.

Diese Stellungnahme, deren Gegensatz zu der englischen und der amerikanischen in die Augen fällt, vereinigt grundsätzliche und taktische Gesichtspunkte.

4. Die Zusammenstöße in Indien.

Sollte es ein Zufall sein, daß nach den Verhandlungen der englischen Regierungskommission¹²⁾ in Indien jetzt blutige und erbitterte Kämpfe zwischen Mohammedanern und Hindus in Kalkutta, Bombay, usw. ausgebrochen sind, womit die Notwendigkeit der Anwesenheit der britischen Armee und Polizei in Indien wieder einmal bewiesen werden soll? Die englische Herrschaft in Indien hat eine alte Tradition, mit den vorhandenen religiösen, Rassen- und anderen Gegensätzen virtuos zu ihren Gunsten zu spielen. Die englischen Verhandlungen in Indien machten dieser Tradition gemäß den Gegensatz zwischen Mohammedanern und Hindus zur Drehachse – gegen den ständigen Protest der Kongreßpartei, die Hindus und Mohammedaner in einer Partei vereinigte und die die Forderung aufstellte, daß wie in jedem modernen Staat nicht die Religion, sondern die politische Stellungnahme zur Grundlage für die Bildung einer provisorischen indischen Regierung genommen werde.¹³⁾

Es ist klar, daß der von England genommene Ausgangspunkt die religiösen und nationalen Gegensätze in Indien verschärfen mußte. Es wäre naiv anzunehmen, daß die britische Politik dies nicht vorausgesehen und so geplant habe, um die wirkliche Unabhängigkeit Indiens so lange wie möglich zu verzögern.

Die jetzt eingerichtete provisorische Regierung in Indien ist keine wirklich unabhängige Regierung. Sie hat über sich den Vizekönig, und die britischen Truppen sind noch im Lande. Die Kongreßpartei betrachtet die Teilnahme an dieser provisorischen Regierung nur als einen Versuch. Es ist der Versuch eines letzten Kompromisses mit dem britischen Imperialismus.

5. Das Dilemma der amerikanischen Politik in China.

Das schwere Dilemma, in dem sich der amerikanische Imperialismus in China befindet, kann so formuliert werden: Die Stellungen des Kommunismus in China können nur mit massiver und länger dauernder militärischer Hilfe der Vereinigten Staaten für Tschiang-Kai-chek erledigt werden.¹⁴⁾ Aber ein voller militärischer Sieg Tschiang-Kai-cheks ist zugleich ein politischer Sieg der durch und durch korrupten und unfähigen feudalen

Reaktion im Lande, unter der und durch die niemals die elementaren politischen und wirtschaftlichen Reformen durchgeführt werden können, die sich im bürgerlich-demokratischen Rahmen halten, die aber unentbehrlich sind für das Wirken des amerikanischen Kapitals in China. Die verschiedenen „Liberalen“ und demokratischen bürgerlichen Schichten, Parteien und Gruppen in China sind viel zu schwach für diese Aufgabe.¹⁵⁾ Die einzige ausreichende Kraft dafür sind die chinesischen Kommunisten. Aber die chinesischen Kommunisten werden vom amerikanischen Imperialismus als die Verbündeten oder Werkzeuge der Sowjetunion betrachtet. Außerdem sind für sie die bürgerlich-demokratischen Reformen nur eine Etappe auf dem Weg zur sozialistischen Umgestaltung Chinas. Daher lehnt der amerikanische Imperialismus ab, sich auf die Kommunisten gegen Tschiang-Kai-check zu stützen. So ist das große chinesische Problem für den amerikanischen Kapitalismus unlösbar.

Vor einiger Zeit tauchte in der chinesischen Presse der Vorschlag auf, die Amerikaner sollten die Mandschurei besetzen. Die Mandschurei ist die chinesische Schlüsselstellung. Sie ist der Schlüssel für die industrielle Entwicklung ganz Chinas. Sie ist die strategische Schlüsselstellung für den Angriff von China aus gegen die Sowjetunion, wie umgekehrt.¹⁶⁾

Wenn die Amerikaner ernstlich wollen, so könnten sie wahrscheinlich diese Schlüsselstellung nehmen, und es würde dies einen schweren Rückschlag für die kommunistischen Stellungen in China bedeuten. Aber es würde zugleich eine ausweglose innere Lage in China schaffen. Es würde die Bedingungen unmöglich machen, unter denen das amerikanische Kapital in großem Umfang und mit Erfolg in China angewandt werden kann. Es würde neue und andersartige Ansatzpunkte für die Entfaltung des Kommunismus in ganz China schaffen. Es würde bedingen, daß die Politik des chinesischen Kommunismus sich radikalisiert. Der Erfolg für den amerikanischen Imperialismus wäre also nur kurzfristig und zum größten Teil scheinbar.

6. Einige bedeutsame internationale Tatsachen.

Wir zählen sie hier am Schluß der Kürze halber nur stichwortartig auf. Der Partisanenaufstand in Norditalien zeigt die Schwäche des republikanischen Regimes in Italien an.¹⁷⁾

*

In Österreich haben sich auch die Kommunisten im Parlament gegen die sowjetischen Ansprüche auf österreichische Betriebe gewandt.¹⁸⁾

*

Nach einem Jahre amerikanischer Besetzung ist in Japan das Wort geläufig: man muß entweder die Kommunisten unterstützen oder die „Zaibatsu“, die großen Trusts. Die Agrarreform hat die Stellung der feudalen Großgrundbesitzer in Japan weiter bestehen lassen.

In England haben Veteranen ein Militärlager in Ulster (Nordirland) besetzt, um zu Wohnungen zu kommen. Die Streiks in England, die unter der Labour-Regierung auf ein unbedeutendes Maß herabgesunken waren, werden häufiger. Einer der letzten Streiks in England drehte sich um die Frage der Mitbestimmung der Betriebsräte (shop-stewards) bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

*

Auf dem Parteitag der französischen sozialistischen Partei (SFIO) wurde der Bericht des Parteivorstandes, der sich gegen die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei aussprach, mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Dies ist die Ablehnung der „alten Garde“ der Partei unter der Führung von Leon Blum, Daniel Meyer, Grumbach usw. und von weiterreichenden Folgen für die weitere politische Entwicklung in Frankreich.¹⁹⁾

*

In den Vereinigten Staaten gab es am 22. August einen großen Börsen-Krach in New York, dem ein weiterer und noch größerer am 4. September folgte. Das Hauptmotiv dafür waren die großen Warenvorräte der Industriellen, die die Börse eine bevorstehende Überfüllung des Marktes befürchten lassen. Dies bedeutet nicht, daß morgen die amerikanische Konjunktur zusammenbrechen wird. Aber es ist ein Wetterleuchten. Es beleuchtet die Unsicherheit dieser Konjunktur.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 2. Sept. 1946

ich bestätige Empfang Deiner Briefe vom 16., 18., 19. August nebst Beilagen. Soeben erhalte ich Deine Briefe vom 21., 23. und 25. August. Auf die letzten gehe ich nur kurz ein, da ich darüber noch nicht mit Heinz gesprochen habe...

Grahams Brief gibt einen guten Eindruck... Was der berichtet über den Kampf um Mitbestimmung der Betriebsräte (shop-stewards) bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern, war uns sehr interessant. Ich habe eingehend mit Heinz darüber gesprochen. Die Sache ist deshalb interessant, weil, wenn es auch noch keine Produktionskontrolle oder Arbeiterkontrolle ist, so doch, wenn konsequent in dieser Richtung weitergegangen wird, es dazu führen kann. Denn die Einstellung oder Entlassung von Arbeitern wird ja in der Regel, wenn es sich nicht um bloße Einzelfälle handelt, von den Unternehmern mit der Produktionslage und Absatzmöglichkeiten der Betriebe begründet werden. So daß also die Arbeiter sich auch darum kümmern und einmischen müßten. Nur dabei ist entscheidend, daß sie Verbindung mit solchen Angestellten bekommen, die da Bescheid wissen und ihnen helfen

können, den Schwindel, den ihnen der Unternehmer in der Regel vorsetzen wird, zu durchschauen.

Mir scheint überhaupt, daß es der Art der englischen Arbeiter entspricht, an die Produktionskontrolle oder Arbeiterkontrolle nicht systematisch heranzugehen, wie es der Art von deutschen Arbeitern entsprechen würde, sondern von Einzelfällen und Einzelfragen ausgehend. Da könnte jemand mit deutschen Erfahrungen allerhand helfen, wenn er jeweils helfen kann, die nächsten praktischen Schritte aufzuzeigen...

Herzliche Grüße Aug.

Lieber Fritz und Anna!

La Habana, 7. Sept. 1946

Besten Dank für Eure Geburtstagsbriefe. Ich schicke einliegend die Berliner Briefe und eine Übersetzung eines Artikels über das russische Dorf, den ich schon nach drüben gesandt habe. Ich habe auch den Artikel über die "Privilegien" übersetzt und rüberschickt. Ich wähle diese Form der Übersetzung ganzer Artikel, weil ich glaube, daß sie weniger gefährdet sind, wenn sie erwischt werden...

Die Berliner Briefe brauche ich Dir nicht zu kommentieren. Ich habe jetzt einige Pfund Drucksachen durchgearbeitet, das gibt einen guten Geruch in die Vereinigung. Ich glaube, der Weg geht über die SED. In der Russenzone ist die SED eine Massenbewegung und das Minimale Programm ist besser, als ich erwartet hatte. Ich glaube, daß es wenig Zweck hat, eine Detailkritik anzufangen. Meine Meinung ist, wir sollten sagen, wir machen mit, um es durchzukämpfen, und dabei kann man den fantastischen Stumpfsinn - von dem es ausgeht - m.M. nach am besten aufdecken. Der Stumpfsinn - Marke Moskau - besteht darin, daß man ganz einfach die Besatzungsdiktaturen ignoriert.

Besten Gruß Heinr.

Lieber Fritz,

Hanaba-Vedado, 8. Sept. 1946

beiliegendes Manuskript ist in erster Linie für die Freunde in Deutschland bestimmt. Sonst kannst Du es verwenden, wie es Dir zweckmäßig erscheint. Wenn die Sache in dieser Form einem Bedürfnis entspricht, soll sie regelmäßig fortgesetzt werden.

Herzliche Grüße Aug.

DER TAGESSPIEGEL

Verlag Dr. Vieweg & Co., K. G. Berlin-Tiergarten, Berlinische Straße 10/11a, (Postfach 10110) Telefon 24 10 10, 24 10 11, 24 10 12, 24 10 13, 24 10 14, 24 10 15, 24 10 16, 24 10 17, 24 10 18, 24 10 19, 24 10 20, 24 10 21, 24 10 22, 24 10 23, 24 10 24, 24 10 25, 24 10 26, 24 10 27, 24 10 28, 24 10 29, 24 10 30, 24 10 31, 24 10 32, 24 10 33, 24 10 34, 24 10 35, 24 10 36, 24 10 37, 24 10 38, 24 10 39, 24 10 40, 24 10 41, 24 10 42, 24 10 43, 24 10 44, 24 10 45, 24 10 46, 24 10 47, 24 10 48, 24 10 49, 24 10 50, 24 10 51, 24 10 52, 24 10 53, 24 10 54, 24 10 55, 24 10 56, 24 10 57, 24 10 58, 24 10 59, 24 10 60, 24 10 61, 24 10 62, 24 10 63, 24 10 64, 24 10 65, 24 10 66, 24 10 67, 24 10 68, 24 10 69, 24 10 70, 24 10 71, 24 10 72, 24 10 73, 24 10 74, 24 10 75, 24 10 76, 24 10 77, 24 10 78, 24 10 79, 24 10 80, 24 10 81, 24 10 82, 24 10 83, 24 10 84, 24 10 85, 24 10 86, 24 10 87, 24 10 88, 24 10 89, 24 10 90, 24 10 91, 24 10 92, 24 10 93, 24 10 94, 24 10 95, 24 10 96, 24 10 97, 24 10 98, 24 10 99, 24 10 100.



Verlag Dr. Vieweg & Co., K. G. Berlin-Tiergarten, Berlinische Straße 10/11a, (Postfach 10110) Telefon 24 10 10, 24 10 11, 24 10 12, 24 10 13, 24 10 14, 24 10 15, 24 10 16, 24 10 17, 24 10 18, 24 10 19, 24 10 20, 24 10 21, 24 10 22, 24 10 23, 24 10 24, 24 10 25, 24 10 26, 24 10 27, 24 10 28, 24 10 29, 24 10 30, 24 10 31, 24 10 32, 24 10 33, 24 10 34, 24 10 35, 24 10 36, 24 10 37, 24 10 38, 24 10 39, 24 10 40, 24 10 41, 24 10 42, 24 10 43, 24 10 44, 24 10 45, 24 10 46, 24 10 47, 24 10 48, 24 10 49, 24 10 50, 24 10 51, 24 10 52, 24 10 53, 24 10 54, 24 10 55, 24 10 56, 24 10 57, 24 10 58, 24 10 59, 24 10 60, 24 10 61, 24 10 62, 24 10 63, 24 10 64, 24 10 65, 24 10 66, 24 10 67, 24 10 68, 24 10 69, 24 10 70, 24 10 71, 24 10 72, 24 10 73, 24 10 74, 24 10 75, 24 10 76, 24 10 77, 24 10 78, 24 10 79, 24 10 80, 24 10 81, 24 10 82, 24 10 83, 24 10 84, 24 10 85, 24 10 86, 24 10 87, 24 10 88, 24 10 89, 24 10 90, 24 10 91, 24 10 92, 24 10 93, 24 10 94, 24 10 95, 24 10 96, 24 10 97, 24 10 98, 24 10 99, 24 10 100.

NR. 258 / 2. JAHRGANG

BERLIN, SONNTAG, 29. SEPTEMBER 1946

20 PFENNIG

Bevin gegen Nervenkrieg

London, 28. September (DANA/Reuter)

„Ich bin der Meinung, daß die Wolken sich etwas gelichtet haben“, erklärte der britische Außenminister Bevin in einer Rede, in der er zu den Erklärungen Stalins Stellung nahm. Auch er, so betonte Bevin, glaube nicht an einen neuen Krieg, und er kenne niemanden, der ihn wünsche. Es sei notwendig, daß vor allem der Nervenkrieg, der noch einige unglückliche Länder beunruhigt, aufhöre. In der nächsten oder der übernächsten Woche, sagte Bevin, werde die Pariser Friedenskonferenz abgeschlossen werden, und er hoffe, daß die dort erzielten Ergebnisse den Erwartungen entsprechen möchten. Er glaube, daß die deutschen und österreichischen Fragen zu einer vernünftigen Lösung kommen werden. Auch im Nahen Osten, in Ägypten und in anderen Teilen der Welt seien noch schwierige Probleme zu lösen. Das alles könne nur geschehen, wenn man Vorurteile und Leidenschaft aus dem Spiel lasse. Er selbst, so schloß Bevin seine Rede, werde sein Bestes tun, damit er, wenn er einmal aus der Regierung ausscheide, sich nicht vorzuwerfen brauche, er habe irgendeine Frage außer acht gelassen, die vielleicht zu einem neuen Konflikt zwischen den Völkern hätte führen können.

Neue russische Dardanellen-Note

Moskau, 28. September (UP)

Rußland besteht in einer neuen Note an die Türkei auf einer gemeinsamen Verteidigung der Dardanellen. Als Gegenleistung erklärt es sich bereit, Zusicherungen für die Wahrung der türkischen Souveränität zu geben. In der Note wird ferner betont, daß allein die Schwarzseemächte berechtigt seien, an der Verwaltung der Meerengen teilzuhaben. Rußland halte es nicht für angebracht, so wird erklärt, eine Konferenz zur Festlegung eines neuen Meerengenstatutes einzuberufen, wenn nicht eine möglichst vollständige Diskussion aller strittigen Fragen einer solchen Zusammenkunft vorausgegangen sei. Die Weigerung der Türkei, einer gemeinsamen russisch-türkischen Verwaltung der Meerengen zuzustimmen, habe die Schwarzseemächte bisher daran gehindert, die Sicherheit dieses Gebietes zu garantieren. Sollte die Türkei die Absicht haben, so schließt die Note, nach der Ablehnung des russischen Vorschlages irgendwelche militärischen Maßnahmen für die Meerengen mit einer Macht zu treffen, die nicht zum Schwarzen Meere gehöre, so würde eine solche Aktion selbstverständlich den Interessen der Sicherheit der Schwarzseemächte zuwiderlaufen.

Morrison über Englands Ziele

Manchester, 28. September (Reuter)

„Sind die Ziele, für welche die Vereinten Nationen kämpfen, erreicht oder steuern wir gleich nach unserem Siege einem neuen und noch furchtbareren Kriege entgegen? Wird es eine Welt oder zwei Welten oder einfach ein Chaos geben?“, erklärte der Lordpräsident des britischen Staatsrates Herbert Morrison auf der Jahreskonferenz der Labour-Party von Lanceshire. Morrison betonte, daß die Hauptaufgabe unter den heutigen Umständen sozialer und wirtschaftlicher Natur sei. In dem Streben, einen annehmbaren Lebensstandard für die zivilisierten Völker zu erreichen, werde Großbritannien hinter niemandem zurückstehen. Auf die Stellung Englands eingehend, erklärte Morrison: „Wir brauchen nicht übermäßig besorgt zu sein, wenn man versucht, uns veraltete Plakate mit der Aufschrift 'Imperialismus' oder 'Kapitalismus' umzuhängen. Die ganze Welt wird bald sehen, daß in uns...“

geben habe. Der amerikanische Vorschlag stelle eine direkte Bedrohung des jugoslawischen und tschechischen Volkes dar und bedeute eine Einmischung in die internen Angelegenheiten der am Donauverkehr beteiligten Staaten. Auf Vorschlag der Vereinigten Staaten sollen Vertreter Rußlands, Amerikas und der südost-europäischen Länder im Oktober in Wien zusammentreten, um die Probleme des internationalen Schiffsverkehrs auf der Donau zu erörtern.

Keine russischen Zahlungen an die IRO

New York, 28. September (DPD/Reuter)

Rußland wird für den Haushalt der IRO, der Internationalen Flüchtlings-Organisation, und für den Unterhalt oder die Unterbringung von einer Million Flüchtlingen nichts zahlen, wie der russische Delegierte im Finanzausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO erklärte. Der Ausschuß hatte gegen den Einspruch der USA und Jugoslawiens den

Stalin über Rußlands Haltung zum deutschen Problem

Stalin klagt Churchill als „Kriegstreiber“ an — Neue Bestätigung der polnischen Westgrenze

Generalissimus Stalin gab dem Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Baillie, in einem Interview Antwort auf 31 Fragen.

Die erste dieser Fragen, ob er der Auffassung des Außenministers Byrnes sei, daß sich die Beziehungen zwischen Rußland und den USA in der letzten Zeit verschlechtert hätten, verneinte Stalin und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die gegenwärtigen Friedensverhandlungen zu einem neuen Vertrauensverhältnis zwischen den alliierten Großmächten führen werden.

Die Frage Baillies, welches seiner Meinung nach die schlimmste Bedrohung des Weltfriedens sei, beantwortete Stalin sehr kategorisch: „Die Anstifter eines neuen Krieges, an erster Stelle Churchill und die Leute seiner Auffassung in England und den USA.“ Um einen neuen Krieg zu vermeiden, ist seiner Auffassung nach das Beste, diese „Anstifter eines neuen Krieges bloßzustellen und an die Kandare zu legen“.

Die Frage, ob er in der UNO eine Garantie für die Unverletzlichkeit der kleinen Staaten sehe, beantwortete Stalin achselzuckend mit dem Hinweis, daß es schwer halte, das jetzt schon zu sagen. Im übrigen lehnte Stalin die englisch-amerikanische Auffassung ab, daß das Vetorecht der Großmächte bisher auf den Sitzungen des Weltfriedensrates übermäßig angewandt worden sei.

Sehr interessant war Stalins Antwort auf die Frage, wie weit sich Rußland in Osteuropa militärisch eingerichtet habe. Bekanntlich hat diese Frage in der letzten Woche im englischen Unterhaus eine Rolle gespielt, wobei Churchill behauptet hatte, daß Rußland in Osteuropa eine Wehrmacht von mindestens 200 kriegsstarken Divisionen unterhalte. Stalin beantwortete die Frage Baillies wie folgt: „Im Westen, das heißt in Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen unterhält die Sowjetunion gegenwärtig insgesamt 60 Divisionen, Infanterie- und Panzerdivisionen zusammengerechnet. Die meisten sind nicht auf voller Stärke. Es stehen keine Sowjettruppen in Jugoslawien. In zwei Monaten, wenn der Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjet vom 22. Oktober dieses Jahres über die Demobilisierung des letzten Kontingentes in Kraft tritt, werden 40 Sowjet-Divisionen in den abgegrenzten Gebieten Europas weit über-

Stalin: „Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschlands soll wieder hergestellt werden.“

Halten Sie es in diesem Augenblick für möglich, eine Art Zentralverwaltung zu schaffen, die in die Hände der Deutschen selbst, aber unter alliierter Kontrolle gelegt werden soll, was dem Rat der Außenminister ermöglichen wird, einen Friedensvertrag für Deutschland zu entwerfen?

Stalin: „Ja.“

Sind Sie im Hinblick auf die Wahlen, die in diesem Sommer und Herbst in den verschiedenen Besatzungszonen abgehalten wurden, zuversichtlich, daß sich Deutschland politisch auf einer demokratischen Linie entwickelt, die auf eine Zukunft Deutschlands als friedliche Nation hoffen läßt?

Stalin: „Bis jetzt vertraue ich nicht darauf.“

Sind Sie der Auffassung, daß nach dem Vorschlag mancher Kreise die Höhe der Deutschland gestatteten Industrie über dieses Maß hinaus gesteigert werden sollte, um Deutschland zu erlauben, seinen eigenen Lebensunterhalt in einem größeren Ausmaß zu bezahlen?

Stalin: „Ja, ich bin dieser Auffassung.“

Was sollte über das gegenwärtige Viermächte-Programm hinaus getan werden, um vorzubeugen, daß Deutschland wieder zu einer militärischen Bedrohung für die Welt wird?

Winston Churchill

Winston Churchill veröffentlichte am Dienstagabend eine Erklärung zu dem Interview Stalins, in der er zunächst Stalin seiner Achtung versichert, dem russischen Volke „Sicherheit, Ruhm und Glück“ wünscht und unter Hinweis auf den englisch-russischen Nichteinmischungsvertrag beider Länder auffordert, „in Freundschaft zu leben, einander zu helfen und so den Lebensstandard der breiten Masse in jedem Lande zu heben“. Churchill kommt dann auf die sachlichen Differenzen zwischen Stalin und ihm zu sprechen und stellt dazu fest:

Ich begrüße Ministerpräsident Stalins Erklärung über die Stärke der russischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten, aber selbst 60 Divisionen würden die Stärke der britischen und amerikanischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten Europas weit übersteigen.

Internationale monatliche Übersicht über September 1946, Nr. 2

1. Der Kampf um Deutschland ist der Kampf um Europa.

Über ein Jahr ist seit den Potsdamer Beschlüssen über Deutschland vergangen. Dieses Jahr war angefüllt durch ein beständiges Ringen der Besatzungsmächte um Deutschland, als die entscheidende wirtschaftliche, politische und strategische Stellung für den Kampf um die Beherrschung Europas. Die Potsdamer Beschlüsse selbst sind dabei eine wächserne Nase geworden, die jeder der Beteiligten nach seinem Belieben dreht. Jeder klagt den andern an, daß er die Potsdamer Beschlüsse nicht ausführe, und jede dieser Anklagen trifft zu und trifft auch nicht zu. Wie ist das möglich? Es ist dies möglich, weil die Beschlüsse keinen Ausgleich zwar verschiedener, aber gleichartiger Interessen darstellten, sondern die Übertünchung entgegengesetzter, miteinander unverträglicher Interessen und Ziele: kapitalistischer Interessen und Ziele auf der einen Seite, antikapitalistischer oder sozialistischer auf der anderen Seite. Wo es sich um verschiedene, aber gleichermaßen kapitalistische Interessen und Ziele handelt – die der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs – so hat ein Ausgleich entweder schon stattgefunden (zwischen England und den Vereinigten Staaten) oder er bahnt sich an (zwischen diesen beiden und Frankreich). Wo sich aber kapitalistische und antikapitalistische Interessen und Ziele gegenüberstehen – zwischen diesen dreien und der Sowjetunion – so ist nicht nur kein Ausgleich oder auch nur Annäherung erfolgt, sondern das gerade Gegenteil, die immer weiter fortschreitende Entgegensetzung. Die Westzone und die Ostzone haben sich immer weiter voneinander entfernt, und es ist kein Grund sichtbar, warum sich das ändern sollte.

Und dabei kann sich jeder der beiden Blocks auf die Worte der Potsdamer Beschlüsse berufen, aber entsprechend den entgegengesetzten Interessen und Zielen werden sie von den Beteiligten im entgegengesetzten Sinne gedeutet.

Nehmen wir die Einheitlichkeit der deutschen Wirtschaft, die die Potsdamer Beschlüsse fordern. Von den Westmächten wird sie im Sinne einer einheitlichen kapitalistischen Wirtschaft verstanden, die ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt ist. Die Sowjetunion hat bereits die Struktur der Wirtschaft ihrer Zone weitgehend der Struktur und den Bedürfnissen der Sowjetwirtschaft angepaßt.¹⁾ Die Vereinheitlichung der deutschen Wirtschaft kann auf Grund dieser vollzogenen Tatsachen für sie daher nur die Verein-

heitlichung im Sinne der Sowjetwirtschaft bedeuten. Die wirtschaftliche Vereinheitlichung im Sinne der Westmächte würde die Rückgängigmachung der in der Ostzone vollzogenen Tatsachen bedeuten. Und umgekehrt, die Vereinheitlichung im Sinne der Sowjetwirtschaft würde den grundlegenden wirtschaftlichen Interessen der Westmächte zuwiderlaufen. Die beiden Vereinheitlichungstendenzen lassen sich also nicht unter einen Hut bringen.

Oder nehmen wir die sogenannte Demokratisierung Deutschlands, die die Potsdamer Beschlüsse ebenfalls fordern. Es bedarf wohl keiner weiteren Nachweisungen, daß in der West- und Ostzone darunter Entgegengesetztes verstanden wird. Und es handelt sich in beiden Fällen nicht um bloße Auslegungen, sondern es ist gehandelt worden. In der Ostzone soll eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei (SED) das einheimische Machtzentrum bilden, das der Besatzungsmacht zur Verfügung steht,²⁾ in der Westzone die katholische Partei und die Sozialdemokratie.

Was die politische Einheit Deutschlands anlangt, so huldigen ihr die Vereinigten Staaten und England mit Worten, aber sie machen dabei solche Zugeständnisse an Frankreich (Abtretung des Saargebiets, Deutscher Staatenbund),³⁾ daß von einer wirklichen politischen Einheit, die den deutschen Verhältnissen entsprechen würde, keine Rede sein kann. Molotow erklärte sich zwar für ein politisch zentralisiertes Deutschland – aber gleichzeitig auch dafür, daß die Ziehung der deutschen Ostgrenzen entgegen dem Hinweis von Byrnes in seiner Stuttgarter Rede als definitiv zu betrachten sei.⁴⁾ (Wobei aber die Fassung derartig elastisch ist, daß aus dem „definitiv“ später auch ein „nicht definitiv“ werden kann). Byrnes erklärte noch ausdrücklich, daß die Vereinigten Staaten nicht daran denken, ihre Truppen einseitig und vorzeitig aus Deutschland zurückzuziehen.

Es ist klar, daß es sich auf beiden Seiten um Propaganda handelt, um die Sympathien der deutschen Bevölkerung zu gewinnen.

Entscheiden und handeln muß aber das deutsche Volk, nicht gemäß der Propaganda, sondern gemäß den Tatsachen und seinen eigenen nationalen und internationalen Interessen.

Es ist keine Frage, daß diese Interessen die sozialistische und nicht die kapitalistische Orientierung erfordern. Aber damit allein ist es nicht getan. Die Frage ist weiter: soll es bloßes Objekt einer fremden Wirtschaft sein oder gleichberechtigt mitbestimmendes Glied? Praktisch gesprochen: soll es auf oder unter das Niveau der Sowjetwirtschaft herabgedrückt werden, oder soll die Sowjetwirtschaft mit seiner Hilfe auf das deutsche Niveau (des Vorkrieges) und darüber hinaus gehoben werden?

Ebenso ist klar, daß die nationale Selbstbestimmung die möglichst rasche und die vollständige Räumung des nationalen Gebiets von fremden Truppen und daß die Wiederherstellung der nationalen Integrität die Rückgängigmachung aller Annexionen im Westen wie im Osten erfordert.

Die „Demokratie“ aber ist unter fremder Besatzung immer nur ein Schein, sowohl die „westliche“ als auch die „östliche“. Das deutsche Volk braucht die Demokratie der Werktätigen, aber diese hat die nationale Selbstbestimmung zur unumgänglichen Voraussetzung, und die nationale Selbstbestimmung hat wieder zur Voraussetzung die Räumung des Landes von fremden Truppen.

Wann wird die Stimme der wirklichen Interessen des werktätigen Deutschland zu hören sein? Bis jetzt waren immer nur die demütigen Echos der Stimmen der gegenwärtigen Herren Deutschlands zu vernehmen – allenfalls mit einigen kleinen erlaubten Variationen.

2. Das Interview Stalins und die internationale Lage.

Stalins außenpolitische Erklärungen in den letzten Jahren waren selten, aber in der Regel wirksam. Das „Interview“, das er am 24. 9. dem Moskauer Korrespondenten der Londoner „Sunday Times“, Alexander Werth, gewährte, ist von den anderen Regierungen und ihren Sprechern mit unverhohlener Gleichgültigkeit, ja zum Teil mit barscher Abweisung aufgenommen worden. Dies ist neu und zeigt eine Verfestigung der antisowjetischen Linie dieser Regierungen an.

Das Interview Stalins fand statt nach dem Auftreten des amerikanischen Staatssekretärs Wallace und nachdem er vom amerikanischen Präsidenten zum Rücktritt gezwungen worden war.⁵⁾ Wallace war für weiteres Entgegenkommen an die Sowjetunion und für die Abgrenzung der amerikanischen Außenpolitik von der des britischen Imperialismus eingetreten. Sein erzwungener Rücktritt bedeutet offenbar, daß der allseitige und andauernde außenpolitische Druck auf die Sowjetunion und die enge Verbindung mit dem britischen Imperialismus fortgesetzt werden sollen.

Einer der Zwecke des Stalin'schen Interviews war offenbar, den inneren Druck gegen die antisowjetische außenpolitische Linie in den Vereinigten Staaten und in England zu verstärken und dieser Linie selbst wesentliche Gründe aus der Hand zu schlagen. Der letztere Zweck ist offenbar nicht erreicht worden. Ob im Sinne des ersteren Zwecks etwas erreicht wird, muß sich noch zeigen.

Die wichtigsten Punkte des Stalin'schen Interviews waren folgende: Er, Stalin, glaube nicht an die Gefahr eines neuen Krieges. Davon sprächen nur politische und militärische Abenteurer. Der Zweck solcher Reden sei, die Gegenseite bei Verhandlungen einzuschüchtern, die Herabsetzung der militärischen Ausgaben im eigenen Lande zu verhindern, die Demobilisation zu verzögern, und das Steigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Eine reale Kriegsgefahr existiere heute nicht.

Er glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten und England eine Einkreisung der Sowjetunion zustande brächten, selbst wenn sie dies wollten. Er könne nicht behaupten, daß sie sie wollten.

Er halte die Benützung Deutschlands „als eine Waffe gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten für ausgeschlossen“. Dies nicht nur wegen der bestehenden Bündnisverträge, sondern auch wegen der „Entfernung von den grundlegenden nationalen Interessen der Sowjetunion“. Die Frage Deutschlands sei lediglich die seiner „Entmilitarisierung und Demokratisierung“.

Er halte eine länger dauernde, freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten für möglich, speziell zwischen der Sowjetunion und England.

Der rascheste Rückzug der amerikanischen Truppen aus China sei für den Frieden wesentlich.

Die Atombombe sei nicht kriegsentscheidend. Die Beibehaltung des Monopols der Atombombe sei eine Drohung. Aber es gäbe zwei Mittel dagegen: erstens, daß dies Monopol nicht lange dauern werde, zweitens, daß ihr Gebrauch verboten werde.

Kommunismus in einem Land sei durchaus möglich, „speziell in einem Lande wie der SU“. Die Entwicklung der Sowjetunion zum Kommunismus könnte die Zusammenarbeit mit anderen Staaten noch fördern.

Sieht man diese Punkte im einzelnen durch, so ergeben sich außenpolitisch als ihre Hauptzwecke:

1. Das Argument vom Sowjet-Imperialismus, von der Unmöglichkeit eines längeren, friedlichen Zusammenlebens der SU mit kapitalistischen Ländern, sowie von der Übertragung des Sowjet-Systems auf andere Länder zu entwaffnen.
2. Auf der Gegenseite die Stimmungen gegen die hohen Militärausgaben und die langsame Demobilisierung auszunützen und zu verstärken.
3. Die Druckmittel der Gegenseite zu entwerten: die Atombombe, das Kriegsgerede.
4. Die Blockbildung gegen die Sowjetunion als letzten Endes unwirksam zu erklären.
5. Die Sowjet-Politik in Deutschland als harmlos für die Westmächte hinzustellen und dieser Darstellung eine Begründung zu geben, die den Westmächten einleuchten könne: das angebliche dauernde nationale Interesse Rußlands an einem militärisch schwachen und „demokratischen“ Deutschland.
6. Die Andeutung, daß, wenn die Vereinigten Staaten weiter Tschiang-Kai-chek militärisch unterstützen, kein Friede in China zu erzielen sei.

Das Echo der Gegenseite kann kurz dahin zusammengefaßt werden: Die tatsächliche Außenpolitik der Sowjetunion fährt im bisherigen Geleise weiter. Sie ist natürlich das Werk Stalins. Die Erklärungen Stalins in seinem Interview sind also nur Täuschungsmanöver. Wir lassen uns dadurch nicht betrügen. Ehe wir unseren Kurs ändern, wollen wir zuvor eine wirkliche Änderung des Kurses der sowjetischen Außenpolitik sehen.

Am größten sprach sich Eisenhower⁶⁾ aus: man müsse die Karten auf den Tisch legen und sich nicht gegenseitig betrügen.

Soweit die herrschenden Klassen der Gegenseite in Betracht kommen, hat also das Interview Stalins nicht nur seinen Zweck verfehlt, sondern ihren Kurs eher verschärft. Sie glauben diesen Erklärungen nicht, und sie sehen darin ein Zeichen der Schwäche der Sowjetunion. Sie drücken jetzt umso stärker auf greifbare Zugeständnisse.

Die Hauptrichtungen des Drucks des angelsächsischen Blocks sind gegenwärtig:

Triest: der Kampf um das Statut mit dem Ziel, den Einfluß der slawischen Bevölkerung möglichst auszuschalten.⁷⁾

Griechenland: Einsetzung der Monarchie unter dem Druck der englischen Besatzung, der Beschluß, daß Bulgarien an der griechischen Grenze abrüste, Einschränkungen der jugoslawischen Rüstungen, diplomatische Druckmittel gegen Albanien.

Dardanellen und Mittelmeer überhaupt: Offizielle amerikanische Erklärungen, daß die amerikanische Flotte dauernd im Mittelmeer bleiben werde, zur Unterstützung der amerikanischen Politik. Diplomatische Unterstützung und militärische Stärkung der Türkei.

Donauländer: Englisch-amerikanische Forderung einer internationalen Donau-Konferenz (also nicht nur der Uferstaaten der Donau).⁸⁾

Iran: Englische Truppen werden nach dem Irak an der iranischen Grenze geschickt. Aufstand der Bakhtiaren und anderer Stämme Südirans, um ein Gegengewicht gegen Aserbeidschan zu schaffen.⁹⁾

Die amerikanische Unterstützung Tschiang-Kai-cheks geht weiter.

Propaganda Eisenhowers und der amerikanischen Flotten- und Kriegsssekretäre, daß die Vereinigten Staaten stark gerüstet bleiben müssen. Amerikanische Flottenmanöver in der Arktis.

Ein amerikanisches Memorandum in den Vereinten Nationen proklamiert die Politik der offenen Tür für die ganze Welt.¹⁰⁾

Truman in der Kriegsschule von West Point betont ebenfalls die Notwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten stark gerüstet bleiben und die Rolle der Militärs als „Führer“ auch außerhalb des militärischen Gebiets.

Die Erklärung Trumans, daß die englisch-amerikanische gemeinsame Generalstabsarbeit bis zum formellen Abschluß der Friedensverträge fort-dauern werden.

Anbahnung der wirtschaftlichen Vereinigung der englischen und amerikanischen Besatzungszone in Deutschland.

Reise Montgomerys¹¹⁾ nach den Vereinigten Staaten, Eisenhowers nach Europa.

Der Druck und die Demonstrationen des angelsächsischen Blocks gegen die Außenpolitik der Sowjetunion wachsen also in der ganzen Welt.

Die offizielle Erklärung von der dauernden Zusammenarbeit der amerikanischen und englischen Flotte im Mittelmeer; die Reisen Montgomerys und Eisenhowers sind der klarste Beweis, daß dieser Block bereits als eine feste militärische Einheit funktioniert.

3. Zur inneren Lage der Sowjetunion.

Das Interview Stalins zielt sicherlich auch nach innen, vielleicht ist die Stimmung in den Massen der Sowjetunion sogar das vorwiegende Motiv dabei.

Man kann nicht fortwährend über die Bedrohung des Landes von außen Alarm schlagen und die ganze arbeitende Bevölkerung für neue Aufrüstung einspannen, ohne schließlich in ihr die Befürchtung vor dem nahen Bestehen eines neuen Krieges zu erwecken.

Aber die Sowjetvölker sind nach den furchtbaren Opfern dieses Krieges tief erschöpft. Das Stalin'sche Interview deutet darauf hin, daß in der Masse der Sowjetbevölkerung eine tiefe Beunruhigung über nahe Kriegsgefahr herrschte, die beschwichtigt werden mußte. Und wenn die Beschwichtigung von Stalin in der kategorischen Form geschah, daß er eine Kriegsgefahr überhaupt nicht für vorhanden erklärte, so entspricht das einmal dem Stalin'schen Schwarz-Weiß-Stil, andererseits aber weist es auch auf die große Stärke dieser Beunruhigung hin.

Übrigens zeigte es sich auch in den Vereinigten Staaten als notwendig, auf den Kriegsalarm, der für die militärische Aufrüstung erforderlich ist, dämpfende Erklärungen folgen zu lassen, daß keine unmittelbare Kriegsgefahr bestehe. Ebenso in England.

Im übrigen liegen jetzt eine Reihe von inneren Maßregeln in der SU vor, durch die es jetzt möglich ist, einiges auf einen Nenner zu bringen.

Die charakteristischsten dieser Maßregeln sind folgende:

Eine große Reihe von Maßregeln aller Art, Absetzungen, Versetzungen, Verweise (aber bis jetzt keine Todesurteile) in den Reihen der leitenden Funktionäre der Sowjetindustrie. Die Beschuldigungen gehen vielfach dahin, daß Funktionäre die Produktionsziffern gefälscht hätten, um sich und ihren Freunden persönliche Vorteile zu verschaffen. Ähnliche Maßregelungen unter ähnlichen Beschuldigungen erfolgten auch massenhaft in den Reihen der Funktionäre unter den Kollektivwirtschaften auf dem Lande. Eine Meldung des Moskauer Radios besagte, daß alle Löhne unter einem bestimmten Niveau erhöht werden sollen. Aus dem Schriftstellerverband wurden die Dichterin Akhmatova¹²⁾ und der Schriftsteller Szoschtschenko¹³⁾ ausgeschlossen, unter Polemik gegen die 'reine Poesie' und 'Ansteckung durch den Westen'.

Der gemeinsame Nenner aller dieser Maßregeln ist nicht schwer zu finden. Die Masse der Sowjetbevölkerung ist nach diesem Kriege tief

erschöpft. Sie hatte an der Front und im Hinterland auf eine wesentliche Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage – Herabsetzung der Arbeitsanspannung, Hebung ihrer Lebenshaltung – und zugleich auf eine Entspannung des politischen Drucks gehofft.

In der Armee hatte auch die Beobachtung der höheren Lebenshaltung im Westen und der größeren Freiheit des einzelnen in diesem Sinne gewirkt. Es ist ferner anzunehmen, daß die Leistungen der Masse der Armee im Kriege wie der arbeitenden Bevölkerung im Hinterland ihr Selbstbewußtsein gegenüber der Bürokratie erhöht haben. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Der neue Fünfjahresplan legt wieder das Schwergewicht auf die Schwer- und Rüstungsindustrie.¹⁴⁾ Für die Hebung der Konsumtionsmittel-Industrie bleibt wenig Spielraum. Und infolgedessen ist auch der politische Druck von oben nicht erleichtert worden.

Das Regime sucht nun die wachsende Unzufriedenheit und Spannung in den breiten Massen der industriellen Arbeiter und der Kollektivbauern abzulenken auf bestimmte Personen des leitenden Personals der Industrie und der kollektivierten Landwirtschaft, die persönlicher Verfehlungen beschuldigt und der Volksstimmung geopfert werden. Zugleich gewährt es den schlechtest bezahlten Schichten der Arbeiter gewisse Erleichterungen.

Es handelt sich hier schwerlich um organisierte Opposition und auch kaum um prinzipielle Gegnerschaft gegen das Sowjetregime als solches. Es handelt sich offenbar erst um formlose, aber breite Massenstimmungen – als Folgen der Enttäuschung über die schwere wirtschaftliche und politische innere und äußere Lage nach dem Krieg und zugleich des erhöhten Selbstbewußtseins der Massen infolge ihrer Kriegseinstellungen an der Front und im Hinterland.

Für das Sowjetregime kamen diese Erscheinungen sicherlich nicht als Überraschungen. Es hatte eine Reihe von Maßregeln vorbereitet, um diesen Massendruck sich nicht geschlossen auswirken zu lassen, sondern um ihn zu zerteilen, abzulenken und unschädlich zu machen.

Objektiv sind dem Sowjetregime angesichts der inneren und äußeren Lage des Landes sehr enge Grenzen gezogen, innerhalb deren es manövrieren kann: der rasche Wiederaufbau des Landes ist in der Hauptsache auf die eigenen Kräfte angewiesen¹⁵⁾ und kann daher nur schwer sein. Die Vorbereitungen auf die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Umwelt sind unvermeidlich.

Aber es ist auch kaum zu bezweifeln, daß in der Sowjetunion breite Massen der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande auf eine tiefgehende Änderung der Methoden des Sowjetregimes drängen, daß diese Bewegung nur zeitweilig durch kleinere oder größere Manöver, wie die oben geschilderten, aufgehalten werden kann, und daß sie auf die Länge ihren Druck fortsetzen und verstärken wird.

Die allgemeine Richtung dieses Drucks geht offenbar auf die so gut wie gänzlich verschwundene Sowjetdemokratie: auf die Wiedergewinnung eines gewissen Maßes von Mitbestimmung der breiten Massen in der wirtschaftlichen und politischen Leitung des Landes.

Diese Strömung, die als tief und langanhaltend zu betrachten ist, ist von der größten Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse, insbesondere für die deutsche Arbeiterklasse, deren Bestrebungen auf die Änderung des Besatzungsregimes in der Ostzone und auf die schließliche Räumung Deutschlands durch fremde Besatzungen überhaupt aufs engste verknüpft sind mit diesem Massendruck, der in der Sowjetunion selbst in aller Stille und beharrlich am Werk ist.

4. Die Verkürzung der amerikanischen Nachkriegskonjunktur.

Gegen Ende dieses Krieges gingen die allgemeinen Schätzungen der amerikanischen „Wirtschaftssachverständigen“ dahin, daß die Nachkriegskonjunktur in den Vereinigten Staaten auf Grund der aufgespeicherten und während des Krieges nicht zu befriedigenden Kaufkraft der Bevölkerung des Landes mindestens bis Ende dieses Jahrzehnts, also ca. 5 Jahre dauern werde.

Es ist heute klar, daß diese Frist verkürzt werden muß. Es sind nicht subjektive Mutmaßungen, sondern objektive Gründe, die zu diesem Schluß führen.

Die Schätzung der Dauer der Nachkriegskonjunktur beruhte auf der Annahme eines nach Kriegsende im großen und ganzen gleichbleibenden Preisniveaus. Die Annahme ist aber durch die Tatsachen über den Haufen geworfen. Nach der Aufhebung der meisten staatlichen Preiskontrollen ist das allgemeine Preisniveau in den Vereinigten Staaten unaufhaltsam und rasch im Steigen.¹⁶⁾

Der Umfang der während des Krieges aufgespeicherten Kaufkraft kann sich natürlich nicht vermehren, er könnte höchstens gleichbleiben. Er hat in Wirklichkeit aber abgenommen. Einmal durch die verschiedenen Streikwellen, während derer die Arbeiter und Angestellten einen erheblichen Teil ihrer Reserven auf die unmittelbare Befriedigung ihrer dringendsten Lebensbedürfnisse verwenden mußten.¹⁷⁾ Dann hatten die Börsenkrachs, die sich im September fortsetzten, zur Folge, daß Arbeiter und Angestellte die Aktien, in denen sie vielfach ihre Reserven angelegt hatten, nicht mehr halten konnten, sondern abstoßen mußten. Sie wanderten in die Taschen der großen Spekulanten. Aber dort stellen sie nicht mehr dieselbe Kaufkraft dar. Der große Spekulant kauft nicht etwa ebenso viele Waschmaschinen wie 10 Arbeiter oder Angestellte. Und die Anlage seiner Gewinne in Produktionsmitteln hält einen anderen Rhythmus ein als die in Konsumtionsmitteln.

So muß man also auf Grund objektiver Tatsachen mit einer Verkürzung der amerikanischen Nachkriegskonjunktur im Vergleich mit den bisherigen

Schätzungen rechnen. Es liegt auf der Hand, daß diese Tatsache von der größten außenpolitischen Bedeutung sein wird. Sie wird den Druck der amerikanischen Wirtschaft auf die Erschließung äußerer Märkte verstärken. Und demgemäß wird die Angriffslust des amerikanischen Imperialismus sich verschärfen. Die Ausschaltung von Wallace, des letzten Vertreters des New-Deal-Kabinetts Roosevelts, ist eines der ersten Anzeichen dafür.¹⁸⁾



Arbeitslose, ehemalige US-Soldaten:
«Wir kämpften für den Sieg, nun kämpfen wir für Arbeitsplätze für alle!»

RHEIN-ECHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

Verlag: Rheinische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H.,
Königsplatz 27, 4100 Krefeld
L. O. 1818/1-2, 1. u. 2. Klassen
Krefeld - Einmal wöchentlich und Sonntag

Abonnement: 12 Pfg. wöchentlich, 1,20 M. monatlich
Anzeigenpreise: 20 Pfg. für 10 Zeilen, 1. Klasse
1. u. 2. Klasse, 1. u. 2. Klasse, 1. u. 2. Klasse
1. u. 2. Klasse, 1. u. 2. Klasse, 1. u. 2. Klasse

ERSTER JAHRGANG — N. 24 — VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG N. 16 DER MILITARREGIERUNG — MITTWOCH, 2. OKTOBER 1944

Der Spruch des Nürnberger Tribunals:

Zwölf Angeklagte zum Tode verurteilt

Gefängnisstrafen für Heß, Raeder, Funk, Speer, Schirach und Dönitz — Das Gericht spricht Schacht, Papen und Fritzsche frei

Nürnberg, 1. Okt. (DPD.) Der Internationale Gerichtshof verurteilte die nachfolgenden Angeklagten zum Tode durch Erhängen: Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart und Bormann, letzteren in Abwesenheit. Heß wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, ebenso Funk und Raeder. Schirach erhielt 20 Jahre Gefängnis, ebenso Speer, Neurath 15 Jahre und Dönitz 10 Jahre Gefängnis. — Schacht, von Papen und Fritzsche wurden freigesprochen.

Nürnberg, 1. Okt. (Eig. Ber.) Präsident Lawrence teilte nach Verkündung der Strafen mit, daß der russische Richter des Militärgerichts bei mehreren Urteilen mit der Entscheidung des Gerichts nicht einverstanden ist. Er ist der Meinung, daß Schacht, Papen und Fritzsche nicht für nicht schuldig, sondern für schuldig hätten befunden werden müssen. Das russische Mitglied ist ferner der Meinung, daß Reichsregierung, Generalstab und OKW. zu verbrecherischen Organisationen hätten erklärt werden müssen. Heß hätte zum Tode verurteilt werden müssen. Präsident Lawrence fügte hinzu, daß das Gericht die abweichende Meinung des russischen Mitgliedes in einem Zusatzprotokoll zum Urteil schriftlich niederlegen wird.

Im Nürnberger Gerichtssaal

Nürnberg, 1. Okt. (Eigenbericht.) Die Aufmerksamkeit aller Anwesenden im Nürnberger Gerichtssaal konzentrierte sich während der Verkündung des Schuldpruchs und des Urteils auf den Richterisch und auf die Anklagebank. Göring vernahm den Schuldpruch sitzend, in lässiger Haltung. Er ließ Heß an als wollte er sagen: „Was meinst du dazu?“, Ribbentrop hörte mit starrem Blick und verschränkten Armen den Spruch an. Heß hatte einen großen Berg von Papieren vor sich angehäuft, den er immer wieder hastig durchwühlte. Er schien seine große Nervosität nur mit Mühe verbergen zu können. Keitel blinzelte betroffen um sich und senkte dann immer wieder den Kopf, während Kaltenbrunner mit starrem maskenhaftem Gesicht zum Richterisch sah. Rosenberg schaute vor sich nieder. Frank reagierte auf jeden Satz des Schuldpruchs durch ruckartige Kopfbewegungen, während Streicher eine krampfhaft steife Haltung zeigte und unbeweglich auf seinem Platze saß. Funk machte einen müden, apathischen Eindruck und spielte mit abwesendem Gesichtsausdruck mit dem Leitungsdrath seines Kopfhörers. Vor der Schließung der Sitzung sprach der Anwalt von Fritzsche auf seinen Mandanten zu. Fritzsche lachte. Papen drängte freudig erregt aus der Anklagebank heraus, doch Schacht, der letzte der drei für „nicht schuldig“ Erklärten, bewahrte auch in diesem Augenblick seine betont reservierte Haltung. Die Angeklagten erhoben sich, um ihre Plätze zu verlassen. Nun schien auch Streicher seinen Schock überwunden zu haben und begann wieder Kautabak zu kauen.

Als sich nach der Pause der Gerichtssaal wieder gefüllt hatte, blieben die Plätze der Angeklagten leer. Man hatte die Regelung getroffen, die Angeklagten einzeln, zur Entgegnung ihrer Urteile hereinzuführen und sie dann sofort wieder hinauszubringen. Der Gerichtshof erschien. Alle Anwesenden erhoben sich von den Plätzen. Dann begann die Verkündung des Urteils für die einzelnen Angeklagten. Als erster wurde Göring hereingeführt. Nun spielte sich alles so rasch ab, daß kaum zu erkennen war, wie die Angeklagten reagierten. Nach Göring kam Heß, dann Ribbentrop. Hitlers ehemaliger Außenminister wandte nach der Vernehmung seines Todesurteils, als er den Gerichtssaal zum letzten Male verließ, noch einmal den Kopf. Er hatte einen müden und bitteren Zug um den Mund. Als Rosenberg sein Urteil hörte, riß er ruckartig seinen Kopfhörer herunter und schwankte hinaus. Mit der Verkündung der Strafen hat das Nürnberger Tribunal seine Aufgabe beendet.

[Auszuglicher Nürnberg-Bericht im Innern des Blattes.]

„Times“ zum Urteil

London, 1. Oktober. (DPD.) Die „Times“ sagt in einem Kommentar über die Urteilsverkündung im Nürnberger Prozeß u. a., Deutschland müßte nun gezeigt werden, daß Einzelpersonen für Verletzungen internationalen Rechts zur Verantwortung gezogen werden, obwohl der internationale Recht zunächst nicht die Einzelpersonlichkeiten, sondern Staaten unterworfen sind. Die Grundsätze internationalen Rechts, die

unter gewissen Voraussetzungen die Vertreter eines Staates schützen, könnten aber nicht für Handlungen angewandt werden, die von dem internationalen Recht als verbrecherisch klassifiziert sind. Diese Auslegung, betont die „Times“, sei vielleicht die am weitesten reichende Feststellung, die innerhalb der Urteilsverkündung getroffen wird. Es bedeute nämlich, daß von nun an das Gesetz keine Herrschaft ohne Verantwortung in der Welt anerkennt. Absolute Herrscher, deren Taten in ihrem eigenen Lande nicht verurteilt werden können, mögen damit unter gewissen Umständen vor einen höheren Gerichtshof gebracht werden. Das Entfesseln eines Krieges, führt die „Times“ aus, sei ein Verbrechen. Diese Entscheidung beruhe nicht auf „Erfahrung“, sondern auf dem Text von Abkommen und Verträgen, an denen Deutschland teilgenommen hat und die 1923 durch den Briand-Kellogg-Pakt gekrönt wurden.

Schachts erstes Geschäft

Nürnberg, 1. Okt. (DPD.) Wenige Stunden nach seinem Freispruch im Nürnberger Prozeß schaltete sich Schacht bereits wieder in den Wirtschaftsprozess ein, indem er Autogramme zum Verkauf anbot. Zahlungsmittel: Schokolade. „Meine Kinder haben seit zwei Jahren kein Stückchen Schokolade mehr gesehen“, sagte er zu Vertretern der internationalen Presse, denen sich die freigesprochenen Angeklagten Schacht, Papen und Fritzsche zu einem Interview zur Verfügung stellten.

Der Nationalsozialismus vor Gericht

Das Nürnberger Tribunal begründet die Schuld sprüche — Völkerrrechtswidrige Handlungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

fr Nürnberg, 30. Sept. (Eig. Ber.) Die Augen der Welt sind auf Nürnberg gerichtet, wo ein neues Recht in den Beziehungen der Völker und im Leben der Menschheit gefunden werden soll, ein Recht, dem alle Nationen, auch die Sieger, unterstehen werden. Am Montag wurde noch einmal das Schuldkonto der Angeklagten aufgeschlagen und die Lüge aufgezogen, die bewußt zum Kriege führen sollte. Grauseltaten gegen Angehörige des eigenen Volkes und gegen die gesamte Menschheit schrieben in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Himmel. Die Angeklagten schrieben ihre Anklageschrift zum großen Teil selbst. Aufgefundenen Dokumente über Verfügungen, Befehle, Geheimisulzungen, Reden usw. waren das Beweismaterial. Am ersten Tage wurden den Angeklagten noch einmal in einer Zusammenfassung die Verbrechen vorgehalten, die sie in den Jahren ihrer Terrorherrschaft verübt haben. Das Terrorssystem beim Kampf um die Herrschaft in Deutschland, die über Berge von Leichen ging, die Gräber der Freibelt und die Mißhandlungen in den KZ-Lagern, die Überfälle auf die Tschechoslowakei und Oesterreich, der Mord an Dollfuß, die Rüstung und Planung zum Kriege.

Es wurde ein Sitzungsericht vorgelesen, nach dem Hitler in einer Unterredung mit seinem Stabschef erklärt hatte: Die Deutsche Wehrmacht ist geschaffen worden, um loszuschlagen. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Deutschland sich zuerst gegen Osten oder Westen wenden sollte. Unter dem Druck der Verhältnisse mußte die Entscheidung getroffen werden, zuerst gegen den Osten zu marschieren. Es wurde eine ausführliche Übersicht gegeben über die Ereignisse, die zum Überfall auf Oesterreich geführt hatten. Der französische Richter erinnerte an die verschiedenen Versicherungen Hitlers, Oesterreichs Unabhängigkeit zu achten. Er schilderte die Tätigkeit der Nationalsozialisten in Oesterreich und die Ermordung von Dollfuß. In einer Geheim-sitzung vom 5. November 1937 hatte Hitler schon von der Notwendigkeit gesprochen, Oesterreich und die Tschechoslowakei zu erobern zur Stärkung der militärischen Lage Deutschlands.

Urteilsverlesung beginnt

Die Montag-Sitzung begann um 4 Minuten nach 10 Uhr. Mit der Verlesung der Urteilsbegründung begann die letzte Phase im Nürnberger Prozeß. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß die SA, das Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht nicht als verbrecherisch verurteilt worden sind. Dagegen verkündete das Gericht, daß das Führerkorps der NSDAP, die SS, der SD und die Gestapo verbrecherische Gruppen im Sinne des Statuta seien. Die Mitglieder dieser Organisationen können einzeln unter Anklage gestellt werden. Kurz bevor der Präsident des Gerichtshofes Oberrichter Lawrence und die anderen

Richter die Plätze einnahmen, waren die Blicke auf die kleine Tür gerichtet, durch die die Angeklagten den Sitzungssaal betraten. Als erste schritten die früheren Admirale Dönitz und Raeder in den Sitzungssaal, dann kamen Schirach, Strelcher, Funk und Schacht. Während Göring auch jetzt seine posesenhafte Haltung zeigte, schritt Ribbentrop mit bleichem Gesicht zu seinem Platz. Während die Richter sich in der Verlesung des Textes der Urteilsbegründung abließen, machten mehrere der Angeklagten sich Notizen. Göring hatte den Kopf schwer auf die Hände gestützt. Außer den Richtern gibt es in der ganzen Welt nur 50 Personen: die bereits das gesamte Urteil einschließlich der Strafen kennen. Es sind dies die Protokollführer, Dolmetscher und Stenographen. Sie wurden jedoch nicht nur durch Eid zum Stillschweigen verpflichtet, sondern haben sich seit Donnerstag freiwillig in einem abgeschlossenen Raum aufgehalten, zu dem alle Telefonleitungen durchgeschnitten wurden. Das Urteil und die Urteilsbegründung sind unanfechtbar und endgültig. Die Angeklagten können jedoch Antrag auf Strafmilderung beim Alliierten Kontrollrat in Berlin stellen, der das Urteil zu bestätigen hat. Der Alliierte Kontrollrat hat zwar das Recht, Strafen im Gnadewege zu mildern, kann jedoch keine Strafe verschärfen.

SA relativ unbedeutend

Ueber die SA, die vom Gericht für nichtverbrecherisch erklärt wurde, stellte das Gericht fest, daß sie nach der Substitutionsaktion des Jahres 34 „verhältnismäßig unbedeutend“ geworden sei. Das Gericht sagte in seinem Urteil: „Obwohl in besonderen Fällen einige SA-Einheiten für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurden, kann nicht gesagt werden, daß ihre Mitglieder im allgemeinen an solchen verbrecherischen Handlungen teilnahmen, oder auch nur davon wußten“.

Hinsichtlich des Reichskabinetts stellte das Gericht fest, daß es sich hier nicht um eine wirkliche Gruppe oder Organisation handelte. Außerdem sei die beschuldigte Personengruppe so gering an Zahl, daß in geeigneten Fällen ihre Mitglieder ohne weiteres vor Gericht gestellt werden können, ohne daß es notwendig sei, die Organisation als solche für verbrecherisch zu erklären. Obwohl das Gericht den Generalstab und das OKW für nichtverbrecherische Organisationen erklärte, stellte es ausdrücklich fest, daß es von dem verbrecherischen Charakter einzelner Angehöriger dieser Gruppen einwandfrei überzeugt sei. Das Gericht sagte: „Sie sind im großen Maße verantwortlich gewesen für die Leiden und Tote, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. Sie sind ein Schandfleck für ehrenhafte Wehrhandwerk geworden. Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffslustige Hitlers und seiner Kumpane akademisch und ohne

Folgen geblieben. Der zeitgenössische deutsche Militarismus erlebte mit seinen deutschen Militarismus erlebte mit seinem jüngsten Verbündeten, dem Nationalsozialismus, eine kurze Blütezeit, wie er nie in der Vergangenheit kaum einmal gekannt hat.“

Der geschichtliche Ablauf

Hierauf beschäftigt sich der Gerichtshof mit der Entstehung und den Zielen der Nazi-Partei und der Gründung des Nazi-Regimes in Deutschland. Er beschäftigt sich mit gewissen Punkten des Partei-Programms mit den folgenden Worten: „Das Verlangen nach Vereinigung aller Deutschen in dem Großdeutschland sollte bei den Ereignissen, die der Besitzergreifung Oesterreichs und der Tschechoslowakei vorangingen, die große Rolle spielen, die Beseitigung des Versailler Vertrages sollte sich bei den Versuchen; die Politik der deutschen Regierung zu rechtfertigen, als entscheidend der Bewegung herausstellen, die Forderung nach mehr Land sollte die Rechtfertigung für die Beschaffung von „Lebensraum“ auf Kosten anderer Völker darstellen, die Ausrottung der Juden aus der Gemeinschaft der deutschblütigen Rasse sollte Grauseltaten gegen das jüdische Volk zur Folge haben, und das Verlangen nach einem nationalen Heer sollte zu Aufrüstungsmaßnahmen im größtem Maßstabe und schließlich zum Kriege führen.“

Der Gerichtshof beschäftigt sich dann mit dem Münchener Putsch im November 1923, der Verwendung der SA, der Aufstellung der SS im Jahre 1925 und der Veröffentlichung von „Mein Kampf“. Im selben Jahre den Bemühungen der Partei, politische Unterstützung seitens des deutschen Volkes zu gewinnen.

Das Gericht beschäftigte sich ferner mit den Methoden der Führer der NSDAP und den Angriffen auf den demokratischen Aufbau der Weimarer Republik. Die Verhandlungen, die zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch Präsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 führten, wurden erwähnt, die von den einzelnen Angeklagten wie Göring, Schacht und von Popen gespielten Rollen untersucht.

Der Reichstagsbrand

Nach der Machtergreifung durch Hitler wurde das Reichstagsgebäude in Berlin im Februar 1933 in Brand gesteckt. Hitler und sein Kabinett benutzten diesen Brand als Vorwand zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien der Freiheit. Die Verfolgung anderer politischer Parteien, die Verwendung von Konzentrationslagern, die Gründung der Gestapo als eine geheime Polizei, die Ausschaltung politischer Gegner und die Verminderung der Machtfugnisse der Länder und der örtlichen Behörden im ganzen deutschen Reich bezweckten alle die Zusammenfassung aller politischen Macht in den Händen der Regierung. Die Regierung schützte sich die Aufsicht über die Beamtenschaft, unter-

RHEIN-EGHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

ERSTER JAHRGANG — NR. 4 — VERÖFFENTLICHE DIESER ZEITSCHRIFT NR. 16 DER MILITÄRREGIERUNG — MITTWOCH, 1. OKTOBER 1949

Neue Meerengen-Note der Sowjet-Union

England und Amerika gegen russische Expansion nach den Dardanellen

Ankara, 30. Sept. (Eig. Ber.) In einer neuen Note an die Türkei hat die Sowjetregierung ihre Forderung auf eine gemeinsame Kontrolle der Dardanellen wiederholt. Die Note ist am 24. September überreicht worden. In der neuen Note fordert die Sowjetunion energisch, daß die Freiheit der Handelschifffahrt und die Sicherheit der Meerengen gewährleistet werden müssen. Dies könne nur dann der Fall sein, wenn die Sowjetunion gemeinsam mit der Türkei die Kontrolle ausübe. Diese russische Forderung beeinträchtigt in keiner Weise die türkische Souveränität und stehe in vollem Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen. Die Weigerung der türkischen Regierung, mit der Sowjetunion bei der Verteidigung der Dardanellen zusammenzuarbeiten, setze die Schwarzmeerstaaten außerstande, ihre Sicherheit zu gewährleisten. Sollte die türkische Regierung weiter auf ihrer Weigerung beharren, würde das der Sicherheit der Schwarzmeerstaaten zuwiderlaufen.

Souveränität beeinträchtigt

Die neue russische Note ist von der türkischen Regierung noch nicht beantwortet worden. Politische Kreise in Ankara rechnen jedoch damit, daß auch die jetzt erneut vorgebrachte russische Forderung auf gemeinsame türkisch-russische Kontrolle der Dardanellen

von der türkischen Regierung abgelehnt wird. Auch die Zeitungen wenden sich heute gegen die russische Forderung und erklären, entgegen der russischen Behauptung würde der Vorschlag auf gemeinsame Kontrolle doch eine Beeinträchtigung der türkischen Souveränität bedeuten.

Die türkische Regierung stellt sich der Überreichung der neuen russischen Note in der Dardanellenfrage in einem Gedankenaustausch mit der britischen und amerikanischen Regierung, wie aus politischen Kreisen Washingtons verläutet.

Erörterungen England-USA.

New York, 29. Sept. (DPA-Reuters.) Die USA. und Großbritannien werden umgehend die neuen russischen Dardanellen-Forderungen erörtern und die Türkei in ihrer Haltung unterstützen, wie in den diplomatischen Kreisen Washingtons am Sonntag verläutet. Außenminister Byrnes habe sich bereits mit dem britischen Außenminister Bevin in Paris in Verbindung gesetzt, heißt es weiter in offiziellen amerikanischen Kreisen. Nach zuverlässigen Informationen sind die USA. und Großbritannien eindeutig gegen jede russische Expansion nach den Dardanellen und gegen direkte Verhandlungen zwischen Moskau und Ankara. Spricht in einem Artikel von wachsenden Schwierigkeiten, mit denen Rußland

zu kämpfen habe. Es seien dies nicht so sehr Schwierigkeiten beim Wiederaufbau. Es sei vielmehr eine zu Tage getretene Unzufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen. Die größte Sorge bereite der Parteiführung jedoch die Haltung der neuen Führerschaft, der Beamten und Betriebsleiter, die die Tendenz habe, von dem engen vorgeschriebenen Weg abzuweichen, der ihnen vom Krenl vorgezeichnet worden sei. Dies habe auch Stalina veranlaßt, seine Erklärungen abzugeben.

Rußland will nicht zahlen

va. Washington, 1. Okt. (Eig. Ber.) Im Wirtschaftskrat der Vereinten Nationen wurde die Frage der freien Donauschifffahrt behandelt, mußte aber vertagt werden, bevor es zu einer Einigung zwischen den Delegierten kam. Ein USA.-Regierungssprecher kündigte die Freigabe der in der amerikanischen Zone Deutschlands beschlagnahmten jugoslawischen Donauschiffe an, schied die Donau für den internationalen Schiffsverkehr geöffnet werde. Im Wirtschaftskrat wurde ferner der Satzungsentwurf der internationalen Flüchtlingsorganisation angenommen. Die Sowjetunion kündigte an, daß sie für diese Organisation keine Beiträge bezahlen wird.

Russisch-indische Gespräche

Paris, 29. September. (Eig. Ber.) Indische Politiker hätten am Samstag eine Unterredung mit dem russischen Außenminister Molotow. Die Besprechungen, so wurde von indischer Seite erklärt, hatten ausschließlich sowjetisch-indische Fragen zum Inhalt, vornehmlich die Frage russischer Lebensmittellieferungen nach Indien.

König Georg hielt Einzug

Athen, 29. Sept. (Eig. Ber.) Ein Salut von 101 Schuß hallte über Athen, als am Samstag der griechische König an Land ging und seinen festlichen Einzug in die Hauptstadt hielt. Unter den Hochrufen der Menge fuhr der König im Auto, eskortiert von griechischem Militär und Polizei, zur Kathedrale, wo er von Erzbischof Damaskianos an den Stufen empfangen wurde. Unter dem Gelächter der Glöckerler ging der König in den Dom, wo die Vertreter der Regierung das diplomatische Korps und eine festliche Menge versammelt waren.

Sidky Pascha zurückgekehrt

London, 29. September. (Eig. Ber.) Die ägyptische Regierung ist heute zurückgekehrt. Der Rücktritt steht im Zusammenhang mit dem Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen über die Revision des Vertrages von 1936.

Der Nervenkrieg muß aufhören

Bevin, Eisenhower und Smuts sind optimistisch

London, 30. Sept. (Eig. Ber.) Zu dem Thema „Krieg oder Frieden“, das nach den Äußerungen von Byrnes, Stalina und Churchill zum Hauptgegenstand von vielen Erörterungen in aller Welt geworden ist, nahmen am vergangenen Wochenende auch Außenminister Bevin, General Eisenhower und Generalfeldmarschall Smuts Stellung. Bevin sagte am Freitagabend in einer Rede: Wir haben kürzlich aus Rußland die Erklärung vernommen, wonach sie dort nicht annehme, daß ein neuer Krieg gegenwärtig wahrscheinlich sei. Ich glaube das auch nicht, und ich kenne niemanden, der einen Krieg wünscht. Aber eine Art von Krieg muß aufhören, wenn wir Frieden haben wollen: Das ist der Nervenkrieg, der in manchen unglücklichen Ländern Unruhe hervorgerufen hat.

Eisenhower will arbeitslos werden

In einer Konferenz vor den in Berlin akkreditierten Vertretern der internationalen Presse sagte der ehemalige Oberbefehlshaber der alliierten Streit-

kräfte in Europa, General Eisenhower: Die Welt hat heute wieder einmal pessimistische Tage. Trotzdem weiß ich, daß der Tag bald kommen wird, an dem Soldaten und Generale wie ich überflüssig sind, und ich freue mich darauf, arbeitslos zu werden. Ich bin weit Golt kein Diplomat, aber gerade als alter Soldat bin ich fest davon überzeugt, daß der Frieden bleibt. Einen neuen Krieg könnte die Welt nicht überleben.

Smuts warnt vor Kriegsfolgen

Generalfeldmarschall Smuts hielt Sonntagabend in Paris eine Rundfunkrede, in der daran erinnert, was der Welt bevorstehen würde, wenn die Großmächte keine Verständigung erzielen könnten. Die fliegenden Bomben, die jetzt auch schon im Westen beobachtet werden sollen, bewiesen, daß der Wettbewerb um die neuen Waffen bereits begonnen habe. Er gab jedoch mit Nachdruck seiner Überzeugung Ausdruck, daß für die kommende Generation ein Krieg von internationalem Ausmaß nicht zu erwarten sei.

Internationale monatliche Übersicht über Oktober 1946, Nr. 3

1. Die Linie und die Methoden der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Rußland.

Nach der Rückkehr von der Pariser sogenannten Friedenskonferenz gab der amerikanische republikanische Senator Vandenberg eine öffentliche Erklärung über die amerikanische Außenpolitik gegenüber Rußland ab, die den großen Vorzug hat, daß sie das deutlich sagt, was in den Reden des Staatssekretärs Byrnes und des Präsidenten Truman in geschickter Verhüllung gesagt wird.¹⁾

„Wir wollen Sicherheit“, erklärte Vandenberg, „daß die Sowjets nicht versuchen, eine kommunistische Welt zu schaffen“.

Wenn Byrnes sagte: „... Wir kämpfen überall in der Welt für Freiheit...“, so ist der Sinn dieser scheinbar unbestimmten Redensart ganz derselbe. Denn die „Freiheit“, die hier gemeint ist, ist die Freiheit des Kapitalismus, zu existieren und sich auszudehnen. Scheinbar werden in den Reden Byrnes und Trumans Kommunismus und Kapitalismus auf gleichen Fuß gestellt. In Wirklichkeit wird für den Kapitalismus im allgemeinen und den amerikanischen im besonderen als selbstverständlich das Recht unterstellt, zu existieren und sich unbegrenzt auszudehnen, während dem Kommunismus das Recht, sich auszudehnen, bestritten wird. Er soll sich auf Rußland beschränken. Die Sowjetpropaganda über Rußland hinaus wird nicht nur von amerikanischer, sondern auch von englischer Seite aus (Attlee vor dem englischen Gewerkschaftskongreß in Brighton)²⁾ als ungehörig zurückgewiesen. Das ist der wahre Kern der amerikanisch-englischen Außenpolitik gegenüber Rußland. Von wirklicher Gleichberechtigung ist da keine Rede. Die Rede Trumans bei der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen war eine Variante der Radiorede von Byrnes nach seiner Rückkehr aus Paris.

Für die Methoden der amerikanischen Außenpolitik in der letzten Zeit sind folgende Züge kennzeichnend:

1. Daß immer mehr die Militärs als ihre Wortführer und ausführenden Organe hervortreten: Marshall in China, Clay in Deutschland, Admiral Nimitz, General Eisenhower, der General McArthur in Japan, Spaatz von der Luftflotte,³⁾ die Staatssekretäre für den Krieg, die Marine, die Luftflotte.
2. Daß die amerikanische Außenpolitik immer stärker durch militärische Demonstrationen unterstützt und unterstrichen wird: Manöver der amerika-

nischen Flotte im Mittelmeer, Demonstrationsfahrten der großen amerikanischen Bombenflugzeuge, militärische Übungen und Erkundigungen im amerikanischen Norden, Canada, Alaska, sogar in Grönland, das eine dänische Kolonie ist. Die politische Bedeutung dieser Demonstrationen wurde durch eine Reihe von Erklärungen offizieller Personen unterstrichen.

3. Die stärkere Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Waffen, über die die Vereinigten Staaten verfügen, als Hilfsmittel ihrer Außenpolitik. Dahin gehört z. B. die Unterbrechung der Anleiheverhandlungen mit der Tschechoslowakei und die von Byrnes dazu gegebene Begründung: daß die Vereinigten Staaten nicht geneigt sind, solchen Staaten Kredite zu geben, die sie des „Imperialismus“ beschuldigen oder die sie anklagen, daß sie Europa wirtschaftlich versklaven wollen.⁴⁾ Dahin gehört auch die der Sowjetunion gemachte Aufrechnung über Land-Lease-Leistungen der Vereinigten Staaten, verbunden mit der Forderung an die SU, diese Frage bald zu erledigen.⁵⁾

4. Die Mobilisierung und Ausnützung von Teilen der Arbeiterbewegung gegen Rußland und gegen den Kommunismus und für die amerikanische kapitalistische Außenpolitik.

Dahin gehört das Auftreten des amerikanischen Flottensekretärs Forrestal auf dem Kongreß der American Federation of Labour.⁶⁾ Der Kongreß faßte eine Resolution, die die „feste“ Linie der amerikanischen Außenpolitik gegen Rußland, den Standpunkt Baruchs in der Frage der Atombombe⁷⁾ unterstützt und eine scharfe Kampfansage gegen den Kommunismus überhaupt enthält.

In Deutschland ist es die Sozialdemokratie, die die amerikanische Politik für ihre Zwecke ausnützt. Für die englische Politik, zumal unter einer Labour-Regierung, ist dies nichts Neues oder Auffallendes. Dagegen ist es neu für die amerikanische Außenpolitik: sie hat das in der Schule Europas dazugelernt.

Die Versicherungen in den Reden von Byrnes, Truman usw., in Wiederholung der Erklärung Stalins, daß keine unmittelbare Kriegsgefahr bestehe und daß das viele Reden über die Kriegsgefahr schädlich sei, bedeuten nicht viel, denn für jeden leidlichen Beobachter war längst klar, daß ein neuer Weltkrieg (im Unterschied von lokalen Kriegen) aus technischen wie aus psychologischen Gründen nicht unmittelbar möglich ist. Aber die Aufrüstungen, die Aufrechterhaltung der militärischen Bereitschaft, der Kampf um strategische und politischen Stellungen in der ganzen Welt gehen ungehemmt weiter. Hier liegt die wahre Gefahr, und das Aufwerfen der Frage der unmittelbaren Weltkriegsgefahr ist nur ein Ablenken von dieser wirklichen Kriegsgefahr.

2. Die russische Antwort.

Die russische Antwort darauf ist enthalten in den Erklärungen Stalins an die United Press, vor allem aber in der Rede Molotows bei der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Amerika.⁸⁾

Beide Äußerungen zielen darauf ab, die anti-imperialistischen und Anti-Kriegsstimmungen, vor allem in der arbeitenden Bevölkerung des gegnerischen Lagers, zu mobilisieren. Die Stalin'schen Erklärungen tun dies, indem sie vor allem die friedlichen Absichten Rußlands, seine Bereitschaft zu einer länger dauernden Verständigung betonen und die Absicht bestreiten, das „Sowjet-System“ über seine jetzigen Grenzen hinaus auszudehnen.

Der Abrüstungsvorschlag Molotows gab dieser Linie der Propaganda eine schlagende, volkstümliche Form, die sicher nicht ohne Auswirkung auf breite Massen bleiben wird.

Die amerikanische Seite antwortet mit einer ganzen Reihe von „Bedingungen für die allgemeine Abrüstung“, Bedingungen, die ihre Durchführung unmöglich machen. Für die Sowjetseite wird sich sicherlich die Tatsache auswirken, daß sie die Initiative genommen und positive Vorschläge gemacht hat, während die Gegenseite nur nachfolgen kann und schließlich nur ein wie auch immer verklausuliertes „Nein“ zu sagen haben wird. Es ist für Marxisten wohl überflüssig hinzuzufügen, daß in der gegebenen Weltlage eine allgemeine Abrüstung unmöglich ist und sicher nicht eintreten wird. Vielmehr ist die Abrüstungspropaganda gerade ein taktisches Mittel der Aufrüstung.

3. Nürnberg und sonstige deutsche Fragen.

Der Abschluß des Nürnberger Prozesses⁹⁾ hat bei den Siegern, die hier die Richter waren, offensichtlich sehr unbehagliche Stimmungen erzeugt. Das Urteil selbst offenbarte die Teilung der Sieger in zwei Lager. Die Russen protestierten öffentlich gegen die Freisprechung von Schacht, Papen und Fritsche,¹⁰⁾ sowie gegen die Ablehnung der Kollektivverantwortung der Nazi-Regierung und des deutschen Generalstabs durch das Gericht. Die Ablehnung dieser Kollektivverantwortung wird sich natürlich vor allem bei der Aburteilung der deutschen Industriellen, höheren Beamten und Offiziere usw. durch die Gerichte der Sieger auswirken.

In der Freisprechung von Schacht und Papen zeigt sich die Macht und die Einstellung der internationalen Finanz und der katholischen Kirche. Gegen die Verurteilung von Keitel und Jodl¹¹⁾ haben nach Nachrichten der amerikanischen Presse Eisenhower und Montgomery bei ihren Regierungen protestiert. Aber sie waren nicht stark genug, diesen Protest durchzusetzen, während die internationale Finanz und die katholische Kirche allerdings die nötige Kraft und Entschlossenheit aufwiesen.

Das Unbehagen bei den kapitalistischen Siegern wird vor allem hervorgerufen durch den Präzedenzfall, den das Nürnberger Urteil für das internationale Recht geschaffen hat. Sie denken offenbar alle an den nächsten Krieg – sonst gibt es ja keinen Präzedenzfall. Das Nürnberger Urteil erklärt den Angriffskrieg und seine Vorbereitung für Verbrechen und also strafbar. Wer wird im Falle eines neuen Krieges bestimmen, wer den Angriffs-

krieg geführt und vorbereitet hat? Natürlich der oder die Sieger. Der Unterlegene wird immer der Angreifer gewesen sein. Im nächsten Kriege werden daher die führenden Militärs und Staatsmänner auf beiden Seiten ein persönliches Risiko tragen, wie es bisher niemals der Fall war, es sei denn im Altertum. Daher die Beklemmungen, sie werden sicherlich den Krieg nicht verhindern, sie werden ihn nur noch erbitterter machen, als er sonst wäre.

Dazu kommt noch ein anderes Moment. Das Nürnberger Gerichtsverfahren und Urteil ist ein Kompromiß. Ein Kompromiß zwischen was? Zwischen bolschewistischen Methoden einerseits, also Methoden revolutionärer Justiz, und bürgerlichen Justizmethoden andererseits. Dem Verfahren und dem Urteil haftet daher etwas vom „revolutionären Ludergeruch“ an.¹²⁾ Dies ist die andere Quelle des Unbehagens bei den kapitalistischen Teilnehmern.

Warum haben sie trotzdem mitgemacht? Erstens, weil sie ihren imperialistischen Verteidigungskrieg als „Freiheitskrieg“ aufgemacht hatten, und zweitens, weil das Urteil nicht nur den Angriffskrieg im allgemeinen, sondern auch im besonderen den Angriff auf den Bestand des angelsächsischen Kapitalismus und Imperialismus für ein todeswürdiges Verbrechen erklärt. Dafür lohnte es sich, den revolutionären Ludergeruch mit in Kauf zu nehmen.

Schließlich ist auch noch das deutsche Volk an diesem Prozeß beteiligt.

Wir sagten schon vor Beginn dieses Prozesses, daß fremde Eroberer wohl einzelne Nazis vernichten können, aber nicht den Nazismus. Dies könne nur die revolutionäre Justiz des deutschen Volkes selbst, allenfalls eine revolutionäre internationale Justiz.¹³⁾ Die Dynamitanschläge in Esslingen, Backnang, Stuttgart bestätigen dieses Urteil.¹⁴⁾

Die Kommunalwahlen in Berlin haben der Kommunistischen Partei, selbst in der russischen Zone Berlins, eine schwere Niederlage gebracht.¹⁵⁾ Über die Ursache dieser Niederlage kann kein Zweifel bestehen. Das Wahlergebnis ist die Antwort Berlins auf die Taten der Roten Armee nach der Einnahme der Stadt und auf die Rolle der Kommunistischen Partei (SED) gegenüber den Besatzungsbehörden und vor allem den russischen: das Versäumnis der selbständigen und offenen Vertretung der elementaren Interessen der Bevölkerung gegenüber diesen Behörden.

Die Form dieser Antwort war bei alledem falsch, denn die Sozialdemokratie ihrerseits ist nur ein willfähiges Werkzeug in den Händen der amerikanisch-englischen Besatzungsbehörden und d. h. des amerikanischen und englischen Kapitalismus und Imperialismus. Die richtige Form der Antwort zeigt das Vorgehen der Zeiss-Arbeiter in Jena.¹⁶⁾ Die Kraft der deutschen Arbeiter zum Widerstand gegen Übergriffe der Besatzungsbehörden beruht in erster Linie auf ihrer Rolle als unentbehrliche oder unersetzbare Produzenten. In Wahrheit sind sie heute in Deutschland die einzige Klasse, die in ihrer Rolle als Klasse ein Mittel des Widerstandes besitzt.

Aber die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg, Thüringen, Sachsen¹⁷⁾ Es sind Siege über Gegner, die unter dem entsprechenden Druck auf den Kampf verzichteten. Die Tatsache, daß in Leipzig eine bürgerliche Mehrheit zustande kam, sagt genügend. Die Sozialdemokraten hatten die Aufforderung herausgegeben, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen.

Unmittelbar im Anschluß an die Wahlen wurde von der Sozialdemokratie und den amerikanischen und englischen Besatzungsbehörden die Frage des mehr oder weniger zwangsweisen Abtransports von deutschen Spezialarbeitern und Technikern nach der Sowjetunion aufgeworfen. In Jena kam es zu einer Demonstration von Zeissarbeitern gegen den Abbruch und die Verpflanzung des Betriebes und Personals nach der Sowjetunion. In letzter Stunde wurde der Abbruch verhindert durch einen Appell der Arbeiter an Stalin und die alliierte Kontrollkommission.

Englische offiziöse Quellen weisen daraufhin, daß offenbar Sowjetrußland, noch vor Beginn der Verhandlungen über Deutschland in den Vereinigten Staaten, ausräubern wolle, was es könne, da es erwarte, daß seine Ansprüche an deutsche Betriebe auf Reparationskonto¹⁸⁾ stark herabgesetzt werden würden.

Das ist eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung. Niemand zweifelt daran, daß die Westmächte keine „menschliche“ Rücksicht auf die deutschen Arbeiter leitet, sondern lediglich das Bestreben, den Wiederaufbau und damit die Stärkung der Sowjetunion nach Möglichkeit zu hemmen.

Es ist die primitive Methode der Gewalt gegen die deutschen Arbeiter, die vom Standpunkt der deutschen Arbeiter wie von dem der wirklichen Interessen der Sowjetunion zu verurteilen ist. So macht man keine „moralischen Eroberungen“. Die materiellen Gewinne aber, die man durch solche Methoden allenfalls erzielt, werden weit aufgewogen durch die moralischen Verluste bei den deutschen Arbeitern und Werktätigen überhaupt, die sie zur Folge haben.

Bei den arbeitenden Klassen Deutschlands wäre ohne Mühe Verständnis zu erzielen über ein freiwilliges und gleichberechtigtes Zusammenwirken für den gemeinsamen Wiederaufbau Deutschlands und Rußlands. Und nur ein solches Zusammenwirken wäre für beide Länder, wie für die Sache des internationalen Sozialismus, fruchtbar.

Die bloßen Gewaltmethoden schädigen beide Interessen. Sie sind allerdings „einfacher“.

4. Eine neue Lage in China.

Kalgan ist von den Truppen Tschiang-Kai-cheks genommen worden, nachdem es von den Truppen der chinesischen Kommunisten und einem Teil der Zivilbevölkerung geräumt worden war.¹⁹⁾ Es ist heute klar, daß angesichts

der ungeheueren Überlegenheit der Truppen Tschiang-Kai-cheks und der ihnen von amerikanischer Seite geleisteten Hilfe die Aussichten für die rein militärische Aktion auf der kommunistischen Seite ziemlich ungünstig geworden sind.²⁰⁾ Partisanenkämpfe können natürlich immer geführt werden. Aber ohne den Rückhalt einer genügend starken regulären Armee können sie nicht den Sieg bringen.

Die chinesischen Kommunisten sind dadurch genötigt, den Schwerpunkt ihres Kampfes gegen die feudalistische Reaktion unter Führung Tschiang-Kai-cheks auf das politische Gebiet zu verlegen, und zwar in ganz China.²¹⁾

Damit beginnt ein neuer Abschnitt des Klassenkampfes in China und auch des internationalen Kampfes um China.

5. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Auf dem Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften in Brighton wurde die Außenpolitik Bevin mit 3.6 gegen 2.4 Millionen Stimmen gebilligt.²²⁾ Für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien stimmten 4.5 gegen 1.4 Millionen Stimmen. Man versteht unter diesen Umständen, daß in England das geflügelte Wort umgeht: Bevin wird nicht das Britische Reich spalten, dafür aber die Labour-Party.

*

In Italien, besonders in Süditalien, treten die Faschisten immer kühner auf. Sie demonstrieren mit faschistischen Fahnen, werfen Bomben usw. Es ist dies die natürliche Folge der Unterstützung der monarchistischen Elemente durch die anglo-amerikanischen Besatzungstruppen und der Ohnmacht der republikanischen Koalitionsregierung.²³⁾

*

In Portugal hatte das Offizierskorps der Armee sich gegen Salazar erklärt. Aber auf Anraten des Präsidenten der Republik stellten sie ihr Pronunziamento zurück. Der „Putsch“, der nach offiziellen Meldungen unterdrückt wurde, war nur ein kleiner lokaler Zwischenfall, dadurch veranlaßt, daß die Nachricht von der Zurückstellung der Erhebung in einer kleinen Provinzgarnison nicht rechtzeitig eintraf.²⁴⁾

*

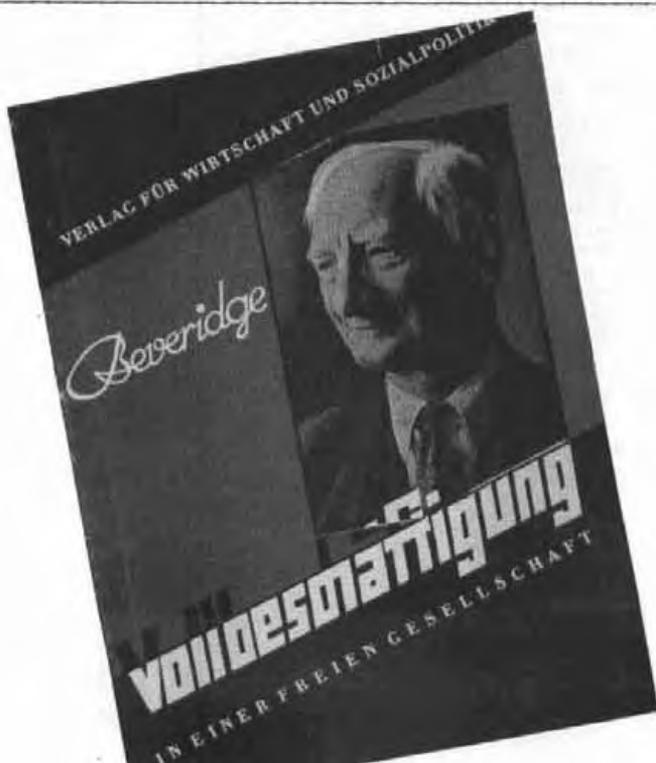
In der Sowjetunion sind die Brotrationen für mehrere Kategorien (darunter nicht die industriellen Arbeiter) herabgesetzt worden. Als Gründe werden angegeben die Trockenheit in der Ukraine und Überschwemmungen in den Getreidegebieten Sibiriens.

Lieber Freund Boserup...

Habana-Vedado, 29. Nov. 1946

Das Thema Ihrer geplanten Arbeit interessiert mich sehr. Ich habe hier die Arbeit von Cole über das Thema und erinnere mich auch an einen längeren Artikel darüber, den noch während des Krieges Pollock (vom ehemaligen Frankfurter "Institut für Sozialforschung") in einer Zeitschrift in den VST veröffentlichte. Eine gründliche theoretische Auseinandersetzung mit Keynes wäre sehr wünschenswert. Daß "Vollbeschäftigung" überhaupt unter kapitalistischen Verhältnissen zeitweilig möglich ist, hat ja der Krieg bewiesen (im übrigen schließt jeder Konjunkturzyklus einen Abschnitt der "Vollbeschäftigung" ein). Die Frage ist: 1) Ist dauernde Vollbeschäftigung unter kapitalistischen Verhältnissen möglich? 2) Wenn ja, welches sind dafür notwendige und zureichende Bedingungen? 3) Was bedeuten die Bedingungen a) für die Arbeiterklasse, b) für die Gesellschaft im ganzen? Haben eigentlich die Russen das Thema behandelt? Haben Sie in Kopenhagen die Möglichkeit, die evtl. einschlägigen russischen Arbeiten sich zu verschaffen? Falls Sie Schwierigkeiten mit dem Russischen hätten, so würde ich Ihnen gern damit aushelfen...

Mit den besten Grüßen und dem besten Dank für Ihre freundschaftliche Hilfe Ihr A.Th.





Revolte in der Arbeiterpartei gegen Bevins Außenpolitik

Ein kleiner Teil der Arbeiterpartei findet Bevins Außenpolitik zu amerika-hörig und rußland-feindlich

London, 18. November.

Die „Rebellen“ der Labour-Partei, die sich gegen die Außenpolitik der britischen Regierung erklärt hatten, erhielten in der Unterhausdebatte am Montag Gelegenheit, ihre Sache zu begründen und zu vertreten. Die Kritik der nahezu 60 Abgeordneten fand ihren Niederschlag in einem Zusatzantrag zu dem Unterhausbeschluss, der die Eröffnungsrede des Königs willkommen hieß. Der Zusatzantrag wurde von dem Journalisten Crossman eingebracht. Die Abgeordneten bringen in ihrem Zusatzantrag die Hoffnung zum Ausdruck, „daß Seiner Majestät Regierung ihre außenpolitische Linie in solcher Weise überprüfe und umforme werde, daß der sonst unvermeidliche Konflikt zwischen amerikanischem Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus vermieden werden kann, der das Ende aller Weltordnung bedeuten müßte.“

Bei der Begründung des Zusatzantrages erklärte Crossman, daß die Innenpolitik der Regierung sich nicht mit ihrer Außenpolitik decke. Bei den allgemeinen Wahlen hätten die Kandidaten der Arbeiterpartei sich darauf berufen, daß eine konservative Regierung eine enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten anstreben würde. Damit aber würde die Welt sich in zwei ideologische Blöcke aufspalten und die Zivilisation in Gefahr geraten. Die Arbeiterpartei habe den Anspruch erhoben, nur eine Labour-Regierung könne diesen Kurs vermeiden und zwischen Rußland und Amerika vermitteln. Und diese allein würde eine beiderseitige Freundschaft pflegen. Diesen Standpunkt habe die Regierung verlassen, was schon durch die lebhafteste Unterstützung bewiesen werde, die die Konservativen der Außenpolitik der Regierung gegeben hatten.

Crossman stellte dann drei Fragen an die Regierung:

1. Ist die Regierung bereit, von den Vorschlägen einer anglo-amerikanischen Allianz abzurücken, die in der Fultonrede Churchills enthalten sind?
2. Hat die Regierung zur Vereinheitlichung der Waffentyps und Ausrüstung zwischen Amerika und Großbritannien ihre Zustimmung erteilt, und wird ein Teil der britischen Ausrüstung von Amerika geliefert werden?
3. Sind zur Zeit Generalstabsbesprechungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten im Gange?

Eine Antwort auf diese Fragen, so meinte Crossman, würde klarstellen, wieweit ein etwaiges Bündnis zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten gedeihen soll.

Crossman ging dann auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten ein, die — wie er sagte — nach Roosevelts Tod eine tiefgreifende Änderung erfahren hätten. Henry Wallace habe klar und deutlich vor den militaristischen Tendenzen gewarnt, die in gewissen der Regierung nahestehenden Kreisen heimisch seien.

Nach einem Hinweis auf die Atombombenversuche, die amerikanischen Flottenübungen im Mittelmeer und das amerikanische Verhalten in der jugoslawischen Krise, sagte Crossman, Großbritannien sehe sich äußerst gefährlichen amerikanischen Tendenzen gegenüber, die unwirksam zu machen nicht in seiner Macht stehe.

Crossman sprach dann von der seitens der Sowjetunion gegen das britische Weltreich gestarteten diplomatischen Offensive, der zufolge man amerikanische Unterstützung gesucht habe. Dies sei ein tragischer Fehler gewesen. Stattdessen Frieden zu haben, stehe man jetzt Gewehr bei Fuß, und die Spannung zwischen zwei verschiedenen Welten erinnere stark an die Lage der dreißiger Jahre.

Der Abgeordnete Reeves unterstützte den von Crossman eingebrachten Zusatzantrag und bat den Premierminister um eine Erklärung, daß Großbritannien unter keinen Umständen in einen Krieg gegen Rußland eintraten werde.

Die Antwort Attlees

Premierminister Attlee antwortete für die Regierung.

Attlee leitete seine Entgegnung mit den Worten ein: „Ich glaube, dieser Antrag beruht auf einem Denkfehler, ist fehl an der Zeit und fehl am Platz.“

In dem Antrag komme zum Ausdruck, die Außenpolitik der Regierung neige zu stark nach Amerika und zu wenig nach Sowjetrußland. Etwas sei unzutreffend. Die britische Regierung glaube nicht an Gruppen dieser oder jener Art, sondern bekenne sich zu den Vereinten Nationen. Der Premierminister erinnere an die große Notlage in weiten Teilen der Welt und lege dem Unterhause die Frage vor, wer hier Abhilfe schaffen könne. Aus der Antwort ergebe sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. „Ist es in Anbetracht der Tatsache, daß Großbritannien und Amerika gemeinsam europäische Gebiete besetzt halten, etwas so Besonderes, daß eine Zusammenarbeit der Generalstäbe stattfindet?“, fragte Attlee. „Außerdem müsse es klar sein, daß“

Internationale monatliche Übersicht über November 1946, Nr. 4

1. Die „Rebellion“ im englischen Unterhaus.

Bei der Debatte über die Thronrede im englischen Unterhaus brach in der parlamentarischen Fraktion der Labour-Party offene Rebellion aus.¹⁾ Während die Konservativen die Außenpolitik der Regierung unterstützten, brachten 57 Abgeordnete der Labour-Party einen Abänderungsantrag zu den Stellen der Thronrede über die Außenpolitik ein. Bei der Abstimmung, die der Debatte über diesen Abänderungsantrag folgte, enthielten sich schätzungsweise 60 - 100 Labour-Abgeordnete der Stimme.

Die Hauptbedeutung dieser Rebellion besteht darin, daß sie ein Symptom für die Stimmung unter den englischen Arbeitern ist. Vorhergegangen war die Abstimmung über die Außenpolitik auf dem Gewerkschaftskongreß in Bournemouth,²⁾ wo zwar noch eine Stimmenmehrheit für die Außenpolitik der Regierung zustande kam, aber die Minderheit, die gegen sie stimmte, immerhin 40 Prozent der Stimmen aufbrachte. Daraus kann man mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß unter den Mitgliedern der Labour-Party und der Gewerkschaften bereits eine Mehrheit gegen die Außenpolitik der Regierung ist.

Es wäre nun ein Irrtum anzunehmen, daß die parlamentarische Labour-Opposition in ihrer Gesamtheit oder in ihrer Mehrheit grundsätzlich gegen die Außenpolitik der Regierung ist. Das geht klar hervor aus den Debatten, die der Abstimmung im Unterhaus und in der Labour-Presse vorausgegangen [sind], ebenso wie aus dem Abänderungsantrag selbst. Eine grundsätzliche Opposition gegen die Außenpolitik der Regierung vom sozialistischen Standpunkt aus müßte ja zu allererst darauf hinweisen, daß eine wirkliche sozialistische Außenpolitik nicht möglich ist auf der kapitalistischen Wirtschaftsgrundlage, an der die Regierung noch festhält, daß also der Schlüssel zur Änderung der Außenpolitik in der inneren Politik liegt. Davon aber war keine Rede. Und so kann die Wirkung des Auftretens der parlamentarischen Labour-Opposition nur die sein, zu versuchen, der Außenpolitik der Regierung die schärfsten Spitzen abzuberechen, die das instinktive Klassenbewußtsein der englischen Arbeiter verletzen, um die imperialistische Politik ihnen durch Einkleidung in sozialistische Redensarten annehmbarer zu machen.

Das wird auf die Dauer schwerlich gelingen. Die Außenpolitik der Labour-Regierung ist eine notwendige Folge der im Lande festgehaltenen kapi-

talistischen Wirtschaftsgrundlage. Daher kann ihr Gegensatz zu den Klasseninteressen und dem Klassenbewußtsein der englischen Arbeiter sich nur verschärfen. Die angekündigte Absicht der Regierung, die allgemeine Wehrpflicht auch im Frieden festzuhalten, die Verlangsamung der Demobilmachung als Folge der Außenpolitik der Regierung, die wirtschaftliche Verschmelzung der amerikanischen und englischen Besatzungszonen in Deutschland unter kapitalistischem Vorzeichen³⁾ sind Zeichen dieser Verschärfung.

Die unmittelbaren Gegenstände der Gegnerschaft der englischen Arbeiter gegen die Außenpolitik der Regierung sind klar genug. Der eine Gegenstand dieses Widerstandes drückt sich aus in der Frage, die immer wieder in den Debatten über die Außenpolitik auftaucht: „*Muß unsere Politik überall in der Welt die reaktionären Kräfte unterstützen?*“ Das andere Ziel dieses Widerstandes ist die Verschärfung des Verhältnisses zu Sowjet-Rußland mit der Perspektive eines neuen Weltkrieges.

Beides sind Dinge, die die englischen Arbeiter nicht wollen. Aber sie sind sich noch keineswegs klar darüber, was sie positiv an die Stelle dieser Außenpolitik gesetzt haben wollen, wie eine „sozialistische Außenpolitik“ wirklich aussehen soll. Dieser Mangel ermöglicht sowohl der Regierung, die Außenpolitik zu führen, die sie führt, wie er der parlamentarischen Labour-Opposition ihre Halbschlichtigkeit ermöglicht. Und die Kräfte, die den englischen Arbeitern einen sicheren theoretischen und praktischen Wegweiser geben könnten, sind nicht sichtbar. So werden denn die englischen Arbeiter sich wohl oder übel an der Hand weiterer Erfahrungen schrittweise weiter vorwärts tasten müssen. Wie dem auch sei, so ist das Auftreten einer parlamentarischen Opposition mit all ihren Schwächen eine wichtige Etappe nicht nur in der Politik Englands, sondern auch in der Weltpolitik der Nachkriegszeit. Es hat sich ein organisatorischer Kern gebildet, an den sich weiteres ansetzen kann.

2. Wird sich der Sieg der Republikaner in den Vereinigten Staaten außenpolitisch auswirken?

Die republikanische Partei in den Vereinigten Staaten verfügt nach den letzten Wahlen über eine feste Mehrheit im Repräsentantenhaus, im Senat, also im Kongreß, und unter den Gouverneuren der Einzelstaaten.⁴⁾ Sowohl die Regierung Roosevelts wie die Trumans legten Wert darauf, ihre Außenpolitik „überparteilich“ zu führen, d. h. als gemeinsame demokratisch-republikanische Politik. Daher wird jetzt offiziell und offiziös in den Vereinigten Staaten behauptet, daß der Sieg der Republikaner an dieser Politik nichts ändern werde. Es läßt sich aber absehen, daß, wenn auch die Grundlinie dieser Politik nicht verändert werden wird, so doch ihre Durchführung, ihr Tempo und ihre Methoden sich verschärfen müssen. Und dies durch die innerpolitischen und wirtschaftlichen Folgen des republikanischen Sieges.

Die Hauptlinie der republikanischen Politik war und ist die rascheste und vollständige Beseitigung aller staatlichen Wirtschaftskontrollen und Eingriffe, die noch aus dem Krieg übrig geblieben waren. Die Preiskontrolle ist kurz nach dem Sieg der Republikaner bereits von Truman bis auf wenige Reste beseitigt worden. Das allgemeine Preisniveau steigt. Damit wird der innere Markt verengt. Die Nachkriegskonjunktur wird damit abgekürzt. Die Mehrheit der amerikanischen Ökonomen sieht einen wirtschaftlichen „Rückgang“, mit anderen Worten, eine Wirtschaftskrise, bereits für das kommende Jahr (1947) voraus. Damit muß aber der Drang nach Erweiterung der Außenmärkte und damit auch die Angriffslust der amerikanischen Außenpolitik wachsen.

Die leitenden Kreise des amerikanischen Kapitals fürchten einen solchen „Rückgang“ nicht nur nicht, sie versuchen auch nicht, ihn zu hemmen, sie fördern ihn eher. Eines der Ziele, das damit verfolgt wird, ist, die Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, „an ihren richtigen Platz“ zu stellen, d. h. ihnen einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Das kann nicht ohne scharfe innere Konflikte abgehen. Und mit der verschärften Einstellung gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Lande wird naturgemäß ein verschärfter Kurs gegen die „rote Gefahr“ von außen Hand in Hand gehen.

Die Wahlen waren vor allem eine Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Nur sehr wenige der von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten sind durchgekommen. Was die Masse der Wähler anlangt, und das sind in den Vereinigten Staaten Arbeiter und Angestellte, so war ihre Abstimmung für die Republikaner weniger ein Vertrauensvotum für sie, als ein Mißtrauensvotum gegen die völlig abgewirtschaftete demokratische Partei und Regierung. Aber das ändert nichts daran, daß nun die Republikaner die Zügel führen und daß damit der Angriff des Großkapitals auf die Arbeiterklasse verschärft wird. Der Ausweg aus diesem Dilemma, die Schaffung einer „dritten Partei“, einer Arbeiterpartei auch nur im Sinne einer selbständigen parlamentarischen Vertretung der Gewerkschaften, scheint den amerikanischen Arbeitern noch immer ziemlich ferne zu liegen. (Aber es könnte sehr wohl sein, daß die Handlungen ihrer Klassengegner sie rascher und gründlicher belehren, als irgendwelche theoretischen Lehren oder die Beispiele von Arbeiterklassen anderer Länder dies tun können.)

Sicher wünschen die amerikanischen Arbeiter nichts weniger als eine angriffslustige Außenpolitik und einen neuen Krieg. Sie sind wohl eine große Zahl, aber heute noch keine Kraft, die politisch ins Gewicht fällt. Und die amerikanischen sogenannten Liberalen sind es ebensowenig. Sie sind heute zerfahrener und verworrener denn je. Ein nicht unerheblicher Teil dieser sogenannten Liberalen setzt sich heute im Zeichen der „einen Welt“, der „Weltregierung zur Sicherung des Friedens“, der „Verteidigung der Menschenrechte“, der „Abwehr des Totalitarismus“ und wie sonst diese Schlagworte alle

lauten, für den amerikanischen Vollblut-Imperialismus ein. So soll man sich also keine Illusionen darüber machen, daß das amerikanische Großkapital in seiner Weltpolitik auf ernsthafte Widerstände im Inneren stößt. Es kann nach dem republikanischen Sieg freier schalten als zuvor.

3. Die Kammerwahlen in Frankreich.⁵⁾

Das Hauptmerkmal der Wahlen zur Kammer der Abgeordneten in Frankreich, das allen Beobachtern in die Augen gefallen ist, ist die Fortsetzung der Polarisierung. Sie ist ihrerseits ein Ausdruck der fortschreitenden Zuspitzung der Klassengegensätze. Die Extremen auf der rechten und linken Seite haben sich verstärkt auf Kosten der Mitte. Wir sagten „Fortsetzung“, denn der Prozeß hat bereits vor diesen Wahlen eingesetzt. Die Polarisierung ist keineswegs gleichmäßig. Sie geht auf der Rechten schneller vor sich als auf der Linken. Die KPF hat im Vergleich zu den Wahlen vom 2. Juni d. Js. 273.000 Stimmen gewonnen, die Rechte über 513.000 – also fast das Doppelte in absoluten Zahlen, und beinahe das Vierfache prozentual. (Prozentuale Zunahme der KPF 5,3%, der Rechten 20%). Dazu kommt noch folgendes: die Zahl der Wähler, die sich enttäuscht der Stimme enthielten, stieg um eine Million.

Wir finden keine Angaben, die nachher bestimmen lassen, wie sich diese Enttäuschten auf die verschiedenen Parteien verteilen. Darunter sind sicher eine Anzahl von SFIO-Wählern, die von der Politik ihrer Partei enttäuscht waren, aber noch kein Vertrauen zur Kommunistischen Partei haben; ein anderer Teil mag, von den Mittelparteien enttäuscht, auf dem Wege nach rechts sein, aber noch kein Vertrauen zu den Rechtsparteien haben. Ein weiterer Teil schließlich mag das parlamentarische und parteipolitische Getriebe überhaupt satt haben und mit der Wahlenthaltung ihre Bereitschaft ausdrücken, irgendeine Diktatur über sich ergehen zu lassen, die ihnen die eigene politische Tätigkeit abnimmt und von oben die „Ordnung“ schafft, die sie wünschen. Dies ist der gefährlichste Zug bei diesen massiven Wahlenthaltungen.

Der Hauptverlierer bei diesen Wahlen ist die SFIO, die sozialistische Partei. Sie verlor dreiviertel Millionen Stimmen, oder 18,5%. Der zweite Verlierer sind die christlichen Demokraten (MPR), sie verloren 555.000 Stimmen oder 10%, also absolut und relativ weniger als die SFIO.

Die beiden Arbeiterparteien zusammen erhielten am 2. Juni 9,4 Millionen Stimmen, am 10. November aber nur noch 8,9 Millionen Stimmen. Der Rückgang war größer in den Industrie- als in den Landbezirken. Beide Parteien zusammen haben keine Mehrheit mehr in der Kammer der Abgeordneten.

Die Gesamttendenz dieser Wahlen kann man also noch nachher bestimmen als vorwiegende und raschere Polarisierung nach rechts. Was bedeutet dies politisch und klassenmäßig? Die Rechte steht im Zeichen des Anti-Kommunismus, der Verteidigung des bürgerlichen Eigentums und einer Rechtsdiktatur. Von der großen und mittleren Bourgeoisie und den Groß-

bauern kann man annehmen, daß sie sowieso auf dem rechten Flügel stehen. Die eingetretene Verschiebung nach rechts fällt offenbar auf die mittelbäuerliche Schicht auf dem Land und die kleinbürgerliche Schicht in den Städten. Diese Schicht ist es offenbar, die jetzt eine Schwenkung nach rechts unternommen hat, einer Rechts-Diktatur zu. Es ist dies aber gerade die Schicht, deren Neutralisierung eine der unumgänglichen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution ist.

Leider kann man nicht sagen, daß auf dem linken Extrem die Verhältnisse so klar und eindeutig sind wie auf dem rechten. Die Kommunistische Partei tritt keineswegs auf als die Partei der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur. Sie tritt auf als Partei der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und des Wiederaufbaues im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Das einzige Zeichen, aus dem die Massen entnehmen können, daß dies nicht ihr letztes Wort sein muß, ist die Verbindung mit „Moskau“ – die alle nicht-kommunistischen Parteien den Wählern eingehämmert und die sie zum Schibboleth⁶⁾ gemacht haben. Aber dieser Hinweis ist nur indirekt. Das politische Gesicht der KPF ist also nicht klar und eindeutig, es ist widerspruchsvoll. Die KPF ist wohl die stärkste Partei in der Kammer der Abgeordneten und im Lande geworden, aber sie hat ihre Wähler nicht um kommunistische oder sozialistische Ziele gesammelt. Ein altes geflügeltes Wort in Frankreich sagte: *„un socialiste ministre n'est pas un ministre socialiste“* – ein Sozialist als Minister ist kein sozialistischer Minister; heute gilt entsprechend: *„un communiste ministre n'est pas un ministre communiste“* – ein Kommunist als Minister ist kein kommunistischer Minister.

Hier liegt die Grundschwäche des linken Extrems. Wird diese Schwäche nicht rechtzeitig beseitigt, so wird das den werktätigen Klassen Frankreichs böse Überraschungen bringen.

Die politische Bewegung der Klassen, die sich in den Wahlziffern ausdrückt, erlaubt objektiv gesehen nur zwei wirkliche Lösungen: die einer revolutionären und sozialistischen Diktatur der Arbeiterklasse im Bündnis mit den kleinbäuerlichen und halbproletarischen Schichten auf dem Lande oder die einer konterrevolutionären kapitalistischen Rechtsdiktatur. Ob die letztere im Zeichen de Gaulles oder in einem anderen Zeichen wird auftreten können, ist heute noch ungewiß.

Diese beiden wirklichen Lösungen sind aber nicht ausgereift. Alle parlamentarischen Lösungen aber, die jetzt getroffen werden, können unter den gegebenen Umständen keine wirklichen Lösungen sein. Sie können nur die wirkliche Lösung weiter vorbereiten, in dem einen oder anderen Sinne. In welchem Sinne, das hängt weitgehend von der weiteren Politik der KPF ab, und diese wieder hängt davon ab, ob diese Partei lernen und durchsetzen wird, die Klassenverhältnisse und Bedürfnisse des eigenen Landes zur Hauptschnur einer nach dem Sozialismus ausgerichteten Politik zu machen.

4. Neue Politik der Besatzungsmächte für Deutschland

Die Zeichen mehren sich, daß die Besatzungsmächte eine neue Politik für Deutschland vorbereiten. Das Potsdamer Abkommen ist an seinen inneren Widersprüchen und Unmöglichkeiten gescheitert, d. h. unausgeführt geblieben. Die Auswirkungen der sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage Deutschlands laufen wesentlichen Interessen der Sieger immer mehr zuwider. Darum allein handelt es sich nämlich, nicht um das Schicksal des deutschen Volkes als eines der großen Kulturvölker. Darum kümmert sich niemand, wenn es sich selbst nicht darum kümmert.

Die Elemente des „deutschen Problems“ wie es sich heute für die Sieger stellt, lassen sich klar genug übersehen.

Nehmen wir zuerst die Westmächte. Unter ihnen ist das Problem Englands die Achse. England ist der Besitzer des wirtschaftlich entscheidenden Teils Deutschlands, des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes. Es hat im ersten Jahre der Besatzung 80 Millionen Pfund Sterling zuschießen müssen, um sein Gebiet nicht schlagartig verhungern zu lassen, sondern um es auch nur im Zustand der chronischen Unterernährung und des Hungers zu halten. England kann und will diesen ständigen Aderlaß nicht länger tragen. Es hat zwar die Konkurrenz der deutschen Industrie auf diese Weise ausgeschaltet. Aber es kann dafür nicht fortlaufend riesige Summen bezahlen.

Das besiegte Land soll dem englischen Kapitalismus nicht nur nicht mehr schaden, es soll ihm wirtschaftlich etwas einbringen. Die englische Regierung ist sich heute auch darüber klar, daß England unter den Umständen des chronischen Hungers und des weitergehenden wirtschaftlichen Zerfalls seines Gebietes keine moralischen Eroberungen in Deutschland machen kann. Und es braucht diese Eroberungen für den Kampf gegen Sowjet-Rußland um Deutschland. Aber England ist heute finanziell und wirtschaftlich nicht allein imstande, das Industriegebiet wieder auf die Beine zu stellen und für seine Interessen auszunützen. Es bedarf dazu der Hilfe des amerikanischen Kapitals. Das ist einer der wesentlichen Gründe für das jetzt abgeschlossene Abkommen über die wirtschaftliche Verschmelzung der amerikanischen und englischen Besatzungszonen.⁷⁾ Die Abmachungen darüber im einzelnen liegen uns in dem Augenblick, wo wir dieses schreiben, noch nicht vor. Die Grundzüge ergeben sich aus den Voraussetzungen und Zwecken der beiden Mächte. Wie auch immer die Abmachungen im einzelnen sein werden, so ist klar, daß das amerikanische Kapital infolge seiner größeren Stärke vorherrschend sein wird. Das Industriegebiet soll so exportfähig gemacht werden, daß die beiden Zonen zusammen für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zahlen können. Aber die Industrie dieser Gebiete soll natürlich der amerikanischen und englischen Industrie keine Konkurrenz machen. Die einzige Lösung, die dafür möglich ist, ist die, daß das amerikanisch-englische Kapital die Industrie der beiden Zonen entweder ganz oder doch vorwiegend

übernimmt (unter eventueller Beteiligung deutscher Kapitalisten mit einer Minderheit von Anteilen). So wird also das amerikanisch-englische Kapital bestimmend sein über das Kernstück der deutschen Industrie. Sie können den Umfang und die Art der Produktion, seine Verteilung auf das Inland und den Export und die Richtungen des Exports bestimmen. Es wird mit einem Wort die Annexion des Hauptteils der deutschen Industrie durch das amerikanisch-englische Kapital sein, wobei das amerikanische führend ist. Ein gewaltiger Fischzug; Bevin hat vor einiger Zeit von der Sozialisierung der deutschen Industrie gesprochen.⁸⁾ Davon kann natürlich keine Rede sein, wenn die Industrie der amerikanischen und *englischen Zone dem amerikanisch-englischen Kapital* zuwächst. Sie wird dann selbstverständlich unter dem kapitalistischen Vorzeichen stehen.

Industrielle Macht ist heute immer auch „Kriegspotential“. Aber wenn das amerikanisch-englische Kapital über die rheinisch-westfälische Industrie verfügt, so wird der Zuwachs an Kriegspotential, den der Wiederaufbau bedeutet, kein Zuwachs für Deutschland sein, sondern für Amerika und England. Weiter, die Wiederaufrichtung der rheinisch-westfälischen Industrie gibt dem amerikanisch-englischen Kapital und ihren Regierungen eine gewaltige wirtschaftliche und politische Waffe in die Hand, erstens um die wirtschaftliche und politische Entwicklung im ganzen übrigen Deutschland in ihrem Sinn zu beeinflussen, zweitens aber auch, um in den anderen europäischen Ländern wirtschaftlich und politisch zu operieren, die auf deutsche Kohle, Eisen, Chemieprodukte usw. angewiesen sind.

Es wäre jedoch durchaus illusionär, von der Einverleibung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in die amerikanisch-englische Wirtschaft einen gradlinigen und ständigen Aufschwung dieses Gebietes zu erwarten. Und zwar spricht folgendes dagegen:

1. Der amerikanisch-englischen Wirtschaft einverleibt, muß das Gebiet die Konjunkturschwankungen der Gebiete mitmachen, denen es angegliedert ist. Bei der Einschränkung der Produktion durch eine amerikanische oder englische oder gemeinsame Wirtschaftskrise wird das deutsche Wirtschaftsgebiet natürlich am schlechtesten wegkommen.
2. Die amerikanischen und englischen Schwerindustrien, die direkt oder indirekt über die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zu bestimmen haben werden, sind vorwiegend Privat-Monopole. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie wird ebenfalls Monopolform haben, sei es Staatsmonopol, sei es irgend eine Kombination von beiden. Kapitalistische Monopole haben aber bekanntlich keineswegs die Tendenz zu maximaler Erweiterung der Produktion. Die Produktionseinschränkung ist eine von ihnen systematisch gehandhabte Waffe, um die Preise hochzuhalten. Die Preise der rheinisch-westfälischen Industrie dürfen natürlich nicht unter das amerikanisch-englische Niveau herabsinken.

3. Die Interessen der amerikanischen und englischen Partner werden nicht immer harmonieren. Alle solche Gegensätze aber werden auf dem Rücken, d. h. auf Kosten der deutschen Schwerindustrie ausgefochten werden. Dazu kommt möglicherweise als weiterer hemmender Faktor der amerikanisch-englische Gegensatz gegen Sowjet-Rußland.

Die wirtschaftliche Annexion des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch das amerikanisch-englische Kapital ist formell noch nicht die politische Annexion des Landes. Aber tatsächlich ist sie das.

Wo aber bleibt dabei Frankreich, wir meinen das heutige kapitalistische Frankreich?

Es kann seine Pläne, das Ruhrgebiet für sich zu annektieren, an denen sich traurigerweise auch die französischen Kommunisten beteiligt haben, jetzt endgültig in den Rauchfang schreiben. Es wird statt dessen jetzt versuchen müssen, an dem amerikanisch-englischen Konsortium sich mit einer möglichst großen Quote zu beteiligen.⁹⁾ Seine eigene Schwerindustrie aber wird bei dieser Gelegenheit in die stärkste Abhängigkeit vom amerikanisch-englischen Kapital geraten.

Nun zur russischen Seite der Frage. Prinzipiell ist hier vorauszuschicken, daß die Wirtschaftsstruktur Sowjet-Rußlands ihr an sich erlaubt, Produktionsmittel, Waren und Arbeitskräfte in unbegrenzten Mengen aufzunehmen, was kapitalistischen Wirtschaften nicht möglich ist. So ist klar, daß rein wirtschaftlich gesehen die Vereinigung deutscher und sowjetischer Wirtschaft auf derselben wirtschaftlichen Grundlage der deutschen Industrie die einzige Aussicht auf raschen Wiederaufbau und auf eine praktisch unbegrenzte Erweiterung bieten würde. Aber bekanntermaßen ist die deutsche Industrie ein Brennpunkt des Machtkampfes zwischen den Westmächten und der Sowjetunion geworden. Die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und englischen Zone hat macht- und klassenmäßig den ausdrücklichen Zweck, eine Bastion gegen die Sowjetunion aufzubauen, die weitere Ausdehnung ihres Einflusses in Deutschland aufzuhalten und wenn möglich, sie von ihrer jetzigen Machtstellung zurückzudrängen.

Die amerikanische Kritik hat vielfach die russische Politik in Deutschland der ihrer eigenen Regierung gegenübergestellt in dem Sinne, daß die Russen in Deutschland das hätten, was die amerikanische Regierung nicht habe: einen Plan auf längere Sicht. Bei näherem Zusehen zeigt sich, daß auch die russische Politik in Deutschland von der Hand in den Mund lebt.¹⁰⁾

Die erste Etappe der russischen Politik in Deutschland war:

1. So viel wie möglich an den deutschen Produktionsmitteln, Fertigwaren und Arbeitskräften herauszuholen. Das geschah ohne jede Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands, auf die Interessen der deutschen Werktätigen, auf die dauernden und gemeinsamen Interessen der Werktätigen beider Länder. Es war kurzsichtige Raubpolitik. Man kann sie erklären, aber nicht

rechtfertigen, als die Quittung für die Raubpolitik, die die Nazis in Rußland getrieben haben. Sie war wirtschaftlich wie politisch gleich kurzsichtig.

2. Zu gleicher Zeit waren die Russen bestrebt, die Ziffern der industriellen Gesamtproduktion Deutschlands und insbesondere die seiner Schwerindustrie möglichst niedrig zu halten. Das Motiv ist hier klar. Schwerindustrielles Potential ist Kriegspotential. Das Kernstück der deutschen Industrie, das Ruhrgebiet, ist aber *in englischer Hand, dient also dem englisch-amerikanischen Block*. Auch das war kurzsichtig, schon deshalb, weil es sich auf die *Länge nicht halten ließ, wie jetzt die Tatsache der amerikanisch-englischen wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Zonen zeigt*. Und weiter, weil die Mitverantwortung für das wirtschaftliche Verkommen Deutschlands sich politisch gegen die Russen auswirken mußte.

3. Angesichts der (vorauszusehenden) Auswirkung der industriellen Abmontierung auf die deutschen Arbeiter und möglicherweise auch der mageren wirtschaftlichen Ergebnisse dieser waldursprünglichen Methoden ist man dazu übergegangen, den Abbau *zu stoppen und zu dem Versuch, der laufenden industriellen Produktion in der russischen Zone so viel als möglich zu entnehmen - auch wieder ohne Rücksicht auf die deutschen Arbeiter und übrigen deutschen Werkstätigen*. Das, was nötig war, war, die einzelnen Schritte durch die Interessen des gemeinsamen Wiederaufbaus beider Länder bestimmen zu lassen; sich mit den deutschen Arbeitern zu verständigen, statt ihnen als Eroberer zu diktieren. Diese neue Methode war zwar eine Erleichterung im Vergleich zur ersten, aber es ist immer noch keine Politik, mit der man moralische Eroberungen bei den deutschen Werkstätigen machen kann.

Jetzt aber wird das Steuer um 180 Grad herumgeworfen. Molotow hält *seine programmatische Rede, worin er für eine starke und „gesunde“ deutsche Industrie und für einen zentralisierten deutschen Staat eintritt.*¹¹⁾ Und die amerikanische Presse berichtet von neuen russischen Vorschlägen, die der amerikanischen Verwaltung in Deutschland gemacht worden seien: Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf mindestens 8 und höchstens 11 Millionen Tonnen jährlich (statt wie bisher etwas über 5 Millionen Tonnen). Industrielle Produktion von 70 - 80 % der Norm von 1938 (statt bisher etwa 50 %). „Recht“ der Sowjetunion, der deutschen Industrie *Rohstoffe zu liefern*, um sie für sich verarbeiten zu lassen. Jährliche Reparationsleistungen von *mindestens 2 Milliarden Dollar aus der laufenden industriellen Produktion Deutschlands für mindestens 10 Jahre*.

Der Grund für diese politische Wendung ist klar genug. Man sah, daß man die Amerikaner und Engländer nicht hindern könne, ihrerseits die deutsche industrielle Produktion zu erhöhen. So sagt man also jetzt ja zu dem, was man nicht hindern kann, und sucht sich einzuschalten und sich einen möglichst großen Anteil an der erhöhten Produktion zu sichern.

Vom Standpunkt der deutschen Werktätigen ist gegen diese beiden letzteren Bestrebungen nichts einzuwenden. Nur: von Weitsicht kann da nicht die Rede sein. Die deutschen Kapitalisten werden sich natürlich mit Vergnügen unter die Obhut des amerikanisch-englischen Kapitals begeben, solange dies das einzige Mittel ist, um die Existenz als Kapitalisten, wenn auch minderen Ranges, vor der Enteignung durch eine sozialistische Revolution zu retten. Man kann sogar annehmen, daß selbst die vollständige Übernahme der deutschen Großindustrie der amerikanischen und englischen Zonen durch die Westmächte ihnen noch lieber sein wird als die sozialistische Umstellung zusammen mit Sowjet-Rußland. So sind die Betriebe wenigstens als kapitalistische Betriebe erhalten – und wer weiß, wie sich die Machtverhältnisse eines Tages wieder ändern können? – Im Grunde ist diese ihre Stellung nackter Verrat an den Interessen der deutschen Nation, denn ein wirklicher und rascher Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft im Ganzen ist nur auf sozialistischer Grundlage möglich und also gegenwärtig nur im Zusammengehen mit der Sowjetunion. Aber was sind ihnen die nationalen Interessen, wo ihre Klassen- und privaten Interessen ihnen widersprechen?

Die deutschen Arbeiter dürfen sich nicht von den unmittelbaren Vorteilen, die ihnen die amerikanisch-englische Wirtschaftsvereinigung aller Voraussicht nach bringen wird (wenn auch sicher weniger als die angelsächsische Propaganda ausposaunen wird), nicht irre machen lassen über ihre dauernden, klassenmäßigen, nationalen und internationalen Interessen. Sie dürfen sich nicht zum Sturmbock der amerikanisch-englischen kapitalistischen Klasseninteressen gegen den Sozialismus und gegen die Sowjetunion machen lassen. Unter der angelsächsischen kapitalistischen Fuchtel müssen sie ebenso für ihre unmittelbaren Interessen, so auch für ihre dauernden Interessen kämpfen – mit all den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Sie müssen dazu die engste Verbindung mit der amerikanischen und englischen Arbeiterklasse aufnehmen, aber ohne sich ihnen unterzuordnen, soweit sie sich für nationale kapitalistische Interessen einsetzen, statt für das internationale proletarische und sozialistische Interesse. Das Ziel der deutschen Arbeiter kann nur eine einheitliche sozialistische Wirtschaft Deutschlands im Rahmen einer sozialistischen Weltwirtschaft sein. Der nächste Schritt dazu ist gegenwärtig die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft vom Rhein bis zum Stillen Ozean. Und es ist klar, daß alle Einzelforderungen ständig begleitet sein müssen von der Forderung der raschen und vollständigen Räumung Deutschlands von allen fremden Truppen. Unter der Besetzung des Landes durch Truppen kapitalistischer Staaten ist keinerlei sozialistische Wirtschaft möglich – trotz aller Redensarten des Herrn Bevin von „Sozialisierung“ Deutschlands. Und unter der Besetzung des Landes durch Sowjettruppen ist eine freie sozialistische

Wirtschaft in Deutschland nicht möglich. Die deutschen Arbeiter können heute den Versuch des angelsächsischen Kapitals, in ihren Besatzungsgebieten einen Schutzdamm gegen die sozialistische Revolution in Deutschland und ein Ausfallstor gegen die Sowjetunion aufzubauen, nicht verhindern. Sie können aber verhindern, daß sie dazu mißbraucht werden, ihre eigenen Klasseninteressen zum Besten des angelsächsischen Kapitals preiszugeben. Ihre Kampfmöglichkeiten, die in erster Linie auf ihrer Rolle als Produzenten beruhen, werden nicht ab-, sondern zunehmen.

5. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Die chinesischen Kommunisten, die während des Krieges gegen Japan die Landaufteilung zugunsten der bloßen Herabsetzung der Pachten aufgegeben hatten, nehmen jetzt wieder die Landverteilung auf.¹²⁾

*

Die französischen Gaullisten¹³⁾ haben sich jetzt ausdrücklich für eine Blockpolitik mit den Vereinigten Staaten und England ausgesprochen, während de Gaulle früher Frankreich die Rolle der „Brücke“ zwischen Osten und Westen zuschrieb.

*

Das Abkommen zwischen Holland und Indonesien, das unter englischer Vermittlung zustande kam, sieht die „gemeinsame“ Leitung der Wehrmacht, der Außenpolitik und der Finanzen vor. Damit wird die Unabhängigkeit Indonesiens auf sehr bescheidene Ausmaße herabgesetzt. Die imperialistische Herrschaft Hollands über Indonesien wird gelockert, aber sie bleibt.¹⁴⁾

*

Ein Streik der Hochofenarbeiter in Biskaya (Spanien) für Erhöhung der Lebensmittellationen bei Überstundenarbeit zeigt die innere Spannung im Lande an.

*

Der bekannte General, Staatsmann und Philosoph Smuts, als Vertreter der südafrikanischen Union bei der Generalversammlung der „Vereinten Nationen“ erklärte, daß seine Regierung Südwafrika (die frühere deutsche Kolonie) mit oder ohne Zustimmung der „Vereinten Nationen“ annectieren werde.¹⁵⁾ Der General ist ein großer Prediger der internationalen Moral. Die Vertreter Rußlands und Indiens hatten gegen diese Annexion Einspruch erhoben. Für die Eingeborenen Südwafrikas würde diese Annexion bedeuten, daß sie auf dieselbe Stufe der Versklavung und Rechtlosigkeit herabgedrückt werden, die unter der Regierung des Philosophen Smuts auf den Eingeborenen der Union lastet.¹⁶⁾

Liebe Berta,

Habana-Vedado, 2. Dez. 1946

ich nehme an, daß Du meine Postkarte erhalten hast, in der ich den Empfang Deiner drei letzten Briefe anzeigte...

Vor allem sei nicht unruhig oder ungeduldig, wenn meine Briefe erst in längeren Abständen kommen. Der entscheidende Grund, warum ich wenig schreibe, ist der, daß ich einen unüberwindlichen Widerwillen dagegen habe, meine Privatbriefe durch die Hände von Fremden gehen zu lassen. Das soll kein Vorwurf gegen irgendeinen Zensor sein. Er tut, was seines Amtes ist. Aber Du mußt verstehen, daß es Leute gibt, die einen schwer überwindlichen Horror davor haben, daß ihre Privatbriefe von unbekanntem Leuten gelesen werden. Ich gehöre zu denen. Dann ist noch etwas anderes. Du kannst Dich darauf verlassen, daß wir alles Menschenmögliche tun, um so bald wie möglich nach Europa zurückzukommen - 5 Jahre Tropenaufenthalt ohne Unterbrechung sind gerade genug. Wenn ich darüber keine Einzelheiten schreibe, so deshalb, weil ich weiß, wieviele Quertreiber hier bereit stehen, einem Knüttel zwischen die Beine zu werfen, wenn sie nur irgendeinen Anhaltspunkt haben. Auch Dir würde ich sehr empfehlen, die demokratische Tugend des Mißtrauens im Briefverkehr sehr viel weitgehender zu üben. Das gilt insbesondere für die angeblichen Freunde in N.Y. Laß Dich hier nicht irreführen durch Versicherungen der Freundschaft oder selbst durch Pakete etc. Wenn ich hier wiederholt gewarnt habe, so habe ich dafür meine sehr soliden Gründe, die ich aber nicht im Einzelnen anführen kann noch will. Schreibe über mich persönlich nach V.Y. nichts...

Wie sieht es denn heute in Württemberg aus? Das würde mich sehr interessieren. Überhaupt alles, was das tägliche Leben in der Stadt und auf dem Land anlangt. Die großen politischen Ereignisse, Tendenzen usw. erfährt man ja dann durch die Presse. Über das alltägliche Leben, die kleinen Einzelheiten des Alltags, die Stimmungen in den einzelnen Kreisen, erfährt man in der Regel nichts. Und doch ist das das Wichtigste, wenn man sich eine Vorstellung machen will...

Herzlichst Aug.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 2. Dez. 1946

ich bestätige Deinen Brief vom 16. Dez. nebst Beilagen. Ich wunderte mich schon, daß Du so lange nichts von Dir hören liebest, aber entnehme aus Deinem Brief, daß Dich die Buchbesprechung in Anspruch genommen hat. Ich hoffe, daß die Redaktion sich die Mühe nimmt, die Sache stilistisch zurecht-

zulecken, wessen sie sehr bedarf. Inhaltlich ist das Ding ganz gut. Über Anleihen von unseren Sachen brauchst Du Dir keine Skrupel zu machen. Schließlich schreibt man ja nur, damit die Sachen, die man zu sagen hat, an den Mann kommen. Ich gratuliere, daß es Dir gesundheitlich besser geht und daß Du rasch einen neuen Job gefunden hast. Das Verhalten Deiner Kollegen ist ein gutes Zeugnis für sie und für Dich.

Zur Verschickung der "Monatlichen Übersichten": Ich habe gegen Deine Adressenliste nichts einzuwenden. Aber ich möchte folgendes betonen: Die Übersichten wurden und werden geschrieben hauptsächlich auf Wunsch der Freunde in Deutschland, weil sie von der Außenwelt isoliert gehalten werden und weil die Partei keinerlei ernsthaftige Analysen gibt.

Für Länder, die Zutritt zu dem allgemeinen Nachrichtenmaterial haben, haben die "Übersichten" wenig Zweck. Die Tatsachen sind ihnen ja längst und ausgiebig bekannt. Und so werden die dazu gemachten Kommentare natürlich in ihrer Wirkung stark abgeschwächt. Unter diesen Umständen würde es mich interessieren, was die Engländer sagen, die das zu lesen kriegen und was die deutschen Freunde außerhalb Deutschlands...

Herzliche Grüße, auch an Anna, Aug.

Lieber Genosse,

La Habana, 24.12.1946

... Du glaubst, "daß die Klassenkräfte des Proletariats in den modernen Industrieländern so elementar sind, daß sie imstande sind, sich auch auf demokratischem Wege durchsetzen zu können". Das halte ich für falsch. In Amerika hat das Proletariat kein eigenes Klassenbewußtsein, das im Gegensatz zur Bourgeoisie steht. Das wird ihm jetzt grausam-gründlich und ganz undemokratisch eingeblutet werden. Die große Mehrheit der amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder hat jetzt republikanisch gewählt - aus Verärgerung über das korrupte Roosevelt-Truman-Regime. Damit kommen sie vom Regen in die Traufe. Das republikanische Regierungssystem ist nicht weniger korrupt, aber noch reaktionärer und arbeiterfeindlicher.

Roosevelt war der gerissenste amerikanische Imperialist, seine New-Deal-Politik war nichts anderes als die Aussöhnung und Einschaltung der Arbeiter und Farmer in seine imperialistische Kriegspolitik. Sie wurde vorbereitet und durchgeführt gegen den Widerstand eines Teiles der Bourgeoisie, denn der amerikanische Imperialismus hat nur eine schmale Schicht zielklarer Imperialisten in der amerikanischen Bourgeoisie. Die Mehrzahl denkt nicht weltpolitisch, sondern ist stumpfsinnig, Philister. Aber der Appetit kam beim Essen. Jetzt, nach dem erfolgreichen Krieg, ist kein Widerstand mehr gegen die Weltherrschaftspläne

der Imperialisten, auch nicht bei den Arbeitern - aber desto mehr Wut gegen die Errungenschaften der Arbeiter beim Spießbürger. Der Weg zur Verwirklichung der amerikanischen Weltherrschaftspläne ist jetzt innenpolitisch in Amerika frei - ganz anders als damals in Deutschland für Hitlers Pläne.

Außenpolitisch ist der einzige Gegner des amerikanischen Imperialismus die SU. Aber die ist durch die Kriegsverwüstungen sehr geschwächt. Der Plan der Chamberlain, Churchill, Daladier, Roosevelt ist erreicht: Deutschland vernichtet, Rußland äußerst geschwächt. Nutznießer ist Amerika; denn Frankreich und England haben nur mit Mühe überlebt. Frankreich scheidet als imperialistische Macht aus; England kann nur im Schlepptau Amerikas sein krachendes Imperium verteidigen und die Innenpolitik der Labourregierung zwingt sie in dieselbe Bahn. Denn die Nationalisierung der von der englischen Bourgeoisie bankrott gewirtschafteten Betriebe ist keine Reform im Interesse der Werktätigen, kein Schritt zum Sozialismus, sondern eine Reform zur Lebensverlängerung des englischen Kapitalismus, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung.

Die englische Arbeiterklasse geht in die bevorstehenden Kämpfe noch ungebrochen, sie ist noch nicht abgekämpft, sie beginnt zu zweifeln an der Innen- und Außenpolitik der Labourregierung und rebelliert unklar. Im Parlament haben 100 Labourabgeordnete ihre Unzufriedenheit mit der Außenpolitik der Labourregierung bekundet, auf dem Gewerkschaftskongreß 40 % gegen die Regierungspolitik gestimmt. Das bedeutet, daß die Mehrheit der Trade-Union-Mitglieder dagegen sind. Denn die englische Gewerkschaftsbürokratie drückt den Willen der Mitglieder noch weniger aus als in Deutschland einst die ADGB-Bürokratie. Die demokratischen Illusionen sind in der englischen Arbeiterklasse noch stärker eingewurzelt als früher in Deutschland - aber das bedeutet keineswegs, daß in Deutschland der demokratische Weg zum Sozialismus möglich ist. Dazu gehören zwei. Und alle bisherige Erfahrung beweist, daß zu dem Zeitpunkt, wo der demokratische Weg zur Aufhebung der Herrschaft der Bourgeoisie zu führen droht, die alte herrschende Klasse mit der Demokratie Schluß macht und zu gewaltsamen Methoden übergeht. Unsere Niederlagen sind dadurch verursacht, daß es uns nicht gelang, die Mehrheit der deutschen Arbeiter dazu zu bringen, ihrerseits die Gewalt als Geburtshelferin für die sozialistische Gesellschaft anzuwenden, um der Bourgeoisie zuvorzukommen bei der Anwendung der Gewalt zur Rettung ihrer Herrschaft. Ich sehe keinerlei Anzeichen, daß "in den modernen Industrieländern" die Dinge Deinen Wünschen zuneigen...

Beste Grüße, Heinz

Das Programm der Moskauer Deutschland-Konferenz

Ab 1. April Herabsetzung der Besatzungstreitkräfte in Deutschland auf 550 000 Mann?

Endlich ist es zwischen den vier Außenministern zu einer Einigung über die Behandlung des Deutschland-Problems gekommen — allerdings zu einer Einigung, die die deutsche Hoffnung, daß dieses dringendste Problem der ganzen Friedensregulierung nun wirklich mit Entschlossenheit und Entschiedenheit in Angriff genommen wird, einigermaßen enttäuscht. Nach dieser Vereinbarung, die in den Moninger Verhandlungen erzielt wurde, steht fest; daß das Deutschland-Problem in New York nicht mehr berastet wird. Auch die Hoffnung, daß es spätestens im Januar zur Erörterung gestellt werde, hat sich nicht erfüllt. Es soll vielmehr erst am 10. März auf einer Tagung der vier Außenminister in Moskau beraten werden. Damit ist die Erörterung erneut um drei Monate hinausgeschoben worden — drei Monate, die allerdings nicht verloren zu sein brauchen, wenn sie zu einer um so gründlicheren Vorbereitung der Konferenz beizutragen vermögen.

Hier beginnen sich aber bereits die ersten Schwierigkeiten abzuzeichnen. Berlin hatte den Vorschlag gemacht, daß sofort Stellvertreter der Außenminister ernannt werden sollten, die sich mit der Vorbereitung des Problems befassen, insbesondere mit den deutschen Anliegerstaaten. Fühler sollten sein, um deren Grenzforderungen an Deutschland kennenzulernen. Dieser Vorschlag, der von Byrnes mit dem Einverständnis unterstützt wurde, daß er nicht ein siebentes Mal über den Gassen zu führen würde, ohne daß bei den Besprechungen etwas herauskommt, wurde von Molotow abgelehnt. Der russische Außenminister war der Überzeugung, daß die vorgeschlagenen Stellvertreter nur „unfruchtbar“ Arbeit leisten könnten, ehe es „nicht feststünde, welche Fragen die kommende Außenministerkonferenz nun besonders interessieren.“ Über das Programm der Konferenz selbst ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden.

Nach einem Tagesordnungsplan des amerikanischen Außenministers sollen bei der Moskauer Tagung die zukünftigen Grenzen Deutschlands, die Besatzung, Sicherstellung der Währungsstabilisierung Deutschlands, der amerikanischen Forderung für ein Viermächteabkommen und andere notwendige Maßnahmen für die wirtschaftliche und militärische Kontrolle Deutschlands behandelt werden. Außerdem sollen die Erleichterung von zentralen Verwaltungskontrollen und die Frage der deutschen provisorischen Regierung aufgeführt werden.

Der russische Außenminister legte einen etwas abgewandelten Plan vor. Danach soll I. der Alliierte Kontrollrat für die Zeit seit dem Potsdamer Abkommen einen Bericht vorlegen, der unter dem Leitgedanken des Abkommens steht, nämlich Entmilitarisierung, Demokratisierung, Wirtschaftsgrundlage und Wieder-

gutmachung; 2. die Zentralisierung der deutschen Verwaltung und Form einer künftigen deutschen Regierung beraten; 3. die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland, Festlegung des Verfahrens, Ernennung und grundsätzliche Weisungen für die Stellvertreter der Außenminister geregelt; 4. die Vorbereitung des österreichischen Friedensvertrages in Angriff genommen; 5. die Auflösung Preußens besprochen und 6. ein Bericht des Ausschusses der Rohstoffleute, der von Außenministeramts am 12. Juli angefordert wurde, diskutiert werden.

In die Beratung über das Programm schaltete sich auch der französische Vertreter ein, der verlangt, daß als erster Punkt die Grenzfragen, insbesondere die Angliederung des Saargebietes an Frankreich, zur Diskussion gestellt würden.

Der Außenminister Byrnes wollte außerdem noch die Frage der künftigen Beziehungen zu gestärkten geregelt wissen. Er legte einen Vorschlag vor, nach dem ab 1. April 1947 die Besatzungstreitkräfte in Deutschland auf insgesamt auf 530 000 Mann festgelegt werden sollen (je 140 000 Mann Großbritanniens und die Vereinigten Staaten, 200 000 Mann Sowjetrußland, 70 000 Mann Frankreich). In Österreich sollten die Besatzungsmächte von diesem Termin ab je 10 000 Mann unterhalten. Für die sowjetischen Verbindungsstellen in Polen sollten 30 000 Mann, für die Sicherung der Verbindungsstellen in Rumänien und Ungarn je 10 000 russische Soldaten die Sicherung übernehmen.

Molotow lehnte es zunächst ab, in die Diskussion dieses Plans einzutreten, da er nicht die nötigen militärischen Berater zur Verfügung habe.

Wie denkt sich England den Frieden mit Deutschland?

Erklärungen Bevins — Wann wird endlich mit den Demontierungen Schluß gemacht?

New York, 11. Dezember.

Während der Außenministerberatungen über die Moskauer Deutschland-Konferenz brachte der englische Außenminister Bevin die Großdeutsche des möglichen Deutschland-Programms zur Kenntnis.

In Bezug auf die Zukunft Deutschlands beugnete Großbritannien, so führte Bevin aus, ein Regierungssystem von Bundesstaaten, wobei gewisse Aufgaben zentralen Behörden überlassen bleiben sollen. Nach zwei Kriegen kommt es Großbritannien allein darauf an, Sicherheit zu erhalten, ein demokratisches Deutschland aufzubauen und dafür zu sorgen, daß dieses Deutschland nicht militarisiert wird. Großbritannien habe 40 Jahre keine ideologischen Beweggründe.

Der britische Außenminister forderte dann, die Alliierten sollten dafür sorgen, daß sich Deutschland selbst erhebt und nicht auf Kosten anderer lebt. Der deutsche Lebensstandard müsse auf einer gewissen Höhe gehalten werden, damit Deutschland nicht zu einem „Gebiet der billigen Arbeitskräfte“ wird, dadurch die allgemeinen Lebensstandard Europas senkt.

Zur Frage der Reparationen erklärte Bevin, daß es notwendig sei, das gesamte Tatsachenmaterial für die Moskauer Besprechungen vorzulegen. Hierzu gehört auch das, was an Reparationswerten aus Deutschland bereits weggeschafft wurde, einschließlich der aus der letzten Produktion entnommenen Reparationen. Es müsse auch geklärt werden, wie viele deutsche Kriegsgesangene für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft freigegeben werden sollen. Bevin brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Zahlen bis zum März vorliegen würden, auch Berichte über diejenigen Reparationen gehören, die aus von Deutschland abgetrennten Gebieten entnommen wurden. Bevin fragte den sowjetischen Außenminister

Potsdamer Abkommens im britischen und amerikanischen Bereich ein Ende mache. Ohne Zweifel ist Finanzminister Dalton darüber untrübselig, daß seine 400 000 000 Dollar ins Wasser geworfen wären, wenn das Potsdamer Programm der industriellen Zerstörungen durchgeführt würde. Potsdam wird aufgegeben werden müssen. Das Blatt warte vor einer Verzögerungspolitik, da der in Aussicht genommene Kredit

keine Spanne für Verschwendungen und Pfluscheren lasse. Nach einer Erklärung der Kontrollkommission brauche man auf Aufrechterhaltung der jetzigen unzureichenden Rationen 200 000 000 Dollar innerhalb zwölf Monaten für Getreidezufuhren in die britische Zone allein. Bei der Ausgabe von einer Milliarde Dollar für beide Zonen in drei Jahren bleibe also nicht viel für die Beibehaltung der Industrie übrig.

Warum ist Molotow plötzlich so nachgiebig?

Neue Instruktionen aus Moskau? — Grundsätzliche Wandlung oder Taktik?

In der diplomatischen Welt ist mit besonderer Intensität konstatiert worden, daß die russische Delegation in New York in der letzten Zeit weitgehend von ihrer sonst beobachteten intransigenten Haltung abgewichen ist und dadurch den Weg für die Kompromisse in der italienischen Frage, in der Frage der Donauschiffahrt und in der Frage der Reparationen freigegeben hat. Diesen Wandel, der sehr sorgfältig verschleiert wird, führt das Pariser Blatt „Populaire“ darauf zurück, daß Molotow offensichtlich neue Instruktionen aus Moskau erhalten habe. „Das ist eine derart gute Nachricht, daß man sie kaum glauben kann“, schreibt man der radikal-sozialistischen „Aurore“, „kennst du aber richtig ist, dann bedeutet es für die Welt eine große Erleichterung. Was wir seit einiger Zeit erfahren, zeigt, daß sich bei Molotow eine Wendung in der Richtung auf eine allgemeine Verständigungsabereitschaft vollzogen hat, die zu seiner Haltung auf der Pariser Konferenz und während der ersten UNO-Debatten im Gegensatz steht. Welch ein Weihnachtsgeschenk für die Menschheit.“

Auch die englischen Presse ist diese Wandlung in der Haltung Molotows nicht entgangen. Der „Observer“ wendet hier sogar einen ausführlichen Leitartikel, in dem er allerdings die Frage aufwirft, ob die russischen Zugeständnisse nur ein taktischer Zug gewesen sind oder ob sie eine grundlegende Änderung der russischen Politik bedeuten. Für letztere Deutung habe es mehrere Anzeichen gegeben. Ihre Erklärung könne teilweise mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion begründet werden, aber die russische Erkenntnis, daß Amerika sich nicht aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehen werde und die Übereinstimmung der amerikanischen und britischen Außenpolitik hätten gewiß nicht weniger wesentlich zu dem Wandel der russischen Politik beigetragen.

Besiehung ist schließlich, daß zum ersten Male auch die Moskauer „Pravda“ in positiver Form zu den New Yorker Beratungen Stellung nimmt und sie als „fruchtbar“ und als einen Beweis dafür bezeichnet, daß bedeutende politische Entscheidungen durch wirkliches Verständnis und durch Zusammenwirken der verschiedenen Hauptrollen erreicht werden könnten.

Internationale monatliche Übersicht über Dezember 1946, Nr. 5

1. Weltpolitische Jahresbilanz.

Sie läßt sich ziemlich einfach ziehen, da der Gegensatz zwischen dem angelsächsischen Block und der Sowjetunion die Achse des ganzen weltpolitischen Geschehens geworden ist. Zugleich ist dieser Gegensatz der zweier Gesellschaftsformen. Der Kampf zwischen diesen beiden Systemen ist sowohl auf dem außen- als dem innenpolitischen Gebiet vor sich gegangen, wobei die engste Wechselwirkung zwischen beiden bestand. Dieser Kampf ist der wesentliche weltpolitische Inhalt dieses Jahres. Die Jahresbilanz läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Machtpolitisch ist die Gesamtbilanz dieses Jahres aktiv zu Gunsten des angelsächsischen Blocks, passiv zu Ungunsten der Sowjetunion.

Die wesentlichen Machtverschiebungen zwischen den beiden Blocks vollzogen sich im Mittleren und Fernen Osten. Im Mittleren Osten hat der angelsächsische Block die sowjetfreundlichen Kräfte im persischen Aserbaidschan und Kurdistan geschlagen und den sowjetischen Einfluß in ganz Persien geschwächt und den eigenen verstärkt. Die aktive Rolle dabei fiel England zu. Im Fernen Osten ist es China, wo mit amerikanischer militärischer und wirtschaftlicher Hilfe die Kuomintang mit Tschiang-Kai-schek an der Spitze ihre Machtverteilung gegenüber den chinesischen Kommunisten erweitert und verstärkt hat.

In Europa haben im großen Ganzen genommen keine wesentlichen Machtverschiebungen zwischen den beiden Gruppen stattgefunden, trotzdem die Versuche zu solchen Verschiebungen, mit den verschiedensten Mitteln ausgeführt, das ganze Jahr über vor sich gingen. Die Schlüsselstellung ist hier Deutschland. Die Machtsphären der beiden Mächtegruppen in Deutschland blieben unverändert. Eine verstärkte Auseinandersetzung um Deutschland wurde aber in diesem Jahre vorbereitet und steht für das Jahr 1947 bevor. In Afrika wurde die Sowjetunion mit Erfolg gehindert, Fuß zu fassen. In der Südsee konnten die Vereinigten Staaten die Machtstellungen, die sie im Krieg gewonnen hatten, ohne Widerstand von irgendeiner Seite halten und weiter befestigen.

2. Der angelsächsische Block hat sich fester zusammengeschlossen. Innerhalb dieses Blocks ist das amerikanische Übergewicht noch gewachsen. Der engere Zusammenschluß zeigte sich vor allem in zwei Erscheinungen. Erstens in der immer engeren militärischen Zusammenarbeit und Arbeits-

teilung zwischen England und den Vereinigten Staaten (erweiterte Fortführung der gemeinsamen Generalstabsarbeit, Programm der einheitlichen Bewaffnung, des Austausches von Offizieren, der gemeinsamen Benützung von Luft- und Seebasen, Zusammenarbeit der Flotte usw.). Ob und in welcher Weise diese engere Zusammenarbeit bereits durch formellen Vertrag festgelegt ist oder werden soll, steht dahin, ist aber nicht erheblich. Die Tatsache selbst ist das Entscheidende. Zweitens der wirtschaftliche Zusammenschluß der amerikanischen und englischen Besatzungszone in Deutschland ist sowohl ein Zeichen des engeren Zusammenrückens Englands und der Vereinigten Staaten wie auch des Fortschreitens des amerikanischen Übergewichts im angelsächsischen Block. Es ist klar, daß bei diesem Zusammenschluß Amerika wirtschaftlich und somit letzten Endes auch politisch die Führung haben wird.

Auch in anderen Gebieten ist der amerikanische Einfluß gegenüber dem englischen stetig vorgedrungen, vor allem im mittleren Osten. Die Einzelheiten dieses Vordringens sind so mannigfaltig, daß wir auf ihre Aufzählung und Schilderung im einzelnen verzichten müssen.

Wir stellen nur noch auf Grund der tatsächlichen Entwicklung dieses Jahres fest, daß dieses Vordringen Amerikas im angelsächsischen Block keineswegs, wie manche zu erwarten scheinen, zu seiner Lockerung geführt, sondern daß er sich im Gegenteil weiter verfestigt hat. Der Grund dafür liegt auf der Hand: einerseits das Überwiegen des gemeinsamen Gegensatzes zur Sowjetunion, andererseits, daß das amerikanische und wirtschaftliche Übergewicht im angelsächsischen Block für England eine Auflehnung dagegen von vornherein aussichtslos gemacht hat.

3. Wie stellt sich die Jahresbilanz für den Kampf der Kolonialvölker gegen ihre imperialistische Beherrschung und Ausbeutung dar?

Der offene Kampf ging hier hauptsächlich auf zwei Gebieten vor sich: Niederländisch-Indien (gegen Holland und England)¹⁾ und Indochina (gegen Frankreich).²⁾ Das wichtigste Objekt ist hier aber Indien. Die Gesamtbilanz kann man auf diesem Gebiet so zusammenfassen:

Nirgends ist es bis jetzt einem der Kolonialvölker gelungen, sich die volle und wirkliche Unabhängigkeit zu sichern. Aber unter dem Druck der Kolonialvölker haben die imperialistischen Mutterländer elastischere Formen der Herrschaft und Ausbeutung wählen müssen, aber an den entscheidenden Machtstellungen festgehalten (Heer, Wirtschaft, Außenpolitik). Die imperialistische Diplomatie hat hier neue Formen und Methoden entwickelt: die der nominellen scheinbaren politischen Unabhängigkeit, die Form des „Bündnisses“ zwischen dem herrschenden und beherrschten Staat, die Form des Fideikommisses³⁾ usw. Man darf sich durch diese neuen Formen, die der Irreführung sowohl der beherrschten Völker wie der Werk tätigen in den imperialistischen Mutterländern dienen sollen, nicht täuschen lassen.

Die größte koloniale Eroberung dieses Jahres stellt der Handelsvertrag der Vereinigten Staaten mit China dar.⁴⁾ Durch diesen Vertrag hat sich das amerikanische Kapital freie Hand in China gesichert. Das amerikanische Kapital hatte hier das Glück, daß es keinen der traditionellen kolonialen Eroberungskriege zu führen hatte, die sich gegen ein ganzes Land richten, sondern daß es diesen Preis erringen konnte durch die militärische und wirtschaftliche Unterstützung eines Teils Chinas gegen den anderen: der Kuomintang unter Führung Tschiang-Kai-cheks gegen die chinesischen Kommunisten. Natürlich sind die Möglichkeiten der Eröffnung Chinas für das amerikanische Kapital und ihre Verwirklichung verschiedene Dinge. Aber das ändert nichts daran, daß der größte imperialistische Gewinner dieses Jahres, und zwar mit verhältnismäßig geringem Einsatz, die Vereinigten Staaten sind. Und schließlich ist Japan die Domäne ausschließlicher amerikanischer Herrschaft geworden. Allerdings funktioniert es noch nicht als Kolonie im eigentlichen wirtschaftlichen Sinne des Wortes. Im Verhältnis dazu ist der tatsächliche Gewinn der ehemaligen italienischen Kolonialgebiete durch England unbedeutend.

4. Was ist die Jahresbilanz der gesellschaftlichen Verschiebungen? Entscheidende Verschiebungen zwischen den beiden Mächtegruppen sind hier in diesem Jahr nicht eingetreten. Die von den Sowjets besetzten und beeinflussten Gebiete sind ihrem System wirtschaftlich und politisch weiter angenähert worden, die anderen sind bei der bürgerlich-kapitalistischen Grundlage stehen geblieben.

Von sonstigen innenpolitischen Verschiebungen, die aber nirgends schon eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung bedeuten, sind bemerkenswert folgende:

- a) die weitere innenpolitische und klassenmäßige Polarisierung in Frankreich und in gewissem Umfang auch in Italien;
- b) der wachsende Gegensatz der englischen Arbeiterklasse gegen die imperialistische Außenpolitik der Labour-Regierung;
- c) die Gewinnung der Mehrheit im Kongreß durch die Republikaner in den Vereinigten Staaten.

Es zeigt sich hier ein doppelter Gegensatz der Tendenzen. Erstens zwischen Europa und Amerika. In Europa ging die vorwiegende klassenmäßige Strömung nach „links“, in Amerika nach „rechts“. Zweitens zwischen den außenpolitischen Machtverschiebungen zu Gunsten des angelsächsischen Blocks und den innenpolitischen Verschiebungen, die in die Richtung des anderen Lagers gehen. Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse und des Sozialismus ergibt sich daraus die Folgerung, daß in dieser Lage die innenpolitische klassenmäßige Machtverschiebung zum entscheidenden Hebel weiteren Fortschrittes gemacht werden muß.

Schließlich noch zwei Schlußbemerkungen. Erstens, das machtpolitische Zurückdrängen der Sowjetunion ist in erster Linie dem ungeheuren wirt-

schaftlichen Aderlaß zuzuschreiben, den der Krieg für sie bedeutet hat, plus dem Faktor der Atombombe, über den die Vereinigten Staaten noch ausschließlich als Druckmittel verfügen (abgesehen von ihrem sonstigen ungeheuer gewachsenen militärischen Potential).

Zweitens, die angelsächsische Propaganda hat die ganze Zeit über ein wahres Trommelfeuer gegen das Expansionsbestreben der Sowjetunion gerichtet. Aber die tatsächliche imperialistische Expansion über den Stand am Ende des Krieges hinaus hat ausschließlich auf der angelsächsischen Seite stattgefunden. Die Propaganda und die Tatsachen stehen im Widerspruch zueinander.

2. Abrüstung?

Die Verhandlungen über die Abrüstung, zu denen die Sowjetunion den Anstoß gab, sind noch nicht abgeschlossen und auch offenbar noch weit vom Abschluß entfernt.⁵⁾ Trotzdem ist es möglich, heute die Hauptelemente der Frage zu übersehen.

Von vornherein ist dabei zu sagen, daß die Frage mit der Beseitigung der Kriegsgefahr sehr wenig zu tun hat. Dies ist nur möglich, wenn die grundlegenden wirtschaftlichen und klassenmäßigen Ursachen des Krieges beseitigt werden durch die Schaffung einer sozialistischen Weltwirtschaft. Aber eine allgemeine Abrüstung kann allerdings die Kriegsgefahr hinauschieben, da der Übergang von herabgesetzter zu voller Rüstung immer eine gewisse Zeit braucht. Um was es sich hier in Wirklichkeit handelt, ist die Erleichterung der Rüstungslasten für diejenigen Staaten, auf die diese Last am meisten drückt. Eine solche Erleichterung kann aber nur als allgemeine Abrüstung erfolgen, oder genauer gesagt, als allgemeiner Rüstungsabbau.

Die Frage hat sich durch die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs außerordentlich vereinfacht. Es kommen praktisch nur noch die „3 Großen“ in Betracht. Deutschland, Italien, Japan sind als Militär- und Flottenmächte gegenwärtig und voraussichtlich für längere Zeit ausgeschieden. Frankreich hat aus dringenden wirtschaftlichen Gründen bereits einseitig seine militärische Macht aufs äußerste abbauen müssen, so daß es in einem Großmächtekrieg keine selbständige Rolle mehr spielen kann. Das China Tschiang-Kai-cheks verfügt zwar über große Truppenzahlen, aber nur ein Bruchteil davon ist modern ausgerüstet, und China wird für lange Zeit nicht imstande sein, die moderne Ausrüstung seiner Armee aus eigener Kraft vorzunehmen. Ähnliches würde für die Armee eines selbständigen Indiens gelten.

So bleiben also nur die „3 Großen“, die Vereinigten Staaten, England, die SU. Von ihnen haben die Sowjetunion und England das stärkste wirtschaftliche Interesse am Abbau der Rüstungen. Die Sowjetunion, weil sie die am schwersten durch den Krieg geschädigte unter den Dreien ist und jeden

Mann für den wirtschaftlichen Wiederaufbau braucht. England ist weniger durch den Krieg geschädigt. Aber auch für England besteht ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis, möglichst viele seiner heute noch im Dienst befindlichen Soldaten in die Wirtschaft zurückzuführen und die finanziellen Lasten seiner Rüstung abzubauen. Im Verhältnis zu den beiden anderen Mächten lasten die Rüstungen natürlich auf den Vereinigten Staaten weniger, aber bei alledem stellen sie auch für die Vereinigten Staaten eine nicht leicht zu nehmende Belastung ihrer Staatsfinanzen dar. Sie sind ein Hauptelement der Steigerung der Steuerlast für Arbeiter, Angestellte und Farmer im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege.

Und, was vielfach in Europa übersehen wird, es handelt sich nicht nur um die Rüstungen in den Vereinigten Staaten selbst. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten schließt in der Perspektive die Ausrüstung großer Heere in China und Japan durch die Vereinigten Staaten ein. Ferner haben die Vereinigten Staaten damit zu rechnen, daß sie zu gegebener Zeit die Hauptwaffenlieferanten Englands sein müssen. Diese Perspektiven aber schreiben den Vereinigten Staaten bestimmte Grenzen der Rüstungen im eigenen Lande vor. Dazu kommt noch in den Vereinigten Staaten das Fehlen einer militärischen Tradition im Volke. Die äußert sich in den Vereinigten Staaten unter anderem in dem starken Drang der im Ausland stationierten amerikanischen Truppen, wieder nach Hause zu kommen. Dasselbe ist bei den englischen Truppen in Übersee der Fall. Diese Stimmungen üben zweifellos einen starken Druck auf die entsprechenden Regierungen und Parlamente aus.

Aus alledem geht hervor, daß der Abbau der Rüstungen in den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten auf die relativ geringste Neigung stößt und daß es von ihnen entscheidend abhängt, ob ein gemeinsamer Abbau der Rüstungen überhaupt zustande kommt. Tatsächlich haben die bisherigen Verhandlungen den stärksten Widerstand gegen einen Abbau der Rüstungen eben auf der Seite der Vereinigten Staaten gezeigt.

Dazu kommt noch die weitere Schwierigkeit, daß die allgemeine Abrüstung auf die Tatsache stößt, daß die Vereinigten Staaten in der Atombombe eine Waffe besitzen, der bisher keine gleichwertige auf der Gegenseite entspricht. Diese Waffe mag allein genommen nicht die Kriegsentscheidung durchführen können, aber sie kann sie wesentlich vorherbestimmen. Es genügt, sich zu überlegen, was beispielsweise schon die Vernichtung der wichtigsten Ölzentren durch Atombomben für die Entscheidung im modernen Krieg bedeuten würde.

So ist klar, daß die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten das Monopol dieser Waffe nicht aus der Hand geben werden, ohne zu versuchen, entsprechende Machtäquivalente zu erhalten. Das eben bedeutet der Versuch des Baruch-Planes, das Vetorecht für eventuelle Zwangsmaßnahmen

gegen Verletzungen des Atomabkommens aufzuheben.⁶⁾ Die Aufhebung des Vetorechtes auf diesem Gebiet würde praktisch dem angelsächsischen Block die unbeschränkte Verfügung über die militärische Hilfe aller anderen Staaten gegen die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen Staaten beinahe automatisch sichern.

Es ist auch klar, daß die Vereinigten Staaten schwerlich einem praktischen Schritt zum Abbau der Rüstungen zustimmen werden, ehe nicht die „Deutsche Frage“ in einem für sie befriedigenden Sinne gelöst ist; denn sie ist die zentrale Machtfrage in Europa.

Jeder allgemeine Abbau der Rüstungen legt ein bestimmtes militärisches Kräfteverhältnis für eine bestimmte Zeit fest. Eine solche Festlegung wirkt zu Ungunsten derjenigen Macht, die materiell imstande ist, rascher aufzurüsten als ihre Konkurrenten. Das sind heute zweifellos die Vereinigten Staaten.

Und schließlich, vom Standpunkt des Klassenkampfes gesehen, haben die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten kein Interesse daran, die Rüstungslasten der Sowjetunion zu erleichtern und damit die Beschleunigung ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Hebung der allgemeinen Lebenshaltung zu ermöglichen.

So starke Kräfte also auch auf den Abbau der Rüstungen hindrängen, so starke Hindernisse stehen ihm auch entgegen, so daß das Endergebnis dieser Auseinandersetzungen sich heute noch nicht absehen läßt.

Aber ein solcher Abbau kann nicht von vornherein als unmöglich betrachtet werden; wenn es auch eine Illusion wäre, zu glauben, daß auf diese Weise die Kriegsgefahr aus der Welt geschaffen werden könne, so lohnt es sich doch für die internationale Arbeiterklasse, sich für den Abbau der Rüstungen einzusetzen, wenn er die Kriegsgefahr auch nur etwas hinauschiebt und ihre steuerliche Belastung etwas erleichtert.

Ihre Hauptanstrengung muß aber nach wie vor dem Durchbruch zum Sozialismus gelten, denn er allein kann die Kriegsgefahr wirklich und endgültig aufheben.

3. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Eine Umfrage des bekannten Gallup-Institutes in den Vereinigten Staaten ergab, daß 74% von befragten Arbeitern und 69% gewerkschaftlich Organisierter gegen die Schaffung einer dritten Partei (neben den zwei traditionellen Parteien der Republikaner und Demokraten) sind. Diese Tatsache zeigt, wie weit noch entfernt die amerikanischen Arbeiter von dem Gedanken einer selbständigen politischen Organisation sind. Der frühere Handelssekretär, Wallace⁷⁾, dagegen ruft auf, einen „fortschrittlichen Flügel“ in der demokratischen Partei zu bilden. Auch in der Republikanischen Partei scheinen Bemühungen im Gange zu sein, die „fortschrittlichen“ Elemente zu sammeln.

An dem Wettlauf nach der Südpolargegend (Antarktis) beteiligen sich nicht weniger als 8 Nationen, darunter auch die Sowjetunion. Allem Anschein nach handelt es sich nicht zuletzt um die Suche nach Uranium, dem Element, das der Ausgangspunkt für die Herstellung der Atombombe ist. Ferner aber sind die Südpolargegenden ein Übungsfeld für die Kriegsführung unter arktischen Bedingungen. Die Ansprüche der verschiedenen Staaten auf die Antarktis (die im Gegensatz zur Nordpolargegend eine große von Eis bedeckte Landmasse ist), sind noch nicht definitiv international geregelt. Das internationale Wettrennen nach dem Uranium spricht nicht für das baldige Bestehen der Abschaffung der Atombombe.

*

Die Bildung einer ausschließlich aus Sozialisten bestehenden Regierung mit Leon Blum an der Spitze bestätigt in ihrer Weise, daß die gegenwärtige Parteilage in Frankreich keine wirkliche Lösung der Regierungsfrage erlaubt.⁸⁾ Der General de Gaulle hat eingegriffen mit einer Erklärung, daß er unter der gegenwärtigen Verfassung nicht für die Präsidentschaft kandidieren werde. Er fordert wieder die Revision der Verfassung im Sinne der Stärkung der Präsidentschaftsgewalt. Zugleich erklärt er sich scharf gegen die politischen Parteien überhaupt. Das ist die kaum verhüllte Anmeldung einer Rechts-Diktatur.

Lieber Freund Boserup, Habana-Vedado, 10. Jan. 1947

noch meine nachträgliche Gratulation zum Neuen Jahre! Und besten Dank für Ihre Bemühungen um das Russenmanuskript...

Sind Ihnen in Kopenhagen die amerikanischen Schriften über "full employment" zugänglich? In der Dezembernummer von "Harprecht monthly" ist ein Artikel darüber von Graham sowie eine Reihe von Zuschriften, darunter von Stuart Chase mit zahlreichen Literaturangaben.

Beiliegend die Nr. 5 der "Übersicht" für Dez....

Mit den besten Grüßen, Ihr A.Th.

Lieber Fritz, Habana-Vedado, 16. Jan 1947

... Daß die letzte Übersicht so spät bei Dir eingetroffen ist, lag vermutlich daran, daß sie der Portoersparnis halber über die USA ging und daß sie in den Weihnachtsverkehr kam. Hoffentlich kommt diese, die ich heute abschicke, rascher an....

Die von den Parisern vorgeschlagene Änderung in der November-Übersicht ist mehr als überflüssig. Für uns ist die Frage noch

offen, was aus der KPF werden kann und wie konkret die Partei geschaffen werden kann, die die französische Arbeiterklasse braucht. Der springende Punkt ist jedenfalls ihre Abhängigkeit von den Russen. Also lasse den alten Text, wenn das noch geht...

Die Mitteilungen, die Du über Schumachers Auftreten in England machst, sind sehr interessant. Das zeigt klar, welche Rolle die SPD spielt....

Deine Erzählung über Job-Suche und Stimmungen der Arbeiter im Betrieb sind sehr interessant. In welcher Richtung suchen die Leute den Ausweg aus der rotten Situation ihrer Partei? Wie reagieren sie auf die Labour-Rebellen im Parlament? Also Mr. Lasky scheint bei den Proleten abgewirtschaftet. Das ist schon etwas.

Kann man eine authentische Festlegung der Erklärung des "Holländers" haben, daß, wer für den Sozialismus eintrete, nicht nach Deutschland zurückdürfe! Das wäre sehr wertvoll für Deutschland! Ebenso eine dokumentierte Zusammenstellung über das Auftreten Schumachers in England. Wie wäre es, wenn Du das zusammenstelltest und nach Paris und Kopenhagen zur weiteren Verwendung schickst?

Beste Grüße, Aug.

AUSLAND

Gromyko sprach englisch

Und Baruch siegte „moralisch“

Mit 10 zu 0 Stimmen nahm der Atomenergie-Ausschuß in New York den USA-Plan für internationale Atomkontrolle an. Rußland und Polen enthielten sich der Stimme.

In der Schlußsitzung fing der Vertreter Rußlands, Andrei Gromyko, plötzlich an, englisch zu sprechen. Er bediente sich nicht nur dieser für ihn ungewohnten Sprache. Er versuchte auch wiederholt, den Vertreter der USA, den 76jährigen Bernard Baruch, direkt anzuschauen und ihn gleichsam unmittelbar anzusprechen. Trotzdem blieben die russischen Einwendungen unberücksichtigt.

Baruch ist der Vater des auch nach ihm benannten Fünf-Punkte-Plans. Nach ihm soll eine internationale Kontrollbehörde errichtet werden, deren Aufgabe es ist, die ausschließliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke sicherzustellen.

Umstritten blieb bis zum Schluß eigentlich nur der zweite Punkt. Kein Staat, heißt es in ihm, soll das Recht haben, durch ein Veto die Durchführung der Kontrolle zu behindern.

Dieser Vorschlag, sagte Gromyko, verstoße gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen. Trotz dieses Vorbehaltes habe Rußland nichts dagegen einzuwenden, den Plan Punkt für Punkt durchzugehen.

Obwohl er direkt angesprochen wurde, enthielt sich Baruch in der Sitzung jeder Äußerung. Erst später, als sein Plan angenommen und damit an den Sicherheitsrat weitergeleitet war, sprach er von „einem moralischen Sieg“.

Vielleicht war es dieser Erfolg am vorletzten Tage des alten Jahres, der den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, zu einem hoffnungsfreudigen Ausblick auf 1947 veranlaßte. Vielleicht aber hatte es ihn auch nur erfreut, daß Brasilien als erste und bisher einzige Nation schon den vollen Jahresbeitrag zur UNO in Höhe von 1 250 887 Dollar für 1946 und 1947 eingezahlt hat.

Trygve Lie sieht keinen Grund, daß bei den Friedensvertragsverhandlungen mit Deutschland und Japan größere Mei-

nungsverschiedenheiten hervortreten könnten, als bei den Verhandlungen über die Verträge mit den Mitläufer-Staaten.

Lies Zuversicht wird sich bald bewahrheiten müssen. Am 10. Januar treten die Stellvertreter der Außenminister in London zusammen. Vertreter des englischen Außenministers Bevin wird Sir William Strang sein. Dieser 54jährige Schotte führte im Sommer 1939 die englische Delegation, die sich damals vergeblich um einen Vertragsabschluß in Moskau bemühte.

Bis zum 25. Februar sollen die Vertreter der Außenminister ihren Bericht fertiggestellt haben. Daß sie schon einen Vertragsentwurf ausarbeiten werden, erwartet niemand.

Wiener Werben

Aber nur im Rahmen der UNO

Oesterreichs Außenpolitik ist aktiv. Der Minister des Äußeren, Dr. Gruber, ist ein eifriger diplomatischer Reisender seines Landes. Mit Dr. Kleinwächter in Washington und Norbert Bischoff in Moskau hat er zwei wichtige Gesandtenposten neu besetzt.

Von den demnächst stattfindenden Besprechungen der Außenminister-Stellvertreter in London erhofft Oesterreich die Erfüllung folgender Punkte: volle politische und wirtschaftliche Souveränität; Anerkennung des österreichischen Eigentums auch in den Nachbarländern; ein österreichisches Heer von 30 000 Mann; die Grenzen von 1937; Festlegung der Rückforderungsansprüche Oesterreichs an Deutschland im Staatsvertrag; Anhören der österreichischen Vertreter bei Abfassung des Vertrages.

Die inneren Verhältnisse des Landes leiden, wie die Regierung Dr. Figl bei jeder Gelegenheit betont, unter der Vierzonenaufteilung. Vier Besatzungsmächte sind für den kleinen Staat eine schwere Last. Um so mehr bemüht sich Wien, die politische Verbindung mit der Außenwelt herzustellen. Es wird in diesem Bestreben vor allem von den USA und Großbritannien unterstützt.

Die Erklärung der Vereinigten Staaten spricht in diesem Sinne: „Oesterreich wird als befreites Land und nicht als ehemaliger Feindstaat betrachtet. Als befreitem Land werden die Vereinigten Staaten Oesterreich alle jene gesetzlichen,

verwaltungsangelegenheiten befreiten G sind.“

Ebenso tr Grundsatz hängigkeit („Isolierung“, Renner hat süddeutsche reichischer klärte, daß lungen wolle Die österrei im Rahmen

Hierzu sa auswärtige außer der baren raschi gar nicht werden n irgendwelc dem Wun Wenn ich unter die aus der jeglicher Friedens dann ni Freunds nationale

Blum

Frankre

In der v Ivor der lung ab finden sic künftig zu der neuen

Die fran wiederholt territoriale Ruhr sind, allein dar er stehen de Zonen zu v haben die verlassen. gierungserk binetts klar seits die Ru gen die S Energie wi

DER TAGES SPIEGEL

Verlag: Der Tagesspiegel G. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Berlinische Straße 103/104. Druckerei: Verlag, Berlinische Straße 103/104. Anzeigen-Abteilung: Berlinische Straße 103/104. Telefon: Berlin 10 11 11. Telegramm: Tagesspiegel Berlin. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Redaktion: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Abonnements: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Einzelhefte: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark. Einzelhefte: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark. Einzelhefte: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark.



Vertrieb: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark. Einzelhefte: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark. Einzelhefte: Berlinische Straße 103/104. Postfach: Berlin 10, Postfach 1111. Preis: 1 Mark.

NR. 268 / 2. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 21. JANUAR 1947

20 PFENNIG 4 268/272

Italiens Kabinett zurückgetreten

Rom, 20. Januar (UP)

Die durch die Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens in den letzten Tagen sichtbar gewordene Krise hat jetzt dazu geführt, daß der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht hat. Die Regierung war insgesamt sechs Monate im Amte, und de Gasperi hat während seines Besuches in Amerika durch direkte Verhandlungen mit dem inzwischen zurückgetretenen amerikanischen Außenminister Byrnes nicht unbeträchtliche Erleichterungen für Italien erzielt. Jetzt hat er in einer Pressekonferenz erklärt, daß er nicht fähig sei, mit der augenblicklichen politischen Situation in Italien fertig zu werden. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen die Kritik, die von den Kommunisten an seiner Amerikareise geübt worden ist. Er wies den Vorwurf zurück, daß Italien durch Abmachungen, wie er sie mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika getroffen habe, seine Unabhängigkeit verlieren werde. De Gasperi, der vor seinem Rücktritt noch eine längere Unterredung mit dem Führer des einheitsfreundlichen Flügels der Sozialistischen Partei, Nenni, gehabt hat, verwahrte sich gegen die Behauptung, er sei antikommunistisch. Die Kommunisten, so meinte er, spielten eine doppelte Rolle. Sie seien zwar in der Regierung vertreten, aber gleichzeitig versuchten sie, deren Arbeit zu sabotieren. Unter solchen Umständen halte er es für angebracht, den Weg für ein neues Kabinett und damit für eine Klärung der politischen Lage frei zu machen.

Der bisherige italienische Außenminister Nenni hat bekanntgegeben, daß Italien in einer Note an die Großen Vier eine Revision des italienischen Friedensvertrages verlangt habe. In der Note heißt es, der Vertrag beleidige das italienische Nationalbewußtsein, und Italien sehe sich genötigt, entschiedene Vorbehalte zu machen. Es wird darum gebeten, eine Revision des Vertrages durch zweiseitige Verhandlungen mit den interessierten Staaten zuzulassen.

Krise der Ideen und Parlamente

Zur innenpolitischen Situation Italiens und Frankreichs

8 Durch de Gasperis Rücktritt ist die politische Krise, in der sich Italien schon seit längerer Zeit befindet, offensichtlich geworden. Es handelt sich weniger um einen plötzlichen Krankheitsanfall, als um ein ererbtes Uebel, dessen Entstehen zumindest auf den Zeitpunkt zurückdatiert werden kann, da Italien aus einem Kriegswegen in den anderen umstieg. Noch ungünstiger als im besetzten Deutschland wirkt hier der Mangel einer Revolution, eines klärenden Gewitters. Die Parteien formierten sich nicht im Kampfe, sie wuchsen nicht, sondern wurden konstruiert, und wenn man es genau nehmen will, müßte man sagen, sie wurden neu belebt. Eine Folge dieses Umstandes ist es, daß sie ihr Wirken in der Öffentlichkeit weder mit ausgeprägten Sympathien noch Antipathien begannen und die eigenen Grenzen wie die der anderen nicht deutlich genug sahen. Die Spaltung in der Sozialistischen Partei war schließlich das erste Zeichen dafür, daß man auf die Dauer nicht unges... die... unges...

Ein „kluger politischer Schritt“

DENA-Reuters Washington, 21. Januar
Amerikanische Regierungsvertreter bezeichneten am Montag den Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi als einen „klugen, politischen Schritt“ und gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, dass de Gasperi erneut die Leitung des nächsten italienischen Kabinetts übernehmen wird. „Die italienische politische Situation“, fügte ein Sprecher hinzu, „lässt die Frage der amerikanischen Hilfe für Italien unberührt, und alle während des Besuchs de Gasperi in den USA. gemachten Zusicherungen auf Hilfsleistungen wurden ungeachtet des jeweiligen Regierungschefs, wahrscheinlich erfüllt werden“.

Internationale monatliche Übersicht über Januar 1947, Nr. 6

1. Der Fall Italien.

Der Fall Italien verdient besondere Aufmerksamkeit vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes wie von dem der Weltpolitik. Nicht als ob Italien eines der Länder wäre, die eine Bedeutung erster Ordnung hatten für die Entwicklung der sozialistischen Revolution in Europa. Von diesem Gesichtspunkt aus sind sicher England, Frankreich und das ehemalige Deutschland gewichtiger. Das besondere Interesse des Falles Italien beruht darauf, daß wir hier ein größeres Land vor uns haben, über das die Weltmächte, das heißt die Vereinigten Staaten und England, bisher ungeteilt und ausschließlich verfügt haben. In Deutschland konnten die Weltmächte für ihr Versagen immer den Vorwand und Einwand anführen, daß sie durch Rußland gehemmt und gehindert seien, die Segnungen der „Demokratie“ voll zu entwickeln. In Italien fällt dieser Einwand und Vorwand weg. Italien ist also ein reines Beispiel für die Politik der Weltmächte.

Was ist das Ergebnis? Wie ist die Lage Italiens heute? Das ganze Land hungert und friert. Der Hunger herrscht nicht nur im industriellen Norden, sondern auch im agrarischen Süden. Der beste Beweis für das letztere ist, daß dort vielfach die Bauern, durch den Hunger getrieben, Latifundien besetzt und aufgeteilt haben – der Beginn der Agrarrevolution.¹⁾ Im industriellen Norden mußten zahlreiche Betriebe aus Mangel an Kohlen und Rohstoffen eingestellt werden. Es herrscht dort Massenarbeitslosigkeit. Dies sind die Hauptzüge der Wirtschaftslage. Die charakteristischen Züge der innenpolitischen Lage sind, daß die alten Faschisten wieder Mut gefaßt haben und immer kühner auftreten, daß in der Bewegung des „uomo qualunque“ (die Jedermann-Bewegung)²⁾ eine neufaschistische Bewegung an ihre Seite getreten ist und wächst, und daß die christlich-demokratische Partei (Katholiken),³⁾ die gleichzeitig ein Werkzeug des Vatikans und der Westmächte ist und die bisher den Ministerpräsidenten (De Gasperi)⁴⁾ gestellt hat, immer offener korporative Ideen entwickelt und ihren Schwerpunkt auf den rechten konservativen Flügel verlegt.

Wie konnte das so kommen? Man kann nicht sagen, daß England und die Vereinigten Staaten nicht genügend an Italien interessiert seien. Italien ist einer der strategischen Eckpfeiler für die Herrschaft Englands über das Mittelmeer und damit für die Gesamtstrategie des englischen Empire. Die Vereinigten Staaten sind an der Erhaltung dieses strategischen Eckpfeilers

voll interessiert. Man kann auch nicht sagen, daß die Westmächte nicht die materiellen Mittel gehabt hätten oder haben, um Italien wirtschaftlich rasch wieder auf die Füße zu stellen, so die bürgerlich-kapitalistische Ordnung wieder zu befestigen und somit ihre Machtstellung im Lande zu unterbauen. England hatte zwar weder finanziell noch materiell die Mittel, um Italien wirtschaftlich ausreichend unter die Arme zu greifen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vereinigten Staaten die Mittel hatten und haben: Kredite, Lebensmittel, Rohstoffe, Brennstoffe usw.

Die Westmächte hatten also sowohl das Interesse wie die Mittel, um Italien rasch wieder auf die (kapitalistischen) Beine zu stellen. Keine dritte Macht war imstande, sie daran zu hindern. Im Innern konnten sie diktatorisch über das Land verfügen. Die sogenannten italienischen Regierungen unter dem Besatzungsregime waren bloße Schatten⁵⁾, und sie hatten keinerlei Interesse daran, die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes zu hindern oder zu hemmen.

Wieso waren dennoch die Westmächte nicht imstande, die materiellen Grundlagen für ihre Ordnung im Lande zu schaffen?

Die Antwort darauf hat nicht nur lokale Bedeutung für Italien. Sie hat allgemeine Bedeutung für ganz Europa und darüber hinaus. Die Ursachen sind weder mangelnde Interessiertheit, noch mangelnde materielle Mittel, es sind die der kapitalistischen Ordnung innewohnenden Widersprüche, die das Werk der Wiederaufrichtung Italiens nicht haben gelingen lassen. Im Falle Italiens kann man diese Widersprüche im Einzelnen feststellen.

Zuerst ein Umstand allgemeiner Art. Im Kriege verfügten die kapitalistischen Regierungen in zentralisierter, planmäßiger und diktatorischer Weise über die gesamte Wirtschaft ihrer Länder: Produktionsmittel, Rohstoffe, Treibstoffe, Lebensmittel, Arbeitskräfte, Transportmittel, Finanzen. Nur so war eine so ungeheure organisatorische Leistung möglich wie die Landung einer Zwei-Millionen-Armee an der französischen Küste und ihre Versorgung mit Munition, Treibstoffen, Lebensmitteln usw.⁶⁾

England behielt einen erheblichen Teil dieses staatlichen Kontroll- und Leitungsapparates nach dem Kriege bei, aber es verfügte nicht mehr über die materiellen Mittel für die Versorgung der notleidenden Länder. Die Vereinigten Staaten bauten diesen Apparat nach dem Kriege ab. Sie verfügen über die materiellen Mittel, aber nicht mehr über den zentralisierten Apparat, der so rasche und umfassende Versorgungsleistungen möglich macht, wie sie im Kriege stattfinden. Die privat-kapitalistischen Apparate, die an die Stelle des staatlichen Leitungsapparates getreten sind, sind unfähig zu solchen großzügigen Leistungen wie sie nötig wären. Und mehr noch:

Es sind nicht nur die privat-kapitalistischen Organisationen, es sind vor allem die privat-kapitalistischen Interessen, die solche Leistungen im Frieden verhindern.

Nehmt etwa das Verhältnis der Besatzungsmächte zur italienischen Industrie. Einerseits wirkte sich hier das Bestreben der englischen Industrie aus, diejenigen italienischen Industrien lahm zu legen, die ihr Exportkonkurrenz machen konnten. In dieses Kapitel gehört auch die Wegschaffung großer Mengen Rohstoffe und Fabrikeinrichtungen nach England. Bei der amerikanischen Industrie spielte die Niederhaltung der italienischen Exportkonkurrenz nicht diese Rolle wie bei der englischen. Dafür geht das Hauptbestreben der amerikanischen Finanzleute dahin, in der italienischen Industrie Fuß zu fassen, sie zu übernehmen. Aber um die italienischen Industriellen dem gefügig zu machen, war eine Hungerkur nötig. So wirkten amerikanische und englische kapitalistische Interessen von verschiedenen Beweggründen aus in derselben allgemeinen Richtung.

Nehmt das Verhältnis zur italienischen Landwirtschaft. Im Süden Italiens herrscht die halbfeudale Latifundienwirtschaft vor. Der Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion hängt entscheidend ab von der radikalen Beseitigung dieser Latifundienwirtschaft, und das heißt, von der Durchführung der Agrarrevolution. Es bedarf hier keiner weiteren Begründung, um zu verstehen, daß das nicht nur nicht die Sache des englischen und amerikanischen Kapitals sein kann, sondern gerade umgekehrt, ihre Verhinderung. Die Klasse der feudalen Latifundienbesitzer wurde im Süden Italiens die gesellschaftliche Hauptstütze des Besatzungsregiments. Weiter, die gesamte italienische Landwirtschaft brauchte und braucht, um wieder hoch zu kommen, vor allem neue und mehr landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Düngemittel. Woher nehmen bei der Lahmlegung der italienischen Industrie? So greift eines in das andere. Das Ergebnis ist das hungernde arbeitslose Italien, das wir heute vor uns sehen. Über allem, was hier getan wird, steht das bekannte Motto: „Zu wenig und zu spät.“

Die italienischen Anleiheverhandlungen in den Vereinigten Staaten stehen unter demselben Motto.⁷⁾ Die als Kredit bereitgestellte Summe ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Weitere Kredite sind aber an die Vorbedingungen der Aufrechterhaltung der politischen „Stabilität“, das heißt der bürgerlichen Klassenherrschaft, gebunden. Woher kann aber bei diesem Massenelend die politische Stabilität kommen?

Die allgemeine politische Wirkung ist die fortschreitende Polarisierung der Klassen. Auf dem einen Pol die alt- und neofaschistischen und die klerikalischen Kräfte, auf dem andern die sozialistisch-kommunistische Arbeiterbewegung, wobei auf dieser Seite die kommunistische Partei führend ist. Die Spaltung der sozialistischen Partei Italiens auf ihrem letzten Parteitag⁸⁾ ist eine der Erscheinungen dieser fortschreitenden Polarisierung.

Würde man Italien für sich betrachten und von dem internationalen Kräfteverhältnis der Klassen und Staaten absehen, so könnte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß dort die inneren Kräfte herangereift sind oder

doch im Heranreifen sind, damit die Arbeiterklasse die Macht übernehmen könnte. Aber man kann von diesem internationalen Kräfteverhältnis nicht absehen. Italien ist, wie bereits bemerkt, einer der Eckpfeiler des strategischen Systems des amerikanisch-englischen Imperialismus. Dieser Eckpfeiler wird mit Nägeln und Zähnen verteidigt werden. Bei diesem Kräfteverhältnis spielt natürlich die amerikanisch-englische Flotte eine Hauptrolle. Der Abzug der englischen und amerikanischen Besatzungstruppen aus Italien, der nach dem formellen Abschluß des Friedensvertrages vorgesehen ist, ändert wenig an diesem internationalen Kräfteverhältnis. Dieser Widerspruch zwischen dem Kräfteverhältnis der Klassen im Innern Italiens und dem internationalen Kräfteverhältnis gibt den Schlüssel zu vielen innenpolitischen Erscheinungen Italiens im allgemeinen und seiner Arbeiterbewegung im besonderen, die sonst unbegreiflich wären. Dieser Grundwiderspruch muß unvermeidlich zu zahlreichen politischen Widersprüchen und Abnormitäten im Einzelnen führen. Diese Widersprüche müssen sich so lange weiter häufen und verwickeln, bis entweder die internationale Gesamtlage ihre wirkliche Lösung möglich macht - oder das Land versumpft. Es bedarf keines übermäßigen Scharfsinns, um zu sehen, daß der Fall Italiens kein Einzelfall ist, sondern typische Züge enthält.

2. Vorgefachte um den Friedensschluß mit Deutschland und Österreich.

In London tagt eine Kommission von Vertretern der Außenministerien der „Vier Großen“, um die Verhandlungen über die Friedensabschlüsse mit Deutschland und Österreich vorzubereiten, die die entsprechenden vier Außenminister im März in Moskau beginnen sollen.⁹⁾ Wir wollen hier in aller Kürze einige der Fragen behandeln, die bei diesen Vorverhandlungen aufgetaucht und an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Um zu verstehen, was hier vorgeht, bedarf es geradezu eines Schlüssels, denn die Form, in der die Fragen gestellt und verhandelt werden, ist von dem wirklichen Inhalt meist weit entfernt. Da die Vorverhandlungen sozusagen bei halb offenem Fenster stattfinden, da diese Halböffentlichkeit von allen Seiten als diplomatische Waffe gebraucht wird, so wird natürlich nicht die direkte und offene Sprache der wirklichen Interessen und Ziele geführt, um die es sich dreht, sondern alles wird in dem Jargon der zur Zeit üblichen Zeitungs- und Radiopropaganda übersetzt, das heißt maskiert, entstellt und gefälscht.

So wird zum Beispiel scheinbar um die Unabhängigkeit Österreichs gekämpft.¹⁰⁾ Jeder politische ABC-Schütze versteht, daß unter den heutigen Umständen von der Unabhängigkeit Österreichs im wirklichen Sinne des Wortes weder wirtschaftlich noch politisch die Rede sein kann. Die Westmächte, die Vereinigten Staaten und England, fordern eine spezielle Garantie der Großmächte für die „Unabhängigkeit“ Österreichs. Das würde nichts anderes bedeuten, als die vertragliche Festlegung des Rechts der jeder-

zeitigen Einmischung der Großmächte in die Angelegenheiten Österreichs, wobei die Westmächte damit rechnen, daß sie über die stärkeren Trümpfe verfügen. Diese scheinbare Garantie der „Unabhängigkeit“ soll in Wirklichkeit die Abhängigkeit Österreichs von den Westmächten garantieren. Die Russen lehnen diese „Garantien“ ab. Dafür schlagen sie eine Vertragsklausel vor, die wieder den „Anschluß an Deutschland“ für alle Zukunft verbieten soll, ähnlich der Vertragsklausel nach dem Ersten Weltkrieg. Nun ist heute und für längere Zeit ein Anschluß Österreichs an Ex-Deutschland überhaupt keine ernsthafte Frage. Gemeint ist natürlich der Anschluß Österreichs an den Block der Westmächte (etwa über einen Anschluß an die deutsche Westzone oder ein überwiegend von den Westmächten beeinflusstes Gesamt-Deutschland), wie auf der anderen Seite natürlich der Nichtanschluß an die Sowjetmacht-Sphäre gemeint ist.

In Bezug auf Deutschland hat Amerika den Vorschlag gemacht, dem Frieden mit Deutschland nicht die Form eines regulären diplomatischen Vertrages zu geben, sondern die eines „internationalen Friedensstatuts“. Der Unterschied, auf den es hier ankommt, ist der, daß ein Friedensvertrag natürlich von einer deutschen Regierung oder jedenfalls von einer Stelle, die für den deutschen Vertragsteil Verantwortung übernimmt, förmlich angenommen und unterschrieben werden muß. Ein internationales Statut bedarf natürlich keiner solchen formellen Annahme oder Unterschrift. Die amerikanische Begründung war die, daß eine „demokratische“ deutsche Regierung, die den geplanten Friedensvertrag annehme, in Gefahr stehe, von einer nationalistischen und reaktionären Welle früher oder später weggeschwemmt zu werden, wie etwa die Weimarer Republik wegen der Annahme des Versailler Vertrags durch den Nazismus überrannt worden sei. Die Engländer sekundierten hier den Amerikanern. Die Russen lehnten den Vorschlag ab. Eine öffentliche Begründung dafür wurde nicht gegeben. Für das deutsche Volk ist die Frage der völkerrechtlichen Form des Friedensschlusses weniger wichtig als die seines Inhaltes. Von seinem Standpunkt aus ist aber die Vertragsform der Statutform vorzuziehen. Die Statutform hat den Nachteil,

1. daß von ihr aus keine völkerrechtliche Notwendigkeit besteht, überhaupt eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden,
2. daß diese Form eine spätere Revision des Friedensschlusses erschwert und verzögert, da diese Revision dann nicht erfolgen kann durch Verhandlungen einer deutschen Regierung mit anderen Regierungen, sondern nur durch Verhandlungen der vielen Träger des internationalen Statuts unter sich.

Ein internationales Statut schaltet die deutsche Nation als völkerrechtliches Subjekt aus, sie bleibt unter ihm lediglich völkerrechtliches Objekt, über das die Siegerstaaten einseitig verfügen können.

Die völkerrechtliche Form ist zwar kein absolutes Hindernis, aber jedenfalls eine Erschwerung künftiger Revision der Friedensbestimmungen. Wenn

die Westmächte verhüten wollen, daß eine künftige deutsche Regierung infolge unerträglicher Friedensbestimmungen weggeschwemmt wird, so haben sie es ja in der Hand, den Inhalt eines Friedensvertrages so zu fassen, daß er für das deutsche Volk erträglich und annehmbar ist.

Vor allem ist notwendig, daß die deutsche Arbeiterklasse bei dem Friedensschluß der internationalen Arbeiterklasse öffentlich ihren Standpunkt zu Gehör bringt. Sie ist nicht so ohnmächtig, wie es scheint. Ihre Macht beruht darauf, daß sie die Trägerin der Produktion ist. Die deutsche Produktion wird aber gebraucht von den Siegern wie von ganz Europa. Zwar können die Sieger die deutschen Arbeiter zeitweilig unter Sklavenbedingungen arbeiten lassen (vielmehr unter Bedingungen, die unter denen des Sklaven stehen, denn der Sklave wird wenigstens von seinem Herrn ernährt), aber Sklavenarbeit ist erfahrungsgemäß wenig produktiv.

Die wichtigsten Forderungen vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse, die zugleich im Interesse der internationalen Arbeiterklasse liegen, sind:

1. Die rascheste, vollständige und gleichzeitige Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden.
2. Die volle Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes. Darin ist eingeschlossen, daß das deutsche Volk über seine künftige Staatswirtschafts- und Gesellschaftsform frei und ausschließlich selbst bestimmt.
3. Rückgängigmachung aller Annexionen von Gebieten der früheren Weimarer Republik. Da, wo nationale Minderheiten Einspruch dagegen erheben – freier Volksentscheid über die nationale und staatliche Zugehörigkeit, Verzicht auf jede Kriegsentschädigung im eigentlichen Sinne des Wortes. Keine sozialistische oder kommunistische Partei kann in diesen Fragen andere Grundsätze anerkennen, als diejenigen, die am 8. November 1917 durch Dekret der Sowjetregierung unter dem Vorsitz Lenins allen damals kriegsführenden Regierungen und Völkern als wahrhaft demokratische Friedensbedingungen vorgeschlagen worden sind.¹¹⁾
4. Die deutsche Arbeiterklasse kann aber ihren Blick nicht auf das eigene Land beschränken. Ihr Gesichtspunkt muß der des internationalen proletarischen Interesses sein. Nur so kann sie auch hoffen, das Gehör der Arbeiterklassen und der Werktätigen anderer Länder zu finden. Sie kann daher die Augen nicht verschließen vor den ungeheuren Zerstörungen und Ausplünderungen, die die deutsche Kriegsmaschine in anderen Ländern angerichtet hat. Darum muß sie sich bereit erklären zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas, auf Grund von Vereinbarungen als Freie und Gleiche, auf der Grundlage von freier und nicht von Sklavenarbeit.
5. Darin eingeschlossen ist die Freilassung und Heimsendung aller Kriegsgefangenen und aller deutschen Zwangsarbeiter im Ausland, Gleichstellung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung für alle freiwilligen deutschen

Arbeiter im Ausland mit denen der einheimischen freien Arbeiter der entsprechenden Kategorie und Qualifikation.

Es ist klar, daß diese grundsätzlichen Forderungen heute keine Aussicht haben, sich vollständig durchzusetzen. Es gilt heute in Deutschland diese Forderungen aufzustellen, zu propagieren und international anzumelden, um die Kraft zu schaffen, die sie durchsetzen kann.

3. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich wird hell beleuchtet durch die Tatsache, daß bei den jüngsten Kämpfen in Indochina die Amerikaner die französische Regierung ersuchten, so schnell wie möglich zu einem Abkommen mit den Indochinesen zu kommen.¹²⁾ Das französische Vorgehen in Indochina paßt im übrigen schlecht zu den Zusicherungen, die den Kolonialvölkern in der neuen Verfassung, die Frankreich sich gegeben hat, gemacht werden.¹³⁾ Französische Linksblätter hatten längst vor dem Ausbruch der neuen Kämpfe in Indochina vor provokatorischen Absichten dort kommandierender französischer Militärs gewarnt und ihre sofortige Abberufung verlangt.

*

Der Rücktritt der spanischen Exil-Regierung Giral¹⁴⁾ hängt nach den vorliegenden Berichten offenbar mit Bestrebungen zusammen, durch Ausschluß der Kommunisten und weitere Orientierung der neuen Regierung nach rechts, sich den Westmächten anzupassen. In Spanien selbst verschlechtert sich die Wirtschaftslage weiter, den Textilarbeiterstreiks in Barcelona sind Streiks in Madrid gefolgt, unter den Industriellen verstärkt sich der Gegensatz zur Regierung, unter den Militärs vermehren und verschärfen sich die Differenzen.

*

Nach den Wahlen in Polen haben die Vereinigten Staaten und England neue Protestnoten an die polnische Regierung geschickt.¹⁵⁾ Bei der Beurteilung der Wahlen in Polen muß man sich vor Augen halten, daß tatsächlich der Bürgerkrieg im Lande herrscht und daß unter diesen Umständen das Verlangen nach der Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln auf die tatsächliche und moralische Unterstützung der Konterrevolution im Lande hinausläuft, so wie in Rußland während des Bürgerkrieges die Forderung der Konstituante und der bürgerlichen Demokratie die Sammellosung aller gegenrevolutionären Kräfte war.

*

Die Schlußwendungen der Botschaft des Präsidenten Truman an den neuen Kongreß haben mehr als nur rhetorische Bedeutung. Sie lauten:

„Der Geist des nordamerikanischen Volkes kann den Weg der Weltgeschichte vorzeichnen. Wenn wir unsere geliebten Ideale verstärken und

unseren großen Überfluß teilen mit den durch den Krieg verarmten Ländern der Welt, so wird sich der Glaube unserer Mitbürger an die Freiheit über die ganze Erde verbreiten, und die freien Menschen aller Zonen werden unsere Hingebung an diese Ideale teilen.“

Während so der Anspruch auf Weltgeltung und Weltverbreitung der amerikanischen Ideale als selbstverständlich ausgesprochen wird, so sind die leitenden Kreise der Vereinigten Staaten ebenso selbstverständlich nicht bereit, anderen Idealen das Recht zuzugestehen, denselben Anspruch zu erheben.

*

Amerikanische und englische Ölinteressenten haben neue große Abkommen über den Mittleren Osten getroffen. Aus diesen Abkommen wurde Frankreich ausgeschaltet. Es hat gegen diese Ausschaltung protestiert.¹⁶⁾ Die Sowjetunion wird in diesem Abkommen ebenfalls nicht berücksichtigt. Das Ziel dieser Abkommen soll unter anderem sein, durch den Bau riesiger neuer Rohrleitungen den Ölbedarf Europas zu befriedigen. Die internationale Bedeutung und Auswirkung dieser Abkommen ist also außerordentlich groß.

*

Nach monatelangen internationalen Verhandlungen kann heute fast als feststehend betrachtet werden, daß eine einheitliche und wirksame internationale Organisation für rasche und genügende Versorgung der hungernden Länder nicht zustande kommt. Das Zustandekommen einer solchen Organisation wurde verhindert, erstens durch das Bestreben der Mächte, die über Überschüsse verfügen, die Lebensmittel als politische Waffen zu gebrauchen, zweitens durch das Vorwiegen der Sorge um möglichst hohe und sichere Profite.

*

In der Januarnummer der angesehenen amerikanischen Monatsschrift „Atlantic Monthly“ kann man lesen: *Nur amerikanische Lieferungen und Schulungspersonal halten den Bürgerkrieg (in China) im Gange“.*

Die Ursache für diese außergewöhnliche Offenherzigkeit eines führenden bürgerlichen Organs ist wohl darin zu suchen, daß die Fortdauer des Bürgerkrieges in China die Tätigkeit des amerikanischen Kapitals in diesem Lande aufs höchste erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Die Vereinigten Staaten haben jetzt ihre Vertretung aus der offiziellen chinesischen Vermittlungskommission zurückgezogen.¹⁷⁾ Diesem Schritt liegt die Erwartung zugrunde, daß eine Einigung über die Beendigung des Bürgerkrieges durch zeitweilige Ausschaltung der Vereinigten Staaten eher zustande kommen werde, indem sie den „gemäßigten“ Elementen auf beiden Seiten das Übergewicht geben. Die Fortdauer des Bürgerkrieges macht den wirtschaftlichen Ruin des Landes immer tiefer und so die Wirkungsmöglichkeiten des amerikanischen Kapitals in ihm immer fraglicher.

Lieber Fritz,

Habano-Vedado, 8. Febr. 1947

anbei die Monatsübersicht für Januar. Ich bestätige Deinen letzten (nicht datierten) Brief nebst zahlreichen Beilagen. Das Bulletin der English Society habe ich inzwischen bekommen. Es ist nicht sehr wichtig. Könnten wir das letzte Weißbuch der Regierung und auch die Vorlage über die Agrarfrage haben? Aus den hiesigen Berichten ist über die Agrarberichte nicht klug zu werden.

Tut die ILP mehr für die Arbeiterkontrolle der Produktion als bloß in ihrer Zeitung schreiben? Ich sehe, daß auch "New Statesman" die Frage wieder aufnimmt und zwar im Zusammenhang mit der Frage der Hebung der Arbeitsleistung. Ich habe von hier aus den Eindruck, daß die englischen Arbeiter in eine geistige Bewegung geraten sind, wie niemals zuvor seit 48/49.

Die "Übersichten" werden natürlich für England vielfach veraltet sein, wenn sie herauskommen, aber sie sind ja, wie Du weißt, für Deutschland bestimmt, und da stehen die Dinge anders. Dort brauchen wir vor allem Tatsachen, die sie sonst nicht finden, und einen Leitfaden zu ihrem Verständnis.

Die in dieser Übersicht aufgestellten Grundsätze für den Frieden sind kurze Zusammenfassung dessen, was wir bisher gesagt haben. Vielleicht wird es nötig sein, darüber etwas noch Ausführlicheres für Deutschland zu machen.

Schreibe bitte bald wieder, wie Deine Kollegen auf die laufenden Ereignisse im Lande reagieren.

Herzliche Grüße, Aug.

Lieber August!

London NW 6, 13.2.1947

Besten Dank für Deinen Brief vom 8.2.47, den ich gestern erhielt und ausnahmsweise dicht verschlossen war.

Ich nehme Dein Einverständnis an, wenn ich in den Übersichten die Partie über den Lastwagenstreik etwas korrigiere. Ich meine, die Ungewißheit über den Ausgang des Streiks kann hier nicht aufrechterhalten werden, denn die englische Presse hat darüber berichtet. Daß es Euch nicht bekannt ist, ist eine andere Sache. Der Teil über Italien ist sehr gut...

Über die Landfrage werde ich sehen, was ich an Material auf-treiben kann. Betr. der Produktionskontrolle und ILP kannst Du Dich darauf verlassen, daß die ILP im besten Falle aufliest, was jedermann finden kann. Die Produktionskontrolle ist hier auf den Lippen der Arbeiter. In irgendeiner Form das tägliche

Thema der Arbeiter. Von den verschiedensten Gesichtswinkeln aus betrachtet. Es ist die Kritik an den deprimierenden Zuständen, die überall mehr oder weniger in der Industrie ect. herrschen. Es ist, daß der eine zieht und der andere nicht los läßt. Daß der Unternehmer im Vergleich zum Kontinent selbstherrlicher ist, dieses dem gesunden Menschenverstand der Werktätigen weh tut, eine Plage ist, weil man auf Schritt und Tritt darüber stolpert. Man müßte Zeit haben, um die gesamte Kritik der Arbeiter zu sammeln, die durchaus nicht einheitlich, kolossal verschieden ist und auf das verschiedenste hinausläuft. Und doch ist der Unterton: wie kann man die, die oben sind, nach unten bringen. Dabei fehlt aber bisher vor allem, den entscheidenden Schritt in den sogenannten günstigen Situationen zu machen. Es fehlt die Partei. Und doch können die Arbeiter nicht warten bis sie eine Partei haben. Andererseits fehlt das Verständnis, durch entsprechende Schritte und Aktionen die Voraussetzungen für eine Partei zu schaffen. Und der sogenannten Opposition in der Führung der Labour Party einen wirklichen Inhalt zu geben.

Du kommst mir sehr entgegen, wenn Du die gegenwärtige Entwicklung charakterisierst, daß England keine solche Bewegung hatte seit 1848/49. Nur daß ich mir bei meinen geringen historischen Kenntnissen nicht so sicher bin, was die Arbeiter vor dem Ende des Krieges wünschten oder wollten. Daß die Revolution die Luft reinigt, das versuchen sie heute - und dabei sind ihre Vorstellungen unglaublich primitiv, ihre traditionellen Schrullen des "Kleinbürgers" nur langsam abstreifend...

Beste Grüße, Fritz

Brief aus England

Lieber Freund !

London, 26.1.47

Du möchtest gerne wissen, wodurch die Lastwagenfahrer in England ihren beachtlichen Sieg erfechten konnten. Und gleichzeitig meinst Du, daß die englischen Arbeiter einen klaren Weg vor Augen haben. Heute schreibt Gordon Schaffer in der Sonntagszeitung der Konsum-Genossenschaften "Reynold News": "Das Labour- und Cooperative-Movement weiß, daß sie erst noch einen Weg und eine Lösung zu finden haben, um die Nation zu führen, oder abzudanken und zuzugeben, daß die Erreichung des Sozialismus mit demokratischen Mitteln eine Unmöglichkeit ist".

Er stellt weiter die Frage, ob bei allen bisherigen Erfahrungen nicht auch in England der Versuch, den Kapitalismus arbeitsfähig machen zu wollen, nur zur Katastrophe führe.

Das ist sozusagen der Hintergrund der tiefen Unzufriedenheit

unter den Arbeitern im allgemeinen. Sie wollen den Sozialismus. Sie wollen, daß Schluß gemacht wird mit dem, was ihr Land, ihre Industrie, ihr Verkehrswesen, ihre Wohnungen, kurz ihren Lebensstandard heruntergewirtschaftet hat. Die Arbeiter wissen, daß ihre Trade-Unions das Fundament waren, die Wahlen zu gewinnen. Sie wissen aber auch, daß in der Oktoberrevolution die werktätigen Massen von einer Partei, den Bolschewiki, geführt wurden, einer Partei, die nach Programm und Organisation die Arbeiterklasse auf ihre revolutionäre Aufgabe vorbereitet hatte. Sie selber fühlen mehr oder weniger, daß sie im Dreck sitzen. Auf der anderen Seite aber wissen sie nur zu gut, daß sie nur vorwärts marschieren können. Das tun sie, so gut sie es können.

Es ist natürlich nicht so, als ob der letzte Transportarbeiterstreik der einzige Streik in der letzten Zeit gewesen ist. Viel eher kann man sagen, daß ein Streik den anderen ablöst. Aber um es gleich von vornherein zu sagen: Es handelt sich nicht um eine Welle von Massenstreiks. Es scheint vielmehr so zu sein, daß die Arbeiter die ewigen Versprechungen und Hinhaltungen plötzlich satt bekommen und dann den Dreck einfach hinhauen. Aber das ist nicht immer so einfach. Denn es fehlt ihnen in der Regel der Rückhalt in irgendeiner Organisation außer ihrer lokalen Organisation. Dieser Umstand erklärt die häufigen aber fast immer nur lokalen Aktionen der Arbeiter.

Genauso begann der Streik der Lastwagenfahrer. Es war also gar kein Transportarbeiterstreik im allgemeinen Sinne. Die Londoner begannen aus Protest gegen einen Schiedsspruch, der ihre Forderungen in den Wind schlug. Ihnen folgten ihre Kollegen in den anderen Städten, aber immer noch sehr zögernd. Die kapitalistische Presse tobte, daß die Versorgung in Gefahr sei und das Militär mobilisiert werden müsse, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Das Militär als Streikbrecher zu gebrauchen, war der Funke, um die Docker und Marktleute auf den Plan zu rufen. Sie lehnten es ab, mit den Streikbrechern zu arbeiten, aus Solidarität mit ihren streikenden Klassengenossen. Sie waren mit den Soldaten auf sehr freundlichem Fuße. Sie zeigten ihnen teilweise, wie man die Sache macht, unterhielten sich mit ihnen, gingen mit ihnen ein Glas Bier trinken, und umgekehrt haben die Soldaten Sammlungen für die Streikenden durchgeführt und teilweise auch den Meldereiter für die Streikenden gemacht.

In den Docks von London lagen ungefähr hundert Schiffe, die auf Ent- und Beladen warteten, als die Docker in den Streik traten. Dazu kam noch, daß etwa die Hälfte der Leuchtturmarbeiter ihren Posten verließen. Der wirtschaftliche Streik der Lastwagenfahrer bekam alsbald einen politischen Charakter.

Während des Streiks mußte die Regierung das alte Schiedsgericht ausschalten. Sie setzte ein neues ein und gab den Gewerkschaftsführern das Versprechen, daß sofort ein günstiger Schiedsspruch gefällt würde.

Der Streik begann gegen den Willen der Gewerkschaftsführer. Am ersten Tage erklärten diese den Streikenden: Geht zurück an eure Arbeit, denn vorher gibt es keine Verhandlungen. Sie wurden niedergebrüllt. Der Streik ging weiter, bis die neuen Vorschläge kamen. Sechs Stunden hat eine große Delegiertenkonferenz mit den Bonzen diskutiert, um möglichst viele Garantien zu erhalten. Dann sagte die Versammlung zu den Bonzen: So, jetzt laßt ihr uns die Sache noch einmal allein durchsprechen, und dann könnt ihr wiederkommen, um das Resultat entgegenzunehmen. Der Stab der Gewerkschaftsangestellten ging in ein nahegelegenes Restaurant, bis sie nach zwei Stunden wieder gerufen wurden. In dieser Haltung scheint das Geheimnis ihres Sieges zu liegen.

Die kapitalistische Presse war sofort führend im Geschrei nach Demokratisierung der Gewerkschaften, damit in Zukunft die Gewerkschaftsführer besser und im voraus informiert wären darüber, ob unter ihren Mitgliedern eine Stimmung herrscht, mit der nicht zu spaßen ist. Plötzlich wurde entdeckt, daß die Forderungen nach Lohnerhöhung, 44-Stunden-Woche und 14 Tage Ferien völlig berechtigt seien. Aber erst, als es sich als unmöglich erwies, die Truppen restlos einzusetzen. Denn ihre Arbeit war beschränkt auf den Transport der Lebensmittel. Alle anderen Güter blieben liegen. Ein Postpaket von Mittelengland nach London dauerte jetzt acht Tage, obgleich kein Eisenbahnerstreik stattgefunden hatte. Noch ein Schiedsspruch wurde gefällt: 33,5 % Lohnerhöhung erhielten bestimmte Kategorien der Eisenbahner, nachdem sie drei Monate lang jegliche Überstundenarbeit abgelehnt hatten, bis ihre Forderungen erfüllt waren. Die bürgerliche Presse hatte immer behauptet, daß die Arbeiter in der Hauptreparaturwerkstatt langsam arbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen und viele Hunderte von Lokomotiven stillgelegt worden sind.

Eine Forderung der Bauarbeiter wurde abgewiesen. Der Bauarbeiterverband ist stark unter dem Einfluß der KPE. Die Bürokratie dort hat nicht in dem Maße abgewirtschaftet wie gerade bei den Transportarbeitern. Dort besteht auch keineswegs eine solche geschlossene Opposition gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik und vor allem nicht jene Geschlossenheit in den unteren lokalen gewerkschaftlichen Organisationen. Die Londoner Docker vergessen nicht, wie ihr Streik 1944 abgewürgt wurde und daß die KP den Wortführer dazu machte, und Schernik, der damalige Leiter der russischen Gewerkschaften, anlässlich eines Besuches in England

in eine Versammlung der Docker ging und für den Abbruch des Streiks agitierte. Die KP hatte also keinen wesentlichen Einfluß im Streik der Lastwagenfahrer, und die dort hergestellte Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen war vor allem beeinflußt und zum Teil auch direkt geführt von den Dockern. Die Streikleitung der Lastwagenfahrer hatte während des Streiks wiederholt andere Industriegruppen, die bereit waren, in den Sympathiestreik zu treten, aufgefordert, nicht zu streiken. Aber dennoch wuchs die Zahl der Streikenden bis zum letzten Tage an. Zweifellos waren Kräfte am Werke, die Streikenden am Ende um ihre bereits zugebilligten Erfolge zu betrügen. Einzelne Maßregelungen wurden aber geschlossen und mit Wucht abgewehrt. Sofort erhoben die Arbeiter durch die Gewerkschaften die Forderung auf restlose Wiedereinstellung oder: Weiterstreiken und Bezahlung der Tage, an denen die Ausgesperrten zur Arbeit erschienen, aber nicht angenommen worden waren. Diese Nachkämpfe demonstrieren noch einmal, mit welchem Kampfesmut die Arbeiter in den Streik gingen und den Streik abbrachen mit der Losung: Wenn es sein muß, wir kommen sofort wieder, ganz gleich, um was es sich handelt. Die Stimmung unter den Arbeitern aller Schichten war - wenn sie auch noch Hoffnungen auf die Labour-Regierung setzen - voll und ganz bei den Streikenden, wohl wissend, daß deren Niederlage auch ihre Niederlage ist. Die Krise in den Gewerkschaften ist gleichzeitig die Krise der Labour-Party und der Labour-Regierung. Die Regierung ist gegenwärtig gar nicht in der Lage, zu ernsthaften Schlägen gegen die Arbeiter auszuholen. Auch nicht die Kapitalisten gegen die Regierung, obgleich ihr Druck merklich zunimmt und sie täglich mit neuen Vorschlägen an die Regierung herantreten, wie die Arbeiter zu beruhigen sind, zu mehr Arbeit anzuspornen, wie ihre Kritik abzulenken ist durch sogenannte positive Mitarbeit bei der Steigerung der Produktion. Aber die Arbeiter sind die täglichen Zeugen der Mißwirtschaft. Damit rückt der Kampf um die wirkliche Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter mehr und mehr in den Vordergrund, und nach außen wird deutlich sichtbar, daß die unteren Funktionäre der Labour-Party sich in offener Rebellion gegen die sogenannte "Apfelbrei-Politik" Cripps befinden, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als die Arbeitervertreter zu Hausknechten der Unternehmer zu machen, in den sogenannten Work-Comitees.

Die Stimmung ist weiter verbreitet, daß es die Arbeiter sind, die in der Industrie die Verbesserungen und Erfindungen machen und daß der Aufbau der Gewerkschaften und der Sieg der Labour-Party ausschließlich das Werk der Arbeiterklasse sind. Und deshalb wollen sie nicht einsehen, weshalb die Kapitalisten immer noch den Profit bekommen sollen, während ihre eigene Lage immer

schlechter und schwieriger wird. Auch die Rebellen in der Labour-Party vermögen nicht mehr, die Arbeiter mit Hilfe des "demokratischen Sozialismus" - den sie auch den europäischen Arbeitern bringen wollen - von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken. Zu einem großen Teil haben die englischen Arbeiter begriffen, daß, wenn sie um ihre eigene Haut kämpfen, sie damit am besten den Arbeitern in Europa in deren Kampf beistehen, zumal sie selbst am ungebrochensten dastehen. Sie begreifen, daß die Hilfe ihrer Regierung "Für Europa" auf eine Hilfe für das Weltkapital hinausläuft.

Mit bestem Gruß Fritz

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 24. Febr. 1947

Ich bestätige Deinen Brief von Ende Januar mit vielen Beilagen. Dein Bericht über den Lastwagenarbeiterstreik und die Krise in England war ausgezeichnet. Ich nehme an, daß Du Deine Berichte auch den Freunden auf dem Kontinent zugänglich gemacht hast; wenn nicht, so hole das bitte nach.

Wir haben den Eindruck, aufgrund Deiner Berichte über den Streik, daß eine neue Phase der Arbeiterbewegung in England in Vorbereitung ist: nämlich die Schaffung einer eigenen Klassenführung. Wir möchten gerne Näheres wissen, wie die Führung im Lastautofahrerstreik zusammengesetzt war und wie sie funktionierte? Spielten die Shop-Stewards dabei eine Rolle? Welche Rolle spielten dabei politische Parteien oder Gruppen - wenn überhaupt? Kann man sagen, daß so etwas wie "Arbeiterräte" oder etwas, was den "Betriebsobleuten" entspricht, in Bildung begriffen ist? Es ist natürlich klar, daß Räte oder etwas ähnliches allein nicht ausreicht für den politischen Kampf, es muß eine politische Partei zur Führung des politischen Kampfes hinzukommen. Gibt es dazu wenigstens Ansätze und wenn ja, welcher Art sind sie? Im Grunde ist das die entscheidende Frage für die nächste Zukunft in England. Klar ist, daß die englischen Arbeiter auf ihre Art, tastend, den Weg zu einer neuen politischen Führung suchen, vielleicht ohne sich heute schon klar zu sein, worauf das alles hinausläuft. Deshalb wären uns weitere Einzelheiten gerade über diesen Punkt sehr wichtig.

Wie hat die Kohlenkrise auf die Arbeiter gewirkt? Wie haben sie reagiert auf die Vorstöße der Bourgeoisie gegen die Labour-Regierung? Es ist klar, daß die Frage der Produktionskontrolle im Sinne der Leitung der Betriebe durch die Arbeiter das "nächste Kettenglied" ist. Das ist offenbar der einzige Weg, um zu der nötigen Steigerung der Produktion zu kommen, denn

die Arbeiter haben offenbar so viel Klasseninstinkt, daß sie nicht gewillt sind, lediglich für die Profite der Unternehmer sich mehr anzustrengen. Andererseits rollt das auf: 1) die Frage der Entschädigung der Unternehmer: Denn eine entscheidende Besserung der Lage der Arbeiter ist mit dieser Entschädigung nicht möglich, 2) aber zugleich die Frage der schrittweisen "Sozialisierung" der Unternehmungen, denn ohne volle Entschädigung für die "sozialisierten" Betriebe werden die Kapitalisten natürlich kein Kapital im privaten Sektor der Wirtschaft mehr investieren,, so daß damit der ganze "Gradualismus" und Reformismus in Frage gestellt wird und die revolutionäre Stellung der Fragen unvermeidbar wird. Es ist aber interessant zu beobachten, wie die englischen Arbeiter empirisch an die Dinge herankommen, getrieben durch die Notwendigkeiten des Kampfes.

Wäre es möglich, die Frage der Produktionskontrolle in konkreter Form in bedeutenden Betrieben durch einzelne der Leute, die das wirkliche Vertrauen der Arbeiter und führende Rollen haben, aufrollen zu lassen? Wenn ja, so wäre das schon wichtig. Kann man das Schweigen der KPE und der "linken" Labour-Leute in der Frage der Produktionskontrolle so deuten, daß sie Angst haben, die Frage aufzurollen, gerade weil sie in der Arbeiterschaft im Heranreifen ist, also guten Boden finden würde? Unter so bewandten Umständen kann diese Frage zunächst nur von einzelnen Betrieben her aufgerollt werden. Wir wissen natürlich, daß das nicht ausreicht, aber es ist ein unvermeidlicher Anfang.

Herzliche Grüße auch an Anna, Aug.

Lieber Freund Thalheimer,

Kopenhagen, 15. Febr. 1947

... Die Monatsübersicht für Januar habe ich gestern erhalten. Auf Seite 4 zählen Sie die deutschen Forderungen auf in Bezug auf den Friedensschluß. Es heißt da in Punkt 3: "Rückgängigmachung aller Annexionen von Gebieten der früheren Weimarer Republik. Da, wo nationale Minderheiten Einspruch dagegen erheben - freier Volksentscheid über die nationale und staatliche Zugehörigkeit." Weiter verweisen Sie auf die Politik der Bolschewiki 1917.

Dies scheint mir nicht falsch, aber auch nicht ausreichend. Denn was soll mit den Territorien geschehen, von welchen die Deutschen schon hinausgeworfen sind oder hinausgeworfen werden und die die Polen kolonisieren? Früher war es ja so leicht (ich meine, die Stellungnahme war leicht), wo verschiedene Staaten um ein Territorium und die dazugehörige Bevölkerung stritten.

Heute aber, wo zwei Bevölkerungen um dasselbe Territorium streiten, ist es mehr verwickelt. Wollen Sie bei der Rückgängigmachung der Annexionen im Osten die Polen wieder hinausschmeißen? Das kann ich mir kaum vorstellen, denn wie soll dann jemals eine endgültige Ordnung etabliert werden? Die Herausschmeißung der Deutschen aus den Ostgebieten war und ist gewiß eine Schande, aber rückgängig machen kann man diese Schande nur durch neues Unrecht gegen die polnischen Arbeiter und Bauern, die jetzt in diesen Gebieten angesiedelt werden.

Ich weiß nicht, wie weit diese Neusiedlung bis jetzt auch wirklich bewerkstelligt ist. Ich habe mir erzählen lassen, daß bereits 3 Millionen Polen angesiedelt sind, aber die polnische Regierung ist natürlich daran interessiert, übertriebene Berichte über die Durchführung der Neusiedlung zu geben. Solange diese Territorien noch als entvölkert gelten können oder konnten, kann man natürlich mit vollem Recht die Forderung auf Rückgängigmachung aufrechterhalten (wohlbemerkt mit ausdrücklichem Verzicht auf Wiederhinausschmeißung der bereits angesiedelten Polen). Aber recht bald muß wohl der Zeitpunkt kommen, wo die polnische Ansiedlung als vollendete Tatsache anzusehen ist, und dann sehe ich nicht ein, wie das "historische Recht" der Deutschen auf dieses Gebiet das Recht der neuangesiedelten Polen verdrängen kann.

Die Frage scheint mir sehr wichtig, und zwar aus zwei Gründen:

1) Bei Aufrechterhaltung der unmodifizierten Forderung nach Rückgängigmachung der Annexionen ist jede Kampfgemeinschaft der deutschen und polnischen Arbeiter (die sowieso schlechte Aussichten hat) ausgeschlossen.

2) In Restdeutschland ist ein sehr starker Gegensatz vorhanden zwischen den Einheimischen und den aus den Ostgebieten Vertriebenen oder Geflüchteten. Diese werden von den Westdeutschen (wie ich auf meiner Reise oft bemerken konnte) als eine niedrigere Rasse, als kulturlos, schmutzig, analphabetisch usw. betrachtet - halbwegs als Polen. (Daß auch bei deutschen Arbeitern die Polen kaum als Menschen gelten, wissen Sie sicher). Diese Verachtung der Westdeutschen den Flüchtlingen und Vertriebenen gegenüber ist natürlich entscheidend bedingt durch die materielle Not, vor allem die weitere Zusammenballung in den Wohnungen, die von den Flüchtlingen verursacht wird. Wenn nun aber die deutschen Arbeiter die Forderung der Rückgängigmachung aufrechterhalten, so werden sie um so krampfhafter die Ostdeutschen als ein Fremdelement, als nur zeitweilige, ungebetene Gäste betrachten, ihre Assimilation in den Produktionsprozeß usw. zu verhindern suchen, kurz eine Kampfgemeinschaft unmöglich machen.

Man kann natürlich darauf hinweisen, daß eine wirkliche und endgültige Lösung der deutsch-polnischen Grenzfrage nur durch den Sieg der Arbeiter auf beiden Seiten der Oder erfolgen kann. Das scheint mir aber zu billig, denn wie richtig es auch sein mag, so kriegt man dadurch keine Antwort auf die aktuelle Frage, welche Stellung heute zur Annexion eingenommen werden soll...

Beste Grüße, Ihr Mogens Boserup

Lieber Freund Boserup,

Habana-Vedado, 24. Febr. 1947

Besten Dank für Ihren Brief vom 15.2. mit der kleinen dänischen Grammatik. Die Bibelübersetzung ist noch nicht angekommen, wird sich aber sicher mit der Zeit auch einfinden...

In der Frage der Annektionen habe ich nochmals eingehend mit H. gesprochen, wir sind der Ansicht, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, die Grundsätze für die Formulierung der konkreten Forderungen anzugeben, daß es aber heute verfrüht wäre, schon in die konkreten Einzelheiten einzugehen, da dies ein Luftsprung wäre. Die deutschen Arbeiter sind heute noch keine Macht, die international ins Gewicht fällt. Diese Macht muß erst gebildet werden - um die nötigen Grundsätze herum. Ferner: es läßt sich heute noch gar nicht absehen, wie konkret die Verhältnisse sein werden, wenn die deutschen Arbeiter wieder eine Macht sind und wie dann die Forderungen konkret zu formulieren sein werden. Wir glauben, daß der aufgestellte Grundsatz, oder besser 2 Grundsätze (a: keine Annektionen, b: nationale Selbstbestimmung für alle Beteiligten) hinreichen für die konkreten Forderungen, sobald die Voraussetzungen dazu gegeben sein werden.

Natürlich denken wir nicht daran, an die Stelle der Massenaus-treibung der deutschen Bevölkerung im Osten, eine solche der polnischen zu setzen. Wie die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse im Osten heute sind, geht aus den vorliegenden Berichten keineswegs klar und deutlich hervor...

Beste Grüße Ihr A.Th.

Vor der Moskauer Konferenz

Wer soll den deutschen Standpunkt vertreten?

Von Max Reimann, Zonenvorsitzender der KPD

Die brennendste Frage, die sich heute, wenige Tage vor dem Beginn der Moskauer Konferenz, für das deutsche Volk ergibt, ist: Wie können die deutschen Vorschläge für die Moskauer Friedenskonferenz gemacht werden?

Unser Standpunkt ist klar und eindeutig. Die Vorschläge, die von deutscher Seite gemacht werden müssen, dürfen weder den Stempel des Zonenpartikularismus, noch den des engstirnigen Parteiegoismus tragen. Es geht um ganz Deutschland, und darum darf den Alliierten auf der Moskauer Konferenz nur ein einheitlicher gesamtdeutscher Standpunkt unterbreitet werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands der britischen Zone hat in den letzten Wochen und Monaten wiederholt erklärt, daß es nicht die Angelegenheit autonomer Ministerpräsidenten, ehemaliger „Diplomaten“ und als „Fachleute“ getarnter Reaktionen sei, in einzelnen Ländern oder Zonen den deutschen Standpunkt für die Friedensverhandlungen auszuarbeiten. Die Bildung von „Leitstellen“, wie z. B. im Lande Nordrhein-Westfalen, stellt meines Erachtens einen neuen Versuch dar, die politischen Parteien und Gewerkschaften auch bei diesen schicksalsschweren Entscheidungen in den Hintergrund zu drängen.

Volksentscheid

Das deutsche Volk hofft auf einen gerechten Frieden, der die wirtschaftliche und politische Einheit aller Teile Deutschlands wiederherstellt und garantiert. Die Voraussetzung dafür, daß dem deutschen Volk ein solcher gerechter Frieden von den Alliierten zugestimmt wird, ist neben der Schaffung wirklicher Garantien gegen jede Wiederholung imperialistischer Machtpolitik durch die Überführung der Kohlegruben und Grundindustrien in die Hände des deutschen Volkes, durch die Entmachtung des Junkertums auf dem Wege einer wirklich demokratischen Bodenreform, das Bekenntnis des deutschen Volkes zur Einheit Deutschlands. Aus diesem Grunde wünscht die Arbeitsgemeinschaft der SED-KPD die Durchführung einer gesamtdeutschen Volksabstimmung über die Frage: Soll Deutschland ein demokratischer Einheitsstaat oder ein in sich zerrissener föderativer Bundesstaat sein.

Die Durchführung dieses Volksentscheides ist vordringlich, und wir sind überzeugt, daß sich die überwiegende Mehr-

heit des deutschen Volkes für die unteilbare einheitliche demokratische deutsche Republik aussprechen wird. Bis aber das deutsche Volk durch eine Volksabstimmung seinem Willen Ausdruck gegeben hat, und solange es in Deutschland noch keine von dem Willen des deutschen Volkes getragene Zentralregierung gibt, sind allein die politischen Parteien befugt, den deutschen Standpunkt für die Moskauer Friedenskonferenz auszuarbeiten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands in der britischen Zone hat dem Einheitsfrontausschuß der demokratischen Parteien in der sowjetisch besetzten Zone den Vorschlag unterbreitet, alle demokratischen Parteien, die im Reichsmaßstab organisiert sind, zu einer gemeinsamen Beratung zusammenzurufen; auf der die Parteien gemeinsam mit den Gewerkschaften einen demokratischen deutschen Standpunkt erarbeiten sollen.

Es ist unser größter Wunsch, daß auch die anderen Parteien in gleichem Maße wie wir selbst bereit sein mögen, eine solche Zusammenkunft der deutschen demokratischen Parteien in allernächster Zeit durchzuführen.

*

Amelunxen zur Moskauer Konferenz

Düsseldorf, 5. März

Die deutschen Ministerpräsidenten oder die derzeitigen Verwaltungen kommen nach Auffassung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als deutsche Vertreter für etwaige Friedensverhandlungen nicht in Frage. Diese Erklärung gab Dr. Amelunxen im Landtag Nordrhein-Westfalen ab. „Wir stehen auf dem gleichen Standpunkt“, so erklärt der Ministerpräsident weiter „den Ministerpräsident Dr. Maier am 20. Dezember in seiner Regierungserklärung in Württemberg-Baden einnahm, als er sagte, es sei undenkbar, daß bei Friedensverhandlungen ein Dutzend deutscher Regierungschefs mit getrennter Marschroute auftreten. Alle darüber hinausgehenden Mitteilungen, es sei von den Ministerpräsidenten der englischen und amerikanischen Zone ein Zweizonenparlament oder Direktorium angeregt worden und die Ministerpräsidenten hätten sich auf die Ablehnung der Unterzeichnung eines Friedensvertrages festgelegt, entbehren jeder Grundlage.“

Der sucht, komme allen (gesuchter Mangel Drittel gefallen strecker Frieder kehren tarife Preisen nur um Bahnhöft mit Wei Obst an In Ro Scharen Reisend Zigarette Hälfte arbeiter es taus wieder Lire trin bensmitt Delikate schen k man w Jahren, geben Lebensz.

In den lern mit benamitte nichts, v vorausge von der die hier rend si Wunsch dicken (der, die eine kle ihr Geld ist Itali größte N von ihr men leb aus.

Nach „Congiu seit dor gestiege Hälfte stete, ge Krawall von ein einem F ser Gel-

Internationale monatliche Übersicht über Februar 1947, Nr. 7

Vor der Moskauer Konferenz.

Formell betrachtet ist die Londoner Vorkonferenz der Vertreter der Außenminister der vier Großmächte in Bezug auf den Friedensschluß mit Deutschland ergebnislos geblieben. Es sind keinerlei vorläufige Einigungen erfolgt, nicht einmal über die Frage der völkerrechtlichen Form des Friedensschlusses: ob internationales Statut oder Friedensvertrag. Trotzdem war die Londoner Vorkonferenz nicht zwecklos. Sie diente der gegenseitigen Erkundung der Stellung jeder einzelnen der Großmächte zur deutschen Frage. Insofern war sie doch Vorarbeit für die Moskauer Konferenz der Außenminister selbst. Die Tatsache, daß eine ganze wochenlange Konferenz von Diplomaten und Sachverständigen vor der Konferenz der Außenminister eingeschoben wurde und daß diese Vorkonferenz noch keinerlei formelle Ergebnisse in Bezug auf den deutschen Friedensschluß zeitigte, läßt schon darauf schließen, daß der Friedensschluß mit Deutschland eine sehr langwierige und verwickelte Sache sein wird. Selbst die Frage, ob die Moskauer Konferenz schon die Einigung unter den Großmächten über den Frieden mit Deutschland bringen wird, muß noch offen bleiben. Es ist sehr wohl möglich, daß sie ohne eine solche Einigung abschließt. Der amerikanische Staatssekretär Marshall hat bezeichnenderweise vor seiner Abreise zur Moskauer Konferenz erklärt, daß als Ergebnis der Konferenz wahrscheinlich sei der Abschluß des „minderwichtigen“ Vertrags mit Österreich, daß aber für den Vertrag mit Deutschland praktisch noch keine Vorarbeiten in London geleistet seien, daß daher die grundlegenden Punkte erst noch zu diskutieren seien, und daß er zufrieden sei, wenn darüber Übereinstimmung erzielt werde. Es sei sehr zweifelhaft für ihn, ob aus diesen Verhandlungen schon ein Vertragstext für den Friedensschluß mit Deutschland herauskomme.

Was würde ein negatives Ergebnis der Moskauer Konferenz bedeuten?

Es kann sehr verschiedene Dinge bedeuten. Es kann bedeuten, daß noch eine ganze Reihe internationaler Konferenzen oder diplomatischer Verhandlungen in anderer Form nötig sein werden, um zu einem Kompromiß über Deutschland zu kommen und daß während dieser Zeit jede der Großmächte in der oder jener Weise handeln würde, um die eigene Machtstellung für einen Kompromiß zu stärken und die der Gegenseite zu schwächen. Darin sind eingeschlossen sowohl Handlungen in der internationalen Arena überhaupt als auch bestimmte Einwirkungen auf die einzelnen deutschen Be-

satzungszonen. Jede der Mächte würde versuchen, ihre Stellung in ihrer Zone wirtschaftlich, politisch und sozusagen moralisch zu verstärken. Ein ergebnisloser Abbruch der Moskauer Verhandlungen könnte aber auch bedeuten, daß der Versuch, zu einem Kompromiß über Deutschland zu gelangen, für längere Zeit oder überhaupt aufgegeben würde. Es ist klar, daß die einzige Alternative zu dem Suchen nach einem Kompromiß über Deutschland letzten Endes nur der Krieg sein kann. Eine unmittelbare kriegerische Auseinandersetzung als Folge eines eventuellen Scheiterns der Moskauer Konferenz ist jedoch wenig wahrscheinlich. Es fehlen dazu eine ganze Reihe wesentlicher Voraussetzungen. Aber die internationale Lage im Ganzen würde sich bei einem negativen Ergebnis der Moskauer Konferenz zweifellos verschärfen, die grundlegenden Gegensätze würden sich verhärten und zuspitzen.

Die Verhandlungen über den Friedensschluß mit Deutschland stehen im Brennpunkt der grundlegenden Gegensätze unter den Großmächten, vor allem im Brennpunkt des Weltkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der unauflöslich mit dem Machtkampf unter den Großmächten verbunden ist. Nur in diesem großen Zusammenhang ist die „deutsche Frage“ zu verstehen. Es liegt hier anscheinend ein unbegreiflicher Widerspruch vor. Es gibt keinen zentralen deutschen Staat, es gibt keine deutsche Militärmacht, es gibt fast keine deutsche Wirtschaft mehr, und man kann sogar fragen, ob es noch eine deutsche Kultur gibt. Und trotzdem handeln die Großmächte und die Klassen auf dem internationalen Schauplatz offensichtlich so, als ob das Schicksal Deutschlands entscheidend für das Weltchicksal sei – machtmäßig und klassenmäßig. Wie kann ein Kadaver, der Deutschland heute ist, diese Rolle spielen? Wie löst sich dieser Widerspruch?

Er löst sich dadurch, daß immer noch die Möglichkeit besteht, daß Deutschland, das deutsche Volk, wieder aufersteht. Und mehr noch, für beide Seiten der heutigen großen Weltauseinandersetzung besteht ein Bedürfnis, daß es wieder aufersteht. Für die angelsächsische Seite, weil inzwischen klar geworden ist, daß Europa ohne Deutschland wirtschaftlich nicht wieder auf die Beine kommen kann¹⁾ – bei all der riesigen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeit der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten und England können den Ausfall der deutschen Wirtschaft nicht ersetzen. Der Hinweis auf die Versorgung Europas mit Kohle, Eisen und Stahl, Maschinen, chemischen Produkten, vor allem Düngemitteln, sowie mit Lebensmitteln genüge hier.

Die Vereinigten Staaten brauchen England, aber England braucht das festländische Europa. Auf der anderen Seite, der Sowjet-Rußlands, ist inzwischen auch klar geworden, daß machtmäßig und wirtschaftlich Deutschland für es unentbehrlich ist. Das Tempo des russischen Wiederaufbaues hängt sehr wesentlich von Deutschland ab. Anders ausgedrückt, das europäische Übergewicht hängt von Deutschland ab, das heißt davon, in

welche Waagschale Deutschland fallen wird – in die angelsächsische oder die russische, in die des Kapitalismus oder die des Sozialismus.

Das hat nichts zu tun mit irgend einer besonderen und mystischen „Berufung“ des deutschen Volkes. Es hat zu tun mit einfachen nüchternen Tatsachen. Erstens damit, daß das deutsche Volk immer noch nahezu siebzig Millionen Köpfe zählt und damit der Zahl nach die zweitstärkste Nation in Europa ist. Zweitens damit, daß Deutschland technisch und organisatorisch das höchststehende kapitalistische Land Europas war und daß seine technisch-organisatorischen Fähigkeiten durch die Niederlage nicht einfach ausgelöscht sind, sondern weiter bestehen. Drittens damit, daß es das Grenzgebiet zwischen den Gebieten kapitalistischer Gesellschaften einerseits, sozialistischer oder im Übergang zum Sozialismus befindlicher andererseits ist.

Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, daß auch Frankreich, England und Italien gesellschaftlich in Bewegung sind. Aber einstweilen sind sie noch Domänen²⁾ des Kapitalismus.

Der Kampf um Deutschland ist also der Kampf um das Übergewicht des Kapitalismus oder des Sozialismus in Europa. Der Kampf um den Friedensschluß mit Deutschland ist ein Teilstück dieses Kampfes. Daher ist er weder die ganze noch die endgültige Entscheidung über Deutschland. Er ist eine Etappe, und zwar eine sehr wichtige, im Aufmarsch zum Entscheidungskampf zweier Gesellschaftssysteme. Daher die komplizierten weitausholenden Vorbereitungen für den Kampf um den deutschen Friedensschluß. Und daher auch die Wahrscheinlichkeit, daß der Kampf um die Bestimmungen des Friedens mit Deutschland außerordentlich langwierig, umfassend und scharf sein wird.

Der politische Aufmarsch für die Moskauer Konferenz umfaßt eine ganze Reihe von Geschehnissen der letzten Zeit, aus denen wir folgende herausgreifen:

1. Der dramatische Abschluß eines französisch-englischen Bündnisvertrages „für fünfzig Jahre“ unmittelbar vor dem Zusammentritt der Moskauer Konferenz.³⁾ Der Vertrag macht einen merkwürdig unwirklichen Eindruck. Der vorgebliche Hauptzweck des Vertrags ist die Sicherung vor einem erneuten Angriff Deutschlands. Aber die französischen wie die englischen Staatsmänner wissen sicherlich, daß für absehbare Zeit die Gefahr eines erneuten Angriffs Deutschlands eine bloße Vorspiegelung ist und daß die wirkliche Kriegsgefahr von heute und morgen von ganz anderswo her kommt. Eine weitere Bestimmung besagt, daß keines der beiden Länder einer Koalition angehören soll, die dem andern feindlich ist. Hier ist der eigentliche Kern der Sache, nicht in der Sicherung gegen einen fiktiven deutschen Angriff. Der Vertrag soll wesentlich dazu dienen, in der Moskauer Konferenz und überhaupt Frankreich beim angelsächsischen Block zu halten.

Eine andere Bestimmung ist die der engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder beim Wiederaufbau. Aber was können heute die beiden Länder in dieser Beziehung einander geben? Sehr wenig. (Im Gegensatz dazu könnten ein sozialistisches Frankreich und England sich sehr viel gegenseitig geben.) Also auch diese Bestimmung des Vertrages ist mehr oder weniger unwirklich.

Frankreich hat bereits einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion, der noch von de Gaulle abgeschlossen ist.⁴⁾ England seinerseits verhandelt mit der Sowjetunion über die von Stalin verlangte Erweiterung des bestehenden englisch-sowjetischen Vertrags.⁵⁾ Sieht man auf die bloßen Formen, so könnte es scheinen, als ob Europa einschließlich Rußland sich enger unter sich gegen Amerika zusammenschließen wolle. Aber das wäre eine große Naivität. England hat heute keinerlei formelles Bündnis mit den Vereinigten Staaten, es hat aber eines mit der Sowjetunion. Aber die Tatsachen zeigen, daß das formell nicht bestehende Bündnis mit den Vereinigten Staaten Wirklichkeit ist, während das formell bestehende mit der Sowjetunion ein bloßes Stück Papier ist. Auch ein formeller Dreibund Frankreich-England-Rußland wäre unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr als Papier. Wie vor dem zweiten Weltkrieg, so besagen auch nach ihm die formellen Bündnisverträge sehr wenig. Sie sind wächserne Nasen, die so oder so gedreht werden können. Was im besonderen das Verhältnis Frankreichs zu den beiden Machtblöcken anbelangt, so entscheidet der eben abgeschlossene Vertrag nichts Endgültiges darüber. Die endgültige Entscheidung darüber wird wesentlich durch die weitere Entwicklung des inneren Klassenkampfes in Frankreich und in England bestimmt werden.

2. Das dringende Ersuchen der englischen Regierung an die amerikanische, finanziell, militärisch und moralisch in Griechenland einzuspringen, um dort die Stellung zu halten, die England allein nicht mehr halten kann,⁶⁾ das ebenfalls in dramatischer Form kurz vor dem Zusammentritt der Moskauer Konferenz erfolgte, zeigt sehr viel klarer als der Vertrag mit Frankreich die wirkliche Orientierung Englands und die wirkliche Mächtegruppierung. Zum selben Kapitel gehört der Entschluß Englands, die „Palästina“-Frage den Vereinten Nationen zu überweisen. England will sich verstärken und zuverlässigen amerikanischen Rückhalt im Mittelmeer und im Vorderen und Mittleren Orient sichern, ehe es in Moskau den Kampf mit der Sowjetunion um Deutschland aufnimmt.

3. Ebenfalls kurz vor dem Zusammentritt der Moskauer Konferenz haben die Vereinigten Staaten ihren Anspruch auf die von ihnen eroberten und besetzten Inselgebiete der Südsee angemeldet, die früher japanische Mandate waren (in der Hauptsache die Karolinen-, Marshall- und Marianen-Inseln).⁷⁾ Die Sowjetunion hat diesem Anspruch grundsätzlich zugestimmt, jedoch einige Änderungen in Einzelheiten beantragt. Der amerikanischen

Diplomatie kam es dabei vor allem darauf an, vor der Moskauer Konferenz aktiv aufzuklären, ob und wie weit die Gegenseite ihre Ansprüche im Pazifik anerkennen würde, um dementsprechend ihre Stellung zu den Ansprüchen der Gegenseite in Europa einzurichten.

4. Das amerikanisch-englische Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer beiden Zonen in Deutschland und die Vorbereitung zu seiner Durchführung. Es wurde dabei angedeutet, daß dies nur ein Provisorium sei, falls die Moskauer Verhandlungen der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen wirtschaftlichen Vereinigung ganz Deutschlands beitreten. Im andern Falle werde man in der Westzone selbständig handeln, was die Eingliederung der Westzone in die westeuropäisch-amerikanische Wirtschaft auf lange Sicht bedeuten würde. Gleichzeitig erklärte man sich für eine föderalistische politische Verfassung Deutschlands. Das Letztere nicht zuletzt mit Rücksicht auf Frankreich, das die alte, wenn auch keineswegs ehrwürdige, Richelieusche Linie⁸⁾ der politischen Zersplitterung Deutschlands verfolgt.

Daß hier ein Widerspruch vorliegt, ist klar. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands erfordert die straffste wirtschaftliche Zentralisierung und Planung für das ganze Land, diese ist aber ohne die politische Zentralisierung nicht möglich. Ferner war es etwas ganz anderes, die Richelieusche Linie zu verfolgen, um die politische Vereinigung der deutschen Nation zu verhindern oder zu verzögern, als heute, nachdem die nationale Einheit Deutschlands verwirklicht worden ist und mehr als 70 Jahre bestanden hat, sie wieder rückgängig machen zu wollen. Die Richelieusche Linie hatte eine gewisse Grundlage im vor- und frühkapitalistischen Deutschland, sie ist eine absolute Zeitwidrigkeit für das hochkapitalistische Deutschland. Es ist das bürgerliche und kleinbürgerliche Frankreich, das auf diese historisch rückständige Weise der Sicherung vor einem erneuten Angriff Deutschlands nachjagt. Daß es dabei einem Phantom⁹⁾ nachjagt, ist für jeden objektiven Beobachter klar. Und ebenso, daß die blinde Jagd nach diesem Phantom nur zur Düpierung¹⁰⁾ derer führen kann, die sie betreiben.

Vom Standpunkt der französischen Arbeiterklasse und des französischen Kleinbauern ist die einzige wirkliche Sicherung nur ein einheitliches sozialistisches Deutschland, in dem die Arbeiterklasse die Macht übernommen und die Junkerschaft und die Bourgeoisie als Klassen vollständig zerschlagen hat. Ein sozialistisches Deutschland zieht dem deutschen Imperialismus und damit dem Militarismus als Werkzeug des Imperialismus ein für alle mal und vollständig den Boden unter den Füßen weg. Ein einheitliches Deutschland vervollständigt und verstärkt diese Sicherung, da es auch diejenigen militärischen Antriebe beseitigen würde, die unvermeidlich aus der Verhinderung oder Verkrüppelung der nationalen und staatlichen Einheit entspringen würden. Schließlich: ein sozialistisches Deutschland ist überhaupt nur möglich und lebensfähig auf Grund der vollen Wiederherstellung der nationalen

Einheit. Nur so kann die wirkliche und endgültige Sicherung Frankreichs vor einem neuen deutschen Angriff zustande kommen und mehr als das: die brüderliche Hilfe zum gemeinsamen Wiederaufbau der beiden Länder auf sozialistischer Grundlage und nach einheitlichem Plan und damit die Vernarbung der Wunden, die sich die beiden Nationen geschlagen haben. So müßten unserer Überzeugung nach die deutschen klassenbewußten und revolutionären Arbeiter zu den französischen Arbeitern und Kleinbauern sprechen, statt den jeweiligen Manövern des einen oder des anderen welt-politischen Lagers nachzuhumpeln.

5. Die Sowjetunion hat ihrerseits in ihrer Zone eine Reihe von „vollendeten Tatsachen“ geschaffen und durch Molotow und andere Erklärungen abgeben lassen. Die wichtigsten der geschaffenen Tatsachen sind:

- a) die Annexion umfassender deutscher Gebiete an Polen;
- b) die „Demontierung“ zahlreicher Industrieanlagen und ihr Abtransport, zum Teil auch der zugehörigen Arbeiter und Techniker nach der Sowjetunion;
- c) die Zusammenfassung der wichtigsten Teile der restlichen Industrie der Ostzone zu einem großen einheitlichen Trust, der in den Fünfjahresplan der Sowjetunion eingegliedert ist. Dies schließt natürlich ein die Enteignung der deutschen Kapitalisten, aber nicht die Aneignung durch die deutschen Arbeiter. Es ist die Sowjetunion, die selbstherrlich über die deutsche Industrie der Ostzone verfügt und den größten Teil der laufenden Produktion der restlichen Betriebe unter dem Titel von Reparationsleistungen für sich in Beschlag nimmt;
- d) die Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes und seine Aufteilung unter deutschen Bauern und Landarbeitern – unter weitgehenden Lieferungsverpflichtungen an die Besatzungsbehörden.¹¹⁾

Zusammenfassend kann man das Geschehene so kennzeichnen: die früher herrschenden Klassen Deutschlands, Kapitalisten und Großgrundbesitzer, sind der politischen Macht beraubt und wirtschaftlich enteignet worden, aber die politische Macht, wie die Verfügung über die Wirtschaft, ist nicht in die Hände der deutschen Arbeiter und Werktätigen übergegangen, sondern in die Sowjetrußlands.

Es war dies die Folge der Tatsache, daß bei dieser Entmachtung und Enteignung die russische Besatzungsmacht der entscheidende Machtfaktor war, wenn auch an der Durchführung deutsche Arbeiter und Bauern beteiligt waren. Aber das ändert nichts daran, ganz objektiv ausgedrückt, die Lücke besteht zwischen der Entmachtung und Enteignung der herrschenden und besitzenden Klassen in der Ostzone und der Machtübernahme und Aneignung durch die deutschen Arbeiter und Werktätigen. Ehe diese Lücke nicht geschlossen ist, wird die „deutsche Frage“ vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus nicht gelöst sein. Was jetzt vorhanden ist, ist erst die Hälfte der Lösung.

In den verschiedenen Erklärungen Molotows sind am wichtigsten drei Punkte:

1. das Eintreten für einen zentralisierten deutschen Staat,
2. für die Wiederherstellung der deutschen Industrie,
3. daß die jetzigen deutschen Grenzen als definitiv zu betrachten seien.

Welche Lösungen sind nun vom Standpunkte der Siegermächte möglich oder wahrscheinlich, welche sind unmöglich oder unwahrscheinlich? Wohlverstanden, wir reden hier nicht vom Standpunkt der Bedürfnisse und Interessen der werktätigen Klassen Deutschlands und des internationalen Proletariats (die übereinstimmen), sondern stellen die Frage rein tatsächlich, so wie sie heute unter den Siegermächten steht. Es ist natürlich leichter zu sagen, was von diesem Standpunkt aus unmöglich oder unwahrscheinlich ist, als positiv zu sagen, was jetzt mögliche Lösungen sind, die natürlich nur Kompromißlösungen oder Etappenlösungen sein können.

Zählen wir also auf, was sich heute einigermaßen übersehen läßt:

1. Es kann als unmöglich bezeichnet werden, daß in der Ostzone die enteigneten Junker wieder in ihr Eigentum eingesetzt werden. Nicht einmal die Bourbonen konnten bei ihrer Rückkehr nach Frankreich nach dem Sturz Napoleons die Enteignung des feudalen Grundbesitzes rückgängig machen.¹²⁾
2. Es erscheint, wenn nicht unmöglich, so doch unwahrscheinlich, daß die Enteignung kapitalistischer Industriebetriebe usw. in der Ostzone wieder rückgängig gemacht wird. Es scheint ferner als unwahrscheinlich, daß, nachdem die industriellen Betriebe der Ostzone in die Sowjetwirtschaft eingegliedert sind, die Sowjetunion ihrer tatsächlichen Wiederausgliederung zustimmen wird. Was möglich erscheint, ist die Änderung der Form der Eingliederung in die Sowjetwirtschaft.
3. Es erscheint unwahrscheinlich, daß in der Westzone die Vereinigten Staaten und England die Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes nach dem Muster der Ostzone zugestehen. Es kann als unmöglich betrachtet werden, daß sie die Industrie der Westzone in irgendeiner Form der Sowjetwirtschaft eingliedern lassen. Was hier möglich erscheint, ist die teilweise oder auch vollständige Enteignung der deutschen Industriellen zu Gunsten kapitalistischer Consortien¹³⁾ der Westmächte, wobei der Sowjetunion ein bestimmter Anteil an der laufenden Produktion aufs Reparationskonto abgetreten wird. Der Widerstand solcher kapitalistischer Consortien gegen eine Belastung der Erträge dieser Betriebe zu Gunsten der Sowjetunion wird sehr stark und hartnäckig sein, so daß es durchaus möglich ist, daß sie überhaupt abgelehnt wird.
4. Aus dem Vorstehenden ergibt sich die Unwahrscheinlichkeit der Herstellung der wirklichen wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Denn es würde bedingen, daß entweder das Sowjetmuster auf die Westzone oder das westliche kapitalistische Muster auf die Ostzone übertragen wird. Mit anderen

Worten: die wirkliche wirtschaftliche Vereinheitlichung Deutschlands scheint gar nicht durch Kompromiß möglich, sondern nur durch den vollständigen Sieg der einen über die andere Seite.

Oder ist vielleicht ein Kompromiß möglich auf dem Boden der Vereinheitlichung der deutschen Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage, wobei die Sowjetunion durch starke Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion und durch eine große amerikanische Anleihe materiell kompensiert würde? Der Widerstand dagegen ist vermutlich heute stärker auf der Seite der Westmächte als auf der der Sowjetunion.

Als möglicher Kompromiß erscheint somit heute nur ein geregelter und kontrollierter Austausch zwischen den beiden Zonen, vor allem von Lebensmitteln der Ostzone gegen Industrieprodukte der Westzone. Das würde aber das tatsächliche Fortbestehen der wirtschaftlichen Trennung Deutschlands bedeuten – welches auch die Formen dieser Trennung sein mögen.

5. Ohne einheitliche und zentralisierte Wirtschaft ist aber ein einheitlicher und zentralisierter deutscher Staat unmöglich.

6. Bei der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Teilung Deutschlands erscheint aber auch eine baldige militärische Räumung durch die Siegermächte als unwahrscheinlich.

Man muß sich übrigens klar machen, daß auch ein von fremden Besatzungstruppen geräumtes Deutschland, das, selbst entwaffnet, von waffenstarrten Siegerstaaten umgeben und wirtschaftlich kontrolliert wäre, kein wirklich unabhängiger und voll souveräner Staat sein könnte.

Im Ganzen erscheint somit als wahrscheinlich, daß die Siegermächte sich darüber einig werden, sich nicht zu einigen („to agree to, to disagree“, wie die Engländer sagen), jede Seite in der Erwartung, daß die weitere Entwicklung auf dieser Grundlage ihr schließlich das entscheidende Übergewicht geben werde, das heute noch nicht vorhanden ist oder jedenfalls nicht durchgesetzt werden kann.

Es ist klar, daß die realen Voraussetzungen für den Friedensschluß mit Deutschland sich in dem Augenblick wesentlich ändern, wo England oder Frankreich oder beide, selbst auf eine sozialistische Wirtschaftsgrundlage übergehen würden. Aber das ist noch nicht.

Lieber Fritz und Anna,

Habana-Vedado, 10. März 1947

anbei die Monatsübersicht für Februar. Wie Du siehst, ist nur ein Thema behandelt und das sehr knapp. Der Raumerparnis halber.

Ich bestätige Deine Briefe vom 13. und 25. Febr. nebst Beilagen.

Deine Schilderungen und Bemerkungen zur jetzigen Krise waren sehr interessant für uns. Ich nehme an, daß Du diese Sachen ohne weiteres nach Paris und Kopenhagen schickst, damit sie von dort weitergehen. Ich kann mir dann ersparen, in den Übersichten England zu behandeln. Das Wichtigste für uns wie für die anderen Freunde sind sicherlich Deine Beobachtungen im Betrieb und sonst in der englischen Arbeiterschaft, wie sie im einzelnen auf die Vorgänge reagieren und sich schrittweise vorwärts tasten. Es ist sehr merkwürdig, wie wunderbar sich hier bestätigt, was F. Engels über die eigentümliche Bewegungsart der englischen Arbeiter sagte. Hoffentlich trifft das zu, was er einmal sagte: daß die englischen Arbeiter niemals einen Schritt zurück machen, den sie schon vorwärts gemacht haben. Natürlich einverstanden mit der Korrektur, die Du an der Notiz über England angebracht hast...

Die englischen Unternehmer beginnen, merkwürdig ihren russischen Kollegen von 1917 zu ähneln: in der Sabotage der Produktion. Du weißt, daß bei den russischen Arbeitern die Produktionskontrolle oder besser Arbeiterkontrolle gerade die konkrete Antwort auf die Unternehmersabotage war. Vielleicht kommt die Arbeiterkontrolle in England aus denselben Motiven, und dann zuerst nicht in verstaatlichten, sondern in privaten Betrieben? Die "Flucht" von englischen Kapitalisten "aus dem Pfund" gehört zum selben Kapitel....

Herzliche Grüße an Dich und Anna, Aug.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 22. März 1947

ich bestätige Deine Briefe vom 8. Febr., 7. März, 16. März nebst Beilagen.

Deine Schilderungen der Stimmungen nach Wiedereröffnung der Betriebe sind sehr interessant. Die Lösung: "Das Parlament frei" (vom Druck der Arbeiter) erinnert etwas an die Parole der "freien Constituante" in Rußland 1917 - so sehr man sich hüten muß, solche Vergleiche zu weit zu treiben. Die englische Entwicklung hat ihren eigenen Gang und Formen - und doch ergeben sich hier immer auch gewisse Übereinstimmungen. Vor allem ist sicher die englische Bourgeoisie nicht der Jammer-

haufen, der die russische Bourgeoisie war; sie ist die herrschgewohnteste Klasse der Welt. Im Grunde ist es jetzt ein Wettlauf; wer schneller marschiert, die Arbeiter zur Revolution, oder die Bourgeoisie zur Konterrevolution. Es ist kein gutes Zeichen, daß die Arbeiter nach Deinen Schilderungen anscheinend das Gefühl haben, daß sie quasi unbegrenzte Zeit vor sich haben, während die Bourgeoisie offensichtlich das Tempo und die Intensität ihres Angriffs verstärkt. Zum anderen hat die Bourgeoisie ihre Organisationen ständig schlagbereit, während die Arbeiter die Kader, die sie führen können, erst noch zu bilden haben und sich anscheinend dieser primären Aufgabe noch nicht einmal bewußt sind. Aber was hilft's, man kann ihnen das Tempo nicht aufzwingen. Ominös ist, daß der Ruf nach dem "freien Parlament" aus den Reihen der Labour-Führer kommt, während man nirgends ein neues Bewußtsein darüber sieht, daß gerade umgekehrt der Druck auf das Parlament das Notwendige ist - obwohl das eine bürgerliche Tradition in England ist...
Herzliche Grüße, Aug.



Britische Soldaten als Streikbrecher während eines Dockarbeiterstreiks.

Die Großmächte zur deutschen Frage

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter

Nach Abschluß der zweiten Sitzungswoche der Moskauer Außenministerkonferenz läßt sich ein vergleichsweise klarer Überblick über die Stellung gewinnen, die die vier Großmächte zu den Grundfragen der deutschen Zukunft einnehmen. Die erste Phase der Verhandlungen ist abgeschlossen: Von Beginn dieser Woche an wird ein Viermächte-sonderratschuss die Einzelheiten der verschiedenen Vorschläge gegeneinander abwägen, und die Außenminister selbst werden sich der Aufgabe einer Koordinierung der verschiedenen Standpunkte unterziehen, die von vielen Beobachtern der Konferenz als aussichtsreich angesehen wird.

Natürlich sind noch manche zweit-rangige Fragen, die mit dem Kontrollratsbericht über Deutschland zusammenhängen, offen geblieben. In den neuen Grundproblemen der deutschen Zukunft läßt sich folgendes Bild von den Auffassungen der Mächte entwerfen:

Deutschlands staatliche Struktur

Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind sich in wesentlichen Punkten einig über den bundesstaatlichen Charakter des künftigen deutschen Staates: Einrichtung einer Zentralregierung, die mit zwei Kammern (Ober- und Unterhaus) arbeitet. Erste Kammer für die allgemeine Gesetzgebung, zweite Kammer als Vertreterin der Länderrechte mit Vetorecht ausgestattet, Teilung der Gewalten. Sicherungen des dezentralistischen Prinzips dadurch, daß die Zentralregierung nur die notwendigen Machtbefugnisse erhält. An der Spitze des Bundesstaates steht ein Präsident.

Auch der sowjetische Vorschlag tritt für das Zweikammersystem und eine Zentralregierung ein und für die Einsetzung eines Präsidenten, der vom Parlament zu wählen wäre. Die endgültige deutsche Verfassung soll nach sowjetischer Auffassung vom Parlament entworfen werden. Dezentralisierung in der Verwaltung entsprechend der früheren Weimarer Verfassung.

Der französische Plan sieht ein reines Föderativsystem, also einen Staatenbund, vor, in dem den Ländern, sogar das Recht eigener diplomatischer Vertretungen und eigener Außenpolitik zugesprochen wird.

Der Unterschied zwischen der sowjetischen und der anglo-amerikanischen Auffassung liegt allein in der Verteilung der Machtbefugnisse auf Länderregierungen und Zentralregierung.

Provisorische deutsche Regierung

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion treten für die bil-

dige Bildung einer provisorischen deutschen Regierung mit zentralen Verwaltungsbehörden ein.

Die USA wünschen, daß diese provisorische Regierung aus den Ministerpräsidenten und dem Oberbürgermeister von Berlin bestehen soll und das nach Fertigstellung der Verfassung die Zentralregierung und die Länderregierungen alsbald die exekutive Gewalt in Deutschland übernehmen sollen.

Frankreich wendet sich gegen die Einrichtung einer provisorischen Regierung und gibt einer Entwicklung in drei Phasen den Vorzug: Ausbau der örtlichen Verantwortlichkeiten, Aufbau der Länderverfassungen mit größten Vollmachten für die Länder, dann erst Einrichtung gewisser Zentralorgane.

Zentralverwaltungen als Vorstufe

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien treten als Vorstufe einer deutschen Regierung für zentrale deutsche Verwaltungen ein, und zwar auf den Gebieten: Finanzen, Industrie, Transport, Verkehr, Außenhandel, Ernährung und Landwirtschaft sowie anderer Zweige.

Molotow hat in seiner Aufzählung die gleichen Gebiete für deutsche Zentralverwaltungskörperschaften in Aussicht genommen mit Ausnahme von Ernährung und Landwirtschaft.

Die Franzosen neigen zu der Frage der Zentralverwaltungen im einzelnen noch keine Stellung genommen.

Wirtschaftseinheit

Grundsätzlich sind sich Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einig über die Notwendigkeit einer deutschen Wirtschaftseinheit.

Die Sowjetunion wünscht jedoch, wenn möglich, die vorherige oder wenigstens gleichzeitige Regelung der verfassungsmäßigen Grundlagen der politischen Einheit.

Der französische Standpunkt ist entgegengesetzt: Frankreich will nicht eher die deutsche Wirtschaftseinheit herstellen, als bis über die künftigen Grenzen Deutschlands und die wirtschaftlichen Vorleistungen Deutschlands gegenüber den vormaligen von Deutschland besetzten Ländern, insbesondere Frankreich, klare Abreden getroffen sind.

Industriepotential

Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten sich auf eine Deutschland zuzuhilfende Stahlquote von etwa 11 Mill. Tonnen jährlich festgelegt.

Die Sowjetunion erklärte sich jetzt, abweichend von ihrem ursprünglichen Standpunkt, mit einer deutschen Stahl-

produktion von 10—12 Mill. Tonnen einverstanden.

Frankreich beharrt auf den Bestimmungen des alliierten Industrieplanes vom März 1946 und macht die Debatte über etwaige Erhöhungen von der Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs abhängig.

Alle vier Mächte einigten sich darauf, daß bis zum Juli 1947 das künftige Industriepotential festgesetzt werden soll. Die Liquidierung der Kriegsmaterial herstellenden Fabriken soll bis zum 31. Dezember 1947 abgeschlossen, die Liquidierung der übrigen zum Abbau vorgesehenen Objekte in einem Zeitraum acht Monate später, also bis zum 1. September 1948, beendet sein.

Reparaturen

Großbritannien und die Vereinigten Staaten wünschen eine detaillierte Erörterung der Reparaturen für Deutschland erst nach Bildung der deutschen Wirtschaftseinheit und nach einer Abrede über die künftige Wirtschaftsstruktur.

Die Sowjetunion fordert einen 20-Jahres-Plan zur Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen und ab sofort Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion. Die Gesamtforderung der Sowjets beläuft sich entsprechend dem geheimen Zusatzabkommen von Jalta auf zehn Milliarden Dollar.

Frankreich will nähere Untersuchungen über Reparationen aus laufender Produktion erst später vorlegen. Es wünscht den Zwangsexport deutscher Kohle und den dadurch zu erzielenden Aufbau des lothringischen Industriegebietes als Vorleistung.

Rehrfrage

Großbritannien wendet sich gegen jede Sonderbehandlung der Ruhr und stimmt einer Viermächtekontrollen für die Ruhr nur dann zu, wenn die gesamte deutsche Wirtschaft, also auch die Industrie der Ostzone, einer gemeinsamen Viermächtekontrolle unterworfen wird.

Die Vereinigten Staaten nehmen dem gleichen Standpunkt an.

Die Franzosen und die Russen verlangen für das Ruhrgebiet ein besonderes internationales Regime.

Der besondere französische Wunsch nach Steigerung der Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet durch schärfste Kontrolle des deutschen Verbrauchs wurde von Großbritannien nachdrücklich abgelehnt.

Frag. — Die Einverleibung der deutschen Stadt Zittau mit dem umliegenden an Kohlenbergwerken reichen Gebiet in die Tschechoslowakei wurde von dem tschechischen Informationsminister Kepecky in einer Rede in Melnik gefordert.

USA bindet sich an Nahost

Trumans Kongreßbotschaft: Kredite für Griechenland und die Türkei Entsendung von zivilen und militärischen Missionen

DPD-Reuter Washington, 12. März

USA-Präsident Truman forderte in seiner Botschaft an den Kongreß am Mittwoch 400 Millionen Dollar als Hilfe für Griechenland und die Türkei. Außer der finanziellen Hilfe ersuchte Truman den Kongreß um Ermächtigung, ziviles und militärisches Personal nach Griechenland und der Türkei zu entsenden. Dieses Personal soll beim Wiederaufbau helfen und die Verwendung der finanziellen und materiellen Hilfeleistungen überwachen.

Einleitend sagte Truman, daß die Lage, in der sich die Welt heute befinde, sein Erschrecken auf einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses nötig mache. Die Außenpolitik und die nationale Sicherheit Amerikas seien die Dinge, um die es jetzt gehe.

„Eine Seite der gegenwärtigen Lage, die ich Ihnen zur Erwägung und Entscheidung vorlegen möchte, betrifft Griechenland und die Türkei. Die Vereinigten Staaten haben von der griechischen Regierung eine dringende Bitte um finanzielle und wirtschaftliche Hilfe erhalten. Die vorläufigen Berichte der amerikanischen Wirtschaftsmission, die sich jetzt in Griechenland aufhält, und die Berichte des amerikanischen Botschafters in Griechenland bestätigen die Erklärung der britischen Regierung, daß Hilfe unbedingt notwendig ist, wenn Griechenland als eine freie Nation weiterleben soll. Ich glaube nicht, daß das amerikanische Volk und der Kongreß dem Appell der griechischen Regierung gegenüber taub bleiben wollen.“

„Griechenland“, fuhr Präsident Truman fort, „ist kein reiches Land. Als die Befreier in Griechenland eintrafen, fanden sie, daß die zurückweichenden Deutschen praktisch alle Eisenbahnen, Wege, Hafenanlagen, Verbindungen und die griechische Handelsflotte zerstört hatten.“

Griechenland braucht dringend finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, damit es die Ankaufe von Nahrungsmitteln, Kleidung, Brennstoffen und Sämereien wieder aufnehmen kann.

Die Existenz des griechischen Staates ist heute durch die terroristische Tätigkeit von einigen tausend bewaffneten Männern bedroht, die von Kommunisten geführt werden. Die griechische Armee braucht Vorräte und Material, wenn sie die Autorität der Regierung in ganz Griechenland wiederherstellen soll.

Die Vereinigten Staaten sind es, die diese Hilfe leisten müssen. Keine andere Nation ist bereit und imstande, die notwendige Unterstützung für eine demo-

kratische griechische Regierung aufzubringen.

Großbritannien steht sich gewogen, seine Verpflichtungen in verschiedenen Teilen der Welt einschließlich Griechenlands zu verringern oder zu liquidieren.

Es ist wichtig festzustellen, daß die griechische Regierung um unseren Beistand gebeten hat.

Eine Hilfeleistung, Amerikas bedeutet nicht, daß der amerikanische Kongreß alles gutheißt was die griechische Regierung getan hat oder tun wird.

Auch die Türkei wünscht Hilfe

Seit Kriegsende hat die Türkei in Großbritannien und den Vereinigten Staaten um finanzielle Hilfe angesucht, um die Modernisierung, die zur Aufrechterhaltung ihrer rationalen Unverletzlichkeit erforderlich ist, durchführen zu können. Diese Unverletzlichkeit der Türkei ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung im mittleren Orient lebenswichtig.

Wenn die Türkei Hilfe haben soll, so müssen die Vereinigten Staaten sie leisten. Wir sind das einzige Land, das dazu imstande ist.

Eine Reihe von Völkern sind kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regierungen aufzuzwingen worden. Die amerikanische Regierung hat des öfteren gegen die Verletzung des Jalta-Abkommens durch Einschüchterungs- und Zwangsmaßnahmen in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Sollte Griechenland unter die Macht einer bewaffneten Minderheit fallen, so würde das sofortige und ernsthafte Auswirkungen auf die Türkei haben. Unruhe und Unordnung könnten sich im ganzen Mittleren Osten verbreiten.

Darüber hinaus würde das Verschwinden Griechenlands als unabhängiger Staat außerordentliche Auswirkungen auf jene Länder in Europa haben, deren Völker angesichts großer Schwierigkeiten darum kämpfen, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren.

Es würde ein unaussprechliches Unglück sein, wenn diese Länder den Sieg verlieren sollten, dem sie so große Opfer gebracht haben.

„Wir müssen sofort und entschlossen handeln. Ich fordere daher den Kongreß auf, die Regierung zur Hilfeleistung an Griechenland und an die Türkei in Höhe von 400 Millionen Dollar bis zum 30. Juni 1948 zu ermächtigen.“

Abgesehen von der Bereitstellung der Geldmittel fordere ich den Kongreß auf, die Entsendung amerikanischen Zivil- und Militärpersonals nach Griechenland und der Türkei gutzuheißen.“

Verteilung der Hilfe

DPD Washington, 12. März

Die Summe von vierhundert Millionen Dollar verteilt sich nach Angabe eines Sprechers des Weißen Hauses wie folgt: Griechenland wird davon 250 Millionen Dollar erhalten und die Türkei die restlichen 150 Millionen.

Das Echo im Kongreß

Punktmeldung

Washington, 12. März

Im allgemeinen äußerten sich die Kongreßmitglieder gegenüber Trumans historischer Ansprache vorsichtig, stimmten aber überein, daß weitreichende Folgen zu erwarten seien.

Senator Tom Conally pflichtete dem Plan mit vollem Herzen bei. Conally sagte, wenn man Griechenland nicht hilft, kann es von den Kommunisten überrannt werden. Einige Senatoren sagten, daß Truman von ihnen die erstaunlichste Entscheidung in der Geschichte des Landes verlange. Der Senator Homer Caphort aus Colon erklärte: „Sind wir bereit die Ideologie des Kommunismus, wo immer sich diese in der ganzen Welt findet, zu bekämpfen, oder werden wir die seit langen Jahrzehnten anerkannte Monroe-Doktrin einhalten? Es ist eine so folgenreiche Entscheidung, um sie in einigen Minuten zu fällen.“

Faustkämpfe in der Kammer

DPD Paris, 12. März

Zu heftigen Faustkämpfen kam es am Dienstag in der französischen Kammer während der Indochina-Debatte zwischen Abgeordneten der äußersten Linken und der äußersten Rechten. Im Verlauf der sehr erregten Debatte ergriff der Abgeordnete Pierre André der Republikanischen Freiheitspartei vom Mittelgang der Kammer aus das Wort und kritisierte die Haltung der Kommunistischen Partei. Er erklärte:

Vertrauen zu Attlee

Churchills Mißtrauensantrag mit 337:198 abgelehnt

Nachdem Premierminister Attlee das Vertrauen in den dreifachen Wert...

Churchill erklärte ironisch: „Ein Recht...

Internationale monatliche Übersicht über März 1947, Nr. 8

1. Die Truman-Doktrin.

Die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Truman an den Kongreß vom 12. März über die Hilfsleistung der Vereinigten Staaten an Griechenland und die Türkei ist mit Recht überall in der Welt als „geschichtlich“ bezeichnet worden.¹⁾ Es wird bereits von einer Truman-Doktrin gesprochen, entsprechend der bekannten Monroe-Doktrin, die für Generationen der Leitgedanke der amerikanischen Außenpolitik war.²⁾ In der Tat, die Botschaft Trumans ist mehr, sie ist sowohl ein außenpolitischer wie ein innenpolitischer Knotenpunkt für die Vereinigten Staaten. Sie legt fest, faßt zusammen, verallgemeinert, macht bewußt und öffentlich, was bisher in der amerikanischen Außenpolitik erst schwankend, vereinzelt, verhüllt, instinktiv war. Sie erhebt in der Tat die bisherige tatsächliche Praxis besonderer Fälle zu einer allgemeinen Doktrin. Damit wird diese Praxis festgelegt, systematisiert und also erweitert. Darin besteht das Neue, der geschichtliche Knotenpunkt. Der Anlaß sind wohl die Einzelfälle von Griechenland und der Türkei, aber diese Einzelfälle werden gleichzeitig zur Allgemeinheit erhoben. So sind sie der Anfang einer ganzen außenpolitischen Entwicklungsreihe, deren einzelne Glieder durch ein inneres Gesetz miteinander verbunden sind.

Die Doktrin selbst ist in der Botschaft Trumans in folgendem Satz zusammengefaßt:

Die Politik der Vereinigten Staaten muß sein, *„die freien Völker zu unterstützen, die der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten und dem Druck von außen widerstehen“*.

Der Gegner, den die Botschaft bezeichnet, oder auf den sie hindeutet, ist der Kommunismus als Lehre und Praxis und die Sowjetunion als Staatsmacht, die diese Lehre und Praxis vertritt und auszubreiten versucht. Dieser Gegner wird in der üblichen Weise gekennzeichnet durch den *„Terror von Minderheiten“* durch den *„Totalitarismus“*. Ihm werden gegenübergestellt *„die Demokratie“*, die *„freien Völker“*.

Die Vereinigten Staaten verkünden sich somit als die Welthüter und Weltverteidiger der *„Demokratie“*, als der Weltgegner des Kommunismus. Sie springen ein, wo die anderen kapitalistischen Staaten versagen. Sie wollen den Widerstand gegen den Kommunismus in der ganzen Welt um sich gruppieren: sie wollen die führende und organisierende Macht dieses Widerstandes sein.

Die Mittel, die dafür vorgeschlagen werden, sind finanzielle, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der am meisten bedrohten und strategisch wichtigsten Staaten. Griechenland und die Türkei sind Schlüsselstellungen für die Verteidigung des Mittelmeeres und des Mittleren Ostens. Aber es handelt sich bei dem bestimmten Aktionsplan, den die Truman-Botschaft enthält, nicht nur um Defensive. Es handelt sich zugleich um den Aufbau und Ausbau der wichtigsten Offensivstellungen gegen die Sowjetunion. Nicht Europa, sondern der Mittlere Osten ist die entscheidende Angriffsstellung gegen die Sowjetunion.

Der Aktionsplan, den die Truman-Botschaft enthält, ist von vornherein militärisch-strategisch gedacht und aufgebaut. Er ist nur notdürftig ideologisch-politisch verkleidet. Der Kerngedanke ist militärisch, das Übrige ist Bei- und Flickwerk.

Es liegt am Tage, daß die politischen Regimes weder in Griechenland noch in der Türkei viel mit der „Demokratie“ auch nur im bürgerlichen Alltagssinne des Wortes zu tun haben. In Griechenland herrscht der Terror von Rechts, der weiße Terror – wenn irgendwo, der Terror einer „Minderheit“. Und wenn es das Kennzeichen eines „totalitären“ Regimes sein soll, daß eine Partei die Macht im Lande ausübt, so ist die Türkei ein totalitärer Staat, denn die von der Regierungsseite zugelassene „Oppositionspartei“ ist nur ein ohnmächtiger Schatten, ein Geschöpf von Gnaden der herrschenden Partei.³⁾

Und was ist es mit den „freien Völkern“? Die amerikanische finanzielle „Hilfe“ ist verbunden mit der strengen Aufsicht amerikanischer „Sachverständiger“ über die Finanzen und Wirtschaft und damit auch die Politik dieser Länder. Amerikanische militärische „Berater“ werden die griechischen und türkischen Truppen in den modernen Waffen ausbilden, die Amerika liefert. Sie übernehmen so tatsächlich auch das militärische Kommando in diesen Ländern. Diese Länder werden somit amerikanische Protektorate⁴⁾ oder Kolonien.

Streift man die dürftige ideologisch-politische Hülle ab, so ergibt sich als das Wesen der Sache, daß der amerikanische Kapitalismus in der ganzen Welt offen die Führung im Kampf für die bestehende Gesellschaftsordnung in allen ihren Formen gegen die sozialistische und selbst gegen die bürgerlich-demokratische Revolution übernimmt. Dieser Kampf ist keineswegs rein defensiv. Bereits das Mittel dieses Kampfes ist die Ausbreitung der Herrschaft des amerikanischen Kapitalismus über neue Gebiete – imperialistische Ausdehnung. Und durch das Mittel wird auch bereits das Ziel bestimmt. Die Mittel dieser Politik sollen sich auf die ganze Welt erstrecken. Das Ziel ist damit positiv bestimmt als die Weltherrschaft des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus, negativ als die Niederkämpfung der Kräfte der bürgerlich-demokratischen wie der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt.

Und damit ist notwendigerweise verbunden die Unterordnung und teilweise Verdrängung der anderen Imperialismen, vor allem des britischen. Amerika tritt die Erbschaft des britischen Imperialismus an. Daher die süßsaure Miene selbst der englischen Tories.⁵⁾ Und die englische Labour-Regierung beeilte sich zu versichern, daß das englische Empire⁶⁾ keineswegs im unaufhaltsamen Niedergang begriffen sei, wie die Amerikaner und die übrige Welt anzunehmen scheinen, sondern sich wieder aufraffen werde. Aber gern oder ungern, dem englischen Imperialismus bleibt keine andere Wahl, als sich dem amerikanischen unterzuordnen, und zwar in allen Beziehungen: finanziell, wirtschaftlich, politisch, militärisch, sogar kulturell. Die „amerikanische Lebensweise“, verkörpert vor allem durch den Hollywood-Film, verdrängt und wälzt erbarmungslos die alte europäische Kultur nieder, die Amerika nur als eine Sammlung provinzieller und verstaubter Kuriositäten erscheint.

Wie wird sich die amerikanische „Hilfe“ in den Ländern auswirken, die durch sie beglückt werden?

Zwei Gesichtspunkte sind hier entscheidend; Kapital ist keine philanthropische⁷⁾ Angelegenheit, Kapital verlangt, wo es angewandt wird, „normale“ Profite, Dividenden. Kapitalistische Hilfe ist kapitalistische Ausbeutung und kann nichts anderes sein. Die philanthropische Verkleidung, in der die imperialistische Ausdehnung auftritt, kann an dem tatsächlichen Verhältnis nichts ändern, und die Tatsachen werden den beglückten Völkern früher oder später zum Bewußtsein kommen. Sie werden Haare in den gereichten Bettelsuppen finden. Und damit wird der Widerstand beginnen, bei den Klassen, die die unmittelbaren Gegenstände dieser Ausbeutung sind oder sein werden. Zugleich wird mindestens ein Teil der besitzenden Klassen dieser Länder gemeinsame Geschäfte mit dem amerikanischen Kapital machen, sein Werkzeug und Vermittler werden. Die Formen sind genügend bekannt aus den Ländern, wo amerikanisches Kapital seit längerer Zeit dominiert – siehe vor allem Lateinamerika.

Auf politischem Gebiet ergibt sich notwendig, daß der amerikanische Kapitalismus überall in der Welt die Kräfte unterstützen und stärken muß, die die bestehende Ordnung erhalten wollen und Gegner nicht nur sozialistischer, sondern auch bürgerlich-demokratischer Revolutionen sind – also die Kräfte der „Reaktion“ in jedem Sinne und auf jedem Gebiet. Die Verteidigung der „Demokratie“ wird in die Verteidigung und Unterstützung aller antidemokratischen und antisozialistischen Klassen, Parteien, Gruppen, Richtungen umschlagen. China ist hier ein Vorbild.

China zeigt aber auch bereits den Widerspruch, in den eine solche Politik gerät. In vielen rückständigen Ländern sind für die Anwendung des auswärtigen Kapitals einschneidende politische und wirtschaftliche Reformen bürgerlich-demokratischer Natur notwendig.⁸⁾ Die Logik des Machtkampfes,

sowohl des internationalen wie des inneren Kampfes der Klassen aber verhindert sie. Die politischen Bedingungen für die Errichtung der Herrschaft des amerikanischen Kapitals wenden sich also gegen die Bedingungen seiner Anwendung, seiner Verwertung. So daß bereits aus den Reihen der amerikanischen Banken und Industriellen der Warnungsschrei erfolgt: Haltet Euch fern von Tschiang-Kai-chek-China!⁹⁾

Die Hunderte von Millionen und Milliarden Dollar, die in die Länder hineingepumpt werden, deren „Verteidigung“ der amerikanische Kapitalismus übernimmt, werden somit wirtschaftlich als „verlorenes Geld“ erscheinen, für das der amerikanische Steuerzahler einzuspringen hat, und die betreffenden Länder als „bodenlose Fässer“.

Bei all ihrer riesigen Kapitalmacht werden die Vereinigten Staaten früher oder später auf die Grenzen stoßen, die ihrer „Hilfe“ für die „demokratischen Länder“ der ganzen Welt gezogen sind. Und früher oder später würde in den betreffenden Ländern – auch wenn es keine Kommunisten dort gäbe, und wenn die Sowjetunion vollkommen ausgeschaltet würde – der Klassenkampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und der nationale Kampf für die Unabhängigkeit gegen die amerikanische Kapitalherrschaft entbrennen: aus der scheinbaren Harmonie würden unfehlbar die Gegensätze und der Kampf entstehen.

Faßt man diese Wirkungen ins Auge und zieht in Betracht, daß die Sowjetunion durch den Krieg riesig wirtschaftlich geschwächt ist und für ihren Wiederaufbau lange Jahre des Friedens nötig hat, so ergibt sich für sie die notwendige Grundlinie ihrer Antwort auf die Truman-Doktrin von selbst. Sie muß akuten Konflikten mit den Vereinigten Staaten ausweichen. Sie wird machtpolitisch nach dem Rückzug im Iran¹⁰⁾ *weitere Rückzüge antreten müssen*. Sie muß das Schwergewicht ihrer Gegenaktion auf das Gebiet des internationalen Klassenkampfes verlegen, das heißt auf die Gewinnung von Verbündeten in den Arbeiterklassen und den übrigen Klassen der Werktätigen der anderen Länder. Und um das wirksam tun zu können, muß sie ihr durch das Vorwiegen des diplomatischen Schachers, der diplomatischen Manöver und die Verstrickung in die internationale kapitalistische Räuberei fast unkenntlich gewordenes revolutionäres Gesicht vor den breiten werktätigen Massen der Welt erst wieder sichtbar machen. Darüber wird noch im folgenden Abschnitt, über die Moskauer Verhandlungen der Außenminister, zu sprechen sein. Diese Wendung ist eine Lebensfrage für die Sowjetunion. Ob sie noch möglich ist, ob noch rechtzeitig, ob in genügendem Umfang, das wird die Zukunft zeigen.¹¹⁾

Die Tatsache, daß bis heute noch keine umfassende politische Antwort der Sowjetunion von entsprechender Klarheit, Wucht und Eindringlichkeit auf die Truman-Botschaft vorliegt, zeigt zumindest, daß hier sehr starke innere Hindernisse und Hemmungen zu überwinden sind.

Die Truman-Doktrin leitet auch im Innern der Vereinigten Staaten selbst eine entscheidende Wendung ein. Sie wird die Klassenscheidung, die bisher in den Vereinigten Staaten fast fehlte, dort erst wirklich in Gang setzen und beschleunigen. Unter ihrer Auswirkung wird zum ersten Mal die amerikanische Arbeiterklasse in ihrer Breite die ersten Schritte zu einem selbständigen Klassenbewußtsein machen und breite Schichten der ärmeren Farmer werden folgen.

Ideologisch ist die Truman-Doktrin ein schroffer Bruch mit der amerikanischen außenpolitischen Tradition.¹²⁾ Der bekannte Reaktionär und ehemalige republikanische Abgeordnete Hamilton Fish brachte das im auswärtigen Komitee des Senats drastisch zum Ausdruck, indem er erklärte, die Truman-Doktrin hebe die Monroe-Doktrin auf. Sie ist „*Internationalismus, Interventionismus, Imperialismus.*“

Diese Dinge datieren sicherlich nicht erst seit der Truman-Botschaft. Aber die Truman-Botschaft rückt sie scharf ins öffentliche Bewußtsein.

Ein anderes Symptom dafür ist die Erklärung des Vertreters der Farmerunion gegen diese Doktrin. Dagegen hat sich die Stimme der amerikanischen Gewerkschaften noch nicht hörbar gemacht.

Aber wichtiger und entscheidender als diese ideologischen Rückwirkungen werden die objektiven Auswirkungen der Truman-Doktrin auf den Gang der amerikanischen Innenpolitik und die Entwicklung der Klassenkämpfe im Lande sein.

Die Zusammenhänge sind hier durchsichtig und zwingend.

Die durch die Truman-Botschaft angekündigte Politik erfordert unabsehbar steigende Ausgaben für militärische und imperialistische Zwecke, und zwar zu einem erheblichen Teil unproduktive Ausgaben. Heute schon ist man sich in den Vereinigten Staaten bewußt, daß Griechenland und die Türkei nur ein kleiner Anfang sind. Eine finanzielle Unterstützung der reaktionären Kräfte der ganzen Welt ist auch für die riesige Finanz- und Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten eine ungeheure Belastung.

Man muß also notgedrungen die sozialpolitischen Leistungen und überhaupt den Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter und der kleinen Farmer abbauen. Dies schon bei günstiger Wirtschaftskonjunktur, wenn das weltimperialistische Programm Amerikas sich entfaltet. Noch mehr, wenn die fällige Wirtschaftskrise kommt.

Aber, um dies tun zu können, muß man die Demokratie in den Vereinigten Staaten abbauen. Die Anfänge sind bereits da: der Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften, die Vorbereitung einer Anti-Kommunisten-Gesetzgebung, die natürlich nicht bei den wirklichen Kommunisten halt machen, sondern sich auf alle oppositionellen Kräfte erstrecken wird.¹³⁾ So wird der internationale Kreuzzug des amerikanischen Kapitals für die Demokratie in der übrigen Welt eingeleitet durch einen Kreuzzug gegen die Demokratie in Amerika selbst.

Dieser Abbau der demokratischen Rechte erfolgt heute noch schrittweise, zögernd. Er wird sich beschleunigen. Die vorhandenen Keime amerikanischer Formen des Faschismus werden sich entwickeln.¹⁴⁾ Neue Formen des Faschismus werden auftauchen, eine Wirtschaftskrise wird sie in die Halme schießen lassen.

Alles das wird natürlich die entsprechenden Gegensätze wecken, zum Bewußtsein bringen, organisieren. Das heißt keineswegs, daß die Vereinigten Staaten morgen oder übermorgen bereits eine kommunistische oder sozialistische Massenbewegung haben werden. Aber die ersten Schritte auf dem Wege der Herausbildung eines proletarisch-revolutionären Klassenbewußtseins in breiten Massen der Werktätigen werden getan werden.

Welche Seite dieses Gegensatzes schneller marschieren wird, kann nur die Zeit lehren. Das Kapital ist zuerst aufgestanden. So hat es zweifellos einen Vorsprung. Aber die amerikanische Arbeiterklasse muß keineswegs alle Phasen, durch die die europäische Arbeiterbewegung gegangen ist, vollzählig wiederholen. Sie kann den Entwicklungsgang abkürzen, ganze Stadien überspringen, das Tempo beschleunigen. Eins steht jedenfalls fest: die besondere Art der Klassenharmonie in den Vereinigten Staaten geht zu Ende.

Die Trumansche Botschaft bedeutet sicher nicht unmittelbare Kriegsgefahr im Sinne eines neuen Weltkrieges, aber sie bedeutet erhöhte Weltkriegsgefahr für weitere Sicht und erhöhte Gefahr lokaler Kriege auf kürzere Sicht.

Der Abbau der Rüstungen kann danach höchstwahrscheinlich zu den Akten gelegt werden.

Will man die durch die Truman-Botschaft gekennzeichnete weltpolitische Entwicklung vergleichen mit den „Grundlinien und Grundbegriffen der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg“, die kurz nach dem Kriegsende geschrieben wurden,¹⁵⁾ so wird man finden, daß diese Grundlinien richtig gezogen wurden, unbeirrt durch die Täuschungen, die Wünsche und das Geschrei des Tages. Was dort in Umrissen begrifflich vorgezeichnet war, wird plastische Wirklichkeit.

2. Zur Moskauer Konferenz.

Die Moskauer Konferenz der vier Außenminister ist in dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, noch nicht zu Ende.¹⁶⁾ Wir fügen daher einige Betrachtungen über ihren bisherigen Verlauf an, die von dem eventuellen Endergebnis unabhängig sind.

Das Gesamtbild dieser Verhandlungen ist wahrhaft widerlich: Eine Schar von Aasgeiern, die sich schreiend und zankend um einen Dreiviertel-Kadaver rauf. Wer hat wieviel aus Deutschland genommen? Jeder versucht das vom andern Geraubte heraufzusetzen, den eigenen Raub zu verkleinern. Eine genaue Rechnung ist entweder gar nicht geführt worden oder wird gegen-

seitig verheimlicht. Was sind die Patente wert, die Amerika und England herausgeholt haben? Die Russen veranschlagen ihren Wert auf Milliarden, die Gegenseite nur auf einige hundert Millionen Dollar. Wohl verstanden, es handelt sich hier um kapitalistisches Privateigentum. Was hat Rußland herausgeholt an Fabrikeinrichtungen usw.? Der Hauptstreitpunkt ist die Forderung der Russen nach Reparationslieferungen aus der laufenden deutschen Produktion. Die Angelsachsen erklären sich schroff dagegen unter dem Vorwand, daß so die Wiedererholung Deutschlands und indirekt die Europas verhindert würde. Der wirkliche Grund ist, daß das amerikanische und englische Kapital die Hand auf die entscheidenden Industrien in ihren Gebieten legen und sich keinen Abzug von den dadurch zu erzielenden Gewinnen zu Gunsten der Russen gefallen lassen möchten. Im Grunde sind hier die Amerikaner entscheidend. Sie und niemand anderes werden das Kapital zum Wiederaufbau zu liefern haben. Lohnt sich das Geschäft überhaupt, wenn es so vorbelastet ist? So fragen sich die Amerikaner, und die Engländer folgen als ihre „jüngeren Teilhaber“.

Vom Standpunkt des reinen Schachers sind die russischen Forderungen – zehn Milliarden Dollar – mehr als bescheiden. Sie sind sicher nur ein kleiner Bruchteil der Schäden, die Rußland erlitten hat. Und darüberhinaus sind sie durch das Abkommen von Jalta garantiert, das die andere Seite als „überholt“ erklärt, d. h. verleugnet.¹⁷⁾ Aber was hilft das? Die Angelsachsen haben das Ruhrgebiet und können darüber verfügen – Rechtsansprüche und moralische Ansprüche der Gegenseite hin oder her. Sie wollen ihr Geschäft machen, so profitabel wie möglich, sie wollen die kapitalistischen Verhältnisse in ihrem Gebiet erhalten, sie wollen den Wiederaufbau Rußlands möglichst verzögern, sie wollen das Übergreifen der Sowjetwirtschaft auf das übrige Deutschland verhindern. Sie wollen vielmehr umgekehrt die kapitalistische Wirtschaftsform auch in der Ostzone wieder herstellen. Darum dreht es sich. Die üblichen Normen kapitalistischer Geschäftsmoral haben hier nichts zu sagen (Sie gelten sowieso nur für gangbare Geschäfte). Die Russen berufen sich vergeblich darauf. Für die anderen stehen sie außerhalb dieser Normen.

Das Ergebnis ist heute schon ganz klar. Es ist dies, daß die Russen nach allen Regeln der Kunst von ihren ehemaligen Kriegsverbündeten geprellt werden. Jalta? Aber da brauchte man noch die Russen. Man gab ihnen ein Stück Papier. Jetzt, wo sie auf die Einlösung des Scheines pochen, lacht man sie aus. Man braucht sie nicht mehr. Im Gegenteil, sie sind lästig, noch mehr, sie sind heute der Feind!

Und dabei spielen sich die Angelsachsen noch auf als die Retter Deutschlands und indirekt Europas vor den angemessenen Ansprüchen der Russen. Ein Triumph der Propaganda, dessen Wirksamkeit nicht unterschätzt werden sollte, so sehr auch die Wirklichkeit in Deutschland ganz anders aussieht.

Die Folgerung, die daraus zu ziehen ist, ist klar, und sie hätte von vornherein gezogen werden müssen:

Statt sich gemeinsam mit den kapitalistischen Räubern auf den Boden der Ausraubung des deutschen Volkes zu begeben, dabei geprellt zu werden und sich die deutsche Arbeiterklasse zu entfremden, mußte und muß man entschlossen der kapitalistischen Räuberei die große und klare Linie der sozialistischen Friedenspolitik gegenüberstellen, die Lenin und seine Partei 1917 verkündeten und wonach sie folgerichtig handelten: demokratisch-sozialistischer Frieden unter Verzicht auf Wiedergutmachung und Annexionen, auf Grund der Selbstbestimmung der Völker.

Die politische Wirkung wäre gewaltig! Eine solche Linie würde mit einem Schlage die gesamte deutsche Arbeiterklasse und weit darüber hinaus die Masse der Bauern und Kleinbürger an Rußland und die Sache des Sozialismus heranziehen, mit ihm verbünden und sogar einen Teil der deutschen Bourgeoisie wenigstens neutralisieren. Sie würde die englische und französische Arbeiterklasse auf dem Weg einer Neuordnung Europas, einschließlich Deutschlands und Rußlands, auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage voranstoßen. Sie würde in dem wilden und wüsten Geschacher um den Kadaver Deutschlands die große Idee des Sozialismus wieder aufleuchten lassen. Sie würde der kapitalistischen Propaganda, die Rußland als den Haupträuber hinzustellen sucht, einen tödlichen Schlag versetzen.

Man wird dagegen einwenden: Was sind die „realen“ Ergebnisse einer solchen Linie für Rußland, das heute und morgen die „Reparationen“ bitter nötig braucht? Ist das nicht Mondscheinpolitik? Die Tatsachen selbst geben darauf eine klare Antwort: Was sind für Rußland die realen Ergebnisse des Mitraubens, der Beteiligung an dem kapitalistischen Schacher um die Reste Deutschlands? Wenn von „Mondschein“ die Rede ist, so ist es hier. Die materiellen Ergebnisse sind kümmerlich. Rußland ist auf dieser Ebene geprellt worden und wird weiter geprellt werden. Die freiwillige und freie Mitarbeit der deutschen Arbeiter würde auch materiell das weit aufwiegen, was Rußland, sich stützend auf das Recht des Stärkeren, als Miteroberer hat herausholen können. Der politische Gewinn aber würde den wirtschaftlichen noch um ein Vielfaches überwiegen.

Aber die Gegenaktion der kapitalistischen Mächte? Sie würde durch die Wirkung auf die Arbeiterklassen dieser Länder in Schach gehalten. Sie wäre nicht stärker, als sie so ist. Weder die Vereinigten Staaten noch England können heute Krieg gegen die Sowjetunion führen. Die Perspektive des gemeinsamen Wiederaufbaues Europas auf sozialistischer Grundlage, wenn sie nicht bloße Parteipropaganda wäre, sondern die offiziell verkündete und verfochtene Linie einer Großmacht – und zwar gerade der Großmacht, die die größten materiellen und Menschenopfer gebracht und die größten Schäden erlitten hat – müßte eine gewaltige Wirkung ausüben auf die englischen und

französischen Arbeiter. Sie wäre ein sicher und stark wirkendes Auflösungsmittel für den „angelsächsischen Block“. Sie könnte selbst auf die amerikanischen Arbeiter eine gewisse Wirkung nicht verfehlen, wenigstens im Sinne der Hemmung der großkapitalistischen Politik der Vereinigten Staaten.

Man wird den üblichen Einwand machen: das Rußland von 1947 ist nicht das von 1917. Man kann nicht einfach zu 1917 zurückkehren. Rußland war 1917 nach außen ohnmächtig, fast hilflos. Heute ist es eine Großmacht und kann nicht einfach die Machtmittel, über die es als Großmacht verfügt, beiseite setzen. Es muß auch diese seine Machtmittel im Kampf um den Sozialismus einsetzen.

Gewiß, das Rußland von 1947 ist als Macht nach außen nicht mehr das, was es 1917 war. Aber was folgt daraus? Daß das Wiedereinschlagen einer demokratischen und sozialistischen Friedenspolitik im Sinne Lenins heute in fortgeschrittenen Formen erfolgen kann und so ungleich mächtigere Wirkungen ausüben würde. Es handelt sich nicht um einfache Rückkehr, es handelt sich um Rückkehr auf höherer Stufenleiter. Die kühne sozialistische Friedenspolitik Lenins von 1917 und den nächsten Jahren half wesentlich dazu, zu verhindern, daß die auswärtige Intervention gegen die russische Revolution Erfolg hatte,¹⁸⁾ obwohl damals, wie Lenin hundertfach betonte, die kapitalistischen Staaten zusammengenommen x-mal stärker waren als Rußland. Diese Politik half die russische Revolution retten, sie ermöglichte ihr in einer für sie äußerst gefährlichen internationalen Lage, zu leben und zu überleben. So war die Wirkung wesentlich negativ: die der Verhinderung der Überwältigung der russischen Revolution durch die kapitalistische Umwelt. Sie würde heute positiv in gewaltigem Ausmaß sein. Sie würde der Sache des Sozialismus und der Sowjetunion aktive Bundesgenossen in der ganzen Welt gewinnen. Sie kann sie dringend gebrauchen. Das Rußland von heute könnte der englischen und französischen Arbeiterklasse auf Grund der Kooperation auf sozialistischer Grundlage wirtschaftlich Entscheidendes geben. Das konnte es 1917 nicht. Dafür hatte es ideell Großes zu geben.

Nach vorliegenden Presseberichten soll Stalin dem englischen Außenminister Bevin in einer vertraulichen Unterredung wirtschaftliche Hilfe für England angeboten haben.¹⁹⁾ Als ein geheimes diplomatisches Manöver bleibt das mehr oder weniger wirkungslos. Als öffentliche Staatsaktion könnte es von gewaltiger Wirkung sein. Es würde der englischen Arbeiterklasse eine konkrete wirtschaftliche Perspektive als Alternative zu seiner jetzigen kapitalistischen Wirtschafts- und Außenpolitik eröffnen. Für die englische Schwer- und Maschinenindustrie usw. böte Rußland nahezu unbegrenzte Aufnahmemöglichkeiten. Es würde dies eine enorme Beschleunigung des Wiederaufbaues und der weiteren Industrialisierung Rußlands bedeuten. Rußland könnte nach einer gewissen Anlaufzeit England Rohstoffe und Lebensmittel in großen Mengen als Gegenwerte liefern. Bei einer Ko-

operation auf sozialistischer Grundlage, d. h. bei Ausschaltung der Gefahr imperialistischer Festsetzung Englands in Rußland, bestünde auch kein Hindernis, warum England nicht Waren seiner Konsumtionsmittelindustrien an Rußland liefern könnte. Und schließlich, der Streit um Deutschland zwischen England und Rußland würde damit ausgeschaltet. Deutschland, wenigstens die englische und russische Zone, könnten in den sozialistischen Aufbau Europas eingeschaltet werden.

Die deutsche Arbeiterklasse ist das Hauptopfer der gegenwärtigen „Friedenspolitik“ der „vier Großen“. Sie ist daher der berufene Vorkämpfer für die leninsche sozialistische Friedenspolitik. Indem sie diese Aufgabe übernimmt, gewinnt sie in Deutschland die Führung im Kampf um die Wiedererlangung der nationalen Existenz und Unabhängigkeit, und vertritt sie zugleich in der denkbar greifbarsten Weise die Sache des internationalen Sozialismus. Statt als passives Anhängsel hinter dem „Westen“ oder „Osten“ sich herschleppen zu lassen, kann und muß sie hier die große, geschichtliche Initiative übernehmen.

Zum Schluß noch ein Wort über den Streit um die künftige Verfassung Deutschlands, ob föderalistisch, ob zentralistisch oder ob gar keine Zentralregierung.

Die Antwort der deutschen Arbeiter kann hier sehr einfach und kurz sein. Eine von außen, von den Siegern auferlegte Verfassung kann niemals unsere Verfassung sein. Ihr könnt sie untereinander ausschachern und uns auferlegen unter dem Zwang des Hungers und der Besetzung. Ihr könnt uns nicht zwingen, sie als etwas anderes zu betrachten denn als eine Form der Fremdherrschaft. Unsere Verfassung kann nur von uns, in voller materieller und moralischer Unabhängigkeit geschaffen werden. Dafür ist die erste Voraussetzung (wenn auch nicht die einzige) die Räumung des Landes von allen fremden Truppen und Besatzungsbehörden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die werktätigen Klassen Deutschlands, wenn sie frei über sich verfügen können, weder die amerikanische noch die englische Verfassung nachahmen oder den vermoderten Leichnam der Weimarer Republik wieder ausgraben werden. Denn die bürgerliche Demokratie in jeder ihrer Formen und Varianten hat keinerlei reale Grundlagen mehr in den inneren Klassenverhältnissen Deutschlands. Sie werden auch nicht die Sowjetverfassung (wir meinen die wirkliche, nicht die, die auf dem Papier steht)²⁰⁾ sklavisch kopieren. Sie werden für ein sozialistisches Deutschland eine neue, ihm angemessene Staatsform schaffen, die eine wahrere und höhere Form der proletarischen Demokratie sein wird, als sie die Welt bisher gesehen hat.

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

5. Jahrgang 10-44

Berlin, Mittwoch, 23. April 1947

Preis 1,50 DM

Keine Einmischung in Triest

Der Vertrag für Österreich macht weitere Fortschritte

Moskau, 22. April (ADN). Der Außenminister erläuterte in seiner Montagvormittagsitzung die finanzielle Lage des freien Gebietes von Triest. Zu dieser Frage legte der vom Außenminister im September vorigen Jahres eingesetzte Sachverständigenausschuss einen schriftlichen Bericht vor, in dem die Probleme des Gebiets, der Staatseinnahmen, der Zahlungsbilanz, Geldumsatz und anderer finanzwirtschaftlicher Fragen dargelegt werden. Der Ausschuss hatte sich mit den Vertretern der italienischen und der jugoslawischen Regierung beraten. Diese Regierungen unterbreiteten dem Außenminister einzelne Memoranden, die eine Reihe kritischer Stellungnahmen zum Ausdruck brachten.

Finanzielle Probleme

Die Debatte am Montag förderte eine Reihe prinzipieller Unterschiede in der Einstellung zu dem Problem der Finanzlage Triests zu Tage. Bevin erklärte, die britische Delegation sei mit den Schlussfolgerungen des Ausschusses einverstanden, er wandle sich jedoch dagegen, daß die Triester Industrie- und Produktion auf Grund eines Kompensationsvertrages Jugoslawien überlassen wird. Seine negative Einstellung zu dem Vorschlag Jugoslawiens motivierte Bevin mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jugoslawiens, die, wie er erklärte, zu bedauern seien. Statt dessen schlug Bevin vor, daß der Sicherheitsrat dem neuen Gebiet Triest die Mittel für den Einkauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zur Verfügung stellen sollte.

Geheimsetzung der Außenminister

Moskau, 22. April (ADN). Die Außenminister der vier Großmächte beschlossen am Montagvormittag zu einer Geheimsetzung zusammenzutreten.

Der Außenminister hatte vorher in zweistündiger öffentlicher Sitzung den österreichischen Friedensvertrag in dritter Lesung diskutiert, ohne daß ein wesentliches Ergebnis erzielt werden konnte. Marshall stellte hierauf den Antrag, eine Geheimsetzung einzuberufen.

Die Geheimsetzung des Außenministerrats war um 20 Uhr zu Ende, ohne daß eine Er-

Molotow erklärte, daß die Memoranden der italienischen und jugoslawischen Regierung eingehend geprüft werden sollten. Er machte den Vorschlag, den Bericht des Finanzausschusses, die beiden Memoranden sowie den Vorschlag der britischen Delegation den Sonderbeauftragten zur Überprüfung vorzulegen.

Marshall schlug vor, das gesamte vorliegende Material dem Sicherheitsrat zu übergeben. Die Vereinigten Staaten seien, so sagte er, bereit, Triest uneingeschränkt die notwendigen Waren zu liefern. Diesen Vorschlag verband Marshall mit dem gegenwärtig im amerikanischen Kongreß zur Debatte stehenden Gesetzentwurf über die Anleiheaktionen für andere Länder. Der amerikanische Vorschlag sei verknüpft mit dem Wunsch der USA, das freie Territorium Triest unabhängig zu machen.

Gegen äußere Einmischung

Molotow wies darauf hin, daß die Sowjetunion eine eingehende Überprüfung durch die Sonderbeauftragten für notwendig halte. Er erinnerte daran, daß das Problem Triest lange diskutiert worden sei, jedoch hauptsächlich nur vom politischen Standpunkt aus. Die finanzwirtschaftliche Seite dagegen sei fast überhaupt nicht behandelt worden. Unter Bezugnahme auf die sowjetische Haltung bei der Außenministertagung in New York erklärte Molotow, daß die Sowjetunion jede äußere Einmischung in die

Verhältnisse von Triest für unerwünscht halte.

Die Außenminister beschlossen, die Frage Triest von den Sonderbeauftragten prüfen zu lassen.

Die Nachmittagsitzung

Die Außenminister setzten in der öffentlichen Montagvormittagsitzung die Erörterung des österreichischen Friedensvertrages fort. Der französische Sonderbeauftragte Paris berichtete, daß sich die Sonderbeauftragten über die Artikel bezüglich der Kriegsverbrechen über die Aussiedelung von Personen deutscher Nationalität aus Österreich, über den Abzug der alliierten Truppen aus Österreich und über das österreichische Eigentum auf dem Territorium der Vereinigten Nationen geeinigt hätten. Keine Einigung sei über die Artikel, welche die Grenzen, die Evakuierung der verschleppten Personen und die Reparationen betreffen, erzielt worden.

Wyckhinski ergänzte den Bericht von Paris, indem er die von der Sowjetdelegation vorgeschlagene Formulierung über die österreichisch-jugoslawische Grenze vorlas. Diese Formulierung lautet:

„Die Vorschläge der jugoslawischen Regierung über die Wiedervereinigung Slowenisch-Kärntens mit Slowenien, das zu Jugoslawien gehört, sowie die Grenzberichtigung in der Steiermark und die Gewährung eines besonderen Status für die Slowenen im Burgenland, das ihre nationalen Rechte wahrnehmen soll und das auf der Londoner Konferenz unterbreitet wurde, werden von der Sowjetdelegation als begründet anerkannt. Die Sowjetunion unterstützt die genannten Vorschläge.“

Molotow kommt entgegen

Die Artikel, über die sich die Sonderbeauftragten für Österreich geeinigt hatten, wurden von den Außenministern bestätigt. Zu dem Artikel über die Evakuierung der verschleppten Personen aus Österreich teilte Molotow mit, die Sowjetdelegation wolle nicht darauf, daß im Vertrag eine bestimmte Frist für diese Evakuierung genannt werde, wenn der alliierte Kontrollrat in Österreich diese Frist festlege. Damit wurde die Hauptdifferenz überbrückt.

USA-Trusts im Westen

Der Kampf der Kupferkönige um Oberschlesien

New York, 22. April (ADN). Die Zeitung „New York Post“ unterzieht die Expansionsbestrebungen der großen Trusts und Konzerne der Vereinigten Staaten in Westdeutschland einer scharfen Kritik. Nachdem die USA-Monopolisten mit deutschen Industriellen im Westen Fühlung aufgenommen hätten, würden sie von General Draper in der USA-Militärverwaltung dabei unterstützt, ihre bereits früher ausgeübte Kontrolle über wichtige Industriezweige in Westdeutschland wiederzuerlangen.

Dieser Vorgang wäre begleitet von einer systematischen Hintertreibung der Entnazifizierung und der Auflösung der Kartelle. Auch der Befehl, der den Bürgern der Vereinigten Staaten verbot, mit Angehörigen

von Feindländern, zum Beispiel Deutschlands, Handel zu treiben, stehe nur noch auf dem Papier. Ebenso würden die deutschen Patente im Westen, die einen kaum bezifferbaren volkswirtschaftlichen Wert darstellen, einseitig dieser neuen imperialistischen Gruppierung dienstbar gemacht. Bereits als Mister Harriman in die Regierung der Vereinigten Staaten eingetreten wäre, hätte er sofort den Vorsitzenden des Ausschusses der General Electric Company, Reo C. nach Berlin entsandt, um Studien darüber zu machen, auf welcher Grundlage die wirtschaftliche Eroberung Deutschlands für Wallstreet möglich sei.

Diese Eroberungspläne beschränkten sich nicht nur auf den Westen Deutschlands, son-

dern auch das ehemalige Oberschlesien wurde bald zur Interessensphäre der USA-Finanzmagnaten. Die Anacondas-Copper-Company an welcher Mister Harriman beteiligt sei, mache bereits seit längerer Zeit Anstrengungen, um die Kontrolle über ein bestimmtes Bergwerk in Oberschlesien wieder zu gewinnen. „Diese Wiedergewinnung der Kontrolle ist zu einer Angelegenheit größter Interessen für die Politik der Vereinigten Staaten geworden“, so ironisiert die „New York Post“ abschließend die Jagd der Dollar-gewaltigen nach neuen Prozentsen, „die wichtiger als die Aufrechterhaltung der Kontrolle über Deutschland, wichtiger als die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Besitzungsmächten.“

Internationale monatliche Übersicht über April 1947, Nr. 9

1. Was weiter mit Deutschland?

In unserer Beurteilung der Potsdamer Beschlüsse, die unmittelbar im Anschluß an ihre Veröffentlichung geschrieben wurde,¹⁾ sagten wir seinerzeit, daß nunmehr Deutschland tatsächlich in vier Kolonialgebiete geteilt sei, daß diese Gebiete mehr und mehr mit ihren entsprechenden „Mutterländern“ zusammenwachsen und daher unter sich immer mehr auseinanderwachsen werden. Dies ist denn auch der entscheidende und wesentliche Grund für das Scheitern der Moskauer Verhandlungen über den Friedensschluß mit Deutschland. Alle Einzelfragen, die in den Verhandlungen auftauchten, wie die Frage der wirtschaftlichen Einheit, der politischen Verfassung, der Grenzen Deutschlands, der Reparationen, des Ruhrgebietes und so weiter hängen mit diesem entscheidenden Grund zusammen.

Die Parallele zwischen der Entwicklung des Verhältnisses der Besatzungszonen Deutschlands zueinander und des der entsprechenden Mutterländer ist so vollständig wie möglich. England und die Vereinigten Staaten haben sich zu einem festen militärisch-politischen Block gegen die Sowjetunion zusammengeschlossen, und dementsprechend sind auch die englische und amerikanische Zone wirtschaftlich vereinigt worden. Frankreich hat sich bisher in der Rolle der „Brücke“ zwischen West und Ost gefallen, es hat sich noch nicht endgültig dem einen oder dem anderen Lager angeschlossen. Diese seine Stellungnahme hat nicht zuletzt den Zweck, sich als Preis für seine endgültige Entscheidung Sondervorteile zu verschaffen. Dementsprechend ist die französische Zone noch nicht mit der englisch-amerikanischen vereinigt und spielt eine Sonderrolle. Die sowjetische sowie die angelsächsische Seite bemühten sich jede vor und auf der Moskauer Konferenz, Frankreich auf ihre Seite herüberzuziehen. Es versteht sich, daß diese Bemühungen immer auf Kosten Deutschlands gehen.

Wir haben also jetzt statt der ursprünglichen vier Kolonialgebiete zwei Kolonial-Hauptgebiete, die West- und die Ostzone und ein drittes untergeordnetes Gebiet, das französische, das aber über kurz oder lang sich für den Westen oder Osten entscheiden muß. Diese Entscheidung hängt selbstverständlich von der endgültigen weltpolitischen Orientierung Frankreichs ab, und diese wieder hängt eng mit seiner inneren Entwicklung zusammen.

Was wird nun nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz weiter mit Deutschland sein?

Dies wird in der Hauptsache von dem weiteren Wirken der zwei Faktoren bestimmt, die die bisherige Entwicklung der „deutschen Frage“ bedingt haben:

1. Die West- und die Ostzone Deutschlands werden je mit ihren Mutterländern noch enger zusammen- und daher unter sich noch weiter auseinanderwachsen. In dieser Beziehung hat die Ostzone zweifellos einen Vorsprung. Sie ist wirtschaftlich und politisch bereits in einem größeren Maße der Sowjetwirtschaft und dem Sowjetstaat angegliedert und angehängen als die Westzone dies im Verhältnis zu den angelsächsischen Ländern ist. Die natürliche Folgerung daraus ist, daß die angelsächsischen Mächte nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz versuchen werden, den Vorsprung, den die Sowjetunion in dieser Beziehung hat, so rasch wie möglich einzuholen. So hat der amerikanische General Clay von der engeren politischen Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone als einem der nächsten notwendigen Schritte gesprochen.²⁾

Aber die Vorbedingungen sind auf beiden Seiten keineswegs gleich. Auf der sowjetischen Seite haben wir eine einheitliche und geplante Wirtschaft und einen einheitlichen, streng zentralisierten Staat. Auf der angelsächsischen Seite habe wir zwei verschiedene Wirtschaften, die, obwohl beide kapitalistisch, doch unter sich stark verschiedene Züge aufweisen und deren wirtschaftliche Interessen in Bezug auf Deutschland sich keineswegs immer decken müssen. Und wir haben zwei verschiedene Staaten und Klassenverhältnisse. Auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet werden also hier immer wieder Kompromisse und Ausgleiche gesucht werden müssen, und diese Notwendigkeit wird im Wettbewerb zwischen der West- und Ostzone stark ins Gewicht fallen. Dem Willen der Westmächte, den Vorsprung einzuholen, den die Sowjetunion in der Ostzone in Bezug auf die Eingliederung und Angleichung an ihr eigenes Gebiet hat, werden sich also starke und immer neue Hindernisse in den Weg stellen. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, über die die Vereinigten Staaten verfügen, entscheiden da nicht allein. Es kommt hier wesentlich auch auf die Wirtschaftsform an.

Aber so oder so, das Auseinanderwachsen der West- und der Ostzone wird weitergehen. Es würde das sogar der Fall sein, wenn die Westzone über ihren gegenwärtigen Stand des Verwachsenseins mit den angelsächsischen Mächten nicht hinauskommen würde, was aber nicht anzunehmen ist.

2. Der zweite Faktor ist das allgemeine weltpolitische Verhältnis. Der Moskauer Konferenz ging bekanntlich die Verkündung der Truman-Doktrin voraus, die den allgemeinen weltpolitischen und innenpolitischen Aufmarsch gegen die Sowjetunion und den Kommunismus unter amerikanischer Führung enthält. Bei diesem allgemeinen Aufmarsch ist aber Deutschland das entscheidende Gebiet. Es ist klar, daß dieser zweite Faktor in Bezug auf Deutschland in derselben Richtung wirkt wie der erste und ihn in seiner Wirkung noch verstärkt.

Aus alledem folgt aber, daß, je mehr Zeit vergeht, eine wirkliche Einigung über Deutschland, das heißt eine Wiederherstellung einer einheitlichen deutschen Wirtschaft und eines einheitlichen deutschen Staates, nicht leichter, sondern immer schwieriger, ja unmöglicher wird.

General Marshall hat aus seiner Unterredung mit Stalin dessen Äußerung erwähnt, daß die Moskauer Verhandlungen nur ein Vorpostengefecht gewesen seien und daß am Ende eine Verständigung durch gegenseitige Erschöpfung beider Seiten zustande kommen werde.³⁾ Aber auf Grund der objektiven Verhältnisse ist klar, daß eine schließliche „Verständigung“ beider Seiten über Deutschland keinesfalls eine Verständigung über die Wiederherstellung der wirklichen wirtschaftlichen und politischen Einheit sein könnte, sondern bestenfalls die Wiederherstellung irgendwelcher minimalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen zwei tatsächlich voneinander getrennten und unabhängigen Gebieten, in die das ehemalige Deutschland auf längere Zeit zerfallen sein wird.

Die Wiederherstellung einer wirklichen wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands ist nur dann möglich, wenn die eine oder die andere der beiden um Deutschland kämpfenden Seiten auf diese oder jene Weise das entscheidende Übergewicht bekommt und ihre Ordnung auf ganz Deutschland ausdehnen kann. Wie nahe oder fern diese Zeit ist, kann nur die Erfahrung zeigen. Jedenfalls zeigt die bevorstehende Entwicklung, daß mit einer tatsächlichen Trennung Deutschlands auf längere Frist zu rechnen ist.

Was wird aber inzwischen aus Deutschland? Es sind hier natürlich nur Schlüsse allgemeiner Art möglich. Die wesentlichen scheinen uns folgende zu sein:

1. Für die nächste Zeit kann man nicht mehr von einem Schicksal Deutschlands als von etwas Einheitlichem sprechen. Der Westen und der Osten werden zunächst ihren eigenen und sehr verschiedenen Gang gehen.
2. Der Entwicklungsgang der Ostzone wird wirtschaftlich und politisch an den der Sowjetunion gebunden sein. Und dieser ist bedingt einerseits durch das Tempo und die Art des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Sowjetunion, andererseits durch die Notwendigkeit der Sowjetunion, auch weiter riesige Mittel für militärische Zwecke aufzuwenden. Von einer raschen Hebung der Lebenshaltung kann da auch unter den günstigsten Umständen keine Rede sein. An sich ist eine langsame Hebung des Wirtschaftslebens und der Lebenshaltung nicht ausgeschlossen. Es hängt das ab von der praktischen Durchführung, vor allem davon, ob die Ostzone weiter behandelt wird als ein Gebiet, aus dem ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner Bevölkerung so viel als möglich herausgeholt und nach dem Osten abgeführt, oder ob das Gebiet als integrierender Teil der Sowjetwirtschaft behandelt wird. An sich bietet die sowjetische Planwirtschaft die Möglichkeit, die Ostzone Deutschlands harmonisch in die sowjetische Gesamtwirtschaft einzugliedern.

3. In der Westzone aber wird die kapitalistische Wirtschaftsform der Besatzungsmächte ihre hemmende Wirkung ausüben: vor allem dadurch, daß die Besatzungsmächte dort die kapitalistische Wirtschaftsform aufrecht erhalten, sodann durch die Widersprüche zwischen einem kapitalistischen Wiederaufbau der Zone und den kapitalistischen Interessen der Besatzungsmächte im allgemeinen, und schließlich durch die wirtschaftlichen Interessengegensätze unter den Siegern selbst.

Es besteht nicht der geringste Anlaß anzunehmen, daß von nun ab in der Westzone an die Stelle der wirtschaftlichen Widersprüche und Planlosigkeit die Harmonie und Planmäßigkeit treten werden. Alle Hoffnungen dieser Art, die sich vornehmlich auf die in der Tat riesige amerikanische Wirtschaftsmacht stützen, werden sich als Illusionen erweisen, denn es wird dabei vergessen, daß es sich um kapitalistische Wirtschaftsmacht handelt, mit allen ihr innewohnenden Widersprüchen und mit der Ausbeutung und nicht der Wohltätigkeit als Grundmotiv.

4. Die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands auf längere Frist bedeutet an sich einen schweren Schlag gegen seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau, denn die deutsche Wirtschaft, auch in kapitalistischer Form, war ein Ganzes, dessen Teile in Jahrzehnten aufeinander abgestimmt waren. Eine Neueingliederung der Teile in andere Wirtschaftsgebiete läßt sich nicht improvisieren, am wenigsten, wenn es sich um kapitalistische Gebiete handelt, in die die Neueingliederung erfolgen soll; aber auch die Neueingliederung in ein sozialistisches Wirtschaftsgebiet ist keine einfache und leichte Sache, auch wenn der beste Wille und Sachkenntnis vorausgesetzt wird.

5. Natürlich kann das deutsche Volk nicht auf die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit verzichten. Aber es kann nicht mehr auf sie hoffen im Wege der Vereinbarung der Siegermächte. Der Weg, den die deutsche Arbeiterklasse einschlägt, kann nur der der Wiederherstellung der nationalen und staatlichen Einheit auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage sein. Die Folgerungen aus dieser grundlegenden Zielrichtung ergeben sich von selbst aus den gekennzeichneten Voraussetzungen.

Wenn es auf der Moskauer Konferenz nicht einmal gelungen ist, den Friedensvertrag mit Österreich unter Dach und Fach zu bringen, so deshalb, weil Österreich die Eingangspforte zum Balkan ist und trotz seiner territorialen Kleinheit auch heute noch eine strategische Stellung erster Ordnung im Kampf um den Balkan und den Mittleren Osten ist.⁴⁾

So bleibt also auch die „Verteilung“ Österreichs für längere Frist, und es bedarf keiner weiteren Schilderung, was das für das unglückliche Land und Volk Österreichs bedeutet.

Auch hier ergibt sich für die Orientierung der Arbeiterklasse entsprechendes wie für das gedrittelte Deutschland.

2. Die bisherigen internationalen Auswirkungen der Truman-Doktrin.

Statt, wie geplant, am ersten April, traten die Gesetze über die „*Hilfe der Vereinigten Staaten an Griechenland und die Türkei*“ erst im Laufe des Monats Mai in Kraft. Aber die Truman-Doktrin selbst hat bereits eine ganze Reihe internationaler Auswirkungen gehabt, die im folgenden kurz angegeben und charakterisiert werden sollen.

Allgemein kann gesagt werden, daß überall in der Welt die Kräfte der Reaktion und der Konterrevolution durch sie ermutigt worden sind und vorstoßen. Die Kräfte, die hier in Betracht kommen, sind bunt gemischt: katholische Parteien, lateinamerikanische Diktatoren, neufaschistische und Reste der alten faschistischen Organisationen, europäische Mächtegegn-Diktatoren, asiatische halbfeudale Diktatoren und Parteien usw.

Auf dem westlichen Kontinent ist die hervorstechendste Tatsache die Illegalerklärung der kommunistischen Partei Brasiliens, der zahlenmäßig stärksten unter den kommunistischen Parteien Lateinamerikas, und damit die Einleitung einer neuen Periode der persönlichen Diktaturen lateinamerikanischen Stils unter General Dutra.⁵⁾ Selbst die führenden bürgerlichen Blätter Brasiliens erklären, dieser Schritt habe nichts mit der Verteidigung der Demokratie zu tun, sondern sei ein Schlag gegen sie, und daß das Land genug habe von persönlicher Willkürherrschaft. Die große Presse aber der Vereinigten Staaten begrüßte diesen Schritt.

In Kuba wird versucht, den Kommunisten die Leitung der Gewerkschaften, die sie bisher inne hatten, aus der Hand zu nehmen und die Gewerkschaften selbst zu spalten.

In Frankreich ist durch die Truman-Doktrin der rechte Flügel der SFIO ermutigt worden, die Kommunisten aus der Regierung auszuschiffen. Der Anlaß war der Aufstand in Madagaskar, die neuen Lohnforderungen der Gewerkschaften, die Herabsetzung der Brotration.⁶⁾ Auf der anderen Seite hat de Gaulle in Anwesenheit des amerikanischen Gesandten in seiner Rede in Straßburg deutlich zu erkennen gegeben, daß er auf eine Orientierung der französischen Außenpolitik nach den Vereinigten Staaten hinarbeitet.⁷⁾ Ferner hat de Gaulle sich endlich entschlossen, sich persönlich an die Spitze der Bewegung „französische Einheit“ zu stellen.

Natürlich hängen diese Entwicklungen eng mit dem Gang des Klassenkampfes im Innern Frankreichs zusammen, jedoch unterliegt es keinem Zweifel, daß der amerikanische Einfluß beschleunigend und richtungsgebend in die antikommunistische-antirussische Richtung gewirkt hat. Wohlverstanden, wir haben es hier nicht mit der Beurteilung der Politik der KPF und der SFIO zu tun. Wir stellen hier in der Kürze nur die internationalen Zusammenhänge der innerpolitischen Entwicklung Frankreichs fest. Weiter gehören in diesen Zusammenhang die auf der Moskauer Konferenz unternommenen Versuche Marshalls und Bevins, Bidault in der deutschen Frage

auf die angelsächsische Seite herüberzuziehen.⁸⁾ Ferner scheinen neue amerikanische wirtschaftliche und finanzielle Angebote an Frankreich vorzuliegen: eine neue Anleihe, das Angebot amerikanischer Rohstofflieferungen, wofür als „Kompensationen“ die französischen Kolonialmärkte dem amerikanischen Handel zugänglich gemacht werden sollen.

In Italien war bisher de Gasperi und seine katholische Partei das Hauptinstrument der amerikanisch-englischen Politik. Die Regierung de Gasperi ist in diesen Tagen zurückgetreten, und das Bemühen geht jetzt sichtlich dahin, entweder die Kommunisten und Sozialisten überhaupt aus der Regierung auszuschneiden, oder wenigstens die Regierungskoalition nach rechts hin zu verstärken.⁹⁾

Im Falle Frankreichs wie Italiens gehen die außenpolitischen wie innenpolitischen Ziele Hand in Hand. Außenpolitisch gilt es, in den Kommunisten die Hemmung zu beseitigen, die ihre Teilnahme an der Regierung für die angelsächsische Orientierung ihrer Länder bedeutet, innenpolitisch gilt es, der Möglichkeit nach revolutionäre Faktoren auszuschalten.

Wie in Spanien die Truman-Doktrin das Selbstbewußtsein Francos und seines Regimes gestärkt hat, ist augenfällig. Eine der Früchte davon ist der Dekreten-Entwurf über die Monarchie, der ihm alle wirkliche Macht läßt und die Monarchie zu einer bloßen Verkleidung des intakten falangistischen Regimes machen würde. Gleichzeitig hat England kooperiert und das Franco-Regime durch das Wirtschafts- und Finanzabkommen gestärkt.¹⁰⁾

In Griechenland hat die Verkündung der Truman-Doktrin die Regierung zu einem neuen militärischen Vorstoß gegen die Guerillas ermutigt (der aber offenbar im Sande verlaufen ist). Ein Teil der amerikanischen Gelder soll dazu verwandt werden, um eine neue Kampagne für den Sommer vorzubereiten.

In der Türkei hatten der Beginn von Lieferungen englischer Kampfflugzeuge sowie die Fahrten amerikanischer Kriegsschiffe durch das Mittelmeer den Zweck, den türkischen Widerstand gegen die Sowjetunion zu stärken.¹¹⁾

In der Palästinafrage wirkt Amerika mit England zusammen, um zu verhindern, daß die Frage der Unabhängigkeit Palästinas und der Aufhebung des englischen Völkerbundmandats in den „Vereinten Nationen“ wirksam aufgerollt wird.¹²⁾ Es gilt hier, Palästina jetzt in eine gemeinsame amerikanisch-englische strategische Stellung für den Mittleren Osten gegen die Sowjetunion zu verwandeln – nicht aber, die Stellung zu räumen. Alle einzelnen Schachzüge des angelsächsischen Blocks in der Palästinafrage sind offensichtlich von diesem Gedanken geleitet.

Im Iran (Persien) übernehmen die Amerikaner die Ausbildung der iranischen Armee und stellen der iranischen Regierung Kriegsmaterial in der Höhe von 30 Millionen Dollar zur Verfügung.¹³⁾

In China hat die amerikanische Politik auch den Schein des Versuchs der Vermittlung zwischen Tschiang-Kai-chek und den chinesischen Kommunisten

aufgegeben und unterstützt heute Tschiang-Kai-chek ohne weitere Verkleidung gegen die chinesischen Kommunisten.¹⁴⁾

Korea, d. h., der von Amerika besetzte südliche Teil, wird von der amerikanischen Presse bereits als der nächste Anwärter auf eine amerikanische Anleihe hingestellt, um diese strategisch wichtige Stellung gegen die im Norden des Landes sitzenden Russen zu verstärken. Das Schreiben Marshalls an Molotow über Korea ist ein Versuch, die amerikanischen Bedingungen auf das ganze Gebiet auszudehnen.¹⁵⁾

Die vorstehende Übersicht kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Sie genügt aber um zu zeigen: erstens, wie die amerikanische Offensive gegen die Sowjetunion und den Kommunismus sich auf die ganze Welt erstreckt, vor allem auf die für eine Weltauseinandersetzung mit der Sowjetunion strategisch wichtigsten Punkte und Gebiete. Zweitens, wie hier die außenpolitischen Vorstöße aufs engste verbunden sind mit der Stärkung der reaktionären und der konterrevolutionären Kräfte in der ganzen Welt, und drittens, wie die Vereinigten Staaten und England eng zusammenarbeiten, wobei die Vereinigten Staaten gleichzeitig mehr und mehr bisher englische Stellungen übernehmen.

Nun zu den innenpolitischen Vorgängen in den Vereinigten Staaten, soweit sie mit der Truman-Doktrin zusammenhängen und von internationaler Bedeutung sind:

Die Vorlagen über die Hilfe an Griechenland und die Türkei wurden, wie bereits bemerkt, nicht, wie von Truman gefordert, bis 1. April angenommen, sondern erst sechs Wochen später. So ging der Überraschungseffekt verloren. Aber immerhin, die Vorlage wurde angenommen mit über zweidrittel Mehrheit im Senat und ebenso im Repräsentantenhaus, wobei die Minderheiten in der Hauptsache Demokraten der Nordstaaten waren.

Die Länge und die Leidenschaftlichkeit der Debatten in beiden Häusern des Kongresses deuten darauf hin, daß gegen diese Politik allerhand Widerstände im amerikanischen Volk vorhanden sind. Es ist wichtig, sich über den Charakter dieser Widerstände Rechenschaft zu geben. Es sind hier zwei Momente, die in Betracht kommen. Erstens die Furcht, daß die Beschlüsse über Griechenland und die Türkei sich als ein erster Schritt zum Kriege gegen Sowjetrußland auswirken. Zweitens die Furcht, daß die Durchführung der Truman-Doktrin zu unabsehbar steigenden militärischen und anderen unproduktiven Ausgaben führe, die letzten Endes eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Masse des amerikanischen Volkes herbeiführen werde. Und drittens die Furcht, daß diese Politik zu wachsender Militarisierung des amerikanischen Staates und öffentlichen Lebens führen werde. Man sieht, dieser Widerstand hat nichts zu tun mit Sympathien für Sowjetrußland oder mit sozialistischen Bestrebungen, die in den Vereinigten Staaten bis heute keinerlei Massenanhang haben.

Dabei ist vor allem bemerkenswert, daß es nicht die großen gewerkschaftlichen Organisationen sind, die hier Widerstand leisten oder ihn führen. Es ist das kein Wunder. Die eine der Gewerkschaftsorganisationen, die AFL, führt seit längerer Zeit schon einen systematischen und offenen Feldzug in Lateinamerika und auch in Europa, um den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften zu verdrängen.¹⁷⁾ Die antikommunistische und überhaupt antisozialistische Seite der Truman-Doktrin findet daher in ihnen direkte Anhänger und Werkzeuge. Und auch die andere große Gewerkschaftsorganisation, die CIO, hat begonnen, in ihren Reihen den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen oder auszuschalten.¹⁸⁾ So sind sie beide unfähig, gegen die außenpolitische Seite der Truman-Doktrin Widerstand zu leisten.

Aber eben dadurch erweisen sie sich auch als unfähig, den immer stärkeren Vorstößen der Unternehmer und des Kongresses gegen die amerikanische Gewerkschaftsbewegung selbst wirksamen Widerstand zu leisten. Während die antigewerkschaftliche Gesetzgebung im Kongreß noch in der Schwebe ist, haben bereits mehrere Einzelstaaten eine Reihe von antigewerkschaftlichen Gesetzen eingeführt.¹⁹⁾ Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich bereits damit abgefunden, daß überhaupt antigewerkschaftliche Gesetze im Kongreß durchgehen und reden nur noch davon, sie wenigstens abzuschwächen. Im Streik der Telefonarbeiter hat das Prinzip des für ganze Industrien einheitlichen Kollektivvertrages bereits eine schwere Niederlage erlitten. Und das ist sicher auch nur der Anfang. Bei der gegenwärtigen inneren Verfassung und Führung der amerikanischen Gewerkschaften, wo sie auch den ersten Schritt noch nicht getan haben, um die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft als selbständige politische Kraft in die Waagschale zu werfen, sind sie unfähig, einen Kampf zu führen, der von der Gegenseite in erster Linie als ein politischer Kampf geführt wird, in dem die zentralen und einzelstaatlichen gesetzgebenden Körperschaften, die Exekutivbehörden, die richterliche Gewalt, die Presse und so weiter ins Feld geführt wird.

Und man täusche sich nicht: es sind nicht nur die gewerkschaftlichen Führungen, es ist die Masse der Gewerkschaftsmitglieder selbst, die noch nicht den Gedanken gefaßt hat, das politische Kampffeld als selbständige Macht zu betreten, sei es auch nur zur Verteidigung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen noch weitere schwere Niederlagen der amerikanischen Arbeiterbewegung bevorstehen und daß eine Wendung hier erst eintreten kann, wenn diese Niederlagen ihr den Gedanken von der Notwendigkeit der politischen Aktion eingebläut haben werden. Es sind dies Tatsachen von schwerwiegender internationaler Bedeutung und Wirkung.

Für das amerikanische Kapital ist der Feldzug gegen die Gewerkschaften zugleich eine Vorbereitung für die kommende Wirtschaftskrise. In der Textil-

industrie haben bereits Stilllegungen und verkürzte Arbeit in einer Reihe von Betrieben begonnen.



Arbeitslose Metallarbeiter in einem New Yorker Arbeitsamt.

RHEIN-EGHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

Verleger: Verlagsanstalt Rheinisch-Westfälische Zeitungsgesellschaft, 1000 Aachen, Markt 10. Druck: Verlagsanstalt Rheinisch-Westfälische Zeitungsgesellschaft, 1000 Aachen, Markt 10.

Verleger: Dr. Kurt Schumacher, 1000 Aachen, Markt 10. Druck: Verlagsanstalt Rheinisch-Westfälische Zeitungsgesellschaft, 1000 Aachen, Markt 10.

ZWITZER JAHRGANG — NR. 14 VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18 DES MILITARREGIERUNG MITTWOCH, DEN 2. APRIL 1937

Trotz Hunger und Not nicht passiv sein

Dr. Schumacher eröffnet in Oberhausen den Wahlkampf — Selbständige Politik der SPD

Oberhausen, 31. März. (Eig. Ber.) In einer Massenkundgebung auf dem Alten Marktplatz rief der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, der deutschen Bevölkerung zu, trotz aller Hungersnot, die das politische Denken irrezuulden drohe, nicht passiv zu sein. Politische Aktionen müssen allerdings diszipliniert durchgeführt werden. Lausbubenstreiche darf die Arbeiterschaft nicht dulden. Immer noch liegt die tatsächliche Macht bei der Militärregierung, hier milder, dort strenger. Die Militärregierungen werden ewig ein Fremdkörper im Fleisch eines besiegten Volkes bleiben. Dennoch sei mit dem totalen Sieg den Siegermächten auch die totale Verantwortung zugefallen. In Moskau geht es im Grunde genommen gar nicht um Deutschland, sondern darum, daß die Siegermächte ihre Interessensphären abgrenzen. Deutschland ist zu einem Objekt der internationalen Politik geworden. Die SPD ist für Deutschland und den internationalen Frieden. Jeder Versuch, Rhein und Ruhr von der deutschen Republik abzutrennen, wird von der SPD bekämpft.

Die SPD hat in allen Landtagen die Sozialisierung bejaht. Die CDU hingegen habe sich zunächst vor einer Stellungnahme gedrückt, eigene Patentlösungen vorgeschlagen und sich dann im Effekt gegen Sozialisierung ausgesprochen. Selbst die Volksbefragung sei abgelehnt worden. Jetzt stehe es fest, daß es keinen linken Flügel in der CDU gäbe. Durch die gemischt-wirtschaftlichen Betriebe wolle die CDU dem nationalen und internationalen Kapital Möglichkeiten offen halten.

2 Millionen deutscher Soldaten sich noch in Rußland befänden. Millionen deutscher Familien fragen die Kommunisten, die sich schützend vor die Sowjetunion stellen: Wo bleiben unsere Angehörigen? Trotz allen Anwürfen in Blättern der Ostzonen lasse sich die SPD zu diesen Dingen nicht den Mund verbieten. Die SPD fordere für die Ostzonen gleiche Staatsbürgerrechte und Zulassung der Partei.

polkapital in den Westzonen. In der Ostzone bestände aber ein Staatsmonopol mit 40 Proz. der Basisindustrie, welches man den Sowjets auf Kosten der Steuerzahler zugeschoben hätte. Hier sollte die KPD die Forderungen erheben, diese Betriebe in die Hände des deutschen Volkes zurückzuführen. SED und KPD haben immer zur Ostgrenze geschwiegen. Im Westen habe man zwar so getan als sei man gegen die Oder-Neiße-Linie, aber man könne damit das deutsche Volk nicht täuschen.

Polemik gegen die KPD

Gegen die KPD führte Dr. Schumacher folgende Gründe an: Im Februar habe die Führung der SED versucht, eine Reichsregierung zwecks Unterschreibens des Friedensvertrages zu bilden. Man könne aber keine Verträge unterschreiben, ohne vom Inhalt dieser zu wissen, und keine Macht der Erde könne die SPD zwingen, zu unterschreiben. Dann spreche die KPD in den Westzonen gegen die Politik der verfehlten Demontage, aber gegen die gleichen Handlungen in den Ostzonen hätten sie niemals Stellung genommen. Ferner habe die KPD niemals für eine staatsrechtliche Gleichheit gekämpft. Die KPD wende sich gegen das Mono-

Nur nicht falsch wählen

Schumacher betonte, daß man um jedes Quadratmeter deutschen Bodens östlich der Oder-Neiße mit den Mitteln der Vernunft und dem dauernden Appell an die Einsicht der Welt kämpfen müsse. In dem Rumpf-Deutschland von heute sind Sozialisierung und Bodenreform, so wie die SPD sie erstrebe, dringend erforderlich. Es geht nicht gegen den Mittelstand, gegen Klein- und Mittelbetriebe, nur gegen den großen Besitz. Die Wählerschaft stehe vor der gleichen schicksalsschweren Frage wie am 5. März 1933. Jetzt falsch wählen, könne die gleichen gefährlichen Folgen haben wie damals. Wer ein freies und selbständiges Deutschland will, muß sozialdemokratisch wählen.

Warum Sozialisierung?

Sozialisierung ist aber nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Notwendigkeit. Es ist unchristlich und unverantwortlich, eine gerechte Lastenverteilung zu verhindern. Sollen Reparationen gezahlt werden, muß dem deutschen Volk die Möglichkeit zum Leben und zur Arbeit gegeben sein. Die SPD wendet sich gegen das Abziehen deutscher Arbeitskräfte durch Zurückhalten in der Gefangenschaft.

Die Kriegsgefangenen

Auch amerikanische Kreise seien zu dem Schluß gekommen, daß mindestens

Hynd und die Hungerstreiks

„Manchester Guardian“ antwortet

Wer trägt die Verantwortung? —
br. London, 31. März. (Eig. Ber.) Minister Hynd erklärte, die Berichte über die Zwischenfälle im Rheinland und Ruhrgebiet seien übertrieben. Der Minister stellte in Abrede, daß die Lebensmittelverteilung in der britischen Zone allgemein versagt habe. Die allgemeine Lebensmittelversorgung sei besser als je zuvor, aber die deutsche Verwaltung habe nicht dieselbe Energie und Tatkraft gezeigt, wie die britische. Die britischen Behörden würden die nötigen Schritte unternehmen, um die deutschen Verwaltungsstellen bei der angemessenen und gerechten Verteilung der verfügbaren Vorräte zu unterstützen. Die Demonstrationen, so wird in London er-

Das Blatt schreibt weiter: „Es mag gerechtfertigt sein, für die Unzulänglichkeiten in der Lebensmittelverteilung der deutschen Behörden zu tadeln. Aber was für einen Sinn hat das? Enthält das Großbritannien seiner Verantwortung, tröstet es die deutsche Hausfrau, wenn sie ihre Rationen nicht bekommt? Wer hat schließlich die deutschen Beamten ernannt? Die Besatzungsmächte doch! Die Öffentlichkeit protestierte nicht nur gegen unzureichende Rationen, sondern auch dagegen, daß die versprochenen Rationen nicht eingehalten werden können. Wir wollen nicht über die Korruption und den Schwarzen Markt in

Streik und Bergbau

Bochum, 1. April. (Eig. Ber.) In Bochum wird am Mittwoch eine Konferenz von Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften des Ruhrgebietes stattfinden zum Beschluß über die Frage, ob die Bergarbeiter wegen der schlechten Lebensmittelversorgung in den Proteststreik treten sollen. Die Gewerkschaftsführer August Schmidt (SPD) und Willi Agatz (KPD) haben sich, wie gemeldet wird, beide gegen einen Streik ausgesprochen. (Siehe auch 2. Seite.)

Internationale monatliche Übersicht über Mai 1947, Nr. 10

1. Aus Deutschland

Als der Hunger in Deutschland wieder einmal einen besonders scharfen Charakter annahm und die Arbeiter auf die Straße gingen, bereitete der amerikanische General James Newman, Militär-Gouverneur des „Landes“ Hessen, eine Kundgebung an die Bevölkerung vor, in der er ihr den Belagerungszustand ankündigte, falls sich ihr Benehmen nicht bessere – womit eben die Demonstrationen gemeint waren.¹⁾ Einige Leute aus der Umgebung des Generals Newman scheinen für das ebenso Ungeheuerliche als Sinnlose einer solchen Androhung ein Gefühl gehabt zu haben. Sie benachrichtigten den General Clay, den Militär-Gouverneur für die ganze amerikanische Zone, und der veranlaßte in letzter Minute, daß die Drohung mit dem Belagerungszustand aus der Kundgebung des Generals Newman wegblieb. Der General Clay erklärte seinerseits, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden nicht mit der „eisernen Hand“, sondern im Einvernehmen mit den deutschen Behörden ihr Gebiet verwalten wollen.

Dieser Vorgang ist bedeutsam für mancherlei Dinge in der Westzone Deutschlands.

Erstens zeigt er, daß die Not am Ende des zweiten Jahres der Besetzung Deutschlands durch die Amerikaner so groß ist, daß die Leute die Kugeln der Besatzungstruppen nicht mehr fürchten, daß also eine Drohung mit dem Belagerungszustand als sinn- und wirkungslos erscheint, ja offenbar nach der Meinung der obersten amerikanischen Militärbehörde selbst die Lage für die Besatzungsmacht noch verschlechtern würde.

Eine traurige Bilanz für das reichste Land der Welt, die Vereinigten Staaten.

Zweitens aber zeigt der Vorgang, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden sich bewußt sind, daß sie ohne die Mithilfe der deutschen Behörden ihr Gebiet nicht verwalten können – so, wie sie es verwalten. Der Belagerungszustand bedeutet ja, daß die Militärbehörden selbst alles machen. Andererseits lassen eine Reihe von Meldungen darauf schließen, daß viele der deutschen Verwaltungsbehörden unter dem Druck der hungernden und verzweifelten Bevölkerung geneigt waren, ihre Ämter hinzuwerfen. Um ihre für sie so wertvollen, ja unentbehrlichen Hilfsdienste zu erhalten, müssen die Besatzungsbehörden ab und zu etwas tun, um sie ihnen nicht ganz unmöglich zu machen.

So beleuchtet dieser Vorgang wie mit einem Blitzlicht die Ereignisse der Verwaltung der amerikanischen Zone am Ende von zwei Jahren: das vollständige Versagen der Besatzungsmacht, um der Bevölkerung ihrer Zone auch nur das trockene Brot zu sichern, die steigende Verzweiflung, aber auch die ersten Anfänge eines Widerstandes oder wenigstens eines Protestes der Bevölkerung und schließlich das Abwirtschaften der deutschen Behörden, die im Dienste der amerikanischen Besatzungsbehörden das deutsche Elend verwalten.

In der englischen Zone sind die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung womöglich noch katastrophaler. England hat ja bekanntlich selbst keine Lebensmittelüberschüsse. Es ist angewiesen erstens auf den guten Willen der Amerikaner, zweitens auf das, was es selbst aus den landwirtschaftlichen Gebieten seiner Zone herauszuholen versteht. Darüber soll in einem weiteren Zusammenhang gesprochen werden.

Der englische Außenminister Bevin hat den seltenen Mut gehabt, in seinem Bericht an das britische Unterhaus zu sagen, die deutschen Arbeiter seien selbst verantwortlich für ihre Lage, in der sie sich jetzt befinden, da sie das Hitler-Regime und den Krieg zugelassen hätten.

Was die Vergangenheit anbelangt, so fehlt Herrn Bevin durchaus die Befugnis zu einem solchen Vorwurf. Denn Herr Bevin hat bis jetzt noch nirgends gezeigt, daß er sich im Verständnis und der Fähigkeit, gegen den Faschismus zu kämpfen, irgendwo von den früheren deutschen sozialdemokratischen Führern der Weimarer Republik unterscheidet. Was hätten sie von ihm lernen können, was sie nicht gelernt haben? Herr Bevin und die Seinen verstehen ja nicht einmal mit den Resten des geschlagenen Faschismus in Deutschland fertig zu werden.

Was aber die traurige Gegenwart in Deutschland anlangt, so trägt die Labour-Regierung die absolute und vollständige Verantwortung für die Lage in ihrer Zone, in der sie auf allen Gebieten alles zu bestimmen hat, was geschieht und was nicht geschieht.

Vor allem, was nicht geschieht. Denn das Hauptgeschäft der westlichen Besatzungsbehörden ist: die Selbsthilfe und die Selbsttätigkeit der deutschen Bevölkerung zum Wiederaufbau des Landes lahmzulegen.

Man braucht nur einen Blick auf das bekannte „Buchenwalder Manifest“²⁾ und auf die ersten selbständigen Schritte der Arbeiterorganisationen nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes und vor der Errichtung des Besatzungs-Regimes³⁾ zu werfen, um zu sehen, daß die deutschen klassenbewußten Arbeiter von sich aus bereit waren, das zusammengebrochene Nazi-Regime durch ein sozialistisches Regime, im Wesen der Sache, wenn auch nicht dem Namen nach, durch eine sozialistische Räterepublik abzulösen. Die deutschen Arbeiter brauchten und brauchen keine Hilfe von den Bevins für die sozialistische Revolution und für den sozialistischen Wieder-

aufbau Deutschlands, sie brauchen nur, daß man sie nicht hindert, das zu verwirklichen, was sie aus dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und aus den 12 Jahren des Nazi-Regimes immerhin gelernt hatten und was Herr Bevin nicht gelernt hat und nie lernen wird.

2. Die notwendige gesamteuropäische Agrarrevolution.

Englische Quellen haben während der gegenwärtigen verschärften Hungersnot in der Westzone die Behauptung verbreitet, an der Lebensmittelkatastrophe in der englischen Zone sei zu 70 % schuldig das Ausbleiben versprochener amerikanischer Lieferungen, zu 30 % aber die Sabotage der Ablieferung durch die Bauern. Wir lassen das prozentuale Verhältnis der beiden Faktoren dahingestellt. Zu dem amerikanischen Faktor sei nur bemerkt, daß es schließlich ja doch die englische Politik ist, die dafür verantwortlich ist, daß die Wirtschaft und die Politik in der englischen Zone so vollständig von dem guten oder schlechten Willen der amerikanischen Regierung abhängig geworden ist.

Wir wenden uns dem zweiten Faktor zu, der Nichtablieferung der Bauern. Die Verantwortung dafür trifft die englische Regierung noch stärker. Sie ist es ja, die die alte nazistische Lieferungsorganisation auf dem Lande aufrechterhält, in der Großgrundbesitzer und Großbauern führend sind.⁴⁾ Sie ist es vor allem, die die notwendige Agrarrevolution in ihrem Gebiete verhindert.

Damit aber kommen wir auf ein Kapitel, das nicht nur deutsch ist. Es ist ebenso französisch, italienisch, spanisch usw. Es ist ein gesamteuropäisches Kapitel. Wenn, ausgerechnet in Frankreich, heute brotlose Tage eingeführt werden mußten und Maisbrot gegessen wird, wenn in Italien und Spanien das Volk hungert, so ist es überall die nicht durchgeführte Agrarrevolution, die die Hauptschuld daran trägt. Nur durch sie kann wenigstens eine minimale Versorgung der städtischen Bevölkerung gesichert werden.

Dazu ist vor allem erforderlich die selbständige Organisation der Landarbeiter und der ländlichen Halbproletarier und ihr Bündnis mit der städtischen industriellen Arbeiterschaft gegen Großgrundbesitzer und Großbauern. Dieses Bündnis kann aber nur auf dem Boden der Agrarrevolution zustandekommen und befestigt werden. Nur so kann die Anbau- und Liefersabotage der Großgrundbesitzer und Großbauern, die die übrige bäuerliche Bevölkerung beherrschen und hinter sich herziehen, gebrochen werden.

Die Verhältnisse sind nicht gleich in den verschiedenen Ländern und Landesteilen. Dementsprechend werden auch die Formen und Stufen der Agrarrevolution verschieden sein müssen, je nachdem der feudale oder halbfeudale Großgrundbesitzer das Hauptangriffsziel ist (wie in Deutschland, Süditalien oder Spanien) oder ob es großbäuerlich-kapitalistischer Grundbesitz ist.

Der Hunger in den meisten Teilen Europas zeigt, daß die Agrarrevolution in ihren verschiedenen Formen und Stufen in Europa reif, ja überreif ist. Die Agrarrevolution ist aber kein Ding für sich. Sie muß verbunden werden mit der sozialistischen Umstellung der Industrie, und nur in dieser Verbindung kann sie ihre volle Wirkung ausüben.

Damit erledigt sich auch der Hinweis auf den Mangel in den Ländern und Gebieten der sogenannten Sowjetsphäre, wo die Agrarrevolution in Angriff genommen worden ist. Die dortigen Mängel sind letzten Endes die Wirkung der ungenügenden Industrie dieser Gebiete, sei es, daß sie bis dahin nicht genügend entwickelt war, sei es, daß die Kriegszerstörungen erst wieder ausgeglichen werden müssen. Aber dort ist wenigstens ein Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus fortgeschritten werden kann.

Das Bild wäre sehr verschieden, wenn die mittel- und westeuropäische Agrarrevolution zusammengekoppelt würde mit den sozialistisch umgestellten Industrien Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, der Schweiz, Norditaliens usw. Diese Verkoppelung würde nicht nur der revolutionären Landwirtschaft einen raschen technischen Fortschritt zum modernen landwirtschaftlichen Großbetrieb sichern, sie würde auch den entsprechenden Industrien selbst gewaltige neue Anwendungsfelder eröffnen.

Die Tatsachen zeigen, daß all die gewaltige landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit der Vereinigten Staaten, Argentiniens usw. solange sie in kapitalistischer Form existiert, nicht nur die Ernährung Europas nicht sichert, sondern dazu noch als Erpressungsmittel erster Ordnung ausgenutzt wird, um Europa von der notwendigen sozialistischen Umstellung abzuhalten und es in eine amerikanische Kolonie zu verwandeln. Die Agrarrevolution ist heute ebenso die Frage des physischen Überlebens Europas wie der Erhaltung oder Wiedergewinnung der nationalen Freiheit seiner Völker geworden, und gleichzeitig ist sie eine der grundlegenden Sicherungen gegen die Wiederkehr oder die Neuausbreitung des Faschismus.

3. Die Truman-Doktrin bereitet die Offensive vor.

Die gemäß der Truman-Doktrin in Griechenland und der Türkei von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe könnte man in einem engbegrenzten Sinne noch als defensiv bezeichnen: als die Verteidigung strategischer Stellungen, die der angelsächsische Block bereits besitzt. Aber diese defensive Linie ist bereits überschritten oder ihre Überschreitung ist in Vorbereitung, wie die folgenden Tatsachen ergeben.

Zur Ablösung der Hilfeleistung der UNNRA hat der Kongreß der Vereinigten Staaten eine Summe von 350 Millionen Dollar bewilligt.⁵⁾ Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß Länder wie Polen und andere, die der Sowjetsphäre angehören, nicht ausgeschlossen sind. Mit anderen Worten, und dies

konnte man offen in der amerikanischen Presse lesen, die Wirtschafts- und Finanzmacht der Vereinigten Staaten soll jetzt auch dazu benützt werden, um in die Sowjetsphäre einzudringen, sie aufzulockern und evtl. Teile davon in die angelsächsische Sphäre einzubeziehen, indem den betreffenden Ländern praktisch gezeigt werden soll, daß die Vereinigten Staaten ihnen die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe leisten können, die ihnen die Sowjetunion nicht geben kann.

In dasselbe Kapitel gehört der Vorschlag des bekannten Finanz- und älteren Staatsmannes Baruch, daß die Vereinigten Staaten eine europäische Konferenz einberufen sollen, auf der die amerikanische „Hilfestellung“ für Europa im ganzen und im Zusammenhang behandelt werden soll, statt wie bisher nur im einzelnen und stückweise behandelt zu werden. Daß dies kein bloßer persönlicher Einfall von Baruch ist, beweist die weitere Meldung, daß im amerikanischen State Department ein „Gesamtplan für Europa“ in Ausarbeitung begriffen ist.⁶⁾ Das wird auch bestätigt durch eine Rede, die der jetzt zurücktretende Unterstaatssekretär des State Departement, Acheson, kürzlich gehalten hat, sowie durch einen Vortrag Marshalls in Cambridge (Mass.).⁷⁾ So wäre also der Baruchsche Vorschlag nur eine Vorankündigung und vorbereitende Propaganda für diesen Plan, zu dem sich der berüchtigte „große Plan“ des ehemaligen französischen Staatsmannes Richelieu⁸⁾ im Vergleich bescheiden ausnimmt.

In verschiedenen seiner Reden hat der ehemalige Vizepräsident Wallace der Truman-Doktrin die mehr als naive „konstruktive“ Idee gegenübergestellt, daß die Vereinigten Staaten lediglich im wirtschaftlichen Wettbewerb die Überlegenheit des amerikanischen „demokratischen“ Kapitalismus gegenüber dem russischen Kommunismus beweisen, aber auf den militärischen Wettbewerb verzichten sollen. In der Truman-Doktrin ist die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe dem militär-strategischen Aufmarschplan gegen die Sowjetunion und den Kommunismus streng untergeordnet, nur ein Hilfsmittel und zum Teil eine Maskierung für ihn. Die Naivität der Wallaceschen Idee besteht vor allem darin, daß er die philanthropische Maske der Truman-Doktrin für bare Münze nimmt und glaubt, die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen ließen sich trennen von den militärisch-strategischen. Es ist das eine wahrhaft kindliche Träumerei und umso erstaunlicher, wenn in der Mitte des 20. Jahrhunderts von einem Staatsmann, der ernst genommen sein will, der Kapitalismus mit einer philanthropischen Anstalt verwechselt und völlig verkannt wird, daß die Truman-Doktrin kein willkürlicher Einfall von Truman oder Marshall ist, sondern durch die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges bedingt ist, ebenso wie durch die Natur des heutigen amerikanischen Kapitalismus. Der zweite Weltkrieg hat die Welt in zwei große Lager geteilt, die nicht nur machtpolitischer, sondern zugleich gesellschaftlicher Natur sind. Der heutige amerikanische

Kapitalismus ist ausgesprochen Monopolkapitalismus. Es bedarf daher nicht nur des „freien“ Warenexports in alle Teile der Welt, sondern auch des „freien“ Kapitalexports. Es ist sogar heute so, daß für den amerikanischen Kapitalismus inmitten der Verarmung der übrigen Welt der Warenexport geradezu an den Kapitalexport gebunden ist. Der heutige amerikanische Kapitalismus ist daher imperialistisch und kann nicht anders wie als imperialistischer Kapitalismus existieren. Er bedarf daher ständiger imperialistischer Ausdehnung. Dabei stößt er heute in erster Linie auf die Schranken der Gebiete sozialistischer oder auf dem Wege zum Sozialismus befindlicher Wirtschaft. Er sucht diese Schranken zu sprengen, genau so wie er vor dem zweiten Weltkrieg die Schranken der „autarkischen“⁹⁾ Wirtschaftszonen Deutschlands und Japans zu sprengen suchte. Der heutige amerikanische Kapitalismus führt dabei die Sprache des ehemaligen „liberalen“ Kapitalismus. Es ist nur eine weitere Naivität von Wallace, daß er diese Sprache für bare Münze nimmt und die ganz anders geartete wirtschaftliche Wirklichkeit seines Landes übersieht.

Im Grunde entspricht die Stellungnahme von Wallace der des Kleinbürgertums, das, weil es zwischen den beiden großen Klassen der heutigen Gesellschaft steht, über ihnen beiden zu stehen glaubt und davon träumt, Gegensätze versöhnen zu können, die keine Versöhnung zulassen.

Für das Kleinbürgertum ist auch kennzeichnend, daß es die Maßstäbe und Kategorien der einfachen Warenwirtschaft auf wirtschaftliche Verhältnisse anwendet, die weit darüber hinausgewachsen sind. Daraus ergibt sich aber, daß eine wirkliche und wirksame Opposition gegen die Truman-Doktrin auf der wallaceschen kleinbürgerlichen Grundlage nicht möglich ist. Sie ist erst dann möglich, wenn die amerikanische Arbeiterklasse vom Gesichtspunkt ihrer Klasseninteressen aus den Kampf gegen sie aufnimmt und in diesem Kampf den verschiedenen kleinbürgerlichen Schichten teils die Führung gibt, teils sie neutralisiert. Der Kampf von Wallace gegen die Truman-Doktrin, und das heißt gegen die Generallinie des heutigen amerikanischen Imperialismus, wird vom Standpunkt der Vergangenheit aus geführt und kann schon deshalb nicht siegen. Nur die Arbeiterklasse kann diesen Kampf vom Standpunkt der Zukunft aus führen und daher siegen. Aber bis jetzt hat die amerikanische Arbeiterklasse diesen Kampf noch nicht einmal begonnen.

Von Wallace stammt auch der nicht minder naive Vorschlag, daß die Alternative zum Kampf gegen Rußland die sei, ihm eine Anleihe von sage fünf-zehn Milliarden Dollar zu geben, um dort den Wiederaufbau zu beschleunigen. Das heißt völlig das politische Klima verkennen. Wir möchten damit keineswegs für ausgeschlossen halten, daß nicht zu irgend einem späteren Zeitpunkt die Vereinigten Staaten der Sowjetunion eine größere Anleihe anbieten. Aber sie wird dann einen ganz anderen Sinn und Zweck haben als

den von Wallace. Sie wird ein Versuch sein, das, was jetzt mit Polen usw. versucht werden soll, auf Rußland selbst anzuwenden: nämlich den Dollar als Waffe gegen das wirtschaftliche und politische Regime in Rußland auszunützen. Dementsprechend wird man die Bedingungen formulieren, wenn es so weit kommen sollte. Einstweilen ist es aber noch nicht so weit. Der amerikanische Kapitalismus hat kein Interesse daran, den Wiederaufbau Rußlands zu beschleunigen, sondern ihn möglichst zu hemmen. Das ist der Sinn aller der Manöver des angelsächsischen Blocks, um Rußland in der Frage der Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu prellen.

Im übrigen zeigt Italien, wo die Angelsachsen das Monopol der Herrschaft haben, was die Dollar-Diplomatie kann und was sie nicht kann. Sie hat die Arbeiterparteien aus der Regierung verdrängt, das amerikanische Kapital hat sich mehr und mehr in die italienische Industrie eingenistet, aber Amerika hat sich bis heute als unfähig gezeigt, das Land wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen und der Masse der Bevölkerung ein normales Leben zu sichern. Der General Marshall hat der neuen sozialisten- und kommunistenfreien Regierung de Gaspari sogleich offizielle Glückwünsche gesandt und „weitere Hilfe“ zugesagt. Die Glückwünsche kann sich Marshall ohne weiteres leisten, aber über die Kasse verfügt der Kongreß, dem mehr und mehr Bedenken darüber aufsteigen, der halben Welt mit Dollarmillionen unter die Arme zu greifen, um sie vor dem Bolschewismus zu retten.

4. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Die im Augenblick vorliegenden Berichte über den Kongreß der englischen Labour-Party in Margate erlauben uns noch keine ins einzelne gehende Analyse. Nur eine allgemeine Bemerkung sei vorweggenommen. Wenn auf diesem Kongreß die Bevin-Attlee wieder gesiegt und damit für ein weiteres Jahr freie Bahn gewonnen haben, obwohl die Entscheidung im Grunde um nicht weniger ging als darum, ob England sich der Truman-Doktrin einfügt oder nicht, so ist es vor allen Dingen die Folge der inneren Schwäche der Stellung der parlamentarischen Labour-Opposition oder wenigstens ihrer Mehrheit. Dieser Standpunkt ist bekanntlich der, daß die innere Politik der Labour-Regierung mehr oder weniger sozialistisch und also zufriedenstellend sei, daß aber ihre Außenpolitik im Widerspruch dazu stehe.

Dagegen haben die Bevin und Attlee die stärkere Logik auf ihrer Seite. Ihre Außenpolitik widerspricht nicht, sondern entspricht ihrer Innenpolitik.¹⁰⁾ Außerdem liegt dem englischen Arbeiter das Hemd (die Innenpolitik) näher als der Rock (die Außenpolitik). Solange die Opposition in der Labour-Party nicht über diesen unhaltbaren Standpunkt hinauskommt, wird sie immer wieder geschlagen werden, und ihre Niederlagen werden immer schwerer und folgenreicher sein.

*

In Ungarn ist mit dem Rücktritt des bisherigen Premierministers – der der Kleinbesitzer-Partei angehört – offenbar eine Ära verschärften Klassenkampfes im Innern und zugleich der verschärften internationalen Auseinandersetzung um dieses Land eingetreten.¹¹⁾ Dabei übernehmen die Vereinigten Staaten die Führung der imperialistischen Offensive gegen diesen Teil der Sowjetsphäre.

*

Die Stellungnahme des Sowjetvertreters in den Vereinten Nationen, Gromyko, zur Palästina-Frage weist neue Momente auf.¹²⁾ Die sowjetische Grundstellung bleibt nach wie vor die der Unabhängigkeit des Landes, das heißt, der Aufhebung des englischen Völkerbund-Mandats über Palästina. Das Neue ist, daß Gromyko weiter erklärte, wenn nicht ein einheitlicher arabisch-jüdischer Staat möglich sei, so müsse auch die Teilung des Landes in einen arabischen und jüdischen Staat ins Auge gefaßt werden. Die Vereinigten Staaten und England lehnen bekanntlich die Unabhängigkeit Palästinas ab und fassen die Teilung des Landes nur im Rahmen seiner kolonialen Abhängigkeit ins Auge.

*

Neue Züge der Entwicklung in China sind:

1. der wachsende Umfang und Schärfe der Studentenbewegung, die die Beendigung des Bürgerkrieges durch eine Verständigung mit den kommunistischen Gebieten fordert.¹³⁾ Dies deutet auf eine wachsende Volksstimmung in diesem Sinne.
2. Das Wachsen der Lohnbewegungen im Kuomintang-Gebiet im Zusammenhang mit der wachsenden Inflation und Zerrüttung des Wirtschaftslebens überhaupt als Folge des Bürgerkrieges und der Fortdauer der feudalen Mißwirtschaft.¹⁴⁾

Es scheint also, daß die chinesischen Kommunisten erfaßt haben, daß der militärische Abwehrkampf in ihren Gebieten nicht genügt, sondern daß ihre Hauptreserve die Entfaltung des Klassenkampfes im Kuomintang-Gebiet selbst ist. Das Kuomintang-Regime schafft dafür immer günstigere Voraussetzungen.

Die Gestaltung der Bodenreform

Kein Grundbesitz über 150 Hektar / Der Zonenbeirat über den britischen Entwurf

Hamburg, 13. Juni. (DPD.) Nach dem General Robertson dem Zonenbeirat sitzen, Grundstücke über 150 Hektar und Regierung beschlagnahmte. Jedes Land soll

von der Militärregierung ausgearbeiteten Verordnungsentwurf zur Bodenreform vorlegt, darf kein Einwohner der britischen Zone mehr Land als 150 Hektar besitzen, deren Einheitswert 200 000 RM. übersteigt, werden von der Militärregierung für die Durchführung dieser Bestimmungen eine Kommission einsetzen.

In den Fällen, wo Boden enteignet werden soll, werden Inventar und Ausstattung getrennt bewertet. Jede Person, deren Besitz der Enteignung unterliegt, darf wählen, welchen Teil des Bodens oder welche Teile des Inventars sie behalten will. Den Enteigneten ist eine Entschädigung auf Grund des Einheitswertes zu zahlen. Bei Inventar und Ausstattung gelten die am Tage der Enteignung gültigen Marktpreise.

Standpunkt der Parteien

Die endgültige Form des Bodenreformgesetzes soll in vier Wochen vorgelegt werden. Bis dahin wird der Zonenbeirat Gelegenheit haben, Änderungsvorschläge zu machen. In der Debatte bedauerten Redner aller Parteien, daß die Vorschläge des Zonenbeirats in dem Entwurf der Militärregierung wenig Beachtung gefunden haben. Abgelehnt wird der Entwurf von der SPD und KPD sowie der NLP. SPD und KPD nannten den Entwurf unzureichend, während die NLP ihn als unberechtigten Eingriff in das Privateigentum betrachtete. Dagegen befürworteten CDU und Zentrum den britischen Entwurf als geeignete Diskussionsgrundlage.

Neue Aufgaben

General Robertson erklärte, daß wirtschaftliche Fragen, die sich auf die vereinigten Zonen beziehen, nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich des Zonenbeirats fallen. Obwohl dies eine gewisse Einschränkung der Zuständigkeiten des Zonenbeirats bedeutet, blieben diesem doch noch genügend Aufgaben, die außerhalb der Wirtschaft liegen. Auf der nächsten Außenministerkonferenz in London im November werde die politische Struktur Deutschlands eine der wichtigsten Fragen der Tagesord-

nung sein. Aufgabe des Zonenbeirats sei es, in der Zwischenzeit das Problem zu studieren und Vorschläge zu machen.

Bevin für ein Weltparlament

London, 13. Juni. (DPD.-Reuter.) Der britische Außenminister Bevin erklärte am Freitag in London vor einem Auditorium, in dem sich mehrere Botschafter und Gesandte auswärtiger Staaten befanden, daß er die Errichtung eines direkt gewählten Weltparlaments mit aller Entschiedenheit begünstige. „Dieses Weltparlament“, so sagte Bevin,

„wird wahrscheinlich nicht zu meinen Lebzeiten Tatsache werden. Ich werde aber trotzdem seine Errichtung befürworten und unterstützen, weil ich überzeugt bin, daß die einfachen Menschen in der Welt niemals Krieg wünschen.“

USA. und Kanada

Ottawa, 12. Juni. (VA.) In Ottawa sprach Präsident Truman vor beiden Häusern des kanadischen Parlaments. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den USA. und Kanada stellte der amerikanische Präsident als ein Beispiel für die ganze Welt hin.

Ausland und Sozialisierung

Die fremden Besitztüter an der deutschen Industrie

London, 12. Juni. (DPD.-Reuter.) Die Auslandsbeteiligungen in der deutschen Schwerindustrie sind zur Vorbereitung der Sozialisierung dieser Industrien jetzt durch Listen festgesetzt worden, in denen Frankreich, Holland und Luxemburg der britischen Regierung eine vollständige Aufstellung ihrer Anteile und Besitztüter in der deutschen Schwerindustrie eingereicht haben. Die Erkundigungen, die die britische Regierung bei diesen Ländern eingeholt hatte, bezogen sich auf Industrierwerke, die in öffentlichen Besitz übergeführt werden sollen, wie Reuters diplomatischer Korrespondent am Donnerstag schreibt.

Lehnt die FDP ab!

Düsseldorf, 13. Juni. (Eig. Ber.) Wie verlautet, wird die FDP es ablehnen, sich an einem Fünfparteien-Kabinett zu beteiligen, weil sie im Hinblick auf dessen Sozialisierungsbestrebungen erhebliche Bedenken hat. Da am Montag der Landtag von Nordrhein-Westfalen zusammentritt, werden am gleichen Tage die Fraktionen Gelegenheit haben, sich mit der durch die Stellungnahme der FDP geschaffenen Lage zu befassen. Am Samstag, dem 14. Juni, sind noch Äußerungen der Fraktionen oder ihrer führenden Leute zu erwarten.

deutschen Behörden einen Plan für die Überführung der Industrierwerke in öffentlichen Besitz vorlegen. Dieser Plan soll auch ausreichende Entschädigungen zur Abfindung von Auslandsbeteiligungen vorsehen.

Für Eingliederung der Deutschen

Prag, 12. Juni. (DPD.-Reuter.) Der Hauptausschuß des Weltgewerkschaftsbundes stimmte am Donnerstagabend einer Entschließung zu, die sich für die Angliederung der deutschen Gewerkschaften an den Weltgewerkschaftsbund einsetzt. Der einzige Widerstand kam von dem polnischen Vertreter.

Vorbereitungen für die Eingliederung sind die Bildung einer Zentralorganisation der deutschen Gewerkschaften sowie die Vorbereitung eines deutschen Gewerkschaftskongresses auf Grund allgemeiner und freier Wahlen.

Rußland für Atomkontrolle

New York, 13. Juni. (BBC.) Im Atom-ausschuß der Vereinten Nationen gab der russische Vertreter Gromyko eine bedeutsame Erklärung ab, die eine bemerkenswerte Änderung in der Haltung der Sowjetunion gegenüber der internationalen Atomkontrolle darstellt. Die Sowjetregierung, sagte er, sei jetzt einverstanden, daß eine neue internationale Körperschaft mit weitgehenden Befugnissen zur Überwachung der Herstellung von Atomenergie eingesetzt werde.

Griechische Truppenoperationen

Athen, 13. Juni. (DPD.) Die Aufnahme umfassender Sühnungsoperationen im Berggebiet des Olymp und des Pindus wird von den griechischen Militärbehörden bekanntgegeben, wie die französische Nachrichtenagentur meldet. An diesen Operationen sind 20 Regimenter des Heeres sowie Abteilungen der Marine und der Luftwaffe beteiligt. Die in diesem Gebiet befindlichen Aufständischen werden auf ungefähr 3000 Mann geschätzt. Die Regimentsgruppen bewegen sich aus verschiedenen Richtungen auf dieses Gebiet zu.

RHEIN-ECHO

Verlag: Rheinische Verlagsanstalt Carl v. Winterfeldt, Auguststr. 20, 4100 Krefeld
Eigentümer: Carl v. Winterfeldt
Verantwortlich: Rudolf Winterfeldt
Druck: Carl v. Winterfeldt

Die Volkszeitung am Niederrhein

Stamm-Druck: 10.000 Exemplare
Ausgabe: 10.000 Exemplare
Preis: 10 Cent
Post-Nr. 100000

ZWEITER JAHRGANG — NR. 47

VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18 DER MILITÄRREGIERUNG.

SAMSTAG, DEN 14. JUNI 1947

Der Südosten in Bewegung

Nur noch Scheinparlament in Ungarn — Kommunistischer Druck auf österreichische Regierung

Budapest, 13. Juni. (BBC.) Die ungarische Nationalversammlung nahm ein Gesetz an, nach dem das Kabinett auch weiterhin berechtigt ist, auf dem Verordnungswege zu regieren. Scharfe Kritik an den Verhältnissen in Ungarn übte Donnerstag der Leiter der Freiheitspartei im ungarischen Parlament, Ungarn, so erklärte er, ist zu einem Polizeistaat geworden, voll von Spitzeln. Es gäbe keinerlei Presse-, Versammlungs- oder Meinungsfreiheit. Die gegenwärtige Ruhe im Lande sei nur das Ergebnis von Furcht und Terrormaßnahmen. Mehrere Vertreter der „Partei der kleinen Landwirte“ protestierten gegen den Gesetzesentwurf über die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages. Die Regierung habe dem Entwurf eine Klausel hinzugefügt, durch die sie künftig das Recht haben soll, bindende Verträge mit anderen Mächten einzugehen ohne vorherige Billigung des Parlaments.

Wien, 12. Juni. (DPD.) Zu Ereignissen, die sich in den letzten Tagen im Oesterreich zugetragen haben, nahm am Mittwoch Bundeskanzler Figl in einer Erklärung Stellung. Figl sagte, daß er auf Veranlassung des kommunistischen Nationalrats Fischer im Rahmen einer privaten Zusammenkunft Meinungsäußerungen habe entgegennehmen wollen. Bei dieser Zusammenkunft habe Fischer überraschend eine Gesamtänderung der Regierungspolitik und der Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung als notwendig hingestellt und einige Persönlichkeiten der gegenwärtigen Regierung genannt, die für die Kommunistische Partei nicht tragbar seien. Ebenso seien von Fischer die Namen von Politikern genannt worden, deren Eintritt in die Regierung von den Kommunisten gern gesehen würde.

Bundeskanzler Figl lehnte ab

Bundeskanzler Figl betonte, daß er diese Vorschläge abgelehnt und den kommunistischen Nationalrat nicht im Zweifel darüber gelassen habe, daß eine Änderung des bisherigen Kurses zu Oesterreich und der bisherigen Form der Zusammenarbeit nicht eintreten werde. In der Aussprache über diese Erklärung des Bundeskanzlers bestätigte der Abgeordnete Fischer im wesentlichen Figls Darstellung.

Spiel um Oesterreichs Freiheit

Der Sprecher der Sozialistischen Partei, Dr. Koröf, bezeichnete die Handlungsweise der Männer der Oesterreichischen Volkspartei als ein gefährliches Spiel mit der Freiheit Oesterreichs und verwies in diesem Zusammenhang auf die Vorgänge in Ungarn. Die Unterredung zwischen den Kommunisten und der Oesterreichischen Volkspartei nannte er ein gefährliches Experiment, das die Oesterreichische Volkspartei auf den Weg der Partei der kleinen Landwirte in Ungarn bringen könne.

Amerika fordert Untersuchung

Washington, 12. Juni. (BBC.) Der Wortlaut der amerikanischen Protest-

note über Ungarn, die am Mittwoch dem russischen Vertreter des Budapest Kontrollrates überreicht wurde, ist in Washington veröffentlicht worden. In der Note wird die Sowjetunion beschuldigt, das Abkommen von Jalta verletzt und sich in die inneren ungarischen Angelegenheiten eingemischt zu haben. Die erzwungene Neugestaltung der ungarischen Regierung habe dazu geführt, daß eine Minderheit, die bei den letzten freien Wahlen nur 17 Prozent der Stimmen erhielt, den ausdrücklichen Willen der ungarischen Volksmehrheit für null und nichtig erklärte. Die Note fordert die sofortige Untersuchung der Ereignisse in Ungarn durch eine Dreimächtekommission. Falls die Sowjetunion die Einsetzung dieser Kommission ablehne, bezieht sich die USA Schritte bei der UNO vor.

Beunruhigung in England

London, 12. Juni. (BBC.) Staatsminister MacNeil erklärte im Unterhaus, die britische Regierung bedaure die Einstellung der Sowjetunion zu den britischen Anträgen über Ungarn und werde weiterhin volle Auskunft über die Vorgänge in Ungarn verlangen. — Im Oberhaus gab Lord Pakenham als Sprecher der Regierung seiner Beun-

ruhigung über die Berichte aus Oesterreich Ausdruck, nach denen eine Umänderung der österreichischen Regierung erzwungen werden soll.

Prag will reinigen

Prag, 12. Juni. (NWDR.) Eine gründliche politische Säuberung innerhalb der tschechoslowakischen Regierung wurde von der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken auf einer Sitzung in Prag beschlossen. In einer Erklärung heißt es, daß alle jene reaktionären faschistischen und aufrührerischen Elemente vertriebt werden müßten, die den Wiederaufbau in der Tschechoslowakei sabotieren.

Parlamentsmandate aberkannt

Sofia, 13. Juni. (NWDR.) Die bulgarische Regierung beschloß, 23 Abgeordneten der oppositionellen Bauernpartei das Parlamentsmandat abzuerkennen.

Verhaftung in Polen

Warschau, 13. Juni. (NWDR.) Vier Angehörige der oppositionellen Bauernpartei wurden in Warschau verhaftet. Sie werden beschuldigt, illegale Literatur verbreitet zu haben.

Mongoleneinfall in China

Aufdeckung von Sowjetspionage als Anlaß — Weltnachrichten in Kürze

Nanking, 12. Juni. (DPD.-Rauter.) Die Aufdeckung sowjetischer Spionagetätigkeit im Norden der chinesischen Provinz Sinkingan soll angeblich den Anstoß zu dem Einbruch mongolischer Truppen in China gegeben haben. Die Mongolen sind bereits 300 Kilometer tief in chinesisches Hoheitsgebiet eingedrungen. Sie werden bei ihrem Vormarsch von Flugzeugen unterstützt.

Ottawa, 12. Juni. (NWDR.) 5000 verschleppte Personen aus europäischen Lagern dürfen nach Kanada einwandern, wie die kanadische Regierung bekanntgab. Verschleppte, die in der Industrie beschäftigt werden können, erhalten bevorzugt die Einwanderungserlaubnis.

Brüssel, 12. Juni. (NWDR.) 25.000 belgische Metallarbeiter in den Industriegebieten von Charleroi und Lüttich sind am Donnerstag in den Streik getreten, weil die Regierung sich weigert, eine zwischen Arbeitgebern und Arbeitern abgeschlossene Sonderzulage wegen der erhöhten Lebenshaltungskosten zu genehmigen.

Antwerpen, 12. Juni. (BBC.) In einem Bericht des Europäischen Binnenverkehrsamtes an die Vereinten Nationen wird vorgeschlagen, den Ueberseeverkehr von und nach Deutschland über belgische und holländische Häfen umzuleiten.

Internationale monatliche Übersicht über Juni 1947, Nr. 11

1. Reinigung im Balkan.

Die Einzelheiten der Vorgänge in Ungarn, Bulgarien, Rumänien können als aus der Tagespresse bekannt vorausgesetzt werden.¹⁾

Um was handelt es sich dort?

Der außenpolitische Zusammenhang und Sinn dieser Vorgänge ist meistens mehr oder weniger gut verstanden worden. Es handelt sich in dieser Hinsicht um eine Antwort der Sowjetpolitik auf die Truman-Doktrin. Die Werkzeuge der Politik des angelsächsischen Blocks in diesen Ländern sind ausgeschaltet, „gereinigt“, die Stellung der Kommunisten und die der Sowjetunion ist befestigt worden.

Die angelsächsische Presse bis zu den Sozialdemokraten aller Schattierungen erhebt ein großes Geschrei über die Methoden, die dabei angewandt worden sind. Sie entdeckt, daß es nicht die Methoden sind, die die „westlichen Demokratien“ bei sich zu Hause anwenden. Sie hüten sich aber wohlweislich aufzudecken, daß die Methoden, die sie selbst in diesen Ländern anwenden, um den Kommunismus und die russische Machtstellung zu bekämpfen, ihrerseits sich von keinen „demokratischen“ Skrupeln hemmen lassen. Wenn die kommunistische Presse dieser Länder von Verschwörungen usw. der reaktionären Elemente und ihrer Unterstützung durch die Agenten der angelsächsischen Regierung spricht, so braucht man zwar nicht jede Einzelheit darüber als heiliges Evangelium aufzunehmen, aber nach allen vorliegenden Erfahrungen ist nicht daran zu zweifeln, daß hier ein Kern von „harten Tatsachen“ zu Grunde liegt.²⁾

Und hier kommen wir zur anderen Seite dieser Vorgänge, die in der Regel von den Arbeiterbewegungen der westlichen Länder viel weniger verstanden wird. Es sind tiefgehende soziale Revolutionen, die in diesen Ländern im Gange sind, es ist nicht der parlamentarische Alltag. Und daher sind die Methoden des Kampfes auf der einen und der anderen Seite, wie immer auch äußerlich aufgemacht, Methoden der Revolution und der Konterrevolution, bei denen unvermeidlicherweise der weiße wie der rote Terror ihre Rolle spielen.

In Ungarn und Rumänien sind es vor allem zwei der ältesten, ruchtlosesten und mächtigsten europäischen Großgrundbesitzerklassen, die enteignet und entmachtet worden sind.³⁾ Wer, der nur die geringste geschichtliche Erfahrung hat, kann erwarten, daß solche alten herrschgewohnten

Ausbeuterklassen abtreten werden, ohne alle Mittel des Widerstandes zu versuchen, und daß sie dabei sich nicht durch die „demokratischen Spielregeln“ hemmen lassen? Dies um so weniger, wenn sie durch die mächtigsten kapitalistischen Staaten materiell und moralisch unterstützt werden. Diese Großgrundbesitzerschichten waren an sich gering an Zahl, aber sie hatten ihre weiten Verzweigungen in der Gesellschaft dieser Länder, und um sie gruppiert sich alles, was Klassenprivilegien und Eigentumsrechte irgendwelcher Art zu verteidigen hat.

Bulgarien ist dagegen ein Bauernland. Hier sammeln sich die Kräfte der Konterrevolution um die großbäuerlichen und kapitalistischen Elemente.⁴⁾

In allen diesen Ländern ist die moderne industrielle Arbeiterklasse eine Minderheit. Sie allein aber kann die Führerin der sozialen Revolution sein. Die wirklichen revolutionären Interessen der arbeitenden ländlichen Bevölkerung dieser Länder entsprechen denen der Arbeiterklasse, und es sind dies zusammen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Daß aber unter diesen Umständen die „formale Demokratie“, die diese Länder mehr oder weniger übernommen haben, oft eben nur Form sein kann, versteht sich für jeden von selbst, der die dort sich abspielenden Klassenkämpfe in ihrer Wirklichkeit sieht und nicht durch die Brille der bürgerlich-demokratischen Ideologie. Es handelt sich darum, zu verstehen, daß hier kein „Zurückbleiben“ hinter der bürgerlichen Demokratie vorliegt, sondern ein Darüberhinausgehen.

Wenn bürgerliche Ideologen es so darstellen, daß eben diese Länder des Ostens, weil kulturell und wirtschaftlich rückständig, sich noch nicht auf die erhabene Höhe westlicher parlamentarischer Demokratie aufgeschwungen haben, so zeugt das nur von der Beschränktheit ihres Horizontes. Aber „Sozialisten“ oder „Marxisten“ sollten verstehen, daß es nicht die Geographie ist, die die bürgerliche Demokratie nach dem westlichen Muster dort als unzulänglich erweist, sondern die Tatsache und die Bedürfnisse der Durchführung einer längst fälligen sozialen Revolution.

Aber auch im Westen wird es mit jedem Tag deutlicher, wie die Formen der bürgerlichen Demokratie keineswegs ausreichen, um dort ebenfalls die fällige und notwendige sozialistische Revolution durchzuführen. In Italien, Frankreich und selbst in England stoßen die Arbeiter mit jedem Tag stärker auf die Tatsache, daß die herrschenden Klassen sich keineswegs immer an die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie halten, daß die revolutionäre Initiative der Arbeiterklasse durch den blinden Glauben an diese Spielregeln schwer gehemmt wird, vor allem durch den Aberglauben an den bürgerlichen Verwaltungsapparat und daß der bürgerlich-demokratische Weg zur sozialistischen Revolution selbst dort eine Illusion ist, wo die Arbeiterklasse absolut und im Verhältnis zu den übrigen Klassen der Bevölkerung viel stärker ist als in den Balkanländern. Bis zu gewissen – in verschiedenen

Ländern verschiedenen Grenzen – lassen sich die Formen der bürgerlichen Demokratie im Interesse der Arbeiterklasse ausnützen. Es wäre töricht, darauf zu verzichten. Aber diese Grenzen sind da, und sie sind sehr eng. Sie verlaufen dort, wo die Reformen innerhalb des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft aufhören und die sozialistische Revolution wirklich beginnt. Es wäre verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, diese Grenzen nicht zu sehen und sich durch ihr Verkennen praktisch hemmen lassen.

Wie es im übrigen mit der „Demokratie“ in dem Balkanlande aussieht, wo bisher England das Feld beherrscht hat und jetzt die Vereinigten Staaten an seine Stelle treten, kann man einem Augenzeugenbericht des englischen Labour-Abgeordneten George Thomas entnehmen, der in der Londoner Zeitschrift „Socialist Commentary“ (April 1947) veröffentlicht ist. Dieser Labour-Abgeordnete schreibt unter anderem:

„Ich bin eben aus Griechenland zurückgekehrt, und mein Herz ist schwer von Scham über die furchtbare Tyrannei, die in diesem Lande unsere Unterstützung genießt. Sozialisten sind zu Tausenden verbannt wegen ihrer politischen Opposition gegen die Regierung. Die Inseln um Griechenland sind gestopft voll von politischen Verbannten. Durch ihre Politik der Unterdrückung schafft die griechische Regierung in ihrer Furcht gerade die Opposition, vor der sie sich fürchtet. Anständige Bürger, Ärzte, Advokaten, Lehrer, Schafhirten und andere aus allen Kreisen des Lebens fliehen, um sich den Guerillas in den Bergen anzuschließen. Daher liegt die direkte Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand des Bürgerkrieges in Griechenland bei der Regierung. Es ist eine leidige Tatsache, daß die Regierung die Verfolgung aller ihrer Gegner nur fortsetzen kann wegen der Hilfe, die sie von unserem Lande erhält.“

So sieht es in dem Balkanlande aus, wo bisher die Flagge der „britischen Demokratie“ geweht hat und wo nunmehr die Flagge der „amerikanischen Demokratie“ wehen wird.

Wie weit die Gegensätze auf dem Balkan bereits zugespitzt sind, zeigt die Forderung des englischen Vertreters im Verteidigungskomitee der Vereinten Nationen, Cadogan, in den Balkanländern Truppen einzusetzen, um die Politik des angelsächsischen Blocks dort durchzusetzen.⁵⁾ Dieser Forderung stimmten alle anderen Vertreter zu, außer dem sowjetischen und dem polnischen.

2. Der Marshall-Plan und die Pariser Konferenz.⁶⁾

Der sogenannte Marshall-Plan der Hilfe für Europa ist, außenpolitisch betrachtet, eine weitere und erweiterte Anwendung der Truman-Doktrin und das Gegenstück zu der Konsolidierung⁷⁾ ihrer osteuropäischen Sphäre, die die Sowjetunion gegenwärtig durchführt. Sie bezweckt politisch die Konsolidierung Westeuropas um den angelsächsischen Block und die Zersetzung der Sowjetsphäre.

Aber der Marshall-Plan hat zugleich tiefgehende wirtschaftliche Motive und Zwecke. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, sich einige der Angaben anzusehen, die im Julibericht der Federal Reserve Bank der Vereinigten Staaten enthalten sind.⁸⁾ Der Bericht drückt die Befürchtung aus, daß die ganze Welt bald an einem Mangel an Dollardevisen leiden werde infolge der außerordentlich großen amerikanischen Exporte und der sehr geringen Importe. Während des ersten Vierteljahres 1947 betrug der Überschuß der amerikanischen Exporte über die Importe in der ganzen Welt – mit Ausschluß der Sendungen der UNRRA und anderer Hilfsorganisationen – im Monatsdurchschnitt 653 Millionen Dollar, was einem jährlichen Betrag von etwa 7,6 Milliarden Dollar entsprechen würde. Diese Exporte konnten nur durchgeführt werden durch langfristige Kredite der Vereinigten Staaten, vor allem an England und Frankreich. Diese Kredite aber erschöpfen sich rascher als vorhergesehen, woran nicht zuletzt die Erhöhung des amerikanischen Preisniveaus schuld trägt. Der Exportüberschuß der Vereinigten Staaten im Verhältnis zu England vom Januar bis April dieses Jahres entspricht einem Jahresbetrag von nicht weniger als 1100 Millionen Dollar, so daß die amerikanischen Kredite an England sich viel rascher erschöpfen werden als vorhergesehen. Der amerikanische Exportüberschuß im Verhältnis zu den lateinamerikanischen Ländern entspricht nach derselben Aufstellung, einem Jahresbetrag von 1600 Millionen Dollar.

Die Gewährung großer und langfristiger amerikanischer Kredite an Europa und die übrige Welt entspricht also zugleich einem lebenswichtigen Bedürfnis des amerikanischen Kapitals. Die an Europa zu gewährenden Kredite werden im Marshall-Plan auf etwa 5 Milliarden Dollar jährlich für 3 – 4 Jahre geschätzt. Wie man sieht, entspricht dieser Betrag der Größenordnung nach ungefähr dem Anteil Europas an dem von der Federal Reserve Bank geschätzten Gesamtbetrag des amerikanischen Exportüberschusses für die ganze Welt.

Die Vereinigten Staaten sind von allen großen kapitalistischen Ländern immer noch dasjenige, das den verhältnismäßig stärksten inneren Markt hat. Nichtsdestoweniger ist für das amerikanische Kapital heute der Export eine Lebensfrage geworden. Bei der Verarmung der ganzen übrigen Welt einerseits und der kolossalen Steigerung der Produktionsfähigkeit der Vereinigten Staaten andererseits, gibt es kein anderes Mittel, den Export weiter zu führen, als große und langfristige amerikanische Kredite.

Diese Kredite, ihre Gewährung oder Versagung, sind heute aber zugleich die stärkste politische Waffe, über die die Vereinigten Staaten verfügen. All diese feierlichen Behauptungen von amerikanischer Seite, daß die Kredite ausschließlich wirtschaftliche Zwecke haben und keinerlei politische und insbesondere imperialistische Absichten verfolgen, sind reines Augenverblenden. Die politischen und wirtschaftlichen Zwecke sind hier untrennbar

miteinander verschlungen. Die politischen Zwecke sind in der Hauptsache:

1. die Konsolidierung Westeuropas gegenüber der mittel- und osteuropäischen Sowjet-Machtsphäre
2. die Verhinderung der Ausbreitung der sozialistischen Revolution auf Mittel- und Westeuropa
3. die Unterordnung der westeuropäischen Wirtschaften unter die Bedürfnisse des amerikanischen Kapitals
4. damit verbunden das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die Kolonialgebiete Englands, Frankreichs, Italiens usw.
5. die Schaffung eines politisch-wirtschaftlich-militärischen Ausfallstores gegen die Sowjetunion.

Natürlich können nicht alle diese Zwecke offen ausgesprochen werden. Daher tritt der Marshall-Plan auf als ein Plan für ganz Europa, nicht nur für den Westen. Er gibt sich ausschließlich als wirtschaftlicher Plan, während die damit verbundenen politischen, imperialistischen und konterrevolutionären Zwecke geleugnet werden. Ebenso wird verschwiegen das Ziel des Eindringens in die Kolonialgebiete der europäischen Staaten. Aber das ist lediglich die diplomatisch-propagandistische Technik. Die Tatsachen selbst sprechen eine unmißverständliche Sprache.

Schon die diplomatischen Vorgänge, die der Pariser Konferenz vorausgingen, sind deutlich genug. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Marshall-Planes führten die englische und französische Regierung Sonderbesprechungen in Paris, in denen sie sich über die Grundlinien ihres Planes einigten. Nach der Rückkehr Bevins aus Paris beriet dieser sich eingehend mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär Clayton.⁹⁾ Und dann erst wurde die Sowjetunion eingeladen, wobei die englisch-französische Presse und Radiopropaganda von vornherein betonte, daß sie mit dem wahrscheinlichen Scheitern einer Vereinbarung mit der Sowjetunion rechne, daß aber die englische und französische Regierung entschlossen seien, auch ohne die Sowjetunion den Marshall-Plan weiter zu verfolgen.¹⁰⁾ So wurde denn die Einladung der Sowjetunion von vornherein als diplomatisches Manöver klar gestellt.

Aber auch diplomatische Manöver können Symptome sein. Im gegebenen Falle war die Einladung der Sowjetunion Symptom für zwei Dinge:

1. daß sowohl in England wie in Frankreich ein erheblicher Teil der Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse, gegen die Ausschaltung der Sowjetunion, gegen die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager, gegen die Befestigung und Verschärfung dieses Gegensatzes ist. Im Positiven bestehen verschiedene Schattierungen. Der bewußt revolutionäre Teil der englischen und französischen Arbeiterklasse ist für die Sowjetseite, gegen das amerikanische Kapital. Ein anderer Teil der Arbeiterklasse und Teile des Kleinbürgertums träumen davon, daß ihre Länder eine Mittler-Rolle zwischen den beiden

Weltkolossen spielen können. Diese letztere Illusion ist noch besonders stark in der englischen Arbeiterklasse und Teilen der englischen Mittelschichten.

2. sowohl die englische wie die französische Bourgeoisie haben eine berechtigte Scheu, sich allein dem übermächtigen amerikanischen Kapital gegenüber gestellt zu sehen. Die Sowjetunion sollte ihnen gewissermaßen als Gegengewicht dienen und ihre Manövrierfähigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten erhöhen, sowohl wirtschaftlich wie außenpolitisch. Dies war das andere Motiv für die Einladung der Sowjetunion zur Pariser Konferenz.

Auch dafür, daß die Sowjetunion der Einladung folgte, waren eine Reihe verschiedener Motive maßgebend.¹¹⁾ Die wichtigsten waren:

1. zu verhindern, daß die angelsächsische Propaganda die Sowjetunion von vornherein als den Spalter Europas und als Gegner seiner wirtschaftlichen Wiederherstellung hinstellen könne.

2. die Durchführung des Marshall-Planes, soweit er gegen die Sowjetunion gerichtet ist, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu hemmen oder abzuschwächen.

3. zu versuchen, für die Sowjetunion und die Länder ihrer Machtsphäre amerikanische Kredite ohne gefährliche Bedingungen locker zu machen.

4. den angelsächsischen Block zu lockern und die eigene Gruppierung zu verstärken.

Die Pariser Dreimächtekonferenz hat mit dem Ausgang geendet, der von vornherein von den Bevin-Bidault vorgesehen war: Rußland ist ausgeschaltet und die Bevin-Bidault haben nunmehr freie Bahn. Das Geschrei der Presse, daß nunmehr Europa gespalten sei, ist lächerlich. Die Spaltung bestand vor dem Kriege, sie ging weiter während des Krieges – der in Wirklichkeit zwei nebeneinander herlaufende Kriege war¹²⁾ –, und ihr erstes in die Augen fallendes Symptom am Ende des Krieges war die Aufteilung Deutschlands und Österreichs in getrennte Besatzungszonen der Siegerstaaten.

Zum Verlauf der Pariser Konferenz der drei Außenminister sei folgendes bemerkt:

1. Es war der englische Außenminister Bevin, der die Geheimhaltung der Verhandlungen beantragte. Ein sehr merkwürdiges Verhalten ist dies für jemand, der beansprucht „sozialistische“ Außenpolitik zu treiben. Gleichzeitig drückte diese Haltung Bevins das Gefühl der Schwäche seiner Politik in propagandistischer Hinsicht aus. Im übrigen hinderte dieser Beschluß die entsprechende Propagandamaschine nicht, sofort in Tätigkeit zu treten.

2. Das Kennzeichnendste an den Verhandlungen war das von Bevin anscheinend mit großer Entrüstung geäußerte Wort, daß die Russen von den Amerikanern einen „Blankoscheck“ verlangten. Ein Blankoscheck ist ein Scheck, an den keinerlei Bedingungen für seine Auszahlung und Verwendung geknüpft sind. Ein Staat auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage kann in der Tat keine Anleihen von einem kapitalistischen Staat annehmen, die diesem eine Ein-

mischung in seine Wirtschaftsführung und seine Politik gestatten.¹³⁾ Die einzigen Bedingungen, die er annehmen kann, sind solche, die sich auf die Garantie der Verzinsung und der Rückzahlung beziehen. Wenn Bevin sich über die Forderungen eines Blankoschecks entrüstet, so zeigt er damit nur, daß er absolut in den Geleisen des kapitalistischen Denkens festgefahren ist, für das allerdings normalerweise eine Anleihe die wirtschaftliche und politische Unterordnung des Anleihenehmers unter die Bedingungen des Anleihegebers einschließt. England selbst kann ein Lied davon singen (früher hat es selbst solche Bedingungen gestellt, heute werden ihm Bedingungen vom amerikanischen Kapital gestellt).

Auf dem diesjährigen Kongreß der Labour-Party in Margate¹⁴⁾ machte Bevin große Worte darüber, daß England keine weitere Anleihe von den Vereinigten Staaten aufnehmen und künftig wieder auf eigenen Füßen stehen werde. Damit ist es offenbar nichts. Die Teilnahme Bevins an der Pariser Konferenz hatte nur einen Sinn, wenn England eine neue Anleihe sucht und bereit ist, den weiteren Bedingungen der Amerikaner sich zu fügen, und das heißt, wirtschaftlich und politisch sich in noch größere Abhängigkeit von Amerika als bisher zu begeben.

3. Die Sowjetvertretung auf der Pariser Konferenz schloß ihre Teilnahme an den Verhandlungen mit einer Schlußnote ab, die ihre Haltung auf der Konferenz begründen und eine Warnung für die Völker Europas, insbesondere Westeuropas sein sollte.¹⁵⁾ Diese Schlußnote soll natürlich der Auftakt für weitere internationale Propaganda sein.

Diese Schlußnote mag als rein diplomatisches Schriftstück alle möglichen Vorzüge haben, als propagandistischer Auftakt ist sie sehr schwach.

Die Hauptgesichtspunkte, die sie vorbringt, sind, erstens das Moment der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, zweitens der Schwächung der Souveränität der Anleihe nehmenden Staaten und drittens das Moment der Selbsthilfe der hilfsbedürftigen Länder.

Wir glauben nicht, daß diese Gesichtspunkte in der arbeitenden Bevölkerung Europas, insbesondere Englands und Frankreichs großen Eindruck machen werden. Einmal deswegen, weil Länder wie Frankreich, England, Italien usw. nicht dieselben Möglichkeiten der Selbsthilfe haben wie Rußland, sodann, weil die angelsächsische Propaganda gerade auf die Einmischung der Russen in die „inneren Angelegenheiten“ der Länder ihrer Sphäre herumreitet.

Was wir in dieser Schlußnote vor allem vermissen, sind zwei Dinge:

a) daß eine wirkliche Hilfe für Europa und eine wirkliche Kooperation der europäischen Länder nur möglich ist auf sozialistischer Grundlage, während die sogenannte Hilfe des kapitalistischen Amerika die wirtschaftliche und politische Unterwerfung der Anleihe nehmenden Länder unter die Diktate des amerikanischen Imperialismus bedeuten würde, und daß auf dieser

Grundlage auch keine wirkliche planmäßige Kooperation der europäischen Länder unter sich möglich ist. Es fehlt die klare und scharfe grundsätzliche Gegenüberstellung des sozialistischen und des kapitalistischen Standpunktes.

b) Es fehlt ferner ein positives und konkretes Programm der Zusammenarbeit der europäischen Länder auf sozialistischer Grundlage, ein konkretes detailliertes Angebot des Sowjetstaates von diesem Gesichtspunkt aus, vor allem an die englischen, französischen und italienischen Arbeiter.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß es sich um ein diplomatisches Aktenstück handle. Die amerikanische Diplomatie scheut sich keineswegs, für ihre kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform und gegen den Kommunismus offen und in aller Schärfe aufzutreten. Warum sollte die Sowjetdiplomatie hier zimperlicher sein?

Mit dem Ausgang der Pariser Konferenz wird eine Phase des verschärften Kampfes um Europa zwischen dem angelsächsischen Block und der Sowjetunion einsetzen, zunächst vor allem ein propagandistischer Kampf. In diesem Kampf wird der amerikanische Kapitalismus sich darstellen als derjenige, der Europa materiell aus seiner Not hilft und der ihm etwas gibt, während die Sowjetunion als diejenige Macht dargestellt werden wird, die Europa so viel wie möglich im eigenen egoistischen Interesse wegnehmen will und die überhaupt nur an der weiteren Verelendung Europas interessiert ist. Die Gegenwirkung dagegen kann nicht nur in Worten bestehen. Sie kann nur darin bestehen, daß die Sowjetunion durch die Tat zeigt, daß sie nicht nur am Wegnehmen interessiert ist, und daß sie eine wirkliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern durchführt, über die sie verfügen kann. Erst auf dieser Grundlage kann die Kritik an der Praxis der kapitalistisch-imperialistischen Hilfe Amerikas für Europa und andere Länder wirksam werden. Damit aber die Sowjetunion eine solche Politik durchführen kann, ist es für sie notwendig, zurückzukehren zu den Grundsätzen Leninscher Friedenspolitik von 1917, und überhaupt zu einer Außenpolitik, die die Ereignisse vermittelst der marxistischen Analyse voraussieht, statt hinter ihnen herzu-hinken und von der Hand in den Mund zu leben.

In kritischer Hinsicht genügt es, hinzuweisen auf die Lage solcher Länder und Landesteile wie die Westzone Deutschlands, auf Italien, vor allem aber auf Japan, das unter ausschließlicher amerikanischer Herrschaft steht und nach den Zeugnissen amerikanischer Berichtersteller sich vor einem katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch befindet.¹⁶⁾

Als Plan für die Hilfe auch nur für Westeuropa wird und muß der Marshall-Plan scheitern. Als politisch-strategischer Aufmarsch gegen die Sowjetunion und die sozialistische Revolution in Europa wird er letzten Endes auch scheitern, eben weil er wirtschaftlich scheitern wird, aber er wird in dieser Hinsicht nichtsdestoweniger weittragende und verhängnisvolle Folgen haben.

Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so braucht man sich nur die Frage zu stellen: Was wird werden, wenn nach einigen Jahren der Finanzierung des Exportes nach Europa durch amerikanische Kredite diese Kredite eines Tages aufhören werden? Wird dem enormen Exportüberschuß der Vereinigten Staaten im Verhältnis zu Europa dann ein entsprechender Import aus Europa gegenüberstehen? Man braucht die Frage nur zu stellen, um zu sehen, daß auf kapitalistischer Grundlage hier keine wirkliche und dauernde Lösung möglich ist. Die einzige Verteidigung Europas gegenüber der amerikanischen Wirtschaftsübermacht kann nur der Zusammenschluß Europas auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage sein. Es gibt keine andere Lösung. Deshalb kann der Marshall-Plan als ein Versuch, diese einzige mögliche Lösung zu verhindern, Europa nur immer tiefer in den Abgrund führen.¹⁷⁾

3. Nachrichten und Glossen in Kürze.

Eine Übersicht zeigt, daß eine ganze Reihe von Einzelstaaten der Vereinigten Staaten Anti-Streik- und Anti-Gewerkschaftsgesetze angenommen haben, die noch weit über das vom Bundeskongreß angenommene Gesetz hinausgehen. In einigen Einzelstaaten ist der Streik überhaupt verboten. In anderen ist der Streik in öffentlichen Betrieben verboten. Die Linie des Widerstandes der zentralen Gewerkschaftsverbände scheint sich darauf zu beschränken, ihren Mitgliedern zu raten, diese Gesetzgebung praktisch zu ignorieren und gegebenenfalls ihre Verfassungsmäßigkeit vor den Gerichten auszufechten.

*

Indien wird von der Propaganda der englischen Labour-Party vor allem als Beweis dafür angeführt, daß die Labour-Regierung keineswegs die imperialistische Politik weiterführe, sondern sie abbaue. Daß dies eine grobe Irreführung ist, zeigt das Ergebnis des Verhandlungen, die in der letzten Zeit der Vizekönig Mountbatten in Indien geführt hat.¹⁸⁾ Danach wird Indien statt im Juni 1948 bereits im August dieses Jahres von englischen Truppen geräumt, dafür aber wird es in mehrere Teile aufgeteilt: ein mohammedanisches Gebiet (Pakistan), ein Hindu-Gebiet und dazu noch unbestimmt viele von beiden unabhängige Gebiete. Auch die indische Armee wird aufgeteilt. Es ist klar, daß damit ein Höchstmaß der Machtstellung für den englischen Imperialismus in Indien gewahrt bleibt. Dieses Endergebnis ist zustande gekommen einerseits durch die raffinierten Manöver der englischen Regierung, um die religiösen und anderen Gegensätze aufs Höchste zu schüren, andererseits durch die Bereitschaft der hindustanischen Bourgeoisie wie der mohammedanischen Großgrundbesitzer, aus Furcht vor dem revolutionären Auftreten der Volksmassen einen Kompromiß mit dem englischen Imperialismus abzuschließen, der auf die tatsächliche und vollständige Unabhängigkeit und auf die staatliche Einheit Indiens verzichtet.

Somit ist klar, daß diese Ziele nur durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern Indiens gegen das Hindu-Kapital, wie gegen die mohammedanischen, feudalen Großgrundbesitzer durchgeführt werden können. Keine konservative englische Regierung hätte alle diese Manöver in Indien so gut durchführen können wie die Labour-Regierung. Kein Wunder, daß Churchill dem Endergebnis dieser Politik seine volle Zustimmung gegeben hat. Wenn man will, so geht jetzt England in Indien von seiner eigenen früheren zur amerikanischen Methode des Imperialismus über.

*

In Japan hatte der amerikanische General McArthur durch seinen Propaganda-Apparat eine wahre orientalische Legende über die Wunderleistungen seiner Verwaltung aufbauen lassen. Jetzt sind es amerikanische Korrespondenten selbst, die diese Legende angreifen, um das amerikanische Publikum darauf vorzubereiten, daß in Japan ein katastrophaler wirtschaftlicher Zusammenbruch bevorsteht.

RHEIN-ECHO

Verlag: Rheinische Verlagsanstalt G.m.b.H.,
Düsseldorf, Mühlentor 25. Telefon 27 11 11
Telegraphisch: 25 11 11 11. Telegramm-Adresse:
Rhein-Echo - Düsseldorf - Rheinische Verlagsanstalt

Die Volkszeitung am Niederrhein

Abdruck: 25. März 1948. Preis: 1 Pf. (Post-
zusatz 10 Pf.) Einzelhefte: 10 Pf. (Post-
zusatz 10 Pf.) Abonnement: 3 Monate 30 Pf. (Post-
zusatz 10 Pf.) 6 Monate 55 Pf. (Post-
zusatz 10 Pf.) 1 Jahr 100 Pf. (Post-
zusatz 10 Pf.)

ZWEITER JAHRGANG — Nr. 18

VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18 DER MILITÄRREGIERUNG

SAMSTAG, DEN 12. JULI 1947

Unruheherd Griechenland

Schwere Kämpfe mit Aufständischen — Gegenregierung der Kommunisten angekündigt

Athen, 10. Juli. (DPD.) Im steilen Gebirgsgebirge am Berge Grammes ist eine Schlacht zwischen griechischen Aufständischen und Regierungstruppen im Gange, wie die französische Nachrichtenagentur AFP von den griechischen Militärbehörden erfährt. Die Verluste der Aufständischen sollen bisher 700 Mann betragen, darunter 400 Gefallene. In griechischen Linkskreisen wird zu der gegenwärtigen politischen Entwicklung in Griechenland erklärt, daß die Bildung einer „Regierung des freien Griechenlands“ bereits Sonntag durchgeführt sein soll.

Nach Meldung der französischen Nachrichtenagentur sollen bereits Namen von Regierungsmitgliedern genannt worden sein. Angeblich handelt es sich dabei in der Hauptsache um Führer der Kommunisten, die sich gegenwärtig im Ausland befinden.

Massenverhaftungen

Athen, 10. Juli. (BBC.) Die griechische Regierung hat seit Dienstag abend in ganz Griechenland führende Kommunisten verhaften lassen sowie Personen, die im Verdacht standen, Agenten der Aufständischen zu sein. Die Zahl der Verhafteten war bis Mittwoch abend auf 2500 angestiegen. Die meisten Verhaftungen erfolgten in Athen und im benachbarten Hafen Piräus. Während der Nacht rückten Einheiten der Armee in die beiden Städte ein und besetzten die Mittelpunkte der Städte. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung habe eingegriffen, weil ein Putsch geplant gewesen sei. Der Innenminister sagte, die Regierung sei in den Besitz eines Geheimbefehls gekommen, der terroristische Handlungen anordnete. Dieser Befehl war von einem bekannten Bandenführer unterzeichnet. Die Verhafteten werden auf eine Insel verbannt.

Revolutionsarmee geplant?

Athen, 11. Juli. (BBC.) Der griechische Sicherheitsminister gibt bekannt: Es wurde ein Befehl des Zentralausschusses der Kommunisten aufgefunden, der die Bildung einer Revolutionsarmee in Griechenland anordnete. Die Verhaftung von Mitgliedern der Linksparteien wird fortgesetzt.

Heftige englische Kritik

London, 11. Juli. (DPD-Reuters.) Die konservative Regierungskoalition in Griechenland ist Gegenstand heftiger Kritik in der Freitagausgabe des „Times“. Das Blatt legt die dieser Tage erfolgten Verhaftungen linksgerichteter griechischer Politiker dahingehend aus, daß auf diese Weise „jede weitere Opposition seitens der Linkskoalition, die immer noch ihre Vertretung in der EAM hat, ausgeschaltet werden sollte“. In dem Leitartikel der „Times“ kommt weiter die Besorgnis zum Ausdruck, daß die Entwicklung auf eine Diktatur hinsteuere, weil „verpflichtete Bestrahungen großer Teile des griechischen Volkes“ weder nach außen hin vertreten werden noch sich in friedlichen Bahnen entwickeln können.

Neues Wahlgesetz in Ungarn

Budapest, 10. Juli. (DPD-Reuters.) 60 Tage nach Veröffentlichung des neuen ungarischen Wahlgesetzes werden nach einer gemeinsamen Entscheidung aller Parteien, die mit dem Entwurf des neuen Wahlgesetzes befaßt sind, in Ungarn allgemeine Wahlen stattfinden.

Russischer Protest

Wien, 11. Juli. (BBC.) Im Alliierten Kontrollrat für Oesterreich protestiert der russische Oberbefehlshaber General Kurawow gegen das amerikanisch-österreichische Hilfsabkommen, das Lieferungen im Werte von rund 100 Millionen Dollar vorsieht. Der russische Vertreter sagte, dieses Abkommen würde Oesterreich völlig von Amerika abhängig machen. Dies stehe im Gegensatz zu den Moskauer Erklärungen über die Errichtung Oesterreichs als eines freien unabhängigen Staates. Besonders Empörung erregte die russische Oberbefehlshaber gegen die Bestimmung des Abkommens, in der eine direkte amerikanische Überwachung und Kontrolle der Verpflegung der Hilfslieferungen vorgesehen ist.

Weltnachrichten in Kürze

London, 11. Juli. (NWDR.) Die britische Regierung hat neue Maßnahmen zur Wahrung des Atomgeheimnisses in Großbritannien ergriffen, wie „News Chronicle“ in einem Artikel seines wissenschaftlichen Mitarbeiters berichtet. Gewisse Gebiete in Großbritannien sind, wie die Zeitung berichtet, zu Sperrgebieten erklärt worden. Außerdem hat der Innenminister eine Verschärfung der Strafen für das Ausbreitlassen der Geheimhaltungsbestimmungen über die Atomenergie verfügt.

London, 10. Juli. (BBC.) Lord Pakenham, der britische Minister für deutsche Angelegenheiten, wird in der nächsten Woche die französische Zone Deutschlands besuchen.

Paris, 11. Juli. (BBC.) Der Vorsitzende des Interalliierten Repräsentationsrates, der Franzose Ruff, erklärte, Deutschland wird spaltungslos unter dem Marshall-Plan eintritt werden.

New York, 11. Juli. (NWDR.) Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm ein neues Gesetz über die Präsidentenwahl an. Nach dem neuen Gesetz, das bereits vom Senat gebilligt ist, wird der Sprecher des Repräsentantenhauses

Präsident der USA., wenn weder der Präsident noch der Vizepräsident das Amt weiter ausüben können.

New York, 9. Juli. (BBC.) Welt er vor einem Konkreten Austausch zur Untersuchung anti-amerikanischer Umtriebe nicht erschienen war, wurde in den USA. der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Dennis, zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Kairo, 11. Juli. (DPD.) Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Sadok el-Mogaddi, erklärte nach einer AFP-Meldung einem Vertreter der Kalener Zeitung „Al-Kokalan“ gegenüber, daß sich Albanien alle Rechte auf den Pachtstab, Kaschmir und Bundesindien vorbehalten. Diese albanischen Provinzen habe Großbritannien „mit Gewalt dem Kaiserreich Indien übergeben“.

Berlin, 11. Juli. (NWDR.) Die Lieferungen von Rohöl nach Oesterreich sind im Verlauf des vergangenen Monats eingestellt worden. Im Gegensatz zu den Verhandlungen nach den übrigen Ländern sind die Lieferungen nach Oesterreich bisher nicht beachtet worden, da ein Verrechnungsabkommen faul.

General Clay und die Ruhr

Washington, 10. Juli. (BBC.) Aus Washington wird gemeldet: General Clay ist der festen Überzeugung, daß die Industrie des Ruhrgebietes wieder unter privater Leitung gestellt werden sollen und daß die Ungewißheit über die Zukunft der Ruhrindustrie eine der Hauptursachen des niedrigen Produktionsstandes darstellt. Das amerikanische Außenministerium hat noch keine Richtlinien aufgestellt. Viele leitende amerikanische Beamten lehnen die Verstaatlichung der Ruhrindustrie ab, andere dagegen sind der Meinung, es sei unmöglich, die Gruben und Fabriken den früheren Eigentümern wieder zurückzugeben, da viele von ihnen Kriegsverbrecher seien.

RHEIN-ECHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

VERLAG: RHEINISCHES VERLAGSWERK
KÖLN, BRUNNENSTR. 10
VERLEGER: RHEINISCHES VERLAGSWERK
KÖLN, BRUNNENSTR. 10
ABO: 1,20 M. (1947)

LEITUNG: DR. JOH. BEAT. SCHMIDT
REDAKTION: DR. JOH. BEAT. SCHMIDT
DR. JOH. BEAT. SCHMIDT
DR. JOH. BEAT. SCHMIDT
DR. JOH. BEAT. SCHMIDT

WEITERER JAHGANG — NR. 49 VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18 DER MILITÄRREGIERUNG SAMSTAG, DEN 21. JUNI 1947

UNO - Träger des Marshall-Planes

Sowjetrußland zur Teilnahme eingeladen — Dreierkonferenz schon nächste Woche

New York, 20. Juni. (BBC.) Generalsekretär Trygve Lie hat den europäischen Staaten zur Verwirklichung des Marshall-Planes die Organisation der UNO. zur Verfügung gestellt. Der Sekretär des Europa-Wirtschaftsausschusses hat sich bereits nach Moskau begeben, um Besprechungen mit russischen Ministern zu führen. Er hat jetzt auch den Auftrag erhalten, den europäischen Regierungen entsprechende Vorschläge vorzulegen. Bis jetzt haben acht Staaten ihr Einverständnis mit dem Marshall-Plan bekanntgegeben: England, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Italien, Griechenland und Schweden.

Von ihren Pariser Besprechungen aus haben die Außenminister Bevin und Bidault den russischen Außenminister Molotow zu einer Dreimächtekonferenz über das amerikanische Hilfsangebot eingeladen. Der Dringlichkeit wegen wurde vorgeschlagen, die Dreierkonferenz in der nächsten Woche an einem noch festzusetzenden Ort abzuhalten. Sie dürfte in London oder Paris stattfinden. Bevin und Bidault stehen, wie verlautet, auf dem Standpunkt, daß Europa Hilfe bittet, aber diese Hilfe nur wirksam sein kann, wenn die europäischen Länder selbst Anstranungen machen und ihren Bedarf wieder wie vor dem Kriege in großem Umfang festzusetzen.

Nimmt Moskau an?

Ein französischer Sprecher erklärte, daß die beiden Außenminister sich auf eine allgemeine Prüfung der europäischen Wirtschaftsbedürfnisse beschränkt hätten. Die Frage Deutschlands sei nicht berührt worden. In London und Paris ist man, laut Reuter, der Ansicht, daß man mit der Planung für die Europahilfe unbedingt weiterkommen müsse, gleichgültig ob Ruß-

land sich beteilige oder nicht. Die russische Antwort auf die Einladung zu einer Dreierkonferenz wird frühestens am Sonntag oder Montag erwartet. Die Pariser Presse bringt überwiegend die Meinung zum Ausdruck, daß Rußland sich nicht beteiligen werde.

Molotow verlangt Informationen

Moskau, 19. Juni. (BBC.) Molotow erklärte dem britischen Botschafter in Moskau, die russische Regierung sei über den amerikanischen Hilfsplan noch nicht hinreichend unterrichtet, um schon zu ihm Stellung nehmen zu können. Es sei aber für die russische Regierung von Interesse, noch weitere Informationen über den Plan zu erhalten. Radio Moskau vertritt die Meinung, daß die Pariser Verhandlungen über den Europa-Hilfsplan anscheinend nicht auf friedliche Zusammenarbeit in Europa abgestellt seien. Die Besprechungen in Paris seien vielmehr ein Versuch, hinter dem Rücken der Sowjet-Union ein Uebereinkommen zu treffen.

Rußland könnte helfen

Washington, 19. Juni. (BBC.) Ein Vorschlag, Rußland solle versuchen,

einen positiven Beitrag zu dem Hilfsplan für Europa zu leisten, wurde in Washington von dem Staatssekretär für Wirtschaftfragen im USA-Außenministerium, Clayton, gemacht. Er nahm Bezug auf die Berichte über die diesjährige ausgezeichnete Getreideernte in Rußland und sagte, Rußland könnte den osteuropäischen Ländern mit Lebensmitteln und Rohstoffen helfen.

„Iswestija“ und die Ruhrkohle

Berlin, 20. Juni. (DPD.) Die Behauptung, daß die englischen Besatzungsbehörden absichtlich die Kohlenförderung an der Ruhr drosseln, ist in einem Artikel der „Iswestija“ enthalten, der von der „Täglichen Rundschau“ zitiert wird. Durch die Drosselung der Ruhrkohlenförderung sollen die Kohlenpreise auf ihrer alten Höhe gehalten werden. Daran seien auch die amerikanischen Monopole interessiert.

New York, 20. Juni. (BBC.) Truman ernannte den New Yorker Bankier Salomon zum Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, wo er wahrscheinlich die Leitung der Deutschlandabteilung übernehmen wird. — Mit 938 Stundenkilometer stellte ein amerikanisches Höhenflugzeug einen neuen Weltrekord auf.

Washington, 20. Juni. (DPD/Reuter.) Präsident Truman hat gegen das neue amerikanische Arbeitsgesetz sein Vetorecht zur Anwendung gebracht. Das Gesetz sieht eine Einschränkung des Streikrechts der Arbeiter und der Befugnisse der Gewerkschaften vor. In unzähligen Briefen und Protesten war der Präsident ersucht worden, sein Veto einzulegen.

Kairo, 18. Juni. (NWDR.) Die ägyptische Regierung hat den Weltfriedensbeitrag um eine Entscheidung in dem englisch-ägyptischen Streitfall ersucht. Neu-Delhi, 18. Juni. (NWDR.) Die Zurückziehung der britischen Truppen aus Indien soll bis zum 15. August abgeschlossen werden.

Warschau, 19. Juni. (NWDR.) Eine Allianz aller slawischen Völker unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion forderte ein polnischer Sprecher auf der Vollversammlung des polnisch-slawischen Kongresses in Warschau.

Kölner Hungerstreiks dauern an

Notruf der Gewerkschaften — Besprechungen mit Mr. Asbury

Köln, 20. Juni. (DPD.) Die Arbeitsniederlegungen infolge der mangelhaften Ernährungsfrage im Kölner Raum haben sich nun auf die gesamte Industrie, mit Ausnahme der Reichsbahnbetriebe, ausgedehnt. In verschiedenen Großbetrieben wie Klöckner, Felten & Guilleaume und den Karlsruher AG. sind die Arbeiter am Freizeitmorgen nicht mehr erschienen. In einem Nottelegramm des Kölner Bezirksausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes an das bizonale Ernährungsamt in Stuttgart heißt es: „Die bedrohlichen Rationierungen lassen befürchten, daß infolge der totalen Arbeitsunfähigkeit der Werktätigen die gesamten Industrien im Kölner Raum zum Erliegen kommen. Die Grenze der physischen Kraft unserer Arbeiter ist überschritten, um drin-

gende Hilfe wird gebeten. Die Industrien im rheinisch-belgischen und oberbayerischen Kreis haben beim Landesernährungsamt in Bonn gegen die geringe Brotzubereitung Protest eingelegt. Der Zivillouverneur von Nordrhein-Westfalen, William Asbury, führte in Köln Besprechungen mit Gewerkschaftsführern und Betriebsräten über die Arbeitsniederlegungen. — Nach letzten Meldungen streiken im Kölner Gebiet 24 000 Arbeiter, 18 Betriebe liegen still.

Seelute-Streik beendet

New York, 19. Juni. (BBC.) Der Streik der amerikanischen Seelute ist beendet, nachdem diese eine Proz. Lohnerhöhung zugesprochen erhielten. Dieser Streik drohte die amerikanischen Lieferungen nach Europa wesentlich zu beeinträchtigen.

Internationale monatliche Übersicht über Juli 1947, Nr. 12

1. Zwei Systeme.

Der Vorwand, daß der Marshall-Plan ganz Europa umfassen sollte, ist schnell geplatzt, und der Marshall-Plan hat sich als das entpuppt, was er von vornherein war – als ein Instrument der Truman-Doktrin, d. h. des amerikanischen Imperialismus. Es sind heute zwei gesellschaftliche Systeme, die sich jetzt auch auf ökonomischem Gebiet und im Weltumfang gegenüber treten. Die übliche Art, die Systeme einander gegenüberzustellen als das der „vielseitigen“ und der „zweiseitigen“ Handelsverträge, trifft nur die Oberfläche der Erscheinungen, und es liegt dem auch ein Stück bösartiger Propaganda zu Grunde. Denn es läuft darauf hinaus, die Handels- und Wirtschaftspolitik der Sowjetunion und ihrer Einflußsphäre und die des Nazismus über einen Kamm zu scheren.¹⁾ Aber bei dem Gegensatz zwischen der Handelspolitik des Naziregimes einerseits und Englands und der Vereinigten Staaten andererseits handelt es sich lediglich um den Gegensatz zweier verschiedener imperialistisch-kapitalistischer Methoden, ein Gegensatz, der sich durch die verschiedene Lage der beiden kapitalistischen Lager erklärt. Im gegenwärtigen Falle aber handelt es sich letzten Endes um den Gegensatz zweier grundsätzlich entgegengesetzter Wirtschaftsformen – kapitalistischer auf der einen, sozialistischer auf der anderen Seite. Die Methoden des Außenhandels hier wie dort sind nur Folgen dieses grundlegenden Gegensatzes, und die alleroberflächlichste Erscheinung dieser Gegensätze, die gerade von bürgerlicher Seite in den Vordergrund geschoben wird, ist die, die auf dem Geldmarkt erscheint und sich als ein Weltmangel an Dollarvaluta ausdrückt.²⁾

Auch die zweiseitigen Handelsverträge des Naziregimes dienten der kapitalistischen Ausbeutung mit Deutschland als Zentrum und Nutznießer dieser Ausbeutung. Der Fall der Sowjetunion ist grundsätzlich und tatsächlich ein ganz anderer.

Grundsätzlich: die wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion ist sozialistisch. Und daraus ergibt sich, daß für sie eine wirkliche und planmäßige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten möglich ist, deren Wirtschaft selbst ganz oder in ihrem entscheidenden Teil auf sozialistischer Grundlage beruht.

Tatsächlich: das Naziregime und seine zweiseitige Handelspolitik konnte nichts an der Tatsache ändern, daß Deutschland von den wichtigsten Rohstoffquellen abgeschnitten war. Die zweiseitige Handelspolitik des Nazi-

regimes verlief sich in eine Sackgasse, so daß schließlich als einziger Ausweg der imperialistische Eroberungskrieg übrig blieb, der den „Lebensraum“ des deutschen Kapitalismus auf die ganze Welt ausdehnen sollte. Daß auch dieser Ausweg kein Ausweg war, haben inzwischen die Tatsachen bewiesen. Er wäre selbst dann kein Ausweg gewesen, wenn Deutschland gesiegt hätte. Die Wirtschaft der ganzen Welt dem Ausbeutungsbedürfnis eines einzigen kapitalistischen Staates unterzuordnen – was das Ziel war – ist einfach nicht mehr möglich.

In einer ganz anderen tatsächlichen Lage ist die Sowjetunion. Sie verfügt von vornherein über die meisten Rohstoffe und Lebensmittel, die sie braucht. Der innere Bedarf an Industriewaren ist so weit entfernt vom Sättigungspunkt, daß für lange Jahre hinaus hier kein nennenswertes Bedürfnis zur Massenausfuhr auf den Weltmarkt besteht. Die zweiseitigen Handelsverträge der Sowjetsphäre dienen in erster Linie der gemeinsamen und planmäßigen Versorgung der Beteiligten mit Lebensmitteln und dem gemeinsamen industriellen Aufbau. Im Gegensatz zu Nazi-Deutschland hat die Sowjetunion nicht nur kein Interesse, den industriellen Aufbau in den Ländern ihrer Sphäre zu hemmen, sondern gerade umgekehrt, ihn möglichst zu beschleunigen.

Nach dem Scheitern der Pariser Konferenz hat die Sowjetunion eine Reihe von Handels- und Wirtschaftsverträgen mit den Ländern ihrer Sphäre abgeschlossen und entsprechende Verträge dieser Länder unter sich veranlaßt, die alle von den genannten Gesichtspunkten geleitet sind.

Vergleichen wir nun dieses System mit dem, was wir kurz das amerikanische nennen wollen, mit dessen tatsächlichen Voraussetzungen, Zielen und Mitteln.

Die wichtigsten Charakterzüge dieses Systems sind folgende: Amerika ist ein Land des hochkonzentrierten Kapitalismus, mit Überschüssen an Lebensmitteln, mit Überschüssen an den meisten industriellen Rohstoffen, mit der größten industriellen Produktion der Welt, dem höchsten durchschnittlichen Lebensstandard der Arbeiter – in einer Umgebung einerseits von schwachen kapitalistischen Ländern, die verarmt sind, andererseits der Sowjetunion und den Ländern ihrer Sphäre, deren Wirtschaft vom sozialistischen Typus ist und die noch im Stadium der Industrialisierung oder der sozialistischen Akkumulation begriffen sind.

Mit der Sowjetunion haben die Vereinigten Staaten gemein die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und den meisten Rohstoffen. Ferner einen sehr großen inneren Markt. Umso schärfer treten hervor die Gegensätze, die durch die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme bedingt sind. Der innere Markt der Vereinigten Staaten, so groß er ist im Vergleich zu dem der anderen kapitalistischen Länder, reicht längst nicht mehr aus, um die jährliche Warenproduktion aufzunehmen. Also muß der Warenexport in andere

Länder mehr und mehr gesteigert werden. Aber die anderen Länder, so weit sie kapitalistisch sind, haben keine Gegenwerte zu bieten für die amerikanischen Importe von Lebensmitteln, Rohstoffen, industrieller und landwirtschaftlicher Maschinerie und industriellen Konsumtionsmitteln. Der Abstand hat sich immer mehr erweitert. Die letzten Zahlen sind zwanzig Milliarden Dollar amerikanischer Export, dem ein Import nur von zwölf Milliarden gegenübersteht. Dieser Abstand drückt sich aus in dem jetzt allgemein festgestellten Mangel der anderen Länder an Dollarvaluta. Wollen die Vereinigten Staaten ihren Export im selben oder gar im wachsenden Umfang fortsetzen – und sie müssen das angesichts der Schranken ihres inneren Marktes –, so gibt es kein anderes Mittel, als daß zunächst die Vereinigten Staaten den anderen Ländern die nötigen Dollars vorschießt. Das ist aber keine Lösung, sondern nur die Fortführung und am Ende die Verschärfung des zu Grunde liegenden Widerspruches. Die amerikanischen Kredite werden die industrielle Produktion der Länder, in die sie gehen, steigern.

Das Resultat wird also sein:

1. verschärfte Konkurrenz dieser Länder mit Amerika um die äußeren Märkte;
2. verschärfte Konkurrenz dieser Länder unter sich um die Außenmärkte;
3. Bemühungen dieser Länder, auch in den amerikanischen Innenmarkt einzudringen durch „Dumping“³⁾, weitere Herabdrückung des Lohnniveaus, weitere relative und am Ende auch absolute Verarmung, schließlich Druck dieser Länder auf das amerikanische Lohnniveau und damit auch auf den amerikanischen Innenmarkt.

Dieser Weg ist der einzige, der den Vereinigten Staaten offen steht als kapitalistischem Staat. Aber er ist nicht nur kein Ausweg, sondern er verschärft die zugrunde liegenden Widersprüche zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen kapitalistischen Ländern einerseits und unter diesen kapitalistischen Ländern selbst. Die Vereinigten Staaten sind gleichsam in der Lage des Midas, der verhungerte, da sich alles in Gold verwandelte, was er berührte.⁴⁾

Diese Widersprüche werden noch weiter entwickelt und verschärft dadurch, daß hier wirtschaftliche Bedürfnisse und imperialistischer Machtkampf aufs engste ineinander greifen.

Die bisherigen Schicksale des Marshall-Planes illustrieren diese Widersprüche. Der Marshall-Plan verlangte zunächst die Einigung wenigstens Westeuropas – im Westen der russischen Zone Deutschlands. Aber bereits hat Frankreich Einspruch erhoben gegen die Einbeziehung der deutschen Westzone in den Marshall-Plan. Aber ohne diese Einbeziehung kann von einem Wiederaufbau Westeuropas keine Rede sein. Der Einspruch Frankreichs (des immer noch kapitalistischen Frankreichs) ist nicht nur ein Verhandlungstrick, um mehr für Frankreich herauszuschlagen. Bleibt die kapitalistische Wirt-

schaftsgrundlage in Deutschland erhalten – und für die amerikanische Politik ist dies ein Hauptpunkt –, so wird unvermeidlich ein gesteigertes industrielles Potential Deutschlands auch ein gesteigertes Kriegspotential, trotz aller Kontrollen. Gegen die französischen Ansprüche auf die Ruhr haben aber Belgien und Holland die stärksten Einsprüche erhoben, und zwar aus nahe-
liegenden wirtschaftlichen Gründen.⁵⁾ England seinerseits verlangt, ebenfalls aus gebieterischen wirtschaftlichen Gründen, daß die amerikanische Forderung, daß England seine Vorzugszölle innerhalb des britischen Reiches fallen lasse, gelockert oder aufgegeben werde.⁶⁾

Das Gesamtergebnis ist also, daß sich die Einigung Westeuropas auf kapitalistischer Grundlage eben infolge dieser Grundlage als unmöglich erweist.

Dagegen hat sich die wirtschaftliche Einigung der Länder Osteuropas mit der Sowjetunion sozusagen im Handumdrehen vollzogen.⁷⁾ Der Marshall-Plan für den Westen ist aber bereits bei den ersten Vorarbeiten für seine Verwirklichung ins Stocken geraten, und die inneren Gegensätze Westeuropas haben sich verschärft, gerade durch den Marshall-Plan.

So erweist sich hier das reichste und produktionskräftigste Land der Welt als bei weitem schwächer als die weit ärmere, technisch noch verhältnismäßig weit zurückstehende Sowjetunion. Der letzte Grund dafür ist der Gegensatz der Wirtschaftssysteme. Das Eine macht die Lösung unmöglich, das Andere macht sie möglich. Die Erklärung, daß es eben der russische Terror sei, der die raschen Lösungen ermögliche, ist keine Erklärung. Auch das amerikanische Kapital und der amerikanische Staat lassen es an drastischen Druckmitteln nicht fehlen, wenn auch die Formen anders sind. Und an subjektiven Fehlern und Unzulänglichkeiten hat es die Sowjetunion sicher nicht fehlen lassen. Es sind die objektiven Faktoren, die hier entscheiden.

Nicht die abstrakte Theorie, sondern harte Tatsachen sind es, die Europa zeigen, daß seine Einigung und sein Wiederaufbau nicht auf kapitalistischer Grundlage mehr möglich sind, sondern nur auf sozialistischer, und daß die Versuche des mächtigsten und reichsten kapitalistischen Staates, diese einzige der Natur der Dinge entsprechende Lösung mit Einsatz aller seiner wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu verhindern, Westeuropa immer tiefer in den wirtschaftlichen Zerfall und die politische Zersetzung und Zersplitterung hineintreibt.

Frankreich und England haben bisher versucht, jedes auf Kosten Deutschlands und des anderen wieder auf die Beine zu kommen und dem übermächtigen amerikanischen Kapitalismus die Spitze zu bieten. Die Tatsachen zeigen, daß diese Art von kurzfristig-eigensüchtiger „Realpolitik“ kapitalistischen Stils wieder und wieder an der Übermacht des amerikanischen Kapitalismus scheitert. Nur der Zusammenschluß Englands und Frankreichs mit Deutschland auf sozialistischer Grundlage kann die Voraussetzungen für ein Europa schaffen, das zusammen mit der Sowjetunion wirtschaftlich und

machtmäßig gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren und den Wiederaufbau durchführen kann. *Gegeneinander, gegen Deutschland und gegen den Sozialismus* wirkend, kommen sowohl Frankreich wie England unfehlbar unter die Räder des amerikanischen Kapitalismus. Nur in diesem Zusammenschluß, zusammen mit den wirklich befreiten Kolonialländern, findet sich das notwendige industrielle Potential, um dem amerikanischen Kapital das Gleichgewicht zu halten, finden sich die Lebensmittel, die Rohstoffe, die Märkte, die Arbeitskräfte, die moralischen Antriebe und auch die notwendige militärische Macht. Was für Westeuropa im ganzen gilt, gilt auch für seine einzelnen Länder im besonderen. Dies führt uns zur Betrachtung der jetzigen Krise Englands.

2. Die Krise Englands und der Ausweg.

Die Krise Englands besteht äußerlich darin, daß die amerikanischen Dollarkredite bereits im Oktober dieses Jahres aufgebraucht sein werden und daß es inzwischen England nicht gelungen ist, Einfuhr und Ausfuhr ins Gleichgewicht zu bringen und somit wieder wirtschaftlich (und politisch) auf eigenen Füßen zu stehen.⁸⁾

Was schlägt die Regierung Attlee vor, um die Krise zu lösen?

Um es mit einem Wort zu sagen: dieselbe Medizin, die das Land in die Krise geführt hat, nur mit etwas veränderten Dosen und mit verstärktem Druck. Noch größere Einschränkungen des inneren Konsums, eine halbe Stunde täglicher Mehrarbeit für die Kohlenbergleute und wohl auch für andere Arbeiterkategorien, schärfere Maßregeln um den wichtigsten Exportindustrien mehr Arbeitskräfte zuzuführen und sie von den anderen Industrien abzuziehen, Rückziehung oder Reduzierung der englischen Truppen aus Griechenland und der deutschen Westzone. Während aber diese Maßregeln, die die Arbeiter und die kleinbürgerlichen Schichten treffen, kategorisch sind, so ist die einzige Maßregel, die das Kapital trifft, gar keine Maßregel, sondern nur die „Empfehlung“ an die privaten Aktiengesellschaften, weniger Dividenden auszuschütten.

Alles dies ist aber im Grunde nur darauf berechnet, die Zeit zu gewinnen, bis sich die Amerikaner herbeilassen, neue Dollarkredite zu gewähren. Die Amerikaner werden gleichzeitig gebeten, von der Durchführung ihrer Forderung abzusehen, England solle auf seine Empire-Vorzugszölle verzichten – und zu erlauben, daß England auch zweiseitige Handelsverträge abschließen kann. Die Einfuhr aus Amerika soll auf das absolut Notwendige beschränkt werden, insbesondere soll die Einfuhr von amerikanischem Tabak und Filmen herabgesetzt werden.

Die Amerikaner lassen England einstweilen ruhig zappeln, um es für ihre neuen Bedingungen mürbe zu machen. Der amerikanische Kongreß wird erst

zu Beginn des nächsten Jahres wieder zusammentreten. Das Jahr 1948 ist aber ein Wahljahr in den Vereinigten Staaten (Präsidentenwahl, Kongreßwahlen), so daß der Kongreß noch mehr als sonst geneigt sein wird, der Exekutive Schwierigkeiten zu bereiten.

Was aber dann, wenn am Ende neue Dollarkredite kommen? Kann England hoffen, damit sein ursprüngliches Ziel zu erreichen, Einfuhr und Ausfuhr ins Gleichgewicht zu bringen und am Ende die Krücken der Dollarkredite wegwerfen zu können?

Es besteht nicht nur nicht die geringste Aussicht dafür, sondern umgekehrt, die sichere Aussicht, daß auf diesem Wege England um so tiefer in den wirtschaftlichen Bankrott und in noch stärkere Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gerät.

Die Gründe dafür liegen offen zutage. Nehmen wir die Posten, die am Wirtschafts- und Handelsdefizit die Hauptschuld tragen. Sie sind:

1. das Militärbudget in der phantastischen Höhe von 900 Millionen Pfund Sterling. Das Militärbudget ist in dieser riesigen Höhe verursacht durch das Bestreben der Regierung, von dem auseinanderfallenden Empire soviel wie möglich und dies solange wie möglich mit Gewalt zu halten und gleichzeitig Söldnerdienste für den amerikanischen Imperialismus zu leisten. Die größten Lasten erfordert dabei der Vordere und Mittlere Orient, und dabei ist England im Grunde noch der Söldner des amerikanischen Kapitals (der aber im Unterschied zu anderen Söldnern sich seinen Sold aus der eigenen Tasche zahlt).
2. die Entschädigungen der enteigneten kapitalistischen Gesellschaften im Kohlenbergbau und in der Transportindustrie im Betrag von rund einer halben Milliarde Pfund Sterling. Die tote Last der Entschädigungen macht den Aufschwung dieser Industrien unmöglich und bildet eine wirksame Schranke gegen weitere Verstaatlichung (die Regierung Attlees hat bereits den einstweiligen Verzicht auf die weitere Verstaatlichung der Stahlindustrie angekündigt).
3. das Defizit des Exportes. Um den Export auf der bisherigen Grundlage weiter zu steigern, müßte England neue Märkte erobern. Um neue Märkte zu erobern gegenüber der technisch und organisatorisch weit überlegenen Industrie der Vereinigten Staaten, gäbe es nur einen Weg: Dumping, d. h. Senkung des englischen Lohnniveaus, Steigerung der Inlandpreise, Verschleuderung der englischen Waren ins Ausland unter dem Selbstkostenpreis.

Es ist klar, daß das nicht geht. Erstens: Amerika als Kreditgeber kann das Dumping absolut verhindern. Zweitens: Eine Labour-Regierung, deren Funktion darin bestünde, das allgemeine Lohnniveau in England zu senken, das innere Preisniveau zu steigern, die weitere Verstaatlichung der Industrie einzustellen und gleichzeitig in wachsende Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital zu geraten, das in der oder jener Form die Reste des englischen

Empires übernehmen würde, würde damit in den Augen der englischen Arbeiterklasse jeden Existenzgrund verlieren. Und dieser politische Selbstmord der Labour-Party würde nicht einmal die englische Bourgeoisie retten, zu deren Rettung er unternommen würde, so wenig wie der politische Selbstmord der deutschen Sozialdemokratie die deutsche Bourgeoisie gerettet hat.⁹⁾

Wo ist der Ausweg für die englische Arbeiterklasse?

Der linke Flügel der Labour-Fraktion im Parlament, 19 Abgeordnete mit Grossmann an der Spitze,¹⁰⁾ macht folgende Vorschläge:

1. Abbau der bewaffneten Kräfte auf 750.000 Mann bis März 1948, statt eine Million und 7000 des Regierungsvorschlages.
2. Rückziehung der englischen Truppen aus Palästina innerhalb 6 Monaten, Abbau der englischen Besatzung in Deutschland.
3. Stärkere Besteuerung der kapitalistischen Profite, damit nicht nur die Arbeiter Opfer bringen.
4. Prämien und andere Anreize, um die Produktion zu steigern.
5. Festhalten an der Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie, Blockierung der Sterling-Guthaben, Aufkündigung der amerikanischen Klausel der Nicht-Diskriminierung.¹¹⁾ Wiederanknüpfung der Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland und Steigerung der Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa im Ganzen.

Der Grundmangel dieser Vorschläge ist, daß sie die notwendige Änderung der Grundrichtung der englischen Politik überhaupt nicht aussprechen und einen praktisch unhaltbaren Kompromiß zwischen Altem und Neuem vorschlagen.

Die weitere Reduktion des Militärbudgets in diesem Vorschlag beruht lediglich darauf, daß die imperialistischen Verpflichtungen Englands noch weiter reduziert werden sollen, als die Regierung vorschlägt. Aber von einer gewissen Grenze dieser Reduktion ab ist das Rest-Empire überhaupt nicht mehr zu halten und sind die dafür gemachten Ausgaben zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Praktisch liefe die Reduktion unter das notwendige Minimum einfach darauf hinaus, den amerikanischen Imperialismus einzuladen, die vom englischen geräumten Stellungen zu besetzen. Für die Kolonialvölker wäre das keine Befreiung vom Imperialismus, sondern nur der Wechsel der imperialistischen Herren. Der einzige Ausweg ist die offene und vollständige Liquidierung des Empire, die wirkliche Befreiung der Kolonialvölker. Damit würde ein sozialistisches England ein weites Feld für wirtschaftliche Zusammenarbeit (nicht Ausbeutung) gewinnen und gleichzeitig Kräfte, um zu verhüten, daß der amerikanische Imperialismus sich dort festsetzt. Die untragbare Last der Entschädigung der Kapitalisten für die Enteignung ihrer Betriebe muß abgeschüttelt werden.

Es ist klar, daß in diesem Falle die „allmähliche Sozialisierung“ abgebrochen und durch die schlagartige Sozialisierung der ganzen Industrie

ersetzt werden müßte. Erst auf dieser Grundlage ist eine wirkliche Planung der englischen Gesamtwirtschaft möglich, sowohl im Innern als auch des Außenhandels.

Nur so, auf einer wirklich und vollständig sozialistischen Grundlage ist auch die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas möglich. Nur so ist die Selbständigkeit Englands gegenüber dem amerikanischen Kapital zu retten, England plus das europäische Festland plus die Sowjetunion plus die befreiten Kolonialvölker: dies ist das einzig mögliche Gegengewicht gegen Amerika, wirtschaftlich, politisch, militärisch.

Heute ist es das amerikanische Kapital, das der englischen Labour-Regierung die Verstaatlichung der Ruhrindustrie verbietet¹²⁾ und das auch offenbar unter der Hand Einspruch gegen weitere Verstaatlichungen von Industrien in England selbst erhebt. Was ist das, wenn nicht eine antisozialistische und konterrevolutionäre Diktatur des amerikanischen Kapitals?

England steht vor der Wahl, entweder unter diesem Diktat immer tiefer in den wirtschaftlichen Zerfall und politische Abhängigkeit zu geraten und so die Chancen für den schließlich doch unvermeidlichen Sprung in den Sozialismus immer mehr zu verschlechtern, ja am Ende die Kraft zu verlieren, um diesen Sprung aus eigener Kraft zu tun, oder so rasch als möglich diesen Sprung zu machen, der nicht nur seine eigene Rettung wäre, sondern ganz Europa und der Entwicklung der Kolonialvölker ein gänzlich neues Gesicht geben würde.

Freilich, das Idyll der wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenarbeit zwischen der englischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse käme damit zu einem jähen Ende. Die englischen Arbeiter müßten selbst und direkt die Leitung und Verwaltung der Wirtschaft und des Staates in die Hände nehmen. Die Kraft dazu ist sicherlich da, es fehlt nur der Entschluß. Aber das Idyll der Klassenzusammenarbeit in England kommt sowieso zuende. Die Frage ist nur, ob die englische Arbeiterklasse stufenweise immer tiefer in den Abgrund gleitet oder ob sie durch einen revolutionären Sprung sich den Ausweg sichert, ehe sie zu sehr physisch geschwächt und moralisch zersetzt ist; das heißt, ehe die Bedingungen geschaffen sind, damit die englische Bourgeoisie ihrerseits den Sprung zur Konterrevolution wagen kann.

Die Welt, die wir leben, ist eine Welt der Gegensätze. Die Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit steht gegenüber der Welt der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit. Die Welt der Hoffnung und der Liebe steht gegenüber der Welt der Furcht und der Hass. Die Welt der Einheit und der Brüderlichkeit steht gegenüber der Welt der Zersplitterung und der Egoismus. Die Welt der Wahrheit und der Gerechtigkeit steht gegenüber der Welt der Lüge und der Unrecht. Die Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit steht gegenüber der Welt der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit. Die Welt der Hoffnung und der Liebe steht gegenüber der Welt der Furcht und der Hass. Die Welt der Einheit und der Brüderlichkeit steht gegenüber der Welt der Zersplitterung und der Egoismus. Die Welt der Wahrheit und der Gerechtigkeit steht gegenüber der Welt der Lüge und der Unrecht.

Pariser Konferenz gescheitert

Bemühungen um den Marshall-Plan gehen ohne Sowjetrußland weiter

Die Pariser Konferenz ist gescheitert. Rußlands Außenminister Molotow lehnte auf der heutigen Sitzung den französischen Vermittlungsvorschlag ab. England und Frankreich sind entschlossen, die Vorarbeiten zur Durchführung des Marshall-Plans ohne Rußland zu beginnen. In aller Kürze sollen englisch-französische Beratungen darüber Klarheit schaffen. Die Gründe für den Fehlschlag der Verhandlungen liegen in der Abneigung Rußlands,

1. einen freiwilligen Wirtschafts-Zusammenschluß der europäischen Länder zuzulassen,
2. auf Reparationen aus Deutschland so lange zu verzichten, bis ihre Zahlung für ganz Europa wirtschaftlich tragbar ist.

Paris, 2. Juli

Die Dreimächtekonferenz über das Marshall-Angebot brach heute abend zusammen. Die Gegensätze zwischen der Sowjetunion einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits blieben restlos bestehen.

Molotow wies alle Vorschläge zurück, die auch nur einigermaßen auf ein gemeinsames europäisches Wirtschaftsprogramm abzielten. Bevin und Bidault dagegen erklärten, daß ein solches Programm, das nicht nur eine Aufstellung der europäischen Bedürfnisse, sondern auch der Maßnahmen europäischer Selbsthilfe enthalten müßte, eine Grundbedingung von Marshalls Angebot war. Während Molotow daran festhielt, daß die europäischen Länder lediglich ihre eigenen Erfordernisse bekanntgeben müßten, betonten Bevin und Bidault, daß auf einer solchen Basis keine amerikanische Unterstützung zu erwarten wäre.

Die Konferenz scheiterte bereits zu Beginn der heutigen Abend Sitzung, als Molotow die gestern von Bidault vorgelegten und von Bevin aufs wärmste unterstützten Vorschläge zurückwies. Sie hatten die Einsetzung besonderer Ausschüsse empfohlen, denen die Aufgabe zuzubilligen sollte, zu untersuchen, wie weit die europäischen Länder durch eigene Anstrengungen und durch einen Austausch ihrer Überschüsse ihre Produktion selbst steigern könnten.

Dieses Programm sollte alle europäischen Länder, die zur Teilnahme bereit waren, Spanien ausgenommen, umfassen. Auf gesamt-europäischer Grundlage kann dieser Plan nach dem heutigen Zusammenbruch nicht durchgeführt werden. Aber auf der heutigen Abend Sitzung wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs ihre Bemühungen fortsetzen würden, wobei alle Länder, die ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt erklärten, willkommen sind.

Beratungen gehen weiter

Britische und französische Sachverständige werden sofort zusammentreten. Man erwartet, daß Einladungen zur Teilnahme an diesen Diskussionen an alle europäischen Länder mit Ausnahme der Sowjetunion und Spanien ausgeschiedt werden sollen.

Obwohl die Konferenz unter gegenseitigen Händeschütteln am Abend ging, wurde auf der letzten Sitzung eine sehr offene Sprache geführt. Nachdem Molotow das erstmalig das Wort ergriffen hatte, sprach er — nach seinen eigenen Worten — eine Warnung an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs aus.

Sie war zwar nicht klar formuliert, aber bezog sich offenbar darauf, daß Großbritannien und Frankreich ohne die Sowjetunion ihre Bemühungen fortsetzen würden. Damit würde die britische und die französische Regierung, wie Molotow sagte, „den Weg zu einer Trennung zwischen sich und den Ländern, die gemeinsam mit ihnen vorgehen würden, und allen übrigen Staaten Europas beschreiten. Unter diesen Umständen würden die amerikanischen Kredite nicht zu einer Erholung Europas, sondern zu einer Trennung und neuen Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den europäischen Ländern führen. Die Sowjetregierung halte es für nötig, Großbritannien und Frankreich vor den Folgen eines solchen Vorgehens zu warnen, das nichts mit den wahren Interessen Europas zu tun hätte.“

Bidault erteilte sofort seine Antwort. Auch er, so erklärte er, möchte eine Warnung an die Sowjetregierung richten, und zwar gegen jenes Vorgehen, das zu einer Spaltung Europas in zwei Gruppen führen könnte. „Frankreich hat immer das Ziel verfolgt, Europa zu einigen und nicht anzuspalten. Die Welt ist unser Zeuge dafür, daß Frankreich alles getan hat, was in seiner Kraft steht, um dieses Ziel zu erreichen. Wir sind daher nicht verantwortlich für eine Entwicklung, die wir immer nach Kräften zu vermeiden suchten.“

Bedauerliche Drohung

Bevins Antwort war noch offener und noch energischer formuliert. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß Molotow Großbritannien und Frankreich „ernste Folgen angedroht hätte“, falls sie ihre Bemühungen zum Wohle Europas fortsetzen würden.

„Großbritannien“, so fügte Bevin hinzu, „ist schon früher der Möglichkeit ernster Folgen und Drohungen gegenüberstanden. So etwas wird uns nicht abhalten.“

„es Regierungen gibt, die nicht mitarbeiten wollen, dann werden wir wenigstens unsere Pflicht getan haben, in dem wir versucht, ihnen zu helfen. Durch unsere Taten werden wir beweisen, daß das Mißtrauen unbegründet war, und am Ende werden wir vielleicht durch unser Beispiel erreichen, was wir durch Argumente nicht erzielt haben.“

Abschließend erklärte Bevin, daß die britische und französische Regierung die Absicht haben, den Vorschlag Marshall mit allen, die mitarbeiten wollen, weiterzuverfolgen.

Bald danach endete die Sitzung und damit die Konferenz.

Bereits seit Sonnabend war es unverkennbar, daß die Konferenz auf ein Fiasko hinsteuerte. Sobald sich zeigte, daß Molotow gegen jeden Plan wirtschaftlicher Zusammenarbeit Europas war — selbst in der abgemilderten Form, die schließlich von Bevin und Bidault vorgeschlagen wurde — konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß eine Einigung unmöglich sein würde.

Die Vorschläge Bevins und Bidaults für ein Programm europäischer Selbsthilfe waren nur das logische Ergebnis und die realistische Antwort auf Marshalls Anregungen. Bevin und Bidault steckten ihr Ziel nicht zu hoch, sie schlugen keine radikalen Umwälzungen in Europa vor, ihre Vorschläge gingen vielmehr nur dahin, daß alle europäischen Länder, die zur Zusammenarbeit bereit waren, genaue Mitteilung sowohl über ihre Aktiva wie über ihre Bedürfnisse machen und einen fruchtbaren Austausch ihrer Überschüsse versuchen sollten. Die Hilfsquellen Europas sollten so weit wie möglich ausgeschöpft werden, bevor ein Appell an Amerika ergehen sollte. Immer wieder erklärten Bevin und Bidault, daß die nationalen Wiederaufbaupläne einzelner Länder keineswegs beschränkt oder irgendwie beeinflußt werden würden — es sei denn insoweit, als Überschußprodukte eines europäischen Landes für die Durchführung des nationalen Planes eines anderen Staates leichter verfügbar gemacht werden würden.

Folgende Erwägungen dürften die Sowjetregierung zur Ablehnung aller Vorschläge europäischer Zusammenarbeit bestimmt haben:

1. Molotow fragte immer wieder, welche Garantien Europa für die tatsächliche Gewährung amerikanischer Hilfe erhalten könnte. Moskau will sich also offenbar nicht in irgendeiner Form auf irgendeinen Plan festlegen, solange auch nur entfernt die Möglichkeit einer „demütigenden“ amerikanischen Abweisung am Ende bestünde.

2. Der Sowjethaltung liegt ein tiefes Mißtrauen gegen alle Beweggründe, gegen jede Handlung der Westmächte zugrunde. Dies gilt insbesondere für Amerika, obwohl die TASS-Agentur

Labour und die Dollarkrise

Bevins Appell an die Bergarbeiter - Folgen für die Westzone

Von unserem Berichterstatter

E. A. London, 28. Juli

Die Labour-Partei steht in dieser Woche fast genau zwei Jahre nach der Amtsübernahme der Regierung Attlees, vor schwerwiegenden Entscheidungen. 300 sozialistische Unterhausabgeordnete werden am kommenden Mittwoch zur außerordentlichen Sitzung einer parlamentarischen Fraktion zusammenzutreten, um Erklärungen des Premierministers und anderer Minister über die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte Großbritanniens zu hören und zu debattieren.

Noch vor Ende des Jahres wird die amerikanische Anleihe nach Schätzungen von Sachverständigen erschöpft sein. Das Passivum der Zahlungsbilanz ist seit der Brennstoffkrise im vergangenen Winter in unheimlichem Tempo gewachsen und beträgt auf das Jahr umgerechnet 600 bis 700 Millionen Pfund. Es besteht keine Hoffnung, vor Erschöpfung der Dollarreserven die Lücke durch Exportsteigerungen zu schließen.

Der enge Zusammenhang zwischen einheimischer Produktion und Außenpolitik ist von Außenminister Bevin in einer dramatischen Ansprache hervorgehoben worden, die er am Samstag in Nordostengland an die Bergarbeiter des Kohlenreviers von Durham richtete. Bevin sprach mit rücksichtsloser Offenheit: „Steigt die Kohlenförderung wieder auf die Höhe von 1938“, so rief er aus, „dann werden wir zusammen triumphieren.“ 1938 betrug die britische Kohlenproduktion 227 Millionen t. Davon wurden 40 Mill. exportiert. In diesem Jahr ist es fraglich, ob das Produktionsoll von 200 Millionen t erreicht werden kann.

Wenn England die Kohle hat, um zu exportieren, dann ist die Dollarkrise überwunden, dann kann es, wie Bevin hervorhebt, Europa helfen. Mit mehr Kohle kann auch die englische Textilproduktion gewaltig gesteigert werden und mehr Dollar auf den Weltmärkten verdienen. Ohne Kohle für den Export steht Bevin jedoch, wie er sich beklagt, als Außenminister mit leeren Händen da.

Seine ganze Rede war daher ein neuer Appell an die Bergarbeiter, mehr zu produzieren. „Als Mitglied der Regierung erkläre ich“, so fügte er hinzu, „daß ich euch und eure Arbeitskollegen vielleicht ersuchen muß, uns vorübergehend zu helfen, damit wir den toten Punkt überwinden können.“

Das könnte eine zeitweilige Aufhebung der Fünftagewoche oder eine Verlängerung des Arbeitstages bedeuten. Als Grundeinrichtung sollte die am 5. Mai im verstaatlichten Kohlenbergbau eingeführte Fünftagewoche, der Stolz der britischen Bergarbeiter, jedoch erhalten bleiben.

Bevin sprach zu den Bergarbeitern auch von der „Kluft der Labour-Partei, „Arbeiter und Arbeiterinnen“ so erklärte er leidenschaftlich, „das ist die erste richtige Labour-Regierung, die wir haben. Laßt sie schon wegen der kommenden Generation nicht zu Fall kommen.“

Bevin erwähnte in diesem Zusammenhang ein Gerücht, das sich in den letzten Tagen wieder verdichtet hatte: das Gerücht von einer kommenden Koalition aller Parteien. Das Gerücht ist oft aufgetaucht. In einer nationalen Krise, so heißt es gelegentlich, könnte nur eine nationale Koalition, wie im Kriege, die Lage meistern. Aber in sozialistischen Kreisen ruft das Wort Koalition die Erinnerung an 1931 wach, das Jahr des Überwechsels Ramsay MacDonalds, des schwersten Schlages, den die Labour-Partei je erlitten hat. Koalition, so wird fast übereinstimmend erklärt, würde zu einer Spaltung der Labour-Partei führen.

Die parlamentarische Fraktion der Labour-Partei wird auf der kommenden Mittwochssitzung erneut die Forderung einer Herabsetzung der britischen Streitkräfte erheben, um Arbeitskräfte für die Industrie gewinnen und Ausgaben für Truppen in überseeischen Gebieten einzusparen.

Ob sofort Beschlüsse gefaßt werden können, ist zweifelhaft, aber den offenen Worten, die sicher fallen und diesmal vielleicht auch den Premierminister nicht schonen werden, dürften früher oder später doch wichtige Maßnahmen folgen.

Die Sitzung ist gleichzeitig auch eine Generalprobe für die kommende große Wirtschaftsdebatte, die im Unterhaus abgehalten werden wird, bevor das Parlament am 8. oder 9. August in Sommerferien geht. Die Opposition wird in der Unterhausdebatte allerschwerstes Gesicht aufziehen.

Kein Rückzug aus Deutschland

Denn die Erklärung Bevins, er hoffe, „bald eine Lösung zu finden, die der Beanspruchung britischer Hilfsquellen durch die Hilfe für Deutschland ein für allemal ein Ende bereiten würde“, ist, wie der Korrespondent von zuständiger Seite erfährt, keineswegs als Ankündigung einer wichtigen Änderung in der britischen Politik gegenüber Deutschland aufzufassen.

Bevin machte diese Äußerung, als er über die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung Großbritanniens und die Dollarkrise sprach. Seine Erklärung über Deutschland hatte folgenden Wortlaut: „Wir haben versucht, zu erreichen, daß die Deutschen sich selbst erhalten können, aber politische Schwierigkeiten haben eine Lage herbeigeführt, auf die weder ich noch sonst jemand einen direkten Einfluß nehmen kann. Ich arbeite Tag und Nacht daran, um das Problem zu lösen.“

Es wäre durchaus falsch, aus dieser Erklärung Bevins folgern zu wollen, daß Großbritannien daran denken könnte, sich von seiner Verantwortung in Deutschland zurückziehen. Diese unehrliche Feststellung ist vielleicht am Platze, da erst kürzlich der sozialistische Abgeordnete Douglas Jay erklärt hatte, Großbritannien solle sich aus Deutschland zurückziehen, falls Amerika nicht bereit sei, die Kosten für die britische Zone zu tragen.

Die Möglichkeiten, Großbritannien die finanziellen Lasten in Deutschland zu erleichtern, liegen auf folgenden Gebieten:

1. Entwicklung der Produktivität im

britisch-amerikanischen Wirtschaftsgebiet gemäß dem Zweizonenabkommen, um das Gebiet lebens- und zahlungsfähig zu machen.

2. Die Übernahme eines höheren Anteils der jetzt zu gleichen Hälften auf Großbritannien und Amerika aufgeteilten Kosten des Zweizonenabkommens durch die Vereinigten Staaten. Bei den kommenden Besprechungen in Washington über die Ruhrkohlenfrage wird dieses Problem nicht erörtert werden. Es wird zweifellos vor Ablauf des ersten Jahres des Zweizonenabkommens vom Dezember 1946, das die Möglichkeit der Überprüfung in jährlichen Abständen ausdrücklich vorsieht, zur Sprache kommen.

3. Die Finanzierung des Wiederaufbaus Deutschlands oder Westdeutschlands im Rahmen des Marshall-Plans. Diese Möglichkeit ist vorläufig theoretisch. Erst wenn der Entwurf des Selbsthilfeprogramms der 16 „Marshall-Länder“ am 1. September 1947 vorliegt, werden praktische Schlussfolgerungen möglich sein.

Die Geschäftsordnung ist noch immer Gegenstand eines weiteren Meineraustausches zwischen London und Washington. Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mayhew, teilte heute in einer schriftlichen Antwort im Unterhaus kurz mit: „Die britische Regierung hat grundsätzlich die Einladung der amerikanischen Regierung zu Besprechungen über technische Fragen der Kohlenproduktion in Deutschland angenommen.“ Die Besprechungen, so fügte er hinzu, werden von Beamten abgehalten werden.

Internationale monatliche Übersicht über August 1947, Nr. 1

1. Der Marshall-Plan in seiner Entwicklung.

Nachrichten der amerikanischen Presse besagen, daß gegenwärtig das Auswärtige Amt dabei ist, einen amerikanischen „Plan“ für Westeuropa auszuarbeiten, der als Grundlage dafür dienen soll, um sich mit dem „Plan“ auseinanderzusetzen, den die westeuropäischen Staaten selbst vorlegen sollen. Daraus geht hervor, daß, als Marshall seinen sogenannten Plan verkündete, in Wirklichkeit gar kein amerikanischer Wirtschaftsplan, auch nicht im Grundriß, vorlag.

Die Andeutungen aber, die die amerikanische Presse über die Grundgedanken dessen macht, was im Auswärtigen Amt ausgearbeitet wird, sind sehr aufschlußreich über die Natur dieses „Planes“. Es werden hier zwei Dinge betont. Erstens, daß die Anforderungen Westeuropas an die Vereinigten Staaten, die auf etwa 30 Milliarden Dollar geschätzt werden, von Amerika bedeutend gekürzt werden würden. Es könne nur von einem Betrag von der Größenordnung von 15 - 20 Milliarden Dollar die Rede sein.¹⁾ Zweitens, daß die amerikanische Regierung eine strenge Kontrolle ausüben werde über die Verwendung dieser Gelder.²⁾ Als erläuterndes Beispiel wird gegeben, daß, wenn es z. B. Norwegen einfallen sollte, eine eigene Schwerindustrie zu entwickeln, Amerika das als zweckwidrig nicht zulassen würde.

Somit würde Amerika das entscheidende Wort sprechen über die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten, in die amerikanische Kredite gehen würden. Und es ist klar, daß der Gesichtspunkt, von dem aus diese Entscheidungen getroffen würden, nicht die Interessen der Anleihe nehmenden Länder sein würden, sondern die Interessen des amerikanischen Kapitals. Welcher Art sind diese Interessen? Sie bestehen vor allem in der Erweiterung des amerikanischen Absatzes von Waren in Westeuropa und anderwärts in der Verhinderung der Entwicklung Europas zur wirtschaftlichen Selbständigkeit durch die Vereinigten Staaten, und nicht zuletzt in der Verhinderung des Überganges Westeuropas zum Sozialismus. Die Herabsetzung der europäischen Kreditforderungen steht im engsten Zusammenhang dieses „Planes“. Die Kredite sollen so knapp gehalten werden, daß die europäischen Länder sich keinerlei selbständige Schritte erlauben können, daß sie ständig unter amerikanischem Druck stehen.

Mit einem Wirtschaftsplan im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. einer einheitlichen Planung auch nur der westeuropäischen Wirtschaftsgebiete im

Interesse der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit und der wachsenden Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung hat das alles nichts zu tun. Es ist in Wahrheit der Plan der Kolonialisierung Westeuropas durch das amerikanische Kapital.

Und das kann auch gar nicht anders ein. Ein Gesamtplan für Westeuropa würde die Planung der Elemente voraussetzen, aus denen er zusammengesetzt ist. Wir haben aber Planwirtschaft weder in England noch in Frankreich noch in Belgien usw., und die Absicht des amerikanischen Kapitals geht ja gerade dahin, die wirkliche und durchgehende Planung Europas, die nur als sozialistische Planung möglich ist, zu verhindern. Aus ungeplanten Teilen kann keine Planung im Ganzen entstehen.

Wie aber die Kolonialisierung Westeuropas durch die Vereinigten Staaten aussehen wird, das braucht man nicht erst zu erschließen. Die Länder Lateinamerikas, die Philippinen usw. zeigen die Wirklichkeit dieser Kolonialisierung, im Gegensatz zu den philanthropischen Phrasen, die die Propaganda gebraucht. Das Bild ist: eine kleine einheimische feudale und bürgerliche Oberschicht, die zusammen mit dem amerikanischen Kapital die arbeitenden Klassen dieser Länder auf dem denkbar niedrigsten Niveau der Lebenshaltung und der Kultur erhält.

Und dazu kommt noch eines. Wenn die Länder Lateinamerikas in dem jetzt abgeschlossenen Vertrag von Petropolis sich haben verpflichtet müssen, die Vasallen und Landsknechte des nordamerikanischen Imperialismus zu sein und seine Interessen überall zu verteidigen, so ist Westeuropa dieselbe Rolle zugeschrieben.³⁾ Die amerikanische „Planung“ für Westeuropa schließt ein, daß seine Völker die Rolle der Landsknechte und Hilfsvölker für das amerikanische Kapital gegen die Sowjetunion und den Kommunismus übernehmen – also militärische Lasten bis an die Grenzen des Möglichen, und daß überhaupt bei der Planung der militärisch-strategische Zweck beherrschend ist.

Von diesen Gesichtspunkten aus ist auch die Einbeziehung der deutschen Westzone in den Marshall-Plan zu verstehen.⁴⁾ Der Kernpunkt ist hier die Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion auf 11 Millionen Tonnen jährlich. In Verbindung damit, daß erstens die Vereinigten Staaten die Nationalisierung der Ruhrindustrie verhindern wollen und werden, daß also die deutschen Schwerindustriellen bleiben, und zweitens, daß das amerikanische Kapital letzten Endes im Ruhrgebiet das entscheidende Wort sprechen wird, ist klar, daß die Steigerung des deutschen Wirtschaftspotentials unter diesen Voraussetzungen die Wiedererhebung des deutschen Kriegspotentials bedeutet, und zwar des deutschen Kriegspotentials im Dienste des amerikanischen Imperialismus.

Daher sind die Einwände der französischen Regierung dagegen glatt übergangen worden. Amerika und England haben der Form halber mit

Frankreich darüber verhandelt, aber brutal auf ihrem Willen bestanden.⁵⁾ Die deutsche Westzone ist ein zu wichtiger Bestandteil des militärisch-strategischen Aufmarsches des angelsächsischen Blockes gegen die Sowjetunion, als daß die „nationalen“ Gesichtspunkte Frankreichs dabei hätten berücksichtigt werden können. Und das bürgerliche Frankreich ist bereits in zu tiefe wirtschaftliche Abhängigkeit vom angelsächsischen Block geraten, als daß es sich mit Erfolg widersetzen könnte. Die französische KP hat ausschließlich diesen nationalen Gesichtspunkt geltend gemacht, und die einzige Wirkung war, daß Frankreich gehört wurde, ehe man über seine Einwände hinwegging, aber sie hat vollständig versäumt, dem Deutschland-Plan des angelsächsischen Imperialismus einen sozialistischen Europaplan gegenüberzustellen, dessen wesentlicher Bestandteil die einheitliche sozialistische Zusammenfassung der gesamten europäischen Schwerindustrie sein müßte, was wiederum die unentbehrliche Voraussetzung wäre, daß ein sozialistisches Europa gegenüber dem amerikanischen Kapital sich behaupten und entwickeln könnte.

Dasselbe trifft auf die Arbeiterparteien Englands zu (etwa mit Ausnahme der ILP).⁶⁾ Die Hauptsorge des linken Flügels der Labour-Party ist, die Stellung Englands gegenüber den Vereinigten Staaten im angelsächsischen Block zu verstärken. Aber bei der allgemeinen Unterordnung unter den amerikanischen Imperialismus können diese Bemühungen nichts als fromme Wünsche bleiben. Und die Kommunistische Partei Englands wußte nichts Besseres zu tun, als die englischen Schwerindustriellen damit zu schrecken, daß beim Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie die englische unter die Räder der deutschen Konkurrenz kommen würde. Es ist nur in der Ordnung, daß diese eng-nationalistischen und kurzsichtig-opportunistischen Einstellungen, die sich womöglich selber als „realistisch“ vorkommen, praktisch vollkommen wirkungslos verpuffen, wie am besten das französische Beispiel zeigt, daß ihre Einwirkung auf die Arbeiterklasse nur demoralisierend sein und der Reaktion in den betreffenden Ländern zu gute kommen kann.

Und es ist ebenfalls nur vom Standpunkt des Sozialismus und des Internationalismus, nicht von dem des Opportunismus und Nationalismus [möglich], daß die deutsche Arbeiterklasse realistisch und wirksam ihre Stellung beziehen kann. Diese Stellungnahme muß eine negative wie eine positive sozialistische Seite haben.

Der Marshall-Plan für die deutsche Westzone ist abzulehnen:

1. weil er die deutschen Schwerindustriellen als Leiter der Betriebe beibehält, damit der inneren Reaktion die starke Grundlage schafft und dem Sozialismus den Weg verlegt,
2. weil er dem Imperialismus, dem Militarismus und dem Krieg aufs Neue in Deutschland die Bahn eröffnet – in diesem Falle allerdings nicht einem selbst-

ständigen deutschen Imperialismus, sondern einem, der als Landsknecht des angelsächsischen Imperialismus aufzutreten hat,

3. weil er die wirtschaftliche und politische Zerreißung Deutschlands permanent macht,

4. weil er Europa zerreißt und die deutsche Westzone zum Ausfalltor gegen die Osthälfte Europas macht, die entweder auf sozialistischer Grundlage wirtschaftet oder sich auf sie zubewegt. Und darin ist eingeschlossen die furchtbare Perspektive darauf, daß die Westzone Deutschlands am Ende in den Krieg gezwungen wird gegen die Ostzone – deutscher Bürgerkrieg im Dienste des angelsächsischen Imperialismus!

5. weil diese oder jene zeitweiligen Erleichterungen in der Lage der Arbeiter dieser Zone zu teuer erkauft sind damit, daß sie auf lange Sicht angelsächsische, d. h. praktisch amerikanische Kolonialsklaven werden.

Was sind diese eventuellen kleinen und zeitweiligen [Erleichterungen] anderes als das Gegenstück zu dem ranzigen Speck, den Amerika 1918/19 lieferte, um die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern?⁷⁾

Die positiv sozialistische Seite der Stellungnahme der deutschen Arbeiter kann keine andere sein, als die Eingliederung nicht nur des Ruhrgebietes, sondern der ganzen sozialistisch umgestellten deutschen Wirtschaft in ein einheitlich bewirtschaftetes sozialistisches Gesamt Europa (einschließlich selbstverständlich der Sowjetunion). Der unentbehrliche nächste Schritt dazu ist aber die Räumung Deutschlands von allen fremden Besatzungstruppen und Behörden.

Welche Mittel haben die deutschen Arbeiter, um diesen Kampf zu führen? Der Protest ist immer möglich und deshalb auch notwendig. Und in dem Maße, wie mehr und mehr Betriebe in Gang kommen, wachsen auch die Kampf möglichkeiten der Arbeiter und können auch die Kampf Formen gesteigert werden.

Endlich haben die Amerikaner entdeckt, daß geliehene Dollars allein nicht genügen, um die westeuropäische „Bastion“ gegen den Osten und die Sowjetunion aufzubauen. Man braucht dazu auch eine „Ideologie“. Woher sie aber nehmen? Amerikanische Kritiker haben längst entdeckt, daß eine „Idee“ gerade das sei, was Amerika fehle. So hat sich denn Truman durch seinen Sondergesandten Myron Taylor an den Vatikan gewandt um eine ideologische Anleihe zur Zementierung des Marshall-Planes. Der Vatikan hat denn auch sofort zugriffen und sich bereit erklärt, die Front der Religion gegen den „Atheismus“ zu bilden.⁸⁾ Und so konnte die Welt denn das erstaunliche Schauspiel eines wahren religiös-moralischen Duetts zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Stuhl des heiligen Peter genießen.

Die Welt hat aber bereits bemerkt, daß in diesem Duett grelle Dissonanzen hörbar sind.⁹⁾ Wenn es irgendeine autoritäre Ideologie und Organisation

gibt, so die der katholischen Kirche. Und so erscheint denn in der Epistel¹⁰⁾ des Papstes folgerichtig die Regierungsgewalt als göttlichen, überirdischen Ursprungs.

Wie harmoniert das mit der antiautoritären Idee, die der amerikanischen demokratischen Verfassung ursprünglich zu Grunde liegt und die doch wohl den Kern der „demokratischen“ Auffassung bilden soll?¹¹⁾ Andererseits, wenn alle Regierungsautorität überirdischen oder göttlichen Ursprungs sein soll, warum nicht auch die der Sowjetunion, Jugoslawiens usw.?

So wird dieses ideologische Bündnis den beiden Partnern nicht gut bekommen, weder dem amerikanischen Kapital, wenn es die Flagge der autoritärsten aller Ideologien über seinem anti-sozialistischen west-europäischen Block hißt, noch dem Vatikan, der sich so zum ideologischen Agenten des amerikanischen Kapitals stempelt.

Und dieser vatikanische ideologische Verbündete ist am Ende nichts weniger als zuverlässig. Er hat viele ideologische Pfeile in seinem Köcher, wenn es ihm zweckmäßig erscheint, auch den antikapitalistischen. Er braucht dafür nur auf das Ur-Christentum zurückzugreifen.

2. Was fehlt in England?

In einem Bericht über Jugoslawien von Aylmer Vallance in der englischen Zeitschrift „New Statesman“ vom 2. August d.J., die auf dem linken Flügel der Labour-Party steht, kann man u. a. lesen:

„Aber ob ihm (Jugoslawien) vom Westen geholfen wird oder nicht, ob seine vollständige Wiederherstellung eine Sache von 5 oder 10 Jahren ist, seine schließliche Entwicklung zu einer reichen und wohlausgeglichenen Wirtschaft, ist, davon bin ich überzeugt, gesichert. Große natürliche Hilfsquellen liegen vor einem Volk, das mit fabelhaftem Eifer und Lust arbeitet. Man nimmt von Jugoslawien mit nach Hause nicht nur und nicht in erster Linie Erinnerungen von den bereits eindrucksvollen Ergebnissen im Wiederaufbau, sondern unvergeßliche Eindrücke von der ansteckenden Begeisterung, die bewirkt, daß eine ganze Nation bei der Arbeit singt, von der leidenschaftlichen Energie, mit der Jungen und Mädchen auf den Jugendeisenbahnen sich in Sport und Bildungswesen werfen, wenn die Siebenstundenschicht vorbei ist, und den Lastwagen, die Brigaden von Stoßarbeitern bei Anbruch der Nacht von der Arbeit zurückbringen – Ziehharmonika spielend, rote Fahnen über lachende Gesichtern wehend“.

Aus diesem Augenzeugenbericht geht weiter hervor, daß die Menge der auf den Markt kommenden Kleidung und Haushaltsgeräte ständig wächst, daß die Lebenshaltung der ungelerten und halbgelernten Arbeitern, im Vergleich zum Vorkrieg sich gehoben hat, während die gelernten Arbeiter sich dem Niveau ihres Vorkriegs-Reallohnnes nähern, aber Techniker und freie Berufe noch unter dem Niveau von 1938 stehen. Es gibt keinen schwarzen

Markt. Es gibt auch keine zwangsweise Zuweisung von Arbeitern zu bestimmten Berufen oder Industrien (was die Engländer „Direction of Labour“ nennen). In Mazedonien bilden sich Kollektivfarmen auf der Grundlage der Freiwilligkeit.

„Für den unvoreingenommenen Beobachter,“ sagt der Verfasser, „ist es augenscheinlich, daß Jugoslawien im Rahmen eines politischen Einparteiensystems eine sehr wirkliche soziale Demokratie, gegründet auf wirtschaftlicher Freiheit, entwickelt“. ¹²

Welch anderes Bild bietet dagegen das heutige England unter der Labour-Regierung! Nichts kennzeichnet den Unterschied der Lage der beiden Länder schärfer als die Tatsache, daß in England in der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise des Landes Tausende von Arbeitern in den verstaatlichten Kohlenbergwerken von Yorkshire (Nord-England) streiken¹³ und daß von der allgemeinen Arbeitsbegeisterung, von der der englische Beobachter aus Jugoslawien berichtet, auch nicht im geringsten die Rede sein kann. Auch nach der Kohlenkrise im letzten Winter machte unter den englischen Arbeitern die Parole die Runde und wurde befolgt: *langsamer arbeiten*.

Woher dieser Gegensatz? Was fehlt in England? Man braucht nur die Ursachen des Streiks in Yorkshire sich vor Augen zu halten, um den Schlüssel zur Lösung der Frage zu finden. Einem Bericht des (bürgerlichen) „Observer“ aus dem Streikgebiet entnehmen wir folgendes:

„Aber hinter (den unmittelbaren Beschwerden) sind beunruhigendere Beschwerden über die nationale Kohlen-Direktion und die Gewerkschaften. Nirgends habe ich den geringsten Glauben oder Vertrauen zur Kohlen-Direktion gefunden. Dies, sagen sie, ist nicht ein Streik gegen die Regierung, sondern gegen die Kohlen-Direktion, die sie gewöhnlich als einen „Tory caucus“ (eine Toryclique) betrachten“.

Hier ist der entscheidende Punkt. Selbst in der verstaatlichten Kohlenindustrie ist die Leitung in den Augen der Arbeiter (und in Wirklichkeit) noch in der Hand der „Toryclique“ d. h. der Kapitalistenklasse, seien dies nun frühere Unternehmer oder Leute vom „Civil Service“, d. h. der alten bürgerlichen Bürokratie. Jedenfalls die Leitung ist nicht in der Hand der Arbeiter oder der von ihnen bestimmten Vertrauensleute. Und 80 % der Industrie ist noch in privatkapitalistischen Händen. Die verstaatlichte Industrie aber ist in den Dienst des Privatkapitals gestellt, also des privaten Profits, nicht umgekehrt.

Auch in der Tschechoslowakei gibt es noch einen Sektor von privatkapitalistischen Betrieben. Aber es ist dort der staatliche Sektor, der vorherrscht und den Kurs bestimmt, und es ist die Arbeiterklasse, die die Schlüsselstellungen der Leitung innehat.

Dasselbe Bild auf dem Gebiete der politischen Verwaltung in England. Die Verwaltungsmaschine ist noch in der Hand der alten Bürokratie, nicht in der

der Arbeiter. Die Frage auf dem Gebiet der Wirtschaft wie der politischen Verwaltung ist nicht die der „Teilnahme“ der Arbeiter an den Leitungsapparaten, sondern die Frage: Wer, welche Klasse, übt die wirkliche laufende Leitung aus.

Der Streik der Bergleute in Yorkshire war letzten Endes ein Protest gegen die bürgerlich-bürokratische Leitung, sowie das Langsamarbeiten nach der Kohlenkrise des Winters eine Demonstration gegen die kapitalistischen Unternehmer war, die ihnen zeigen sollten, daß die Arbeiter diejenigen sind, die in der Wirtschaft entscheiden sollten.

Was fehlt also in England im Vergleich zu Jugoslawien, was den himmelweiten Unterschied der Arbeiter hier und dort erklärt? Was in England fehlt, ist die wirkliche Leitung der Wirtschaft und des Staates durch die Arbeiter als Klasse. Mit anderen Worten: der wirkliche Sozialismus. Und so fehlt auch der sozialistische und revolutionäre Antrieb zur Arbeit, und alle Predigten der Labour-Regierung darüber fallen daher ins Wasser.

Die sozialistische Umstellung in England ist sicher nicht ohne zeitweilige schwere Opfer der Arbeiter zu bewerkstelligen. Aber der englische Arbeiter würde trotz dieser Opfer sicher nicht weniger Begeisterung für die Arbeit aufbringen als der jugoslawische, wenn er wüßte und sähe, daß diese Opfer für den Aufbau des wirklichen Sozialismus gebracht werden und nicht zum Versuch der Rettung der alten kapitalistischen Profitwirtschaft.

Der Kurs der Labour-Regierung geht aber auf wachsende Opfer der Arbeiter eben im Dienste der Rettung des Kapitalismus. Die „Opfer“, die von den Kapitalisten verlangt werden (Einschränkung der markenfreien Mahlzeiten in den Restaurants, der Vergnügungsreisen ins Ausland usw.), sind lächerlich. Ebenso steuert die Labour-Regierung den außenpolitischen Kurs in Gemeinschaft und im Dienste des amerikanischen Imperialismus weiter – bei steigenden Opfern, bei steigender Verdrängung des englischen durch den amerikanischen Imperialismus, bei steigender politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit Englands vom amerikanischen Kapital.

Das charakteristische Zeichen dafür war der Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion durch die englische Seite.¹⁴⁾ Weder waren die von den Russen verlangten Preise, noch die von ihnen verlangten Gegenleistungen und Krediterleichterungen abnorm. Die Entscheidung war in Wirklichkeit politisch. Es war die Entscheidung für die Fortdauer und Verschärfung der Unterordnung Englands unter das Diktat des Yankee-Kapitals.

Der letzte Gewerkschaftskongreß in Southport (1. bis 5. Sept.) hat der Labour-Regierung wieder mit großer Mehrheit die Zustimmung gegeben. Aber was besagt das unter den Umständen, wo keine andere alternative Regierung im Sinne der Arbeiterklasse vorhanden ist? Ein Votum der Gewerkschaften gegen die Regierung wäre unter diesen Umständen ein sinnloses

Abenteuer gewesen. Viel mehr charakteristisch waren auf diesem Kongreß die geradezu stürmischen Proteste gegen die Politik der Labour-Regierung in den Debatten und die von einer Reihe von Gewerkschaften eingebrachten Anträge, die die Richtung angeben, in der die englischen Arbeiter sich vorwärts bewegen.

Ein Antrag der Eisenbahner-Gewerkschaft fordert vom Generalrat der Gewerkschaften die Schulungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsmitglieder zu erweitern, „um den Arbeitern die nötige Allgemeinbildung und Qualifikation zu geben für die größeren Verantwortlichkeiten, die notwendigerweise ihnen zufallen müssen.“

Die Gewerkschaft der Elektriker fordert von der Regierung die sofortige Vorbereitung und Herausgabe eines wirtschaftlichen Zweijahres-Planes für die wesentlichen Industrien Englands. Die Gießereiarbeiter fordern einen allgemeinen Plan für die Industrie, die Vertretung der Gewerkschaften auf jeder Stufe der Planungskomitees und die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von „gemeinsamen Produktionskomitees“.

Ein Antrag der Bautechniker fordert die Schaffung eines Organs, das die Gewerkschaften einschließt, zur Planung der Produktion und Verteilung der für die Bauindustrie nötigen Materialien, sowie zur Verteilung der Arbeitskräfte im Rahmen der Gesamtwirtschaft des Landes.

Vier Gewerkschaften fordern Preiskontrolle: die Bergleute, Transportarbeiter, Elektriker, die allgemeinen und städtischen Arbeiter. Die Letzteren fordern dazu eine Kommission zur Untersuchung des Verhältnisses von Kosten, Profiten und Preisen.

Die Transportarbeiter fordern positive Schritte von der Regierung, um „das Prinzip des gegenseitigen Handels“ zu entwickeln.

Andere Forderungen sind: erhebliche Vermehrung der Fabrikinspektoren, Verhütung gewerblicher Krankheiten, Abschaffung der Beschäftigung von Kindern im Schulalter, Vermehrung der Kinderkrippen, gleiche Bezahlung von Männern und Frauen für gleiche Arbeit, bessere Ausnützung der kolonialen Hilfsquellen und Hebung des Lebensstandards der kolonialen Völker. Außenpolitische Resolutionen kritisieren die Politik der Regierung gegenüber Franco-Spanien und in Griechenland.¹⁵⁾ Eine Resolution fordert die Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften durch die englischen im Kampf gegen die amerikanische anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung. Die wissenschaftlichen Arbeiter kritisieren die Geheimhaltung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Industrie und fordern die freieste Veröffentlichung aller solcher Forschungen.

Die leitenden Gedanken, die in den Anträgen zum Ausdruck kommen, sind:

1. die möglichst rasche Einführung und Durchführung eines Gesamtplanes für alle wesentlichen Industrien des Landes unter Einschaltung der Gewerkschaften auf allen Stufen der Planung,

2. die gesetzliche Mitbestimmung der Arbeiter in der Leitung aller Betriebe,
3. die Erweiterung der zweiseitigen Handelsverträge, insbesondere mit der Sowjetunion und Osteuropa, und das heißt wohl auch die wachsende Verselbständigung Englands gegenüber dem amerikanischen Kapital.

Keiner dieser Anträge ist ausdrücklich und offen revolutionären Charakters, d. h. fordert die vollständige Ausschaltung der kapitalistischen Klasse aus der Wirtschaft des Landes. Es sind alles nur „Etappenlosungen“. Aber man sieht ohne weiteres, daß diese Etappen auf dem Wege vorwärts zum Sozialismus liegen. Es ist dies wohl eine typische englische Manier, an die Dinge heranzugehen: kein Aussprechen allgemeiner Grundsätze und Endziele, aber die Annäherung an sie auf dem Wege fortschreitender praktischer und konkreter Kompromisse.

Dabei hat man allen Grund anzunehmen, daß das Denken der Masse der Gewerkschaftsmitglieder weiter ist als in diesen Anträgen zum Ausdruck kommt. Insbesondere scheint es, daß in den Kreisen der englischen Arbeiter schon ziemlich klar geworden ist, daß es sich letzten Endes nicht um die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe handelt, sondern um die Frage, ob Arbeiter oder Kapitalisten in der Leitung und damit auch in der Zielsetzung der Wirtschaft bestimmend sind. Diese äußerlich gemessenen Anträge enthalten so in Wahrheit revolutionäre Sprengstoffe, vorausgesetzt, daß die englischen Arbeiter den nötigen Druck dahinter setzen, daß sie verwirklicht werden. Die Durchplanung der gesamten Wirtschaft in Friedenszeiten unter ausschlaggebender Beteiligung der Arbeiter in der Planung und der Durchführung des Wirtschaftsplanes schließt die Ausschaltung der Kapitalisten und der kapitalistischen Antriebe und Zwecke theoretisch ein und macht sie zu einer unvermeidlichen praktischen Notwendigkeit.

In dieser schweren Krise haben sich auch die englischen Unternehmerverbände mit ihrem „Plan“ zum Worte gemeldet. Es ist das ein guter Anschauungsunterricht für die englischen Arbeiter, denn er zeigt den anderen Weg, der von der Labour-Regierung gegangen werden muß, wenn nicht der in der Richtung des Sozialismus gegangen wird. Die englischen Unternehmer sind nicht so stur wie Churchill, der einfach die Rückkehr zum „freien“ Kapitalismus fordert. Sie verstehen sehr wohl, daß das, was die Labour-Regierung bisher an staatlicher Regulierung und Verstaatlichung der Wirtschaft durchgeführt hat, im Interesse des englischen Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Lage ist.¹⁶⁾

Der Kern ihrer Forderungen (die meist in verhüllter Form ausgesprochen sind) ist aber:

1. daß die Unternehmer als solche in die Leitung der staatlichen Kontrollen eingesetzt werden,
2. Kohlenimport usw. zur Schaffung von Massenarbeitslosigkeit, um die Arbeiter wieder voll der kapitalistischen Fuchtel zu unterwerfen,

3. Abbau der sozialpolitischen Einrichtungen des Staates, zu demselben Zweck,
4. Verlegung des Schwergewichtes der Steuern auf die indirekten Steuern, d. h. auf den Massenkonsum,
5. Einstellung von weiteren Verstaatlichungen von Industrien und der Erneuerung des industriellen Apparates mit staatlichen Mitteln,
6. als unvermeidliche Konsequenz: allgemeine Lohnsenkung.

Es ist sicher ganz gut, daß den englischen Arbeitern auch dieser andere Weg in praktischer Gestalt vor Augen geführt wird. Die Bedeutung dieser Vorgänge auch für die Arbeiter des kontinentalen Europas liegt auf der Hand.

3. Nachrichten und Glossen in Kürze.

Mit den Ergebnissen des Pan-Amerikanischen Kongresses in Petropolis können die Vereinigten Staaten wohl zufrieden sein.¹⁷⁾ Die lateinamerikanischen Staaten sind durch die dort gefaßten Beschlüsse enger und fester den Interessen des Yankee-Imperialismus dienstbar gemacht. In Zukunft sollen Beschlüsse, die mit dreiviertel Mehrheit angenommen werden, auch für diejenigen Staaten verpflichtend sein, die dagegen stimmen. Ein neuer Fall Argentinien ist damit ausgeschlossen.¹⁸⁾ Die Verpflichtung erstreckt sich auf diplomatisch-politische Aktionen, schließt aber den militärischen Einsatz nicht ein. Die amerikanische „Sicherheitszone“ wurde so bestimmt, daß sie unter anderem Kanada, die Arktis und Antarktis und Grönland einschließt. Das Letztere steht bekanntlich unter dänischer Oberhoheit. Wenn die Dinge für die Vereinigten Staaten unerwartet glatt verliefen, so waren zwei Gründe dafür entscheidend. Erstens die wirtschaftliche Schwäche der lateinamerikanischen Staaten, die sich ausdrückt in der Dollarknappheit und der Inflation. Zweitens, daß die Vereinigten Staaten sich mit den führenden lateinamerikanischen Staaten jetzt auf der Linie des Anti-Kommunismus zusammenfanden. Vom Anti-Faschismus war keine Rede mehr. Der Kampf gegen die kommunistische Bewegung in den lateinamerikanischen Ländern bildete den Hauptgegenstand der Verhandlungen hinter den Kulissen. Durch diese beiden Umstände wurde vor allem Argentinien gehindert, als ernsthafter Rivale der Vereinigten Staaten um die Hegemonie über die anderen lateinamerikanischen Länder aufzutreten. Die Früchte reifen bereits. Brasilien und Chile haben neue und weitergehende anti-kommunistische Maßnahmen getroffen.¹⁹⁾ In Brasilien wurden durch ein neues Gesetz die gewählten kommunistischen Gouverneure, Bürgermeister usw. ausgeschaltet und durch von der Regierung ernannte ersetzt. In Chile werden ebenfalls Kommunisten von allen Verwaltungsposten ausgeschieden. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse dieser Länder kann nicht umhin, zu bemerken, daß dabei die bürgerliche Demokratie, soweit davon in diesen Ländern die Rede sein konnte, unter die Räder kommt.

Im Übrigen wurden die lateinamerikanischen Länder von den Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet auf das private Kapital verwiesen – ein starker Tropfen Essig ist dies im Honig des „Pan-Amerikanismus“

*

In seiner Schlußrede stellte Truman die „neue junge und starke“ amerikanische Welt dem alten, kranken und hungrigen Europa gegenüber.²⁰⁾

„Die alte Welt“, erklärte er, „ist erschöpft, ihre Zivilisation in Gefahr, ihr Volk leidend. Sie sind verwirrt und voll von Furcht vor der Zukunft. Ihre Hoffnung muß auf dieser unserer neuen Welt beruhen. Die Kranken und Hungernden können keine friedliche Welt aufbauen. Sie müssen die Unterstützung der Starken und Freien haben ... Es kommt uns zu, den Jungen und Starken, Bastionen auszurichten, die die Menschheit vor den Schrecken des Krieges für immer bewahren“.

Da diese Gedanken gegenwärtig in der westlichen Hemisphäre²¹⁾ stark im Kurse sind, so sei kurz darauf eingegangen.

Sie sind in Wirklichkeit eine vollkommene Verkenntung der geschichtlichen Lage. In Europa ist einerseits die alte bürgerliche Gesellschaft in vollem Zerfall, im Verfaulen, andererseits haben die ersten Stadien der neuen sozialistischen Gesellschaft in großen Teilen Europas bereits begonnen oder sind im Beginnen. In den Vereinigten Staaten ist die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft noch in voller Kraft, in den lateinamerikanischen Ländern entwickelt sich erst der Kapitalismus aus halbfeudalen Verhältnissen heraus.

Somit sind die Vereinigten Staaten um eine geschichtliche Phase zurück hinter den kapitalistischen Ländern Europas und um zwei Phasen hinter den europäischen Ländern, in denen der Sozialismus begonnen hat oder beginnt. Die lateinamerikanischen Länder aber sind hinter Europa um zwei, beziehungsweise um drei Phasen zurück. Die Vorstellung, die in der Rede Trumans zum Ausdruck kommt, ist demnach ebenso oberflächlich wie verkehrt.

*

Eine neue Phase der Kolonialpolitik hat in Indonesien begonnen: der Versuch nämlich, mit brutaler Gewalt Indonesien in die alte koloniale Abhängigkeit zurückzuwerfen, England und die Vereinigten Staaten leisten dabei Holland Hilfestellung zur Verteidigung ihrer kapitalistischen Interessen in Indonesien.²²⁾ Der Phrasennebel von der Beseitigung des Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg ist unter dem Feuer der Granaten und Bomben zerstoßen. Bemerkenswert ist bei dieser Gelegenheit der starke Protest Indiens, ausgesprochen von Nehru, der eine Art von asiatischer Monroe-Doktrin proklamiert: die Warnung der außerasiatischen Staaten davor, weiter gewaltsam in die Geschicke Asiens einzugreifen.²³⁾ Dahinter steht noch keine entsprechende Macht, aber die Erklärung weist in die Zukunft.

In Griechenland ist der Anti-Guerilla-Feldzug gescheitert. Die amerikanischen Vertreter in Griechenland traten bei der darauf einsetzenden Regierungskrise ganz offen als diejenigen auf, die auch die Politik des Landes bestimmen.²⁴⁾

*

Die Palästinakommission der Vereinten Nationen schlägt mit Mehrheit die Teilung des Landes in einen arabischen und jüdischen Staat vor, während Jerusalem ein Fideikommiss der Vereinten Nationen werden soll.²⁵⁾ England soll das Land so bald als möglich räumen. Das Gebiet soll eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Die Araber lehnen diesen Vorschlag ab. Die palästinensischen Juden scheinen dafür zu sein. Aber zwei Dinge sind bemerkenswert in der palästinensischen Entwicklung der letzten Zeit. Erstens, daß die „Irgun“²⁶⁾ öffentlich aufforderte, daß Araber und Juden gemeinsame Sache gegen England machen. Zweitens, daß eine arabische Guerillaorganisation in Bildung begriffen ist. Es ist nicht schwer zu erraten, welche Macht unter diesen Umständen daran interessiert ist, daß keine Einigung zwischen Juden und Arabern zustande kommt.

*

Unter Albornoz ist eine neue spanische Exilregierung unter Ausschluß der kommunistischen und sozialistischen Parteien gebildet worden.²⁷⁾ Der Sinn der Sache ist die Eingliederung in den Marshall-Plan und die Truman-Doktrin. Eine neue Seifenblase. Denn Franco-Spanien fügt sich weit besser in den Marshall-Plan und die Truman-Doktrin ein.

*

Aus den ungarischen Wahlen ist die kommunistische Partei als stärkste einzelne Partei hervorgegangen.²⁸⁾ Als zweitstärkste die ausgesprochen anti-kommunistische katholische Partei. In den Ländern des angelsächsischen Blocks wird eine heftige Propagandakampagne gegen die kommunistischen Wahlfälschungen geführt. Die „demokratische“ Komödie ist dafür verantwortlich, wenn allerhand krumme Mittel zur Sicherung der kommunistischen Führung des Landes gebraucht werden. Daß aber in Ungarn nur die Arbeiterklasse das Land vorwärtsführen kann, sollte jedem Marxisten klar sein. Wenn die ungarischen Kommunisten diese notwendige Führung auf offenem Wege gesichert hätten (etwa durch ein mehrfaches Stimmrecht der Arbeiter im Vergleich zu den Bauern) so würde zwar die bürgerlich-kapitalistische Welt womöglich noch stärker toben, aber die Arbeiter der anderen Länder würden wahrscheinlich besser verstehen, um was es sich in Ungarn handelt und wären weniger leicht durch die kapitalistische Propaganda irrezuführen.

*

In den Vereinigten Staaten, und zwar in Kalifornien, ist jetzt die „dritte Partei“ gegründet worden, die Henry Wallace als Präsidentschaftskandidaten

aufstellen will,²⁹⁾ Erst die Entwicklung dieser dritten Partei kann lehren, ob dieser Versuch einen neuen Abschnitt der amerikanischen Innenpolitik einleitet, oder ob er nur ein weiterer der vielen verfehlten Versuche zur *Schaffung einer dritten Partei* ist. Trotzdem Henry Wallace der Schildträger dieser dritten Partei ist, ist nicht zweifelhaft, daß Arbeiter ihr tragendes Element sind. Die Wahl von Wallace als Schildträger zeigt nur, wie unentwickelt noch ihr Klassenbewußtsein ist. Eine neuerliche Rundfrage des bekannten Gallup-Institutes zeigte übrigens, daß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Truman ungefähr den doppelten Prozentsatz von Stimmen erhielt als Wallace.

UNO vor neuer Feuerprobe

Dritte Vollversammlung beginnt heute — Vetorecht kritischste Frage

New York, 15. September

24 Stunden vor dem Arbeitsbeginn der dritten UNO-Vollversammlung in der Sporthalle in Flushing herrschte in New York politische Hochspannung. Die Sicherheitsratsbeschlüsse auf dem Gelände der Vereinten Nationen wurden vorwärts und die letzten Vorbereitungen für den Schutz und Empfangung der etwa 700 Delegierten aus 54 Ländern getroffen.

Die bevorstehende Tagung dürfte lang und schwierig werden. 40 große Beratungskomitees stehen auf der Tagesordnung. Unter ihnen an erster Stelle die Balkanfrage, die von Argentinien vorgeschlagene Abschaffung des Vetos, die Palästinafrage, die Beziehungen der UNO zu Spanien und die vom Sicherheitsrat beauftragten Anträge auf die Mitgliedschaft des Staates Jemen und Pakistan. Auch der erste Revisionsantrag für einen Friedensvertrag, und zwar für den Italiener, liegt bereits vor. Wenn alle diese Probleme erledigt sind, hoffen die Delegierten noch Zeit zu finden eine Fehde für die Organisation der Vereinten Nationen zu schaffen.

Die letzte Wochensache war für alle Delegierten angedeutet mit Beachtung und orientieren. Während die Abhandlung des Griechischen und der Sowjetunion erst im Morgens der „Queen Mary“ in New York erwartet werden und auch die vorläufige französische Vertagung sich nach dem Wege befindet, hat Außenminister Marshall schon drei Sitzungen mit der von ihm getriebenen 40köpfigen USA-Delegation abgehalten.

USA-Initiative wegen Griechenland

Die Vereinten Staaten stellten beim Sicherheitsrat offiziell die Forderung auf, daß dort die nötigen Schritte unternommen werden sollen, um den Griechisch-Balkan-Konflikt beizulegen. Entsprechende Vorschläge sollen der Vollversammlung unterbreitet werden. Die USA beschuldigen Bulgarien, Jugoslawien und Albanien, die Ermittlungsaktion der UNO-Balkan-Kommission „verzögert, sabotiert und behindert zu haben“ und behaupten, daß diese Länder eindeutig den griechischen Rebellen helfen.

Der USA-Vertreter im Sicherheitsrat, Herrschel Johnson, erklärte, daß „die USA entschlossen sind, jede Möglichkeit im Rahmen der UNO-Satzung auszunutzen, um Griechenland vor Angriffen zu schützen.“ (AP-DPD-Rome)

Bidault besteht auf Vetorecht

AP Paris, 15. September

Vor seiner Abreise zur Vollversammlung der UNO erklärte der französische Außenminister Bidault vor dem außen-

politischen Ausschuß der Nationalversammlung, er werde sich in New York jedem Vorschlag widersetzen, der für Frankreich den Verlust des Vetorechts im Sicherheitsrat nach sich ziehen könnte.

Der Vorletzte geht

AP Lake Success, 15. September

Die Dominikanische Republik gab am Montag die Abberufung ihres Botschafters aus Madrid bekannt. Dieser Schritt

geschieht auf Grund der Empfehlungen der Vereinten Nationen vom Jahre 1946 über die Beziehungen der UNO-Staaten zu Franco-Spanien.

Argentinien ist nunmehr das einzige Mitglied der UNO, das den Anweisungen nicht Folge leistet und seinen diplomatischen Vertreter in Madrid belassen wird.

AP Lake Success, 15. September

Die USA machten heute formell den Vorschlag, daß der Sicherheitsrat die Vollversammlung auffordern solle, die schwierige Balkanfrage, mit der sich der Rat seit dem Frühjahr 1946 befaßt, zu lösen.

Der russischen Delegation nahestehende Kreise ließen durchblicken, daß Gromyko gegen die amerikanische Resolution sein Veto einlegen würde.

1 Milliarde Dollar Soforthilfe

Paris, 15. September

Die neue Fassung des Schlußberichts der Pariser Wirtschaftskonferenz über den Marshall-Plan soll im Laufe dieser Woche fertiggestellt und den Regierungen der 16 Teilnehmerstaaten vorgelegt werden.

Wie aus Washington verlautet, können die halbamtlichen Kreditinstitute der USA eine Milliarde Dollar als Soforthilfe für Europa zur Verfügung stellen. Als Kreditinstitut komme u. a. die Export-Import-Bank in Frage.

Alle Institute sind zwar auch dem Kongreß für die Verwendung ihrer Mittel verantwortlich, aber nach Meinung des USA-Außenministeriums würde die Zustimmung der parlamentarischen Ausschüsse, die Ende September zusammentreten, genügen, um den Kredit effektiv werden zu lassen.

Die Delegierten der Konferenz begannen am Samstag mit der Ausarbeitung der neuen Fassung, nachdem der USA-Staatssekretär Clayton gegen den ursprünglichen Bericht in sechs Punkten seine Ergänzungen hervorgebracht hatte.

Das schwierigste Problem, wie eine „ständige Organisation“ für den Marshall-Plan errichtet werden könnte, soll durch einen französischen Vorschlag der Lösung nahegebracht worden sein. Danach ist vorgesehen, daß eine Körperschaft für die Zeit zwischen dem Ende der Konferenz und der Entscheidung der amerikanischen Regierung gebildet wird,

die aus Sir Oliver Franks, Hervé Alphand und mehreren technischen Fachleuten besteht.

Eine zweite Körperschaft, die Vertreter aller 16 Nationen umfassen soll, wird bis zum Ende des Marshall-Planes im Jahre 1951 von Zeit zu Zeit den Fortschritt des Programms verfolgen.

Es ist anzunehmen, daß die skandinavischen Staaten und die Schweiz mit ihren Regierungen über den neuen Bericht Rücksprache nehmen werden, da sie bisher zögerten, sich an eine stark zusammengesetzte Wirtschaftsorganisation anzuschließen.

(AP-DPD-Berlin)

Neue Schwierigkeiten

AP London, 15. September

Wie aus Kreisen des britischen Außenministeriums am Montag verlautet, steht die Pariser Konferenz über die Marshall-Hilfe für Europa erneuten Schwierigkeiten gegenüber, die sich aus einer Forderung der Vereinten Staaten ergeben haben, eine ständige Organisation zur Überwachung der Dollerausgaben Europas zu schaffen.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Clayton und Botschafter Douglas werden zu Verhandlungen über diese Frage am Dienstag nach Paris fliegen.

Fast zwei Millionen streiken

Rom, 15. September

600-000 Nationales Metallarbeiter haben für morgen eine zünftige Arbeitsniederlegung angekündigt. Damit wird sich die Zahl der gegenwärtig zur Lohn- und Arbeitsmittelforderung Streikenden in Italien auf fast zwei Millionen erhöhen.

Prinz Firuz verläßt Moskau

Großbritannien für Mäßigung in Ölfragen

AP Moskau, 15. September

Der persische Botschafter beim Kroat, Prinz Firuz hat eine Meldung von

ist von dem neuen Kabinett mit der Begründung abgelehnt worden, daß dies nicht verfassungsmäßig sei. Nun wird der Botschafter sofort vorgelegt

Internationale monatliche Übersicht über September 1947, Nr. 2

1. Über die internationale Bedeutung der englischen Krise.

Auf Grund der englischen Berichte unterliegt es keinem Zweifel, daß die vorzeitige Erschöpfung der amerikanischen Dollar-Anleihe in England eine vollkommene Überraschung für den englischen Finanzminister und seine Sachverständigen am Schatzamt gewesen ist. Wer waren diese Sachverständigen? Bürgerliche Ökonomen, wohl meistens von der Schule des verstorbenen Keynes, der übrigens persönlich eine führende Rolle beim Abschluß der Anleihe gespielt hatte.¹⁾ Was hier vorliegt, und was bisher sehr wenig beobachtet worden ist, ist ein katastrophales Versagen der bürgerlichen ökonomischen Theorie in ihrer „modernsten“ Form. Die englische Labour-Party war und ist ausgesprochen nicht-marxistisch, und sie rühmt sich dessen. So wie sie praktisch den Versuch übernommen hat, den englischen Kapitalismus zu retten, so hat sie sich theoretisch dabei auf die bürgerliche ökonomische Theorie gestützt. Der praktische Zusammenbruch der Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung schließt daher auch den Zusammenbruch der ihr entsprechenden bürgerlichen ökonomischen Theorie ein. Man kann auch sagen, daß dies der Zusammenbruch des englischen Fabianismus²⁾ ist. Die Feststellung dieses Zusammenbruchs ist von Bedeutung nicht nur für die englische, sondern auch für die internationale Arbeiterklasse. Deshalb ist es wichtig, daß er klar herausgestellt wird.

Was ist die Alternative? In einem Artikel der englischen Zeitschrift „New Statesman“ über „positive Handelspolitik“ vom 30. August dieses Jahres lesen wir unter anderem: *„Wenn der internationale Handel nicht zusammenschrumpfen soll auf das ausgetrocknete Niveau des Anfangs der dreißiger Jahre, so können wir es uns nicht leisten, auf einen europäischen Zollverein zu warten: wir sollten individuell an jedes fremde Land außerhalb des Dollargebietes herantreten und versuchen, mit ihm über langfristige Abkommen für den Austausch von Gütern auf einer Warenbasis zu verhandeln, in der Schwierigkeiten über die finanziellen Zahlungsmittel nicht zu entstehen brauchen. Der zeitweilige Zusammenbruch der Moskauer Handelsverhandlungen durch die englische Unfähigkeit, die Lieferung von Gütern zu versprechen, die die Sowjetunion im Austausch für Weizen wünschte, unterstreicht, wie gebieterisch es ist, daß unser Import-Exporthandel ein Staatsmonopol wird und daß viel gründlichere Schritte unternommen werden sollten, um die Natur der Produkte zu bestimmen, die*

unsere Fabriken hervorbringen. Aber wir sehen keine Alternative zu dieser Politik“.

An einer anderen Stelle wird ausdrücklich gesagt: „Wenn alle Länder, deren Handelsbilanz gegenwärtig ein Defizit zeigt, versuchen, die Lücke auszufüllen, indem sie den Import einschränken, dann werden die Nationen, die überschüssige Güter zu exportieren haben, keinen Markt für sie finden; die allgemeine Übernahme einer Verteidigungspolitik der Handelseinschränkung wird nur dazu führen, allgemeine Verarmung zu schaffen. Aber dies ist nur zu wahrscheinlich, wenn nicht der „vielseitige“ Handel durch eine positive Politik der Ausdehnung des Handels durch „zweiseitige“ Austausche ersetzt wird“.

Dazu sei erhöhte Produktion in England nötig. Aber dies allein genüge nicht. Die Produktion müsse auch „selektiv“ geplant werden, so daß gerade die Waren erzeugt werden, für die das Ausland Abnehmer ist und solche Produkte in Austausch geben kann, die England braucht, „um einen erträglichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten“.

Es ist eine seltsame Ironie des Schicksals, diese Dinge gerade in dem führenden Wochenorgan des Fabianismus zu lesen. Es ist die Logik der Tatsachen, die den Fabianismus zu solchen Ketzereien zwingt.

Es gibt aber zwei Wege, um zu einem Monopol des Außenhandels, zu zweiseitigen Handelsverträgen und zu weitgehender Planung der Produktion zu gelangen. Der eine ist der faschistische, der andere der sozialistische. Den faschistischen Weg hat Hitler-Deutschland versucht, und es geriet damit in eine solche Sackgasse, daß der imperialistische Krieg zur Ausdehnung seines „Lebensraumes“ ihm als der einzige Ausweg erschien.³⁾ Den sozialistischen Ausweg haben die Sowjetunion und andere Länder Osteuropas eingeschlagen, wo das Außenhandelsmonopol auf der sozialistischen Planung der Produktion aufgebaut ist. Dieser letztere Ausweg hat sich jedenfalls als praktisch gangbar erwiesen. Hier erscheint es uns noch nötig, auf die letzten Gründe hinzuweisen, warum auf der Grundlage sozialistischer Planung Fragen lösbar sind, die auf Grund kapitalistischer Wirtschaftsformen nicht lösbar sind oder deren Lösungsversuche zu immer neuen Schwierigkeiten und Widersprüchen führen.

Das Wesentliche ist hier der Gegensatz zwischen kapitalistischem Austausch und sozialistischer Planung.

Der kapitalistische Austausch zwischen verschiedenen Ländern ist letzten Endes immer dadurch begrenzt, daß ein Land, das Waren oder Kapital von einem kapitalistischen Land erhält, letzten Endes die entsprechenden Gegenwerte liefern muß, in denen bestimmte Mengen Profit eingeschlossen sind. Diese Grenzen existieren nicht für die sozialistische Planwirtschaft. Sie kann im Interesse der Gesamtwirtschaft in unentwickelte Gebiete Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte hineinwerfen, für die weder unmittelbar noch

später die Äquivalente⁴⁾ geliefert zu werden brauchen. Es genügt, daß diese Neuanlagen für die Gesamtwirtschaft nützlich und notwendig sind, d. h., daß vorhandene gesellschaftliche Bedürfnisse rationell befriedigt werden.

Dies ist der entscheidende Grund, warum der Wiederaufbau Europas nicht mehr auf Grund kapitalistischer, sondern nur noch auf Grund sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen seiner einzelnen Bestandteile unter sich möglich ist. Damit ist der Austausch eines sozialistischen Europas mit kapitalistischen oder vorkapitalistischen Ländern nicht ausgeschlossen. Aber dieser Austausch ist der sozialistischen Planung im Innern untergeordnet und eingeordnet, während ohne sie der wirtschaftlich schwache kapitalistische Staat den Profitbedürfnissen der kapitalistisch starken Staaten untergeordnet wird.

2. Die Strategie des amerikanischen Imperialismus.

In der Strategie des amerikanischen Imperialismus haben sich in der letzten Zeit einige Verschiebungen vollzogen oder sind im Begriff sich zu vollziehen, die interessant [sind, sie] in ihrem Zusammenhang zu betrachten. Dieser Zusammenhang ist ein bewußter und aktiver. Es ist bekannt, daß das amerikanische Auswärtige Amt unter Führung Marshalls eine besondere Abteilung eingerichtet hat, die die allgemeine Planung der amerikanischen Außenpolitik ausarbeitet, so wie ein militärischer Generalstab die allgemeine militärische Planung eines Landes durchführt.⁵⁾

Beginnen wir mit dem Fernen Osten. Hier wird es mehr und mehr sichtbar, daß die Amerikaner das Schwergewicht von China auf Japan verlegen. In der amerikanischen Presse kann man immer häufiger Äußerungen finden, daß China ein bodenloses Faß ist. Die Milliarden von Dollars, das Kriegsmaterial, die militärischen Instruktoren, die Techniker, haben nicht das gewünschte Ziel erreicht; nämlich China zum Hauptstoßtrupp des amerikanischen Imperialismus im Fernen Osten zu machen.

Und die amerikanische Presse macht keinen Hehl daraus, daß die kürzliche Inspektionsreise des Generals Wedemeyer in China in dieser Beziehung ein wesentlich negatives Resultat ergeben hat.⁶⁾ Das Kuomintang-Regime zeigt sich unfähig, weder die militärischen noch die politischen Aufgaben durchzuführen, die ihm der amerikanische Imperialismus zugedacht hatte. Weder wird es militärisch mit dem Kommunismus in China fertig, noch ist es imstande, ein Minimum politischer Reformen durchzuführen, noch vermag es, Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu schaffen. Der amerikanische Imperialismus wird aus dieser Sachlage sicherlich nicht die Folgerung ziehen, daß er nun das Tschiang-Kai-check-Regime sich selber überläßt. Er wird trotz allem diesem Regime Hilfe gegen den Kommunismus leisten und dessen Sieg in China zu verhindern suchen. Aber diese Hilfe wird beschränkt sein.

Das strategische Schwergewicht im Fernen Osten wird jetzt offensichtlich auf Japan verlegt. Das ist in gewisser Weise eine Rückkehr zu dem Zustand vor dem zweiten Weltkrieg, wo die europäischen Imperialisten im allgemeinen Japan als die „Macht“ der Ordnung, d. h. als konservative Macht im Fernen Osten betrachteten, während China für sie das Land der Anarchie und der Revolution vorstellte, das eben mit Hilfe Japans „in Ordnung gebracht“ und zum Besten der westlichen Kapitalisten ausgebeutet werden sollte. Diese Rechnung hat sich als verfehlt erwiesen. Der japanische Imperialismus unternahm im zweiten Weltkrieg den Versuch, sich allein zum Herrn des Fernen Ostens und der Südseegebiete zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert. Und jetzt unternimmt es der amerikanische Imperialismus, gestützt auf das Ergebnis des zweiten Weltkrieges, das besiegte und seiner Selbständigkeit beraubte Japan zum Hauptwerkzeug seiner Politik im Fernen Osten zu machen. Die Vereinigten Staaten haben sich in Japan das Monopol der Herrschaft gesichert.⁷⁾ Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch England ist dort von Amerika ausgeschaltet worden. Das amerikanische Kapital dringt systematisch in die japanische Wirtschaft ein und macht sie zu einer amerikanischen Filiale, die Asien mit den billigen Massenartikeln versorgen soll, die die amerikanische Industrie bei der Höhe des amerikanischen Lohnniveaus nicht selbst liefern kann. Die Ausfuhr billiger japanischer Textilien hat bereits begonnen und beunruhigt das chinesische, australische, indische, ja englische Kapital. Diese Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten in Japan harmonisiert zugleich mit ihren innenpolitischen Zwecken in diesem Lande: Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung unter Verwandlung der japanischen Kapitalistenklasse in jüngere Teilhaber der Amerikaner, Niederhaltung der revolutionären Bestrebungen und Organisationen der Arbeiterklasse und der bäuerlichen Massen. Deshalb werden die Grundlagen des Feudalismus auf dem Lande ebenso erhalten wie die Spitze des feudalistisch-kapitalistischen sozialen Regimes Japans, das japanische Kaisertum. Japan hat im Gegensatz zu China alte militärische Traditionen, so daß es auch in dieser Hinsicht als das geeignetere Werkzeug erscheint.

Die über siebzig Millionen Japaner wiegen so im Sinne des amerikanischen Imperialismus militärisch schwerer als die über vierhundert Millionen Chinas.

Die Vereinigten Staaten versuchen jetzt, durch Ausschaltung eines wirklichen Einflusses der Sowjetunion bei den Friedensverhandlungen mit Japan den Frieden mit diesem Lande vollständig nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Dabei stößt aber der amerikanische Imperialismus auf verschiedene Hindernisse, äußere und innere. Der Wiederaufbau des japanischen Exports erweckt den Widerstand Australiens, das die Kriegsindustrie, die es aufgebaut hat, jetzt auf Friedensproduktion umstellt und dafür Märkte braucht, die durch die japanische Konkurrenz bedroht sind. Das australische

Lohnniveau ist bekanntlich weit höher als das japanische. Ebenso ist der Wiederaufbau des japanischen Exportes eine Bedrohung für die Industrialisierung Chinas und Indiens. Alle diese Staaten fürchten zugleich die Wiederherstellung der militärischen Macht Japans, die logischerweise im imperialistischen Programm der Vereinigten Staaten eingeschlossen ist, obwohl die amerikanische Propaganda heute davon redet, daß die militärische Macht Japans für immer gebrochen sei und so bleiben werde. Es ist natürlich keine Frage, daß der amerikanische Imperialismus beabsichtigt, die militärische Macht Japans, wenn sie wieder aufgebaut ist, lediglich als Hilfskraft für sich zu gebrauchen. Aber es ist ebenso klar, daß die herrschenden Klassen Japans, wenn sie wieder militärisch erstarkt sein werden, versuchen werden, wieder eine selbständige Rolle zu spielen. Das schließliche Ergebnis hängt also nicht nur von den Absichten der Vereinigten Staaten ab.

Dasselbe gilt für die Absichten der Vereinigten Staaten in Bezug auf die innenpolitische Gestaltung Japans. Die Japan vom amerikanischen Imperialismus zuge dachte Rolle schließt die Beseitigung der feudalen Verhältnisse in der Landwirtschaft und ihrer sehr erheblichen Reste in der Industrie aus. Die amerikanische Besetzung Japans hat bisher alle grundlegenden inneren Reformen, vor allem die längst fällige Agrarrevolution, verhindern können.⁸⁾ Aber nach dem Abzug der amerikanischen Besatzungsarmee, die für nicht allzuferne Zeit in Aussicht genommen ist, werden die angehäuften revolutionären Spannungen, die durch den Gegendruck der Besetzung sich nicht entladen konnten, sich sicherlich in dieser oder jener Form geltend machen. Und das kann das ganze Programm des amerikanischen Imperialismus für Japan über den Haufen werden.

Eine notwendige Ergänzung zum amerikanischen Programm für Japan ist das für Korea.⁹⁾ Der Süden des Landes soll zu einem Ausfallstor des amerikanischen Imperialismus gemacht werden – so wie Gesamt-Korea dies für den japanischen Imperialismus war. Aber hier werden die Aufgaben des *amerikanischen Imperialismus dadurch kompliziert*, daß die Nordhälfte des Landes von der Sowjetunion besetzt ist, und daß dort mit Hilfe der Besatzungsmacht die Agrarrevolution durchgeführt worden ist. Die amerikanische Besetzung im Süden des Landes hat sie bisher dort verhindert und stützt sich auf die reaktionärsten Kräfte, die dort vorhanden sind. Es ist wohl klar, daß der Damm gegen die Agrarrevolution, den die Vereinigten Staaten in Südkorea aufgebaut haben, nicht auf die Dauer dem Druck, der von Norden kommt, standhalten kann. Und ebenso ist wohl klar, daß die Sympathien der bäuerlichen Massen des Landes – sie bilden die große Mehrheit der Bevölkerung – nicht bei denen sein werden, die die Agrarrevolution hemmen, sondern bei denen, die sie fördern.

Zum amerikanischen Aufmarsch im Fernen Osten gehört ferner die materielle und diplomatische Hilfe, die die Vereinigten Staaten Holland

leisten, um dessen Kolonialherrschaft über Indonesien der Sache nach wiederherzustellen. Vom strategischen Standpunkt aus ist es das Öl Indonesiens, das entscheidend ist.¹⁰⁾

Am anderen Ende des europäischen Kontinents zeigt sich eine auffallende Symmetrie¹¹⁾ zur Strategie des amerikanischen Imperialismus am asiatischen Ende. Ist es am asiatischen Ende Japan, so ist es am europäischen Ende die Westzone Deutschlands, die zur strategischen Achse gemacht werden soll, um die die anderen westeuropäischen Staaten gruppiert werden sollen. Das ist der militärisch-strategische Sinn des Wiederaufbaus der deutschen Schwerindustrie des Ruhrgebietes. Daher sind die Einwände Frankreichs dagegen glatt überrannt worden. Daher benützen die Vereinigten Staaten die Krise in England, um die Verfügung über die rheinisch-westfälische Industrie in die eigenen Hände zu bekommen. Warum gerade Deutschland? Erstens grenzt es unmittelbar an die russische Zone. Zweitens ist es der Möglichkeit nach immer noch die stärkste Landmacht Europas nach der Sowjetunion, und gerade eine Landmacht wird hier gebraucht. England ist keine Landmacht. Frankreich hat seine Schwäche als Landmacht im vergangenen Kriege gezeigt. Außerdem kann der amerikanische Imperialismus über Frankreich, das sich ja unter den Siegermächten befindet, nicht so frei verfügen wie über Deutschland, dessen herrschende Klassen nur als Hilfsmacht des amerikanischen Imperialismus auf die Beine zu kommen hoffen. Amerika traut sich im Falle Deutschlands wie in dem Japans zu, es in die Rolle der militärischen und politischen Unterordnung unter seine Zwecke festzuhalten.

In der amerikanischen Propaganda erscheint die Wiederaufrichtung der Schwerindustrie der Westzone als Hilfsmittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas. Vom strategischen Standpunkt des amerikanischen Imperialismus aus ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Da ist die Wiederaufrichtung der deutschen Schwerindustrie das Kernstück, die Westeuropas ist ihm untergeordnet.

Die Symmetrie zum Fernen Osten zeigt sich auch in der Auswirkung dieses Plans auf die Nachbarn Deutschlands. Hier ist es vor allem Frankreich, das sich durch diese Wiederaufrichtung bedroht und geopfert sieht, so wie am anderen Ende Australien, China, Indien in der Wiederaufrichtung Japans eine Gefahr für sich sehen.

In gewisser Weise wiederholt sich hier, was nach dem Ersten Weltkrieg geschehen ist. Auch damals wurde Deutschland, der Hauptgegner der Westmächte im Weltkrieg, mit Hilfe eines Teiles der Sieger als imperialistische Macht wieder auf die Beine gestellt.¹²⁾ Aber auch die Unterschiede von heute und damals sind wichtig. Damals war England die treibende Kraft dabei. Die Wiederaufrichtung Deutschlands sollte England einerseits dienen als Gegengewicht gegen Frankreich, zur Wiederherstellung eines kontinental-

europäischen Gleichgewichts, und als Damm und eventuell Ausfalltor gegen das bolschewistische Rußland. Die Vereinigten Staaten beteiligten sich auch damals daran, indem sie durch große private Anleihen den deutschen Kapitalismus wieder aufrichten und das Übergreifen des Kommunismus auf das Land verhindern halfen.

Heute fällt dabei dem amerikanischen Imperialismus die führende Rolle zu. Und es soll jetzt verhindert werden, daß der deutsche Imperialismus sich wieder zu einer selbständigen Macht entwickelt. Aber auch hier haben die Dinge ihre eigene Logik. Westdeutschland kann die ihm vom amerikanischen Imperialismus zugedachte Hilfsrolle nur spielen, wenn auch seine militärische Macht in gewissen Grenzen wiederhergestellt wird. Und das wird unvermeidlich zur Folge haben, daß die Bourgeoisie im Westen Deutschlands ihrerseits versuchen wird, eine selbständige imperialistische Rolle wieder zu gewinnen. Diese strategische Rechnung ist aber wie in Ostasien nur schlüssig, wenn die Vereinigten Staaten im Stande sind, die innere Entwicklung West- und Mitteleuropas in ihrem Sinne, d. h. im Sinne der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung, auf lange Sicht zu kontrollieren. Dagegen spricht aber einerseits der innere Zustand West- und Mitteleuropas, wie er aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, andererseits die Grenzen, die dem amerikanischen Kapitalismus vermöge seiner eigenen Natur und Interessen in seinem wirtschaftlichen Eingreifen in Europa gezogen sind. Was das erste anlangt, so ist die Rettung Europas objektiv nur noch auf dem Wege des Sozialismus möglich, sowohl die seiner Wirtschaft, wie die der nationalen Selbstbestimmung seiner Völker, wie auch die seiner Kultur.

Als amerikanische Kolonie würde West- und Mitteleuropa wirtschaftlich den amerikanischen Interessen untergeordnet bleiben, national seine Selbstbestimmung verlieren, kulturell hollywoodisiert werden. Was das zweite anlangt, so hat jüngstens ein amerikanischer Schriftsteller das Grund-Dilemma, vor dem hier der amerikanische Kapitalismus steht, ebenso drastisch wie richtig und einfach formuliert, indem er sagte: „*Entweder wir überlassen Europa sich selber, dann fällt es dem Kommunismus zu, oder wir helfen ihm, dann aber stellen wir unsere eigenen Konkurrenten auf die Beine*“. Der zweite Teil dieses Dilemmas zieht die Grenzen, innerhalb deren die Vereinigten Staaten in West- und Mitteleuropa wirtschaftlich eingreifen können, sehr eng. So gilt von dem Marshall-Plan wahrscheinlich dasselbe wie von der berühmten Stute Rolands, von der der Dichter sagte: „*Die Stute ist sehr schön, leider aber ist sie tot*“. ¹³⁾

Das Mittelstück des amerikanischen Aufmarsches gegen die Sowjetunion bildet der vordere und mittlere Orient. Es ist bereits ein strategischer Gemeinplatz geworden, daß von dieser Seite her der aktive Vorstoß gegen Rußland am wirksamsten und günstigsten ist. Es sind zwei Faktoren, die hier in Be-

tracht kommen. Erstens die geographische Lage: die Nähe zu den wichtigsten Ölzentren Rußlands. Zweitens die Bedeutung dieser Gebiete als Ölquellen für die Angelsachsen selbst. Man sieht hier deutlich das systematische Vordringen des amerikanischen Imperialismus. Iran wurde von der amerikanischen Diplomatie öffentlich ermuntert, der Sowjetunion Ölkonzessionen im Norden des Landes abzulehnen. Ein von amerikanischen Ingenieuren für Iran ausgearbeiteter Ausbauplan sieht eine Anleihe von zirka fünfhundert Millionen Dollar vor.¹⁴⁾ Unter den wichtigsten Projekten befindet sich eine Ölleitung nach Teheran. Iran ist offenbar bestimmt, die Achse der amerikanischen Strategie im mittleren Osten zu sein.

Palästina ist ein anderes wichtiges Glied dieser Kette. Die Verhandlungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Palästina, die Erklärungen und Manöver der englischen Diplomatie haben, wie der frühere Vorsitzende der englischen Labour-Party, Laski,¹⁵⁾ richtig bemerkt hat, nur den einen Zweck, die Ablösung Englands durch die Vereinigten Staaten in Palästina zu ermöglichen, da England diese Stellung nicht mehr halten kann.

Im Mittelmeer und Balkan ist gegenwärtig Griechenland der „marschierende Punkt“. Die Umbildung der griechischen Regierung im „liberalen“ Sinn unter tätiger Geburtshilfe der amerikanischen Vertreter an Ort und Stelle, die von dieser Regierung erlassene Amnestie, das aggressive Auftreten der amerikanischen Diplomatie in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Sachen Griechenlands, hat offenbar den Sinn, ein aktives militärisches Eingreifen des amerikanischen Imperialismus dort (natürlich als Aktion der Vereinten Nationen verkleidet) vorzubereiten.¹⁶⁾

Der strategische Gesamtplan ist eine einfache und schön symmetrische Zeichnung. Er ist beinahe zu schön symmetrisch und einfach. Die wirkliche Geschichte weist eine kompliziertere Symmetrie auf.

Neue Kommunistische Internationale?

Von Max Reimann, 1. Vorsitzender der KPD (Brit. Zone)

„Die Welt“ hat in ihrem Ausgaben Nr. 118 und Nr. 119 des kritische Weltwoche auf die Verkündung der Kominform gebracht Sie gibt heute einem führenden Kommunisten der britischen Zone das Wort.

Düsseldorf, 10. Oktober.

Die Bildung eines Informationsbüros der kommunistischen Parteien in Belgrad hat in der Weltpresse zu völlig falschen Schlußfolgerungen geführt.

Aus der Art, wie Zeitungen und Persönlichkeiten zu diesem Informationsbüro Stellung nehmen, ist ersichtlich daß man sein eigenes Vorhaben, nämlich die Welt aufzuspalten und einen neuen Krieg vorzubereiten, den demokratischen und sozialistischen Kräften in die Schuhe schieben will.

Es ist eine Tatsache, daß in Amerika eine Krise heranreift, wie sie bisher nie ein kapitalistisches Land befallen hat. Diese Krise abzuwenden, dienen alle Maßnahmen der jüngsten Zeit, auch die der Vorbereitung eines neuen Krieges. Das ist ein alter kapitalistischer Ausweg. Der Sozialismus ist gegen den Krieg, daher ist die Sowjetunion als sozialistischer Staat der Hort des Friedens. Die Völker der Sowjetunion wollen keinen Krieg, sie wollen gute Beziehungen zu allen Völkern.

Die Reden für einen neuen Krieg werden in Amerika von imperialistischen Politikern gehalten und von ihren Pressen übernommen. Gegen wen soll sich ein neuer Krieg richten?

Gegen Sowjetunion

Haben die amerikanischen Imperialisten einen ebensolchen Gegner, wie sie es sind? Dies ist nicht der Fall. Folglich kann sich ein neuer Krieg nur gegen die demokratische Entwicklung in den Staaten und gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion richten.

Um dieser Kriegshetze erfolgreich zu begehen, die demokratischen und sozialistischen Kräfte der Welt zu sammeln, sie mit Informationen zu versehen sowie im Kampf um die Erhaltung des Friedens einen Erfahrungsaustausch durchzuführen, ist dieses Informationsbüro gebildet worden.

Da sich die Kräfte des Friedens über die ganze Welt erstrecken und zusammengefaßt werden sollen, kann nicht die Rede davon sein, daß durch dieses Büro

eine Trennung zwischen Ost und West erfolgen soll. Ich bin überzeugt davon, daß die Kräfte des Friedens auf der Welt so stark sind, daß sie einen neuen Krieg verhindern werden.

Die Einrichtung dieses Informationsbüros als eine neue Kommunistische Internationale hinzustellen, ist eine Provokation. Auch liegt hier die Absicht zugrunde, neue Verwirrung in die Arbeiterklasse und in das Bürgertum hineinzutragen.

Schon schreiben die amerikanischen Zeitungen, daß die Organisierung von Streiks und Unruhen durch die Kommunisten bevorstehen. Als erstes Beispiel haben sie hierzu die Meldung des amerikanischen Korrespondenten Gallagher, der von einem „Angriff der Kommunisten auf das Ruhrgebiet“ berichtet, gebracht. Solche und ähnliche Provokationen werden folgen. Sie sind alt und der Arbeiterklasse bekannt.

Unveränderte Politik

Durch die Errichtung dieses Informationsbüros wird die Politik der kommunistischen Parteien nicht geändert. Ganz im Gegenteil: unsere Politik ist ausgerichtet auf die nationalen und wirtschaftlichen Interessen eines jeden Volkes. Sie ist auch ausgerichtet darauf, daß sie mit aller Kraft die Spaltung der Arbeiterklasse in jedem Lande aufhebt und die geeinigten Arbeiterklasse, geführt durch eine scharfe sozialistische Partei in jedem Lande, gegen die Kriegstreiber in den Kampf führt. Daher wird die Arbeiterbewegung der Welt sich eine neue Sozialistische Internationale schaffen.

Es wird keine neue Kommunistische Internationale, sondern in der Perspektive eine Sozialistische Internationale geben, die konsequent vom Boden des Marxismus aus unter Berücksichtigung der nationalen Interessen eines jeden Volkes die Werktätigen der Welt gegen den kriegstreiberischen Monopolkapitalismus zum Kampfe führt. Aus diesem Grunde begrüßen wir Kommunisten in Deutschland, die wir in diesem Kampf eine ganz besondere Aufgabe zu erfüllen haben, die Einrichtung eines solchen Informationsbüros.

Rheinischer Merkur

Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

nr. 38 2. Jahrgang 8

Samstag, 11. Oktober 1947

Einzelpreis 50 Pf.

Ein entscheidender Fehler Moskau kehrt offen zur Komintern-Politik zurück

Die Herrschaft im Innern macht die Stärke, ihre Beziehung zur Umwelt die Schwäche der totalitären Staaten aus.

Der Faschismus und der Nationalsozialismus waren von eigentümlicher Hellsicht, wenn es sich um die Behandlung der eigenen Massen handelte, deren schlechte Eigenschaften sie vollendet kannten und zu nutzen wußten.

Sie waren jedoch von völliger Blindheit, soweit es sich um Länder außerhalb des eigenen Lebens- und Erfahrungsbereiches handelte. Jede ihrer Annahmen über Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten war falsch. Ihre Handlungen, die sich auf dieses falsche Weltbild stützten, konnten daher den Widerstand der Umwelt nur erhöhen.

Einen ähnlich folgenschweren Irrtum scheint uns die Sowjetunion zu begehen, wenn sie den gegenwärtigen Augenblick für gekommen hält, zur Komintern-Politik zurückzukehren. Die Errichtung des Internationalen Kommunistischen Komitees in Belgrad bedeutet im Grunde nur die offene Anerkennung dessen, was jeder ohnehin wußte: daß die kommunistischen Parteien der anderen Länder, auch nach der formellen Auflösung der Komintern im Jahre 1943, weiterhin im informatorischen Dienst Moskaus standen und von dort ihre Anweisungen erhielten. Es handelt sich also mehr um Demonstration als eine tatsächliche Veränderung.

Und weshalb diese Demonstrationen, die sich gegenwärtig häufen? Weshalb diese offenen Ausfälle auf die Staatsmänner und Parteiführer der Westmächte, weshalb der Aufmarsch von Tankverbänden an der Elbe? Wer zwölf Jahre Nationalsozialismus hinter sich hat wie Deutschland, hat gelernt, politisch sehr kompliziert zu denken und den Anschein oft als das Gegenteil der Wirklichkeit zu erkennen. Wie wäre es, wenn diese ausgesprochen offensive Haltung nicht auf ein Bewußtsein der Stärke, sondern der Schwäche zurückginge? Wenn man den Forderungen der Westmächte, die man für die Londoner November-Konferenz hinsichtlich der deutschen Ostzone und der Rand-Staaten im Osten erwartet, dadurch zuvorkommen will, daß man schon jetzt zur „starken Tour“ übergeht?

Es läßt sich jedoch schon jetzt erkennen, daß diese Rechnung falsch ist. In der offenen westlichen Welt hat sich keine so allgemeine und lebhaft Kritik an der Sowjetunion mehr geäußert, seitdem der Außenminister Hitlers im August 1939 unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes und der Internationale auf dem Moskauer Flugfeld landete, wo die Hakenkreuzflagge neben Hammer und Sichel gesetzt war, und seitdem die russischen Verbände nach Finnland und Polen einbrachen. Die Sowjetunion ist heute wieder so isoliert, wie sie es - bis zum Überfall Hitlers war . . .

F. A. K.

Die entzweiten Nationen

Seit ihrer Geburt trägt die Organisation der Vereinten Nationen einen tödlichen Keim in sich. Den Grundsatz unbeschränkter Souveränität der Mitgliedstaaten. Nicht ein Ordnungsprinzip bildet die Basis internationaler Zusammenarbeit, sondern der freie Wille der Regierungen, der sich von Fall zu Fall ausdrückt. Das Vetorecht im Sicherheitsrat - von Rußland als Ausfluß seiner Souveränität gefordert - setzt überdies für alle wichtigen Beschlüsse die Einmütigkeit der Großmächte voraus. Die Zweiteilung der Welt aber

finden, bevor er eine Empfehlung an die Generalversammlung weiterläßt. Doch es gelangte zu keiner Einigung kommen: Die einen wollten zwar Italien und Finnland aufnehmen, aber mit Hinblick auf ihre innerpolitische Lage nicht die osteuropäischen Staaten, bei den anderen war es umgekehrt. Der Westen wollte die russenfreundlichen Stimmen nicht vermehren, er hätte nur in Italien einen sicheren Stimmenzuwachs gefunden. Daher stimmte der Osten gegen seine Vorschläge. Man ließ sich nicht von welt-

Internationale monatliche Übersicht über Oktober 1947, Nr. 3

1. „Kominform“.

Die Anfang Oktober erfolgte Bekanntmachung der Gründung eines Informationsbüros verschiedener kommunistischer Parteien mit dem Sitz in Belgrad und die von der Gründungskonferenz gefaßten Beschlüsse sind von der angelsächsischen Propaganda sofort mit einem wuchtigen Gegenangriff aufgenommen worden.¹⁾ Die offizielle Gegenpropaganda stellte diese Tatsache hin als die Neugründung der Kommunistischen Internationale (Komintern)²⁾ oder wenigstens als den Anfang dazu und als Ausdruck der verstärkten Offensive des Kommunismus in der Welt. Andere Stimmen aus dem bürgerlichen Lager meinten, die Auflösung der Kommunistischen Internationale während des Krieges sei nur ein Bluff gewesen, sie habe in anderen geheimen Formen tatsächlich weiter bestanden, es handle sich also jetzt nur um eine neue Formänderung: die Wiederaufnahme einer offenen und eben damit aggressiveren Form. So oder so hat jedenfalls die angelsächsische Propaganda aufs schärfste auf diese Tatsache reagiert. Die Reaktion darauf blieb nicht auf Worte beschränkt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu Ländern der Sowjetsphäre (Jugoslawien, Tschechoslowakei) durch Chile und Brasilien, die schärfere Verfolgung der kommunistischen Parteien in diesen und anderen lateinamerikanischen Ländern, wurde zum Teil damit begründet.³⁾ Kurz, es wurde nach allen Regeln der Kunst ein wahrer Philisterpopanz aufgebaut.⁴⁾ Das Kind hat auch bereits einen zweckentsprechenden Namen bekommen: die „Kominform“. Das reformistische Lager hat ebenfalls scharf darauf reagiert, und man kann annehmen, daß die Bestrebungen zur Neugründung einer reformistischen Internationale dadurch beschleunigt werden.

In diesem Katzenkonzert ist leicht die Stimme des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus als die führende herauszuhören. Er hat die Gelegenheit benützt, um die von ihm schon vorher eingeleitete Propaganda-offensive gegen die Sowjetunion und den Kommunismus zu verstärken und auszubreiten.

Fassen wir zunächst die wesentlichen Tatsachen nach dem Bericht der „Prawda“ zusammen.

Danach fand Ende September in Polen eine „informativische“ Konferenz statt, an der führende Mitglieder der kommunistischen Parteien folgender Länder teilnahmen: Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, der Sowjetunion

(Zhdanov und Malenkov), Frankreich (Duclos), der Tschechoslowakei, Italien (Longo). Zhdanov berichtete über die internationale Lage, Gomulka (ČSR) über den Austausch von Erfahrungen und die Koordination der Tätigkeit der vertretenen kommunistischen Parteien durch gegenseitige Abmachungen.⁵⁾ Als Ergebnis der Beratungen wurde eine Resolution gefaßt und eine Erklärung angenommen.

Die Resolution sagt zunächst, der bestehende Mangel an Verbindungen unter den kommunistischen Parteien sei „*inkorrekt und schädlich*“, besonders in der gegenwärtigen internationalen Lage. Es wird daher beschlossen:

1. Die Errichtung eines Informationsbüros von Vertretern der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns, Polens, der Sowjetunion, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens, mit dem Sitz in Belgrad.
2. Der Zweck dieses Informationsbüros ist der Austausch von Erfahrungen, wenn nötig die „*Koordination der Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf Grund gegenseitiger Abkommen*“.
3. Die Schaffung eines 14tägigen Organs, in französischer und russischer, wenn möglich auch in anderen Sprachen.

Die „Erklärung“, die von der Gegenseite als eine Art neues kommunistisches Manifest hingestellt wurde, enthält folgende wesentliche Punkte:

In den Beziehungen der Siegerstaaten sei nach dem zweiten Weltkriege eine Abweichung eingetreten. Unterschiede in den Kriegszielen hätten schon im Kriege selbst bestanden. Die Sowjetunion habe gekämpft für die Verstärkung der Demokratie, für die Liquidierung des Faschismus, für die Verhinderung eines neuen Angriffs zugunsten Deutschlands, für die vollständige und dauernde Zusammenarbeit unter den Nationen Europas. Die Ziele der Angelsachsen seien aber gewesen: die Beseitigung der Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Deutschland und Japan), die Verstärkung ihrer Herrschaftstellung. Diese Gegensätze haben sich im Nachkrieg vertieft. Die Sowjetunion trete nach dem Kriege ein für die Aufhebung des Imperialismus, für die Verstärkung der Demokratie. Die Vereinigten Staaten und England für die Stärkung des Imperialismus, für die Unterwerfung der Demokratien. Sie führen eine Kampagne gegen die Sowjetunion und die „Länder der neuen Demokratie“. Sie drohen mit dem Krieg. Zwei Lager stehen einander gegenüber. Das eine für die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Niederwerfung der Demokratie, das andere sei anti-imperialistisch, demokratisch, sein Endziel sei die Ausschaltung des Imperialismus, die Stärkung der Demokratie, die Liquidierung der Reste des Faschismus.

Die allgemeine Lage sei die des allgemeinen Niederganges des Kapitalismus, der Schwächung seiner Kräfte, der Stärkung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie. Das imperialistische Lager entwickle eine wachsende aggressive Tätigkeit, militärisch und wirtschaftlich. Der Plan

Truman-Marshall sei eine „Farce“,⁶⁾ ein Zweig des allgemeinen imperialistischen Expansionsplans, dessen Ziel sei die Unterwerfung Europas und anderer Länder. Deutschland und Japan sollen als Hilfswerkzeuge dafür *benützt werden*. Die Mittel für diese Zwecke seien: Erpressung, Einschüchterung, wirtschaftlicher Druck, Prahlerei, die Vornahme der Maske des Liberalismus und Pazifismus. Eine besondere Rolle dabei spielen die Rechtssozialisten: Leon Blum, Attlee, Bevin, Kurt Schumacher, Renner, Schärf in Österreich, Saragat in Italien.⁷⁾ Sie arbeiten unter der Maske der Demokratie. Daher sei nötig die Zusammenfassung gegen die Hauptkräfte des imperialistischen Lagers: den amerikanischen Imperialismus, seine englischen und französischen Verbündeten, die Rechtssozialisten vor allem in England und Frankreich. Die Rechtssozialisten seien Verräter an dieser gemeinsamen Sache. Ausgenommen von dieser Kennzeichnung werden die sozialistischen Parteien, die einen Block mit den kommunistischen Parteien geschlossen haben. Die kommunistischen Parteien müßten die Fahne der „nationalen Unabhängigkeit und Souveränität“ ihrer Länder erheben, als Schützer der Demokratie sich nicht einschüchtern lassen, an die Spitze aller Kräfte für die Verteidigung der „nationalen Ehre und Unabhängigkeit“ treten. Man müsse unterscheiden zwischen dem Willen zum Krieg der Imperialisten und der Möglichkeit dazu. Die Hauptgefahr sei die Unterschätzung der eigenen Kräfte im kommunistischen Lager. Keine Zugeständnisse an den Imperialismus. Notwendig sei die Verbindung der kommunistischen Parteien als Vorhut gegen die imperialistischen Pläne der Expansion und Aggression in Staatsverwaltung, Politik, Wirtschaft, Ideologie; eine gemeinsame anti-imperialistische und demokratische Plattform, die Vereinigung aller demokratischen und patriotischen Kräfte ihrer Nationen.

Soweit die „Erklärung“. Wir haben sie ausgiebig wiedergegeben, da in der Gegenpropaganda vielfach die Kommentare ohne die zugrunde liegenden Tatsachen gegeben worden sind. Zu den einschlägigen Tatsachen gehört noch eine Erklärung Stalins in einer Unterredung mit Zilliacus, einem der Führer des linken Flügels der englischen Labour-Party, und anderen linken Labour-Abgeordneten.⁸⁾ Danach bestritt Stalin, daß es sich bei der Einrichtung des Belgrader Informationsbüros um die *Neugründung der Kommunistischen Internationale* handle, [sondern um kommunistische oder Arbeiterparteien,] die einen starken Einfluß in ihren Ländern haben und daher nicht von einem Zentrum aus zu leiten seien.

Prüfen wir nun die vorliegenden Tatsachen. Um prüfen zu können, müssen wir uns zuvor über den Standpunkt und die Maßstäbe der Prüfung verständigen. Der Standpunkt kann für uns kein anderer sein als der der internationalen Arbeiterklasse. Was den Maßstab anlangt, so sind zwei verschiedene denkbar. Der erste wäre der abstrakte Maßstab der Grundsätze, die zur Gründung der Kommunistischen Internationale geführt haben

und die ersten Jahre ihrer Tätigkeit beherrschten – während der Leninschen Periode. Der zweite Maßstab wäre die gegebene konkrete Lage der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder und die aus ihr entspringenden Bedürfnisse internationaler Organisation.

Es fällt ohne Weiteres in die Augen, daß es sich bei der Belgrader Gründung nicht um eine Wiederaufnahme der organisatorischen und politischen Grundlagen und Grundsätze der Kommunistischen Internationale in ihrer Leninschen Periode handelt. Organisatorisch ergibt sich aus diesen Grundsätzen keinerlei Handhabe, weder zu einer nur regionalen Zusammenfassung kommunistischer Parteien, noch zu der Art der Zusammenarbeit, wie sie in dem Belgrader Informationsbüro vorgesehen ist. Die Kommunistische Internationale bei ihrer Gründung und in ihren ersten Jahren war geleitet von zwei organisatorischen Hauptgedanken: erstens daß die Verpflichtungen gegenüber der Internationalen allen Verpflichtungen gegenüber der nationalen Parteien vorangehen sollen. Diese Bestimmung wandte sich grundsätzlich gegen die Organisationspraxis der während des Ersten Weltkrieges zusammengebrochenen reformistischen Internationale, die praktisch nie mehr war als eine lose Föderation nationaler sozialistischer Parteien, von denen jede an „ihren“ nationalen und bürgerlichen Staat enger gebunden war als an die internationale Klassenorganisation.⁹⁾ Eben dadurch brach diese Internationale im Ersten Weltkrieg zusammen und mußte zusammenbrechen. Aus dem neuen internationalen Organisationsprinzip, das der Kommunistischen Internationale zugrunde lag, folgte aber auch von selbst, daß alle, und nicht nur ein Teil der kommunistischen Parteien international zusammengefaßt werden mußten. Zweitens, der andere organisatorische Grundsatz war der des „demokratischen Zentralismus“, der sowohl innerhalb der nationalen „Sektionen“ als auch innerhalb der internationalen Organisation herrschen sollte. Der Grundsatz bedeutete: demokratisches Zustandekommen von Beschlüssen, zentralisierte Durchführung.

Die politische Grundlage der Kommunistischen Internationale der Leninschen Periode war: die sozialistische Weltrevolution als allgemeines Ziel und Inhalt, die Diktatur des Proletariats als ihr Mittel, und der Typus des Räteystems (Sowjets) als die allgemein gültige Form der Diktatur des Proletariats, die durch die russische Revolution zuerst gefunden worden ist.

Stellen wir nun gleich die Kommunistische Internationale der Stalinschen Periode gegenüber. Sie ist organisatorisch gekennzeichnet durch das Verschwinden des demokratischen Zentralismus sowohl in den einzelnen kommunistischen Parteien wie in der internationalen Organisation selbst. Politisch aber schwankt sie hin und her zwischen den Polen der „Volksfrontpolitik“ und des „ultralinken Kurses“.¹⁰⁾ Die Politik der einzelnen kommunistischen Parteien wurde den wirklichen oder vermeintlichen Interessen und Manövern der Außenpolitik der Sowjetunion so gut wie vollständig unter-

geordnet. Die Sowjetunion in ihrer Besonderheit trat an die Stelle der internationalen proletarischen Klasseninteressen. Es ist nur folgerichtig, daß unter diesen Voraussetzungen die Kommunistische Internationale formell aufgelöst wurde, als die konkreten Interessen der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg ihr dies geboten erscheinen ließen.¹¹⁾ Die ausschlaggebenden tatsächlichen Gesichtspunkte dafür waren erstens, daß die Sowjetunion diesen Krieg nicht als sozialistisch-revolutionären, sondern als „patriotischen“ Krieg führte, zweitens, daß sie ihn im Bündnis mit einer Gruppe imperialistischer Staaten führte. Dafür, daß die Sowjetunion den Krieg als patriotischen und nicht als sozialistisch-revolutionären Krieg führte, waren ebensowohl die inneren Verhältnisse der Sowjetunion selbst als ihr Kriegsbündnis mit einem der imperialistischen Lager bestimmend. So wurde denn die Fahne der sozialistischen Weltrevolution – das war die Kommunistische Internationale für die bürgerliche Welt – feierlich niedergeholt.

Daß damit die ideellen und organisatorischen Beziehungen der kommunistischen Parteien der anderen Länder zur Leitung der Sowjetunion nicht aufgehört haben, sondern in anderen Formen fortgesetzt wurden, ist sozusagen ein öffentliches Geheimnis der bürgerlichen Welt, zu dessen Entdeckung es nicht gerade übermäßigen Scharfsinns bedurfte. Wenn sie jetzt ein so großes Geschrei über die „neue Kommunistische Internationale“ erhebt, so leiten sie dabei nicht irgendwelche Interessen objektiver Feststellung. Sie reagiert auf ihre Weise auf die Tatsache, daß jetzt die während des Krieges niedergeholte internationale kommunistische Fahne öffentlich wieder hochgezogen wird. Die neue Form und der neue Inhalt interessieren sie wenig. Wohl aber interessiert das die internationale Arbeiterbewegung.

Wir haben kurz die Kommunistische Internationale der Leninschen Periode und dann der Stalinschen Periode bis zu ihrer Auflösung im Laufe des Zweiten Weltkrieges tatsächlich charakterisiert. Zwischen diesen beiden Hauptperioden der Kommunistischen Internationale liegt eine mehrjährige Periode des Überganges von einer zur anderen. Die Beurteilung dieser zwei Hauptperioden vom Standpunkt der internationalen Arbeiterbewegung im Einzelnen würde den Rahmen dieser Ausführungen weit überschreiten. Nur so viel sei hier summarisch bemerkt, daß die zweite Stalinsche Hauptperiode der Kommunistischen Internationale durch sich selbst hinlänglich dadurch gekennzeichnet ist, daß ihre formelle Auflösung der logische Abschluß dieser Phase war.

Ferner sei bemerkt, daß die Kommunistische Internationale bereits in ihrer ersten Leninschen Periode den Geburtsfehler aufwies, der erst die zweite Stalinsche Periode möglich machte: die Tatsache nämlich, daß in ihr nur eine Partei vorhanden war, die eine siegreiche Revolution in einem großen Lande durchgeführt, die Staatsmacht erobert und festgehalten hatte, die russische, daß aber die geschichtlichen Voraussetzungen für die sozia-

listische Revolution in Rußland sehr verschieden waren von denen industriell entwickelter kapitalistischer Länder. Man kann das auch so ausdrücken, daß die russische kommunistische Partei die einzige reife revolutionäre Partei in dieser Internationale war – die siegreiche sozialistische Revolution und die Behauptung der Macht ist die einzig mögliche Reifeprüfung für kommunistische Parteien. Wir meinen mit diesem „Geburtsfehler“ nicht einen subjektiven Fehler, der hätte vermieden werden können oder sollen. Es war ein objektiver Fehler oder Mangel. Er mußte sich um so stärker und schärfer auswirken, je länger die sozialistische Revolution in Mittel- oder Westeuropa ausblieb, je länger die russische Revolution isoliert blieb und so mehr und mehr ihre besonderen Züge entwickelte und vertiefte.

Was jetzt in Belgrad ins Leben tritt, ist weder die Wiederholung der Leninschen Periode der Kommunistischen Internationale, noch die der Stalinschen Periode bis zur Auflösung. Es ist eine neue Periode, die beginnt.

Was sind ihre charakteristischen Züge? Organisatorisch: in dem Belgrader Informationsbüro sind nur solche Parteien zusammengefaßt, die entweder herrschende Staatsparteien sind (Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, Sowjetunion) oder die bereits Regierungsparteien gewesen sind (und es in absehbarer Zeit wieder werden wollen): die italienische und die französische Partei. Daher fehlen auf dem Balkan die griechische kommunistische Partei, auf dem europäischen Kontinent die englische, die deutsche, die skandinavischen usw. Parteien. Die Form des Zusammenschlusses ist neu: Austausch von Erfahrungen und „*Koordination der Tätigkeit auf Grund gegenseitiger Abmachungen*“. Das ist weder das Organisationsprinzip der Leninschen Periode der Kommunistischen Internationale, noch ist es das der Stalinschen Periode bis zu ihrer formellen Auflösung. Es erscheint eher als ein Zurückgreifen auf die organisatorische Praxis der reformistischen, der zweiten Internationale: aber es ist doch auch etwas anderes. Den Kern bilden kommunistische Parteien, die in ihren Ländern tatsächliche sozialistische Revolutionen durchführen (Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei). Dazu eine Partei, die sie in bestimmter Weise durchgeführt hat (Sowjetunion) und zwei Parteien, die mehr oder weniger dicht vor dieser Aufgabe stehen. Was hier koordiniert werden soll, ist nicht mehr nur Parteipolitik, sondern auch Staatspolitik – und zwar eine Staatspolitik, die sicherlich nicht die der Parteien der ehemaligen Zweiten Internationale ist. Bemerken wir noch als einen eigentümlichen Zug, daß die Durchführung des Sozialismus in den genannten Ländern überall die siegreiche Rote Armee der Sowjetunion als Hintergrund aufweist (darauf reduziert sich die heute so beliebte Phrase von der friedlichen Eroberung der Macht).

Sehen wir nun den politischen Inhalt an, wie er in der „Erklärung“ erscheint. Hier ist folgendes charakteristisch. Zum ersten Mal erscheint hier

offiziell und öffentlich die Herausstellung des Unterschiedes der Kriegsziele im antifaschistischen Kriegslager: also der Doppelcharakter des Krieges. Aber der Gegensatz erscheint nicht als der zwischen Kapitalismus-Imperialismus (auf der angelsächsischen Seite) und Sozialismus auf der anderen Seite, sondern als der zwischen Imperialismus und Demokratie (an einer Stelle ist die Rede von Ländern der „neuen Demokratie“). Der politische Inhalt des Kampfes des zweiten Lagers nach dem Kriege wird ebenfalls nicht gekennzeichnet als der der sozialistischen Revolution, sondern als: Antiimperialismus, Demokratie, mit dem Endziel der Beseitigung des Imperialismus, der Stärkung der Demokratie, der Liquidierung der Reste des Faschismus. Besonders betont wird, daß die kommunistischen Parteien die Fahne der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder erheben müssen, daß sie an die Spitze aller Kräfte für die Verteidigung der „nationalen Unabhängigkeit und Ehre“ treten müssen. Sie müssen die Vereinigung der demokratischen und „patriotischen“ Kräfte ihrer Nation erstreben.

Sonderbare „Neue Kommunistische Internationale“, in der von allem die Rede ist, nur nicht von Internationalismus und Sozialismus, sondern von nationaler Souveränität, Ehre, Patriotismus und Demokratie (ohne jeden Beisatz, um die Demokratie der Werktätigen von der bürgerlichen Demokratie zu unterscheiden und ihr gegenüber zu stellen).

Es ist klar, daß die organisierte Form und der politische Inhalt aufs engste zusammenhängen. Einheitliche internationale Organisation ist nur möglich auf Grund des Internationalismus und Sozialismus. Auf Grundlage „der Demokratie“ und der „nationalen Souveränität“ ist nur möglich die „Koordination der Tätigkeit (der kommunistischen Parteien) auf Grund gegenseitiger Abkommen“, eine Art föderalistischen Verhältnisses der Parteien untereinander.

Die Summierung vieler und verschiedener nationaler Egoismen und Beschränktheiten ergibt noch keinen Internationalismus. Das hat die Geschichte der Zweiten Internationale gelehrt, und was die kommunistischen Parteien anlangt, wenn sie sich auf den Boden des nationalen Egoismus und der nationalen Beschränktheit stellen, so zeigt das Verhältnis der französischen kommunistischen Partei zur „deutschen Frage“, speziell zur „Ruhrfrage“ und zu den verschiedenen kolonialen Fragen, mit denen Frankreich zu tun hat, hinlänglich, was dabei herauskommt – als ein Beispiel von vielen.¹²⁾

Nun ist zweifellos zwischen Staaten, die sich auf dem Wege zum Sozialismus oder Kommunismus befinden, die Föderation der gegebene Ausgangspunkt. Aber das Verhältnis kommunistischer Parteien untereinander kann nicht ein föderatives sein, da sie nicht nur die Gegenwartsinteressen und -verhältnisse zu wahren und zu berücksichtigen haben, sondern zugleich deren Zukunftsinteressen und die allgemeinen Interessen der internationalen Arbeiterklasse.

Die organisatorische und politische Konzeption des Belgrader Zusammenschlusses ist offensichtlich wesentlich auf die gegenwärtigen Zustände bäuerlicher, industriell unentwickelter Staaten zugeschnitten, aber sie paßt nicht für industriell entwickelte Staaten wie Frankreich, Italien, noch weniger für England und Deutschland.

Jedenfalls, das was in Belgrad geschaffen worden ist, ist nicht der Anfang einer neuen Kommunistischen Internationale, die den Bedürfnissen der internationalen Arbeiterbewegung, so wie sie jetzt ist, angemessen wäre.

Aber – und es ist das Moment, auf das jetzt die internationale Bourgeoisie mit solcher Schärfe reagiert – es ist ein, wenn auch teilweiser und unzulänglicher Ausdruck der Tatsache, daß zweieinhalb Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Welt offen in zwei feindliche Lager gespalten ist, ein kapitalistisches und ein antikapitalistisches, und daß die Sowjetunion für ihren Bestand und für ihre Verteidigung nur noch mit den antikapitalistischen Kräften in der Welt rechnen kann, mit den revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse, den antikapitalistischen und antiimperialistischen (aber nicht sozialistischen) Bestrebungen der kleinbürgerlichen Massen und den nationalen Befreiungsbestrebungen der Kolonialvölker.

Die führende Kraft kann hier nur das industrielle Proletariat der kapitalistischen entwickelten Länder Europas sein, nicht die Kleinbauern und nicht die Kolonialvölker. Eine neue Kommunistische Internationale kann daher nur entstehen im Zeichen des Kampfes für den Sozialismus und für die Diktatur des Proletariats in Gestalt des Rätestaates.

Nur der Kampf für den Sozialismus kann die englische, deutsche, französische, italienische Arbeiterklasse in Bewegung setzen und durch sie die übrigen Klassen, die antikapitalistisch und antiimperialistisch eingestellt sind. Welchen Eindruck kann auf diese Arbeiterklasse der Kampf um die Demokratie machen, die sie als bürgerliche Demokratie bis zur Neige „genossen“ haben? Und welchen Eindruck soll auf sie machen der Kampf um die nationale Souveränität (schlechthin), wo sie wissen oder fühlen, daß die wirkliche Wahl ganz anders steht: Entweder Zusammenfassung Europas oder von Teilen Europas in Gestalt der Unterwerfung unter den Yankee-Imperialismus, im Zeichen kapitalistischer Ausbeutung, oder Zusammenfassung unter der Fahne des Sozialismus, zum gemeinsamen sozialistischen Umbau und Aufbau – daß aber in beiden Fällen die Zeit der „nationalen Souveränitäten“ im bisherigen Sinne des Wortes überholt ist? Die propagandistische Kennzeichnung der sozialistischen Zusammenfassung unter Führung der Sowjetunion als Fremd- und Gewaltherrschaft, die von den angelsächsischen Mächten gemacht wird, ist nicht durch bloße noch schlaue ausgedachte Gegenpropaganda für die „nationale Souveränität“ zu überwinden. Dazu gehören vor allem Tatsachen: und zwar die Ausschaltung derjenigen Züge der Sowjetpolitik, die das Merkmal der Eroberung und der Ausplünderung

der eroberten Länder zum Besten der Sowjetunion tragen und der barbarischen Züge, mit denen das Sowjetregime in den Augen der industriellen Arbeiter Mittel- und Westeuropas erscheint.

Es ist ferner klar, daß weder das Agrarprogramm Jugoslawiens oder Bulgariens, noch das von Ungarn einfach auf Länder wie Frankreich oder England zu übertragen sind. Ohne und gegen den französischen Kleinbauern ist aber kein Sieg der sozialistischen Revolution in Frankreich möglich, ohne oder gegen den englischen Landarbeiter ist kein Sieg des Sozialismus in England haltbar.

Daraus ergibt sich aber, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für die Schaffung einer neuen Kommunistischen Internationale nicht von der Sowjetunion geschaffen werden können; sie können nur geschaffen werden von der Arbeiterklasse eines oder mehrerer industriell entwickelter europäischer Länder, die die politische Macht erobert, die kapitalistische Wirtschaft sozialistisch umbaut und einen höheren Typus sowohl der sozialistischen Wirtschaft als auch des Rätestaates schafft, wie sie heute in der Sowjetunion vorhanden sind. Damit würde der Geburtsfehler der Kommunistischen Internationale, der sich mehr und mehr negativ auswirkt und schließlich ihr Ende herbei geführt hat, behoben. Und damit würde die Entwicklung Rußlands selbst in neue Bahnen gelenkt.

Damit ist aber auch gesagt, daß es sich weder um die Wiederaufnahme der Kommunistischen Internationale der Stalinschen Periode noch auch um die der Leninschen Periode handeln kann. Für beide sind die tatsächlichen Voraussetzungen nicht mehr vorhanden. Sie können nicht wieder erzeugt werden, am wenigsten durch bloßes Wünschen oder durch die Beschwörung alter Leninscher Zauberformeln. Es müssen neue höhere Voraussetzungen geschaffen werden und die führende Rolle dabei kann nur den Arbeiterklassen der industriell entwickelten Ländern Mittel- und Westeuropas zufallen. Es kann dies nicht ohne die Sowjetunion geschehen, die als Machtfaktor zu ignorieren lächerlich wäre, die Initiative und Führung zu einer wirklich neuen Kommunistischen Internationale kann aber nicht mehr bei ihr liegen. Ihre Pionierrolle auf diesem Gebiet ist geschichtlich erschöpft. Die Zeit ist gekommen für eine neue geschichtliche internationale Initiative der Arbeiterklassen Mittel- und Westeuropas. Aber das wird sich nicht von heute auf morgen verwirklichen.

Die objektiv gestellte Aufgabe subjektiv zu erfassen, sich dafür vorzubereiten und sie dann in Angriff zu nehmen, wird viel Zeit und Arbeit kosten. Die unmittelbar auszuführende Vorbereitung dafür kann nur bestehen in der Herausbildung solcher kommunistischer Parteien Mittel- und Westeuropas, die fähig sind, ihrerseits die Macht zu erobern, zu halten und schöpferisch anzuwenden.

Die Aufgabe als solche zu erkennen, ist der Anfang zu allem Weiteren.

2. Die Rechtswendung in Frankreich und England.

Die Rechtswendung bei den Gemeindewahlen in Frankreich ist die Fortsetzung der schon seit längerer Zeit im Gang befindlichen Polarisierung der Parteien.¹³⁾ Nur, daß es keine der alten Rechtsparteien war, die die Masse der nach dem rechten Pol abströmenden Wähler aufnahm, sondern die neugegründete Organisation de Gaulles. Sie vereinigte nahezu 40 Prozent der Stimmen auf sich. Der Hauptverlierer war die katholische Partei, die von der stärksten oder zweitstärksten Partei herabsank auf die zweitschwächste der größeren Parteien (sie erhielt nur noch 10 Prozent der Stimmen). Aber auch die anderen bürgerlichen Parteien müssen Wähler an de Gaulle abgegeben haben. Die Radikalsozialisten erhielten nur noch 4,2 Prozent der Stimmen. Auch der linke Pol hat Zuwachs erhalten. Die kommunistischen Stimmen stiegen von 25 auf 29 Prozent - aber dieser Zuwachs bleibt weit zurück hinter dem der Gaullisten.

Was bedeutet diese Bewegung klassenmäßig? Was hier ins Gewicht fällt, ist die Bewegung kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher Massen. Die Großbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und Großbauern stellen keine Massen von der Größenordnung, wie sie hier in Betracht kommen. Es sind kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Massen, die geführt von der Großbourgeoisie sich dem Ziel der Rechtsdiktatur zugewandt haben. Die Wahlen wurden nicht unter lokalen, sondern unter allgemein politischen Losungen und mit großer Leidenschaft geführt. Die Hauptlosungen, unter denen die Gaullisten ihren Wahlfeldzug führten, waren:

1. für die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion.
2. Verringerung der Zahl der Beamten.
3. Abschaffung der Kontrollen über den Konsum, mit Ausnahme von Brot, Milch, Zucker, Fetten und Kohle.
4. Statt der Gewerkschaften Gruppierung der Unternehmer und Arbeiter in gemeinsamen Organisationen.
5. Revision der Verfassung im Sinne der Stärkung der Präsidialgewalt gegenüber dem Parlament und den Parteien.

Der Generalnenner, unter dem die einzelnen Posten zusammengehen, ist der der Rechtsdiktatur, der offenen Diktatur der Bourgeoisie.

Wird Frankreich das Experiment einer neuen Rechtsdiktatur machen, diesmal unter dem Zeichen des Patriotismus und Nationalismus de Gaullescher Prägung, statt unter dem der nationalen Kapitulation von Vichy, unter der Flagge des amerikanischen Kapitals, statt unter der des deutschen Nazismus?¹⁴⁾ Dies wird wesentlich von der Politik der KPF abhängen. Der Kredit, den [sie mit] ihrer Tätigkeit in der Résistance [bei] den kleinbürgerlichen Massen erworben hatte, ist erschöpft. Die Zugeständnisse an den nationalen Egoismus sind dem Gaullismus als dem hundertprozentigen Nationalismus billig zugute gekommen. Ihre Zugeständnisse an die kapitalis-

tische Ausbeutung sind dem Kapital zugute gekommen. Um zusammenzufassen: die kommunistische Partei Frankreichs hat nicht verstanden, den französischen Volksmassen einen der Besonderheit der französischen Klassenverhältnisse entsprechenden revolutionären und sozialistischen Ausweg zu zeigen. Allem Anschein nach wird die ihr gegebene Frist, um das Verfehlte zu ändern und das Versäumte nachzuholen, nur noch kurz sein. Wenn man sich auf die Demokratie schlechthin beruft, so kann man sich nicht auf längere Frist ihren Konsequenzen entziehen.

Auch in England sind die Gemeindewahlen unter allgemeinpolitischen Losungen durchgeföhrt worden.¹⁵⁾ Es waren nur Teilwahlen: nur ein Drittel der Gemeindevertretungen mußte erneuert werden. Wenn also die Konservativen bei diesen Wahlen 618 Sitze gewonnen, die Labour-Party 644 Sitze verloren hat, so drücken diese Zahlen den Stimmungsumschwung der Wähler nur teilweise aus. Auch in England sind es kleinbürgerliche Massen, aber wohl auch zum Teil Arbeiter, die zu den Torys abgeschwenkt sind. Ein kleiner Teil der Verluste der Labour-Party ist nicht den Torys zugute gekommen, sondern offenbar Parteien oder Gruppen, die links von Labour stehen, aber der größte Teil der Verluste der Labour-Party ist den Torys zugute gekommen. Dabei ist es sehr wichtig im Auge zu behalten, daß die Tory-Partei von 1947 nicht mehr die von sagen wir 1938 ist. Man braucht sich zu diesem Zweck nur das Wirtschaftsprogramm anzusehen, das der letzte Parteitag der konservativen Partei angenommen hat.¹⁶⁾ Es werden hier weder Verstaatlichungen noch staatliche Kontrollen über die Wirtschaft im Prinzip abgelehnt. Es handelt sich nur darum, diese Kontrollen vollständig in kapitalistische Hände zu legen und zu hundert Prozent nach kapitalistischen Gesichtspunkten und Interessen durchzuführen. Ein anderes Symptom für die Umwandlung der Torypartei ist der tobende Beifall, den auf diesem Parteitag antisemitische und rassistische Ausführungen eines sonst nicht weiter bekannten Redners fanden.

Im Gegensatz zu Frankreich ist in England die kommunistische Partei keine Massenpartei. Sie hat nicht verstanden, die wachsende Masse der Arbeiter an sich zu ziehen, die einer sozialistischen Lösung der Krise in England zustrebt. Sie mußte in den Augen dieser Arbeiter mehr als ein Hilfswerkzeug der sowjetischen Außenpolitik denn als Vorkämpferin und Führerin zur sozialistischen Revolution in England erscheinen.

Die Regierung Attlee hat beschlossen, dem Druck der Torys auf sofortige Neuwahlen nicht nachzugeben. Damit allein wird sie sich aber nicht retten können. Es ist die Opposition innerhalb der Labour-Party und vor allem der unmittelbare Druck der englischen Arbeiter auf die Labour-Party und in den Gewerkschaften, von deren Energie und Zielklarheit die Möglichkeit der Bahnung eines Ausweges nach vorwärts abhängt.

Lieber Heinz,

Habana-Vedado, 18. Nov. 1947

ich wollte die Antwort auf Ihren Brief vom 18. Okt. mit der Übersicht mitschicken; da die Übersicht aber etwas länger wurde als sonst, schicke ich sie extra...

Ihre verschiedenen Sendungen von Zeitungen und Zeitungsausschnitten, sowie Berichte aus Germanien habe ich bekommen. In dieser Beziehung habe ich folgende Wünsche: 1) Wäre es nicht möglich, den "New Statesman" regelmäßig durch Luftpost zu schicken? Es geht jetzt zweimal wöchentlich ein direktes Flugzeug von London nach Habana. Der "Statesman" ist für mich hier das wichtigste Material. 2) Wenn eine solche Geschichte ist wie die letzten Gemeindewahlen hier, so bitte ich, mir die wesentlichen Daten über die Ergebnisse, wenn möglich auch über die ersten Reaktionen der Parteien mit Flugpost zu schicken, damit die Daten für die Übersicht benutzt werden können. Mit gewöhnlicher Post kommt das zu spät. Bei der Übersicht hatte ich nur die amerikanischen Meldungen vor mir, und Sie wissen, wie ungenügend sie sind...

Was sind Ihre Eindrücke 1) vom Alltäglichen in London, 2) von der Reaktion der Arbeiter auf den Ausfall der Gemeindewahlen, 3) vom Zustand der Arbeiterorganisationen in England, 4) von unseren Freunden?

Wie haben Sie Ihre Tätigkeit eingerichtet, und wie lassen sich die Aussichten an, nach D. zu kommen?

Wie Sie sehen, ist die Frage der "Souveränität" in der letzten Übersicht kurz behandelt worden. Vielleicht lohnt es sich, in einer der nächsten Übersichten noch auf die Frage des "friedlichen Übergangs zur Macht" einzugehen? Daß ein so blöder Trick überhaupt vorgebracht werden kann, ist ein schlechtes Zeichen für den Geisteszustand in D....

Beste Grüße Aug.

Rheinischer Merkur

Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

Nr. 42 2. Jahrgang B

Samstag, 8. November 1947

Einzelpreis 50 Pfg.

Der Ruck nach rechts Die europäischen Völker wollen wieder Freiheit im Innern

Es ist überall das gleiche Bild.

Die Rechte gewinnt, die Linke verliert, wobei der Rückgang der Kommunisten besonders empfindlich ist . . .

So ist es bei den Gemeindewahlen in Italien, Frankreich und jetzt auch in England gewesen. So war es in der Schweiz und in Dänemark.

Wenn die Rechtsparteien (dieses Wort im Sinne von rechter Hälfte genommen) heute eine so eindeutige Anziehungskraft zeigen, so nicht deshalb, weil sie als „national“ gelten - in diesem Punkte sind sie von einigen Linksparteien längst überholt - sondern weil sie die Freiheit der Person, der Familie, der Gemeinden, des Wirtschaftslebens gegenüber der staatlichen Bürokratie vertreten. Es handelt sich um einen Aufstand der Staatsbürger gegen den Staat.

Es will uns heute wie ein Märchen aus fernen Zeiten erscheinen, wenn wir uns erinnern, daß vor 1914 kein Land einen Paßzwang kannte, vom zaristischen Rußland mit seiner Ochrana abgesehen. Daß für alle Personen, für alle Geldsorten die Grenzen weit offen standen, und nur von einzelnen Ländern auf einzelne Warengattungen Zoll erhoben wurde. Daß jeder tun und treiben konnte, was ihm beliebte, wenn er nur das Strafgesetzbuch seines jeweiligen Aufenthaltslandes nicht verletzte. Seit der Mobilmachung zum ersten Weltkrieg und seiner Kriegswirtschaft ist hingegen die Zahl der Personalausweise, der erforderlichen Bewilligungen, der Stempel und Marken langsam, aber unaufhaltsam angeschwollen. „Von der Wiege bis zur Bahre Formulare, Formulare . . .“

Der fragebogenfüllende, einsatz- und bedarfs-gelenkte, wohnungsbewirtschaftete, bis zum Weißbluten besteuerte, in nahezu jeder Bewegung gehemmte „Staats-Sklave“ scheint jetzt jedoch genug zu haben. Wenn er auch nicht so naiv ist zu übersehen, daß manche dieser Erscheinungen zu den unvermeidlichen Kriegsfolgen gehören, so beginnt er doch zwischen den Parteien wieder zu unterscheiden, die in diesem Apparat ein notwendiges, möglichst bald zu überwindendes Übel sehen, und jenen, die grundsätzlich zu staatlichen Regelungen neigen.

In diesem Punkte wird der Unterschied zwischen der offenen westlichen Welt und den Ländern des Ostblockes wahrscheinlich immer ausgeprägter werden. Die Demokratie des Westens ist schon deshalb etwas anderes als die „Volksdemokratie“ des Ostens, weil sie eine Freiheits-sphäre innerhalb des eigenen Staates verlangt. Der Einzelne will nicht als anonymen Bestandteil der Masse theoretische Souveränitätsrechte besitzen, sondern er will sie praktisch gewahrt sehen.

Der nächste Abschnitt der westeuropäischen Entwicklung scheint der Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte zu gehören. Der Sieg über den Faschismus und den Nationalsozialismus hätte in der Tat seinen Sinn verloren, wenn er uns nur einen Etatismus unter anderem Namen und in anderer Farbe gebracht hätte. Aber es ist erstaunlich, wie sehr dieses Denken Schule gemacht hat, und wie schwer es manchen Regierungen fällt, von ihrer Allmacht wieder zurückzutreten. F. A. K.

Erste Begegnung mit Mikolajczyk

Der Führer der nationalen Bauernpartei in Polen ist drei Wochen nach seiner Flucht aus Warschau auf englischem Boden eingetroffen. Er hielt sich zunächst auf dem Lande jenseits der Oder versteckt, ehe er quer durch die russische Zone im britischen Besatzungsgebiet ankam. Mikolajczyk wird nach den Vereinigten Staaten weiterreisen und mit der Internationalen

Als ich an der vereinbarten Stelle ankam, waren die ersten Worte des Bauernführers „Sagen Sie vor allem kein Wort darüber, wo Sie mich getroffen haben. Beruhigen Sie meine Freunde. Sagen Sie ihnen, daß bald der Augenblick kommt, wo das Schweigen gebrochen werden kann. Seit vielen Wochen war ich mit

Internationale monatliche Übersicht über November 1947, Nr. 4

1. Der Widerspruch zwischen den nationalen und den internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und seine Lösung.

Die Politik der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens stellt gegenwärtig besonders scharf die Frage des Widerspruchs zwischen den nationalen und internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und ihrer Lösung. Auch in England und Deutschland steht dieses Problem, wenn auch noch weniger zugespitzt. Es ist nicht mehr noch weniger als das Grundproblem der europäischen Revolution. Von seiner richtigen oder falschen Lösung hängt Sieg oder Niederlage ab. Noch mehr, es hängt auch davon ab, ob die sozialistische Revolution in Mittel- und Westeuropa im Gefolge eines neuen Weltkrieges kommt, mit all den furchtbaren Opfern und Schäden einer solchen Katastrophe, oder ob er vermieden werden kann. Und schließlich hängt davon ab, ob die sozialistische Revolution in Mittel- und Westeuropa von vornherein ein eigenes Gesicht haben wird, das ihr angemessen ist, oder ob sie mit einem russischen und das heißt fremden Gesicht beginnen wird. Darum ist es nötig, Klarheit über diese Frage zu schaffen, die *Grundfrage der kommenden europäischen sozialistischen Revolution*.

In der Geschichte der kommunistischen Bewegung seit 1917 stehen in dieser Frage zwei polar entgegengesetzte allgemeine Lösungen einander gegenüber. In der ersten Periode der Kommunistischen Internationale bis zum Tode Lenins war die gegebene allgemeine Lösung in den Grundzügen folgende:

Die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern bestimmen ihre Strategie und Taktik entsprechend den in jedem Lande vorhandenen inneren Klassenverhältnissen. Sie wenden die Lehren der russischen Revolution, soweit sie von internationaler Geltung sind, selbständig auf die besonderen Klassenverhältnisse ihres Landes an.

Sie bestimmen dementsprechend Tagesforderungen und Übergangslösungen. Die kommunistischen Grundsätze und Endziele aber sind allgemein gültig. Haben sie in ihrem Lande die inneren Klassengegner aus eigener Kraft besiegt und wird die siegreiche sozialistische Revolution von außen angegriffen, so kommt ihr die Rote Armee Sowjetrußlands zu Hilfe. Zu diesem allgemeinen Schema gehörte auch, daß die Außenpolitik der Sowjetunion ihre besonderen Wege ging, wie sie durch die internationale Lage der Sowjetunion bestimmt war, und daß die kommunistischen Parteien der

anderen Länder die internationale Linie einschlugen, die ihren Verhältnissen und Bedürfnissen gemäß war.

Der Gegenpol dazu ist die Stalinsche Periode der Kommunistischen Internationale. Hier werden die Taktik, die Strategie, ja die Grundsätze der außer-russischen kommunistischen Parteien vollständig der sowjetischen Außenpolitik untergeordnet. Die außenpolitische Linie dieser Parteien hat mit der der Sowjetunion zusammenzufallen.

Die einschlägigen Tatsachen sind im allgemeinen genügend bekannt, so daß wir sie nicht im einzelnen aufzuzählen haben. Um jedes mögliche Mißverständnis zu vermeiden: wir stellen diese Tatsachen fest eben als Tatsachen, keineswegs im Sinne der üblichen Anklage der Imperialisten, daß die Sowjetunion die kommunistischen Parteien der anderen Länder für die Zwecke einer egoistischen national-russischen Politik gebrauche oder mißbrauche. Anklagen dieser Art widerlegen sich selbst im Munde von Staaten, deren kapitalistisch-imperialistische Machtpolitik ihnen keine andere Außenpolitik als die des nationalen Egoismus erlaubt und auch nur denkbar macht.

Wir stellen die Frage auf einer ganz anderen Ebene. Es ist für uns keine Frage, daß die Macht der Sowjetunion, ihre militärische, wirtschaftliche, politische Macht, für die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung heute der stärkste internationale Machtfaktor ist, der auf der Seite der sozialistischen Revolution in die Waagschale fällt. Den besten Beweis dafür liefern die Worte und vor allem die Handlungen der Hauptgegner der sozialistischen Revolution. Wir fassen also die Sowjetunion nicht als lediglich nationalen, sondern zugleich als internationalen Machtfaktor, als wesentlichen Bestandteil der internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in anderen Ländern.

Daneben stehen aber die nationalen, oder wenn man will, inneren Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in den anderen Ländern. Diese beiden müssen keineswegs immer zusammenfallen. Es kann ein Widerspruch zwischen ihnen bestehen. Dies wird sogar häufiger und für längere Zeiten der Fall sein als das Zusammenfallen. Im Fall der russischen Revolution von 1917 hat zum Beispiel Lenin immer betont, daß für sie das Zusammenfallen der inneren und der internationalen Bedingungen für ihren Sieg nur durch ein kurzfristiges einmaliges Zusammentreffen besonderer Umstände zustande kam: wobei auf der Seite der internationalen Voraussetzungen vor allem die Tatsache wesentlich war, daß die Mittelmächte und die Alliierten noch im Kriege gegeneinander standen und also nicht gemeinsam sich gegen die Oktoberrevolution wenden konnten. Dies war ein ausnahmsweise günstiger Umstand oder, was dasselbe ist: die Regel ist nicht das Zusammenfallen, sondern das Auseinanderfallen, der Widerspruch zwischen den inneren und äußeren Voraussetzungen der sozialistischen Revolution. Dies Auseinanderfallen kann nach entgegengesetzter Richtung stattfinden:

Reife und Gunst der inneren Voraussetzungen, aber Unreife und Ungunst der internationalen Voraussetzungen oder umgekehrt.

Für dieses Auseinanderfallen gibt es eine Reihe schmerzlicher und folgenreicher geschichtlicher Beispiele. Eine davon ist der Sieg der ungarischen Räterepublik im Jahre 1919, der durch die Ungunst der internationalen Lage, das heißt durch die Unfähigkeit Sowjetrußlands, ihm militärisch zu Hilfe zu kommen, ausgelöscht wurde.¹⁾ Ein anderes ähnliches Beispiel ist Finnland.²⁾ Der polnische Feldzug von 1920 zeigte, wie einerseits Sowjetrußland nicht die Kraft hatte, über Polen nach Deutschland vorzustoßen, wie andererseits der russische Vorstoß auf ungenügende Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in dem damaligen Deutschland stieß.³⁾

Wenn dem aber so ist, daß über längere Zeitstrecken Widersprüche vorhanden sind zwischen den inneren und den äußeren, den nationalen und den internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution – so bedürfen diese Widersprüche fortlaufender konkreter Lösungen.

Diese Lösungen müssen für jedes Land sowohl die Veränderungen der inneren wie der äußeren Voraussetzungen der sozialistischen Revolution berücksichtigen, sie müssen die Resultanten aller dieser Faktoren sein.

Sowohl die einen wie die anderen sind tiefgreifend. Was die inneren Voraussetzungen anlangt, so lassen sie sich für Europa auf den allgemeinen Nenner bringen, daß hier der Niedergang des Kapitalismus in den vollen Zerfall übergegangen ist und daß die bürgerliche Gesellschaft nach allen ihren Seiten unvergleichlich viel tiefer unterwühlt ist als nach dem Ersten Weltkrieg.

Was die äußeren internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Europa anlangt, so haben sie sich zugleich vereinfacht und verschärft. Dem inneren Gegensatz Kapitalismus-Sozialismus entspricht heute der äußere Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten als Vormacht der kapitalistischen Staaten einerseits, der Sowjetunion andererseits. Die Sowjetunion aber ist zu der einzigen militärischen und politischen Macht von derselben Größenordnung wie die Vereinigten Staaten geworden. Zugleich aber hat ihre lange Isolierung dazu geführt, daß ihre innere Entwicklung mehr und mehr Sonderzüge angenommen hat, die mit der Gesamtheit der russischen Geschichte zusammenhängen. Andererseits hat der zweite Weltkrieg die Sowjetunion stärkere Opfer an Menschen und Gütern gekostet, als irgendeinem anderen der am Kriege beteiligten Großstaaten. Die Sowjetunion bedarf langer Jahre für ihre Erholung und ihren Wiederaufbau.

Im Ganzen genommen ist das Resultat, daß das Gewicht der internationalen Voraussetzungen stärker geworden ist im Verhältnis zu dem der inneren Voraussetzungen, und daß die inneren und äußeren Voraussetzungen für die sozialistische Revolution enger miteinander verwachsen sind, als das jemals zuvor der Fall war.

Sagen wir nun zunächst, was heute keine oder falsche Lösungen der Widersprüche zwischen den inneren und äußeren, den nationalen und den internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Europa sind.

Es ist heute keine Lösung mehr, nur die inneren Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Betracht zu ziehen und von den internationalen Voraussetzungen, zu denen die Sowjetunion wesentlich gehört, abzusehen. Freilich, eine siegreiche sozialistische Revolution in England, Frankreich, Deutschland und Italien würde auch die internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution für ganz Europa ändern. Aber doch nicht so weit, daß sie einzeln oder zusammen ohne die Sowjetunion ausreichen würden, militärisch, wirtschaftlich, politisch ein genügendes Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten zu bilden. Die Idee, die heute in vielen sozialistischen Köpfen spukt, von einem sozialistischen Europa ohne die Sowjetunion als selbständige „Dritte Macht“ im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist nur ein Wunschtraum, denn ihr fehlen die notwendigen Machtgrundlagen. Daraus folgt keineswegs, daß Mittel- und Westeuropa auf die revolutionäre Initiative verzichten muß, aber es folgt daraus, daß diese Initiative nicht ohne Berücksichtigung der internationalen Voraussetzungen und das heißt vor allem der Sowjetunion siegreich sein kann.

Es ist dies sicher die wünschenswerteste Lösung. Sie böte die einzige Möglichkeit (nicht Sicherheit), einen dritten Weltkrieg zu vermeiden, denn für die Vereinigten Staaten wäre ein Krieg gegen ein sozialistisches Europa mit Einschluß der Sowjetunion ohne starke Stützpunkte und Verbündete in Europa selbst ein äußerst hohes Risiko. Es ist auch die einzige Möglichkeit, daß sozialistische Revolutionen in Mittel- und Westeuropa nicht mit dem russischen, sondern mit einem eigenen und höheren Stadium beginnen können und daß ein sozialistisches Europa nicht mit einem unverhältnismäßigen russischen Übergewicht beginnt, sondern eher mit einem Gleichgewicht zwischen West- und Osteuropa.

Wird Mittel- und Westeuropa diese Initiative entfalten? Das kann nur die Zukunft lehren. Diese Initiative möglich zu machen und sie vorzubereiten ist jedenfalls aller Anstrengungen wert. Tritt diese Initiative aber nicht ein, so wird Mittel- und Westeuropa nicht vermeiden können, durch die „russische Schule“ zu gehen, unabhängig von unseren Wünschen.

Es ist ebenfalls keine Lösung oder eine falsche Lösung, die Taktik der kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas ausschließlich von den internationalen Voraussetzungen aus zu bestimmen – ohne Rücksicht auf die inneren klassenmäßigen Voraussetzungen jedes einzelnen Landes.

Musterbeispiele davon sehen wir heute in Frankreich, Italien, England und Deutschland. Es ist klar, daß die Linie der „Demokratie“, der Teilnahme

der kommunistischen Parteien an den Regierungskoalitionen bürgerlicher Parteien, die Beteiligung an den Versuchen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der vom Krieg zerstörten Länder im Rahmen des Kapitalismus (des Staatskapitalismus), der Verzicht darauf, die Frage der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft aufzurollen, die Vorstellungen vom friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus – daß all dies letzten Endes nur Ausdrücke der ausschließlichen und einseitigen Bestimmung des Kurses der kommunistischen Parteien Westeuropas durch die internationalen Voraussetzungen sind. Die Linie der „Demokratie“ mit allem, was drum und dran hängt, ist nur verständlich als die Resultante lediglich der internationalen Machtverhältnisse. Näher bestimmt, als möglicher gedachter zeitweiliger Kompromiß oder mittlere Linie zwischen dem Lager der Sowjetunion und dem angelsächsischen Lager, in einer Periode, wo der offene Zusammenstoß noch vermieden werden soll.

Dies ist nicht ganz neu. Die erste geschichtliche Probe dafür war Spanien.⁴⁾ Hier wurde von der Sowjetunion die Linie der bürgerlichen Demokratie gewählt, um den offenen Konflikt mit den anderen imperialistischen Staaten zu vermeiden. Aber diese Linie war in vollem Widerspruch mit den inneren Voraussetzungen der Revolution in Spanien selbst, die die größte Verwandtschaft hatten mit denen der russischen Oktoberrevolution und die eine bürgerlich-demokratische Lösung ausschlossen. Die Logik der inneren Lage und des Kampfes trieb die spanischen Arbeiter und Bauern dazu, über die Linie der bürgerlichen Demokratie hinaus vorzustoßen. Die Logik der Linie der bürgerlichen Demokratie aber trieb dazu, diesen Vorstößen entgegen zu treten, ja, sie niederzuschlagen. So wurde dem Kampf der spanischen Arbeiter und Bauern das revolutionäre Rückgrat gebrochen. Niemand kann natürlich garantieren, daß sie mit einer revolutionären sozialistischen Linie gesiegt haben würden. Aber nur so war ein Sieg überhaupt möglich. Mit der demokratischen Linie war der Sieg jedenfalls unmöglich. Und es ist keine Frage, daß selbst eine Niederlage unter Entfaltung aller revolutionären Möglichkeiten für die spanischen Arbeiter und Bauern unendlich mehr bedeutet hätte für ihre zukünftigen Kämpfe als eine Niederlage unter Verzicht auf diese Entfaltung, ja unter Niederkämpfung der revolutionär-sozialistischen Errungenschaften der Arbeiter und Bauern.

Nehmt als Gegenstück dazu das heutige Frankreich. Die Teilnahme der kommunistischen Partei Frankreichs an einer Regierungskoalition mit der katholischen Partei, ihr Eintreten für erhöhte Produktionsleistung der Arbeiter auf kapitalistischer Grundlage und als Folge davon ihre Mithilfe bei der Niederschlagung von Streiks, bei der Liquidierung der am Ende des Krieges sehr lebendigen Ansätze von Räten und revolutionären Kampftruppen, ihre Beihilfe bei der Verteidigung der französischen Kolonialherrschaft usw.,⁵⁾ alles dies steht auf derselben Linie wie seinerzeit die demo-

kratische Linie in Spanien, mit dem Unterschied jedoch, daß in Spanien die demokratische Etappe der Revolution auf Grund der starken feudalen Reste im Lande ein notwendiger Durchgangspunkt (aber kein Endpunkt) war, daß jedoch in Frankreich die bürgerlich-demokratische Revolution eine längst und vollständig zurückgelegte Etappe und allein die sozialistische Revolution aktuell ist.

Und wenn jetzt die kommunistische Partei, nachdem sie aus der Regierungskoalition verdrängt worden ist,⁶⁾ ihre Kämpfe führt, nicht unter sozialistischen Losungen, sondern unter dem Stichwort gegen die amerikanische Versklavung Frankreichs auf der einen Seite, für bloße Lohn-erhöhungen auf der anderen Seite, so heißt das nur nach einer anderen Richtung an den revolutionären Zielen vorbeigehen, die den inneren Klassenverhältnissen Frankreichs entsprechen. Die Losung gegen die amerikanische Versklavung ist rein negativ. Wie kann man glauben, mit einer solchen rein negativen statt mit einer zusammenfassenden positiv revolutionären Losung und Lösung breite Massenkämpfe führen zu können? Daß bloße Lohnforderungen keine Lösung darstellen, ist ebenfalls klar.

Ähnliches gilt für Italien, England und Deutschland. So wenig wie in Spanien kann man mit Methoden, die die Bedürfnisse des inneren Kampfes außer Acht lassen und die Kampflinie lediglich nach den gegebenen äußeren, internationalen Kräfteverhältnissen bestimmen, in diesen anderen Ländern siegen.

Für die jeweilige Lösung des Widerspruchs zwischen den nationalen und internationalen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution gibt es keine allgemein gültige Formel, kein für alle Länder passendes Rezept. Sonst wäre revolutionäre Politik eine kindlich einfache Sache. Die Lösungen können nur aus der Berücksichtigung aller Voraussetzungen, der inneren und äußeren, der nationalen und internationalen, der einzelnen Länder hervorgehen.

Ein wichtiger allgemeiner Gesichtspunkt - keine konkrete Lösung -, der dabei in Betracht kommt, ist die jeweils richtige Bestimmung der Aktions- und der Propagandalosungen und ihres gegenseitigen Verhältnisses. Wenn z. B. in einem Lande bürgerlich-demokratische Teil- oder Etappenziele der gegebenen Lage entsprechen, so haben wir uns deswegen nicht in bürgerliche Demokraten zu verwandeln und die revolutionären sozialistischen Endziele für die Zeit zum alten Eisen zu werfen. Das heißt letzten Endes, die Methoden revolutionärer Massenführung mit denen der Geheimdiplomatie zu vertauschen und ist nur wieder ein Ausdruck des „Vergessens“ der inneren Voraussetzungen der sozialistischen Revolution über ihren äußeren.

Mit dem Vorstehenden ist natürlich der behandelte Gegenstand keineswegs erschöpft. Die Geschehnisse werden sicherlich Gelegenheit geben, noch auf andere seiner Seiten näher einzugehen oder hier nur Angedeutetes weiter zu entwickeln.

2. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat mit einer Reihe von „Siegen“ des angelsächsischen Blocks abgeschlossen: auf Grund der amerikanischen Initiative wurde die „kleine Versammlung“ als Gegengewicht gegen das „Verteidigungskomitee“ beschlossen, in dem das russische Vetorecht lästig war, ferner die Koreakommission und eine Balkankommission.⁷⁾ Alle diese „Siege“ sind im Grunde genommen nur Papiersiege, aber sie verschärfen die internationalen Spannungen, indem sie den „moralischen“ Druck auf den Sowjetblock verstärken. Und das ist der Hauptzweck. Ob die Initiativen der Vereinigten Staaten den eigenen Staatenblock verstärkt haben, ist mehr als zweifelhaft. Bei vielen Abstimmungen waren die Stimmenthaltungen zahlreich, darunter auch die vieler lateinamerikanischer Staaten. Außerdem ist von den ursprünglichen Anträgen der Nordamerikaner im Laufe der Verhandlungen sehr viel abgefeilt worden, vor allem in Bezug auf die „kleine Versammlung“.

*

Auf Grund eines Kompromisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen den schärfsten Widerstand der islamischen Staaten die Aufhebung des britischen Mandates über Palästina und die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat beschlossen worden, die politisch voneinander unabhängig sein, aber wirtschaftliche Verbindung aufrecht erhalten sollen. Die Stadt Jerusalem soll ein Fideikommiss der Vereinten Nationen werden.⁸⁾

Die Motive und Ziele der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sind dabei sicher nicht in allen Stücken dieselben. Die Übereinstimmung bezog sich wohl bei beiden hauptsächlich auf den Wunsch, das britische Mandat zu beenden und die Erwartung, in den anschließenden Konflikten Handhaben für die Verstärkung der eigenen Stellung im vorderen und mittleren Orient zu bekommen.

Der Palästinabeschluß ist gefaßt worden in einer Zeit, wo die Vereinten Nationen als solche über keinerlei militärische Kräfte verfügen, wo aber jedermann voraussehen konnte und mußte, daß die beschlossene Teilung Palästinas, wenn überhaupt, so nur unter Einsatz starker militärischer Kräfte durchzuführen sei, und daß diese Frage die ganze Welt der islamischen Staaten in Bewegung setzen werde. Somit ist mit diesem Beschluß die palästinensische Ecke zu dem zündenden Funken für alle Brandstoffe des vorderen und mittleren Orients gemacht worden. Die jüdische Bevölkerung Palästinas aber wird dem Ansturm von siebzig Millionen Moslems ausgesetzt sein, was auch für eine noch so entschlossene Schar von Verteidigern zu viel ist. Die palästinensischen Juden zahlen die Zeche.

*

Kurz vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz der vier Außenminister⁹⁾ zu Verhandlungen über den Frieden mit Deutschland und Österreich ließ der angelsächsische Block als einen Versuchsballon die Nachricht zirkulieren, die Russen würden wahrscheinlich mit der Überraschung kommen, daß sie die gleichzeitige und vollständige Räumung Deutschlands durch die Besatzungsmächte fordern würden.

Diese „Überraschung“ ist bis jetzt ausgeblieben. Es ist schade darum. Die Sowjetunion hätte dabei nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Wenn es für sie nötig ist, in Deutschland einzugreifen, so ist sie näher bei der Hand als die Vereinigten Staaten und England und bei weitem stärker als Frankreich. Der moralische Gewinn aber der Macht, die für die baldige Räumung Deutschlands eintritt und sie verwirklichen hilft, bei der deutschen Bevölkerung, würde jeden zeitweiligen und kleineren Nachteil um ein Vielfaches aufwiegen. Wenn aber dieser Gedanke sozusagen in der Luft liegt, so ist es mehr als an der Zeit, daß die deutsche Bevölkerung selbst ihrem Willen in dieser Richtung energisch Ausdruck gibt.

Lieber Heinz,

Habana-Vedado, 31. Dez. 1947

ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 28.11., sowie des Berichtes über die O-Zone. Dieser Bericht ist übrigens der beste, den ich bis jetzt gesehen habe...

Waren Sie einverstanden mit dem, was ich in der letzten Übersicht über Italien und Frankreich schrieb? In Bezug auf Frankreich bin ich pessimistischer als Sie, vor allem weil die KP keinerlei Programm für die Bauern hat; dagegen scheint es in Italien besser damit zu stehen.

Beste Grüße, Aug.

Chaos in Griechenland

20 000 gegen 150 000 — Die offene Grenze

Athen, 19. November

Ministerpräsident Tsaldaris erklärte gestern vor dem griechischen Parlament, daß ein zur engeren militärischen Zusammenarbeit gegründeter griechisch-amerikanischer Stab 150 amerikanische Armeeeingehörige unter der Führung von Generalmajor William Livesays umfassen würde. Dieser Stab wird keine Kommandofunktionen ausüben, aber den griechischen Armeekommandeuren Ratschläge für operative Pläne, Ausrüstung und Nachschub geben.

Saloniki, 19. November

In den vergangenen drei Jahren haben Großbritannien und die USA Vorräte, Ausrüstungsgegenstände und sonstige Hilfeleistungen im Wert von mehr als 250 Millionen Dollar in Griechenland hinein gepumpt. Auf Grund des Truman-Hilfsgesetzes haben die USA außerdem eine Hilfsmision nach Griechenland geschickt, die weitere 90 Millionen Pfund Sterling auszugeben beabsichtigt. Trotz allem ist aber die Lage dort schlechter denn je.

Die Griechen haben heute das Gefühl daß ihre Lage ziemlich hoffnungslos ist. Es ist nicht viel Vertrauen übrig geblieben. Selbst höheren Orts herrscht Pessimismus und auch ein gewisser Defatismus ist spürbar: Eine bewaffnete Minderheit unter kommunistischer Führung, von außen her inspiriert und ermutigt, hält zwei Drittel Griechenlands in Aufruhr. Bisher wurden zwei größere militärische Offensiven gemacht — 1946 und 1947 — um die Lage zu bereinigen. Jetzt, am Vorabend einer neuen und größeren militärischen Operation, besteht wenig Hoffnung, daß das Ergebnis besser als Unentschieden sein wird.

Die griechische Armee

In Athen glaubt man noch fest an die griechische Armee, die kürzlich um 20 000 Mann Miliz verstärkt wurde. Man hofft, dadurch reguläre Truppen aus dem Garnisondienst für militärische Operationen frei zu bekommen.

Auch wenn die griechische Armee die beste Führung der Welt hätte, müßte sie erkennen, daß der Kampf gegen die Rebellen

Und wie steht es um die andere Seite? Wie kann eine Rebellentruppe von 20 000 bewaffneten Männern und Frauen ein von 150 000 Soldaten und Gendarmen verteidigtes Land in einem Zustand des Aufbruchs halten?

Die Aufständischen der „Demokratischen Armee“ sind jetzt in guter Form. Sie hatten während des Sommerfeldzuges Verluste, doch gingen sie Kampfhandlungen nach Möglichkeit aus dem Wege. In letzter Zeit taten sie dies jedoch nicht mehr. Sie hielten ihre Stellungen, kämpften und wurden nicht geschlagen.

Die Nordgrenze Griechenlands ist weit geöffnet. Alle Dementis aus Belgrad, Tirana und Sofia schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Aufständischen über sichere Ruhestellungen und Lazarette außerhalb der Reichweite der griechischen Regierungstreitkräfte verfügen.

Rekrutierungserfolge der Aufständischen

Markos Guerillakämpfer durchstreifen das ganze Gebiet mehr oder weniger nach ihrem Belieben. Obwohl sie hauptsächlich in der Nacht aktiv werden, treten sie jetzt auch mitten am Tage und in Sichtweite der Regierungsgarnisonen in Erscheinung. Die Rekrutenzugänge der Rebellen sollen nach Schätzungen dortiger britischer Beobachter die Verluste durch Tote, Verwundete und Deserteure in den letzten Monaten um ein Dreifaches übertreffen.

Große Landgebiete sind durch die Pfänderei der Aufständischen völlig entblößt worden. Im Oktober wurden in Thrazien allein 6000 Schafe von den Guerillas geraubt. Die während des gleichen Monats verbrannten Häuser und „hingerichteten“ Personen gehen in die Hunderte. Wenig wurde geerntet und noch weniger gesät. Und das in der Kornkammer Griechenlands.

Die Flüchtlingslast

Die Zahl der registrierten Flüchtlinge aus den Landgebieten von Mazedonien und Thrazien belief sich bei der letzten Zählung vom 15. Oktober auf 214 988.



Deutschland, der Friede und das neue Jahr

Zwischen „verzweifeltstem Pessimismus“ und „gedämpftem Optimismus“

Der Jahreswechsel hat, wie schon das Weihnachtsfest, vielen führenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes Gelegenheit geboten, ihre Auffassungen, Hoffnungen und Wünsche einer auf Besserung und Frieden hoffenden Welt bekannt zu geben. Die Stimmung der Deutschen kennzeichnete eine Beurteilung aus Berlin als eine Mischung zwischen „verzweifeltstem Pessimismus und gedämpftem Optimismus“ (ap), wobei, besonders im Hinblick auf die Möglichkeiten des Marshall-Plans eine hoffnungsvollere Atmosphäre in der Bizone festgestellt wird. Allgemein aber sei der Wunsch, daß sich die Lebensumstände bessere, daß die Zensurgesetze im neuen Jahr endlich verschwinden und eine Währungs- und Steuerreform durchgeführt würde.

stimmen werden, um daraus Reparationen zu bezahlen, anstatt die Friedensindustrie auszubauen.

Grüße der Kommandanten von Berlin

Der Wunsch nach einem auf der Wirklichkeit aufgebautem Optimismus ist in einer Neujahrshochzeit erhalten, die Oberst Frank Howley, der Direktor der amerikanischen Militärregierung im amerikanischen Sektor Berlins an die Berliner Bevölkerung richtete. Oberst Howley wies in seiner Neujahrshochzeit darauf hin, daß ein großer, wenn auch augenscheinlich langsamer Fortschritt seit der Kapitulation in Berlin zu verzeichnen sei.

1948 soll ein besseres Jahr werden als 1947, stellt der Kommandant des britischen Sektors von Berlin, Generalmajor E.O. Herbert, in einer Erklärung zum neuen Jahr fest. „Diejenigen, die auf eine rasche Beilegung aller unserer Schwierigkeiten in Berlin und in der ganzen Welt große Hoffnungen setzen“, heißt es in der Erklärung, „werden enttäuscht sein, aber noch mehr die Unglückspropheten.“ Es sei zu hoffen, daß 1948 die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Schaffung eines freien und demokratischen Deutschlands, das vor jeder Diktatur geschützt ist, bringen werde.

Die französischen Militärregierungen stellen in einem Aufruf zum Jahreswechsel die Schwierigkeiten heraus, denen sich die Berliner Bevölkerung im vergangenen Jahr gegenüber sah, und betont, daß sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet eine bemerkenswerte Besserung erreicht worden sei. „Diese Besserung“, heißt es in der Erklärung, „kann vielleicht als ein Pfad für die Zukunft betrachtet werden.“

General Kottikow gratuliert in seiner Botschaft der Bevölkerung Berlins und spricht die Hoffnung aus, daß im kommenden Jahr die Einheit Deutschlands und somit auch die Einheit Berlins hergestellt werden wird.

Der Papst: Der Frieden ist unteilbar

In einer Botschaft an die beim Vatikan akkreditierten Diplomaten erklärte der Papst dem vatikanischen Rundfunk sofort am Silvesterabend, daß „wichtige und freie Menschen aus allen Lagern von der Unteilbarkeit des Friedens überzeugt sind.“ Er fuhr fort: „Mit aller Kraft unseres Glaubens weigern wir uns, unter denen zu sein, die der Überzeugung sind, daß das kommende Jahr zu den schlimmsten der Geschichte gehören wird.“

Im Rahmen der Vortragsreihe „Freiheit gegen Totalitarismus“ äußerte der stellvertretende Direktor der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung, Don D. Humphrey, in einer Radioansprache an die deutsche Bevölkerung am Donnerstag das Jahr 1948 werde sich als Wendepunkt der deutschen Widerstandsgeschichte erweisen. Das abbrechende Jahr werde doppelt so große Fortschritte als das zu Ende gegangene bringen. Außer der Währungsreform sei eine weitere Steigerung der Kohle- und Stahlproduktion zu erwarten.

In seiner über den Rundfunk verbreiteten Neujahransprache an die deutsche Bevölkerung übt der Direktor der Militärregierung für Bayern, Murray van Wagener, unumwundene Kritik an großenteils selbstverschuldeten deutschen Mißständen. Der Gouverneur hob die Verantwortung der Bayern hervor, die den Anbauplan für 1947 nicht nachgekomm-

men seien. Es bedürfe einer gesunden Gesetzgebung, die den Notständen gerecht werde, und die Regierung müsse für eine Führerschaft sorgen, die nicht in Parteilichkeit stecken bleibe.

Der Präsident des Zweizonenwirtschaftsrats, Dr. Erich Köhler, ist der Ansicht, daß mit Hilfe einer Währungs- und Steuerreform die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr einen Aufschwung nehmen würde. Die Begründung des Marshall-Plans strafe den alten Glauben Lüge, daß Deutschland sich selbst erholen könne und sei außerdem ein Beweis dafür, daß Deutschland die Notwendigkeit einer Gemeinschaft der Völker der Erde, und insbesondere einer europäischen Volkergemeinschaft, anerkenne.

Was die Parteien wünschen ...

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft zum Jahreswechsel alle Deutschen auf, durch gemeinsame Anstrengungen der leidenden Menschheit wieder Hoffnung und den Glauben an eine bessere Zukunft zu geben.

Die Liberaldemokratische Partei bringt zum Ausdruck, daß den deutschen Westzonen die Möglichkeit zum Wiederaufbau gegeben werden müsse, damit die Welt die Bereitschaft der deutschen Völker erkennen könne, zum Nutzen ganz Europas zu arbeiten.

Die Kommunisten geben zum Jahreswechsel ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Westmächte einer Erhöhung der deutschen Produktion zü-

Molotov wiederholt seine Beschuldigungen

Aber er dringt auf baldige Friedensregelung mit Deutschland und Japan

Moskau, 31. Dezember (dpa).

Molotov äußerte sich am Mittwoch gegenüber der „Swestija“ und der „Pravda“ über die Londoner Konferenz. Er machte die Westmächte, insbesondere die USA, dafür verantwortlich, daß keine Einigung über die deutsche Frage erzielt worden sei, da sie seit Jalta und Potsdam ihre Ansicht über den Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiederherstellung der deutschen Einheit geändert hätten. Molotov beschuldigte die USA, daß sie zur Zeit den „hartnäckigsten Widerstand“ gegen die Vorbereitung des Friedensvertrages leisteten. Mit der Frage der deutschen Grenzen hätten sich die Westmächte nur künstlich beschäftigt. Die Londoner Besprechungen seien jedoch nicht ergebnislos verlaufen. „Aus bestimmten Gründen werden die Ergebnisse totgeschwiegen.“ Die Einstellung der Westmächte sei von der Furcht diktiert worden. „Deutschland könne wieder als wirksames Konkurrenzfeld auf dem Weltmarkt erscheinen.“ Die Verantwortung für den Fehlschlag in London liegt bei den herrschenden Kreisen der USA, und Berlin mit Bildauit schlossen sich Marshall an. Er sei offensichtlich, fügte der sowjetische Außenminister hinzu, daß nur zu dem Zeitpunkt kommen ist, daß der Außenminister sich vorwiegend mit dem Problem der Friedensregelung für Deutschland im Westen, und für Japan im Osten befaßt. Dieses sei der richtige Weg zu einer Festigung des allgemeinen Friedens.

derherstellung der Einheit Deutschlands mehr eine Begründung der europäischen Einheitsbewegung als eine Rechtfertigung als tatsächlich eine Wiederherstellung der deutschen Staatseinheit ist.“

Der sowjetische Außenminister machte in seiner Erklärung dann die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich dafür verantwortlich, daß die in Potsdam festgelegten Einsätze der deutschen Zersplitterungsstellen nicht verwirklicht wurde.

Über die Frage der deutschen Einheit beständen jetzt zwei grundlegend unterschiedliche Standpunkte, fuhr Molotov fort. Die Sowjetunion allein trete weiterhin für die deutsche Einheitsbewegung ein. Dem britisch-französisch-amerikanischen Vorschlag, daß den deutschen Ländern alle Vollmachten gegeben werden sollten, fanden demgegenüber eine auf die Auflösung Deutschlands abzielende Politik ihren Ausdruck. „Diese Politik wird von dem Wunsch bestimmt, Deutschland sowohl politisch als auch wirtschaftlich zersplittern. Hierzu sind in seinen weiteren Ausführungen brachte der sowjetische Außenminister das Scheitern der Londoner Konferenz mit den wirtschaftlichen Plänen der Vereinigten Staaten in Zusammenhang. Er wiederholte die bereits früher gegebene Darstellung der „Dollarpolitik“, die nach seiner Auffassung von amerikanischen Interessen diktiert ist und zu der Erhöhung der amerikanischen Einfuhren in Deutschland führen soll. Schließlich unterstrich Molotov, daß die amerikanischen Pläne in keiner Weise die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen durch Deutschland vorsehen. „Der amerikanische Plan rechnet nicht mit der Interessen der Staaten, die unter dem deutschen Angriff und der deut-

lichen Besetzung gelitten haben“, heißt es in der Erklärung des sowjetischen Außenministers. Daß die Sowjetunion die Regelung der Reparationsfrage durch die Verweigerung von Informationen über die Sowjetzone erschwert habe, bezeichnete Molotov als eine völlig unbegründete Darstellung. Die Sowjetunion sei immer bereit gewesen, erschöpfende Informationen zu geben, falls die Westmächte bereit seien, das Reparationsproblem tatsächlich und nicht durch Worte zu regeln. Als das Ziel des amerikanischen Planes bezeichnete Molotov zum Schluß die Beseitigung des Potsdamer Abkommens.

„Nach diesen Darlegungen wird es völlig klar“, sagte Molotov, „warum die Vereinigten Staaten, die z. Z. bei den Ausführungen ihres Planes in Europa sind, kein Interesse an der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland oder an der Wiederherstellung der deutschen Einheit haben.“ Solange die Verhältnisse nicht geändert seien, und keine deutsche Regierung bestünde, könne die amerikanische Forderung, das sei die einzig mögliche Erklärung dafür, daß sie in der Außenministerkonferenz nicht über die Friedensregelung verhandeln wollten.

Keine britische Stellungnahme

London, 31. Dezember (dpa)

Zu der über den Sender Moskau verbreiteten Erklärung Molotows zum Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz wird, wie der Sender London meldet, von amtlicher Londoner Seite mitgeteilt, daß die britische Regierung nicht die Absicht hat, hierzu Stellung zu nehmen, dies bereits auf der Londoner Konferenz geschehen sei.

Um die Zukunft Westdeutschlands

Niemals die Teilung Deutschlands verantworten

Internationale monatliche Übersicht über Dezember 1947, Nr. 5

Weltpolitische Bilanz 1947.

Jedermann sieht heute, daß das ganze weltpolitische Geschehen sich um den Gegensatz zwischen den zwei Staatengruppen dreht, deren stärkste und führende Kräfte die Vereinigten Staaten auf der einen Seite, die Sowjetunion auf der anderen Seite sind. Daß dem so sein würde, ergab sich bereits aus einer unbefangenen Analyse der weltpolitischen Lage, wie sie aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging. Was damals aber erst in der Anlage vorhanden war, hat sich inzwischen mehr und mehr entfaltet, so daß es heute unmittelbar und allgemein sichtbar ist. Die meisten der Illusionen, die ein Ergebnis der Kriegslage und der Kriegspropaganda waren, vor allem die der dauernden Zusammenarbeit zwischen den Siegerstaaten, sind zerstoßen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich also die weltpolitische Lage äußerst vereinfacht. Eine weltpolitische Bilanz des vergangenen Jahres läuft also heute darauf hinaus, die Gewinn- und Verlustbilanz der beiden weltpolitischen Lager zu ziehen.

Andererseits aber kommen die Innenpolitik, die Wirtschaft, die herrschenden Ideologien der einzelnen Staaten in wachsendem Umfang unter die Herrschaft dieses weltpolitischen Grundgegensatzes. Die innenpolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Vorgänge in der entferntesten und unbedeutendsten Weltecke reihen sich mehr und mehr in diesen weltpolitischen Rahmen ein. Diese Verflechtung geht aber nicht nur in dem Sinne vor sich, daß die Außenpolitik die Innenpolitik bestimmt, sondern auch umgekehrt. Die innenpolitischen Entwicklungen wirken zurück auf das außenpolitische Kräfteverhältnis. Wenn von dem ersten Gesichtspunkt aus die weltpolitische Lage sich immer mehr vereinfacht hat und weiter vereinfacht, so hat sie sich von dem zweiten Gesichtspunkt aus immer weiter verwickelt und besonders und wird sich weiter verwickeln und besonders.

Die beiden Gesichtspunkte müssen denn auch von einer weltpolitischen Bilanz des Jahres 1947 berücksichtigt werden. Die am einfachsten zu ziehende, weil am offensten liegende Bilanz, ist die der territorialen Gewinne oder Verluste der beiden Lager.

Die einzige größere Veränderung, die hier eingetreten ist, hat in Asien stattgefunden, und zwar in China. Die Mandschurei ist heute zum größten Teil in der Hand der chinesischen Kommunisten.¹⁾ Die Fortschritte der Armeen der chinesischen Kommunisten beschränken sich nicht darauf, aber

der Gewinn der Mandschurei ist strategisch, wirtschaftlich, politisch von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Kampfes um China. Und China ist seinerseits so bestimmend für die Herrschaft über den asiatischen, wie es Deutschland für die Herrschaft über den europäischen Weltteil ist.

In Europa sind noch keine größeren territorialen Verschiebungen fixiert. Aber der militärische Kampf darum ist offenbar im Gange in Griechenland. Die Guerilla-Bewegung unter kommunistischer Führung hat sich als revolutionäre republikanische Regierung proklamiert und kämpft nun um ein festes Territorium auf griechischem Gebiet.²⁾ Der Ausdehnung nach handelt es sich hier um kleine Gebiete. Aber ihre strategische und politische Bedeutung ist enorm. Der Kampf geht um die strategische Beherrschung des Balkans und des östlichen Mittelmeeres.

Wenn im übrigen Europa keine territorialen Verschiebungen zwischen den beiden weltpolitischen Lagern eingetreten sind, so wäre es falsch, daraus zu schließen, daß hier nichts geschehen sei. Gerade die Erhaltung der bestehenden territorialen Abgrenzung war der Hauptinhalt der Tätigkeit der beiden Lager in diesem Gebiet. Die Formen des Kampfes sind hier noch die der Diplomatie, der wirtschaftlichen Maßregeln, der Propaganda. Aber wenigstens von amerikanischer Seite ist von Truman bereits in Bezug auf Italien der Blick über diese Formen des Kampfes hinaus auf den militärischen Einsatz geworfen worden, für den Fall, daß Italien in Gefahr stehe, dem Kommunismus in die Hände zu fallen.

Die Hauptmittel, die im Kampfe um die Erhaltung des territorialen Bestandes der kapitalistischen Sphäre in Europa angewandt wurden, waren von amerikanischer Seite die Truman-Doktrin, die Griechenland und die Türkei für die kapitalistische Sphäre erhalten sollen, für West- und einen Teil Mitteleuropas der sogenannte Marshall-Plan (der, wenn nicht formell, so doch tatsächlich auch die deutsche Westzone in sich begreift).

Von der sowjetischen Seite kann man hier herrechnen: die verschiedenen Handelsverträge, die von den Staaten der Sowjetsphäre unter sich, mit der Sowjetunion und anderen europäischen Staaten abgeschlossen worden sind.

Zur diplomatischen Auseinandersetzung um Europa gehört in erster Linie die Londoner Konferenz der Außenminister über den Frieden mit Deutschland und Österreich. Es ging hier um Deutschland als dem Schlüssel zur Herrschaft über ganz Europa, und so hat der Ausgang dieser Konferenz europäische, ja Weltbedeutung. Der Ausgang der Konferenz war ebenso bestimmt durch die weltpolitische Gesamtkonstellation, wie durch die innere Entwicklung, die Deutschland unter der Besetzung der 4 Siegermächte genommen hat. Weltpolitisch war eine Einigung über Deutschland unmöglich aus dem einfachen Grunde, weil die Diplomatie weder das Mittel ist, um den Weltkampf der beiden Lager aus der Welt zu schaffen, noch um ihn zu ent-

scheiden. In Deutschland selbst aber hat das Besatzungsregime die Folgen gehabt, die von vornherein vorauszusehen waren: daß nämlich die West- und die Ostzone immer mehr auseinandergewachsen sind und wirtschaftlich und politisch immer mehr mit den Besatzungsmächten zusammenwachsen. Dieser Prozeß ist in der Ostzone weiter gediehen als in der Westzone. Jetzt geht das Bestreben der Westmächte offenbar dahin, ihren Rückstand einzuholen. Es ist klar, daß über die Kluft, die durch 2 1/2 Jahre tatsächlicher Entwicklung in Deutschland aufgerissen ist, keine diplomatischen Wortgefechte hinwegführen können. Und man kann jetzt schon mit aller Sicherheit voraussagen, daß, wenn die amerikanische Hoffnung nach den Andeutungen des Staatssektretärs Marshall darin bestehen sollte, daß die Waffe des wirtschaftlichen Kampfes schließlich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Westmächte so ändern werde, daß die Sowjetunion zu einem für die Westmächte günstigen Kompromiß über Deutschland und d. h. auch über Europa sich bequemen müsse, diese Hoffnung trügerisch ist.

Aber es wäre falsch anzunehmen, daß die amerikanische Politik in Deutschland allein auf dieser Zielsetzung beruhe, und wenn dieses Ziel sich als unerreichbar bewiese, nur mit einer negativen Bilanz abschließen würde. Der andere und tiefergreifende Grund dieser Politik ist der strategisch-politische Aufmarsch zum Kampf um Deutschland und Europa. Seine Ergebnisse bleiben, wenn auch das wirkliche oder vorgebliche Ziel eines günstigen Kompromisses durch wirtschaftliche Übermacht sich als nicht erreichbar herausstellen sollte. Es ist also eine Politik mit doppelter Schneide. Der propagandistisch-ideologische Kampf der beiden Lager hat sich im Laufe des vergangenen Jahres ebenfalls erweitert und verschärft. Die Bilanz spricht hier eher zu Gunsten des angelsächsischen Lagers. Wir rechnen dahin die Spaltung der französischen Gewerkschaften,³⁾ die scharfe Abkehr der französischen sozialistischen Partei (SFIO) von der kommunistischen und ihre praktische Hilfeleistung für die Gaullisten,⁴⁾ den Eintritt der rechtssozialistischen Partei Italiens in die Regierung de Gasperis, die Maßregeln verschiedener lateinamerikanischer Regierungen gegen die kommunistischen Parteien und die von ihnen beeinflussten gewerkschaftlichen Organisationen, den Rückschlag der englischen Labour-Party bei den Gemeindewahlen und noch verschiedene andere.

Im Ganzen kann man sagen, daß die Kluft zwischen kommunistischen und reformistischen Arbeitern vertieft worden ist, und die angelsächsische Propaganda kann sich ein gut Teil dieser Auswirkung auf ihr Konto schreiben. Im anderen Lager beschränkt sich die Schwächung des Reformismus und sonstiger antikommunistischer Opposition fast ausschließlich auf die Sowjetsphäre selbst, und es läßt sich heute schwer bestimmen, wie weit diese Schwächung wirklich oder nur scheinbar ist, und auch, wie weit sie als reine Propagandawirkung zu buchen ist.

Innenpolitisch ist das Jahr 1947 hauptsächlich gekennzeichnet durch folgende Tatsachen:

1. Daß die innenpolitische Entwicklung vor allem von Frankreich und Italien unter die verstärkte Einwirkung von außen, der Vereinigten Staaten einerseits und der Sowjetunion andererseits, geraten ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Ausscheiden der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens aus den Regierungen ihrer Länder unter starkem amerikanischen Druck erfolgt ist, ebenso der Bruch der Zusammenarbeit zwischen der SFIO und der PCF, die Spaltung der Gewerkschaften in Frankreich, die Abspaltung des rechten Flügels von der italienischen sozialistischen Partei und damit der Bruch der Zusammenarbeit dieses Flügels mit der kommunistischen Partei Italiens.

2. Daß noch nirgends in diesen Ländern das kapitalistische Regime gestürzt, also noch keine Entscheidung im inneren Klassenkampf erfolgt ist.

3. Daß aber in Frankreich und Italien die Entscheidungen näher gerückt sind durch die fortschreitende Polarisierung der Klassen und Parteien, wobei die Arbeiterklasse, in der Hauptsache gesammelt um die kommunistischen Parteien, den revolutionären Pol bildet, während die große Bourgeoisie und Teile des Kleinbürgertums sich um den konterrevolutionären Pol sammeln. Wie immer bietet hier Frankreich das klarste, klassische Bild. Das rasche Fortschreiten des Gaullismus zeigt in negativer Weise das Abwirtschaften der bürgerlich-demokratischen Republik, der 4. Republik, an, die von vornherein nur ein verhältnismäßig kurzes Durchgangsstadium sein konnte; positiv die wachsende Tendenz der herrschenden Klassen und ihres kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Anhangs zur offenen Diktatur der Bourgeoisie, also zu einer neuen Variante des Faschismus. In Italien ist die Polarisierung ebenso fortgeschritten, aber die Auskristallisierung des konterrevolutionär-faschistischen Pols ist hinter der Frankreichs zurückgeblieben. Der persönliche und organisatorische Sammelpunkt, wie er in Frankreich in der Person de Gaulles und seiner „Union Française“ vorhanden ist, fehlt dort noch. Man vergesse übrigens nicht, daß die italienische Entwicklung ihre Sonderzüge vor allem dadurch aufweist, daß hier, besonders im Süden, das halbfeudale Latifundium⁵⁾ noch eine wesentliche Rolle spielt, und daß es dem unmittelbaren Druck Jugoslawiens ausgesetzt ist.

Auch in England zeigten die letzten Gemeindewahlen die Erscheinung, daß die Bourgeoisie unter der Führung der Tories kühner vorstößt, daß kleinbürgerliche Schichten in ihrer Richtung abschwanken, und daß die Labour-Regierung gegenüber der Bourgeoisie im Zurückweichen ist (Aufgabe der Nationalisierung der Stahlindustrie, des Bauprogramms usw.).

Fehlt aber in Italien noch der scharf kristallisierte konterrevolutionäre Gegenpol, so ist in England der revolutionäre Pol noch nicht herauskristallisiert. Wir wollen damit nicht sagen, daß revolutionäre oder der Revolution

sich nähernde Kräfte in der englischen Arbeiterklasse überhaupt fehlen, aber sie sind noch in zerstreutem, unorganisiertem Zustand. Die kommunistische Partei ist in England keine Massenpartei, und auch sonst ist dort noch keine andere Organisation sichtbar geworden, an die etwa vorhandene zerstreute revolutionäre Kräfte in der Arbeiterklasse in größeren Massen sich anschließen. Vergleicht man von diesem Gesichtspunkt aus Frankreich, Italien, England, so ist das Bild dies, daß in Frankreich der revolutionäre und der konterrevolutionäre Pol sich parallel herausgebildet haben, daß in Italien der revolutionäre Pol, in England aber der reaktionäre Pol im Vorsprung ist. Aus diesem Tatbestand ergeben sich naheliegende Schlüsse für Richtung und Tempo der nächsten inneren Entwicklung dieser Länder.

Was Deutschland anbelangt, so hat es unter dem gewaltigen Druck der vierfachen Besetzung, der territorialen Zerreißung und der zum Teil noch fortschreitenden physischen Not noch nicht den Weg zum Wiedererwachen der selbständigen Bewegung seiner Klassen und Parteien gefunden. Nicht nur formell-staatsrechtlich, sondern auch tatsächlich ist Deutschland noch nicht wieder zum aktiven Subjekt geworden, und es sind nicht nur keine Schritte in dieser Richtung sichtbar geworden, sondern es ist in steigendem Maße zum Objekt der Besatzungsmächte geworden. Der Rückweg zur nationalen Existenz scheint hier durch die immer vollständiger Negation hindurch gehen zu müssen und an die Gesamtentscheidung über Europa geknüpft zu sein.

In Europa, außerhalb der Sowjetsphäre, ist im Jahre 1947 ein bestimmter Abschnitt zu Ende gegangen. Man kann ihn bezeichnen als den der Illusion über den „demokratischen und friedlichen Weg“ der Arbeiterklasse zur Macht. Eine neue Ära des „ultralinken Kurses“ der kommunistischen Parteien hat eingesetzt. Die angelsächsische Propaganda rühmt sich, daß sie die „kommunistische Welle“ in West- und Teilen Mitteleuropas zum Stehen gebracht habe. Es ist nicht zu bestreiten, daß hier der amerikanische Dollar und die amerikanische Propaganda erheblich in die Waagschale gefallen sind. Aber nicht zuletzt auch die eigenen schweren Fehler der russischen Politik und der der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetsphäre. Nirgends außerhalb der Sowjetsphäre in Europa sind die großen revolutionären Ansätze und Möglichkeiten, die bei Kriegsende vorhanden waren, wirklich ausgenützt worden. Es ist zum erheblichen Teil die patriotische und demokratische Phrase und die diesen Phrasen entsprechende demoralisierende Politik, die den revolutionären Ausweg verlegt hat. Diese Politik hat tief verwirrend und zersetzend in der Arbeiterklasse gewirkt, ihre Aktionen entscheidend gehemmt und auf Abwege geführt, aber die Wirkung auf die kleinbürgerlichen Massen ist verflöhen. Dieses Scheinkapital ist verbraucht. Und die jetzt an ihre Stelle tretende ultralinke Phrase und die ihr entsprechende Politik können nur neue Mißerfolge und Enttäuschungen

bringen: solange, bis die kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetsphäre gelernt haben werden, die Fragen des revolutionären Kampfes in ihren Ländern selbständig und richtig zu lösen oder, und dies ist die andere Seite der Alternative, bis durch Waffengewalt von außen durch einen neuen Krieg die Entscheidung erfolgt.

Nicht ein Kompromiß zwischen den beiden weltpolitischen Lagern, sondern nur die sozialistische Revolution in Westeuropa bietet noch eine Chance, die neue Kriegskatastrophe zu vermeiden und zugleich den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau oder besser Neuaufbau Europas sicherzustellen und zu beschleunigen. Ohne die westeuropäische sozialistische Revolution ist nicht nur der neue Weltkrieg unvermeidlich – wenn es auch von beiden Seiten noch eine Reihe von Jahren zu seiner Vorbereitung auch nur im rein militärischen Sinne bedarf – sondern wird auch die sozialistische Revolution Westeuropas mit der schweren Hypothek der anfänglichen Unselbständigkeit belastet.

Schließlich sei es uns gestattet, noch einige Bemerkungen allgemeiner Art an die Geschehnisse des verflossenen Jahres anzuknüpfen.

Wie sehr es auch wünschenswert und sicher vorzuziehen wäre, wenn die sozialistische Revolution in West- und Mitteleuropa aus eigener innerer Kraft zum Siege gelangt, so kann man bei alledem nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß bisher nur dort in Europa gesellschaftliche Revolutionen eingetreten oder eingeleitet worden sind, wo vorher der Krieg die bewaffnete Macht der bisher herrschenden Klassen des Landes zerschlagen hatte und die russische Rote Armee einmarschierte und das Land besetzte. Wo die Rote Armee dann wieder abrückte, wurde an ihrer Stelle eine einheimische Armee zur Stütze der neuen inneren Machtverhältnisse gebildet und immer blieb die russische Rote Armee in nächster Nachbarschaft und im Hintergrund. Das Gegenstück dazu bildet Griechenland, wo zwar ebenfalls der konterrevolutionäre Eindringling von außen (die Nazi-Armee) herausgeschlagen wurde, zum Teil mit Hilfe der einheimischen Widerstandskräfte, wo aber mit Hilfe der englischen Armee und später der Amerikaner ein konterrevolutionäres Regime eingerichtet wurde und gehalten wird. Diese beiden Tatsachenreihen ergänzen und bestätigen sich wechselseitig.

In Albanien, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien blieb den werktätigen Klassen dieser Länder der Bürgerkrieg gegen ihre eigenen herrschenden Klassen erspart, weil vorher der auswärtige Krieg ihre militärische Macht gebrochen hatte, und eine auswärtige militärische Macht für die revolutionäre Aktion im Innern des Hintergrund und die feste Stütze bildete. Dies ist die Wirklichkeit, die der sogenannten „friedlichen Revolution“ zu Grunde liegt, von der so viel geredet worden ist. Daß die Benennung falsch und irreführend ist, geht aus den angeführten Tatsachen hervor. Noch immer bleibt die *„Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft“* (Marx). Aber die

Formen dieser Gewalt können verschieden sein von Land zu Land, von einem Zeitabschnitt zum anderen.

Folgt daraus, daß die sozialistische Revolution in ihrer sozusagen klassischen Form, d. h., wo die Gewalt der unterdrückten Klassen eines Landes die der herrschenden Klassen des Landes besiegt, wo der Bürgerkrieg die Revolution zum Siege führt, unmöglich geworden ist? Es folgt das keineswegs. Nur muß man sehen, daß heute die innere und die äußere Gewalt im Klassenkampf, der Bürgerkrieg und der auswärtige Krieg, einander viel näher liegen und viel enger miteinander verflochten sind, als das bisher der Fall war.

Eine andere Betrachtung allgemeinerer Art sei noch an die Rede des englischen Premierminister Attlee bei Gelegenheit seines 65jährigen Geburtstages angeknüpft, wo er der russischen Barbarei und Diktatur die „westliche Zivilisation“ und die demokratischen Errungenschaften gegenüberstellte und England die Rolle zuwies, sozialistische Planwirtschaft mit der Erhaltung der demokratischen Rechte zu vereinigen. Die Beweiskraft dieser These wird durch die Tatsache aufgehoben, daß in England immer noch der Kapitalismus herrscht und das sozialistische Experiment noch nicht gemacht ist. England braucht gewiß nicht den Weg der russischen Revolution buchstäblich zu kopieren und wird es sicher nicht. Aber dem Gesetz, daß die „Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft“ ist, wird sich auch England nicht entziehen können, und ebensowenig wird die bürgerlich-parlamentarische Demokratie das letzte Wort der Staatsform in England sein.

Was aber das Verhältnis von „Zivilisation“ zur „Barbarei“ anbelangt, so mag auf folgendes hingewiesen werden. Es ist keine Frage, daß in Rußland noch eine Menge urwüchsiger Barbarei aus seiner geschichtlichen Vergangenheit geblieben und zum Teil unter dem Druck der Isolierung der russischen Revolution zurückgekehrt ist. Auf der anderen Seite zeigt aber Deutschland, dem man sicher nicht das Prädikat eines hochzivilisierten Landes im üblichen, d. h. bürgerlichen Sinne dieses Wortes, vor der Naziherrschaft absprechen konnte, was daraus wird, wenn eine solche Zivilisation unter dem Druck besonderer innerer und äußerer Umstände, die hier nicht im einzelnen zu schildern sind, ihrerseits in die äußerste Barbarei umschlägt, die sich der technischen und organisatorischen Mittel der modernen Zivilisation bedient. Deutschland ist aber kein Ausnahmefall. Es war nur der zeitweilig vorgeschobenste Posten der kapitalistischen Konterrevolution.

Zum Schluß noch einige Worte über die innere Entwicklung der beiden Vormächte der Weltkonstellation, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, im verflossenen Jahre. Die Summe dieser Entwicklung läßt sich ganz kurz angeben: es sind weder hier noch dort innere Veränderungen wesentlicher Art eingetreten. Aber hier wie dort ruht der geschichtliche Prozeß sicher nicht. Nur ist er noch im Stadium der unsichtbaren, elementaren, wenn man will, molekularen Verschiebungen.⁶⁾

Von den Vereinigten Staaten sind in die ganze Welt Impulse zur inneren Reaktion ausgegangen. Sie wirken sich besonders deutlich aus in einigen lateinamerikanischen Ländern (Chile, Brasilien, Peru), wo sich die Regierungsformen wieder der traditionellen lateinamerikanischen Form der oligarchischen Diktatur nähern,⁷⁾ in Griechenland, wo eine Diktatur vom balkanischen Typus gestützt wird, in Spanien, wo das Franco-Regime seine Fortdauer nicht zuletzt der Gunst der Vereinigten Staaten verdankt, in China, wo die Diktatur der Kuomintang immer reaktionärere Züge annimmt. Man kann es als einen geschichtlichen Erfahrungssatz bezeichnen, daß die nach außen ausgeübten Reaktionen früher oder später in das Land zurückschlagen, von dem sie ausgehen. Kleine Anfänge sind bereits da, die allgemein bekannt sind. Aber dabei wird es nicht stehenbleiben. Nichts ist so bezeichnend für die Perspektiven der inneren Entwicklung der Vereinigten Staaten als der Warnungsruf, den ein so angesehener amerikanischer Historiker wie H. S. Commager⁸⁾ angesichts der in den Vereinigten Staaten betriebenen Kommunisten- und „Verräter“-Jagd in einer der führenden Zeitschriften des Landes ausgestoßen hat.

Was die innere Lage der Sowjetunion angeht, so müßte es sonderbar zugehen, wenn die ungeheure Erschütterung und der Massenkontakt mit Mittel- und Westeuropa, den der Krieg herbeigeführt hat, nicht auf die Dauer auch zur inneren Auswirkung kommen sollte. Diese innere Auswirkung wird gehemmt durch die schweren Lasten, die der Wiederaufbau des Landes und die durch die internationale Lage gebotene Notwendigkeit der Kriegsbereitschaft Rußland auferlegt. Aber im Ganzen sind wohl für diese innere Auswirkung längere Zeiträume erforderlich.

Stimmen

der Demokratie

Wo der Herzschlag der Nation pocht, da kann man sich in e r deutsch und nicht parol haben zu bilden.
Otto Nuacke, CDU, a. d. Volkskongress

Mit vorläufiger Genehmigung der Militär-Regierung INFORMATIONSBLETT DER KPD

2. Jahrgang, Nr. 3

Vierte Januar-Woche 1948

Preis 15 Pfg

Volkskongress in Bremen stellt die Lösung:

Das ganze Deutschland soll es sein

Unser Gedächtnis

Ich bekenne mich zur Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden und gelobe, in der Stunde größter deutscher Not, Deutschland die Treue zu halten.

Treue zu Deutschland heißt, die Sorge um die eigene Zukunft, um die eigene Familie, mit dem Kampf gegen die materielle und geistige Not unseres Volkes vereinen.

Treue zu Deutschland heißt, unerbittlich sein im Kampf gegen die Schuldigen an unserem Unheil.

Treue zu Deutschland heißt, für eine einige, ungeteilte, freie Republik kämpfen.

Treue zu Deutschland heißt, immer und überall für Frieden und Völkerverständigung eintreten.

Treue zu Deutschland heißt, Kämpfer sein für diese große Sache.

Treu aller Versuche, den Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden, der am 17. und 18. Januar 1948 nach Bremen einberufen war, unter Anwendung von Druckmitteln aller Art nicht störfähig oder zu einem Fiasko werden zu lassen, wurde dieser ein mächtiges Bekenntnis für die kämpferische Volkskongressbewegung. 1037 Delegierte, davon 888 Gastdelegierte, füllten den Saal, der in letzter Minute in Bremen-Veressack gemietet werden konnte. Als bereits die Delegierten zum Tagungsalokal strömten, wurde ein letzter Versuch unternommen, den Kongress zu sprengen. Ein bereits am Vorlage in der Nordsee-Zeitung veröffentlichtes „Flugblatt“ wurde von zwei Braunschweigern verteilt.

Die Methoden, die gegen den Volkskongress in Bremen angewandt wurden, haben sich nicht als schlagkräftig genug erwiesen. Im Gegenteil, sie haben bewirkt, daß alle die, welche mit Mißtrauen zu diesem Kongress gekommen waren, entschlossen in die Front der Kämpfer für die Einheit einrückten. Das wird die Feinde der Einheit nicht ruhen lassen, sie werden in naher Zukunft versuchen, selbst durch Provokationen zu erreichen, daß der Volkskongressbewegung noch größere Schwierigkeiten erwachsen. Das Ziel, die Einheit Deutschlands und ein gerechter Friede, ist eine solche gerechte Sache, die uns so hoch steht, daß wir auch die größte Wertschätzung an den Tag legen, um es nicht zu gefährden. Für eine gerechte Sache ist es wert zu kämpfen und unsere gestügten Waffen sind so scharf, daß wir mit ruhiger Überlegung den kommenden Angriffen entgegengehen und unablässig ruhigen Überlegung parieren werden.

Durch die Auflage der Militärregierung, daß nur eine kleinere Partei der Träger dieses Kongresses sein konnte, und durch die Ablehnung aller anderen Parteien, für die Einheit und einen gerechten Frieden einzutreten, übernahm der erste Sekretär der KPD, Joseph Niedersachsen diese, die ehrenvolle Aufgabe, den Kongress zu eröffnen und die erschienenen Delegierten und Gäste zu begrüßen. Heinz Stamm erklärte, es gelte nicht, dagegen einzuwenden, weshalb wir irgendeine andere

übernommen hätte, um den Vorschriften der Militär-Regierung zu genügen. Daß aber gerade diese Aufgabe zufällt, ist für uns ein ehrenvoller nationaler Auftrag.

Auf Vorschlag des vorbereitenden Ausschusses wurde Herr Minister Karl Abel zum Präsidenten des Volkskongresses von den anwesenden Delegierten gewählt.

Der niedersächsische Minister Karl Abel übernahm die Leitung des Kongresses und erklärte, er habe diese Aufgabe mit unsrer größter Freude übernommen, da er sich als Minister nicht nur seiner Partei gegenüber verpflichtet fühle, sondern seine Funktion im Interesse aller Schichten der Bevölkerung des Landes Niedersachsen ausübe.

Niedersachsen, so rief Minister Abel aus, ist nur ein Teil unseres Vaterlandes und kann nur in einem geeinten Deutschland leben.

Allen Versuchen, auch mit den plumpsten Mitteln, die Bewegung des Volkskongresses zu verhindern, zum Trotz, sagen wir heute demnach mit Wehem den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

Nach der Begrüßung und Eröffnung wurde das Präsidium gewählt, in welchem Vertreter aller Parteiführungen und Volkskongressvertreter saßen.

Neben den Repräsentanten der verschiedenen Parteien, wie SED, CDU, LDP, KPD, SPD, neben den Delegierten von Gewerkschaften, Jugendorganisationen, waren es Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die in das Präsidium gewählt wurden. Unter anderen seien genannt: Otto Grothwohl (SED), Schulrat Wolf, Berlin, Hauptvorstand der LDP, Dr. Otto Nuacke (CDU), Karl Siebenpfeifer (CDU), Karl Abel (KPD), Amrose Zibolski (FDJ-CDU), Ernst Mollat, Osnabrück, Friednsgesellschaft (SPD), Kurt Müller, Landesvorsitzender der KPD und Mitglied des Zonenrates, Johann Hobing (CDU) Braunschweig, Frau Elli Stehler, Zelle (Bekennende Kirche), Vertreter des Nordwestdeutschen Pfästerbundes, der VVN der Landesnationalen Frauenliga und viele andere.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Manifest

des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden
Einstimmig angenommen am 17./18. Januar 1948

Ein einiges demokratisches Deutschland steht über allen Einzelinteressen und über Parteiinteressen. Aus dem eindeutigen Willen des deutschen Volkes ist die Bewegung des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden entstanden.

Gestirnt durch die Sorge um die Zukunft Deutschlands bekunden wir aus freiem Entschluß:

1. Wir bekennen uns zu dem Grundsatz der ungeteilten demokratischen deutschen Republik, zu Frieden und Völkerverständigung.
2. Wir wollen einen baldigen und gerechten Frieden, der dem deutschen Volke die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und zur Gestaltung seines eigenen Lebens gibt.
3. Die wirtschaftliche Gesundung ist erst dann möglich, wenn die Zonengrenzen beseitigt sind und Deutschland wieder eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit darstellt.
4. Eine Idee — allen Parteigegensätzen zum Trotz — gibt es, die von allen wirklichen Deutschen voll und ganz unterstützt wird.

Die Idee eines einigen Deutschlands!

Die persönliche Freiheit und die demokratische Gestaltung des Staates findet ihren tiefsten Ausdruck in dem Prinzip des Völkergerechens und Volksentscheides.

Wir begrüßen die Beschlüsse des ständigen Ausschusses des deutschen Volkskongresses vom 15. Januar 1948:

1. Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wird fortgesetzt, bis die Einheit endlich erreicht ist und ein demokratischer Frieden zustande

2. Der ständige Ausschuss fordert eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands.

3. Er wünscht von Alliierten Kontrollrat die Einsetzung des schon auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgesehenen deutschen Konsultativrates, der die Aufgabe haben müßte, eine solche Volksabstimmung vorzubereiten, den Entwurf einer demokratischen Verfassung vorzulegen und Bestimmungen zur Durchführung der Wahlen für eine Nationalversammlung auszuarbeiten, um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen.

Nachdem in Frankfurt a. M. einige Staatsfunktionäre und Parteiführer, ohne unser Maß zu befragen, ihre Zustimmung zu den Maßnahmen der Aufteilung Deutschlands gegeben unterstützen wir aus ganzem Herzen den Beschluß des ständigen Ausschusses, eine zweite Tagung des Volkskongresses für ganz Deutschland zum 18. März 1948 nach Berlin einzuberufen.

Die auf dem Volkskongress am 17. und 18. Januar 1948 in Bremen versammelten Vertreter aller Parteiführungen und Weltanschauungen wenden sich an alle Deutschen.

Sie erklären, daß sie sich durch nichts — auch nicht durch die Drohungen einzelner Parteiführer — von den so Recht bestehenden Forderungen nach einem gerechten Frieden und für die Einheit Deutschlands abbringen lassen.

Sie hoffen und erwarten, daß sich alle offen zu diesen wahrhaft deutschen Zielen bekennen und den Kampf des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden unterstützen.

Wir wünschen eine Nationalversammlung Offen und ehrlich

(Fortsetzung von Seite 1.)

Unter stürmischem Beifall der Anwesenden betrat Otto Grotowohl die Rednertribüne und hielt eine große und staatsmännliche Rede, worin er nicht nur die Fragen der Einheit Deutschlands und des gerechten Friedens umriß, sondern womit er auch den Herausforderungen Dr. Schumachers, die dieser zwei Tage vorher in Bremen aus sprach, alle treffende Antwort gab.

„Wenn wir uns am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin versammelt haben“, so begann Grotowohl seine Ausführungen, „so geschah das zu dem Zweck, die deutsche Stimme zu Gehör zu bringen.“ Aber weder mit Annahmungen, wie man es als heute vorwirft, noch mit Überheblichkeit, weder für die eine oder andere Partei, weder für die eine oder andere Kirche, weder für einen oder anderen Horden, sondern allein als Deutsche, die unter der gleichen Last leiden und unter der gleichen Berge heute leben müssen.

Ich will diese Tribüne nicht zu Parteiaussetzungen gebrauchen, aber Herr Schumacher hat es für nötig gehalten, vor zwei Tagen in einer Parteiveranstaltung in Bremen Kongress zwölf Fragen zu richten, ich lehne mich, so erklärte Grotowohl, „wie ein geistlicher Pöbel über den Stöck zu springen, den Dr. Schumacher uns hinhielt.“ Wenn er wirklich die Absicht hat, 12 Fragen an uns zu richten, dann hätte er sich hierher begeben sollen. Herr Schumacher hätte davon überzeugt sein sollen, daß wir uns in aller Ruhe und Fairness mit ihm auseinandergesetzt hätten. Was soll man aber von einem Mann sagen, der während seines letzten Besuchs in Amerika zum Ausdruck gebracht hat: Die Aufteilung Deutschlands sei bereits eine Tatsache? Was soll man davon sagen, wenn Dr. Schumacher erklärt, die Frankfurter Beschlüsse tragen in keiner Weise den Anforderungen Deutschlands Rechnung, als seien unfair, weil die deutschen Vertreter nur 24 Stunden Zeit zur Beratung gehabt hätten, während der sozialdemokratische Präsidentsamt vom 8. Januar 1948 schreibt, daß es erfreulich sei, daß man in Frankfurt weitgehende Übereinstimmung feststellen konnte.“ Otto Grotowohl wandte sich dann dem Problem der Staatsform zu und betonte, daß die Frage der

Staatsform mit der Sicherheit nichts zu tun habe. Die Friedensicherung liegt nicht in der staatsrechtlichen Form Deutschlands, sondern einzig und allein in ihrem Inhalt und ihrem Geiste. Otto Grotowohl formulierte dann noch einmal die Forderung des Volksgenossen und erklärte, daß man dem deutschen Volke die Möglichkeit geben sollte, durch eine Volksabstimmung vor aller Welt seinen Willen zur Einheit Deutschlands zum Ausdruck zu bringen. Wir wünschen die Wahl einer deutschen Nationalversammlung, die den Friedensvertrag mit den Alliierten ratifiziert. Von diesem Friedensvertrag erwarte das deutsche Volk, daß er uns einen erträglichen Lebensstandard sichert, eine lebensfähige Friedensindustrie und einen Export ermöglicht, um unsere Lebensbedürfnisse zu gewährleisten. Wir wünschen von dem Friedensvertrag vor allem auch eine Festsetzung, welche Wiedergutmachungsleistungen wir zu tragen haben. Das deutsche Volk muß endlich wissen, für wen es arbeiten muß, seine Arbeit muß wieder Sinn und Verstand bekommen.

Otto Grotowohl fand glänzende Beispiele, um darzulegen, wie man ein Volk demokratisch erziehen soll und wie man es nicht machen sollte. Er kann niemanden zu einem guten Schwimmer machen, wenn man ihm nur Fußbänder erlaubt.

Den Befehl, die Plakate des Volksgenossen mit großen Klebstrichen zu versehen, wraß die SPD Bremen nicht, glorierte Grotowohl dahingegen, daß er sagte, mögen ja gewisse Herren glauben, hierdurch die gutwilligen Deutschen vor ihrem ehrlichen Bemühen abzuhalten.

Grotowohl wies darauf hin, daß ein Teil unserer Völker gezwungen wurde, „wie David vor einem bestimmter Größe und ein bestimmter Stelle zu tragen, worauf in vorge-schriebener Größe die Bezeichnung „Jude“ zu lesen war. Sollte wir vielleicht in ähnlicher Weise zur Demokratie geführt werden? Wir glauben nicht, daß ein Volk sich durch solche Maßnahmen von seinen Aufgaben abbringen lassen könnte. Es gibt in Deutschland Menschen, so erklärte Grotowohl weiter, die auf Differenzen zwischen den Alliierten spekulieren, aber weder die Uneinigkeit der Alliierten noch die Uneinigkeit unseres eigenen Volkes beifern.

Es ist eine nicht wegzulugnende Tatsache, daß zu Beginn des zweiten Jahres der Bismarck-Politik die Ernährungslage sich verschlechtert, statt verbessert. Die nicht gelieferten Rationen Fett ergeben eine Summe von 34 000 000 Pfund, wird gemeldet. Ferner sind in den westlichen Zonen rund 731 000 Stück Großvieh, 3 225 000 Schweine und 1 130 000 Schafe verzeichnet. Der Leiter der Abteilung für Landwirtschaft in der amerikanischen Militärregierung James erklärte: „Wenn die Deutschen keine wesentliche Verbesserung ihres Ertrags und Abfließersystems in der Landwirtschaft erzielen, so wird die amtliche Lebensmittellieferung in der Bismarck herabgesetzt werden.“ (Wir Kommunisten wissen schon vor zwei Jahren durch unseren Vorschlag, Kontrollausschüsse aus Verbrauchern und Erzeugern zu schaffen, den Weg, welche beschränkt werden muß, um die Versorgungslage in der westlichen Besatzungszone zu sichern.)

Nun erfahren wir, daß die Kontrollbehörden in der Verwaltung eine Summe von Normalrationen von 1500 auf 1200 Kalorien reduzierten. Nun, so blickt der Bevölkerung überlassen, sich auszurechnen, was sie nun erhalten wird, wenn sie bisher 1500 Kalorien auf dem Papier erhalten hat. In einem Brief weist der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, darauf hin, daß in der 108. Zustellungsperiode die Kalorienmangels nur 1289 betrug.

Dr. Schlange-Schönigen, der Direktor der Verwaltung für Ernährung im bismarckischen Ernährungsamt erklärt, daß alle Hilfen der streikenden Ruhrbergarbeiter um bessere Lebensmittelzulagen von ihm abgelehnt werden müssen. Um das hungernde Volk zu beruhigen, erklärt man, daß der Festidampfer gerade den Panamakanal passiert hat. Es mutet uns eigenartig an, daß immer, wenn die hungernden Arbeiter ihrer Forderung nach besserer Verzorgung durch einen Streik Nachdruck verliehen, gerade in diesem Moment Lebensmittelampfer eingetroffen sind, die die Arbeiter nicht entladen wollen. Für wie dumm hält man die Arbeiter eigentlich?

Die vorläufige Bevölkerung, die am Ende ihrer Kraft ist und tatsächlich buchstäblich am Verhungern ist, nimmt zu dem einzigen Mittel, das ihr zur Verfügung steht, Zuflucht, das ist der Streik. Würden sie genug zu essen bekommen, würden sie nicht streiken. Nun macht man neuerdings die Kommunisten für die Unfähigkeit der „Verwaltungsfachleute“, die Ernährungslage zu sichern, verantwortlich, „Komfortaktionen über Westdeutschland.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte die westlichen Zeitungen einen angeblich „aufgefundenen“ Plan zur Blockierung des Marshall-Planas durch Streiks im Ruhrgebiet. Für die Auslösung des Streiks benötigt die Arbeiterschaft keine Hilfe der Kommunisten, sondern sie sendet die demokratische Waffe des Streiks. Denn es ist, wenn die Maßnahmen der Reaktion nicht mehr genügen kann. Die Arbeiterschaft weiß aber sehr gut, daß die Kommunisten, die ein Teil der Arbeiterschaft, immer wieder zum Kampfe gerufen haben gegen die Aus Hungern der Massen und daß die Kommunisten vor den nicht mit zwei Zangen oder hinter verschlossenen Türen, wie die Frankfurter Doktoren, denn sie haben nichts zu verheimlichen.

Um die Rede des Dr. Semmer, für die er „genutzlosiger Erzbrügel“ genannt wurde, befindet es etwas Licht zu werfen. Der Deutschland-Korrespondent des „Manchester Guardian“ veröffentlichte einige unbekannt Sätze; danach habe Dr. Semmer ausgeführt: „Was haben die Anglo-Amerikaner für uns getan? Sie haben uns Mals und Hahnerfutter gegeben und wir müssen mit deutscher Arbeit und deutscher Ausfuhr die Dollars teuer bezahlen. Dabei ercartet man von uns, daß wir Dankeschön sagen. Es ist Zeit, daß die deutschen Politiker davon Abstand nehmen, für solche Lebensmittelunterstützung Dankeschön zu sagen. General Clay will nur einen guten Abgang haben.“

Frankfurt: Ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte

Jede Hilfe, die uns gewährt wird, ist gut, und wir werden sie dankbar anerkennen, aber Ketten bleiben für uns Ketten, selbst wenn sie aus Gold wären. Otto Grotowohl befaßte sich dann mit der Frankfurter Konferenz und erklärte, daß Frankfurt am Main schwarze Tage in der Geschichte des deutschen Volkes sei. Diese schwarzen Tage würden ihre Schatten auf Deutschland werfen. Hier würde seine Entwicklung eingeleitet, die sich nur zum Schaden für unser Volk auswirken wird. Otto Grotowohl erinnerte an das Wort von Hölderlin: Es ist ein hartes Wort, und dennoch sage ich es, ich kann kein Volk, mir denken das wir wissen wäre, als wir Deutschen...

Wir befinden uns in einem merkwürdigen Labyrinth der Verwirrung. Die einen sagen, wir seien uns in der Sache vollkommen einig, nur in der Methode hätten wir verschiedene Auffassungen. Die anderen — nehmen es ab, mit Spitze Dr. Schumacher — als einen Verhandlungsgegenstand, während sie in der Welt herumspazieren, es den Tischen anständlicher Staatsmänner über genau dieselben Fragen sprechen. Warum, so fragte Otto Grotowohl, gibt es so viele Menschen, die zwar Kritik an der Bewegung des Volksgenossen üben, die es aber ablehnen, daran teilzunehmen? Wer hindert denn sie daran. Es ist doch nicht unsere Schuld, wenn jemand draußen steht. Diese Menschen vergessen, daß sie selbst es sind, daß sie selbst diesen Zustand herbeigeführt haben. Wir sollten endlich aufhören, noch weitere Grenzen, Schranken und Zäune zu errichten, wir sollten endlich, so sagte Otto Grotowohl, dazu übergehen, die Idee der Einheit Deutschlands, in deren Namen bereits vor 100 Jahren mit den Barrakden gekämpft, in deren Namen Zionspläne in den Kerkern schmachteten, zu der Sache unseres ganzen Volkes zu machen. Parteien sind nur einzelne Stöcke. Die deutsche Einheit aber ist kein

Stoß in der deutschen Geschichte

Stoß, sie ist jene Einheit, zu der alle gehören, auch alle Parteien, darüber aber entscheiden nicht die Parteiführer und nicht die Parteivorstände.

Es ist einmal gesagt worden, die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Alle jene, die glauben, heute gegen den Volksgenoss auftreten zu können, sollten sich nicht täuschen. Die Massen des deutschen Volkes sind bereits von der Idee der deutschen Einheit ergriffen. Die Idee der deutschen Einheit wird in Deutschland zur materiellen Gewalt. Sie weist uns den Weg zu einer friedlichen, fortschrittlichen demokratischen Zukunft Deutschlands, in der es sich lohnen wird, als Mensch zu arbeiten und als Mensch zu leben.

Schulze Wolf, LDP: Wir sind das alte Gewissen

Schulze Wolf, LDP, stellte an die Spitze seines Referates die Erinnerung, daß man dem großen Dichter Gerhart Hauptmann nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Frage vorlegte: „Liedel Du denn dieses Deutschland?“ Gerhart Hauptmann habe geantwortet: „Solange ich lebe, soll es nicht einen Angeblich geben, an dem ich nicht an die Zukunft Deutschlands glaube.“ Nach einem geschichtlichen Überblick über die Entwicklung Deutschlands über die Einheit Deutschlands immer daran schielerte, weil die Einheit von oben geschaffen wurde und nicht von unten, erinnerte er an die Worte Friedrich Ludwig Jahne in der Paulskirche zu Frankfurt im Jahre 1848 und schloß: „Wir sind das gute alte Gewissen, wir kämpfen für die Einheit und einen gerechten Frieden.“

Wir bringen in unserer nächsten Ausgabe weitere Referate, die auf dem Volksgenoss gehalten wurden.

Internationale monatliche Übersicht über Januar 1948, Nr. 6

1. Die Theorie und die Praxis der „Dritten Kraft“.

In einer Reihe von europäischen Ländern geht gegenwärtig eine ausgedehnte Debatte vor sich über den Begriff der „Dritten Kraft“ (französisch: „Troisième Force“, englisch: „Third Force“). Die Debatte findet statt einerseits im Schoße der sozialistischen Parteien, andererseits zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien. In Frankreich wird die gegenwärtige Regierungskoalition der katholischen Partei, der sozialistischen Partei und der Radikalsozialisten geradezu als die „Dritte Kraft“ bezeichnet. In England ist die Parteikonstellation anders, aber auch dort findet eine ausgedehnte und lebhaft Diskussion über die „Dritte Kraft“ statt, nur daß dort der Nachdruck vor allem auf der außenpolitischen Seite ruht. Es lohnt sich also wohl, auf diese Frage näher einzugehen. Dabei kommt alles darauf an, zu unterscheiden zwischen der theoretischen Auffassung, Begründung und Zielsetzung der Verfechter der „Dritten Kraft“ einerseits und ihrer Praxis auf der anderen Seite, zwischen den subjektiven Absichten und der objektiven Wirkung. Wenn wir nicht irren, so ist der Begriff und der Ausdruck von der „Dritten Kraft“ zuerst auf dem linken Flügel der französischen sozialistischen Partei (SFIO) aufgekommen und war dort wieder eine Fortsetzung des früher geprägten Begriffes des „libertären Sozialismus“, den vor allem die POUM, die bekannte sozialistische Partei Katalaniens, und die ihr nahestehenden Gruppen und Parteien vertraten.¹⁾ Der „libertäre Sozialismus“ war einerseits gerichtet gegen den Reformismus, dem er vorwarf, die sozialistische Revolution aufgegeben zu haben, andererseits gegen den Stalinismus, dem er vorwarf, die Demokratie der Werktätigen durch ein autoritäres Partei- und Staatsregime ersetzt zu haben. Dies war noch während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Ende des Krieges und bei der wachsenden Scheidung der Weltpolitik wie der Klassenpolitik in zwei Lager entwickelte sich aus dem Begriff des „libertären Sozialismus“ der der „Dritten Kraft“. Der Begriff gewann im Zusammenhang mit der Nachkriegsentwicklung neue, weitere Bestimmungen.

Die Hauptmerkmale dieses Begriffes, wie ihn zunächst die französischen Linksozialisten aufstellten, waren folgende:

1. Betonung der sozialistischen Revolution als Zielsetzung gegenüber den Rechtssozialisten, die angeklagt wurden des Reformismus und Opportunismus, d. h. der Aufgabe des sozialistischen Endzieles, der Dienste für die Erhaltung des Kapitalismus.

2. Gegenüber dem Stalinismus die Forderung der Beibehaltung der Demokratie sowohl innerhalb der Arbeiterbewegung als auch im sozialistischen Staat. Das schloß ein die Ablehnung des Ein-Parteien-Systems im sozialistischen Staate, der Diktatur des Proletariats, des revolutionären Terrors als eines ihrer Mittel, sowie sonstiger Einschränkungen der bürgerlichen Demokratie.

3. Die Forderung der Aufrechterhaltung eines Höchstmaßes von Freiheit auch in der sozialistischen Planwirtschaft im Gegensatz zur durchgehenden und zwangsmäßigen Regulierung der Wirtschaft durch das leitende Zentrum. Möglichst weitgehende Selbstverwaltung und Dezentralisation auf wirtschaftlichem, wie auf politischem Gebiet.

4. Mehr oder weniger klar ausgesprochen die Gegenüberstellung der westlichen Kultur und Zivilisation gegenüber der östlichen Kulturlosigkeit, Rückständigkeit und Barbarei.

5. Auf dem außenpolitischen Gebiet wandte sich die Theorie der „Dritten Kraft“ sowohl gegen die Unterordnung unter die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitalismus wie unter die Sowjetrußlands. Statt dessen wurde gefordert eine selbständige Außenpolitik der west- und mitteleuropäischen Staaten im Verhältnis zu diesen beiden Weltmächten erster Ordnung mit dem Ziel, soviel Kraft zu gewinnen, um zwischen ihnen vermitteln zu können, den Gegensatz zwischen ihnen abzustumpfen und so einen 3. Weltkrieg zu vermeiden.

6. Als das Werkzeug einer solchen Außenpolitik sollte ein Block der mittel- und westeuropäischen Staaten mit sozialistischen Regierungen dienen, der seinerseits eine Stufe sein sollte zu einem ganz Europa umfassenden sozialistischen Staatenbund. Wie bereits erwähnt, ging diese ursprünglich links-sozialistische Idee im Laufe der Zeit über auf die SFIO als Ganzes, und damit erlitt sie eine Reihe von Veränderungen, deren wichtigste die folgenden sind:

- die antireformistische Spitze mußte natürlich abgebrochen oder abgestumpft werden.
- innenpolitisch wollte die „Dritte Kraft“ sich gegen den Gaullismus auf der einen, gegen den Kommunismus auf der anderen Seite wenden. Die Verteidigung der republikanischen Einrichtungen gegen eine Links- wie gegen eine Rechtsdiktatur wurde als das positive Ziel der „Dritten Kraft“ aufgestellt.
- Stellungnahme für den Marshallplan.
- die Idee der sozialistischen Föderation ganz Europas rückt in den Hintergrund oder wird fallengelassen; die des westeuropäischen Blocks tritt dafür in den Vordergrund.

In England ist die innere Polarisierung noch nicht so weit fortgeschritten wie in Frankreich. Sowohl eine Links- wie eine Rechtsdiktatur sind dort noch nicht so aktuell wie in Frankreich. Die Theorie der „Dritten Kraft“ hat also in England vorwiegend einen außenpolitischen Sinn: den der Selbständigkeit

der englischen Außenpolitik sowohl im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten als auch zur Sowjetunion. Bestimmter wurde das von R. Crossman, einem der Führer des linken Flügels der Labour-Party, so formuliert (New Statesman vom 13. 12. 47): „England soll gleichzeitig die amerikanische Hilfe für seine Wiedererholung annehmen und mit Osteuropa so viel wie möglich Handel treiben. Die 16 Staaten, die den Marshall-Plan angenommen haben, sollen gemeinsame Waren-Direktionen wie gemeinsame Stäbe für wirtschaftliche Planung einrichten, sowohl, um mit der Sowjetunion und den anderen Staaten Osteuropas Handel zu treiben, als auch, um die Hilfe durch den Marshall-Plan auszunützen.“

Soweit die Theorien und die subjektiven Absichten der Anhänger der „Dritten Kraft“. Aber was ist die Praxis, die diesen Theorien und Absichten entspricht? Es ist klar, daß dies entscheidend sein muß für die Stellungnahme.

Nehmen wir zunächst Frankreich. Die wesentlichen Tatsachen sind hier bekannt genug. Zunächst die innenpolitischen. Auf die Koalitionsregierung zwischen kommunistischer, sozialistischer und katholischer Parteien folgte der Hinauswurf der Kommunisten aus der Regierung. Die nächste Etappe war die sozialistisch-katholische Regierungskoalition mit den Sozialisten an der Spitze der Regierung (Ramadier). Die nächste und jüngste Etappe ist dieselbe Koalition (plus Radikalsozialisten und einigen anderen kleineren Gruppen), aber jetzt mit den Katholiken an der Spitze.²⁾ Die neue Koalition nannte sich direkt „Die Dritte Kraft“. Ihr Programm war: Verteidigung der republikanischen Einrichtungen gegen eine Links- wie gegen eine Rechtsdiktatur, gegen de Gaulle wie gegen Thorez. Tatsache ist aber:

- daß ein Teil der katholischen Partei auf dem Abmarsch zu de Gaulle begriffen ist,
- daß die sozialistische Partei bei den letzten Gemeindewahlen in vielen Fällen den Gaullisten zum Sieg über die Kommunisten verholpen hat.

Der Kampf gegen den Gaullismus von seiten der „Dritten Kraft“ spielt sich in der Weise ab, daß die katholische Partei immer mehr Zugeständnisse an den Gaullismus macht, daß die sozialistische Partei als Ganzes immer mehr Zugeständnisse an diese Politik der katholischen Partei macht und daß der linke Flügel der SFIO diese Politik der Gesamtpartei tatsächlich unterstützt. Die Verteidigung der republikanischen Einrichtungen geschieht in der Weise, daß die Regierung der „Dritten Kraft“ diese Einrichtungen mit eigenen Händen Stück für Stück abbaut, diktatorische Maßregeln gegen die Arbeiterklasse durchführt, das Militär zu Hilfe ruft gegen Streiks usw.³⁾ So bereitet sie dem Gaullismus das Bett, wie der französische Ausdruck lautet, indem sie selbst immer mehr diktatorische Methoden gegen die Arbeiterklasse und insbesondere gegen die Gewerkschaften anwendet.

Dieser Gang der inneren Entwicklung ist das genaue Gegenstück zur Rolle der deutschen Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer

Republik, in der Brüning-Periode, wo mit den Ausnahmeparagraphen regiert und alle Bedingungen vorbereitet wurden, damit der Nazismus sich in das gemachte Bett legen konnte.⁴⁾ Es ist sicher kein Zufall, daß es hier wie dort die katholische Partei war, die bei diesem Übergang die Führung übernahm und daß die sozialdemokratische Partei dieser Führung mehr und mehr folgte. Die Politik der SFIO hat dazu geführt, daß das Schwergewicht ihrer Anhängerschaft sich mehr und mehr von der Arbeiterklasse in kleinbürgerliche Schichten verlegte, wie ihrerseits diese Verlegung den Abrutsch der Politik der SFIO nach rechts immer mehr und mehr verstärkte und beschleunigte. Das Schlußstück ist die Spaltung der Gewerkschaften, der schwerste Schlag, der der französischen Arbeiterklasse bisher versetzt worden ist.

Außenpolitisch sind die wichtigsten Kennzeichen dieses Kurses: Die Annahme des Marshall-Planes, die Verhandlungen mit Italien und England zur Schaffung eines westeuropäischen Staatenblocks, der sich in den Marshall-Plan einfügt, die Fortsetzung der kurzfristig-nationalistischen Politik gegenüber Deutschland, die praktische Aufhebung des noch von de Gaulle abgeschlossenen französisch-sowjetischen Bündnisses, die Verschärfung des Kampfes gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker des französischen Kolonialreiches.

In England ist das Kennzeichen des inneren Kurses der Labour-Regierung der Verzicht auf weitere Nationalisierungen (vor allem der Verzicht auf die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie), auf die Rationalisierung und Modernisierung der Industrie, die wesentliche Einschränkung des Wohnungsbaues, wachsender Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Schichten. Das Wirtschaftsprogramm von Cripps nähert sich mehr und mehr dem Programm der britischen Industriellen (die bekanntlich für die Beibehaltung der bisher durchgeführten Nationalisierung sind).⁵⁾

Die hervorstechendsten außenpolitischen Merkmale des Kurses der „Dritten Kraft“ in England sind: die Annahme des Marshall-Planes, die wachsende Unterordnung unter die amerikanische Außenpolitik (besonders in Deutschland), die von Bevin unternommene Initiative zur Schaffung des westeuropäischen Staatenblocks,⁶⁾ das letztere unter voller Zustimmung Churchills und unter Verzicht der Linken der Labour-Party auf Opposition dagegen, der systematische Ausbau der imperialistischen Politik Englands im mittleren Osten, die Verlegung des Schwergewichts der englischen Kolonialpolitik auf Afrika usw.⁷⁾ Die Mehrheit des linken Flügels der Labour-Party fährt dabei fort, ihr „sozialistisches“ Programm mit Worten zu vertreten. Da aber ihre Handlungen in entgegengesetzter Richtung gehen, so ist die objektive Wirkung davon nur, daß sie die Durchführung der imperialistisch-kapitalistischen Politik der Regierung erleichtern, indem sie ihr einen sozialistischen Schein verleihen. Die Rolle dieses linken Flügels der Labour-Party

hat so viel Ähnlichkeit mit der deutschen „Unabhängigen“ während des Ersten Weltkrieges und in den ersten Jahren der revolutionären Bewegung in Deutschland nach dem Ende dieses Krieges.⁸⁾

Die schließliche Konsequenz dieser Außenpolitik wird von einem Führer der Mehrheit des linken Flügels der Labour-Party in einer Debatte über die Politik der „Dritten Kraft“ in der Zeitschrift „New Statesman“ vom 13. 12. 47 mit kühler Offenheit ausgesprochen. Auf die Einwände von Zilliacus auf die Politik der „Dritten Kraft“ antwortet R. Crossman: „*Wenn die 'Dritte Kraft' falscher Schein und Unsinn ist (phoney nonsense), wie er (Zilliacus) behauptet, so bleiben uns nur die trüben Alternativen, ein russischer oder ein amerikanischer Brückenkopf zu werden. Wir werden ein amerikanischer Brückenkopf werden. Es ist keine denkbare Chance, daß die Politik des Herrn Zilliacus von irgendjemand angenommen wird, außer von ein paar Weggenossen (des Kommunismus).*“

Die Praxis der Anhänger der „Dritten Kraft“ widerlegt ihre Theorie schlagender als irgendwelche theoretische Beweisführung es tun könnte. Diese Praxis hebt die Theorie und das Programm der „Dritten Kraft“ nach ihren drei wesentlichen Seiten auf: sowohl nach der Seite der sozialistischen Revolution, wie nach der Seite der Demokratie und Freiheit, wie schließlich nach der Seite der außenpolitischen Selbständigkeit. Wohlverstanden, es ist hier nicht die Rede von den subjektiven Absichten der Vertreter der „Dritten Kraft“, es ist die Rede von den objektiven, tatsächlichen Folgen und Wirkungen.

Wenn dies die objektiven Folgen dieser Stellungnahme sind, so müssen ihre theoretischen Voraussetzungen wesentliche Fehler enthalten. Es ist nicht allzuschwer, sie herauszufinden.

Der grundlegende Fehler, von dem alle übrigen abzuleiten sind, ist, daß es zwischen Kommunismus und Kapitalismus auf die Dauer keine Zwischenstellung gibt. Es ist schon so, wie John Reed in seinem Buch über die russische Oktoberrevolution berichtet („Zehn Tage die die Welt erschütterten“). Von dem naiven proletarischen Sprecher, der einem Sozialrevolutionär⁹⁾ gegenüber, der in seiner Weise die „Dritte Kraft“ verteidigt, immer nur den einfachen Satz wiederholt: „*Es gibt nur 2 Klassen, Kapitalisten und Arbeiter ... nur zwei Klassen*“. Gemeint ist damit natürlich, daß nur entweder die Kapitalisten oder die Arbeiterklasse die politische Führung der anderen Klassen übernehmen können.

Daraus ergibt sich folgerichtig alles übrige. Die Demokratie läßt sich nicht verteidigen als bürgerliche Demokratie, die in Zeiten revolutionärer Krisen unweigerlich zur offenen bürgerlichen Diktatur in irgendeiner ihrer Formen führt, sondern nur als Demokratie der Werktätigen, und die Demokratie der Werktätigen muß eben in Zeiten der revolutionären Krise die Form der proletarischen Diktatur, des Rätestaates, annehmen. Und nur in dieser Form können die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um schließlich

diese Diktatur überflüssig zu machen. Die Formen dieser Demokratie der Werktätigen werden in verschiedenen Ländern sicherlich verschieden sein, je nach den besonderen geschichtlichen Voraussetzungen jedes Landes, aber es werden immer Formen der Demokratie der Werktätigen, Formen der Diktatur des Proletariats, Formen des Rätestaates sein müssen. Von diesen Voraussetzungen hängt es auch ab, in welcher Frist in jedem Lande die proletarische Diktatur überflüssig werden wird.

Nur von diesem Boden aus, und d. h. eben vom Boden des Kommunismus aus, läßt sich die Selbständigkeit und lassen sich die geschichtlichen Eigentümlichkeiten der sozialistischen Revolutionen in West- und Mitteleuropa gegenüber den Besonderheiten der russischen Revolution verteidigen, erhalten und durchsetzen. Dazu gehören nicht nur die demokratischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung des Westens, die Selbstverwaltung, sondern auch ihre kulturellen Errungenschaften.

Es sind eine Reihe wertvoller Güter, die viele Anhänger der „Dritten Kraft“ zu verteidigen trachten: aber sie verteidigen sie falsch, von einem Boden aus, von dem sie nicht zu verteidigen, sondern rettungslos verloren sind.

Warum das? Weil diese Anhänger zugleich mit den wertvollen Gütern eine Menge morsches und überholtes Gerümpel der mittel- und westeuropäischen Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Staatsformen verteidigen, kurz, weil sie nicht verstehen, sich zu diesen Traditionen kritisch zu verhalten, d. h. das Wertvolle und Bleibende zu trennen von dem Wertlosen und geschichtlich Überholten, weil sie, im übertriebenen Gefühl ihrer westeuropäischen Überlegenheit, nicht verstehen, von der russischen Revolution kritisch zu lernen, d. h. auch hier das Positive vom Negativen, die russischen Besonderheiten von dem Allgemeingültigen, das in der russischen Revolution auch enthalten ist, zu trennen. Überholen heißt gelernt haben von dem, was überholt werden soll. Beides ist nötig, das kritische Verhalten zur eigenen Tradition wie zur russischen Entwicklung. Es ist leicht einzusehen, daß die außenpolitischen Verhältnisse, die hier stattfinden, nur eine Erweiterung der inneren Klassenverhältnisse vorstellen.

Es wäre gerade die spezifische Aufgabe der kommunistischen Parteien West- und Mitteleuropas, die Fähigkeit zu diesem doppelseitigen kritischen Verhältnis in den Arbeiterbewegungen West- und Mitteleuropas zu entwickeln und zu erleichtern.

Aber wie können sie geben, was sie selbst nicht haben? Um Lehrmeister in den Arbeiterbewegungen West- und Mitteleuropas zu sein, müssen sie aufhören, bloß unselbständige Schüler der russischen Revolution zu sein. Hier liegt eine Aufgabe erster Ordnung vor. Von ihrer Lösung hängt sehr wesentlich die Überwindung der Theorie wie der Praxis der „Dritten Kraft“ ab.

2. Religiöse Kämpfe und Klassenkampf in Indien.

Gandhi, der Apostel der Gewaltlosigkeit, ist schließlich selbst der Gewalt zum Opfer gefallen. Bei dem letzten großen Fasten,¹⁰⁾ das er begann, um den Frieden zwischen Hindus und Mohammedanern zu stiften, demonstrierten in Neu-Delhi die Arbeiter mit roten Fahnen, auf denen Hammer und Sichel angebracht waren, mit den Rufen: Es lebe Gandhi. Diese Arbeiter waren aber sicher nicht Anhänger des Prinzips der Gewaltlosigkeit überhaupt. Der Mörder Gandhis gehört einer der Geheimorganisationen an, die verbunden waren mit der großen orthodoxen und extrem-nationalistischen Partei Mahasabha, die den Krieg gegen Pakistan und die Mohammedaner überhaupt und die Rückkehr zum orthodoxen Hinduismus predigte.¹¹⁾ Ein Hauptstück des orthodoxen Hinduismus ist die strenge Aufrechterhaltung des Kastenwesens.¹²⁾ Gandhi selbst hat zwar gegen die größten Exzesse des Kastenwesens angekämpft, vor allem gegen die Pariastellung der Kastenlosen, der „Unberührbaren“, aber er selbst bekannte sich zum Hinduismus, übte seine Gebräuche aus, vertrat die Rückkehr zum Handspinnen usw.¹³⁾

Alle diese scheinbaren Widersprüche erklären sich durch den Klassenkampf in Indien selbst und die Politik des britischen Imperialismus. Die Rassen- und religiösen Gegensätze in Indien waren durch den Fortschritt der modernen Industrie in den Städten bereits zu einem erheblichen Teile eingeebnet worden. In einem modernen industriellen Betrieb ist die Aufrechterhaltung der alten Kastengesetze mit ihren verschiedenen Speise- und Verkehrsvorschriften usw., die die einzelnen Kasten voneinander absondern, nicht mehr in vollem Umfang möglich. Die stärkste nationale Partei Indiens, die Kongress-Partei, deren tatsächlicher Führer Gandhi gewesen war, umfaßte Hindus und Mohammedaner. Die indische Bourgeoisie, sofern sie an der Durchindustrialisierung des Landes und der Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes interessiert war, war ebenfalls interessiert an dem Abbau der kastenreligiösen und rassenmäßigen Schranken innerhalb des gewaltigen Landes. Aber im Laufe des nationalen Unabhängigkeitskampfes gegen die britische Herrschaft in Indien konnte es nicht fehlen, daß die Massen der indischen industriellen Arbeiter und der feudal versklavten Bauern gegenüber der Bourgeoisie und den feudalen Großgrundbesitzern auch ihre Klassenforderungen zur Geltung brachten. Sie waren keineswegs Anhänger der Gewaltlosigkeit gegen ihre Klassengegner, die selbst sich auf die Gewalt stützten und sie gegen sie anwandten. Der nationale Befreiungskampf Indiens ist demgemäß durchzogen von zahllosen Bauernaufständen, Massenstreiks usw. Die Predigt der Gewaltlosigkeit durch Gandhi war in diesem Stadium den herrschenden Klassen Indiens durchaus willkommen, um den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern niederzuhalten. Die geheime Furcht vor der selbständigen Klassenaktion der Arbeiter und Bauern durchzieht die ganze Geschichte des nationalen Unabhängigkeitskampfes, wie er

von den herrschenden Klassen Indiens geführt wurde. Sie ist auch der Schlüssel zu dem faulen und verräterischen Kompromiss, mit dem die herrschenden Klassen Indiens schließlich ihren nationalen Unabhängigkeitskampf beendet haben: die Annahme des Prinzips der religiösen Gemeinschaften, statt der politischen Parteistellung, als Grundlage für das Wahlrecht und damit der Verfassung, die Annahme der Spaltung Indiens nicht nur in einen mohammedanischen und hindustanischen Teil, sondern auch in die zahlreichen unabhängigen Fürstentümer.¹⁵⁾ Es war dies eine glatte Preisgabe des eigenen nationalen Befreiungsprogramms, von dem einer der Hauptpunkte die Einheit Indiens war. Gandhi, Nehru usw. fügten sich nur mit Widerwillen diesem verräterischen Kompromiß, den der britische Imperialismus Indien androhte, aber sie fügten sich.

Es bedarf keiner langen Erörterungen, um zu verstehen, welches Interesse der britische Imperialismus seinerseits daran hatte, die religiösen, Rassen- und Kastengegensätze in Indien möglichst zu erhalten, ja womöglich zu vertiefen. Auf Grund aller dieser Gegensätze hat seinerseits England das ungeheure Land mit einem lächerlich geringen Aufwand von militärischen Kräften, aber mit einem großen Aufwand von diplomatischen Manövern erobert. Durch die systematische Aufrechterhaltung und Förderung dieser Gegensätze hatte England das Land ebenfalls mit verhältnismäßig geringen militärischen Kräften und einem kleinen Staat leitender Beamter englischer Herkunft politisch beherrscht und wirtschaftlich ausgebeutet.¹⁶⁾ Es hat schließlich zähneknirschend seine politische Herrschaft über Indien größtenteils aufgeben müssen, als nicht nur die eingeborenen Mannschaften, sondern auch die subalternen Offiziere der indischen Armee als Werkzeuge der britischen Herrschaft versagten. Die englischen Offiziere und Verwaltungsbeamten in Indien sind größtenteils abgezogen, aber die englischen Industriellen, Bankiers, Pflanzer usw. blieben. Der den herrschenden Klassen Indiens vorgeschlagene Kompromiss mit der Vernichtung der staatlichen Einheit Indiens und der verfassungsmäßig festgelegten Erhaltung der religiösen Gegensätze dient einerseits den Interessen der Erhaltung der wirtschaftlichen Ausbeutung Indiens durch das britische Kapital (in wachsendem Umfang auch durch das amerikanische Kapital), andererseits aber soll es ein Anhaltspunkt sein, um gegebenenfalls Indien auch politisch wieder zurückzuerobern, wenn auf Grund dieser Indien auferlegten Bedingungen bewiesen würde, „daß Indien sich nicht selbst regieren kann“.

Die herrschenden Klassen Indiens aber schüren jetzt ihrerseits die religiösen Kämpfe, um den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern niederzuhalten, der nach der Räumung Indiens durch England verschärft aufzufammen drohte. Die Mahasabha, die orthodoxe Partei des Hinduismus mit ihren halb militaristischen Geheimorganisationen, wurde jetzt von den herrschenden Klassen Indiens mit aller Macht gefördert, die Kongreßpartei in den

Hintergrund gedrängt. Entsprechendes ging vor sich in den mohammedanischen Teilen Indiens von seiten der dort herrschenden Klassen, vor allem der feudalen Großgrundbesitzer. Es ist keine Frage, daß die Schürung der religiösen- und Rassenkämpfe auf die Dauer auch die wirtschaftlichen Interessen des indischen Kapitalismus schwer beeinträchtigt, die die Niederlegung der Kasten- und religiösen Schranken im Interesse der industriellen Entwicklung des Landes erfordern. Aber das Interesse der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft geht allen anderen Interessen der herrschenden Klassen Indiens voran. Ihm werden das nationale Interesse Indiens wie das seines wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes geopfert. So bleibt nur die indische Arbeiterklasse, um die von den herrschenden Klassen verratenen Fahne der vollen nationalen Befreiung und des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes des Landes wieder aufzunehmen und die Führung der bäuerlichen Massen in ihrem Kampfe um die Befreiung von feudaler und kapitalistischer Ausbeutung zu übernehmen.

In dieser Beziehung waren die Demonstrationen der Arbeiter Neu-Delhis für Gandhi, d. h. für die Einstellung der religiösen Kämpfe, wie ihre jetzigen Demonstrationen gegen die Mahasabha in allen großen Städten Hindustans¹⁷⁾ ein hoffnungsvolles Zeichen. Die Arbeiterklasse Indiens ist heute die einzig mögliche Führerin im nationalen wie im sozialen Befreiungskampf Indiens geworden, während die herrschenden Klassen Indiens im Bunde mit dem britischen Imperialismus sich als die Erhalter aller Rückständigkeit des hindustanischen und des islamitischen Mittelalters erweisen.

Lieber August!

London, 20. Febr. 1948

Ich komme eben von Michael und habe die neue Übersicht gelesen. Es ist sehr nützlich, daß Sie die 3. Force behandelt haben. Nur den Zwischensatz von der drohenden Arbeitslosigkeit habe ich gestrichen. Vorläufig ist noch Arbeitermangel, in weiterer Perspektive droht auch Arbeitslosigkeit - aber das müßte dann eben als weitere Folge auch erläutert werden. Da dies nicht getan ist, habe ich den Zwischensatz gestrichen, weil er so nicht richtig gewürdigt würde...

Ich versuche, mir die Dinge hier klar zu machen. Alle meine Versuche, sozialistisches Wollen zum Handeln bei den englischen Arbeitern ausfindig zu machen, waren bis jetzt vergeblich. Was ich fand, war Unzufriedenheit, Kritik an der Regierung, aber kein Gedanke, es selbst besser zu machen. Die Regierung soll es tun. Dabei Bereitschaft, für die unmittelbaren Interessen zu kämpfen, d.h. zu streiken, aber kein Verständnis, daß dies nicht genügt, ja nicht einmal den erhofften Erfolg bringen kann. Die Leute verstehen nicht, daß die Hebung der Lebenshaltung zur Voraussetzung die Steigerung der Produktion und des gesellschaftlichen Reichtums hat, daß die Verteilung der Profite nicht ausreicht, sogar wenn sie ganz erfaßt werden könnten, was natürlich unmöglich ist bei den vorhandenen 90 % Privateigentum. Vom reformistischen Standpunkt ist es schon eine Leistung, daß 0,1 vom Hundert weggesteuert werden. Der Druck der Arbeiterklasse auf die Innenpolitik ist erheblich, aber nicht sozialistisch, sondern eben rein reformistisch auf unmittelbare Erfolge abzielend. Die alte Tradition wirkt noch stark, nämlich die Kapitalisten zum Nachgeben zu bewegen, statt sie zu entmachten und die Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Unter solchen Bedingungen etwas zugunsten der deutschen Arbeiter zu erwarten, halte ich für ziemlich aussichtslos, solange sie nicht für ihre eigenen machtpolitischen Aufgaben kämpfen. Täten sie es, es wäre die beste Hilfe für Deutschland...

Beste Grüße H.

Die Stimme des Auslandes

WESTDEUTSCHLAND IM MARSHALLPLAN

Daß Washington Westdeutschland als ein „Glied des Ganzen“ in die Europahilfe einbezieht, ergibt sich aus einem Aufsatz der „New York Herald Tribune“, in der es heißt:

Die Bildung einer neuen Quasi-Regierung in Westdeutschland ist zeitlich so abgestimmt, daß sie funktionieren wird, wenn der Marshall-Plan zu spielen beginnt. Das ist wichtig, weil die Regierung der Vereinigten Staaten Bizozien als unentbehrliches siebzehntes Mitglied des Teams des European Recovery Plan betrachtet. Das Ausmaß der herkömmlichen Abhängigkeit Europas von der Kohle, vom Stahl, von der Maschinenindustrie Deutschlands vom deutschen Verkehrsnetz und vom deutschen Markt, ist allzu bekannt, als daß es einer näheren Darlegung bedürfte. Wenn die industrielle Produktion in Westdeutschland weiterhin etwa um ein Drittel bis fünfzig Prozent hinter dem Vorkriegsstand zurückbleibt, dann sind die Aussichten für einen erfolgreichen Marshall-Plan in der Tat dürftig.

KRITIK AM BALKANBUND

Ein Leitartikel in dem Pariser Blatt „Le Monde“, das dem Quai d'Orsay nahesteht, befaßt sich mit der Politik Rußlands gegenüber dem Balkanbund.

In der auswärtigen Politik zeigt sich ein Umbruch. Die „Pravda“ brachte kürzlich einen sensationellen Leitartikel, der eine von Dimitroff gehaltene Rede über die bevorstehende Föderation der Balkan- und Donauländer Lügen straft.

Es scheint, daß die geschmeidige und realistische Politik des Kreml sich schnell den veränderten Umständen angepaßt hat. Solange die Alliierten den Anspruch darauf erhoben, an den Ufern der Donau und in den Balkanländern eine Rolle zu spielen, und solange die drohende Anziehungskraft des Marshallplanes auf ganz Europa bestand, hielt man es in Moskau für nötig, eine Gegenpropaganda zu schaffen, indem man das Gewicht auf die Unabhängigkeit der Balkanstaaten legte und auch ihren Willen betonte, ihre Angelegenheiten untereinander zu erledigen. Jetzt haben die Westmächte ihren Bereich genau abgesteckt und darauf verzichtet, unnötig in Osteuropa zu intervenieren. Es scheint nun für den Kreml gegenstandslos zu sein, sein Wohlwollen einem Bündnisplan zuzuwenden, der für ihn doch immer nur eine Fiktion geblieben wäre. Er verdammt ihn vielmehr bereits.

Die Sowjetunion kommt damit auf ihre traditionelle Politik zurück; die darin besteht, die Souveränität und den Unabhängigkeitswillen der Länder, die sie ihren Zielen zu unterwerfen beabsichtigt, zu entfachen, so daß sie bereit sind, eine Übereinkunft ohne Intervention von Dritten anzunehmen. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß diese Politik nicht neu ist, sondern daß sie die Grund-

lage der bilateralen Politik bildete, die Hitler seinerzeit anwandte. Die Vorstellung der russischen Politik geht dahin, daß die Bande, die die Sowjetischen Republiken und die Nachbarrepubliken an Moskau fesseln, direkt und viel stärker sein müssen als Bündnisse unter diesen Republiken selbst. Dies bedeutet allerdings keineswegs eine Verurteilung der Militärpakte, die seit zwei Jahren durch den Marshall Plan abgeschlossen wurden. Dieser behält mehr denn je das Wohlwollen des Kreml bei der systematischen Durchführung seines Werkes.

DIE VIER KRIEGE

Der Berichterstatler Alexander Werth schreibt dem „Manchester Guardian“ aus Moskau:

Ein verhältnismäßig neues Hauptthema der Sowjetpresse bilden die sich regelmäßig wiederholenden Berichte über die „Vier unerklärten Kriege“ in Griechenland, Indonesien, Viet Nam und China. Alle vier werden als nationale Befreiungskriege bezeichnet. Mit den Franzosen und Holländern wird un-unt umgegangen. Die Regierung der chinesischen Kuomintang wird als eine Regierung bezeichnet, die „ihr unglückliches Land in Bausch und Bogen an die Amerikaner verkauft“. Die Kommunisten im Norden werden als die wahren Vertreter der chinesischen Demokratie bezeichnet, obgleich einige von den Kuomintang-Leuten anfangen, unsicher zu werden und der „antinationalen“ Regierung Tschiangkaischeks gegenüber ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben. Auch hier werden Trumans Ratgeber so dargestellt, als ob ihr Appetit größer sei als ihr Magen.

Am heftigsten sind die Kommentare über Griechenland. Die „Literary Gazette“ gab kürzlich drei Photographien aus der amerikanischen Wochenzeitschrift „Time“ wieder, die die Erschießung von griechischen Partisanen durch ein Militärkommando zeigt. „Diese aufreizenden Dokumente“, so sagt die russische Zeitschrift, „zeigt den faschistischen Haß der anglo-amerikanischen Gestapolente in Griechenland. Sie töten jeden, der nicht zum Sklaven von Wallstreet werden will. Aber sie werden der Rache des Volkes nicht entgehen.“

HOFFNUNGEN AUF DAS PERSISCHE ÖL

Über die Bedeutung des persischen Öls für das Britische Reich schreibt der „Manchester Guardian“ im Zusammenhang mit dem russisch-amerikanischen Notenwechsel:

Am Persischen Golf befindet sich als gemeinsames Eigentum der britischen Regierung und einiger Privatunternehmer die größte Ölraffinerie der Welt, die 80 000 Arbeiter beschäftigt. Sie ist zugleich der größte Industriekonzern im Mittleren Osten und fördert rund 20 Millionen Tonnen Öl jährlich. Die große persische Ölquelle hat für England eine große Rolle als Dollarsparer. Die Anglo-Iranian-Oil-Company mag zwar Großbritannien noch nicht

mit dollarfreiem Öl beliefern. Aber sie ist die große Lieferant für Indien, Südafrika, Australien und Neuseeland. Wenn die Rohrleitung durch den Irak und die arabischen Wüste um das Jahr 1952 herum fertig wird, wird sich allerdings das Bild ändern.

Auf jeden Fall ist es für uns wichtig unsere Interessen an diesem Ölkonzern zu wahren, sowohl der wirtschaftlichen Hilfe wegen, die sie dem Sterlingblock gibt, als auch um die wirtschaftliche Entwicklung im Mittleren Osten zu unterstützen.

Nach der Ermordung Gandhis

LONDON, im Februar.

Als der junge Hindu Marathen Vinayak Gode seine tödlichen Schüsse auf den Mahatma Gandhi abgab, war er sich wohl kaum bewußt, wie schicksalhaft dieser Augenblick in der Geschichte des heutigen Indien werden könnte.

Der einzige politische und religiöse Kristallisationspunkt in diesem Mosaik der Stanten, Völker, Rassen, Religionen und Kasten, der „politische Heilige und heilige Politiker“ Mohandas Karamchand Gandhi, hat mit seinem tragischen Tod die Kräfte zu einer gefährlichen Entwicklung endgültig gelöst. Diese Entwicklung war schon vorgezeichnet durch die Aufgabe der britischen Position und die ihr folgenden blutigen Wirren. In diesem gewaltigen Fieber, das den indischen Kontinent schüttelte, hatte es die „Große Seele“, wie die Inder aller Richtungen den kleinen, in weiße, selbstgesponnene Baumwolltücher gehüllten Greis nannten, bis zuletzt verstanden, mit den Mitteln seiner religiösen Anschauungen dämpfend zu wirken, so wie er den Kampf für die Unabhängigkeit Indiens damit gewann. Er hatte in einer religiös fundierten Haltung ein Leben lang neben der Liebe zu allen Mitmenschen den passiven, gewaltlosen Widerstand gegen die Kolonialmacht gepredigt. „News Chronicle“ zitierte eben noch ein Interview mit dem Mahatma vor 24 Jahren, das mit den Worten begann: „Ich verrichte keine Handlung, ohne zu beten.“

In diesen seinen „Kampfmitteln“ hatte Gandhi selbst die aktiven und streitbaren Mohammedaner hinter sich, solange das Ziel der Freiheit noch nicht erreicht war. Obwohl er bis zu seinem Tode seinem angeborenen Hindu-Glauben treu blieb, kamen auf Grund ausgedehnter, religiöser Studien Elemente zahlreicher Religionen in sein Weltbild. Seine abgeklärte Weisheit und seine Toleranz, die er selbst seinen erbittertesten Feinden gegenüber übte, verschafften ihm so die Hochachtung, Zuneigung und Verehrung der Welt, in deren Bewußtsein dieser einsame Mann zu einer populären Gestalt wurde. Sie sah in Mahatma Gandhi einen edlen Kosmopoliten. Dieser rein geistigen Machtstellung des freiwillig vom Millionär zum Asketen gewordenen Mannes verdankt Indien seine politische Freiheit und einen gesamtindischen Volkgeist trotz aller Spaltungen und Unruhen. Es verdankt ihm aber auch eine Reihe von inneren Reformen und Befriedigungsaktionen, für die er durch das persönliche Fastenopfer immer wieder sein Leben einsetzte. Noch vor wenigen Wochen konnte er den Krieg um Kaschmir zwischen dem moslemischen Pakistan und dem hinduistischen Indien durch sein Fasten verhindern.

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß dieser 78jährige Greis nun in dem gleichen Jahre den gewaltsamen Tod sterben mußte, den sein Lebens-

Beobachter nicht geläufiger Zug im Bild Indiens. Aber bis zu dem unglückseligen Tag von New Delhi waren sich Gandhis Feinde nie eingeworden in der Frage, was gefährlicher sei, ein lebender oder ein toter Gandhi. Jedenfalls ist seine Macht noch nie so groß gewesen ist, wie zuletzt. Werden seine Nachfolger diese Chance zu nutzen verstehen, werden sie Gandhis Vermächtnis bewahren und die Einigkeit in der indischen Vielheit ohne neue Blutopfer retten?

Wer sind diese Nachfolger? Der für sozialistische Ideen zugängliche Pandit Nehru predigt die Einheit Indiens um einen zentral geleiteten indischen Machtstaat zu errichten. Zu der moralischen Größe Gandhis fehlen ihm die religiösen Voraussetzungen, denn er ist „religiös indifferent“ und beschäftigt sich vorwiegend mit den Projekten der Industrialisierung, Elektrifizierung und Militarisierung Indiens. Der Führer der Moslemliga, Dr. Mohammed Ali Jinnah, schwört aus politischen Gründen auf die Gesetze des Koran mit dem Fanatismus des Eiferers. Persönlich distanziert er sich weit. Er ist der Vorkämpfer des Moslemstaates Pakistan.

Noch sind keine Anzeichen vorhanden, wie und von wem die einzigartige Stellung des Mahatma eingenommen wird. Noch rechnen Anhänger und Gegner blutig miteinander ab. Bei der Umsiedlung der Hindus und Moslems aus den Minderheitsgebieten in die Stammländer ereignen sich immer noch unsagbare Grausamkeiten. Eine wilde Feindschaft, betonter als je, trennt die Mohammedaner von den Hindus. Das Problem Kaschmir hängt wie ein Damoklesschwert über Indien. Zwar wirkt noch der Geist des toten Vermittlers in diesem Konflikt nach. Man fragt sich aber, wie lange seine Kraft reichen wird. Die großen Heerlager sind zu allem gerüstet und zu allem fähig, und die britische Diplomatie, die nach wie vor die Entwicklung mit Anteilnahme und Sorge verfolgt, setzt durch kluge Einwirkung alles daran, die sehr zersplitterten 280 Millionen Hindus und die 80 bis 100 Millionen streitbaren moslemischen Fanatiker auseinanderzuhalten. Es geht heute darum, ob Indien und Pakistan nach Gandhis Willen friedlich nebeneinander bestehen oder ob eine Hindu-Herrschaft über den Kontinent errichtet werden soll. Ein rasches Handeln der Anhänger des Gandhi-Ideals tut not, solange das Andenken an den Mahatma lebendig ist.

Welche Auswirkungen ein Andauern des Konflikts auf den vorwiegend mohammedanischen Vorderen Orient und die weltpolitische Entwicklung haben würde, ist angesichts der Vielheit der damit auftauchenden Probleme zur Stunde noch nicht abzusehen. Die Möglichkeit von Interventionen anderer Staaten, die Heranziehung von Militärkräften zum Schutze anliegender Besitzungen und Interventionen wäre die erste Phase anzusehen.

RHEIN-ECHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

Verlag: Westdeutsche Verlag-Anstalt G.m.b.H.
Zentral- u. Hauptredaktion: — Telegraphen-
amt: 15 11 12 13 14 — Postfach: 10 11 12 13 14
—
Redaktion: — Druckerei: —
—
—

Abonnement: 30 H. — Ausgabe: 2 30 H. —
Anzeigen: 10 H. — Privat- u. Werbung:
Kontak: 10 H. — Anzeigen: 10 H. —
—
—
—

3. JAHGANG — NR. 22 / ZAUG. NR. 12

VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18. DER MILITARREGIERUNG

DIENSTAG, 24. FEBRUAR 1948

Tschechische KP will an die Macht

Gottwald nötzt Regierungskrise aus — Polizeiterror in Prag — Ausländische Einflüsse!

Prag, 23. Febr. (DPD./AP./BBC.) Mit Gewehren ausgerüstete Polizeiwachen sind seit Montagmorgen vor den Prager Regierungsgebäuden aufgezo-gen. Dienstag früh treten alle organisierten Arbeiter in einen einstündigen Streik, um dem kommunistischen Ministerpräsidenten Clement Gottwald in seiner Forderung auf Neubildung einer Koalitionsregierung aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Vertretern der Widerstandsbewegung, der Gewerkschaften, der Bauernschaft und der Organisationen früherer Kriegsteilnehmer zu unterstützen. Gottwald forderte auf einer Gewerkschaftstagung zum vierten Male in drei Tagen, daß Staatspräsident Benesch den angebotenen Rücktritt der 12 Minister aus der Volkssozialistischen Partei, der Katholischen Volkspartei und der Slowakisch-demokratischen Partei annehme.

Inzwischen haben die Sozialdemokra-ten beschlossen, auf ihrem Standpunkt zu beharren und sich an der Regierung nur zu beteiligen, wenn die gegenwärtige Koalition aufrecht erhalten bleibt. Sie weigern sich andererseits aber auch, mit den nichtkommunistischen Parteien einen antikommunistischen Block zu bilden. Einen ähnlichen Standpunkt nimmt auch Staatspräsident Benesch ein, der mit seiner Weigerung, den Rücktritt der 12 Minister anzunehmen, bisher den offiziellen Zusammenbruch der Koalitionsregierung vermeiden konnte. Benesch appellierte an die poli-tischen Parteien, wenigstens bis zu den bevorstehenden Wahlen zusammen-zuarbeiten.

„Staatsstreik“ aufgedeckt

Innenminister Nossek veröffentlichte eine Erklärung, in der behauptet wird

gang wurde ein schweres MG in Stellung gebracht.

Entlassungen im Staatsrat

Prossburg, 23. Febr. (DPD.) Die Vertreter der slowakischen demokratischen Partei im slowakischen Staatsrat sind von dem kommunistischen Vorsitzenden dieser Körperschaft, Dr. Husak, entlassen worden. Der Staatsrat ist das autonome slowakische Kabinett.

„Kreml im Hintergrund“

Washington, 23. Febr. (AP.) In maßgebenden diplomatischen Kreisen Washingtons wird die politische Krise in der Tschechoslowakei für einen sorgfältig vorbereiteten Versuch Moskaus zur Vervollständigung der kommunistischen Beherrschung Osteuropas gehalten.

ten. Man erklärt in diesen Kreisen, es sei kein Zweifel daran, daß der Kreml die politische Strategie des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Gottwald dirigiere.

„Westliche Verschwörung“

Moskau, 23. Febr. (AP.) Die sowjetische Presse führt als Ursache der Krise eine „westliche Verschwörung“ an, die von dem amerikanischen Botschafter in Prag, Lawrence Steinhardt, angezettelt worden sei.

30 Jahre Sowjetarmee

Wien, 22. Febr. (DPD.) In einer Veranstaltung aus Anlaß des dreißigjährigen Jahrestages der Gründung der Sowjetarmee griff der sowjetische Ober-





Die Londoner und Washingtoner Reaktion auf Prag:

Nun aber Schluß mit diesen Methoden!

„Wenn es so weitergeht, wird der Krieg unvermeidlich!“

Prag, 26. Februar.

Die Prager Regierungs- und Staatskrisis hat mit einem vollen Erfolg des kommunistischen Ministerpräsidenten Gottwald und mit einer eindrucksvollen Niederlage des Staatspräsidenten Beneš geadet. Trotz seiner ursprünglichen unbedingten Weigerung ein solches als das alte Koalitionskabinett zu ändern, hat sich Präsident Beneš unter dem Druck Gottwalds und der von ihm auf die Straße gerufenen kommunistischen Massen und in Anbetracht der von dem kommunistischen Innenminister mit rigorosen Polizeimethoden durchgeführten Unterdrückung aller nichtkommunistischen Organisationen und Zeitungen bereiten müssen, der von Gottwald vorgelegten Ministerliste seine Zustimmung zu geben.

Als formale Konzession an die Bedenken Benešs wurden zwar mehrere Mitglieder der nichtkommunistischen Parteien in das Kabinett aufgenommen — aber diese Mitglieder wurden nicht von den Parteien benannt, sondern von Gottwald persönlich ausgewählt! In den meisten Fällen zogen die Parteien die Forderung, die Mitglieder, die sich auf diese Weise Gottwald zur Verfügung gestellt haben, auszuschließen. Auf jeden Fall haben die Kommunisten alle Schlüsselpositionen des neuen Kabinetts besetzt: Ministerpräsident, Kriegsministerium, Innenministerium, Justizministerium und Arbeitsministerium; nur das Außenministerium ist in den Händen des „Fachbeamten“ Masaryk geblieben.

Hand in Hand mit der Umbildung des Kabinetts ging eine durchgreifende „Säuberung“ des öffentlichen Lebens von allen nichtkommunistischen Elementen. In den beiden Landesparlamenten wurden die nichtkommunistischen Mitglieder durch die kommunistischen Präsidenten einfach ausgeschlossen; die nichtkommunistische Presse wurde zum größten Teil verboten; eine umfangreiche Verhaftungs- und Exekutivmaßnahme schaffte zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und der privaten Wirtschaft; kommunistische Arbeiterwehren wurden in ganzem Lande gebildet und übernommen als „Fabrikwachen“ polizeiliche Befugnisse; „Aktionsschüsse“ unter kommunistischer Führung lösen im ganzen Lande die Tätigkeit der Parteien ab; drei Tage lang mußte sich eine radikale Änderung der Regierungswechsel durch Befragung aller öffentlichen und privaten Gebäude durchgeführt werden; und die Schulen werden um des Charakter der Upwühlung klarzumachen, mit dem Bilde Stalins geschmückt.

Die Meinung Washingtons und Londons

Die internationale Reaktion auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei ist ungewöhnlich heftig. Sowohl in Washington wie in London und Paris ist man sich darüber einig, daß der Prager Krisis höchste politische Bedeutung zukommt. In dieser Erkenntnis haben die drei westlichen Großmächte eine gemeinsame Erklärung erlassen, die folgende Punkte enthält:

„Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens haben den Lauf der Ereignisse aufmerksam verfolgt, die soeben in der Tschechoslowakei stattfanden und den Fortschritt der Freiheitstrugenden, demokratischen Nationen verbunden sind, gefährdet. Sie nehmen zur Kenntnis, daß mittels dieser einschneidenden Maßnahmen eine Krise, wovon gewisse Methoden angewandt wurden, die bereits andernorts erprobt sind, die freie Verfassung parlamentarischer Einrichtungen abgeschwächt und die Diktatur einer einzigen Partei unter dem Deckmantel einer nationalen Unterregierung geschaffen werden konnte. Diese Entwicklung, deren Folgen für das tschechoslowakische Volk nur ein Unglück bedeuten können, kann nur mißbilligt werden, zumal diese sich unter dem Leiden des zweiten weltgrößten der Sache der Freiheit verschrieben hatte.“

Im amerikanischen Außenministerium wird darauf hingewiesen, daß diese Erklärung der Nachkriegsdiplomatie dazwischen und die bisher übliche Art und Weise des westlichen Vorgehens gegenüber dem Ausland ist.

Nicht mit anderen Staaten Westeuropas im Interesse des europäischen Wideraufbaus beabsichtigen. Mit der „Eroberung“ der Tschechoslowakei beginne ein neues Kapitel in der kommunistischen Planung. Die Tschechoslowakei gehöre rechtmäßig ebenso wie Deutschland, Österreich und Italien zur Familie der freien westeuropäischen Länder. Der sogenannte Elmerne Vorhang wird bedrohlich wie einem Rammbock ähnlich, der die Bastionen der Unabhängigkeit Europas berennt“, schreibt die „Times“. Das konservative Blatt „Daily Telegraph“ begrüßt die Dreimächteerklärung zur Lage in der Tschechoslowakei mit den Worten: „Mit Recht finden Entsetzen und Bedauern über diese Erniedrigung eines stolzen und freien Landes Ausdruck. Mit noch mehr Recht sollten die Regierungen der USA, Frankreich und Großbritanniens der Verurteilung durch Worte Taten folgen lassen, die eine Ausbreitung der kommunistischen Offensive unterbinden.“ Die „Daily Mail“ unterstreicht, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten „ihre Streitkräfte bis unter den Gefahrenpunkt herabgesetzt“ hätten, und erklärt, die tschechoslowakische „Tragödie“ hätte nicht erfolgen können, wenn die Demokratie stark gewesen wären.

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt: „Zum zweitenmal in zehn Jahren hat sich ein Tschechoslowakei auf ein freies Land zu sein. Die russische Aggression ist ebenso erhabend wie die Hitlers es war, und Gottwald ein ebenso grausames Werkzeug hierbei wie Konrad Henlein.“

Die „New York Times“ erklärt am Donnerstag zur Lage in Prag: „Die Tschechoslowakei ist heute ein totalitärer Polizeistaat unter kommunistischer Diktatur geworden, und die letzten Funken der Freiheit, die durch den Elmerne Vorhang hindurchschimmerten, sind verlöschen. Dies bedeutet nicht nur einen Zusammenbruch der Welt von Teheran und Jalta in der gleichen Weise, wie Hitlers Besetzung der Tschechoslowakei den Zusammenbruch der Welt von Versailles bedeutete, sondern auch eine weitere Verlagerung des Gleichgewichts der Mächte in Europa. In der europäischen Politik gilt seit langem, daß der Beherrscher Bohmens am meisten die große Chance hat, auch Europa zu kontrollieren.“

Die „New York Herald Tribune“ weist darauf hin, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Kompromisse und Konzessionen nicht länger als der richtige Kurs zu betrachten sind. (Nach dpa-ap.)

Bidault: „Das Gleichgewicht ist gestört“

Frankreichs Außenminister erklärt an die Prager Ereignisse 1939

Paris, 26. Februar (dpa-Reuters)

„Alle Franzosen müssen sich darüber klar sein, daß es jetzt notwendiger als je ist, eine innere Einigung derjenigen zustande zu bringen, die die Freiheit der Nation und des einzelnen aller anderen voranstellen“, sagte der französische Außenminister Bidault am Freitag in der Nationalversammlung.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, sagte Bidault, haben das internationale Gleichgewicht gestört. Das Problem ab Demokratie und Freiheit fortbestehen können, sei der Welt viel brutaler Deutlichkeit vor Augen geführt worden. Man dürfe nicht annehmen, daß diese Manöver auf dem Gebiet internationaler Beziehungen ewig weitergehen könnten, sei es eine gefährliche Situation hervorgerufen. Diese Bemerkung regte Bidault, sei ohne Unmut, sondern eine Feststellung von Tatsachen.

Die kommunistischen Abgeordneten unterbrechen den französischen Außenminister an dieser Stelle seiner Rede durch heftige Zwischenrufe.

„Vor zehn Jahren“, sagte Bidault, kennzeichnete der Name Prag wie ein Warnungssignal den Beginn der Offenlage Hitlers. Gewisse jetzt angewandte Methoden rufen einen die Vereinigten Staaten in Erinnerung zurück. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten auf den künstlichen Charakter einer Krise hingewiesen, durch die eine totalitäre Partei sich brutal eine Vormachtstellung verschafft habe, Wieder einmal habe sich der Nimm-

mel über Böhmen verfinstert. Die Ereignisse in Prag seien von außerordentlicher Bedeutung und sie wirkten wie ein Hohn auf alle Versuche zur Befreiung Europas von einer gefährlichen Tyrannei.

„Die Nationalversammlung“, fuhr Bidault fort, „wird verstehen, daß die französische Regierung, deren Politik sich auf die Verteidigung des Friedens und des betroffenen Europa gründet, sich mit den neuen Ereignissen in der Tschechoslowakei befassen muß. Diese Vorgänge sind von noch nicht abzuschätzender Bedeutung. Sie sind ein Teilstück einer ganzen Serie von Vorgängen, deren gefährlicher Charakter sich in dem Grade verstärkt, in dem die Ereignisse uns näherrücken. Heute handelt es sich um ein Gebiet, das geographisch und politisch besonders empfindlich ist.“

„Eine größere Gefahr als Hitler“

Washington, 26. Februar (dpa-Reuters)

Der amerikanische Handelsminister Nationality erklärte vor einem Unter Ausschuss des Bewilligungsausschusses des Repräsentantenhauses, Rußland sei eine größere Gefahr als Hitler es gewesen sei. Er sei der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten mit dieser Gefahr fertig zu werden vermöchten. Wenn die USA jedoch zuließen, daß die Sowjetunion die Kontrolle über die 20 Millionen Menschen Zentral- und Osteuropas übernehme, dann würden sich diese Lage gegenübersehen, mit der sie nicht fertig werden könnten. Das Machtverhältnis, das heute noch überwiegend zugunsten der Amerikaner sei, würde dann gegen sie sein.

Kommt jetzt Finnland an die Reihe?

Ein Brief Stalins an Paasikivi / Aufforderung zum Fahnabwurf?

Helsinki, 27. Februar (dpa)

Der finnische Staatspräsident Paasikivi soll, wie die offizielle finnische Nachrichtenagentur bekannt gibt, vor einigen Tagen ein persönliches Schreiben Stalins erhalten haben, worin die Forderung nach einem Bündnis zwischen der Sowjetunion und Finnland vorgeschlagen wird. Sowjald sei das einzige ehemalige kriegsführende Nachbarland der Sowjetunion, das noch keine Fik sei der Sowjetunion abgeschlossen habe, soll es in dem Brief heißen.

Die finnische Regierung wurde von der Angelegenheit unterrichtet und hat am Freitag eine Antwort auf dem auß-

Einleitung notwendiger Schritte zur Herbeiführung eines Militärbündnisses mit der Sowjetunion. Das Organ der finnischen Volkedemokratie „Waaps Sanu“ greift in schärferer Form die Sozialdemokraten und die andere parlamentarischen Gruppen an und beschuldigt sie der Unterstützung reaktionärer Strömungen, die besonders nach den letzten Kommunalwahlen in der Richtung zum „Dollar-Kapitalismus“ aufgetreten seien.

Ernste Besorgnisse in Schweden

Stockholm, 26. Februar (dpa)

Die meisten Stockholmer Blätter geben an, die

Internationale monatliche Übersicht über Februar 1948, Nr. 7

2. Der Weg zur Macht in der Tschechoslowakei.

Das, was die bürgerliche Propaganda den „kommunistischen Staatsstreich“ in der Tschechoslowakei nennt, hat einen geradezu betäubenden internationalen Lärm hervorgerufen. Er übertrifft alles, was bei den entsprechenden Geschehnissen in den Balkanländern der Fall gewesen war. Zum ersten Mal haben die Vereinigten Staaten, England und Frankreich eine gemeinsame diplomatische Note versandt, in der sie das neue Regime eine „verschleierte Diktatur“ nennen.¹⁾ Dies ist kein Wunder. Der Fall der Tschechoslowakei unterscheidet sich von denen der Balkanländer sowohl in den Augen der bürgerlichen Welt als auch tatsächlich in wesentlichen Zügen.

Die tschechoslowakische Republik galt von ihrer Gründung am Ende des Ersten Weltkrieges bis zu ihrer Vernichtung durch die Nazis als ein demokratisches Musterland.²⁾ Bei den Balkanländern tröstete sich die bürgerliche Propaganda mehr oder weniger damit, daß diese Länder die wahre bürgerlich-parlamentarische Demokratie nie gekannt hätten und daß es also verständlich sei, wenn auf sie die westlichen, sozusagen klassischen Muster der Demokratie nicht ohne weiteres zu übertragen seien. Dieser Trost und [diese] Erklärung ist bei der Tschechoslowakei nicht möglich.

Ferner: die Balkanländer waren mehr oder weniger primitive Agrarländer gewesen, teils feudalistischer Struktur wie Ungarn und Rumänien, teils Bauernländer, wie Jugoslawien und Bulgarien. Die Tschechoslowakei oder wenigstens der tschechische Teil des Landes hatten jedoch zweifellos die Stufe eines modernen Industriestaates erreicht. Die landwirtschaftliche Bevölkerung der Republik machte nur noch etwa 40% der Bevölkerung aus. Die Škoda-Werke³⁾ konnten sich mit den technisch fortgeschrittensten Werken derselben Art in irgend einem anderen kapitalistischen Land messen. Und nicht nur technisch, auch kulturell gehörte die Tschechoslowakei der „westlichen Zivilisation“ an.

Weiter: strategisch ist die ČSR⁴⁾ eine Stellung erster Ordnung im Kampf um die Beherrschung Europas und insbesondere Mitteleuropas. Mit der ČSR in kommunistischen Händen wird Österreich auf die Dauer unhaltbar für die Westmächte, die kommunistischen Machtstellungen in Ungarn und den Balkanländern werden entschieden verstärkt. Die bürgerliche Propaganda erinnert in diesem Zusammenhang an den bekannten Ausspruch Bismarcks, daß, wer Böhmen beherrsche, auch Europa beherrsche. Und nicht zuletzt

wird die Parallele mit der Eroberung der ČSR durch die Nazis hervorgeholt, um die Perspektive in beiden Fällen einander mehr oder weniger gleichzustellen.

In dem Lärm dieser Propaganda ist jede objektive Wertung der Vorgänge in der ČSR untergegangen. Die internationale Arbeiterklasse hat allen Grund, die Ereignisse in der ČSR auf ihre Ursachen, Bedingungen und Bedeutung hin sachlich zu analysieren. Handelt es sich doch um einen Weg zur Macht, der sowohl von dem in Rußland 1917 als auch von dem der Balkanländer nach dem 2. Weltkrieg abweicht, und dessen Voraussetzungen sich mehr denen Mittel- und Westeuropas nähern – ohne jedoch mit ihnen zusammenzufallen. Worin bestehen nun die Besonderheiten des Wegs zur Macht der Arbeiterklasse mit der kommunistischen Partei an ihrer Spitze in der ČSR?

Innen- und außenpolitische Faktoren sind hier eng miteinander verbunden. Nehmen wir zuerst die außenpolitischen. Hier ist entscheidend:

1. Die Preisgabe der ČSR an die Nazis durch die Westmächte 1938: München und was darauf folgte.⁵⁾ Sie zwang Benesch noch im Laufe des Krieges durch den bekannten Vertrag, den Kurs auf die Sowjetunion zu nehmen.⁶⁾
2. Es ist die Rote Armee der Sowjetunion, die schließlich die ČSR aus den Händen der Nazis befreit hat. Sie hat dann das Land rasch wieder geräumt, aber sie steht in nächster Nähe, während die Westmächte sehr viel weiter entfernt und heute noch weniger im Stande sind, hier militärisch einzugreifen, als dies bei der Besetzung des Landes durch die Nazis der Fall war.

Die wesentlichen innenpolitischen Voraussetzungen sind:

1. Die kommunistische Partei der ČSR war nach dem Kriege zur zahlenmäßig stärksten Partei des Landes geworden.⁷⁾ Sie war dies geworden erstens als die am engsten mit der Sowjetunion verbundenen Partei, zweitens als die vorantreibende Kraft zur sozialistischen Umstellung der Wirtschaft (Nationalisierung der Banken, der Groß- und zum Teil der mittleren Industrie, Zweijahresplan des Wiederaufbaues).⁸⁾ Die kommunistische Partei bildete zusammen mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei von Benesch⁹⁾ sowie einigen kleineren Gruppen eine parlamentarisch-demokratische Koalitionsregierung. Von dieser ihrer Regierungsumstellung aus nahm sie die entscheidenden Machtstellungen im Lande in die Hand: vor allem die Polizei und die Armee.
2. Die Eroberung der Macht stützte sich erstens auf diese staatlichen Machtstellungen, zweitens auf die mobilisierten industriellen Arbeiter, die als Aktionskomitees die tatsächliche Macht übernahmen.¹⁰⁾ Der Sache nach handelt es sich hier um nichts anderes als um Arbeiterräte, d. h. um die breitesten Klassenorgane der Arbeiter. Der dritte Faktor schließlich, der in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, ist die unmittelbare Nähe der Roten Armee der Sowjetunion.

Es ist bei der Machtübernahme zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen, aber es wäre mehr als naiv, die Machtübernahme des-

wegen als friedlich oder gewaltlos zu betrachten. Die Kombination der drei oben genannten Kräfte bewirkte eine so große Machtüberlegenheit auf der kommunistischen Seite, daß Widerstand auf der Gegenseite so aussichtslos erschien, daß er gar nicht erst versucht wurde. Eine Studentendemonstration war alles, was als Protestaktion zustande kam.¹¹⁾

3. Die äußere Form der parlamentarisch-demokratischen Republik wird zunächst beibehalten. Die neue Regierung setzt sich zusammen aus 14 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten, einigen linken Nationalsozialisten (Benesch-Partei) und Angehörigen einiger kleineren Gruppen. Die neue Regierung wurde dem Präsidenten Benesch¹²⁾ vorgestellt als gestützt auf eine parlamentarische Mehrheit und den „Willen des Volkes“. Bei der Vorstellung der neuen Regierung sprach der Ministerpräsident Gottwald Benesch seinen Dank aus für seinen „Beitrag zum Sieg des Volkes und der Demokratie... Der ganze Gang der Ereignisse ist einen streng demokratischen, konstitutionellen und parlamentarischen Weg gegangen.“ Das Volk habe gehandelt, um „eine ruhige und glückliche Entwicklung des demokratischen Weges in diesem Lande zu erzielen... Ich wiederhole der ganzen Welt die aufrichtige und tiefe Demokratie unseres Staates.“ Dagegen Benesch: „Sie (Gottwald) wollen die Staatsgeschäfte in einer Form und in einem neuen Typus der Demokratie führen... Meine Wünsche, gerichtet an Sie und an die Nation sind, daß diese neue Form günstig für alle sei.“

Das Auffällige hier ist, daß es der bürgerliche Demokrat Benesch ist, der das Neue betont, d. h. die stattgefundene Revolution ausspricht, während der kommunistische Sprecher umgekehrt auf die Innehaltung der hergebrachten parlamentarisch-demokratischen, konstitutionellen¹³⁾ und friedlichen Formen den Nachdruck legt, d. h. die vollzogene Revolution parlamentarisch-demokratisch-konstitutionell verhüllt.

Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was die Aktionsausschüsse der Arbeiter unter kommunistischer Führung getan haben, um zu sehen, daß hier eine revolutionäre Aktion vorliegt, d. h. eine auf Gewalt gestützte grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse im Staat und in der Gesellschaft, durch die eben die Arbeiterklasse sich zur ausschlaggebenden Macht emporgeschwungen hat.

Die Aktionsausschüsse haben:

1. alle Fabriken besetzt und ihre bisherigen Leitungen in vielen Fällen durch neue ersetzt. Das bezog sich auch auf diejenigen Betriebe, die bisher noch in privater Hand waren, wenn sie fünfzig und mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Daß dies tatsächlich ein revolutionärer Eingriff in die Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus ist, ist klar. Ob diese tatsächlichen revolutionären Eingriffe sich auf irgendwelche juristischen Klauseln stützen konnten, wissen wir nicht, es ist auch unerheblich.

2. Die Aktionsausschüsse der Arbeiter haben, formell im Auftrage der Regierung, den bisherigen staatlichen, gemeindlichen usw. Beamtenapparat „gereinigt“ d. h. die gegnerischen Elemente daraus entfernt. Damit haben sie auch politisch die tatsächliche Macht übernommen, wie sie sie wirtschaftlich übernommen haben. Es ist klar, daß auch dies eine revolutionäre Handlung ist, und zwar eine, die das Machtverhältnis der Klassen im Staate grundlegend verändert.

3. Das Parlament wurde unter den Druck eines Arbeiterkongresses, d. h. tatsächlich eines Kongresses der Arbeiterräte gestellt, mehrere Parlamentsmitglieder wurden verhaftet.¹⁴⁾ Diese Aufstellung ist keineswegs vollständig, denn die Berichterstattung, soweit sie aus bürgerlichen Quellen stammt, ist nicht interessiert an der Darstellung der wirklichen Vorgänge und die kommunistische Darstellung ist ebenfalls ungenügend und nur zum Teil nach außen gedrungen. Hier wird noch manches nachzuholen sein. Aber die aufgezählten Tatsachen genügen durchaus, um zu zeigen, daß hier ein revolutionärer Eingriff in Staat und Wirtschaft vorliegt.

Die neue Regierung, eine Koalition, in der die Kommunisten die große Mehrheit der Ministerposten innehaben, während einige Sozialdemokraten und linke Nationalsozialisten (Benesch-Partei) in der Minderheit sind, wurde dem Präsidenten der Republik, Benesch, als eine normale parlamentarische Regierung vorgestellt, d. h. als eine Regierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt. Daß dies eine bloße Formsache ist, ergibt sich daraus, daß die Machtverhältnisse sich so geändert haben, daß die Zusammensetzung und Haltung des Parlaments von der tatsächlichen Macht, d. h. der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung bestimmt wird.

Die Eigenart der in der CSR vollzogenen revolutionären Umwälzung im Unterschied etwa von der russischen Oktoberrevolution besteht in dem Zusammenwirken der revolutionären kommunistischen Aktion von den Staatsspitzen aus, von oben, mit der revolutionären Aktion der Arbeiterräte (Aktionsausschüsse) von unten.

Daß dieses Zusammenwirken der revolutionären Aktion von oben und von unten ihre Durchführung erleichterte, ist kaum zu bezweifeln. Ein Ausdruck und Mittel dieser kombinierten Aktion ist eben die Fiktion¹⁵⁾ der Einhaltung parlamentarisch-konstitutionell-demokratischer Formen. Aber, es ist auch klar, daß, wenn diese Fiktion nützlich gewesen sein mag, um die Durchführung der kombinierten revolutionären Aktion von oben und unten zu erleichtern, und den Widerstand gegen sie zu schwächen, so ihre längere Beibehaltung nach dem vollzogenen Umschwung eher schädlich als nützlich ist. Sie täuscht nicht die bürgerlichen Gegner, weder im Lande selbst noch außerhalb. Für das letztere ist der zureichende Beweis die Protestnote der Westmächte. Aber sie schwächt die Wirkung der vollzogenen Revolution auf die internationale Arbeiterklasse, die nur angezogen werden kann durch den

sozialistischen und revolutionären Inhalt des Geschehenen und des noch zu Vollbringenden. Ebenso muß die längere Beibehaltung dieser Fiktion die Aktion der tschechischen Arbeiterklasse selbst an der vollen Entfaltung hemmen, vor allem die Entwicklung der Demokratie der Werktätigen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Die in der ČSR vollzogene sozialistische Revolution ist natürlich erst im Anfang. Eine der schwierigsten Fragen wird die Durchführung der Agrarrevolution sein, da in der ČSR schon früher, im Anschluß an den Ersten Weltkrieg, die Hauptmasse des adligen Grundbesitzes aufgeteilt und in bäuerlichen Besitz verwandelt worden war.¹⁶⁾ Es handelt sich also in der ČSR nicht mehr um die bürgerliche Stufe der Agrarrevolution, sondern gleich um die zweite, die sozialistische Stufe. Daß hier bei dem starken und fest eingewurzeltten großbäuerlichen Element große Widerstände zu überwinden sein werden, ist zu erwarten. Erleichtert aber wird die Durchführung durch die hohe industrielle Entwicklung des Landes.

Im Zusammenhang mit der Durchführung der sozialistischen Umstellung in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft ist auch zu erwarten, daß der Widerstand der tschechischen Bourgeoisie sowie bäuerliche und kleinbürgerliche Elemente auf die Länge nicht ausbleiben werden, zumal sie in den Westmächten eine starke Stütze finden werden.

Die in der ČSR eingeleitete sozialistische Revolution wird von der kapitalistischen Propaganda hingestellt lediglich als ein „auf Befehl Moskaus“ und zu Gunsten der russischen Außenpolitik vollzogener Akt. Aber eine Darstellung all der Widerstände, die die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen und Parteien seit zwei Jahren gegen das Fortschreiten der sozialistischen Umstellung der Wirtschaft geleistet haben, würde zur Genüge beweisen, daß das revolutionäre Eingreifen der Arbeiterklasse aus inneren Gründen unerläßlich war. Die Tatsachen selbst haben auch hier wieder schlagend bewiesen, daß die bürgerlich-parlamentarische Demokratie kein geeignetes Werkzeug zur Durchführung der sozialistischen Revolution ist, sondern daß es allein die ganze Klasse umfassende Organe der Arbeiterklasse, die Arbeiterräte, unter Führung einer revolutionären Partei des Proletariats sind, die das können. Die Vorgänge in der ČSR beweisen, daß dieser Satz nicht nur für industriell unentwickelte Länder gilt, sondern auch für kapitalistisch entwickelte Länder. Der „neue Typus der Demokratie“,¹⁷⁾ von dem heute soviel die Rede ist, ist also dem Kern nach nichts anderes als die wohlbekannte Räte Demokratie. Formell ist in der ČSR das Parlament noch die souveräne Körperschaft.¹⁸⁾ In Wirklichkeit sind es die Aktionsausschüsse der Arbeiter, die Räte und ihre Organe. Die parlamentarische Demokratie erwies sich unter den besonderen Umständen der ČSR als ein geeigneterer Ansatz, um die revolutionären Kräfte zu sammeln, zu organisieren, oben und unten zusammenzufassen, aber die sozialistische Revolution, selbst im Sinne der Eroberung der Macht durch die

Arbeiterklasse, war nicht möglich ohne die Arbeiterräte, und nur die Arbeiterräte können auch die Organe der Durchführung der sozialistischen Revolution im Sinne des sozialistischen Aufbaus sein. Das und nichts anderes ist der Sinn der „Reinigung“ des Staatsapparates und der Wirtschaftsleitung durch die Aktionsausschüsse der Arbeiter. Der bürgerlich-demokratische Staatsapparat muß zerschlagen und durch einen neuen ersetzt werden, dessen Kern und leitende Kraft die Arbeiterklasse selbst ist. Das ist das Wesen des „Rätesystems“, mag man die revolutionären Klassenorgane der Arbeiter nennen wie man will. Und die Logik der Tatsachen selbst wird unwiderstehlich auch in der ČSR dazu zwingen, das parlamentarische Hilfsgerüst schließlich abzubrechen und den Charakter des Rätestaates und der Diktatur der Arbeiterklasse vermittlems der Räte rein und klar hervortreten zu lassen.

In wie weit hat die in der ČSR aufgetretene neue Form der sozialistischen Revolution, d. h. die kombinierte revolutionäre Aktion von der Spitze eines bürgerlich-demokratischen Staates und der breiten Klassenorgane der Arbeiter von unten, Bedeutung für andere kapitalistisch entwickelte Länder?

Prüft man die Umstände, unter denen diese kombinierte revolutionäre Aktion zustande kam, so sieht man, daß sie nicht ohne weiteres mit denen im übrigen mittleren und westlichen Europa gleichzusetzen sind. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die absolute und relative Nähe Sowjetrußlands, und seine bewaffnete Macht, die Verfügung der Kommunisten über die Polizei, der Zustand der tschechischen Armee usw. Daß in Frankreich und Italien die Vorbedingungen wesentlich anders liegen, ist ohne weiteres sichtbar. Die kommunistischen Parteien verfügen hier weder mehr über den bürgerlichen Staatsapparat noch über die Armee. Zwischen Frankreich und der Roten Armee Rußlands liegt die von den Westmächten besetzte Westzone Deutschlands. Italien grenzt zwar an Jugoslawien, das über eine revolutionäre Armee verfügt, aber es steht dafür dem Eingreifen der Kriegsflotte der Westmächte offen. Man muß daher vor voreiliger Verallgemeinerung der in der ČSR angewandten Methoden zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse warnen.

2. Der West- und der Ostblock.

Als der Vater des Gedankens des Westblocks ist wohl Churchill, d. h. die englische Konservative Partei zu betrachten. Von vornherein war bei ihm der Gedanke des Westblocks gedacht als Ergänzung zum angelsächsischen Block, zu dem wenn nicht formell so doch tatsächlich bestehenden politisch-militärischen Bündnis zwischen den USA und dem Britischen Reich. Von Churchill hat Bevin den Gedanken übernommen, und die linken Sozialdemokraten Englands, Frankreichs usw. verzieren zwar diesen Gedanken mit allerhand „sozialistischen“ Vorbehalten, Wünschen, Schnörkeln und dergleichen, aber sie machen praktisch mit. Und dies, das praktische Handeln ist entscheidend,

nicht die Worte, Gedanken oder Hintergedanken, die damit verbunden sind. Seitdem dieser Gedanke lanciert wurde, ist geraume Zeit verflossen und unendlich viel darüber diskutiert und Propaganda gemacht worden. Zur Propaganda in Worten ist der starke Druck der amerikanischen finanziellen „Hilfe“ für Europa gekommen. Die Debatten des amerikanischen Kongresses lassen keinen Zweifel darüber, daß das Gewicht des amerikanischen Dollars eingesetzt wird, um Westeuropa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch gegen die SU zusammenzufassen. Und trotz alledem kommt diese Sache nur äußerst langsam und nur bruchstückweise voran.

Schweden und Dänemark haben offiziell erklären lassen, daß sie weder an einem West- noch an einem Ostblock teilnehmen, sondern neutral bleiben wollen. Der Zollverein Benelux (Belgien, Niederlande, Luxemburg) hat die Bedingung gestellt, daß sie als Gleichberechtigte an der Bestimmung über die deutsche Westzone teilnehmen können. Die Verhandlungen über Deutschland zwischen den USA, England und Frankreich unter Beiziehung von Benelux haben endlich in London begonnen. Es ist klar, daß der Westblock als ein politisch-militärisches Bündnis gegen die SU die deutsche Westzone zum wirtschaftlichen und strategischen Kernstück haben wird. Das Tempo ist hier aber äußerst langsam und in der Zwischenzeit ist die Westzone immer tiefer heruntergekommen, so daß selbst die deutschen Sozialdemokraten, die sich, wenn auch mit allerhand Vorbehalten, für den Marshall-Plan und den Westblock erklärt haben, ihre Zweifel über das Zustandekommen einer wirklichen Hilfe für die Westzone nicht verbergen können. Ein westeuropäischer Zollverein hat sich als ungangbar erwiesen, und von sonstigem wirtschaftlichen Zusammenwirken der Staaten, die den Westblock bilden sollen, ist wenig zu sehen, so viel auch darüber geredet und projiziert worden ist. Dagegen sind beispielsweise Frankreich und England in stillen Konflikt geraten über die gegen den Einspruch Englands vorgenommene Abwertung des französischen Frankens. Der Ostblock dagegen ist, ohne daß darüber viel geredet und diskutiert wurde, Stück für Stück zustande gekommen. Dies geschah in der Form von politisch-militärischen Verträgen der Oststaaten mit der SU und untereinander. Als letztes Glied in dieser Kette fehlt nur noch Finnland, und es steht zu erwarten, daß auch dieser Abschluß bald erfolgen wird.

Der Unterschied im Tempo des Zustandekommens des West- und Ostblocks fällt in die Augen. Aber es wäre verfehlt, die Ursache davon wesentlich in der Überlegenheit der russischen über die amerikanische und englische Diplomatie zu sehen. Die entscheidende Ursache dieses Unterschiedes ist die Verschiedenheit der Gesellschaftsstruktur in beiden Lagern. Im kapitalistischen Lager wirken die tausend Interessen der kapitalistischen Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander als immer neue Hemmungen und als Ursache zu immer neuen Konflikten. Eine Zusammenarbeit im wirk-

lichen Sinne des Wortes, d. h. zum Nutzen aller Teilnehmer, ist auf kapitalistischer Grundlage überhaupt unmöglich. Ein Zusammenwirken schließt hier immer die Benachteiligung des wirtschaftlich Schwächeren durch den wirtschaftlich Stärkeren ein. Und das erstreckt sich sogar über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus. So ist heute deutlich zu sehen, wie Lateinamerika protestiert und rebelliert gegen die ihm von den USA zugedachte Rolle, lediglich Rohstofflieferant und Absatzmarkt für die europäischen Industrieländer zu sein, d. h. die eigene industrielle Entwicklung, die im Kriege stark beschleunigt worden war, wieder einzustellen.

Im Osten fallen mit der kapitalistischen Grundlage auch die widerstrebenden Kräfte der kapitalistischen Konkurrenz fort. Sozialistische Wirtschaften ergänzen sich der Natur der Sache nach. Dies ist der entscheidende und letzte Grund, warum der wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenschluß im Osten in ganz anderem Tempo vor sich geht als im Westen. Es ist nicht die wirtschaftliche, militärische und politische Übermacht Rußlands über die anderen Oststaaten, denn ihr steht im Westen die gleiche oder größere Übermacht der USA im Verhältnis zu den westeuropäischen Staaten gegenüber. Und ebenso ist das Interesse der Verteidigung der eigenen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsform auf beiden Seiten vorhanden. Der entscheidende Unterschied kann daher nur in der Natur dieser Gesellschaftsformen selbst liegen. Die eine wirkt ihrer Natur nach zusammenschließend, die andere trennend. Und ebenso ergibt sich daraus die Hohlheit der Propagandaphrase von der fünften Kolonne,¹⁹⁾ die diesen Zusammenschluß in einer Art geheimer Verschwörung, gelenkt von Moskau zustande bringe. Als ob nicht die Spitzen der bürgerlichen Welt in allen Ländern aufs engste miteinander gegen die sozialistische Revolution verschworen wären und zusammenwirken.

Zum Schluß noch ein Wort über die Illusion - wenn es nur dies ist - in sozialdemokratischen Kreisen, vor allem auch in denen der sogenannten linken Sozialdemokraten, als ob der Westblock als Ausgleich oder Puffer zwischen Amerika und Rußland wirken und so ein Mittel zur Verhütung des Krieges sein könnte. Im Grunde ist das auch nur eine „sozialistische“ Übersetzung der glorreichen amerikanischen Idee, durch die wirtschaftliche Stärkung Westeuropas Rußland zum Einlenken, zu Zugeständnissen, zu zwingen. Wie die Dinge hier in Wirklichkeit stehen, zeigt aufs klarste die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges. Der Erste Weltkrieg war virtuell gegeben,²⁰⁾ unvermeidlich geworden, als die beiden imperialistischen Hauptlager der damaligen Zeit sich zu festen Bündnissen in sich zusammenschlossen, die Entente²¹⁾ auf der einen, die Mittelmächte auf der anderen Seite. So ist es auch hier und heute, nur mit dem nicht unerheblichen Unterschiede, daß heute ein imperialistisches Lager sich einem Lager sozialistischer oder sich zum Sozialismus bewegender Staaten gegenübersteht.

Die einzige Chance, den Krieg zu vermeiden, besteht nicht in der Bildung eines gänzlich illusionären Pufferblocks zwischen dem Westen und dem Osten, sondern nur darin, daß auch Westeuropa entschlossen die sozialistische Revolution durchführt und so dem amerikanischen Imperialismus und Kapitalismus der europäische Brückenkopf, der für ihn strategisch unentbehrlich ist, entzogen wird. Unter dieser Voraussetzung und nur unter ihr kann sich der Wiederaufbau oder besser der Neuaufbau Europas ohne amerikanische oder sonstige kapitalistische „Hilfe“ vollziehen. Außer der des normalen Handelsverkehrs zwischen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaften, auf den dann die außereuropäischen kapitalistischen Staaten nur zu ihrem eigenen Schaden verzichten könnten. Und das Gespenst der „russischen Hegemonie über Europa“ würde angesichts der wirtschaftlichen, organisatorischen und kulturellen Leistungsfähigkeit eines sozialistisch wirtschaftenden Mittel- und Westeuropa sehr rasch gebannt sein. Die revolutionäre Initiative und Leistung der Arbeiterklassen West- und Mitteleuropas ist das, worauf es ankommt, um das notwendige Gleichgewicht in einem sozialistischen Gesamteuropa zu schaffen.

Lieber Freund Mogens,

Habana-Vedado, 6. März 1948

anbei die laufende monatliche Übersicht. Die tschechische Geschichte mußte ich auf Grund des sehr spärlichen Materials werten, das mir hier zur Verfügung stand, doch hoffe ich, das Wesentliche getroffen zu haben und daß Ihr einverstanden seid. Ich bitte aber, mir alles authentische Material darüber, das Euch dort zugänglich ist, besonders über die Aktionsausschüsse und über den Prager Arbeiterkongreß, zukommen zu lassen, um eventuell die Sachen weiter auszuarbeiten. Vielleicht haben die offiziellen tschechischen Stellen in London Material in englischer Sprache herausgegeben? (Tschechisch lese ich nicht). Gibt es auch dort eine gute Darstellung der neueren Geschichte der CSR seit Ende des Krieges?

Mir scheint, daß diese tschechischen Vorgänge so genau und objektiv wie möglich studiert werden müssen.

H's letzten Brief erhalten, er möge entschuldigen, daß ich Privatkorrespondenz etwas hinausgeschoben habe, ich werde ihm in den allernächsten Tagen schreiben. Mit seiner kleinen Korrektur in der letzten Übersicht einverstanden...

Herzliche Grüße an alle, Aug.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 30. März 1948

ich beeile mich, auf Deinen Brief vom 20.3. nebst den beiden Beilagen zu antworten. Ich habe all die Zeit über sehr vermißt, daß Du aufgehört hast, mir hierher zu schreiben: wohl in der Meinung, daß es nicht mehr nötig sei, nachdem Heinz in London ist. Das ist aber nicht der Fall. Die Briefe von Heinz können die Deinigen nicht ersetzen. Er hat nicht den Kontakt mit den englischen Arbeitern wie Du, versteht nicht das gesprochene Englisch, kann selbst nicht englisch sprechen, ist also auf das angewiesen, was er in Zeitungen und Zeitschriften liest...

Ich hätte gern noch nähere Einzelheiten darüber, wie die englischen Arbeiter auf die CSR-Angelegenheit reagieren. Du sagst "kritisch zur SU, aber für die Prinzipien der Oktoberrevolution". Was ist damit praktisch und im einzelnen gemeint?...

Die Dinge polarisieren sich unvermeidlich, in Rußland wie international. Zwischenstellungen werden überrannt. Die Lage scheint mir manche Ähnlichkeit zu haben mit der, die Marx in den 50er Jahren einmal schilderte, wo er ein Übergreifen der französischen (bürgerlichen) Revolution auf Deutschland erwartete, aber auch klar die Meinung aussprach, daß deutsche Revolutionäre dafür sein müßten, auch wenn sie sich (und besonders Marx und Engels selbst) keinerlei Illusionen machten über die negativen Seiten der französischen revolutionären Bewegung. Leider ist es nicht so, daß wir einfach wählen können zwischen dem, was uns zusagt und was nicht. Wenn wir nur praktisch zu entscheiden haben zwischen dem imperialistisch-kapitalistischen und dem anderen Lager, mit allen möglichen positiven Nebenerscheinungen des ersten und allen negativen des zweiten Lagers, so muß unsere letzte Entscheidung sich an das Wesentliche halten, die sozialistische Revolution, mag die letztere in noch so unangenehmer Gestalt erscheinen...

Die beste Lösung ... wäre die revolutionäre Initiative des Westens - aber ich sehe in England nicht viel davon. Mehr in Frankreich und Italien - aber wer sieht nicht, daß heute alle diese Kämpfe vom internationalen Kräfteverhältnis überschattet und überwogen sind? Was bleibt also übrig, als für das geschichtlich Fortschrittliche praktisch einzutreten, sich zugleich die negativen Seiten klarzumachen und gegen sie anzukämpfen, soweit das möglich ist?

Die Rede von Ollenhauer zeigt klar genug, was die Konsequenzen sind, wenn man sich für die kapitalistisch-imperialistische Seite entscheidet: Die letzte Konsequenz, die er auch ausspricht (und das zeigt, wie weit die Dinge bereits gediehen sind), ist

der militärische Angriff gegen die SU, seine Unterstützung, wenn es dazu kommt, und die Unterstützung der Vorbereitungen dazu: wirtschaftlich, politisch und in jeder anderen Beziehung...

Wie die Weltverhältnisse sich zugespitzt haben, sieht man vielleicht am besten daraus, wie heute die amerikanische Presse schon ohne irgendwelche Reserven Nachrichten veröffentlicht, daß die angelsächsischen Militärs schon seit geraumer Zeit mit Franco und Salazar tatsächlich militärisch zusammenarbeiten, und daß die amerikanischen Staatsmänner von Franco nur eine kleine "Geste" haben wollen, die ihnen ermöglicht, diese Zusammenarbeit auch öffentlich und offiziell zu machen und weiter auszudehnen.

Wie sieht es eigentlich jetzt in der Labour-Linken aus? Nach den Zeitschriften zu urteilen, sehr schlecht. Die Leute erinnern mich sehr an die deutschen Klassiker, die, mit wenigen Ausnahmen, gegen die französische Revolution auftraten, als diese in ihre Jacobiner- und Terror-Periode eintrat. Sie ahnen offenbar nicht, daß, wer sich gegen den Terror von links wendet, letzten Endes den Terror von rechts annehmen und stützen muß...

Herzliche Grüße auch an Anna, Aug.

DONNERSTAG, DEN 14. MÄRZ 1948

450 000 streiken in USA.

Täglich zwei Millionen Tonnen Ausfall an Braunkohlen

New York, 16. März. (UP) Die Zahl der streikenden Arbeiter der Braunkohlengruben und der Fleischkonservenindustrie schloß sich von Sünden zu Stunde. Den letzten Meldungen zufolge wird mit etwa 350 000 streikenden Grubenarbeitern und etwa 100 000 streikenden Arbeitern der Fleischkonservenindustrie gerechnet. Die Unternehmers der Braunkohlindustrie haben dem Leiter der Grubenarbeitergewerkschaft John Lewis eine Frist von drei Tagen gesetzt, um den Streik abzublasen. Nach Ablauf dieser Frist wollen sie den Streitfall über die Pensionszahlungen an die Arbeiter dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorlegen und sich auf eine Verletzung der Taft-Hartley-Gesetze berufen. Der Ausfall an Braunkohlen durch den Streik wird auf etwa zwei Millionen Tonnen täglich geschätzt. Ungefähr 85 Prozent der Gruben lagen am Dienstag still.

Taft-Hartley-Gesetz ungültig?

Washington, 15. März. (DPA-Reuters) Durch eine gerichtliche Entscheidung ist es den amerikanischen Gewerkschaftsführern jetzt möglich geworden, ihre Pläne hinsichtlich einer aktiven politischen Beteiligung im Wahljahr 1948 zu verwirklichen. Eine am Montag von Bundesrichter Ben Moore erlassene Verfügung erklärt das Verbot

der Verwendung von Gewerkschaftsgeldern für politische Zwecke für verfassungswidrig.

Das Verbot war im August letzten Jahres in Kraft getreten. Richter Moore wies eine Klage gegen den Präsidenten des CIO-Gewerkschaftsbundes, Philip Murray, ab. Murray war beschuldigt worden, das Verbot übertreten zu haben. Eine ähnliche Klage gegen den CIO-Gewerkschaftsbund selbst wurde ebenfalls abgewiesen. Das Justizministerium wird voraussichtlich den Fall beim Obersten Gerichtshof anhängig machen, der allein eine endgültige Entscheidung treffen kann.

USA. und SEP

Berlin, 17. März. (DPA) Berliner der SED nahestehenden Zeitungen melden, daß die beiden Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes der SED, Mätern und Lücke, von dem amerikanischen Kommandanten von Berlin, Oberst Howley, verhaftet worden wären. Oberst Howley stellt vor der Presse fest, daß Ergebnisse von Kontrollen in verschiedenen SED-Parteibüros erkennen ließen, daß die SED und die ihr beigeordneten oder übergeordneten Organisationen einen „antibolschewistischen Feldzug“ führten. Die „diktorischen und ter-

ristischen Ziele gewisser Minderheiten in Berlin" seien von der Militärregierung klar erkannt worden.

WELTECHO

New York. (DPA) Die American Federation of Labor erklärte, eine illegale Organisation in der Tschechoslowakei aufbauen zu wollen, um der tschechoslowakischen Arbeiterschaft in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Demokratie Beistand zu leisten.

Tokio. (DPA) Vierzig frühere Mitglieder der japanischen Streitkräfte wurden zum Tode verurteilt, da sie im Jahr 1945 auf besonders grausame Art amerikanische Flieger einordnet hatten, die in Japan notlanden mußten.

Wien. (AP) Das österreichische Kabinett brachte einen Gesetzesentwurf ein, der eine Amnestie für minderjährige ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei vorsieht. Ungefähr 200 000 Personen würden von dem Gesetz erfaßt.

London. (AP) Die Heize- und Maschinenfabriken der Regierungsgebäude in London streikten. Auch Buckingham Palace, der Wohnsitz der königlichen Familie, wurde betroffen, und die Heizung, Warmwasserversorgung und Fahrstühle des Palastes wurden stillgelegt.

Die Gegenwehr des Westens

Militärbündnis der westeuropäischen Mächte - Truman fordert sofortige Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht - Marshall-Länder beschließen Einbeziehung Westdeutschlands

Hamburg, 17. März

In drei politischen Zentren wurden sieben Entscheidungen von größter Tragweite für die Völker der Welt getroffen:

In Brüssel wurde der westeuropäische Beistandspakt Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten feierlich unterzeichnet, der den Charakter eines Militärbündnisses hat.

In Washington stellte USA-Präsident Truman drei gewichtige Forderungen zur Sicherung des Friedens und zur Vermeidung des Krieges auf: Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Verabschiedung eines Gesetzes über die militärische Ausbildung der Jugend und die beschleunigte Annahme des Marshall-Hilfsprogramms für Europa.

In Paris beschloß die Vollkonferenz der 16 Marshall-Länder zum Abschluß ihrer zweiten Tagung die Eingliederung der drei Westzonen Deutschlands in die Organisation der Europa-Hilfe, wo sie als unabhängige Mitglieder später einen gemeinsamen westeuropäischen Vertrag unterzeichnen sollen. Die Arbeiten des Arbeitsausschusses für die Statuten der Europa-Organisation haben begonnen.

Der Beistandspakt der fünf Westmächte sichert in tiefgreifender Weise die Zusammenarbeit Westeuropas auf allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebieten und sieht eine kollektive Selbstverteidigung vor. In einer eindringlichen Präambel, die die menschlichen Grundrechte und die allgemeinen Ziele eines gesunden Fortschritts als Grundlage für das fünfzigjährige Bündnis festlegt, und zehn Artikeln wurde ein neuer Weg beschritten, um in Westeuropa gesunde Verhältnisse herbeizuführen und gegen jede Bedrohung von außen zu garantieren.

Die Sicherheitsabreden stehen in Übereinstimmung mit der UNO-Satzung, ein Konsultativrat wurde als ständiger beratender Ausschuß der fünf Westmächte geschaffen, der die Aufgabe hat, jederzeit rasche Maßnahmen einzuleiten, um den Frieden und die Wohlfahrt Westeuropas aufrechtzuerhalten.

Die Erreichung eines höheren Lebensstandards ist das vornehmste Ziel aller wirtschaftlichen Bemühungen der fünf Mächte, die desto eher von Erfolg gekrönt sein werden, wenn andere Länder dem Westeuropapakt beitreten. Aus-

reichende Möglichkeiten für den Beitritt dieser Länder sind in dem Pakt vorgesehen. Bei Streitfällen in Westeuropa wird der Internationale Gerichtshof in Den Haag angerufen werden.

Durch die heutige Truman-Rede wünscht die USA-Regierung als die größte Macht des Westens die Führung in der Abwehr jeder weiteren Bedrohung zu übernehmen. Truman legte den Standpunkt der USA, wie er ausdrücklich betonte, „unmißverständlich“ klar, indem er nach Aufzählung zahlreicher Anklagen und Vorwürfe gegen die Sowjetunion ein umfangreiches Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten verkündete.

Für das Funktionieren des Marshall-Plans in Westeuropa sind die Beschlüsse der zweiten Pariser Marshall-Länder-Konferenz von erheblicher Bedeutung. Der Einbau West- und Süddeutschlands in die Organisation der Europahilfe gehört zwar logisch zum Gesundungsplan der europäischen Wirtschaft, wird aber jetzt sehr viel rascher vollzogen, als dies noch vor kurzem erwartet werden konnte.

Militärkonferenz in Paris

AP Frankfurt/Main, 17. März

Amerikanische, britische und französische Armeeoffiziere werden zum gemeinsamen Studium der Kriegführung

Auch Vertreter „anderer westeuropäischer Armeen“ werden an den achttägigen Besprechungen teilnehmen, die unter der Schirmherrschaft des französischen Armeehauptquartiers stehen.

Nach Eröffnung der Verhandlungen in

Internationale monatliche Übersicht über März 1948, Nr. 8

1. Ist der Krieg nahe?

Fast die ganze Welt stellt sich heute diese Frage. Besonders in Europa, wo die beiden Weltgegner unmittelbar aufeinander stoßen, und das daher im Kriegsfall ein Hauptschauplatz sein würde. Aber auch in Amerika sind die Nerven von Millionen in höchster Erregung. Es ist die Folge der von den USA ausgehenden planmäßigen Kriegspanikmacherei.¹⁾ Die älteren Europäer, die sich noch daran erinnern, wie dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Gerüchte von den feindlichen Flugzeugen, die angeblich über Nürnberg flogen, und von den Goldautos, die durch Deutschland fuhren, vorausgingen, werden lebhaft daran erinnert, wenn sie von den angeblichen russischen U-Booten hören, die vor den amerikanischen Küsten kreuzen sollen. Dieses Gerücht ging, wie erinnerlich, von der amerikanischen Marineleitung aus, wurde dann aber, nachdem es seinen Dienst getan, wieder zurückgezogen. Dazu kommen einige Tatsachen, wie die Zurückhaltung von Reserveoffizieren der amerikanischen Armee über ihre normale Dienstzeit hinaus, die neue Bewilligung von 150 Millionen Dollar für die Atomforschung durch den US-Kongress, die Nachrichten, daß die Herstellung von Atombomben beschleunigt fortgesetzt werde,²⁾ die Konflikte der ehemals Alliierten um Berlin,³⁾ die Bewilligung von 100 Millionen Kronen für die Beschleunigung des Ausbaues der Landesverteidigung durch Norwegen, die Zurückhaltung von eingezogenen Soldaten in Dänemark über ihre normale Entlassungsfrist hinaus⁴⁾ usw. Kein Wunder, daß allen diesen Gerüchten und Tatsachen gegenüber in Millionen Köpfen in Europa und Amerika die Furcht vor dem unmittelbaren oder nahen (einige Monate) Bevorstehen eines neuen Weltkrieges Platz gegriffen hat. Und kein Zweifel, daß die Erzeugung einer Massenkriegspanik mit kühler Berechnung ins Werk gesetzt worden ist.

Fragt man sich aber nüchtern, was hinter dieser Kriegspanikmacherei steckt, so erscheinen die Dinge in ganz anderem Licht, als die kopflose Angst sich ausmalt. Die Kriegspanikmacherei, die von den USA ausgeht, verfolgt wesentlich den Zweck, den Kongreß zu zwingen, den Marshall-Plan und die dem Kongreß vorgelegten neuen Militärvorlagen rasch anzunehmen. Der Marshall-Plan sollte jedenfalls vor dem 18. April, dem Tag der italienischen Parlamentswahlen, angenommen sein. Die Militärvorlagen sollen jetzt bewilligt werden, weil sonst nahezu ein ganzes Jahr verloren ginge. Die Militärvorlagen umfassen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für

junge Leute von 19–25 Jahren sowie die allgemeine militärische Ausbildung der Jugend von 17–19 Jahren. Der Bestand der amerikanischen Wehrmacht soll dadurch erhöht werden von 1,384 auf 1,734 Millionen Köpfe, das Militär-Budget, das bisher elf Milliarden Dollar betrug, soll um mindestens drei Milliarden Dollar erhöht werden. Und alles dies in einem Jahr von Präsidenten- und Kongreßwahlen, wo jede der beiden Hauptparteien unpopuläre Maßnahmen scheut wie das Feuer. Es ist aber kein Zweifel daran möglich, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen militärischen Ausbildung, sowie die erhöhten Staatsausgaben, die durch die Militärvorlagen wie durch den Marshall-Plan erfordert werden, bei der Masse der amerikanischen Bevölkerung höchst unpopulär sind. Nur durch planmäßige Kriegsspanikmacherei konnte daher der Kongreß dazu gebracht werden, diese bitteren Pillen in einem Wahljahr zu schlucken, und so wurde denn die Kriegsspanikmacherei mit der erprobten Technik der Seifenreklame ins Werk gesetzt. Ist die Pille geschluckt, so wird sicherlich der Lärm, als Störung für die normale Geschäftemacherei, eingestellt werden.

Daß aber die Kriegsgefahr nicht unmittelbar oder nahe ist, kann man bereits mit aller Sicherheit aus den Militärvorlagen selbst ablesen.

Um die allgemeine Wehrpflicht, wenn sie erst beschlossen ist, durchzuführen in dem Sinne, daß so viele Jahrgänge von einfachen Soldaten und so viele Kader (vor allem untere) ausgebildet sind, daß sich eine schlagfertige Wehrmacht von gewünschter Größe und Zusammensetzung daraus ergibt, erfordert nicht Tage oder Monate, sondern Jahre.

Daß man mit der Atombombe und den etwa für sie nötigen Flugzeugen allein keinen Krieg gegen ein Land wie Rußland führen kann, haben führende amerikanische Militärs selbst klar und entschieden ausgesprochen. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was in einem Heere von heute oder morgen als Hauptwaffe zu bezeichnen ist, aber darüber, daß auch heute und morgen der Infanterist, und zwar in Massen, unentbehrlich ist, besteht unter militärischen Fachleuten kein Zweifel.⁵⁾ Der Infanterist von heute ist dabei sicherlich nicht der Infanterist von gestern. Er ist im militärischen Sinne eine veränderliche Größe. Das Bestreben geht dahin, seine Feuerkraft und Beweglichkeit immer mehr zu steigern. Aber nichtsdestoweniger: er wird gebraucht.

Aber das ist nur ein Teil der unentbehrlichen Vorbereitungen. Um gegen Rußland zu kämpfen, brauchen die USA Verbündete. Diese Verbündeten müssen auch alle erst für die ihnen zugedachte militärische Rolle als Werkzeuge des amerikanischen Imperialismus vorbereitet werden. Und da stehen die Dinge noch in ihren allerersten Anfängen, oder noch nicht einmal beim Anfang.

Für Europa ist der jetzt formell abgeschlossene Westpakt der notwendige Brückenkopf für die USA. Aber diese Staaten sind heute militärisch alle so

schwach, daß sie kein ernstes Hindernis für ein russisches Vordringen nach Mittel- und Westeuropa bilden würden. Von amerikanischer Seite ist selbst offen ausgesprochen worden, daß in Westeuropa Spanien die stärkste Militärmacht sei. (Was zahlenmäßig zutreffen mag, aber schwerlich in Bezug auf die militärische Kampfkraft.) Truman hat in seiner letzten Botschaft an den Kongreß den Westmächten die amerikanische militärische Hilfe in Aussicht gestellt.⁶⁾ Aber die Zusicherung des Präsidenten ist noch kein Beschluß des Kongresses, und wenn ein solcher Beschluß zustande kommt, so erfordert er längere Zeit für seine Durchführung. Der General de Gaulle forderte in diesem Zusammenhang die Ausrüstung Westeuropas mit Waffen, Munition usw. durch die USA. In den USA wird demgemäß die Frage „studiert“, die während des Krieges geübte Praxis der Kriegslieferungen durch *lend-lease*⁷⁾ wieder aufzunehmen. Das würde von den USA auch erheblich größere Kosten verlangen, als sie der Marshall-Plan vorsieht. Alles dies ist aber noch nicht einmal angefangen, wenn man vielleicht von England einerseits, von Spanien-Portugal andererseits absieht. Zwischen England und den USA ist die enge militärische Zusammenarbeit, die während des Krieges stattfand, nach dem Kriege ohne Unterbrechung fortgesetzt worden. Was Spanien und Portugal anbelangt, so ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß die amerikanischen und englischen Militärs schon seit längerer Zeit mit Franco in Spanien und Salazar in Portugal zusammenarbeiten, um hier die Falange, dort die portugiesische Legion zahlenmäßig und in ihrer militärischen Ausrüstung zu stärken.⁸⁾

Zu West- und Mitteleuropa gehört aber auch Deutschland, das heißt seine Westzone. Es soll sogar das Kernstück der amerikanischen Europa-Strategie bilden. Es ist klar, daß noch eine sehr weite Strecke zurückzulegen ist von der Bildung der Tri-Zone bis zur Schaffung einer deutschen Armee und Kriegsindustrie im Dienste des amerikanischen Imperialismus. Hier ist man selbst von den Anfängen noch weit entfernt, aber das genannte militärische Ziel selbst liegt in der Logik der Sache, ist also ein unentbehrlicher Teil der Europa-Strategie.

Nebenbei, das militärische Angewiesensein Westeuropas auf die USA ist die denkbar stärkste Widerlegung der „dritten Kraft“. Wie kann Westeuropa politisch und wirtschaftlich selbständig gegenüber den USA auftreten, wie die Theorie der „dritten Kraft“ das verlangt, wenn es militärisch keine Kraft, sondern eine Ohnmacht und vollkommen auf amerikanische Hilfe angewiesen ist?

In dem Organ der englischen Fabier, „New Statesman“ vom 6. März findet man nichtsdestoweniger diese Absurdität ausgesprochen wie folgt:

„Crossman's (linker Labour-Abgeordneter) Lösung der Schwierigkeit war, die militärischen Aufgaben den Amerikanern zu überlassen und die so gesparte Menschenzahl der Entwicklung einer „Westlichen Union“ zu widmen,

die wirtschaftlich stark gemacht würde durch unsere politische Weisheit und durch die Marshall-Hilfe. Wir könnten nicht unsere Abhängigkeit von der amerikanischen militärischen Macht leugnen. Also gebe man diese Abhängigkeit militärisch als überwältigend zu und suche unter ihr die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.“

Eine sonderbare Manier jedenfalls, einen heulenden Widerspruch als „Lösung“ zu betrachten. Es ist im besten Falle kindliche Selbsttäuschung zu glauben, daß die vollkommene militärische Abhängigkeit vereinbar sei mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

Das Gesamtergebnis für Europa: die strategisch-militärische Vorbereitung der USA ist hier entweder erst in den Anfängen oder noch vor den Anfängen.

Nehmen wir Asien: Japan ist noch sehr weit entfernt davon, militärisch wieder auf die Beine gestellt zu werden. Die Ablehnung des russischen Vorschlages, Korea zu räumen, zeigt klar, daß die Amerikaner im südlichen Teil Koreas noch nichts haben, was sie den koreanischen militärischen Kräften in dem von den Russen besetzten Nordteil gegenüberstellen könnten.⁹⁾ Dem China Tschiang-Kai-cheks sind aufs Neue etwa 500 Millionen Dollar vom Kongreß bewilligt worden. Amerikanische Quellen selbst sprechen es offen aus, daß diese Summe nicht ausreicht, damit Tschiang-Kai-chek über die Armeen der chinesischen Kommunisten siegen könne, sondern nur dazu bestimmt sei, seinen Widerstand zu verlängern.

So sind die Amerikaner auch hier erst in den Anfängen oder noch vor den Anfängen. In Vorder- und Mittelasien sind Amerikaner und Engländer zwar eifrig bei den Vorbereitungen. Die Schwenkung der Amerikaner in der Palästinafrage¹⁰⁾ hängt aufs Engste mit diesen Vorbereitungen zusammen: sie soll ein Hindernis aus dem Wege räumen für die Gewinnung der islamischen Völker als Hilfswerkzeuge des angelsächsischen Imperialismus. Aber was dort heute im strategisch-militärischen Sinne da ist, ist noch weniger als im Fernen Osten.

In Lateinamerika ist durch die Beschlüsse des panamerikanischen Kongresses von Petropolis ein Rahmen festgelegt worden für die Einordnung der lateinamerikanischen Länder in die Yankee-Strategie. Aber mehr als der Rahmen ist auch hier noch nicht da.

Alles dies zusammengenommen ergibt, daß vom Gesichtspunkt der elementarsten militärisch-strategischen Vorbereitungen und Vorbedingungen von Seiten der USA von einer unmittelbaren oder nahen Kriegsgefahr im Maßstab von Tagen oder Monaten nicht die Rede sein kann. Dieser Maßstab können nur Jahre sein.

Aus dem höllischen Kriegslärm, der heute in den USA in erster Linie für den inneren Bedarf gemacht wird, ist nicht auf die Unmittelbarkeit oder Nähe der von dieser Seite ausgehenden Kriegsgefahr zu schließen.¹¹⁾ Gerade

umgekehrt: der Lärm kann gerade deshalb so unbekümmert und unbegrenzt gemacht werden, weil die führenden Militärs und Politiker und Wirtschaftler der USA so sicher sind, daß die Kriegsgefahr nicht unmittelbar oder nahe ist im angegebenen Sinne, so haben sich dagegen die Angriffsflächen des amerikanischen Imperialismus qualitativ und quantitativ erweitert. Qualitativ, indem zu dem rein imperialistischen Angriffsbestreben der jetzt offen ausgesprochene und bestätigte Angriffswille gegen jede Revolution, also der klare Wille zur Konterrevolution getreten ist. Quantitativ, indem diese Bestrebungen auf die ganze Welt ausgedehnt werden.

Dafür spricht die folgende Stelle aus der letzten Botschaft Trumans an den Kongreß: die wirtschaftliche Erholung von West- und Mitteleuropa sei nicht genügend. „*Sie (die europäischen Nationen) brauchen auch einen gewissen Grad von Schutz gegen den inneren und äußeren Angriff.*“ Damit stellt sich die Regierung der USA dar als der Vorkämpfer für die Erhaltung des Kapitalismus und gegen jede sozialistische Revolution.

Die Ausdehnung dieser zugleich imperialistischen und konterrevolutionären Rolle der USA ist in folgender Stelle dieser Botschaft ausgesprochen: „*Die USA haben die furchtbare Verantwortung übernommen, entsprechend unserer Macht für das Wohl der Welt zu sorgen.*“

Wenige Tage darauf wiederholte der Staatssekretär Marshall dasselbe, indem er in seiner Rede vor der Universität Californien erklärte: „*Die Ausbreitung des Systems, das sich auf Drohungen und Gewalt stützt, darf nicht länger erlaubt werden.*“¹²⁾

Hier ist nicht vom äußeren Angriff die Rede, sondern lediglich von der Ausbreitung des kommunistischen Systems - auf welchem Wege auch immer.

Die Verschärfung und Verallgemeinerung der konterrevolutionären Rolle des amerikanischen Imperialismus ist in der letzten Zeit nicht nur in Erklärungen, sondern auch in einer Reihe von Handlungen zu Tage getreten.

Dazu gehört der Beschluß des Repräsentantenhauses des Kongresses der USA, Franco-Spanien in den Marshall-Plan einzubeziehen.¹³⁾ Der Beschluß wurde zwar auf Grund der scharfen Proteste der Staaten des Westblockes wieder rückgängig gemacht, aber die Absicht selbst bleibt bestehen, und es handelt sich nur darum, solche Formen für ihre Verwirklichung zu suchen, die den Staaten des Westblockes erlauben, die Heuchelei der Feindschaft gegen das Franco-Regime zu demagogischen Zwecken fortzusetzen. Es sei hier daran erinnert:

1. daß der Sieg des Franco-Regimes in Spanien ebensowohl Frankreich, England und den USA zu verdanken ist, als Hitler und Mussolini („Nicht-intervention“).¹⁴⁾
2. daß am Ende des Krieges die Beseitigung des Franco-Regimes durch die Westmächte kinderleicht gewesen wäre, wenn sie nur gewollt hätten.

3. daß, wie erwähnt, die amerikanischen und englischen Militärs schon seit einem Jahr mit Franco und Salazar militärisch zusammenarbeiten.

Jedenfalls, im Falle Spaniens ist die demokratische Maske der Vorkämpfer für die Freiheit der ganzen Welt nach dem Beschluß des Repräsentantenhauses unheilbar beschädigt, und hinter der Maske erscheint das nackte Gesicht des Faschismus.

In dasselbe Kapitel gehören ferner die außen- und innenpolitischen Manöver der USA und der Westmächte bei den Wahlen in Italien, um einen kommunistisch-sozialistischen Wahlsieg zu verhindern. (Angebot von Triest, der Rückgabe der italienischen Kolonien, des Eintrittes Italiens in die Vereinten Nationen). Es hätte wenig Sinn, sich über das internationale Eingreifen der imperialistischen Mächte in die inneren Klassenkämpfe Italiens überhaupt zu entrüsten, das ja doch nur das Gegenstück zu entsprechendem Eingreifen der Sowjetunion ist (Angebot der Rückgabe der italienischen Kolonien durch die polnische Regierung).¹⁵⁾ Das Wesentliche an der Sache ist, daß das Eingreifen im Sinne der Konterrevolution geschieht.

Weiter gehört hierher das Auftreten der Regierungen der USA, Englands und Frankreichs gegen die kommunistische Machtergreifung in der ČSR. Das bemerkenswerte an diesem Eingreifen ist wieder, daß es erfolgt ist, obwohl diese Mächte durch ihr Verhalten in den Vereinten Nationen bekundeten, daß sie keinerlei Beweise dafür haben, daß diese sogenannte zweite Revolution der ČSR ihr von außen aufgenötigt worden sei.

Schließlich im selben Sinne symptomatisch ist die veränderte Stellung der USA zum Regime Tschiang-Kai-cheks. Nicht nur, daß diesem Regime eine neue Anleihe von einer halben Milliarde Dollar gewährt wurde, sondern daß jetzt auch der bekannte republikanische Senator Vandenberg es für nötig hielt, sich für die Charakterisierung des Tschiang-Kai-chek-Regimes als korrupt und reaktionär zu entschuldigen.

Die genannten Tatsachen und Erklärungen zeigen, daß der Kampf des amerikanischen Imperialismus und seiner Hilfsvölker nicht nur der Ausdehnung der Sowjetunion im äußeren geographischen Sinne gilt, sondern der weiteren Ausbreitung des Kommunismus schlechthin, auch dann, wenn er sich nur auf innere Kräfte stützt.

Nun hat die Sowjetunion mit Rücksicht auf das internationale Kräfteverhältnis sicherlich in einer Reihe von Fällen das Fortschreiten der sozialistischen Revolution in anderen Ländern gebremst und gehemmt. Das klarste Beispiel dafür ist gerade die ČSR, wo bei Kriegsende auf Grund der „Nationalen Komitees“,¹⁶⁾ deren führende Kraft sie bildeten, die tschechischen Kommunisten bereits die ganze Macht übernehmen und den Schritt zum Sozialismus auf einmal zurücklegen hätten können.

Wenn aber die Sowjetunion Revolutionen in anderen Ländern gebremst hat, so kann sie niemals auf die revolutionäre internationale Rolle ganz ver-

zichten, ohne sich selbst der internationalen Konterrevolution ans Messer zu liefern. Die internationale Ausbreitung des Kommunismus überhaupt ist, abgesehen von allen Prinzipien und Ideologien, ein Gebot der nackten Selbsterhaltung für die Sowjetunion. Der Angriff des Weltimperialismus und der Weltkonterrevolution gilt letzten Endes nicht den Außenwerken, sondern der Hauptfestung des Kommunismus selbst.

Im genauen und umfassenden geschichtlichen Sinne handelt es sich bei der „Expansion“ der Sowjetunion und ihrer Förderung der Ausbreitung demokratischer und sozialistischer Revolutionen, um Defensive, genau so wie heute allgemein anerkannt ist, daß die Kriege der großen französischen Revolution und selbst die Napoleons allesamt im geschichtlichen Sinne defensiv waren.¹⁷⁾ Daß man die strategische und taktische Offensive unterscheiden muß von der geschichtlichen, politischen Offensive, ist für Historiker eine Binsenweisheit.

Wenn also die Stellung der Sowjetunion im großen geschichtlichen Sinne defensiv ist, so ergibt sich daraus auch, daß ein „Angriffskrieg“ von ihr nicht zu erwarten ist, daß es also von der Gegenseite abhängt, ob und wann es zum offenen Konflikt kommt. Wir haben aber gezeigt, daß für die Gegenseite die Ausbreitung des Kommunismus überhaupt, nicht die Außenpolitik der Sowjetunion im engeren Sinne das Objekt des Kampfes ist.

Was die Frage der allgemeinen Kriegsgefahr anlangt, die durch die Erklärungen und Handlungen des imperialistischen Lagers erhöht worden ist, so wenig kann von einer unmittelbaren oder nahen Kriegsgefahr die Rede sein, so verweisen wir auf die ausführlichen früheren Darlegungen an dieser Stelle.

Wir wiederholen hier nur das Ergebnis unserer früheren Ausführungen: daß das Entscheidende für die Verhinderung eines dritten Weltkrieges die revolutionäre Initiative der Arbeiterklassen West- und Mitteleuropas ist.

2. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Das Kesseltreiben gegen den „Staatsstreich“ in der ČSR beschäftigt die bürgerliche Presse derart, daß sie keine Zeit findet, sich mit dem Programm der neuen Regierung zu beschäftigen.¹⁸⁾ Für die Arbeiterklasse ist aber dieses Programm und seine Durchführung wesentlich zur Beurteilung dessen, was in der ČSR vorgegangen ist. Die Hauptpunkte dieses Programms, das von der Parlamentsmehrheit angenommen worden ist, sind:

1. Die Sozialisierung aller Betriebe mit über 50 Beschäftigten.
2. Die Herabsetzung der Steuern für Bauern und Kleinhändler.
3. Die Legalisierung der Tätigkeit der Aktionsausschüsse.

Die bürgerlichen Parteien hatten zwar zu Beginn ihrer Koalition mit Kommunisten und Sozialisten das Sozialisierungsprogramm angenommen, stellten aber seiner Durchführung im einzelnen Hindernisse in den Weg. Sie handelten so nach dem Vorbild der deutschen bürgerlichen Parteien am Ende

des Ersten Weltkrieges, die allesamt die Phrase der Sozialisierung im Drange der Not annahmen (sogar Hugo Stinnes war für die Sozialisierung), um dann in der Praxis den Kapitalismus wieder auf die Beine zu stellen.¹⁹⁾

In der ČSR bestand die Arbeiterklasse darauf, daß die Worte in Taten verwandelt werden und setzte zu diesem Zwecke ihre Klassenmacht sowie die Hebel der Staatsmacht geschlossen ein. Dazu kam als Machtfaktor die Nähe und Stärke der Sowjetunion. Das ist der kleine Unterschied im Vergleich zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, und er ist keineswegs nach dem Geschmack der Kapitalistenklasse innerhalb und außerhalb der ČSR, aber die internationale Arbeiterklasse hat nicht die geringste Ursache, ihr darin zu folgen.

Wesentlich ist auch die geplante qualitative Umstellung der Wirtschaft. Die Exportindustrien der ČSR waren bisher vorwiegend Fertigungsindustrien (Textilien, Keramik, Bijouterie usw.),²⁰⁾ Jetzt soll das Schwergewicht auf die Schwer- und Maschinenindustrie verlegt werden, um die Industrialisierung Ost- und Südeuropas zu fördern. Der Durchführung soll ein 5-Jahresplan dienen, der von 1949 ab laufen soll.

Außenpolitisch betonte der Premierminister Gottwald, daß die Doppelspurigkeit der tschechischen Außenpolitik nunmehr aufhören solle und daß die ČSR vom Westen nur noch Handelsbeziehungen brauche.

Die „Reinigung“, d. h. die Entfernung der Klassengegner geht auf allen Gebieten weiter (Heer, Justiz, Universitäten, usw.), und die Einzelheiten darüber machen den Hauptinhalt der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presseberichte über die ČSR aus. Daß es da nicht ohne Mißgriffe im Einzelnen abgehen wird, ist anzunehmen, daß aber mit der alten bürgerlichen Staatsmaschine die sozialistische Umstellung nicht durchzuführen ist, das beweisen alle früheren und gegenwärtigen Erfahrungen.

Die bürgerlich-demokratische Periode der ČSR nach dem Ende des Krieges war ein neuer fortlaufender praktischer Beweis für diese Erfahrung.

Die internationale Arbeiterklasse hat keine Ursache zu bedauern, daß die tschechische Arbeiterklasse schließlich die Folgerungen aus dieser Erfahrung gezogen hat und weiter zieht.

*

Aus dem letzten Weißbuch der englischen Regierung, das unter der Leitung von Stafford Cripps zusammengestellt wurde, ergibt sich, daß die englische Ausfuhr auf steigende Preishindernisse stößt und das Exportziel daher um 10 % herabgesetzt werden muß, daß das Defizit der Jahresbilanz für 1948 immer noch eine Milliarde Dollar ausmachen wird, daß die Versorgung Englands mit Lebensmitteln und Waren des Konsums weiter eingeschränkt werden muß, und schließlich, daß die amerikanische Hilfe zwar den vollständigen Zusammenbruch dieses Wirtschaftskurses hinausschieben, aber die grundlegende Krise selbst nicht lösen kann.²¹⁾

Wenn dieser Kurs trotzdem fortgesetzt wird, so deshalb, weil der entsprechende Gegendruck und eine entgegengesetzte Zielsetzung in der Masse der englischen Arbeiterklasse noch fehlt.

*

Auch in Hindustan hat unter Führung Nehrus²²⁾ das Kesseltreiben gegen den Kommunismus und die Arbeiterorganisationen begonnen, unter ausdrücklicher Berufung auf die entsprechende Kampagne in Amerika und Europa. Dasselbe geht in Birma vor sich.²³⁾ Für Nehru, der als „Marxist“ galt, ist es eine entscheidende politische Wendung.²⁴⁾

*

Nachdem in der Sowjetunion die Schriftsteller, Philosophen und Musiker wegen ihrer Toleranz gegenüber der bürgerlichen Kultur des Westens zur Ordnung gerufen worden sind, haben die Maler gar nicht erst einen solchen Ordnungsruf abgewartet, sondern sich selber der entsprechenden Sünden beichtigt und Besserung versprochen. Man braucht nicht das geringste für viele Kulturerscheinungen des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Periode der Zersetzung übrig zu haben, um dennoch zu zweifeln, ob gerade der Polizeistock das geeignete Mittel ist, um eine überlegene sozialistische Kultur herbeizuführen.

HAMBURGER FREIE PRESSE

Preis 10 Pfg. Nr. 11. Jahrgang 2. Heftwoche, 21. April 1938

LESERKREIS DER ZEITUNG

Vertriebsbüro unter Leitung Nr. 11 der Kulturverlags

45 Milliarden Dollar für die USA-Aufrüstung!

9 von 10 neuen Bombergruppen sollen Großbombergruppen werden

Washington, 21. April (AP).

Dem USA-Kongress wurde ein Dreijahresprogramm für die Landesverteidigung vorgelegt, das einen Kostenaufwand von 45 Milliarden Dollar erfordert. Das Programm zielt besonders dem Ausbau der amerikanischen Luftmacht vor.

Verteidigungsminister James Forrestal gab dem Wehrministerium die Summe eines Überflusses über das Programm. Die Kosten für das am 1. Juli beginnende neue Finanzjahr werden auf 14.000.000 Dollar geschätzt. In den beiden folgenden Jahren wird sich dieser Betrag sukzessive erhöhen. Das Programm umfasst unter anderem die Aufstellung von 20 Geschwadern der amerikanischen Luftlandkräfte. Die drei Wehrnationen sollen auf folgenden Stand gebracht werden: Armee 700.000 Mann, Marine und Luftwaffe 450.000 Mann, 100.000 Mann.

Große britische Flottenmanöver

London, 21. April (APD-Reuters).

Der größte britische Flottenverband mit Kräftevermögen wird am 11. Mai von Rosyth zu einem zweitägigen Flottenmanöver in die Nordsee aufbrechen. Großkampfschiffe, die seit dem vergangenen Jahre stillgelegt waren, werden wieder für die erste größere Demonstration der britischen Seemacht in Dienst gestellt. Die Manöver werden auf ein Szenario, wie im Falle eines Angriffs auf England abgeübt werden. Die britische Admiralität erklärt, die Manöver hätten keine politische Bedeutung irgendwelcher Art.

Der Flottenverband wird die beiden 35.000-Tonnen großen Schlachtschiffe „Anson“ und „Howe“ sowie den 24.000-Tonnen großen Flugzeugträger „Implacable“ umfassen. Außerdem

Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien stattfinden sollen, um die Frage „Krieg oder Frieden mit der Sowjetunion“ aufzuheben. Falls die Sowjetunion in Berlin Gewalt anwenden sollte.

Diese Berichte enthalten jeder Grundzüge, wie die Sprecher des Außenministeriums. Es folgte hinzu, daß die Grenzgarde in London stehenden Besprechungen sich ausschließlich mit der wirtschaftlichen und politischen Situation Westdeutschlands befassen. Nebenbei aber mit irgendwelchen Meinungen, die die drei Länder treffen könnten oder sollten, falls die Sowjetunion nach Westdeutschland vorzudringen würde.

Smute denkt skeptisch

Kapitel, 21. April (APD-Reuters)

Rheinischer Merkur

Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

Nr. 10 2. Jahrgang 8

Samstag, 6. März 1948

Einzelpreis 50 Pfg.

Der Nächste, bitte ...?

Stalin erzwingt die Einigung Europas und der Welt

Das Wort, daß alles schon dagewesen sei und die Geschichte in einer Art „Treppenwitz“ verlaufe, findet bei flüchtiger Betrachtung gewiß seine Belege. Im Grunde gilt aber doch die sehr viel tiefere Erkenntnis, daß die Geschichte sich nicht wiederholt.

Auf die Tschechoslowakei, die vor einer Woche völlig in den Bannkreis der sowjetischen Macht gezogen ist, folgt jetzt Finnland. Und schon fragt sich alle Welt, ob nunmehr die Reihe an der deutschen Ostzone, der österreichischen Ostzone, an Griechenland, der Türkei oder dem Iran sei? Oder ob vorher die chinesische Frage akut werden solle ...?

Es ist leider wahrscheinlich, daß der „Kalte Krieg“ zunächst noch einige Opfer fordern wird. Nach dem Gesetz der Totalität wird die Sowjetunion jene Stellungen, die nun einmal in ihrem Besitz sind, vollständig zu durchdringen suchen. Das war vorauszusehen, und wer es nicht vorausgesehen hat, war mit einer Blindheit geschlagen, für die er seinen Preis erlegen muß. Dieser Preis wird für Europa in seiner Gesamtheit sehr schwer zu tragen sein.

Aber dann wird die Angelegenheit für Moskau doch recht brenzlich werden. Gerade die Tatsache, daß das Rezept nunmehr bekannt ist, und man bei jedem Fall sofort auf das nächste Opfer schaut, schafft höchst unangenehme Kom-

plikationen. In dem Maße, in dem die Mächte der westlichen Welt erkennen, daß die Gefahr der Diktaturen mit Hitler noch nicht ihr Ende genommen hat, und rechtzeitig die Mittel anwenden, die sie in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als allein wirksam erkannt haben, wird diese Kette neuen Verhängnisses sich nicht fortsetzen können.

Es gibt militärische, politische und wirtschaftliche Folgerungen, die sich jetzt zwingend nahelegen: 1. die Erweiterung der französisch-britischen Allianz zu einem westeuropäischen Sicherheitssystem, das nicht mehr auf eine fiktive deutsche, sondern auf die reale russische Gefahr bezogen ist, 2. die politische Union Europas und ihre Stützung durch das britische Empire sowie die Vereinigten Staaten von Amerika, 3. die Beseitigung der kollektivistischen Wirtschaftsformen, die uns schrittweise in die Verelendung geführt haben.

Das westliche Europa muß wieder voll und ganz europäisch werden, wenn es als Schutzwall gegen den Osten dienen soll. Und in diesem Europa wird Deutschland, soweit es dem Osten nicht schon überantwortet ist, eine Rolle zu spielen haben, die in mancher Hinsicht entscheidend werden kann. Wir sind bereit, sie zu übernehmen, soweit man uns die Möglichkeit läßt.

F. A. K.

Auf schwachen Füßen

Die Skepsis, mit der die Neuorganisation der Bizone fast von allen Seiten aufgenommen

keit verurteilt sein. Ihm wurden zum Beispiel vor der Wahl der Direktoren

RHEIN-ECHO

Die Volkszeitung am Niederrhein

Verlag: Westdeutsche Verlagsanstalt G.m.b.H.
Hauptstadt: Düsseldorf
Telefon: 12 11 11
Postfach: 12 11 11
Verlagsnummer: 12 11 11
Verlagsschreiber: Westdeutsche Verlagsanstalt G.m.b.H.

Erstausgabe: 1848
Gründungsnummer: 1
Gründungsdatum: 1848
Gründungsnummer: 1
Gründungsdatum: 1848
Gründungsnummer: 1
Gründungsdatum: 1848

1. JAHRGANG — NR. 47 / 2. AUSG. NR. 12 VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NR. 18 DER MILITARREGIERUNG DONNERSTAG, DEN 21. APRIL 1948

Italiens Bekenntnis zu Westeuropa

Kommunistischer Erfolg ausgeblieben — Sieg der freiheitlichen demokratischen Kräfte

Rom, 21. April. (DPD.-UP.) Nach dem amtlichen Endergebnis der Senatswahlen erhielten die Christlichen Demokraten 10,7 Millionen Stimmen gleich 47,9 Prozent, die kommunistische „Volksfront“ 6,9 Millionen gleich 31 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die gemäßigten Sozialisten (Saragat-Gruppe) bekamen 1,6 Millionen Stimmen gleich 7 Prozent. Auf den Nationalen Block entfallen 1,3 Millionen, auf die Republikaner 637 000, auf die Monarchisten 436 000 und auf die italienische Sozialbewegung 244 000 Stimmen. Die amtlichen Teilergebnisse aus 35 291 von 41 647 Wahlbezirken zeigen für die Wahlen zur Italienischen Abgeordnetenkammer im großen und ganzen das gleiche Stimmenverhältnis. Nach den letzten vorliegenden Meldungen haben die Christlichen Demokraten in beiden Häusern die absolute Mehrheit der Sitze gewonnen. Ein genaues endgültiges Ergebnis fehlt noch.

In der Abgeordnetenkammer werden die Christlichen Demokraten über 274 bis 279 Sitze, die Volksfront über 194 bis 196 und die Saragat-Gruppe über 40 bis 41 Sitze verfügen. Der Senat wird einschließlich der ernannten Senatoren 134—136 Christliche Demokraten, 120—122 Volksfront-Anhänger, 24—26 gemäßigte Sozialisten und 9 Monarchisten aufweisen.

Regierung de Gasperi bleibt

Der Sieg der Christlichen Demokraten wurde im wesentlichen auf Kosten der kleineren Mittel- und Rechtsparteien sowie infolge der höheren Wahlbeteiligung errungen. Die Volksfront



de Gasperi

hat ihre bisherige Stärke nahezu aufrechterhalten. Mit der Beibehaltung des bisherigen Kabinetts de Gasperi ist ohne größere Veränderungen zu rechnen. Der 67-jährige italienische Ministerpräsident de Gasperi ist durch den Wahlausgang als führende politische Gestalt des heutigen Italien bestätigt worden. Er ist der Sohn eines Landarztes und stammt aus der Gebirgsprovinz Trient. Von 1911 bis 1914 vertrat de Gasperi seine Heimatprovinz im österreichischen Parlament.

der Auftakt zu einem Auseinanderbrechen der Volksdemokratien wird Das Italienische Volk habe sich in einem entscheidenden Augenblick in seiner klaren Mehrheit gegen die Kommunisten ausgesprochen und damit Italien in die Front der antitotalitären Staaten eingereiht.

Die ersten Kommentare

Düsseldorf, 21. April. (DPD., UP., AP.) Aus den vorliegenden Meinungsäußerungen über die italienischen Wahlen seien die folgenden hervorgehoben: Ministerpräsident de Gasperi führte als Hauptgrund für den Sieg seiner Partei die feste Entschlossenheit Italiens an,

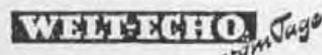
sich nicht bolschewisieren zu lassen. Der österreichische Bundeskanzler Figl erklärte einem Vertreter der United Press, die kommunistische Niederlage sei für die gesamte demokratische Welt von großer Bedeutung. Dem Sondergesandten des Präsidenten Truman beim Vatikan, Taylor, brachte der Papst seine Befriedigung über den Ausgang der Wahlen zum Ausdruck. Der frühere französische Außenminister Delbos erklärte, für eine demokratische Regierung ohne Kommunisten und ohne Faschisten seien alle Elemente vorhanden. Der frühere sozialistische Finanzminister Phillip unterstrich den ersten ernsthaften Rückschlag für den Kommunismus.

47-Punkte-Plan für Palästina

Russisch-amerikanischer Disput um die Treuhänderschaft

New York, 21. April. (dpd./Reuter/ AP./UP.) Die amerikanische Delegation hat dem politischen Ausschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen 47-Punkte-Plan für die Treuhänderschaft über Palästina vorgelegt. Der Entwurf sieht vor, daß die Treuhänderschaft entweder durch Einsetzung einer ständigen Regierung oder durch eine Volksabstimmung beendet wird. Letztere soll aber nicht innerhalb der nächsten 3 Jahre stattfinden. Theoretisch ist damit die Möglichkeit gegeben, den Teilungsplan doch noch in Kraft zu setzen.

straßen Jerusalems zur Küste abzuschneiden. Das arabische Hauptquartier in Nordpalästina berichtet, daß nördlich Stad 650 Juden den Arabern in die Falle gegangen seien.



London. (DPD./UP.) Generalleutnant Keightley wurde zum Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee ernannt. — Kriegsminister Shinwell hat verfügt, daß britische Offiziere in den Verhörlagern in Deutschland keine Gummiknüppel tragen dürfen. — Die deutschen Gewerkschaftsvertreter Aug. Schmidt (Bochum), Walter Freitag (Herdecke), Max Thoma (Hamburg) und Hans von Hoff (Düsseldorf) sind in London eingetroffen. — Die Außenminister-Stellvertreter befaßten sich in ihrer hundertsten Sitzung ergebnislos mit den sowjetischen Forderungen gegenüber Oesterreich.

Krise in der Nenni-Gruppe?

Rom, 21. April. (DPD.-Reuter.) Die Wahlleiterlage der Italienischen Volksfront wird, wie Reuters Korrespondent aus Rom berichtet, voraussichtlich eine Neugorganisation in den Reihen der Kommunisten und Linksozialisten nach sich ziehen. Man nimmt an, daß verschiedene mißvergnügte Führer sich von der Volksfront trennen werden, ebenso hält man einen Wechsel in Führungsstellen der beiden Parteien für wahrscheinlich. Einer dieser, von denen man weiß, daß sie mit der gegenwärtigen Führung der Volksfront unzufrieden sind, ist der frühere Arbeitsminister Giuseppe Ronchi, der kaum noch zögern dürfte, seinen den Füh-

Nachdem der amerikanische Delegierte erklärt hatte, daß Amerika zur Entsendung von Truppen nach Palästina bereit sei, falls andere Staaten es gleichfalls täten, um den Treuhändlerplan durchzusetzen, erhob der sowjetische Vertreter Gromyko schwere Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten. Gromyko sagte, daß die Entscheidung der USA-Regierung durch ihr Interesse an den Ölverkommen und den strategischen Stützpunkten des mittleren Ostens diktiert werde.

Gromyko erklärte ferner, die blutigen Ereignisse in Palästina seien zu einem großen Teil die Folgen des britischen Verhaltens seit Annahme des Teilungsplans durch die Vereinten Nationen.

New York. (dpd./Reuter.) Der Bergarbeiter-Vorsitzende John Lewis hat die 75 000 Bergarbeiter, die als Protest gegen die Bestrafung der Bergarbeiter-Gewerkschaft in den Streik getreten waren, zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

Der Nachhall der Volksfront-Niederlage in Italien

Togliatti erkennt das Wahlergebnis an und lehnt Gewaltmaßnahmen ab

hfp Rom, 23. April

Das endgültige Ergebnis der italienischen Wahlen zeigt, daß der Sieg de Gasperis noch weit größer ist, als zunächst angenommen wurde. Die Partei de Gasperis, die Christlichen Demokraten, haben sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Repräsentantenhaus die absolute Mehrheit erhalten. Im Abgeordnetenhaus verfügt sie über 303 Sitze (bisher 207), während die Volksfront 178 Sitze gegenüber bisher 219 hat. Im Senat stehen 130 christlichen Demokraten 74 Parteigänger der Volksfront gegenüber. Die übrigen Parteien haben, mit Ausnahme der christlich-faschistischen geltenden „Sozialbewegung“, die bisher im Parlament nicht vertreten war und jetzt vier Sitze erhalten hat, sämtlich an Stimmen und an Sitzen verloren.

Togliatti resigniert

Die Kommunisten, die ursprünglich versucht hatten, ihre Niederlage abzustreiten, geben sie nun unumwunden zu. In einem Interview mit der kommunistischen Parteizeitung „Unità“ versucht sie Togliatti damit zu erklären, daß die Wahlen „weder frei noch demokratisch“ gewesen seien. Die Einmischung des Auslandes, die starke Beeinflussung der Wähler durch die Kirche und Druck und Einschüchterung durch die Regierung hätten die Wahlergebnisse verfälscht. Wenn trotzdem acht Millionen sich für die Volksfront entschieden hätten, so sei das „eine eindrucksvolle Macht, mit der die Reaktion wird rechnen müssen“. Im übrigen bestätigte Togliatti, daß die Volksfront das Wahlergebnis anerkenne und keine Gewaltmaßnahmen plane.

Der Sieger de Gasperi wies diese Erklärungen Togliattis als verlegene Ausreden zurück und erklärte sich im übrigen bereit die bisherige Koalitionspolitik weiterzuführen, als deren Ziel er vor allem eine durchgreifende Bodenreform und eine sozialpolitische Besserstellung der norditalienischen Arbeiter bezeichnete.

Die Niederlage der Volksfront droht übrigens zu einer Auflösung oder wenigstens zu einer weiteren Spaltung der Volksfront zu führen. Ein starker Flügel der mit den Kommunisten verbundenen Nenni-Sozialisten hat sich entschlossen die Beziehungen zur Volksfront zu lösen und die Verbindung mit den regierungstreuen Sozialisten aufzunehmen.

Das weltpolitische Echo

Der internationale Eindruck der italienischen Wahlen ist außerordentlich groß. In Washington begrüßte Präsident Truman den Ausgang der Wahlen mit der Feststellung, daß die freien Völker aus diesem Wahlergebnis überall neuen Mut schöpfen würden. Das Wahleresultat



dpd-Keystone

Der Sieger de Gasperi

beweise den Lebenswillen des italienischen Volkes und seine Entschlossenheit, die innere und äußere Freiheit zu wahren.

In London erklärte Winston Churchill, Italien habe sich für den Augenblick vor der bolschewistischen Diktatur Stalins gerettet. „Die Niederlage der Kommunisten bei den italienischen Wahlen ist ein historisches Ereignis“. Italien erhält jetzt seinen Platz unter den europäischen Mächten zurück, statt, wie so viele andere unglückliche Länder, im Käfig des Bären leben zu müssen. Ich bin froh, daß Italien wieder im vollen Umfang mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten Verbindung aufnimmt, und ich habe den Eindruck, als begrüßten wir einen alten Freund nach einer tragischen Unterbrechung wieder zu Hause“.

In Moskau schließlich begnügte sich der Rundfunk die Verwürfe Togliattis zu wiederholen, „die Wahl habe sich durch Gesetzwidrigkeiten ausgezeichnet“ und sich damit zu trösten, daß die Volksfront immerhin ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt habe; ohne die aktive Beteiligung dieser acht Millionen ließen sich die Nachkriegsprobleme Italiens nicht lösen. „Das italienische Volk wünscht Frieden und internationale Zusammenarbeit und wird nicht mit der Rolle einer Schachfigur im Spiele der fremden Mächte einverstanden sein.“

Internationale monatliche Übersicht über April 1948, Nr. 9

1. Nationalität und Internationalität unter den gegenwärtigen Bedingungen.

Bei der Diskussion über die Februarrevolution in der ČSR in den „Vereinten Nationen“ warf der Vertreter Chiles den Kommunisten vor, daß sie entgegen ihren eigenen internationalen Grundsätzen einen engen Nationalismus vertreten, während sie, die Vertreter bürgerlicher Staaten, eine weitere und richtigere internationale Einstellung hätten. Dieses Thema, das die bürgerlichen Vertreter aus der sozialdemokratischen Propaganda aufgegriffen haben, ist seit einiger Zeit von der allgemeinen antikommunistischen Propaganda übernommen und in allen möglichen Tonarten abgewandelt worden. Vor allem betont die antikommunistische Propaganda, daß schon aus wirtschaftlichen Gründen die nationale Souveränität¹⁾ im bisherigen Sinne unvermeidlich gewisse Einschränkungen gefallen lassen müsse. Diese Notwendigkeit wird dazu noch speziell begründet mit dem Auftauchen der Atombombe, die eine ausgedehnte und strenge internationale Kontrolle notwendig mache. Es ist klar, daß eine internationale Kontrolle auf militärischem Gebiet die denkbar radikalste Einschränkung der nationalen Souveränität der ihr unterworfenen Staaten bedeuten würde, denn die freie Verfügung über die eigenen militärischen Machtmittel war bisher der fundamentalste und elementarste Ausdruck der nationalen Souveränität. Der zuge-spitzteste positive Ausdruck dieser Tendenz ist die Forderung einer „Weltregierung“, die über eine internationale Legislative und Exekutive²⁾ und Militärmacht verfügt. Die Vertreter dieser Forderung sind keineswegs Sozialisten, sondern vor allem amerikanische Liberale und Wissenschaftler.

Auf der anderen Seite dagegen sehen wir, wie die kommunistische Propaganda diese neue Art des Internationalismus keineswegs begrüßt, sondern aufs schärfste bekämpft und ihr die Verteidigung der nationalen Souveränität, Unabhängigkeit und „Ehre“ vor allem der kleineren Staaten gegenüberstellt. Die Kommunisten sollen die Vorkämpfer der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit ihrer Staaten, sie sollen geradezu die besten „Patrioten“ sein und alle wahrhaft patriotisch Gesinnten in ihren Ländern um sich sammeln.

Der Kampf gegen den Marshall-Plan wird von dieser Seite vor allem unter der Flagge der Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit geführt. In Deutschland treten die Kommunisten auf als Vorkämpfer der

nationalen Einheit³⁾ gegen die nationalstaatliche Spaltung durch die Schaffung staatlicher Einheit für die Westzone und durch die föderalistischen Bestrebungen. In Indien treten die Kommunisten auf als Vorkämpfer der vollständigen nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Einheit des Subkontinents.

Und dies ist nicht nur Parteipropaganda. Die Diplomatie der Sowjetunion und der Staaten der Sowjetsphäre⁴⁾ arbeitet seit langer Zeit mit Protesten gegen die angeblichen Eingriffe der Westmächte in die nationale Souveränität und Unabhängigkeit anderer Staaten, vor allem derjenigen der Sowjetsphäre, aber auch gegenüber Griechenland, Italien, China, Korea usw. Die Beispiele ließen sich leicht vermehren.

Auf der anderen Seite dagegen antwortet die Diplomatie der Gegenseite in der Regel keineswegs mit dem offenen Bekenntnis zu internationalistischen Vorstellungen, sondern damit, daß sie, die Westmächte, der nationalen Souveränität anderer Staaten alle gebührende Reverenz erweisen, während gerade umgekehrt, die Staaten der Sowjetsphäre von der Sowjetunion jeder nationalen Souveränität und Unabhängigkeit beraubt und zu „Satelliten-Staaten“ herabgedrückt würden.

Oberflächlich gesehen scheint es demnach, daß in Bezug auf die Frage der nationalen Unabhängigkeit und des Internationalismus „linker Hand, rechter Hand, alles vertauscht“ sei. Es scheint, daß wenigstens in ihrer Propaganda die Kommunisten zum Nationalismus alten Stils zurückgeschritten, während in Bezug auf das wirkliche Handeln, die bürgerlichen und imperialistischen Staaten zum „Internationalismus“ fortgeschritten seien.

Wie ist hier zur Klarheit zu gelangen? Sicher nicht, wenn man sich darauf beschränkt, den Nationalismus und Internationalismus nur als abstrakt-allgemeine Begriffe und Grundsätze zu diskutieren, d. h. ohne Rücksicht auf die heute gegebenen Klassenverhältnisse und internationalen Machtverhältnisse, d. h. auf ihren bestimmten gesellschaftlichen Inhalt hin.

Es genügt daher auch nicht, sich auf die sozialistischen oder kommunistischen Grundsätze über Nationalismus oder Internationalismus im allgemeinen zu berufen und sie den entsprechenden bürgerlichen Begriffen gegenüberzustellen, wobei sich dann rasch ergeben würde, daß bürgerlicher und sozialistischer oder kommunistischer Nationalismus und Internationalismus sehr verschiedene Inhalte oder Zwecke haben. Worauf es vor allem ankommt, um die verschiedenen ideologischen Knoten zu entwirren, ist zu verstehen, daß in einer gegebenen besonderen geschichtlichen Lage die sozialistischen oder kommunistischen Grundsätze über Nationalismus und Internationalismus notwendigerweise auch besondere Formen annehmen müssen und daß es logisch unzulässig, also falsch ist, die abstrakt allgemeine Form dieser Grundsätze entgegenzustellen der besonderen Form, die sie in der Anwendung auf eine besondere Lage annehmen müssen, um dann mit

Befriedigung festzustellen, daß die allgemeine und die besondere Form nicht identisch sind, ja unter gewissen Umständen sich sogar widersprechen können. Das eine ist die formal-logische, das andere die dialektische Behandlung dieser Frage. Vom formal-logischen Standpunkt aus ist der Unterschied, ja der entdeckte Widerspruch zwischen dem allgemeinen Grundsatz und seiner Anwendung auf eine besondere Lage eine Widerlegung und eine Erledigung dieser Frage. Vom dialektischen Standpunkt aus ist der Unterschied, der unter gewissen Umständen bis zum Widerspruch sich zuspitzen kann, das, was zu erwarten ist, das, was der Natur der Sache entspricht.

Vom Standpunkt der materialistischen Dialektik aus ist von vornherein klar, daß die abstrakt-allgemeinen sozialistischen Grundsätze des Nationalismus und Internationalismus eben ihrer Allgemeinheit und Abstraktheit wegen nur ein allgemeiner Leitfaden sein können, um in Verbindung mit einer konkreten geschichtlichen Lage, die jeweilige konkrete, besondere Lösung zu finden, die notwendigerweise nicht nur ein Mehr enthält als die abstrakt-allgemeine Formel, sondern auch ein Verschiedenes, ja unter Umständen ein Entgegengesetztes enthalten kann.

Im Großen und Ganzen werden wir bei der Anwendung der abstrakt-allgemeinen Formel des Nationalismus und Internationalismus zu unterscheiden haben zwischen:

1. der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Herausbildung selbständiger und unabhängiger bürgerlicher Staaten. Und hierbei schon ergeben sich aus denselben Grundsätzen verschiedene Linien des Handelns für Sozialisten oder Kommunisten in herrschenden oder in unterdrückten Nationen.
2. Der Periode des Monopolkapitalismus und Imperialismus, solange die Arbeiterklasse hier erst um die Macht, die unterdrückten Kolonialvölker erst um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen.
3. Die Periode, wo dem Monopolkapitalismus und Imperialismus bereits eine oder mehrere sozialistische oder auf dem Wege zum Sozialismus befindliche Staaten gegenüberstehen und der Kampf zwischen ihnen im Gange ist und das politische Geschehen beherrscht.
4. Der Periode, wo dieser Kampf zu Gunsten sozialistischer Staaten entschieden ist und es sich um die Frage der Ordnung des Verhältnisses unter diesen Staaten und in diesen Staaten auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens handelt.
5. Schließlich die hypothetische⁵¹ Periode, wo der Staat überhaupt und somit mit dem nationalen Staat auch eine internationale staatliche Ordnung „abgestorben“ sein wird und somit die Fragen des Nationalismus und Internationalismus zwar schwerlich verschwunden sein werden, aber sich nicht mehr auf der staatlichen, sondern nur noch auf der gesellschaftlichen Ebene stellen werden.

Die grobe Periodisierung ist sicherlich nicht erschöpfend und erhebt auch keinen Anspruch darauf. Auch ist die Trennung keine starre. Erscheinungen der einen Periode können in die andere übergreifen, es können Rückschläge aus der einen in die andere Periode eintreten usw. Trotzdem ist diese Periodisierung nicht überflüssig, denn es sind wesentliche Züge, die eine Periode von der anderen unterscheiden. Aber zwei Dinge sind jedenfalls klar: Erstens, daß eine abstrakt-allgemeine Formel nicht ausreichen kann, um jeder dieser verschiedenen Perioden Genüge zu tun. Zweitens, daß nur eine heillose Verwirrung entstehen kann, wenn man eine der besonderen Lösungen, die einer bestimmten Periode entspricht, ohne weiteres auf andere Perioden überträgt.

Diese Verwirrung ist es, die die antikommunistische Propaganda ausnützt. Leider kann man nicht sagen, daß die kommunistische Propaganda ihrerseits alles getan hat, um diese Konfusion zu entwirren und Klarheit zu schaffen, was vom Standpunkt und mit den Methoden des Marxismus durchaus möglich ist. Sie begnügt sich in der Regel damit, die abstrakt-allgemeine kommunistische Doktrin des Nationalismus und Internationalismus und die jeweilige taktische Linie in diesen Fragen unverbunden nebeneinander zu stellen. Was fehlt, und was zum Verstehen wesentlich ist, ist die Vermittlung zwischen beiden. (Nebenbei, dies gilt nicht nur für diese Fragen, auch fast in allen anderen Fragen stehen sich Grundsätze und Ziele auf der einen Seite und Taktik auf der anderen Seite unvermittelt gegenüber.)

Die sozialistischen oder kommunistischen Lehren über Nationalität und Internationalität sind in der ersten und zweiten der aufgezählten Perioden entstanden, d. h. entweder in der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Herausbildung nationaler bürgerlicher Staaten oder in der Periode des Monopolkapitalismus und Imperialismus, wo diesem noch keine sozialistischen Staaten gegenüberstanden.

Die Periode, in der heute die Frage des Nationalismus und Internationalismus gestellt ist, ist offenbar die dritte der aufgezählten, d. h., wo dem Monopolkapitalismus und Imperialismus auf der einen Seite sozialistische oder auf dem Wege zum Sozialismus befindliche Staaten auf der anderen Seite gegenüberstehen, wo diese beiden Systeme sich auf einen Entscheidungskampf vorbereiten und wo diese Vorbereitungen, die selbst schon Kämpfe sind, das ganze Gebiet der inneren und äußeren Politik der einzelnen Länder beherrschen und allen ihren Erscheinungen ihren Stempel aufdrücken.

Gewiß, auch in diese Perioden ragen noch Erscheinungen der vorhergehenden Periode hinein, wie z. B. die der Herausbildung nationaler bürgerlicher Staaten, andererseits greift sie bereits hinüber in die nächstfolgende Periode, wo es sich darum handelt, lediglich das Verhältnis sozialistischer Staaten untereinander zu ordnen. Aber für das Verständnis dessen, was heute vom sozialistischen oder kommunistischen Standpunkt aus notwendig ist, ist

es wesentlich, zu begreifen, daß heute diese nationalen und internationalen Fragen nicht mehr so oder noch nicht so stehen, wie sie in anderen geschichtlichen Zusammenhängen, sei es der Vergangenheit, sei es der Zukunft, stehen würden, sondern daß sie alle heute den Bedürfnissen des entscheidenden Machtkampfes zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System zugepaßt und untergeordnet werden müssen. Trennt man die heutigen nationalen und internationalen Fragen aus diesem ihrem besonderen geschichtlichen Zusammenhang heraus, und behandelt man sie isoliert, nach den Maßstäben, die anderen geschichtlichen Zusammenhängen entnommen sind, so kommt man unvermeidlich auf Fehlschlüsse und wird ein leichtes Opfer der imperialistischen Propaganda, die ihre ideologischen Waffen nimmt, wo sie sie herbekommt – auch aus dem Arsenal des Sozialismus in der Vergangenheit oder aus den Hypothesen über die klassenlose Gesellschaft der Zukunft.

Der erstere Handgriff ist leichter zu durchschauen, was den letzteren anlangt, so sollte es Marxisten klar sein, daß die Regelung des Verhältnisses sozialistischer Staaten untereinander nicht dieselbe sein kann in einer Periode, wo sie erst um ihren Bestand und um das Übergewicht über die bürgerlich-kapitalistischen Staaten zu kämpfen haben, als in einer Periode, wo dieser Kampf hinter ihnen liegt, ihr Bestand gesichert ist und sie der allein herrschende Staatstypus sind.

Zur weiteren Charakteristik der gegenwärtigen Bedingungen, in der die Fragen des Nationalismus und Internationalismus vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gestellt sind, wäre noch folgendes hinzuzufügen:

1. Daß die imperialistische Gruppierung keine Gruppierung von einigermaßen gleich starken Staaten ist, sondern daß hier ein Staat, die Vereinigten Staaten, militärisch und wirtschaftlich so übermächtig geworden ist, daß er alle die anderen bürgerlichen Staaten einzeln und zusammen aufwiegt, sie also in jeder Beziehung beherrscht. Das System des europäischen Konzerts oder des Weltkonzerts ist verschwunden.
2. Daß die Herrschaft, die dieser im eigenen Lager führende imperialistische Staat ausübt, sich nicht nach irgendwelchen abstrakten Formeln des Nationalismus und Internationalismus richtet, sondern nach seinen konkreten kapitalistisch-imperialistischen Interessen, die, der Natur der Sache nach, immer auf die Ausbeutung der Schwächeren durch die Stärkeren hinauslaufen müssen.
3. Daß in einer Reihe von Ländern im vergangenen Kriege die nationalen Bourgeoisien die Existenz ihrer Nation im (vermeintlichen oder wirklichen) Interesse der Erhaltung ihrer Klassenstellung preisgegeben, verraten haben, während die Arbeiterklassen die Führung der Nation im Kampf um die Wiedereroberung der nationalen Unabhängigkeit übernommen⁶⁾ haben. Vereinzelt ist dies schon früher vorgekommen, worauf Marx bei Gelegenheit

der französischen Kommune hingewiesen hat.⁷⁾ Aber in der Massenhaftigkeit und Ausgesprochenheit, wie es im zweiten Weltkrieg der Fall war, ist es neu.

4. Daß auch im entgegengesetzten Lager ein Staat, die Sowjetunion, militärisch und wirtschaftlich dominiert, und daß er alle Fragen des Nationalismus und Internationalismus dem Interesse des internationalen Macht- und Klassenkampfes unterordnet. Ob dies in jedem konkreten Falle richtig geschieht oder nicht, ist eine Frage, die jeweils in den besonderen Fällen zu prüfen ist. Aber es ist keine Frage, daß der leitende Gesichtspunkt kein anderer sein kann, als der des internationalen Klassen- und Machtkampfes. Dieser Kampf und die Vorbereitungen dazu erfordern aber die höchstmögliche Zentralisation aller Kräfte auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. Das ist es, was die antikommunistische Propaganda als die Herabdrückung zu „Satelliten“ bezeichnet. Ist der Kampf entschieden, so werden andere Gesichtspunkte in den Vordergrund treten, aber sie heute geltend zu machen, wäre abwegig.

Prüfen wir nun von diesen Voraussetzungen aus einige der heute stehenden Fragen des Nationalismus und Internationalismus. Nehmen wir zuerst die des „Patriotismus“ der Arbeiterklasse und der sozialistischen oder kommunistischen Parteien. In der Periode der ausschließlichen Herrschaft des Kapitalismus-Imperialismus (in dem Sinne, daß noch keine sozialistischen neben bürgerlichen Staaten bestanden) und der Beherrschung der internationalen Politik durch den Machtkampf zweier imperialistischer Lager gegeneinander, hieß Patriotismus für die Arbeiterklasse und sozialistische Parteien Verrat an ihren Klasseninteressen und am Sozialismus. Und dies nicht nur in den Ländern, die selbst imperialistische Mächte waren, sondern auch in denjenigen kleineren bürgerlichen Staaten, die zwar die Stufe des Imperialismus selbst noch nicht erreicht hatten, deren Schicksal aber dem der imperialistischen Staaten untergeordnet wurde. Es war dies Verrat am Klasseninteresse der Arbeiterklasse und am Sozialismus, weil unter diesen geschichtlichen Bedingungen der Patriotismus der Arbeiterklasse nur die Unterordnung, die Aufopferung, die Knechtsdienste für den Kapitalismus-Imperialismus des eigenen Landes oder des – das eigene Land beherrschenden – imperialistischen Staates bedeuten konnte. Die revolutionäre Arbeiterklasse mußte in dieser Periode den dem Imperialismus dienenden Patriotismus und Nationalismus den Internationalismus als eine zusammenfassende zentrale Kampfflosung gegenüberstellen. So haben Lenin und Rosa Luxemburg im Ersten Weltkrieg folgerichtig die Frage gestellt. Die sozialdemokratischen Parteien und Richtungen dagegen, die den imperialistischen Krieg unterstützten, beriefen sich für ihre patriotische Haltung auf die Bedingungen der vorhergehenden, der vorimperialistischen Periode.⁸⁾

In der gegenwärtigen Periode aber, wo dem Kreis imperialistischer Staaten ein solcher von sozialistischen Staaten gegenübersteht, hat die

patriotische Haltung im sozialistischen Staat einen entgegengesetzten Klasseninhalt als im bürgerlichen Staat; im sozialistischen Staat fällt der Patriotismus zusammen mit der Verteidigung des Sozialismus. Im Falle eines Koalitionskrieges eines oder mehrerer sozialistischer Staaten zusammen mit einer Gruppe imperialistischer Staaten gegen eine andere Gruppe imperialistischer Staaten, verteidigt die Arbeiterklasse der mit den sozialistischen verbündeten imperialistischen Staaten den Bestand der sozialistischen Staaten, indem sie die Kriegsführung (aber nicht die imperialistischen Ziele) ihres Landes unterstützt und stärkt, und sie schafft sich zugleich einen günstigen Ausgangspunkt für den Kampf um die Macht im eigenen Land, indem sie die nationale Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes nicht nur gegen die imperialistischen Eroberer der Gegenseite, sondern auch gegen die eigene Bourgeoisie verteidigt, die nationalen Verrat übt. In diesem gegebenen Falle ist der Patriotismus der Arbeiterklasse zugleich die bestimmte Form ihres Internationalismus: Einmal, indem sie Verteidigung der bestehenden sozialistischen Staaten unterstützt und schon dadurch die internationalen Bedingungen für den Erfolg ihres eigenen Machtkampfes verbessert, sodann aber auch, indem sie im Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie die nationalen Bedingungen für den Erfolg ihres Machtkampfes erleichtert.

Natürlich besteht auch hier die Gefahr des Abgleitens in bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Patriotismus, in kurzsichtigen nationalen Egoismus. Dieser Gefahr ist so gut wie keine der kommunistischen Parteien ganz entgangen. Der richtige Weg ist hier sehr schmal und führt an jähen Abgründen entlang.

Prüfen wir von diesen Gesichtspunkten aus eine zweite Frage, die heute viel erörtert wird: Besteht ein Gegensatz zwischen dem „Sowjetpatriotismus“ in der Sowjetunion und in den Staaten der Sowjetsphäre und der Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik durch die Arbeiterklassen der anderen Länder einerseits, und den Interessen des internationalen Klassenkampfes der Arbeiterklasse andererseits? Im Prinzip nicht! Das Interesse des internationalen Klassenkampfes der Arbeiterklasse fällt in der gegenwärtigen Periode im allgemeinen zusammen mit der maximalen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Stärkung der Sowjetunion und den Staaten der Sowjetsphäre. Aber die Einheitlichkeit des Zweckes schließt die Verschiedenheit der Mittel und Wege zu diesem Zweck nicht für die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder aus, ja, erfordert sie, und hier ist es wiederum, wo durch übermäßige und verkehrte Uniformierung häufig Fehler von den kommunistischen Parteien begangen werden.

Schließlich die letzte Frage: Besteht nicht ein Widerspruch zwischen der Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit durch die kommunistischen Parteien gegenüber dem Imperialismus der Westmächte und dem sozialistischen Internationalismus?

Es ist selbstverständlich kein Widerspruch zu dem sozialistischen Internationalismus, wenn die Arbeiterklasse dem „Internationalismus“ der Imperialisten entgegentritt, der klassenmäßig den geraden Gegensatz zu dem sozialistischen Internationalismus darstellt. Der imperialistische „Internationalismus“ ist geradezu eine ideologische Falschmünzung. Sein Inhalt ist die gemeinsame Unterwerfung und Ausbeutung anderer Völker und Staaten durch einen übermächtigen imperialistischen Staat. Der Internationalismus der Arbeiterklasse aber erfordert in der gegenwärtigen Periode die Konzentration aller ihrer Kräfte zur Verteidigung der bestehenden und der sich neu bildenden sozialistischen Staaten. Die führende Rolle der Sowjetunion in diesem Kampfe ist durch die bestehenden Kräfteverhältnisse unter den sozialistischen Staaten und Klassen gegeben. Der Zweck dieser Führung ist die gemeinsame Verteidigung gegen den Kapitalismus und seine schließliche vollständige Überwindung und damit die Schaffung der Bedingungen für die Aufhebung jeder Ausbeutung und Unterdrückung eines Staates durch den anderen.

Es ist durchaus in der Ordnung, wenn die Arbeiterklasse gegenüber dem imperialistischen Internationalismus die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Länder verteidigt. Es ist dies richtig auch dann, wenn objektiv gesehen der Imperialismus im Kampfe gegen die sozialistische Revolution tatsächliche Voraussetzungen für diese auf internationalem Gebiet schafft. Denn diese Voraussetzungen können nur unter der Bedingung revolutionär ausgenützt werden, daß die Arbeiterklasse gegen die imperialistische Versklavung ankämpft, in welchen Formen diese sich auch vollzieht.

Aber um diesen Kampf zu führen, reicht die Losung der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit allein nicht aus. Darüber hinaus muß dem imperialistischen Internationalismus positiv und konkret der sozialistische Internationalismus gegenüber gestellt werden. Die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus ist nicht Selbstzweck. Sie dient letzten Endes der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau eines sozialistischen Staatensystems, der Verkörperung des sozialistischen Internationalismus.

Aber in einem solchen Staatensystem ist notwendigerweise die Souveränität und Unabhängigkeit der nationalen sozialistischen Staaten eingeschränkt im Interesse der gemeinsamen sozialistischen Zwecke. Und der Kampf selbst erfordert, wie bereits betont, die zeitweilige maximale Konzentration aller Kräfte auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet, und die stärkste Einheit im sozialistischen Lager. Die klare Stellung dieser Frage wird den Kampf gegen die imperialistische Versklavung und Ausbeutung nicht schwächen, sondern stärken, zumal heute den breiten Massen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des internationalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses sozialistischer Staaten sich aufdrängt und auch

den kleinbürgerlichen, bäuerlichen Massen unter dem Druck ihrer eigenen praktischen Bedürfnisse immer zugänglicher wird.

2. Das Ergebnis der italienischen Wahlen.

Das Triumphgeschrei über den Wahlsieg *de Gasperis in Italien* ist mit jedem Tag schwächer geworden, je mehr die wirklichen Ergebnisse bekannt wurden.⁹⁾ Die wesentlichen Tatsachen sind folgende:

1. die kommunistisch-sozialistische Koalition, die geschlagen werden sollte, ist aus dem Wahlkampf stärker hervorgegangen als zuvor. Sie hat ca. 8 Millionen Stimmen gewonnen, sie hat die Zahl ihrer parlamentarischen Sitze von 165 auf 180 vermehrt, ihr Stimmenanteil ist von 26 % auf 32 % gestiegen. Und nicht nur die Zahlen fallen hier ins Gewicht. Die kommunistisch-sozialistische Koalition beherrscht stärker als zuvor das oberitalienische Industriegebiet, die Kleinpächter und Kleinbauern Oberitaliens und die Landarbeiter der süditalienischen Latifundien: also die revolutionären Klassenkräfte Italiens.

2. Die christlich-demokratische Partei *de Gasperis* hat ihren Zuwachs erhalten nicht auf Kosten der revolutionären Linken, sondern auf Kosten der kleineren Parteien und Gruppen, die rechts von ihr standen. Sie hat bei allem keine selbständige parlamentarische Mehrheit, sondern ist nach wie vor auf die rechts von ihr stehenden Parteien und Gruppen angewiesen.

3. Zum ersten Mal wieder nach dem Zusammenbruch des italienischen Faschismus ist eine offen faschistische Partei bei diesen Wahlen aufgetreten und hat eine parlamentarische Vertretung erhalten („Movimento Italiano Social“).¹⁰⁾

Was stattgefunden hat, ist also eine konterrevolutionäre und eine revolutionäre Konzentration, eine verschärfte Polarisierung der Klassenkräfte Italiens.

Der entscheidende Einfluß, der dahin gewirkt hat, bestimmte fluktuierende Wählermassen *de Gasperi* zuzuführen, ist – der amerikanische Speck, d.h. sowohl tatsächliche Lieferungen von Lebensmitteln als auch Versprechungen wirtschaftlicher und politischer Art. Es versteht sich, daß das kein festes Bindemittel dauernder Art ist, zumal wenn sich herausstellt, daß viele dieser Versprechungen blauer Dunst sind und daß das amerikanische Kapital keine der grundlegenden Fragen Italiens, das sind die Fragen des Wiederaufbaues und der Erschließung von Märkten der italienischen Industrie und die Landfrage, weder lösen kann, noch auch nur will. Gleichzeitig mit der parlamentarischen vollzog sich eine außerparlamentarische Aktion von der größten Tragweite: die Neubewaffnung der italienischen Armee und Polizei mit amerikanischer Hilfe und der Versuch der Entwaffnung der revolutionären Kräfte. Der letztere Versuch ist offenbar in der Hauptsache gescheitert: darauf weisen Meldungen, daß ca. 80.000 Parti-

sanen Oberitaliens in die Berge gegangen seien.¹¹⁾ Die italienische und die amerikanische Bourgeoisie sind also weit davon entfernt, auf die Zauberkraft des Stimmzettels allein zu rechnen: sie bereiten sich vor auf eine bewaffnete Auseinandersetzung, auf den Bürgerkrieg.

Die KP Italiens hat von de Gasperi die Hereinnahme der kommunistisch-sozialistischen Koalition in die Regierung gefordert: sicher nicht in der Erwartung, daß diese Forderung bewilligt würde – sie ist schon in den ersten Tagen nach der Wahl von de Gasperi offiziell und öffentlich abgelehnt worden – sondern um vor den Augen der Bevölkerung durch die Tat nachzuweisen, daß die selbsternannten Vorkämpfer der Demokratie nicht im geringsten daran denken, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten.

Von sozialdemokratischer Seite¹²⁾ ist der Wahlsieg de Gasperis als ein Sieg der sogenannten „3. Kraft“ und als eine Ermunterung für sie in ganz Europa gepriesen worden. Wenn aber diese Wahlen etwas gezeigt haben, so die vollständige Abhängigkeit dieser „3. Kraft“ vom amerikanischen Imperialismus und dem eng mit ihm verbündeten katholischen Klerus.

Diejenigen Teile der werktätigen Klassen Italiens, die diesmal noch dem amerikanischen Brotkorb ihre Stimmen gegeben haben, werden jetzt die praktische Erfahrung zu machen haben, was daran Wirklichkeit und was Illusion ist, und es ist leicht abzusehen, wie diese Probe ausfallen wird. Aber, wie schon gesagt, die italienische und die amerikanische Bourgeoisie denkt nicht daran, sich an die demokratischen Spielregeln zu binden. Sie bereiten die Mittel der konterrevolutionären Gewalt vor, um ihre Herrschaft auch dann zu sichern, wenn die Illusionen der heute noch für sie stimmenden und auf sie hoffenden Teile der werktätigen Massen verfliegen sein werden.

3. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Das neue und gewaltige Aufrüstungsprogramm der USA sowie die bevorstehende Aufrüstung der Staaten des europäischen Westblockes haben nicht nur eine unmittelbar militärische und außenpolitische Spitze, die offen gegen die Sowjetunion und den Kommunismus gerichtet ist, sie haben auch eine nicht weniger interessante wirtschaftliche Seite.

Ist es nicht für den Zustand des Weltkapitalismus im Ganzen höchst bezeichnend, daß das wirtschaftlich stärkste und fortgeschrittenste kapitalistische Land der Welt, die USA, bereits im 3. Jahre nach dem Ende des Weltkrieges in der verstärkten Produktion von Kriegsmitteln den Ausweg suchen muß, um den Abstieg des Exportes und der inneren Konjunktur, der bereits eingesetzt hatte, aufzuhalten und so die Wirtschaftskonjunktur künstlich zu verlängern? Die amerikanischen Börsen haben auf das Rüstungsprogramm reagiert nicht nur mit der Hausse¹³⁾ der speziellen Rüstungswerte, sondern mit einer allgemeinen Hausse, und der amerikanische Kongreß scheint sogar geneigt, über die militärischen Forderungen der Regierung hinauszugehen.

Auf der anderen Seite ist, wirtschaftlich gesehen, die bevorstehende Aufrüstung der westeuropäischen Staaten ein Mittel, um die vertrackte Frage der Absatzmärkte für die europäischen Industrien wenigstens teil- und zeitweise so zu lösen, daß sie dem amerikanischen Kapital nicht in die Quere kommt. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Klassen Amerikas wie Europas ist aber diese Lösung keine wirkliche Lösung, denn sie ist die Ablenkung von gesellschaftlich produktiver auf unproduktive Arbeit, ganz abgesehen von ihrem konterrevolutionären Endzweck.

*

Die neueste Phase der englisch-amerikanischen Politik in Palästina ist durch das Auftreten des Königs Abdullah von Transjordanien gekennzeichnet.¹⁴⁾ Abdullah hat offiziell angekündigt, daß er nach dem Abzug der englischen Truppen, der für den 15. Mai vorgesehen war, in Palästina einrücken und dort einen arabischen Staat schaffen werde, in dem aber den Juden gleiche Rechte wie den Arabern, ja für bestimmte Gebiete Selbstverwaltung zugestanden würde, so daß damit eine alle Seiten befriedigende Lösung der Palästinafrage gefunden würde.

Dieser neue Plan trägt offensichtlich den Stempel des britischen Außenamtes an der Stirn, es ist aber anzunehmen, daß unter der Hand die Amerikaner mit dabei sind. Abdullahs Truppen sind von englischen Offizieren ausgebildet und befehligt. Transjordanien ist zwar formell unabhängig, in der Tat aber dominiert dort England.

Abdullah geht im eigenen Namen, nicht in dem der Arabischen Liga vor.¹⁵⁾ Sein Ziel ist die tatsächliche Einverleibung Palästinas in Transjordanien, also die Vergrößerung des eigenen Staates auf dem Wege der Eroberung. Dadurch setzt er sich in Gegensatz vor allem zu Ägypten und Saudi-Arabien, deren regierende Kreise eine Vergrößerung Transjordanien durch Palästina ungern sehen würden. Damit wäre folgendes erreicht:

1. es wird ein Keil in die Arabische Liga getrieben,
2. die „gemäßigten“ Elemente der arabischen Bewegung werden gegen die „extremistischen“ ausgespielt, die vor allem von dem Obermufti von Palästina vertreten werden,
3. Großbritannien und die USA behalten tatsächlich die Verfügung über Palästina, aber jetzt nicht mehr direkt, sondern indirekt, und zwar durch einen arabischen „Satelliten“, d.h. ohne die arabische Bewegung als Ganzes vor den Kopf zu stoßen,
4. sie brauchen nicht mehr eigene Truppen einzusetzen,
5. das Odium¹⁶⁾ der Liquidierung des jüdischen Staates ist von dem christlichen England und Amerika auf ein mohammedanisches Staatsoberhaupt abgewälzt,
6. gleichzeitig erhalten die Juden in Palästina dem Anschein nach eine teilweise Befriedigung ihrer Forderung, und wenn sie diese „Lösung“ ablehnen

und dagegen ankämpfen - die für sie keine Lösung ist -, so kann die öffentliche Meinung der angelsächsischen Länder gegen sie eingestellt werden, 7. innerhalb der arabischen Liga werden dynastische Machtkämpfe entfesselt, die dem englischen und amerikanischen Imperialismus zugute kommen und schließlich

8. die Russen sind militärisch aus Palästina ausgeschaltet.

Um den Schein zu wahren, hat die angelsächsische Gruppe in den Vereinten Nationen Abdullah „verboten“ in Palästina einzurücken, da sie aber keine Anstalten trifft, um diesem Verbot durch entsprechende militärische Kräfte Geltung zu verschaffen, so ist sein rein fiktiver Charakter offenkundig. Und indem sie das Zustandekommen jeder anderen Lösung planmäßig sabotieren, so machen sie damit geradezu die Wege frei für den Plan Abdullaha.

Dieses neueste angelsächsische Manöver ist sicher raffiniert ausgedacht, nur eines ist dabei nicht in Rechnung gezogen: daß es leichter ist, mit den feudalen Herrschern und leitenden Kreisen der islamischen Welt zu manövrieren, als mit den Massen der Fellachen,¹⁷⁾ städtischen Handwerkern, Händlern und Arbeitern. Das Manöver ist in seiner Art ein Meisterstück und Musterbeispiel imperialistischer Diplomatie, sowohl in seiner Stärke als auch in seiner Schwäche.

Und so handelt es sich hier um keine Lösung, sondern im Gegenteil um: eine weitere Verwicklung, von der diejenigen, die sie eingeleitet haben, zwar den Anfang absehen können, aber nicht das Ende.

König Abdullah ruft die arabische Welt!

Ammun, Transjordanien, 23. April (sp).

König Abdullah von Transjordanien rief die Herrscher der arabischen Staaten auf, nach Beendigung des britischen Mandats am 15. Mai dieses Jahres ihre Armeen gemeinsam mit der transjordanischen Legion nach Palästina zu entsenden. Die arabische Welt müsse gegen den Zionismus vorgehen. Der Friede und die Freiheit der arabischen Staaten seien gefährdet. „Ich rufe alle arabischen Staaten auf, sich dem Einmarsch meiner Armee nach Palästina anzuschließen, um den arabischen Charakter des Heiligen Landes zu wahren.“ Die Truppen der arabischen Legion, die jetzt bereits in Palästina stünden (etwa zwei Drittel ihrer Gesamtstärke, das heißt rund 10 000 Mann), würden erst nach Abzug der Engländer in den Kampf um Palästina eingreifen. Dann würden sie es allerdings tun, und sie bereiten sich schon jetzt für diese Aufgabe vor.

Der Ausbruch eines regelrechten Krieges, ob erklärt oder unerklärt, wird von maßgebenden arabischen Kreisen bereits jetzt als „fast unvermeidlich“ angesehen. Der von Siratigen der arabischen Liga entworfene Plan sieht das Aufrollen von drei Fronten am 16. Mai vor: Ägyptische und saudi-arabische Truppen sollen von Süden nach Palästina einmarschieren, irakische und transjordanische Truppen sollen von Osten und syrische und libanesische Streikräfte vom Norden einmarschieren und angreifen.

Das endgültige Angriffsziel der drei arabischen Armeegruppen soll die jüdische Küstenstadt Tel Aviv sein, während die Stadt Haifa, in der sich britische Militär voraussichtlich noch bis zum 1. August wehrt, nach Möglichkeit umgangen werden soll. Außer den bereits in Palästina befindlichen 10 000 Freiwilligen der arabischen Armeen werden etwa 50 000 Mann reguläre Truppen an der Offensive beteiligt sein.

Heftiger Kampf um Haifa

Jerusalem, 23. April (spd)

Der Kampf um die Enklaven im jüdischen und arabischen Siedlungsgebiet Palästinas griff am Donnerstag auch auf die Stadt Haifa über, die im nördlichsten Teil des in Aussicht genommenen jüdischen Staatsgebietes liegt. Jüdische Streikkräfte versuchten, strategische Punkte in der Nähe des Hafens zu besetzen. Daraus entwickelten sich heftige Kämpfe mit arabischen Formationen, die den Stadteil der Araber zu verteidigen suchten. Dabei gelang den angreifenden Haganah-Gruppen die Einnahme einzelner Stadtteile. Zum Waffenstillstand aufgefordert, erklärten arabische Sprecher jedoch, daß sie die Forderungen der Haganah nicht annehmen könnten. Von jüdischer Seite war die Ableiterung aller Waffen und die Räumung Haifas von allen ausländischen Kampfgruppen verlangt worden.

Hunderte von arabischen Flüchtlingen verließen die von der Haganah eingenommenen Stadtteile und suchten nach der nördlich gelegenen Stadt Akka zu gelangen.



Beendigung des 'kalten Krieges' zwischen Rußland und USA?

Washington und Moskau wollen ihre Differenzen regeln

Moskau, 11. Mai (dpd-Reuters).

Der USA-Botschafter in Moskau, General Bedell-Smith, hat, wie der Sender Moskau am Dienstagmorgen meldet, Außenminister Molotow am 4. Mai eine Erklärung über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen überreicht. Die Sowjetunion hat den darin unterbreiteten Vorschlag angenommen, die zwischen beiden Staaten bestehenden Differenzen auf dem Verhandlungswege auszugleichen. Eine entsprechende Mitteilung Moskaus erfolgte am letzten Sonntag.

In der Erklärung heißt es, daß die Sorge und Entschlossenheit des amerikanischen Volkes angesichts der feindseligen Haltung gewachsen seien, die die sowjetische Regierung im Hinblick auf das europäische Wiederaufbauprogramm an den Tag gelegt habe. Dieses Programm sei nach amerikanischer Ansicht ausschließlich darauf berechnet, Hilfe für eine Wiederherstellung auf gemeinsamer Basis zu leisten, ohne damit irgendjemand zu bedrohen. Die jetzige Lage sei aus dem Verhalten der Sowjetregierung oder politischen Gruppen entstanden, die sich unter ihrer Kontrolle befinden. Auch die Reaktion anderer Länder einschließlich der Vereinigten Staaten auf diese Handlungsweise sei zweifellos ernster Natur. Die Vereinigten Staaten wünschten daher gewisse Punkte zu erläutern, die nach ihrer Ansicht für die Ausschaltung von Mißverständnissen außerordentlich bedeutsam seien. Der Sender Moskau erwähnt dann folgende Punkte der amerikanischen Erklärung:

1. Die Politik der USA-Regierung ist in jüngster Zeit in internationalen Angelegenheiten wesentlich bestimmter geworden. Diese Politik wird von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung unterstützt. Sie wird auch in Zukunft energisch weiter verfolgt werden. Innerpolitische Erwägungen, wie z. B. die bevorstehenden Wahlen haben keinerlei Einfluß auf diese Politik. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist sich darüber klar, daß kommunistische Organisationen an verschiedenen Orten die Ansicht verbreiten, eine bevorstehende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten werde bald eine Änderung der amerikanischen Politik erzwingen. Selbst wer auf derartige Erklärungen beharrt, sollte sich darüber Rechenschaft geben, daß eine derartige Wirtschaftskrise auf keinen Fall die industrielle Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten von Nordamerika oder die grundlegenden Gegebenheiten für deren Außenpolitik berühren dürfte.

Die gegenwärtige internationale Lage umschließt Fragen, die für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und für den allgemeinen Frieden lebenswichtig sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten versichert hiermit eindeutig, daß die USA in ihren Beziehungen zur Sowjetunion keine feindseligen oder

aggressiven Absichten hegen. Die Politik der Vereinigten Staaten ist so ausgerichtet, daß sie keinerlei ungünstigen Einfluß auf die Interessen der Sowjetunion haben kann, wenn die Sowjetunion sich mit ihren nächsten Nachbarn in Frieden zu leben bemüht und von Versuchen Abstand nimmt, mittelbar oder unmittelbar Einfluß auf die Angelegenheiten anderer zu nehmen.

Wenn diese Versuche aufhören, werden auch gewisse Äußerungen der amerikanischen Außenpolitik, die augenscheinlich in Moskau Mißvergnügen hervorgerufen, beseitigt werden. Die amerikanische Erklärung bezeichnet dann den gegenwärtigen Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen als „Quelle schwerer Enttäuschungen“ für die amerikanische Bevölkerung und Regierung und fügt hinzu:

„Bis heute haben wir noch in keiner Weise die Hoffnung aufgegeben, daß sich die Politik so stark ändern wird, daß wir einen Weg finden können, um gute und vernünftige Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wiederherzustellen.“

Was die Vereinigten Staaten betrifft, so bleibt die Tür für Beratung und Regelung unserer Differenzen stets offen. Meine Regierung hofft stark, daß die Mitglieder der Sowjetregierung die hier dargelegte Politik der USA-Regierung nicht unterschätzt. Sollte sie sich entsprechend einstellen, so wird sie bei uns jede Bereitschaft und jeden ernstesten Wunsch finden, unseren Teil zur Stabilisierung der Weltverhältnisse beizutragen, die mit der Sicherheit des Sowjetvolkes durchaus vereinbar ist.“

Moskaus Antwort

Am 9. Mai empfing der sowjetische Außenminister Molotow den amerikanischen Botschafter in Moskau, General Bedell Smith, und erklärte ihm: Im Namen der Sowjetregierung, daß diese im Hinblick auf die Wünsche der USA-Regierung eine positive Haltung einnehme. Auch sie wünsche ihre Beziehungen zu verbessern und stimme mit dem amerikanischen Vorschlag überein, die zwischen beiden Staaten bestehenden Differenzen zu erörtern und zu regeln. Man dürfe hoffen, daß sich ein Weg

Die Moskauer Aktion endet mit vollkommenem Fehlschlag

Marshall: Keine Verhandlungen / „Die Lage noch verschärft“

hfp Washington, 14. Mai.

Die Hoffnung, daß der amerikanisch-sowjetische Gedankenaustausch über die Möglichkeit einer friedlichen Klärung der bestehenden Gegensätze der Auftakt zu einer wirklich erfolgversprechenden Friedensaktion großen Stiles sein würde, ist rasch zusammengebrochen. Die absichtliche Indiskretion Kuflands durch die ohne Verständigung Amerikas erfolgte Veröffentlichung der Unterhaltung Bedell Smiths mit Molotow hat in Amerika eine Reaktion hervorgerufen, die alle optimistischen Erwartungen, die man zunächst hatte, zunichte macht. Eine Kribe von bedeutsamen Erklärungen unterstreichen diese, im wahren Sinne des Wortes tragische Entwicklung.

So erklärte Präsident Truman in einer Pressekonferenz, daß seine Friedenshoffnung durch den amerikanisch-russischen Gedankenaustausch in keiner Weise gestiegen seien. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten seien dadurch in keiner Weise berührt worden. Truman fügte hinzu, er sei bereit, mit Stalin zusammenzutreffen, wenn dieser im Oktober nach Washington kommen wolle, er habe jedoch keine diesbezügliche Erklärung Stalins erhalten und erwarte auch keine. Im übrigen gab der Präsident zu, daß die von Bedell Smith in Moskau übergebene Erklärung vorher von ihm und Marshall mit dem Kabinett durchgesprochen worden sei.

Marshall selbst lehnte auf einer Pressekonferenz in Washington den Gedanken einer amerikanisch-sowjetischen Konferenz zur Regelung schwebender Fragen rundweg ab. Diese Fragen könnten in den bereits bestehenden und zu diesem Zweck eingesetzten Organen, wie dem Sicherheitsrat der UNO und dem Alliierten Kontrollrat in Berlin, erörtert werden. Botschafter Smith habe Molotow nicht um irgendeine allgemeine Diskussion oder um allgemeine Verhandlungen ersucht. „Was wir wollen, sind Taten und Handlungen, und zwar dort, wo sie gegenwärtig möglich und dringend notwendig sind. Ich meine damit die Angelegenheiten, mit denen sich gegenwärtig der Sicherheitsrat und andere Organe der UNO befassen, wie zum Beispiel die Lage in Korea. Ich meine die Fragen, die im Alliierten Kontrollrat in Berlin zur Debatte stehen und die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag. Es wäre äußerst unglücklich, wenn man sich jetzt zu einer allgemeinen Diskussion am Grünen Tisch versammeln würde und es dann wieder nicht gelänge, eine Einigung zu erzielen.“ Marshall sagte, er beabsichtige gegenwärtig nicht, mit Molotow erneut in Verbindung zu treten. Man müsse über bestimmte genau umrissene Vorschläge verhandeln und nicht lediglich eine allgemeine Debatte beginnen.

Auch General Clay, der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, nahm nach sei-

ner Rückkehr von der Londoner Konferenz nach Frankfurt zu dem Problem mit der kurzen, lakonischen Bemerkung Stellung, daß seiner Auffassung nach durch das Moskauer Intermezzo „die gegenwärtige gespannte Lage in Berlin in keiner Weise gebessert würde.“

„Taten statt Worte“

In der englischen und amerikanischen Presse ist angesichts dieser Entwicklung der Pessimismus gewachsen. Besonders die britische Presse ist sehr besorgt. Die „Times“ stellt fest, daß die Lage nur verschärft sei. 36 Stunden der Hoffnung hätten mit einer neuen schweren Enttäuschung geendet. Die Zeitung, ebenso wie der „Manchester Guardian“, gibt dabei an der Entwicklung der Russen und den Amerikanern gleichmäßig die Schuld.

Die amerikanische Presse billigt die Erklärungen Marshalls rückhaltlos und ist sich vor allem mit dem Außenminister in der Forderung einig, daß nun einmal von der Sowjetunion „Taten statt Worte“ gezeigt werden mußten. Moskau müsse erst einmal beweisen, daß es die von ihm unterzeichneten Verträge einhalte; anderenfalls sei es zwecklos, mit ihm über neue zu verhandeln. Im übrigen fehlt es in der amerikanischen Presse nicht an Kritik an der amerikanischen Diplomatie. „New Herald Tribune“ wirft z. B. Marshall und Truman vor, daß die Note Bedell Smiths in Moskau überreicht worden sei, ohne daß man vorher die Verbündeten Amerikas, England und Frankreich, verständigt habe. Im übrigen erklären amtliche Stellen in Washington, daß es das Ziel der amerikanischen Diplomatie sei, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß es gewisse Grenzen gebe, die die Sowjetunion nicht überschreiten dürfe. Sie würde sonst riskieren, was Außenminister Marshall als „tragische Konsequenzen“ bezeichnet hat. Es gebe gewisse Gebiete, die in den Vereinigten Staaten als von ausschlaggebender strategischer Bedeutung betrachtet werden, darunter Griechenland, Persien und Norwegen. Die USA-Regierung würde alles daran setzen, eine kommunistische Beherrschung solcher Gebiete zu verhindern.

Internationale monatliche Übersicht über Mai 1948, Nr. 10

1. Das sowjetische Verhandlungsangebot an die Vereinigten Staaten und seine Ablehnung.

Das Wesentliche der Vorgänge ist folgendes: der Gesandte der Vereinigten Staaten überreicht in Moskau eine vertrauliche Note, deren Hauptzweck ist, der Sowjetregierung klarzumachen, daß sie sich keinerlei Hoffnungen darauf machen dürfe, daß die mit den Präsidenten- und Kongreßwahlen verbundenen inneren Parteikämpfe in den Vereinigten Staaten oder auch eine eventuelle Wirtschaftskrise die Linie der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion abschwächen oder gar aufheben werden.¹⁾ Diese Linie wurde darin mehr oder weniger deutlich bestimmt als der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen jede weitere Ausdehnung des Herrschaftsberreichs der Sowjetunion und des Kommunismus. Dieser Sinn der amerikanischen Note wurde noch unterstrichen durch eine Erklärung des englischen Außenministers Bevin im Unterhaus, die besagte, daß England sich jeder weiteren Ausdehnung des Kommunismus widersetzen werde.²⁾

Die amerikanische Note enthielt auch eine rein schematische Wendung, daß die Tür zu Verhandlungen und zur Verständigung immer offen sei. Es handelt sich also um kein konkretes Verhandlungsangebot, sondern um eine leere Phrase. Aber die Sowjetregierung benützte diese Phrase, um ein öffentliches Verhandlungsangebot an die Vereinigten Staaten zu machen und eine breite Propaganda-Kampagne für Friedensverhandlungen daran anzuknüpfen. Die sowjetische Note betonte ihrerseits, daß auch die sowjetische Außenpolitik ihre bisherige Linie der „Freundschaft mit den Oststaaten“ fortsetzen werde, sie kennzeichnete die außenpolitische Linie der Vereinigten Staaten und des europäischen Westblocks als offensiv und als auf die „Einkreisung“ der Sowjetunion gerichtet und erklärte, wirtschaftliche Hilfe für Europa sei willkommen, wenn sie durch die Vereinigten Staaten geschehe und kein Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der zu unterstützenden Länder damit verbunden ist. Die sowjetische Note beklagt sich außerdem über die Nichteinhaltung der beiderseits geschlossenen Handelsabkommen durch die Vereinigten Staaten.³⁾

Das amerikanische Außenamt parierte diese diplomatisch-propagandistische Offensive mit schroffen Erklärungen von Truman und Marshall, daß es keinerlei konkretes Verhandlungsangebot an die SU gemacht habe, daß zweiseitige Verhandlungen gegenwärtig auch gar nicht beabsichtigt seien,

und daß die SU erst durch ihre Haltung in den vielen schwebenden Fragen zeigen müsse, daß sie zum Entgegenkommen an die Vereinigten Staaten wirklich bereit sei.⁴⁾

Ein zweiter Vorstoß der Sowjetdiplomatie in derselben Richtung erfolgte kurz darauf durch eine öffentliche Erklärung Stalins, worin er ein konkretes Verhandlungsprogramm in großen Umrissen vorschlug, indem er an einen „offenen Brief“ von Wallace anknüpfte.⁵⁾ In dem Verhandlungsprogramm Stalins wird unter anderem erwähnt: Abschluß des Friedens mit Deutschland und Japan, Räumung dieser Länder, Einstellung von militärischen Bauten in den Ländern der Vereinten Nationen, Verteidigung der Demokratie, Sicherung der zivilen Rechte in allen Ländern usw. Die amerikanische Diplomatie, der amerikanische Kongreß, die amerikanische Presse antworteten wieder mit einer schroffen Ablehnung. Marshall erklärte das sowjetische Verhandlungsangebot für eine „zynische Propaganda-Kampagne“, um die Linie der Festigung der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der SU zu schwächen.⁶⁾ Ein Teil der angelsächsischen Presse hat selbst zugegeben, daß in diesem diplomatisch-propagandistischen Duell die amerikanische Seite sich sehr ungeschickt erwiesen und schlecht abgeschnitten habe. In der Tat, es hat sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal gezeigt, daß Marshall vielleicht ein guter Stratege und militärischer Organisator sein mag, aber daß er ein sehr mäßiger Diplomat ist. Aber die Frage nach der Qualität der Diplomatie Marshalls und der Amerikaner überhaupt ist von zweitrangiger Bedeutung. Eine diplomatisch-propagandistische Schlappe, wie sie die USA bei dieser Gelegenheit erlitten haben, mag nicht viel bedeuten. Wichtiger und wesentlicher ist die Frage: Welches Licht wirft das sowjetische Verhandlungsangebot und seine Ablehnung durch die Vereinigten Staaten auf die weltpolitische Lage und Entwicklung?

Der Ausgangspunkt und die Zwecke des sowjetischen Verhandlungsangebotes waren offenbar folgende. Die Reaktion der Westmächte auf die kommunistische Machtergreifung in der ČSR und auf den inneren Machtkampf in Italien⁷⁾ haben klar gemacht, daß weitere Vorstöße der SU und des Kommunismus nach Mittel- und Westeuropa gegenwärtig eine maximale Steigerung der außenpolitischen Spannungen, wenn nicht geradezu ein Kriegsrisiko für die SU bedeuten würden. Deshalb muß die SU und der Kommunismus gegenwärtig in Europa kurz treten. Das Verhandlungsangebot an die USA ist die aktive Seite dieser Politik. Die SU sucht auf diesem Wege eine Kompensation, eine Entschädigung für das von ihr zeitweise als notwendig betrachtete Kurtreten in Mittel- und Westeuropa. Worin könnte diese Kompensation bestehen? Offenbar wesentlich in Folgendem:

1. In der Anerkennung des Status Quo durch die USA, d. h. in der Anerkennung der bisher erfolgten Ausdehnung des sowjetischen und kommunistischen Machtbereiches.

2. In einer Lockerung des tatsächlichen Bündnisses zwischen den USA und Westeuropa durch einseitige Verhandlungen zwischen der SU und den USA.
3. In der Hemmung der amerikanischen und westeuropäischen Aufrüstung und sonstigen Kriegsvorbereitungen, sei es durch direkte Einwirkungen auf die Regierungen, sei es indirekt durch die Stärkung der Antikriegskräfte in den USA und in Westeuropa.
4. Möglicherweise in der Erlangung irgendwelcher wirtschaftlicher oder finanzieller Zugeständnisse der USA an die SU und die anderen Staaten des Sowjetblockes (Anleihen, Lieferungen usw.).

Die schroffe Ablehnung dieses Angebotes hat natürlich zunächst den taktischen Sinn, die SU zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen, aber darüber hinaus wirft sie ein Schlaglicht auf die Grundlinien der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der SU und dem Kommunismus. Sie zeigt vor allem, daß die USA nicht bereit sind, den Status Quo, d. h. die bisher erfolgte Ausdehnung der SU und des Kommunismus anzuerkennen. Positiv bedeutet dies die Einstellung der Außenpolitik der USA auf die Rückgängigmachung der bisherigen sowjetischen und kommunistischen Ausdehnung, und das heißt auf die imperialistische und konterrevolutionäre Offensive. Als Folgerung aus dieser allgemeinen Einstellung der amerikanischen Außenpolitik ergeben sich von selbst: das Festhalten an der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung, an der weiteren Festigung und Verengung des Verhältnisses zu den westeuropäischen Staaten. Damit sind künftighin Verhandlungen zwischen der SU und den USA nicht ganz ausgeschlossen. Sie sind nicht ausgeschlossen, weil die USA für längere Zeit noch nicht technisch bereit sind zum Krieg. Aber wenn die USA in einem späteren Zeitpunkt auf solche Verhandlungen eingehen sollten, so wird es nur im Dienste und zur Förderung der angegebenen allgemeinen Ziele ihrer Außenpolitik sein, zur Erreichung von Teilerfolgen auf diesem Weg, nicht zur Aufgabe dieses Weges. Darüber soll man sich nicht täuschen. Der Friede kann auf diese Weise nicht gesichert werden.

Die kommunistische Machtergreifung in der ČSR hat für den angelsächsisch-westeuropäischen Imperialismus dieselbe Rolle gespielt, welche seinerzeit die Besetzung der ČSR durch Hitler für den englischen und französischen Imperialismus im Verhältnis für Nazi-Deutschland spielte.⁸⁾

2. Die Räumung Deutschlands.

Unter den Verhandlungsgegenständen, die von Stalin in seiner öffentlichen Erklärung zu dem „offenen Brief“ von Wallace ausdrücklich erwähnt werden, befindet sich auch die Räumung Deutschlands von Besatzungstruppen. (Im „offenen Brief“ von Wallace war dieser Gegenstand nicht enthalten). Die Räumung Deutschlands (und Japans) war in der Erklärung Stalins aufgezählt worden zusammen mit dem Abschluß des Friedens mit diesen beiden Ländern.

Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands hat natürlich mit dem Wunsch der Räumung des Landes nicht gewartet, bis Stalin sie als möglichen Verhandlungsgegenstand zwischen der SU und den USA in die diplomatische Debatte warf und in die Sowjetpropaganda aufnahm. Die Forderung der Räumung Deutschlands ist für seine arbeitenden Klassen die elementarste und vordringlichste aller Forderungen. Nur ein Volk, das nicht nur versklavt ist, sondern auch in Sklavengesinnung verfallen wäre, könnte sie nicht erheben. Und die Zustände, die die Besatzungsbehörden in Deutschland geschaffen haben, geben dieser Forderung den allerstärksten Nachdruck. Die deutsche arbeitende Bevölkerung bedarf keinerlei nationalen Dünkels oder Eigensucht, um zu dem Schluß zu kommen, daß sie selbst die Dinge in Deutschland in jeder Hinsicht besser machen kann als irgendeine Besatzungsmacht, sei es, daß diese in der Rolle der Erzieher oder Wohltäter oder der Befreier auftreten. Weder die endgültige Erledigung des Nazismus, noch die des deutschen Imperialismus, noch der Aufbau von irgend einer Art von Demokratie, noch der Wiederaufbau oder Neuaufbau der Wirtschaft, noch die sozialistische Revolution, noch die Wiederherstellung eines deutschen Staates sind anders möglich denn als eigene und freie Tat der werktätigen Klassen Deutschlands. Noch hat die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einen wirklichen Sinn ohne die Räumung. Ohne die Räumung kann die Einheit Deutschlands nur bedeuten, eine einheitliche kapitalistische oder eine einheitliche sowjetische Kolonie.

Die Räumung Deutschlands ist von der Sowjetdiplomatie als diplomatischer Verhandlungsgegenstand und als Propagandalosung in die internationale Debatte geworfen worden. Ob und wie lange diese Frage lediglich ein diplomatischer Spielball und Propaganda bleibt, oder ob sie verwirklicht wird, das hängt entscheidend davon ab, ob die deutsche Arbeiterklasse in der West- wie in der Ostzone diese Forderung als ihre eigene aufnimmt und die nötige Kampfkraft dahintersetzt.

Was bedeutet die Forderung der Räumung und was bedeutet sie nicht?

Sie bedeutet nicht, daß die arbeitenden Klassen Deutschlands als „dritte Kraft“ als Vermittlung oder als Brücke zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten auftreten wollen. Sie bedeutet aber, daß sie in der Weltauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Amerika und der SU, als Freie und Gleiche auf der Seite des Sozialismus auftreten wollen. Sie bedeutet nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse irgendeinen Mittelweg sucht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie bedeutet, daß sie einen höheren Typus von sozialistischer Wirtschafts- und Staat[sform] verwirklichen will, als es der heutige Sowjetstaat und die heutige Sowjetwirtschaft in der SU sind. Und sie kann das, vermöge der Deutschland und der deutschen Arbeiterbewegung eigenen wirtschaftlichen, politischen, organisatorischen, kulturellen Voraussetzungen. Und nicht zu-

letzt dank der Erfahrungen, die sie mit den Besatzungsmächten gemacht haben. Daß dies dem wirklichen Denken der deutschen Arbeiterklasse entspricht, unterliegt für uns keinem Zweifel. Die gegenteilige Meinung, daß die deutschen Arbeiter nur noch die bescheiden-gehorsamen Schüler fremder Lehrmeister zu sein haben, spiegelt nur das „nichts durchbohrende Bewußtsein“, die Unfähigkeit zu selbständiger schöpferischer Leistung derer wider, die sie hegen. Dieser Geist oder vielmehr [diese] Geistlosigkeit ist sicher nicht der Geist der deutschen Arbeiterklasse.

Aus der Voraussetzung aber, daß, wenn Deutschland geräumt ist, die deutsche Arbeiterklasse einen sozialistischen Staat, eine Wirtschaft und Kultur neuer und höherer Art aufbauen wird als sie in der SU bestehen, ergeben sich wichtige Forderungen für die deutsche, für die internationale Arbeiterbewegung und auch für die weitere Entwicklung der SU selbst.

Für die deutsche Arbeiterbewegung; nur nach der Räumung Deutschlands ist eine wirkliche (und nicht nur scheinbare und mißtrauische) Vereinigung der besten Elemente der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter für die gemeinsame Aufgabe des selbständigen sozialistischen Aufbaus möglich. Die Rolle der SED als Hilfstruppe für die sowjetische Besatzungsbehörde ist eine schwere Belastung für sie, ebenso wie es für die SPD ihre Rolle als Hilfstrupp für die westlichen Besatzungsbehörden ist. Wenn diese beiden Rollen wegfallen, so fällt damit auch eine der stärksten Scheidewände, die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter voneinander und von der großen Masse der deutschen Arbeiter und Werktätigen trennen.

Für die Arbeiterbewegungen Westeuropas: nur unter der Bedingung der Räumung Deutschlands und des sozialistischen Aufbaus in Deutschland auf Grund der ihm eigenen Voraussetzungen können die Schranken fallen, die heute noch einen erheblichen Teil der Arbeiterklassen dieser Länder von den Arbeiterklassen Osteuropas und der SU im besonderen trennen. Und dies aus zwei wesentlichen Gründen. Erstens, weil die allgemeinen Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau in Deutschland und daher auch seine Ergebnisse und Formen denen Westeuropas näher stehen als die der SU und Osteuropas. Zweitens aber, weil keine Arbeiterklasse sich befreien kann, die andere Arbeiterklassen oder Nationen unterdrückt. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, was Marx in Bezug auf die Rolle der Unterdrückung Irlands als Hemmnis für den Befreiungskampf der englischen Arbeiter sagte.⁹⁾

Für die SU schließlich bedeutet die Räumung Deutschlands (selbstverständlich zusammen mit der durch die Westmächte) folgendes: Erst die Räumung Deutschlands macht ein wirkliches und enges Bündnis der deutschen Arbeiterklasse mit der SU möglich.

Mit der freiwilligen Hilfe der deutschen Arbeiterklasse kann der wirtschaftliche Wiederaufbau, die weitere Industrialisierung und die Verteidi-

gung der SU enorm beschleunigt und verbessert und zugleich die Lebenshaltung der Werktätigen in der SU rasch gehoben werden. Dadurch aber, und nur dadurch kann die Sowjetdemokratie aus dem Papier der Verfassung ins Leben eingeführt werden.

Militärisch bedeutet die Räumung Deutschlands durch die SU für sie keinen Verlust, sondern eine Stärkung.

Bei alledem aber kann die deutsche Arbeiterklasse, um die Räumung zu erzielen, sich nicht auf die Interessen und die Einsicht der Besatzungsmächte verlassen, sondern nur auf die Kampfkraft, die sie selber zur Erreichung der Räumung aufbringt. Das Wachstum der Einsicht der andern wird in direktem Verhältnis stehen zum Wachstum der eigenen Kampfkraft der deutschen Arbeiter.

3. Palästina.

Am 14. Mai wurde der „Staat Israel“ proklamiert, nachdem Amerikaner und Engländer alles getan hatten, was in ihrer Macht lag, um diese Proklamation zu verhindern oder zu verzögern.¹⁰⁾ Die USA haben dann sofort die provisorische Regierung dieses Staates als „de facto“-Regierung anerkannt. Dasselbe taten die SU und die Staaten des Sowjetblockes. England setzte sofort seinen Abdullah-Plan in Gang, den wir bereits geschildert haben.¹¹⁾ Die Truppen Abdullahs waren von englischen Offizieren ausgebildet, geführt und von England ausgerüstet. England erklärte sich öffentlich als vertragsmäßig verpflichtet, den arabischen Staaten Waffen zu liefern. England sabotierte im Verteidigungskomitee der Vereinten Nationen¹²⁾ alle Versuche, die rasche Einstellung des Kampfes in Palästina zu erzwingen. Im Verteidigungskomitee der Vereinten Nationen standen sich wiederholt die USA und die SU auf der einen Seite und England mit einigen anderen Staaten gegenüber. Bei alledem versicherte der englische Premierminister Attlee auf eine Anfrage, daß zwischen den USA und England in der Palästinafrage keinerlei Differenzen bestehen.

Was ist hier die Wahrheit? Sie ist doppelschlächtig. Die USA und England arbeiten in Palästina sowohl zusammen als gegeneinander. Beide sind darin einig, zu verhindern, daß die SU dort eingreifen kann. Beide wollen Palästina mit dem Vorderen Orient als angelsächsisches Herrschaftsgebiet erhalten. Aber die USA versuchen zugleich, England dort die Vorherrschaft zu entwenden und für sich zu sichern. Das stärkste Symptom für diesen Konkurrenzkampf ist die Entsendung einer großen amerikanischen Flottenverstärkung ins Mittelmeer. Sie dient als Gegengewicht zugleich gegen England, gegen die SU und die Vereinten Nationen. Sie ist der Ausdruck des amerikanischen Anspruchs auf Vorherrschaft im Vorderen Orient. Während Abdullah von Transjordanien die Speerspitze Englands in Palästina ist, steht den USA Ibn Saud von Arabien näher.¹³⁾ Es sind also nicht nur Wahrheitsrücksichten, die die amerika-

nische Politik in Palästina bestimmen, es ist zugleich der verdeckte imperialistische Konkurrenzkampf zwischen den USA und England. Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern. Die beschränkte Hilfe, die sie dem Staat Israel leisten, gilt zugleich der relativen Schwächung Abdullahs und der relativen Stärkung Ibn Sauds usw.

Die Arabische Liga, die keine Liga der arabischen Völker, sondern der Fürsten und feudalen Großgrundbesitzer ist und die heute noch als Werkzeug des englischen Imperialismus dient, wird bei dieser Gelegenheit zersetzt werden.¹⁴⁾

Der leitende Gesichtspunkt der internationalen Arbeiterbewegung in der Palästinafrage müßte sein, sich in den arabischen Ländern Kräfte gegen die feudalen Herrschaften zu schaffen und sie mit den entsprechenden Kräften in Israel zusammenzubringen, um ein friedliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen Israel und der arabischen Umwelt zu erzielen. Es ist klar, daß dieses Ziel, wenn überhaupt, so nur auf längere Sicht zu erreichen ist, denn die Widerstände gegen eine solche Lösung sind riesengroß. Aber der arabische Fellache und Arbeiter hat zu den hebräischen Arbeitern und Bauern keine Gegensätze, die nicht zu überwinden wären.

4. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Bei den Parlamentswahlen in der ČSR gab es nur eine Kandidatenliste, die der Regierungskoalition.¹⁵⁾ Die Gegner der Regierung konnten ihre Gegnerschaft nur durch Stimmenthaltung ausdrücken. Um die Stimmenthaltungen möglichst zu verhindern, führte die kommunistische Partei einen Propagandafeldzug für öffentliche Abstimmung. Das Ergebnis ist dementsprechend eine Regierungsmehrheit, die offiziell auf 89,3 % angegeben wird.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse der ganzen Welt schreit Zeter und Mordio über die Verletzung der Methoden der bürgerlichen Demokratie. In der Tat, diese Methoden haben mit denen der bürgerlichen Demokratie nichts gemein. Es sind Methoden der proletarischen Diktatur. In Rußland wurde bis in die dreißiger Jahre die proletarische Diktatur bei den Sowjetwahlen unter anderem dadurch gesichert, daß die Arbeiter im Vergleich zu den Bauern ein fünffaches Stimmrecht hatten. In der ČSR besteht noch gleiches Stimmrecht zwischen Stadt und Land, was der relativ größeren zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse entspricht.

Die öffentliche Abstimmung bot unter diesen Umständen ein Minimum von Sicherung für die proletarische Diktatur. Man fragt sich nur, welchen Zweck unter diesen Umständen noch die parlamentarische Form haben kann, die dem Klasseninhalt nicht entspricht, die den Klassengegner nicht täuscht und nicht versöhnt, die aber dafür das Bemühen des Klassengegners, die internationale Arbeiterbewegung irrezuführen, erleichtert.

In Italien wurde der bekannte liberale Ökonom Einaudi zum Präsidenten der Republik gewählt. Der Kandidat de Gasperis, Graf Sforza, fiel durch.¹⁶⁾ In Einaudi hat das amerikanische Kapital zweifellos das bessere Hilfswerkzeug. Das Ergebnis der Wahl zeigt, wie wenig de Gasperi mit seiner katholischen Partei an Selbständigkeit sowohl gegenüber dem amerikanischen Kapital wie gegenüber den besitzenden Klassen Italiens innehat.

*

Auf dem Parteitag der englischen Labour-Party in Scarborough wurde die Außenpolitik der Regierung mit Mehrheit gebilligt.¹⁷⁾ Angesichts der skandalösen Palästinalpolitik der englischen Regierung zeigt sich hierin die ganze Schwäche der parlamentarischen Labour-Opposition. Die große Mehrheit dieser Opposition sucht nur die Machtstellungen des englischen Imperialismus mit anderen meist halbschlächtigen und widerspruchsvollen Mitteln zu erhalten. Sie ist keine grundsätzliche Gegnerin des Imperialismus. Kein Wunder, daß ihr gegenüber die Attlee-Bevin sich durchsetzen, da sie die robuste Politik des Imperialismus für sich haben.

*

In der Südafrikanischen Union hat bei den letzten Parlamentswahlen die „nationalistische“ Malan-Partei gegenüber der bisher regierenden Partei von Smuts usw. gesiegt.¹⁸⁾ Die Hauptstütze der Malan-Partei sind die patriarchalisch-rückständigen burischen Farmer, die Vertreter der rückständigen Unterdrückungspolitik gegenüber den eingeborenen Bantu-Völkern und den „Farbigen“ überhaupt. Die amerikanische Presse bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß dieser Sieg die Aussicht eröffne auf den Austritt Südafrikas aus dem englischen Empire, aus den Vereinten Nationen und auf größere Chancen für den amerikanischen Handel im Verhältnis zum englischen. Das industrielle Kapital des Landes ist aber bei alledem in englischen Händen.

Der Sieg der Malan-Partei kann sehr wohl der Funke werden, der die eingeborene Bevölkerung Südafrikas zur Explosion bringt, die in der Union eine mehrfache zahlenmäßige Überlegenheit über die weiße Bevölkerung, kriegerische Tradition, enge Sprach- und Kulturverwandschaft unter sich und in den Elementen, die im letzten Weltkrieg gedient haben, militärische Führer besitzt.

*

Um einen Eisenbahnerstreik zu verhindern, hat die Regierung der USA provisorisch die Eisenbahnen übernommen.¹⁹⁾ Jetzt verlangen die Eisenbahner-Gewerkschaften als Gegengewicht gegen ihre Unterstellung unter Regierungsbefehl die Nationalisierung der Eisenbahnen. Diese Gewerkschaften gehören zu den konservativsten in Amerika. Ihre Forderung der Nationalisierung der Eisenbahnen ist ein um so wichtigeres Symptom im Lande des „freien Kapitalismus“ par excellence.

Die große Automobilgesellschaft General Motors hat mit der Automobilgewerkschaft einen 2jährigen Kollektivvertrag abgeschlossen, der eine gegenwärtige Lohnerhöhung von 11 Cents die Stunde und eine Form der gleitenden Lohnskala vorsieht. Das Hauptmotiv der Gesellschaft ist dabei offenbar dies, sich die ungestörte Ausnützung der neuen Rüstungskonjunktur der USA zu sichern. Bei alledem hat sich hier für Amerika ein neues Prinzip durchgesetzt.



Niemand ist zufrieden...

In Paris wie an der Ruhr ist man gleichermaßen über Londoner Abmachungen beunruhigt

Berlin, 9. Juni (dpd).

Das Pariser Kabinett hat zwar die Londoner Abmachungen, die von Bidault begründet wurden, gebilligt, aber die Reaktion in der französischen öffentlichen Meinung gegen diese Abmachungen ist außergewöhnlich leidenschaftlich. Das Organ der französischen Kommunisten „Humanité“ bezeichnete die Vorschläge als „ein diplomatisches Sedan“. Das rechtsradikale Blatt „Epoque“ fordert eine Revision der Vorschläge „in Geist und Buchstaben“. Frankreich sei auch heute noch für das geographische Gleichgewicht notwendig. Eine Politik, an der Frankreich nicht teilnehmen oder es sich widersetzen würde, müsse zur Ergebnislosigkeit verdammt sein.

Der französische Sozialistenführer Leon Blum weist in dem Blatt „Le Populaire“ darauf hin, daß eine strenge Kontrolle über die Ausfuhr von Stahl- und Eisenerzeugnissen aus dem Ruhrgebiet für die Wirtschaft Frankreichs und Europas notwendig sei. Im Hinblick auf die Sicherheit sei der wichtigste Punkt jedoch die Aufrechterhaltung einer dauernden Kontrolle über den deutschen Inlandsverbrauch an diesen Produkten.

Am Freitag sollen die Londoner Empfehlungen in der Nationalversammlung zur Debatte gestellt werden. Die Regierung hat allerdings bereits erklären lassen, daß die Londoner Abmachungen weder einen Vertrag noch ein Abkommen darstellten, das dem Parlament zur

Ratifizierung zugeleitet werden müßte. Es handle sich lediglich darum die Abmachungen dem Parlament zur Kenntnis zu bringen. Allerdings wird die Nationalversammlung Gelegenheit haben zum Abschluß der Debatte der Regierung ihr Vertrauen oder ihr Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen.

Die Ruhr-Arbeiter protestieren

Essen, 8. Juni (ap).

Führende deutsche Gewerkschaftsvertreter hinter denen 1000 000 Arbeiter der Kohlen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes stehen, sprachen am Dienstag ihre Mißbilligung über die Londoner Empfehlungen aus.

Der Vorsitzende der 460 000 Mitglieder zählenden Bergarbeiter-Gewerkschaft, August Schmidt, erklärte, die Veröffentlichung der Londoner Vereinbarungen habe unter den Grubenarbeitern Verstimmung hervorgerufen. Weder er selber noch die Bergleute würden eine Behörde unterstützen, „in der wir als Deutsche nichts zu sagen haben“, fügte Schmidt hinzu.

Ein Sprecher für die 60 000 gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter vertrat zusammen mit Schmidt die Auffassung, daß falsche Maßnahmen leicht gegenteilige Folgen haben können. Die Metallarbeiter seien wohl für die Internationalisierung aller europäischen Industriezentralen — insbesondere des Saar- und Oberschlesiens — aber gegen eine einseitige Behandlung des Ruhrbeckens.

„Erstaunliche Verantwortungslosigkeit“

Heftige Kritiken der Marshallplan-Kürzung / Grundsätzliche Zurücknahme?

Washington, 8. Juni (dpd-Reuter)

In beiden Parteien des USA-Senats gewinnt nach Ansicht des Reuter-Korrespondenten in Washington die Auffassung Boden, daß die vom Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses geforderte Kürzung der Mittel für das europäische Wiederaufbauprogramm bis auf einen „symbolischen“ Abstrich rückgängig gemacht werden müsse.

Republikanische Senatoren machten darauf aufmerksam, daß die Wähler sich gegen die Republikanische Partei wenden könnten, falls die Kürzung in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar durchgeführt würde. In Kreisen des Kongresses spricht man davon, die vom Repräsentantenhaus bewilligten vier Milliarden Dollar nur für 12 statt, wie vorgesehen, für 15 Monate auszuwerfen. Dieses Kompromiß würde gegenüber den ursprünglich bewilligten Mitteln nur eine

geringfügige Herabsetzung bedeuten. Die republikanische „New York Herald Tribune“ meint in diesem Zusammenhang, die Kürzung wäre keinesfalls gewigte Politik. „Sie ist ein erstaunlicher Beweis für Verantwortungslosigkeit und unglaublich törichte Verfahrensweise“.

Die „New York Times“ wiederholt ihre Forderung auf volle Auszahlung der vom Kongreß bereits bewilligten Beträge, wobei sie zur Begründung schreibt: „Es würde einen empörenden Verrat an einem amerikanischen Versprechen darstellen, eine blinde Zerstörung von Plänen, auf die sich die europäischen Nationen bereits festgelegt haben, und schließlich ein großzügiges Geschenk für die kommunistische Propagandamaschine in aller Welt, wenn die Republikaner im Repräsentantenhaus nicht durch die öffentliche Meinung gezwungen werden könnten, ihren Standpunkt aufzugeben.“

1. Jahrgang Nr. 25
 2. Jahrgang Nr. 26
 3. Jahrgang Nr. 27
 4. Jahrgang Nr. 28
 5. Jahrgang Nr. 29
 6. Jahrgang Nr. 30
 7. Jahrgang Nr. 31
 8. Jahrgang Nr. 32
 9. Jahrgang Nr. 33
 10. Jahrgang Nr. 34
 11. Jahrgang Nr. 35
 12. Jahrgang Nr. 36
 13. Jahrgang Nr. 37
 14. Jahrgang Nr. 38
 15. Jahrgang Nr. 39
 16. Jahrgang Nr. 40
 17. Jahrgang Nr. 41
 18. Jahrgang Nr. 42
 19. Jahrgang Nr. 43
 20. Jahrgang Nr. 44
 21. Jahrgang Nr. 45
 22. Jahrgang Nr. 46
 23. Jahrgang Nr. 47
 24. Jahrgang Nr. 48
 25. Jahrgang Nr. 49
 26. Jahrgang Nr. 50
 27. Jahrgang Nr. 51
 28. Jahrgang Nr. 52
 29. Jahrgang Nr. 53
 30. Jahrgang Nr. 54
 31. Jahrgang Nr. 55
 32. Jahrgang Nr. 56
 33. Jahrgang Nr. 57
 34. Jahrgang Nr. 58
 35. Jahrgang Nr. 59
 36. Jahrgang Nr. 60
 37. Jahrgang Nr. 61
 38. Jahrgang Nr. 62
 39. Jahrgang Nr. 63
 40. Jahrgang Nr. 64
 41. Jahrgang Nr. 65
 42. Jahrgang Nr. 66
 43. Jahrgang Nr. 67
 44. Jahrgang Nr. 68
 45. Jahrgang Nr. 69
 46. Jahrgang Nr. 70
 47. Jahrgang Nr. 71
 48. Jahrgang Nr. 72
 49. Jahrgang Nr. 73
 50. Jahrgang Nr. 74
 51. Jahrgang Nr. 75
 52. Jahrgang Nr. 76
 53. Jahrgang Nr. 77
 54. Jahrgang Nr. 78
 55. Jahrgang Nr. 79
 56. Jahrgang Nr. 80
 57. Jahrgang Nr. 81
 58. Jahrgang Nr. 82
 59. Jahrgang Nr. 83
 60. Jahrgang Nr. 84
 61. Jahrgang Nr. 85
 62. Jahrgang Nr. 86
 63. Jahrgang Nr. 87
 64. Jahrgang Nr. 88
 65. Jahrgang Nr. 89
 66. Jahrgang Nr. 90
 67. Jahrgang Nr. 91
 68. Jahrgang Nr. 92
 69. Jahrgang Nr. 93
 70. Jahrgang Nr. 94
 71. Jahrgang Nr. 95
 72. Jahrgang Nr. 96
 73. Jahrgang Nr. 97
 74. Jahrgang Nr. 98
 75. Jahrgang Nr. 99
 76. Jahrgang Nr. 100

DIE WELT

AUSGABE WEST
 1. Jahrgang Nr. 25
 2. Jahrgang Nr. 26
 3. Jahrgang Nr. 27
 4. Jahrgang Nr. 28
 5. Jahrgang Nr. 29
 6. Jahrgang Nr. 30
 7. Jahrgang Nr. 31
 8. Jahrgang Nr. 32
 9. Jahrgang Nr. 33
 10. Jahrgang Nr. 34
 11. Jahrgang Nr. 35
 12. Jahrgang Nr. 36
 13. Jahrgang Nr. 37
 14. Jahrgang Nr. 38
 15. Jahrgang Nr. 39
 16. Jahrgang Nr. 40
 17. Jahrgang Nr. 41
 18. Jahrgang Nr. 42
 19. Jahrgang Nr. 43
 20. Jahrgang Nr. 44
 21. Jahrgang Nr. 45
 22. Jahrgang Nr. 46
 23. Jahrgang Nr. 47
 24. Jahrgang Nr. 48
 25. Jahrgang Nr. 49
 26. Jahrgang Nr. 50
 27. Jahrgang Nr. 51
 28. Jahrgang Nr. 52
 29. Jahrgang Nr. 53
 30. Jahrgang Nr. 54
 31. Jahrgang Nr. 55
 32. Jahrgang Nr. 56
 33. Jahrgang Nr. 57
 34. Jahrgang Nr. 58
 35. Jahrgang Nr. 59
 36. Jahrgang Nr. 60
 37. Jahrgang Nr. 61
 38. Jahrgang Nr. 62
 39. Jahrgang Nr. 63
 40. Jahrgang Nr. 64
 41. Jahrgang Nr. 65
 42. Jahrgang Nr. 66
 43. Jahrgang Nr. 67
 44. Jahrgang Nr. 68
 45. Jahrgang Nr. 69
 46. Jahrgang Nr. 70
 47. Jahrgang Nr. 71
 48. Jahrgang Nr. 72
 49. Jahrgang Nr. 73
 50. Jahrgang Nr. 74
 51. Jahrgang Nr. 75
 52. Jahrgang Nr. 76
 53. Jahrgang Nr. 77
 54. Jahrgang Nr. 78
 55. Jahrgang Nr. 79
 56. Jahrgang Nr. 80
 57. Jahrgang Nr. 81
 58. Jahrgang Nr. 82
 59. Jahrgang Nr. 83
 60. Jahrgang Nr. 84
 61. Jahrgang Nr. 85
 62. Jahrgang Nr. 86
 63. Jahrgang Nr. 87
 64. Jahrgang Nr. 88
 65. Jahrgang Nr. 89
 66. Jahrgang Nr. 90
 67. Jahrgang Nr. 91
 68. Jahrgang Nr. 92
 69. Jahrgang Nr. 93
 70. Jahrgang Nr. 94
 71. Jahrgang Nr. 95
 72. Jahrgang Nr. 96
 73. Jahrgang Nr. 97
 74. Jahrgang Nr. 98
 75. Jahrgang Nr. 99
 76. Jahrgang Nr. 100

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR DIE BRITISCHE ZONE

Nr. 25 3. Jahrgang

Dienstag, 29. Juni 1948

Preis 20 Pf.

Stalin bricht mit Tito

Moskaus Gründe

„Manchester-Guardian“-Dienst

London, 28. Juni

Wodurch Moskau wirklich aufgebracht wurde, ist die Tatsache, daß Tito nicht bereit war, eine Haltung des Kadavergehorsams gegenüber den Sowjetführern einzunehmen und daß er nicht bereit war, die nationalen Interessen Jugoslawiens, wie er sie verstand, zum Vorteil der Sowjetrepublik preiszugeben.

Für Moskau ist offenbar eine kommunistische Partei, die nicht so völliger Unterwürfigkeit bereit ist, eine schlechte kommunistische Partei. Das Schicksal Titos sollte ein Fingerzeig sein für die Führer und Völker anderer Satellitenstaaten des Ostblocks.

Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß Marschall Tito nur deswegen, weil er von dem Kominform exkommuniziert worden ist, ein guter Demokrat wurde. Andererseits ist es unwahrscheinlich, daß dieses Verdammungsurteil in so drastischer, wortreicher und demonstrativer Weise gefällt worden wäre, wenn noch die geringste Aussicht bestünde, daß Tito ruhig und gehorsam zu Kreuze kriechen würde. Der politische Kampf, der innerhalb der nächsten Tage in Belgrad ausgetragen werden wird, verdient größte Aufmerksamkeit.

London: Anzeichen lagen vor

Von unserem Berichterstatter

E. A. London, 28. Juni

Das aufsehenerregende Verdammungsurteil, das die Kominform im Auftrag Moskaus gegen Marschall Tito und seine Anhänger gefällt hat, wird in London als eines der wichtigsten internationalen Ereignisse seit Kriegsende angesehen.

Seit einiger Zeit lagen Anzeichen vor, daß Marschall Tito sich in Ungnade befindet. Die sensationelle Art seiner Verurteilung hat aber dennoch überrascht.

Tito ist der einzige kommunistische Machthaber, der seine Stellung nicht direkt Moskau verdankt. Er kann sich auf einen starken Anhang in der jugoslawischen Armee und im ganzen Lande stützen.

Der Bruch zwischen Moskau und Belgrad wurde bereits vor einiger Zeit durch eine Reihe kleiner Zwischenfälle angedeutet. Des rücksichtslosen Verhalten Moskaus in der Frage der Donaukonferenz rief in England schwere Verurteilung hervor. Die Konferenz sollte ursprünglich in Belgrad einberufen werden, da nach der Moskauer Rundfunk plötzlich bekannt, daß eine andere osteuropäische Hauptstadt vorzuziehen wäre. Dann wurde wieder Belgrad, wahrscheinlich nach Vorstellern Jugoslawiens, als akzeptabel bezeichnet.

Jugoslawien aus der Kominform ausgestoßen „Westliche Orientierung“ als Anklagepunkt

Prag, 28. Juni

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens ist aus der Kominform ausgeschlossen worden. Das heute abend veröffentlichte Kommuniqué über den Abschluß der Kominformkonferenz, die, wie gleichzeitig dadurch enthüllt wird, in Rumänien stattfand, bringt in dramatischer Form eine Bestätigung der in den letzten Wochen eingetroffenen Berichte, daß Marschall Tito und die Kommunistische Partei Jugoslawiens beim Kream in Ungnade gefallen waren.

Es wird enthüllt, daß die Kommunistische Partei sich sogar weigerte, an der letzten Kominformkonferenz teilzunehmen und die Anklage gegen sie erhoben, daß sie antikommunistisch geworden und in der Außen- und Innenpolitik eine Abkehr vom Marxismus und Leninismus gezeigt hatte. Marschall Tito und Kardelj werden beide angeklagt.

Die Verbrechen, die ihnen und anderen Parteimitgliedern zur Last gelegt werden, sind außerordentlich zahlreich. Sie werden, wie das Organ der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei „Rude Prava“ an Hand des Kommuniqués, das nach der Kominformströmung ausgegeben wurde, schreibt, des Trotzkismus, antisowjetischer Einstellung, demagogischer Taktik und nationalistischer Tendenzen beschuldigt.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens habe, so heißt es in dem Kommuniqué, die Tradition des kommunistischen Internationalismus über Bord geworfen und nach dem Prinzip gehandelt, daß die kapitalistischen Staaten eine geringere Gefahr für die Unabhängigkeit Jugoslawiens darstellten als die Sowjetunion.

Die führenden Persönlichkeiten Jugoslawiens hätten sich über die internationale Lage falsch orientiert und seien, durch die Drohung der Imperialisten eingeschüchtern, zu der Ansicht gelangt, daß sie durch eine Reihe von Rückzähern vor den imperialistischen Staaten die Gunst dieser Mächte gewinnen, mit ihnen einen Vertrag über die Unabhängigkeit Jugoslawiens abschließen und dem jugoslawischen Volk allmählich eine kapitalistische Orientierung aufzwingen könnten.

Im Frühling dieses Jahres hätten die kommunistischen Parteien der Sowjetunion und anderer Länder verschiedentlich an Jugoslawien „brüderliche“ Kritik geübt. Die führenden Männer Jugoslawiens hätten jedoch, verleitet durch Ehrgeiz, Großmannsucht und durch verschlagene Berechnung, diesen Bemühungen zur Widerstand und Feindseligkeit entgegengesetzt und sich gewelgert, die von ihnen begangenen Fehler einzusehen.

Darüber hinaus habe die Kommunistische Partei Jugoslawiens den sowjetischen Militärfachleuten gegenüber ein „unbefriedigendes politisches Verhalten“

und politischen Gruppen — darunter auch einige Parteien der Bourgeoisie — vereinigt seien.

Als Folge alles dessen müsse die Kominform feststellen, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sich selbst und die Kommunistische Partei des Landes außerhalb der Familie der brüderlichen kommunistischen Parteien und abseits der kommunistischen Front gestellt habe. Damit stehe sie auch außerhalb der Kominform.



Marschall Tito

Foto: dpa

Das Kommuniqué fordert von Jugoslawien die Rückkehr zur wahren marxistischen Politik oder die Durchführung eines Wechsels der Spitzen der Kommunistischen Partei.

Aus dem Pessus des Kommuniqués, daß die Kritik bereits in den von der Kommunistischen Partei Rußlands

Prag, 28. Juni im Ostblock

Internationale monatliche Übersicht über Juni 1948, Nr. 11

1. Fragen zum Fall Jugoslawien.

Der Ausschluß der Leitung der jugoslawischen kommunistischen Partei und dieser Partei als Ganzes aus der Kominform, d. h. aus den Reihen des internationalen Kommunismus, ist keine der gewöhnlichen „Reinigungen“.¹⁾ Tito und die anderen Führer der KP Jugoslawiens sind zugleich die Häupter der jugoslawischen Regierung. Die bürgerliche Welt hat daher dieses Ereignis mit dem größten Jubel begrüßt als den Beginn eines Bruches und als Anzeichen für Spannungen und Gegensätze im Ostblock, die sie nicht vermutet und erwartet hatte. Es wurde angeführt, daß starke Spannungen auch bestehen zwischen der SU und Polen. Es wurde ferner erinnert an den von der SU zurückgewiesenen Vorstoß Bulgariens (Dimitroff) in der Richtung eines Balkanblocks.²⁾ Andere Stimmen der bürgerlichen Welt waren nicht so sicher über den bevorstehenden Zerfall des Ostblocks und meinten vielmehr, wenn die SU diesen Schritt getan habe, so sicher, nachdem sie alle Vorbedingungen geschaffen habe, um sich in Jugoslawien durchzusetzen. Der Schritt sei als ein Mittel der SU zu betrachten, um ihre sogenannten Satelliten-Staaten fester als bisher in die Hand zu bekommen.

Für Sozialisten und Kommunisten sind es andere Fragen, die durch den Fall Jugoslawien aufgerollt werden. Im Bereiche der SU selbst sind die Fälle Legion,³⁾ [in denen Kommunisten,] die bisher als Grundsäulen des internationalen Kommunismus und des Sowjetstaates betrachtet worden waren, von einem Tag zum anderen als „Verräter“ erklärt, beseitigt, und ihr Name aus einem Ehrenname in einen Schimpfnamen verwandelt wurde. Dies gilt auch für viele auswärtige Kommunisten. Aber in dem zweiten Falle handelte es sich immer nur um Führer der kommunistischen Parteien, die noch um die Macht kämpften. Der Fall Jugoslawien ist der erste Fall, wo Führer einer kommunistischen Partei mit dem Bannfluch belegt und ausgeschlossen werden, die zugleich die Häupter eines Staates außerhalb der SU sind.

Damit ist vor allem die Frage aufgerollt des Verhältnisses der SU zu den anderen Staaten mit kommunistischer Führung. Der Fall Jugoslawiens ist für Sozialisten und Kommunisten jedenfalls der Beweis, daß dieses Verhältnis nicht das der brüderlichen Harmonie ist, das sie glaubten, auf Grund der gemeinsamen kommunistischen Grundsätze und Ziele voraussetzen zu können. Daß auch auf Grund gemeinsamer Prinzipien Differenzen über taktische Fragen auftauchen können, ist selbstverständlich, was aber nicht

selbstverständlich, sondern überraschend ist, daß die äußersten Mittel der kommunistischen Disziplin aufgeboten werden, um ihrer Herr zu werden. Und noch überraschender ist die gegenüber der Führung der kommunistischen Partei Jugoslawiens erhobene Beschuldigung, daß sie den Boden des Kommunismus verlassen habe und auf den des Nationalismus und Kapitalismus übergegangen sei. Denn das ist der Inhalt der Anklage der Kominform und ihrer organisatorischen Maßregeln.

Die Kommunisten der anderen Länder müssen sich fragen: was steht da noch fest? Die kommunistische Partei Jugoslawiens hatte doch eine soziale Revolution im Lande durchgeführt, die bürgerliche Klasse entmachtet und selbst die Macht in die Hand genommen. Und danach soll sie den Boden des Kommunismus aufgegeben haben und wieder Anschluß an die kapitalistische Welt suchen? Wenn diese Anschuldigung zutrifft, so ist sie ein schwerer Schlag für den Weltkommunismus und Sozialismus, und nicht minder, wenn sie nicht zutrifft. Trifft die Anschuldigung zu, so rückt sie die Fähigkeit der KPdSU, die internationale kommunistische Weltbewegung zu führen, in ein sehr trübes Licht. Ein bekannter und viel zitierter Ausspruch Lenins besagt, daß eine kommunistische Parteiführung nicht nur für sich selbst, sondern auch für die von ihr Geführten verantwortlich sei. Trifft die Anschuldigung nicht zu, so sind die Methoden einer solchen Führung um so zweifelhafter.

Der Fall Jugoslawien wirft so oder so ein Licht auf die Frage der Führung der internationalen kommunistischen Bewegung durch die KPdSU auf. Er wirft zugleich die Frage des Verhältnisses von Staaten unter kommunistischer Führung zur SU auf. Und darüber hinaus überhaupt die der Zusammenarbeit kommunistischer Staaten.

Die Leitungen der kommunistischen Parteien außerhalb der SU haben sich beeilt, dem Beschluß der Kominform „einstimmig“ ihre Zustimmung zu geben.⁴⁾

Aus der Resolution der Kominform selbst geht hervor, daß die Initiative zum Vorgehen gegen die Jugoslawen von der KPdSU ausging, die während mehrerer Monate kritische Briefe an die jugoslawische Parteileitung richtete. Die anderen Parteien der Kominform haben sich schließlich der KPdSU angeschlossen, in einer Sitzung, zu der die jugoslawische Leitung nicht erschien, da sie im Bilde war, was ihr bevorstand. Und schließlich hat dann das ZK der KPdSU den Beschluß der Kominform „bestätigt“. Aber alle diese Formalitäten schaffen die aufgerollten Fragen nicht aus der Welt.

Worin besteht der wirkliche Konflikt zwischen der SU und Jugoslawien? Es ist klar, daß es kein Konflikt um irgendwelche „Ismen“ ist,⁶⁾ sondern um bestimmte politische und vielleicht auch wirtschaftliche Fragen. Die Resolution der Kominform bewegt sich fast ausschließlich auf dem Gebiet der Ismen, das heißt, der Allgemeinheiten. Sie ist ein Stück der üblichen

Partei-Scholastik,⁷⁾ ein Katalog von „Abweichungen“, die die jugoslawische Parteiführung aufweise. Da gibt es Trotzismus, Bucharinismus, Menschewismus, bürokratisches Sektierertum oder sektiererischer Bürokratismus, linkes Abenteurerertum, Nationalismus, Verlassen des Internationalismus, Aufgeben der innenpolitischen Demokratie, türkische Terrormethoden in der Partei usw.⁸⁾ Kurz, nach dieser Resolution wäre die jugoslawische Partei geradezu eine Musterkarte aller „Abweichungen“, die überhaupt denkbar sind. Prüft man aber diese Resolution daraufhin, was sie an konkreten Konflikten enthält, so ist die Ausbeute sehr mager und beschränkt sich im wesentlichen auf das Folgende:

Die KP Jugoslawiens führte eine Politik des Hasses gegen die SU und ihre kommunistische Partei. Die militärischen Spezialisten der SU würden unterschätzt. Mitglieder der Sowjetarmee würden diskreditiert. Die Sowjet-spezialisten, die im Lande sind, würden durch die jugoslawische Geheimpolizei systematisch überwacht, darunter auch Judin, der Vertreter der KPdSU in der Kominform und viele andere Vertreter der SU in Jugoslawien.⁹⁾ Die Außenpolitik der SU würde auf eine Stufe gestellt mit der imperialistischen Staaten, die SU werde wie irgendein bürgerlicher Staat behandelt. Es werde eine trotzkistische Propaganda der „Entartung“ der KPdSU getrieben. Die Führer der KP Jugoslawiens wiesen übertriebenen Ehrgeiz und „Megalomanie“ (Größenwahn) auf.

Aus allem geht eins als unzweifelhaft hervor: daß das Verhältnis zwischen den jugoslawischen Kommunisten und den im Lande befindlichen Emissären¹⁰⁾ der SU und der KPdSU nicht ein Verhältnis der vertrauensvollen Zusammenarbeit, sondern des gegenseitigen Mißtrauens ist.

Wer trägt die Schuld oder die Hauptschuld? Sollten es die Jugoslawen allein sein, wie die Resolution behauptet? Oder sollten es in erster Linie die sowjetischen Emissäre sein? Die Frage wirft sich unvermeidlicherweise auf. Aber um sie zu beantworten, müßte man eine Kenntnis der konkreten Vorgänge im Lande haben, die uns abgeht. Es ist dies keine Frage des persönlichen Verhaltens der Einen oder der Anderen, sondern des Regimes, das die sowjetischen Beauftragten im Lande führen und der bestimmten Anforderung, die sie an das Land und seine Regierung stellen. Wenn die jugoslawischen Kommunisten die russischen Kommunisten und Fachleute, die sie im Lande haben, als entartet bezeichnen und sogar „Haß“ gegen sie vorhanden ist, so deutet das jedenfalls auf einen gewaltigen Abstand in der allgemeinen Einstellung der beiden Seiten. An sich ist das nicht verwunderlich. Die jugoslawische Partei steht am Anfang einer revolutionären Bewegung und Entwicklung, sie hat wenig alte Parteikader, die russischen Beauftragten sind das Ergebnis einer dreißigjährigen Entwicklung der KPdSU und der SU, die nicht nur positive, sondern auch negative Seiten aufweist, wozu nicht zuletzt eine übernormale Dosis nationaler Einbildung und Macht-

bewußtsein gehört. Daß die Jugoslawen nach alledem, was sie durchgemacht und geleistet haben, in diesem Punkt empfindlich oder gar überempfindlich sind, ist ebenso begreiflich.

Prüft man die allgemeinen Beschuldigungen gegen die Jugoslawen, so ergeben sich einige sehr merkwürdige Fragen.

Die jugoslawische Partei wird beschuldigt, daß es in ihr keine innerparteiliche Demokratie, keine Kritik und Selbstkritik gebe, daß die Mehrheit des ZK der Partei größtenteils durch Kooptierung gebildet, nicht gewählt sei,¹¹⁾ daß es keine Parteiversammlungen gebe oder daß sie geheim seien, daß die Rechte der Mitglieder mit Füßen getreten werden, daß ein „schändliches“, rein „türkisches“ Regime in der Partei herrsche, eine „sektiererisch-bürokratische Methode“, ein „halblegaler Zustand“ der Partei usw. Und wo ist heute die innerparteiliche Demokratie in der KPdSU? Gewiß, die alten Formen werden in der KPdSU noch eingehalten, nur ist der Inhalt daraus verschwunden. Die Parteiwahlen sind von oben vorher bestimmt, und die Beschlüsse der Parteikörperschaften sind seit langer Zeit alle „einstimmig“. Ebenso ist die sogenannte Kritik und Selbstkritik von oben arrangiert. Die Jugoslawen scheinen die Dinge nur naiv-offen, ohne Verkleidung zu machen. Die Jugoslawen werden beschuldigt, daß sie eine falsche Politik im Dorfe machen, daß sie nicht die Klassenunterschiede im Dorfe sehen, vor allem nicht die kulakischen, kapitalistischen Elemente, daß sie die bucharinsche Theorie vom friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus praktizieren und die Bauern für die feste Grundlage des Staates halten, während die Leninsche Lehre die sei, daß der Klassenkampf sich bei diesem Übergang verschärfe.

Aber wie lange ist es her, daß die Lehre vom friedlichen demokratischen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, ebenfalls gestützt auf Lenin, in Deutschland und anderen Ländern von den kommunistischen Parteien, die hierin von der KPdSU inspiriert¹²⁾ sind, als neue Weisheit verkündet wurde?¹³⁾

Die jugoslawische Partei wird beschuldigt, daß sie sich der Volksfront unterordne, sich in ihr auflöse, kein spezielles Programm im Unterschied von der Volksfront entwickle und mit ihm vor den Massen auftrete.¹⁴⁾

Und wie stand es damit bis vor kurzem in anderen Ländern, in Frankreich, Italien usw.? Die jugoslawische Partei wird des Überganges auf den Boden des Nationalismus, des Verlassens des Internationalismus beschuldigt.

Man braucht aber nur die Resolution der Gründungskonferenz der Kominform nachzulesen, um hier den Nationalismus, den Kampf für die „nationale Unabhängigkeit“ als Leitstern für die kommunistischen Parteien angezeigt zu finden, während vom Internationalismus da nirgendwo die Rede ist, außer in der Form einer losen Zusammenarbeit, gegenseitiger Information usw. der kommunistischen Parteien. Wo ist also die Hauptquelle dieser „Abweichung“, wenn nicht im international leitenden kommunistischen

Zentrum selbst? Wo treten da die internationalistischen, kommunistischen Grundauffassungen, im Unterschied von den jeweiligen nationalistischen Tageslosungen, die sich oft von Partei zu Partei widersprechen, vor den Massen zu Tage?

Die Jugoslawen werden schließlich angeklagt, daß sie, nachdem diese Kritik an ihnen geübt worden war, eine Reihe ultralinken abenteuerlicher Dekrete erlassen hätten, in denen von der vollständigen Liquidierung aller ausgebeuteten Klassen im Lande die Rede war, während die politischen und wirtschaftlich-technischen Voraussetzungen für die Kollektivierung der Landwirtschaft noch fehlen, die allein die Handhabe für die Beseitigung der kapitalistischen Elemente im Dorf abgeben könne. Diese seien aber gegenwärtig der Hauptteil der noch vorhandenen Ausbeuterelemente im Lande. Der Liquidierung der Kulaken als Klasse auf dem Dorfe müsse die Einschränkung ihrer Ausbeutertätigkeit vorangehen.

Das alles ist zweifellos richtig, aber es wirft die Frage auf, was hat die KPdSU getan, um die Frage während der äußerst schwierigen Übergangszeit nicht nur richtig im Lande zu stellen, sondern auch um die Schaffung der praktischen Vorbedingungen für ihre Lösungen zu fördern? Und hier, glauben wir, stoßen wir auf den Kern des Konfliktes und der Schwierigkeiten. Jugoslawien ist ein Bauernland mit wenig und unentwickelter Industrie.¹⁵⁾ Die Resolution selbst stellt fest, daß das individuelle Eigentum an Grund und Boden und der individuelle landwirtschaftliche Betrieb noch im Lande vorherrscht. Der Boden ist nicht nationalisiert. Er kann verkauft und vererbt werden. Es war sehr wenig Großgrundbesitz zur Verteilung an die Bauern vorhanden. Die Agrarverhältnisse sind also gründlich anders, als sie im zaristischen Rußland waren und wo sie die Grundlage für die bürgerliche Stufe der Agrarrevolution und für die Nationalisierung des Bodens bildeten.

Aber die SU ist heute und wahrscheinlich für längere Zeit nicht in der Lage, dem Land genügend Maschinen zu liefern, um rasch die jugoslawische Industrie zu entwickeln und die technischen Voraussetzungen für die Überführung der Landwirtschaft von der Grundlage des Einzelbetriebes auf sozialistische Grundlage zu schaffen. Das ist nicht zuletzt auch dadurch bedingt, daß die SU so gewaltige industrielle Kräfte einsetzen muß für die Überwindung der eigenen Kriegsschäden und für die Stärkung der Wehrfähigkeit des Landes.

Es sind hier also sachliche Schwierigkeiten vorhanden. Aber sie werden nicht durch eine Überdosis der starken Faust überwunden. Ein gut Teil dieser Schwierigkeiten hätte überwunden werden können, wenn die KPdSU in ihrer deutschen Zone die industrielle Entwicklung in diesem Gebiet selbst gefördert hätte, statt die dortige Industrie in großem Umfang abzubauen und sicher unter großen Verlusten wegzuführen.

Ein zweiter wesentlicher Faktor des Konfliktes ist die Tatsache, daß die kommunistischen Parteien Jugoslawiens und der SU zwei sehr verschiedene Phasen der kommunistischen Parteientwicklung darstellen, wobei das Plus aber durchaus nicht immer auf der sowjetischen Seite liegen muß. Der Konflikt zeigt jedenfalls, daß die Russen nicht verstanden haben, ein Verhältnis des Vertrauens und der Kameradschaft zu schaffen.

Schließlich die Frage der Balkanföderation, die offenbar keine große Rolle bei den russisch-jugoslawischen Auseinandersetzungen gespielt hat. Bekanntlich war bereits vorher Dimitroff mit diesem Gedanken aufgetreten, aber von Moskau zur Ordnung gerufen worden. Nach dem Ausschluß sind die Jugoslawen sogleich mit diesem Gedanken öffentlich an Bulgarien und Albanien herantreten.¹⁶⁾ Der Gedanke der Balkanföderation hat eine lange Tradition in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung der Balkanländer.¹⁷⁾ Er drückte im lokalen Rahmen den Wunsch und die Erwartung aus, daß die ewigen Konflikte der Balkanländer überwunden werden könnten, wenn sie auf die sozialistische Grundlage übergehen, und daß die Balkanföderation zugleich diesen Ländern die Möglichkeit biete, sich der Eingriffe des westlichen und mitteleuropäischen Imperialismus zu erwehren.

Wir glauben, daß die Russen recht haben, wenn sie die Balkanföderation heute für überholt erklären. Dieser Rahmen ist zu eng geworden, wirtschaftlich, politisch und militärisch ist heute allein der Rahmen der Gesamtheit der Länder des Ostblocks weit genug. Das Ziel muß sein, in diesem erweiterten Rahmen die größtmögliche Einigkeit und Zusammenarbeit herzustellen. Unter den heutigen Umständen kann die Balkanföderation nur den Sinn haben, eine selbständige Zwischenstellung zwischen der SU und den Westmächten einzunehmen. Aber das Bedürfnis dafür kann nicht von ungefähr sein. Es würde nicht entstehen, wenn das Verhältnis der SU zu den Balkanländern befriedigend und richtig wäre.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die SU mit Jugoslawien und ihrer kommunistischen Partei fertig werden kann. Das Machtverhältnis ist ungleich, und der Rückweg zu den kapitalistischen Westmächten ist den Jugoslawen durch ihre ganze innere Entwicklung versperrt. Aber daß dieser Konflikt entstehen und bis zu dieser Schärfe anwachsen kann, weist nicht nur auf jugoslawische, sondern auch auf schwere Fehler der Politik der SU in Jugoslawien und anderen Ländern der Sowjetsphäre hin. Die gewaltsame Lösung des Konfliktes, die jetzt unausbleiblich erscheint, wird nicht nur in Jugoslawien einen großen Scherbenhaufen schaffen, sondern wird auch in der ganzen Welt schwere Zweifel an der Fähigkeit der russischen Kommunisten und ihrer leitenden Rolle in der kommunistischen Weltbewegung erwecken.

Die Kritik an den Fehlern und Unzulänglichkeiten der Methoden dieser Führung, wir meinen die wirkliche und nicht künstlich aufgezoogene Kritik, ist eine Lebensfrage der kommunistischen Weltbewegung geworden, und sie

kann so geführt werden, daß sie dem Klassengegner nicht nützt, sondern schadet. Wenn diese innere Kritik ausbleibt, und nicht die notwendigen Folgerungen aus ihr gezogen werden, so wird der Fall Jugoslawien nicht der letzte dieser Art gewesen sein.

2. Die Zerreißung und Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Kampf um Berlin ist noch im Gange, daher ist noch keine abschließende Beurteilung möglich.¹⁸⁾ Nur zwei Dinge stehen heute schon fest:

1. daß dieser Kampf auf dem Rücken und auf Kosten der Berliner und der übrigen deutschen Bevölkerung durchgeführt wird,
2. daß er ein äußerst gefährliches Spiel mit dem Kriegsfeuer geworden ist, weil neben den materiellen Fragen des Besitzes von Berlin die Prestigefragen auf beiden Seiten eine überragende Rolle eingenommen haben.

Trotzdem glauben wir nicht, daß an Berlin sich das Kriegsfeuer heute oder morgen entzünden wird, weil beide Lager noch nicht mit den Vorbereitungen zum Krieg fertig sind. Der Kampf um Berlin ist eben ein Teilstück der beiderseitigen Vorbereitungen für den Krieg. Der Kampf um Berlin ist zugleich eine Etappe in der Zerreißung Deutschlands.¹⁹⁾

Diese nähert sich der Vollendung. Die Einführung zweier verschiedener Währungen in Deutschland, die jetzt vollzogene Tatsache ist, und zum grotesken und unhaltbaren Ergebnis geführt hat, daß es heute zwei Währungen in Berlin gibt, besiegelt die wirtschaftliche Zerreißung Deutschlands. Die politische Zerreißung Deutschlands ist durch den Auftrag der westlichen Besatzungsbehörden an die Ministerpräsidenten der „Länder“ der Westzone, mit der Ausarbeitung einer föderativen Verfassung für diese Zone zu beginnen, und mit der Dekretierung eines Besatzungsstatutes einen wesentlichen Schritt weiter dem Abschluß angenähert worden.²⁰⁾

Der Streit um Deutschland wird von den Besatzungsmächten nicht nur materiell, sondern auch ideell geführt. Beide Seiten wenden sich an das deutsche Volk, daß es sich für die eine oder die andere Seite erkläre und Partei ergreife. Der Streit geht in erster Linie darum, wer die Zerreißung angefangen habe, wer dafür verantwortlich sei. Für das deutsche Volk ist diese Frage müßig, nebensächlich. Die Zerreißung Deutschlands war in dem Augenblick vorherbestimmt, wo Deutschland in eine östliche und westliche Besatzungszone geteilt wurde, wobei die Zonengrenze zwischen Osten und Westen zugleich eine Grenze zwischen zwei entgegengesetzten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturformen war. Wer jeweils diesen oder jenen Schritt zur Zerreißung zuerst getan hat, ist für das deutsche Volk nebensächlich. Der müßige Streit darüber lenkt von dem ab, was für das deutsche Volk, und wir meinen hier in erster Linie seine werktätigen Klassen, das Wesentliche ist. Dieses deutsche Volk hat heute unter den verschiedenen Besatzungsregimen sehr wenig Möglichkeit, seine eigene Meinung und seinen eigenen Willen

auszudrücken. Hörbar sind in diesem Deutschland fast nur die Echos der Kampfrufe der Westmächte und der SU. Aber ein 70-Millionen-Volk wie das deutsche, das immerhin im Laufe seiner Geschichte einen erheblichen Beitrag zur Menschheitskultur im allgemeinen und zum geistigen Schatz des internationalen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse geleistet hat, kann nicht einfach ein Echo fremder Stimmen sein. Es muß seinen eigenen Standpunkt entwickeln und zur Geltung bringen. Es ist weder geistig noch materiell so ohnmächtig, wie es scheint. Die Westmächte selbst anerkennen durch ihre Worte und ihre Handlungen, daß Deutschland ein entscheidender Faktor für den Wiederaufbau Europas in ihrem, d. h. dem kapitalistischen Sinne ist. Auf der anderen Seite ist ebenfalls klar, daß die deutsche Produktivkraft für den sozialistischen Aufbau Gesamteuropas unentbehrlich ist. Die deutsche Arbeiterklasse als Träger der Produktion ist also eine Kraft aus eigener Macht, und zwar die entscheidende in Deutschland.

Es handelt sich für sie darum, die bloße Möglichkeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Durch die jetzt zum Abschluß kommende Zerreißung Deutschlands ist für seine Arbeiterklasse wie für die Nation als Ganzes die Frage der Wiedervereinigung gestellt. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich klar darüber sein, daß die Frage der Wiedervereinigung, d. h. der Wiederherstellung der nationalen Einheit nicht mehr vom engen nationalen Standpunkt aus zu lösen ist, sondern nur noch vom Standpunkt Gesamteuropas, mit Einschluß der SU (die sich bekanntlich auch auf beträchtliche Teile Asiens erstreckt). Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich unabwendbar zu der Frage erweitert, ob die wirtschaftliche und gesellschaftliche Vereinheitlichung Deutschlands auf kapitalistischer oder sozialistischer Grundlage stattfindet.

Es liegt auf der Hand, daß die westliche Lösung nur eine kapitalistische sein kann und daß dabei Deutschland zum Ausfallstor und Sturmbock für die im Osten durchzuführende kapitalistische Konterrevolution gemacht würde, wobei der Osten schon mit der Ostzone beginnen würde. Die nationale Einheit Deutschlands würde auf diese Weise freilich auch wiederhergestellt, aber auf Kosten des Sieges der kapitalistischen Konterrevolution in ganz Europa und seiner Unterwerfung unter die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals. Das ist die Perspektive, die mit der Errichtung der Westzone zu einem „demokratischen“ Staat eröffnet wird. Sie entspricht sicher nicht dem Willen der schwer geprüften deutschen Arbeiterklasse, obwohl heute ein Teil von ihr sich durch die unmittelbaren materiellen Vorteile der Einbeziehung der Westzone in die amerikanische „Europahilfe“ verwirren oder lähmen lassen mag.²¹⁾ Was die Art der Demokratie anlangt, die der Westzone gewährt werden soll, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Westmächte sich das entscheidende Wort über die künftige Verfassung der Westzone vorbehalten haben, daß sie über das Ruhrgebiet, das industrielle Herz

Deutschlands, nach ihren Interessen, nicht denen Deutschlands verfügen werden, solange nicht der europäische Friede sichergestellt sei,²²⁾ was nichts anderes besagt, als daß sie solange bleiben wollen, bis die gesamteuropäische kapitalistische Konterrevolution durchgeführt ist. Eine Verfassung aber, die unter fremder Besatzung zustande kommt und ausgeübt wird, kann weder eine demokratische, noch kann sie eine deutsche Verfassung sein, auch wenn sie schließlich bei dem am Ende durchzuführenden Referendum²³⁾ eine Mehrheit dafür ergeben würde. Die deutsche Arbeiterklasse muß alles aufbieten, um gegen diese Entwicklung, wenn sie sie noch nicht verhindern kann, zu protestieren. Der Schwerpunkt dieses Protestes muß aber nicht in der Frage der deutschen Einheit als solcher liegen, sondern in der Frage der Einheit Deutschlands und Europas auf sozialistischer Grundlage.

Denn nur in dieser Form kann der Protest und Widerstand gegen die Zerreißung Deutschlands als Teilstück der Vorbereitung der kapitalistischen Konterrevolution in ganz Europa auf die westliche Arbeiterklasse wirken.

Die Frage der nationalen Einheit Deutschlands liegt den Arbeitern Westeuropas weit ferner als die Frage des gemeinsamen Kampfes zusammen mit der deutschen Arbeiterklasse für die sozialistische Umgestaltung Europas. Zwischen dem Schicksal der sozialistischen Revolution in England, Frankreich, Italien usw. und dem der sozialistischen Revolution in Deutschland besteht der unmittelbarste und klarste Zusammenhang. Die Verwendung Westdeutschlands als Sturmbock gegen die bestehenden sozialistischen Einrichtungen im Osten bedeutet zugleich die Blockierung der zu vollziehenden sozialistischen Revolution in England, Frankreich usw. An der deutschen Arbeiterklasse liegt es, diese vollkommene Solidarität der Klasseninteressen den Arbeiterklassen Westeuropas zum klarsten Bewußtsein zu bringen und auf Grund dessen eine wachsende Solidarität des Handelns zu erzielen.

Auch in Bezug auf die östliche Lösung kann die Rolle der deutschen Arbeiterklasse nicht die des bloßen Echos der Besatzungsmacht sein. Im Osten wie im Westen muß die Frage der Räumung als dringliche und unbedingte Forderung erhoben werden. Wenn unter der Besatzung keine wirkliche Demokratie möglich ist, weder bürgerliche noch proletarische, so ist auch unter ihr kein voller und wirklicher Sozialismus möglich. Die „Befehle Nr. soundsoviel“²⁴⁾ müssen verschwinden und mit ihnen diejenigen, die diese „Befehle“ geben. Nur wenn die deutschen Arbeiter ihre sozialistische Wirtschaft selbst verwalten, können sie sich auf gleichem Fuße in eine sozialistische Gesellschaft Gesamteuropas einfügen, und nur so können sie ein Höchstmaß leisten, um Deutschland und Europa wieder auf die Beine zu stellen und dem amerikanischen Kapital gegenüber standzuhalten. Nur wenn die deutschen Arbeiter ihren Staat selbst verwalten, können sie eine solche Form des sozialistischen Staates schaffen, der eine Anziehung auf die Arbeiterklassen Westeuropas ausübt.

Die SU kann der Ostzone, selbst den besten Willen vorausgesetzt, materiell sehr wenig geben. Keine Propaganda kann hier den Eindruck der Tatsachen überwinden. Was sie den deutschen Arbeitern geben kann, das ist die Möglichkeit für sie, sich selbst zu helfen, wirtschaftlich, politisch und kulturell ihre Kräfte auf sozialistischer Grundlage frei zu entfalten. Das liegt zwar im Interesse der SU, aber damit ist noch nicht gesagt, daß es freiwillig, rechtzeitig und im vollen Ausmaß geschieht. Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland sprechen da für sich selbst. Und die jugoslawische Erfahrung kommt hinzu. Das Befehlen ist bequemer. Das notwendige Maß der Selbstbestimmung wird der deutschen Arbeiterklasse nicht von oben her geschenkt werden. Es muß und kann von ihr erkämpft werden. Denn es ist das einzig mögliche und ausreichende Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Übermacht des amerikanischen Kapitals.

Lieber Fritz,

Habana-Vedado, 7. Juli 1948

Ich bin Dir sehr dankbar, daß Du Dich nicht hast abhalten lassen, mir weiter zu schreiben, obwohl ich selber nichts zur Korrespondenz beigetragen habe. Ich habe meine ganze Korrespondenz eine Zeitlang zurückgestellt und andere Sachen gemacht. Die große Hitze hier (immer zwischen 30 und 32°C Maximum!) mag einen Teil der Schuld daran tragen. Aber Deine Briefe sind mir immer sehr interessant, und ich bitte Dich, so wie bisher fortzufahren...

Die Berichte der "Neuen Zürcher Zeitung" über die CSR waren die besten, die ich bisher gesehen habe (Auch ihre Berichte über Deutschland sind sehr aufschlußreich).

Nur eine Sache dabei ist mir aus dem Material nicht ganz klar geworden: wie sind die Aktionsausschüsse zustande gekommen, wie sind sie organisiert? Das interessiert anscheinend die bürgerlichen Herrschaften, die berichten, sehr wenig, aber für uns ist es eine sehr wichtige Frage. Wenn Du darüber mir näheren Aufschluß verschaffen könntest - mit soviel Einzelheiten als möglich - so wäre es mir sehr erwünscht.

In der jugoslawischen Geschichte ist mir noch vieles dunkel; ich habe deswegen den Abschnitt, den ich darüber geschrieben habe, mehr in Form von Fragen als in der von bestimmten Behauptungen gemacht. Was waren die konkreten Konflikte? Darüber besagt das vorliegende Material sehr wenig.

Am interessantesten waren mir in Deinen Berichten über England die Angaben über die wachsende Spannung zwischen oben und unten in der Labour-Party und das unter den englischen Arbeitern herrschende Gefühl, daß sie weit zurück sind hinter ihren Auf-

gaben. Aber ich muß gestehen, daß ich noch keinerlei Vorstellung darüber habe, wie diese Spannung sich organisatorisch formen kann. Die KP ist offenbar noch nicht in der Lage, von unten eine wirkliche Führung zu geben. Die Hauptfehler dabei sind, 1) daß sie außenpolitisch zu sehr als Echo der SU erschienen, 2) daß sie das Schwergewicht nicht auf die inneren Fragen verlegen, und 3) daß sie in den inneren Fragen noch immer nicht das Kettenglied gefunden habe, d.h., die Übergangslösungen, die weiterführen.

Und doch zeigen alle Vorgänge und Berichte, daß die "Arbeiterkontrolle der Produktion" heute die Frage ist, die am breitesten und tiefsten unter den englischen Arbeitern Fuß gefaßt hat. Allerdings, darüber soll man sich nicht täuschen, ist sie noch keine revolutionäre Lösung, in dem Sinne, wie sie in Rußland 1917 war, d.h. daß die Arbeiter allein die Führung der Betriebe übernehmen, während die Unternehmer noch formell Eigentümer bleiben. Die englische Geschichte ist noch eine echt englische Kompromißlösung - die Beteiligung der Arbeiter, zu gleichen Rechten, an der Leitung der Betriebe. Aber ich sollte mich sehr irren, wenn es nicht gerade der Kampf und ein solcher Kompromiß wäre, der weiterführt, indem er praktisch zeigt, daß die Unternehmer auf einen solchen Kompromiß nicht eingehen, daß man also weiter gehen muß, d.h. die ganze Leitung in die Hand nehmen. In dieser Frage ist allem Anschein nach doch ein großer Fortschritt im Bewußtsein der Arbeiter gemacht worden, einen Ausdruck davon sehe ich in der Stellungnahme Schindells zur Frage der Nationalisierung und Sozialisierung. Und ebenso wichtig, daß die Eisenbahner in ihrer Masse die Forderung aufnehmen, und ebenso, wenn auch mehr in der negativen Weise der Unzufriedenheit mit dem Coal bord, die Kohlenbergleute. Hier sehe ich den Punkt, wo breite Massen sich vorwärts bewegen und wo es entscheidend wäre für Leute, die über den Moment hinaussehen, einzugreifen, indem sie die nächsten Ziele konkret weisen und die nötige Klarheit bringen.

Ich habe den Eindruck, daß für die englischen Arbeiter (d.h. in ihrem Bewußtsein) das zehnmal wichtiger ist als alle außenpolitischen Fragen, wo die imperialistischen Traditionen auch bei ihnen offenbar noch nicht ihre Rolle spielen. Diese Tradition ist sehr schwer direkt zu überwinden, der wirkliche Weg zu ihrer Überwindung wird vermutlich der indirekte sein: 1) der Kampf um die entscheidenden inneren Fragen, 2) der wachsende Widerstand gegen die britische Herrschaft in den verbleibenden Kolonien selbst (Afrika)...

Herzliche Grüße, auch von meiner Frau für Dich und Anna, Aug.

Lieber Heinz,

Habana-Vedado, 26. Juli 1948

ich habe immer wieder verschoben, Ihnen zu schreiben, in der Erwartung, daß die Geschichte mit der Cubanidad in den jeweils nächsten Tagen in Ordnung kommen werde. Und dann auch aus Verdruß, daß immer neue Verzögerungen, Formalitäten usw. auftauchen - trotz aller Versprechungen, Zusicherungen usw. Über die Details zu schreiben, ist zu ekelhaft. Mit ein paar hundert Pesos wäre die Sache sicher längst in Ordnung, aber ich habe sie nicht. So bleibt mir nichts übrig, als den Ochsenweg weiter zu schleichen, bis die Sache endlich klappt...

Die Berichte über die Tätigkeit von Alfred Schmidt waren ja sehr erfreulich. Ich habe nur beim Lesen das unheimliche Gefühl, daß man ihn schon jeden Augenblick "verschwinden" lassen könnte und wundere mich eigentlich, daß es noch nicht der Fall war. Ich nehme an, daß inzwischen weitere Berichte vorliegen und bitte darum...

Aus den Berichten über die Tätigkeit unserer Freunde in D. geht eine starke Tendenz hervor, herauszugehen aus der Partei. Ich halte das nicht für richtig. Ich nehme an, daß von oben in der nächsten Zeit die Tendenz wachsen wird, sie loszuwerden, und sie sollten sich nur um so fester anklammern. Die Entscheidung zwischen West und Ost wird immer akuter gestellt, und es ist klar, daß die SPD zu dem Vorkämpfer für den "Westen" in der Arbeiterschaft wird, so daß das Teilnehmen an der Verantwortung dafür immer mißlicher wird. Der Spielraum zwischen beiden Lagern wird immer enger.

Im ganzen habe ich mehr und mehr den Eindruck, daß die Aussichten auf entscheidende Initiativen der westlichen Arbeiterklasse eher abnehmen als wachsen, und daß dementsprechend die angenehme Aussicht, daß Westeuropa mindestens zeitweilig durch das, was Marx "Die kalmückische Schule" genannt hat, wird gehen müssen, an Wahrscheinlichkeit wächst, nicht abnimmt.

Ich lese eben mit einiger Sorgfalt die Broschüre von Paul Sering, die Sie mir geschickt haben. Sehr kenntnisreich, geschickt und offenbar auch aufrichtig, wenn auch in entscheidenden Fragen an der Oberfläche bleibend. Im Grunde ist es die "europäische Kultur", mit allem, was drum und dran hängt an Individualismus usw., um die sich sein Gedankengang dreht, oder anders, der Gegensatz zum "Kalmückentum". Und das wirkt offenbar auch enorm stark auf die westeuropäischen Arbeiter. Und doch, was bleibt übrig, als der Sozialismus in Barbarengestalt, wenn die Herren Europäer nicht die Initiative zu was Größerem entwickeln? Ich kann mich nicht entschließen, diese

Barbarengestalt schön oder angenehm oder erwünscht zu finden, aber ich kann mich nicht dem Eindruck verschließen, daß diese traurige Notwendigkeit als eine wahrscheinliche erscheint...

Ich glaube, daß Sie einer Illusion erliegen, wenn Sie aus dem Fall Varga und einigen anderen Dingen schließen, daß sich in SU kleine Ansätze zu, sagen wir, innerer Demokratie zeigen. Man hat zwar diskutiert, aber tatsächlich hat man den guten Eugen ja "enthoben". Ich sehe auch nicht, wo heute die Voraussetzungen für etwas anderes da wären. Wenn alles auf die Wehrfähigkeit konzentriert wird, und das ist ja wohl unvermeidlich, so kann der innere Druck mindestens nicht abnehmen. Die verstärkte "Abwehr" gegen die "westliche Ideologie" auf allen Gebieten, damit die verstärkte Reglementierung der Geister, und als Endprodukt das Rühmen der eigenen kulturellen Überlegenheit, wo der Barbar (und Schüler) an allen Enden und Ecken bloßliegt, begreift sich wohl in ihrem Zusammenhang, wird darum aber nicht schöner.

Im Fall Jugoslawien sehr ich ein allgemeines Symptom der Richtung, in der die Dinge in der nächsten Zeit wieder weiter marschieren werden: Verschärfter Druck! Tito hat man nur als Beispiel für die anderen herausgegriffen. Dabei ist klar, daß die Massenparteien, die man gebildet hat, verkleinert und gestrafft werden müssen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Nachdem man Krethi und Plethi hat hineinlaufen lassen, kommen jetzt die Hinausschmisse, Reinigungen usw. Das Blöde dabei ist nur dieser ewige Zickzack von einem Straßengraben in den anderen. Den Tito selber werden sie natürlich früher oder später erledigen, aber was für einen Scherbenhaufen wird es geben! Und nicht nur in Jugoslawien. Mir scheint, daß die Russen, so wie sie heute selber im Innern sind, außerstande sind, die Frage des Zusammenlebens kommunistischer Staaten wirklich zu lösen. Nur die kleinen Staaten, die sie um sich versammelt haben, können zwar aufmucken, aber keine wirkliche Wendung bringen. Das könnten nur eine oder zwei große westliche Nationen, aber wo sind die?...

Herz. Grüße, Aug.

Lieber Freund Mogens,

Habana-Vedado, 27. Juli 1948

ich habe Ihren Brief vom 10.4. nebst der Einlage erhalten.
Besten Dank!

Die Reaktion Ihres tschechischen Freundes auf die Übersicht über die CSR hat uns allerhand Spaß gemacht. Ich verfolge die Dinge weiter an der Hand von Ausschnitten aus der Neuen Zürcher

Zeitung, die man mir schickt und die in der Regel ganz interessantes Material enthalten. Aber es ist doch ungenügend. Könnte mir da Ihr tschechischer Freund nicht aushelfen, indem er Ihnen authentisches Material für mich aus der CSR übergibt - allerdings nicht in tschechischer Sprache, da ich leider nicht tschechisch lese. Aber ich nehme an, daß Material über die Vorgänge in der CSR zur Unterrichtung des Auslands in englisch, französisch oder dergleichen weiter herauskommt, wie dies früher der Fall war? Am meisten interessiert mich dabei: 1) Die Umstellung der Wirtschaft nach allen Rücksichten, auch der Landwirtschaft (In besonderem auch statistisches Material über die Wirtschaftsstruktur früher und heute. Statistisches Material könnte ich wohl auch mit tschech. Text verstehen). 2) Die Organisation, Tätigkeit und weitere Entwicklung der Aktionsausschüsse. In all dem bürgerlichen Berichten habe ich nichts darüber gefunden, wie im einzelnen die Aktionsausschüsse gebildet wurden, wie sie zusammengesetzt sind usw. Das interessiert diese Herren nicht, aber es ist ein entscheidender Punkt. 3) Wie der Staatsapparat umgebaut worden ist, wie heute das Verhältnis von Aktionsausschüssen zu den Staatsorganen ist.

Ihr tschechischer Freund wird verstehen, daß ich diese Dinge in freundschaftlichem Geiste behandle, daß es mir vor allem darauf ankommt, zu wissen und zu verstehen, was wirklich geschehen ist.

Meine Aussichten für die Rückkehr nach Europa sind noch sehr unbestimmt. Die Einzelheiten sind zu verdrießlich mitzuteilen. Was Deutschland anlangt, so bin ich mir heute vollkommen klar darüber, daß die einzige Chance darin besteht, mit der einen oder anderen der beiden Banden unisono mitzuheulen. Das aber will ich nicht und ich kann es auch nicht. Denn die Voraussetzung dafür wäre, daß man die jeweiligen Blötheiten der beiden Seiten als Wahrheiten nimmt. Der Preis ist natürlich die Isolierung, aber der Preis auf der anderen Seite ist, daß man auf jede kritische Einsicht verzichtet. Und was hätte das für einen Sinn?

Die Geschichte mit Dortmund wird sich nicht verwirklichen. Ich zweifle nicht daran, daß Helling und seine Freunde ehrlich und eifrig bemüht sind, aber die "Zeit" arbeitet gegen sie, wie mir einmal Helling schrieb.

In Bezug auf die Ostzone bin ich ganz Ihrer Meinung. Sie können nur Knechte brauchen, und ich bin von ihnen ein für allemal als "Parteifeind" gestempelt. Das Beispiel Jugoslawien zeigt, in welcher Richtung die Dinge weitergehen.

Wissen Sie übrigens irgend etwas über die konkreten Streitpunkte? Aus dem ganzen langen Riemen der Kominform-Resolution erfährt

man nichts darüber. Natürlich werden sie Tito irgendwie mit der Zeit unterkriegen und die anderen, die ähnliche Gelüste haben, einschüchtern. Aber am Ende zeigt das alles nur, daß sie nicht die Fähigkeit haben, ein richtiges Verhältnis unter kommunistischen Staaten herzustellen, weil ihre inneren Methoden dies verbieten.

Ich werde mich natürlich sehr freuen, Ihre europäische Wirtschaftsübersicht zu bekommen.

Ich verfolge natürlich laufend die deutsche Entwicklung. Sehr erfreulich, daß jetzt in Berlin der Gedanke öffentlich geäußert worden ist, daß beide Lager abrücken, räumen sollten. Da dies die einzige rationale Lösung ist, wird sie natürlich nicht gemacht werden, aber es ist immerhin ein Fortschritt, daß der Gedanke jetzt von deutscher Seite wenigstens geäußert worden ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn man die deutsche Bevölkerung hätte arbeiten lassen, so wie sie wollte, sie längst wieder auf den Beinen wäre. Aber da Deutschland virtuell über Europa entscheidet, so kommt das nicht in Frage, und das Hin- und Herziehen wird solange weitergehen, bis die Machtfrage so oder so zur Entscheidung kommt. Ein trauriges Schicksal für das deutsche Volk: aber es ist wohl die unvermeidliche Folge dessen, daß es nicht selber die rettende Initiative ergriffen hat. Nichtsdestoweniger geht es mir wie Heine: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht."

Ich würde mich sehr freuen, bald wieder von Ihnen zu hören.
Mit den besten Grüßen, Ihr A.Th.

DIE NEUE ZEITUNG

EINE AMERIKANISCHE ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

SONDERNUMMER

SAMSTAG, DEN 19. JUNI 1948

PREIS 15 PFENNIG

Währungsreform

Frankfurt (N.Z.). — Die Militärregierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs haben am Abend des 18. Juni die ersten gesetzlichen Maßnahmen zur Durchführung der Währungsreform in den drei westlichen Besetzungszonen erlassen, die „Die Neue Zeitung“, zusammen mit einem Merkblatt zur Ausfüllung eines bei der Anmeldung von Bankguthaben auszufüllenden Vordrucks, in der vorliegenden Sondernummer veröffentlicht. Zu den neuen Maßnahmen hielt Jack Bennett, der Finanzberater General Lucius D. Clays, eine Rundfunkrede, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

„Heute Abend haben die Militärregierungen der drei westlichen Besetzungszonen die ersten Mitteilungen über die Neuordnung der deutschen Währung bekanntgegeben. Mit dem kommenden Sonntag werden diese drei Zonen, also der größte Teil Deutschlands, eine neue Währung haben. Die neue Währung heißt die Deutsche Mark. Die dringende Notwendigkeit dieser Maßnahme brauche ich Ihnen ganz gewiß nicht zu erklären. Eine neue gesunde Währung ist erforderlich, damit Waren und Güter für den Verbraucher mit normalem Einkommen wieder erreichbar werden und damit die Produktion auf einer normalen finanziellen Grundlage wieder anlaufen kann.

In diesem Sinne steht hinter der neuen deutschen Währung nicht zuletzt der Marshall-Plan. Ja, wenn wir mit der Stabilisierung der deutschen Währung noch länger gewartet hätten, dann wäre Deutschlands Beitrag zum europäischen Wiederaufbauprogramm in Frage gestellt und damit Deutschlands Anspruch auf Marshall-Plan-Hilfe verloren worden. Hinter der neuen deutschen Währung steht nicht nur die Produktionskraft des Landes mit seinen Bergwerken und Fabriken, sondern auch die Hilfe, die Deutschland durch den Marshall-Plan zufließt.

Im Laufe der vergangenen Woche sind fast fünfhundert Tonnen neuen Geldes auf bewachten Militärlastwagen und -zügen aus Frankfurt in die zweihundert Zweigstellen der Länderzentralbanken in den drei westlichen Besetzungszonen geschafft worden. Von dort erfolgte die Weiterverteilung an die Tausende von Lebensmittelkartenstellen. Die neue Währung wurde bereits vor Monaten gedruckt und nach Deutschland transportiert. Wenn es möglich gewesen wäre, auch mit den Sowjetbehörden ein Übereinkommen zu erzielen — was wir in langen Verhandlungen versucht haben — dann hätte dieses Geld sofort für alle vier Zonen benutzt werden können. So wäre viel Zeit gespart worden. Erst als es sich endgültig herausstellte, daß ein Vier-Mächte-Übereinkommen nicht zu erreichen war, begannen alliierte und deutsche Fachleute die Pläne und Gesetze für eine gerechte und wirksame Währungsreform für die drei westlichen Besetzungszonen auszuarbeiten. Wie es unter Fachleuten überall in der Welt ist, war es auch hier oft schwierig, Übereinstimmung unter diesen verschiedenen Finanzsachverständigen zu erzielen. Nicht alle deutschen Vorschläge konnten berücksichtigt werden. Die Militärregierungen mußten die letzten Entscheidungen treffen, denn sie hatten die letzte Verantwortung. Die Neuordnung der Währung erfolgt ja einheitlich für drei Zonen, und es ist noch kein deutsches Organ vorhanden, das Gesetze für alle drei Zonen erlassen könnte. Ich glaube aber, daß das Endergebnis die besten Bemühen aller Beteiligten verkörpert.

Leipziger Volkszeitung

BRUNNEN, 19 Uhr, im Hans-Jacob-Dinner-Veranstaltungssaal
Parteiarbeiter-Konferenz
 Tagesordnung: Durchführung der Währungsreform, 20. Juni 1948
 Eintritt aus freien Willen

ORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS / BEZIRK WESTSACHSEN

Veröffentlichungsort: der Platz 10, 101 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland

Mittwoch, den 23. Juni 1948

Preis 15 Pfennig

Befehl 111 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland über

Die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Berlin, 23. Juni 1948. In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ist die separate Währungsreform durchgeführt. Die Einheit des Geldumlaufes — die Grundlage der wirtschaftlichen Verbundenheit der einzelnen Gebiete des Landes — ist zerstört. Ein zerschmetternder Schlag ist der Einheit Deutschlands versetzt worden. Verletzt sind das Abkommen über den Kontrollmechanismus und die Potsdamer Beschlüsse, die die Wahrung der Einheit Deutschlands vorsahen. Die separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen beschließt die Spaltung Deutschlands. Die amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden haben die separate Währungsreform gegen die Interessen des deutschen Volkes durchgeführt, um den Wünschen der amerikanischen, britischen und französischen Monopole zu entsprechen, die bestrebt sind, Deutschland zu schwächen und zu zergliedern, es wirtschaftlich zu knechten. Die separate Währungsreform in Westdeutschland hat gleichfalls die Stärkung der Stellung der Vertreter des deutschen Großkapitals und der Junker zum Ziel, die die Machtergreifung des Faschismus sicherten, den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und entfesselten und jetzt der Verknöchtung Westdeutschlands durch die ausländischen Imperialisten Vorschub leisten.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland, entsprechend den Anweisungen der Sowjetregierung, trat einer separaten Währungsreform in den einzelnen Besatzungszonen Deutschlands entgegen, bestand auf der Verwirklichung einer gesamtdeutschen Währungsreform. Eine einheitliche Währungsreform in ganz Deutschland war möglich und für Deutschland notwendig. Im Kontrollrat war Einstimmigkeit über die Grundlagen einer gesamtdeutschen Währungsreform erreicht. Aber das in seinen Grundlagen schon vorbereitete Viermächteübereinkommen über die Durchführung einer gesamtdeutschen Währungsreform wurde von den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden gesprengt. Die dadurch entstandene Lage enthält eine schwere Gefahr für den normalen Wiederaufbau ganz Deutschlands und die Entwicklung der Friedenswirtschaft des Landes.

Unter diesen Verhältnissen und den Forderungen der deutschen demokratischen Öffentlichkeit entgegenkommend, sieht sich die Sowjetische Militärverwaltung gezwungen, unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen, um die Interessen der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone und Groß-Berlins zu wahren. Deswegen billigt die Sowjetische Militärverwaltung den Vorschlag der Deutschen Wirtschaftskommission über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Während die separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands im Interesse der ausländischen und deutschen Monopole durchgeführt wird, geht die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone aus von der Berücksichtigung der Interessen des werktätigen Volkes, von den Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, von der Notwendigkeit der schnellsten Wiederherstellung und Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft. Die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone soll das im Umlauf befindliche Geldvolumen stark vermindern, es den Bedürfnissen der Wirtschaftsentwicklung anpassen. Gleichzeitig soll ihre Durchführung der werktätigen Bevölkerung möglichst geringe Verluste verursachen. Die Hauptlast der bei der Währungsreform unvermeidlichen Verluste sollen diejenigen tragen, die sich am Kriege, an Spekulationen, an illegalen Operationen auf dem Schwarzen Markt bereichert haben. Die Währungsreform muß weitgehende Möglichkeiten schaffen für die weitere Entfaltung der Industrie und Landwirtschaft, vor allem auf der Basis der Festigung der dem Volke gehörenden entscheidenden Industriezweige, auf der Basis der Festigung der werktätigen Bauernwirtschaften sowie der Unterstützung der privaten Unternehmerinitiative, die auf die Entwicklung der Friedenwirtschaft

Internationale monatliche Übersicht über Juli 1948, Nr. 12

Um Deutschland

1. Was die Besatzungsmächte wollen.

Anfang August, wo wir dies schreiben, spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Kampf der vier Besatzungsmächte um Berlin in der nächsten Zeit *nicht auf Krieg hinauslaufen wird, sondern auf neue Verhandlungen*, die sich nicht nur und nicht einmal in erster Linie um Berlin drehen werden, sondern um Deutschland im Ganzen, vielleicht auch um andere europäische Streitfragen unter den Siegermächten (z. B. Österreich).

Wir haben hier wiederholt betont, daß die Westmächte und insbesondere die Vereinigten Staaten noch keineswegs zu einem dritten Weltkrieg vorbereitet sind. Dies ist der Hauptgrund, warum der zeitweilige Kriegslärm von dieser Seite von vornherein als Bluff aufzufassen war.¹⁾

Andererseits hat gerade dieser Kriegslärm gezeigt, daß in allen Weststaaten mehr oder weniger starke innere Kräfte sich der Ungeheuerlichkeit eines neuen Weltkrieges widersetzen. Diese Kräfte sind verhältnismäßig am schwächsten in den USA. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die USA sind weiter vom Schuß als die Staaten Westeuropas. Sie haben nicht mit einer Invasion zu rechnen wie Westeuropa. Ferner: die amerikanische Arbeiterklasse ist an Klassenbewußtsein immer noch weit zurück hinter der europäischen. Und trotz alledem haben die drei Tage Krach an der New Yorker Börse den amerikanischen Staatsmännern gezeigt, daß im amerikanischen Volk im Ganzen die Furcht vor dem Krieg und die Kriegsgegnerschaft eine erhebliche Stärke besitzen.²⁾ Dementsprechend erfolgten beruhigende Erklärungen von Marshall und Truman und eine ausgesprochene Wendung zu Verhandlungen.

In Westeuropa aber sind Kriegsfurcht und Kriegsgegnerschaft noch weit stärkere Kräfte. Als erster Faktor spricht hier natürlich die geographische Lage. Westeuropa weiß wie jedermann sonst, daß es im Kriegsfall in kurzer Zeit vom Osten her überrannt und besetzt würde. Aber wenn die amerikanische Strategie auf der Annahme aufgebaut ist, daß zunächst einmal Westeuropa vom Osten her überrannt würde, daß dann Amerika nach einer gewissen Anlaufzeit, wieder einmal nach Europa als „Befreier“ kommen würde, so hat Westeuropa, und wir meinen damit hier seine herrschenden Klassen, den Amerikanern deutlich genug zu verstehen gegeben, daß es mit dieser angenehmen Aussicht keineswegs einverstanden ist, sondern zurei-

chende militärische Garantien von den USA verlangt, daß es nicht zum zweiten Mal überrannt, besetzt und möglicherweise wieder „befreit“ wird. Aber die USA können solche Garantien heute nicht geben; der Versuch, sie durch Wiederaufrüstung Westeuropas mit amerikanischer Hilfe zu schaffen, würde Jahre erfordern, und dann ist es noch zweifelhaft, ob Amerika das überhaupt je leisten könnte.

Zum anderen sind natürlich die Kräfte in den Arbeiterklassen und den kleinbürgerlichen Schichten Westeuropas, die sich einem neuen Krieg widersetzen, unvergleichlich stärker als in den USA. Es ist kein Zufall, daß die französische Regierung Schumann mit ihrem Außenminister Bidault mitten in den Verhandlungen des Westblocks gestürzt wurde und daß es die sozialistische Partei war, die diesen Sturz veranlaßte, indem sie zusammen mit den Kommunisten gegen die Militärkredite stimmte.³⁾ Der Zweck und die Folge war eine starke Bremswirkung gegenüber den USA. Frankreich liegt im Kriegsfall am nächsten am Schuß. England hat zwar immer noch seinen Kanal als Hindernis für eine Invasion; es weiß aber sehr wohl, daß dieses Hindernis heute viel schwächer ist als es bisher war, und es ist in England eine gangbare Meinung geworden, daß es die „Ehre“, als amerikanischer Brückenkopf gegen Rußland zu dienen, wahrscheinlich mit der völligen Zerstümmerung des Landes bezahlen müßte. Das mag einen Churchill nicht hindern, Kriegsbrandreden zu halten, aber es wirkt offenbar bremsend selbst auf Teile der englischen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Schichten. In der englischen Arbeiterklasse aber ist die Gegnerschaft gegen einen Krieg mit Rußland eine weit stärkere Kraft, als aus den öffentlichen Äußerungen der Führer der Labour Party hervorgeht. Ein interessantes Anzeichen dafür ist die hin und wieder in englischen Arbeiterkreisen auftauchende Meinung, daß England im Falle eines Krieges zwischen Rußland und den USA neutral bleiben sollte. Und nicht zu vergessen, daß der allgemeine Zustand der englischen Arbeiterklasse nicht mehr derselbe ist wie nach dem ersten Weltkrieg. Damals waren es der Glanz und die großen Hoffnungen der jungen russischen Revolution, die die englischen Arbeiter bewegten, der konterrevolutionären Intervention der englischen Bourgeoisie im russischen Bürgerkrieg ein Ende zu machen, während die Kräfte für eine revolutionäre Umstellung in England selbst in der Arbeiterklasse noch schwach waren.⁴⁾ Heute ist in der englischen Arbeiterklasse der Glanz des Anfangs der russischen Revolution stark verblaßt, aber die Kräfte für eine revolutionäre Umstellung in England selbst sind unvergleichlich stärker als damals und sie sind offensichtlich im Wachsen. Diese Kräfte sind aber der Natur der Sache nach indirekt auch Kräfte gegen den Krieg mit Rußland. So liegt also in Westeuropa der Knüppel beim Hunde.

Aus diesen Bedingungen aber ergab sich ein Unterschied und Gegensatz zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen Taktik im Kampf

um Berlin und Deutschland, der in der letzten Zeit deutlich zu Tage getreten ist. Praktisch zeigt sich der Unterschied darin, daß die englische Politik, wie sie durch Bevin zum Ausdruck kam, klar auf eine neue Viermächte-Konferenz über Berlin und Deutschland hinsteuerte,⁵⁾ während die amerikanische Politik eine solche Konferenz für verfrüht hielt und abwarten wollte, bis die Durchführung des Marshall-Planes das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Westmächte und zu Ungunsten Rußlands geändert haben würde. Aber wohl oder übel mußten schließlich die USA sich ihren bedeutend vorsichtigeren und zögernden westeuropäischen Hilfstruppen anschließen.

Der Unterschied liegt aber tiefer. Letzten Endes dreht es sich dabei um die Frage, ob die Westmächte den status quo, das heißt das jetzt bestehende Kräfteverhältnis und die daraus sich ergebende Gebietsverteilung zwischen West und Ost anerkennen wollen oder nicht. Die Bereitschaft zu dieser Anerkennung hat Bevin schon früher zum Ausdruck gebracht. Dagegen will Amerika diese Anerkennung wenn irgend möglich vermeiden.

Es will sich die Hände frei halten, um die bestehende Gebietsverteilung von Grund auf zu ändern und das heißt, die kapitalistische Gegenrevolution in Europa einschließlich der jetzigen Sowjetsphäre bis zu Ende durchführen.

Dies ist das Grundziel der amerikanischen Politik. Auf dem Wege dazu kann es zeitweilige Rückzüge, Seitenwege, Pausen, Kompromisse usw. geben, aber sie werden immer nur den Weg zum Ziel und das Tempo betreffen aber nicht das Ziel selbst, solange wenigstens, als dem amerikanischen Kapitalismus nicht im eigenen Lande genügend starke Gegenkräfte aus der Arbeiterklasse und den kleinbürgerlichen Schichten gegenüber treten.

Daraus geht hervor, daß eine wirkliche, rationelle und endgültige Lösung der deutschen Frage für den amerikanischen Kapitalismus und seine westeuropäischen Verbündeten gegenwärtig und noch für längere Zeit unmöglich ist.

Es kann sich nur um eine Zwischenlösung, einen zeitweiligen Kompromiß handeln, der das Resultat sein wird von drei hauptsächlichen Faktoren:

1. dem Kräfteverhältnis im Lager der Westmächte selbst,
2. dem Kräfteverhältnis zwischen diesem Lager im Ganzen und dem Osten und bis zu einem gewissen Grade auch
3. den Kräften und Tendenzen in Deutschland selbst.

Im Einzelnen werden in den Verhandlungen, wenn es dazu kommt, die Westmächte kämpfen:

1. um die Erhaltung ihrer Stellung in Berlin,
2. um die Verteidigung des Londoner Abkommens, d. h. die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes aus den drei Westzonen, die Schaffung eines westdeutschen Staates, und das Monopol der Beherrschung des Ruhrgebietes, unter Ausschluß Rußlands.⁶⁾

Die unmittelbaren Ziele der SU sind dagegen:

1. die Verdrängung der Westmächte aus Berlin und die volle wirtschaftliche und politische Einverleibung Berlins in die Ostzone,
2. die Rückgängigmachung des Londoner Abkommens der Westmächte und die Beteiligung der SU an der Beherrschung und Nutzbarmachung des Ruhrgebietes.

Beide Lager werden, wie bisher, ihre heiße Liebe für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands beteuern, aber da jedes der beiden Lager diese Einheit als die Ausdehnung der eigenen Herrschaft, und d. h. entgegengesetzter Wirtschaftsformen und politischer Regime auffaßt, da weder die USA auf ihr Grundziel in Europa, noch die SU auf die Verteidigung ihres Regimes verzichten können, so ist absolut nicht abzusehen, wie jetzt eine wirkliche Einheit Deutschlands als Ergebnis der Verhandlungen der beiden Lager zustande kommen soll.

Im Grunde, wenn man die Propaganda von beiden Seiten abzieht, kann es sich also nur darum drehen, eine Form für die dem Inhalt nach längst vollzogene Spaltung Deutschlands zu finden, die beide Seiten als für sich annehmbar betrachten, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Entscheidung über Deutschland und Europa reif sein wird. Alles andere ist Vernebelung. Die Gesichtspunkte, die für die Annehmbarkeit durch die beiden Lager in Betracht kommen, sind einmal die Fragen des Prestiges, zum anderen die Frage, daß jedes der beiden Lager sich möglichst günstige Bedingungen aushandeln will, um seine Machtstellung in der West- oder Osthälfte Deutschlands wirtschaftlich, politisch, militärisch nach den eigenen Gesichtspunkten weiter auszubauen und zu befestigen. Man kann sich also auf einen zähen und langwierigen Handel gefaßt machen.

Im Lager der Westmächte laufen seit längerer Zeit Gerüchte herum, daß die SU etwa folgende Vorschläge machen werde: Schaffung einer einheitlichen „demokratischen“ Regierung in Deutschland. Diese Gerüchte stützen sich auf frühere Erklärungen Molotovs und Stalins, auf die Beschlüsse der Warschauer Konferenz der Oststaaten, auf die Linie der Sowjetpropaganda usw.⁷⁾ Man kann nicht sagen, daß dies bloße Propaganda von Seiten der SU ist. Eine solche Lösung hätte natürlich enorme Propagandawirkung nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch im Lager der Westmächte, wo die Lasten der Besetzung Deutschlands schwer drücken.

Aber es ist nicht nur das. Eine solche Lösung wäre für die SU durchaus annehmbar, denn sie würde ihr eine überlegene Stellung über die USA und die Westmächte in Bezug auf Deutschland sichern. Dabei ist entscheidend die einfache geographische Tatsache, daß Rußland und die Oststaaten Landnachbarn Deutschlands sein werden, während die Amerikaner durch den Atlantik von ihm getrennt sind und die europäischen Westmächte militärisch gegenüber Rußland heute und sicher noch für längere Zeit nicht ins Gewicht

fallen. Aus eben diesem Grunde, weil diese Lösung für Rußland annehmbar ist, ist sie für die USA und auch für den Westblock, solange er unter vorwiegend amerikanischem Einfluß steht, nicht annehmbar. Daher kommt praktisch heute und für die nächste Zeit nur ein solcher Kompromiß in Frage, wie wir ihn oben umrissen haben, ein Kompromiß, der weder für Deutschland noch international eine wirkliche und haltbare Lösung ist.

2. Was Deutschland braucht.

Es erhebt sich ganz natürlich die Vorfrage, ob das, was Deutschland selbst braucht und zum Ausdruck bringt, bei den zu treffenden Entscheidungen überhaupt ins Gewicht fallen wird. Militärisch fällt Deutschland heute direkt *nicht ins Gewicht. Indirekt und für die weitere Zukunft aber ja: das Ruhrgebiet* war das militärische Arsenal Deutschlands im Ersten und Zweiten Weltkrieg. In der Hand der Westmächte würde das Ruhrgebiet einen doppelten militärischen Sinn haben:

1. zu verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie wieder eine selbständige militärische und imperialistische Macht wird,
2. zu bewirken, daß das Ruhrgebiet zum militärischen Arsenal des amerikanischen-westeuropäischen imperialistischen Blocks wird.

Dazu kommt noch etwas sehr Wichtiges. Das Ruhrgebiet entscheidet auch darüber, ob Deutschland als Ganzes ins sozialistische Geleise übergehen kann oder nicht. Ohne die Kohle und das Eisen des Ruhrgebietes wäre die Ostzone, wenn sie auf das sozialistische Geleise übergeht, in ihrer weiteren Entwicklung auf sozialistischer Grundlage schwer gehemmt. Deutschland als Ganzes könnte keine selbständige und sich rasch entwickelnde sozialistische Wirtschaftsmacht sein, die ihrerseits die industrielle Entwicklung Osteuropas auf sozialistischer Grundlage mächtig beschleunigen und auf die sozialistische Umstellung Westeuropas anfeuernd wirken würde.

Aus dem Gesagten ergeben sich die Schlüsse für das Lager der SU von selbst. Die Bedürfnisse, der Wille und die Kraft, die die deutsche Bevölkerung hinter ihren Willen setzt, fallen also wohl ins Gewicht, wenn auch weniger durch das, was Deutschland heute ist, als durch das, was es werden kann.

Aus der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergibt sich von selbst, daß die Wiedererlangung seiner nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Einheit die nächsten, dringlichsten und unabdingbaren Bedürfnisse und Ziele sein müssen, aber zugleich ist klar, daß der Kampf darum sich nur im Rahmen der großen Weltauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus vollziehen kann, die gegenwärtig vor sich geht. Davon absehen, hieße sich im Reich der Träume oder der frommen Wünsche bewegen. Aber gerade heute muß auch betont werden, daß das eigene Wollen Deutschlands und die Kraft, die hinter diesem Willen steht, selbst ein Faktor dieser Weltauseinandersetzung ist.

Was nun Deutschland braucht, läßt sich kurz und einfach zusammenfassen. Es braucht:

1. die Räumung als die notwendige, wenn auch für sich noch nicht zureichende Bedingung für die Wiedererlangung seiner nationalen Selbstbestimmung;
2. die Wiedererlangung seiner selbständigen Staatlichkeit. Das bedeutet, daß das deutsche Volk sowohl über die Form seines Staates als auch über die Form seiner Wirtschaft selbst zu entscheiden und auf Grund dieser Entscheidung sich selbst zu regieren und zu bewirtschaften hat.

Die Selbständigkeit dieser Entscheidungen ist x-mal wichtiger als das, was heute oder morgen Deutschland über seine Staats- oder Wirtschaftsform entscheiden wird. Die bekannten Buchenwalder Beschlüsse zeigen deutlich genug, in welcher Richtung diese Entscheidungen erfolgt wären und erfolgen würden, sobald das deutsche Volk wieder über sich selbst verfügen kann.⁸⁾

3. Die Streichung aller Reparationsforderungen, dafür freie Vereinbarungen mit dem sozialistischen Osten wie mit dem kapitalistischen Westen über die Teilnahme am Wiederaufbau beider Gebiete.

Wenn die Selbstbestimmung Deutschlands wieder gegeben ist, so ist die staatliche, wirtschaftliche, nationale und kulturelle Einheit keine Frage mehr. Sie versteht sich unter diesen Voraussetzungen von selbst. Ebenso glauben wir, daß dann die gegebene Lage und die daraus entspringenden Aufgaben, vor allem aber der Wegfall der Fremdbestimmung Deutschlands durch zwei entgegengesetzte Mächtegruppen, zur Wiederherstellung einer natürlichen (nicht künstlichen) Einheit der Arbeiterbewegung über ganz Deutschland führen wird.

Es braucht hier nicht weiter begründet zu werden, daß nur die deutsche Arbeiterklasse die Führung auf diesem Wege übernehmen kann. Sie würde dabei sicherlich mit der Gegnerschaft des amerikanischen Kapitalismus und der ihm noch folgenden europäischen Staaten zu rechnen haben.

Aber auf der anderen Seite könnte erst unter der Voraussetzung der Räumung Deutschlands und der Wiedererlangung seiner staatlichen und nationalen Selbstbestimmung der europäische Osten Deutschland auf seinem Wege zum Sozialismus wirklich und in vollem Maße anziehen und ihm helfen. Wie umgekehrt nur unter dieser Voraussetzung die deutsche Hilfe für den Osten sich voll auswirken könnte.

Deutschland als Sowjetkolonie wird niemals das leisten können oder auch nur wollen, was es als selbständiger sozialistischer Staat leisten könnte.

Der hier geschilderte Weg wird sicher weder gradlinig noch kurz sein. Aber die Ziele selbst können und müssen einfach und klar das ausdrücken, was Deutschland braucht, wenn sie sich überhaupt durchsetzen wollen. Für die Verwicklungen, Hemmungen und Abwege werden schon die anderen sorgen.

3. Nachrichten und Glossen in Kürze.

Ein Ausläufer von Jugoslawien. Die Vermutung, daß der Fall Jugoslawien nur ein Beispiel für andere kommunistische Parteien sein soll, bestätigt sich unter anderem durch die Kritik, die Thorez, der Führer der französischen kommunistischen Partei wegen übertriebenem Nationalismus durch das leitende Moskauer Zentrum erfahren hat.⁹⁾ Die nationale Beschränktheit zeigte sich hier ganz besonders in der „deutschen Frage“, und sie zeigt sich noch, indem die französischen Kommunisten mit den Gaullisten um die Wette laufen um die Palme des französischen nationalen Egoismus. Aber wie wir bereits in unserer vorhergehenden Nummer gesagt haben: man braucht sich nur die Gründungsdokumente der Kominform und andere von Moskau inspirierte Dokumente der außerrussischen kommunistischen Parteien anzusehen, um festzustellen, daß die Politik des nationalen Egoismus und der nationalen Beschränktheit eben aus der Quelle stammt, die sich jetzt als überlegener Kritiker aufspielt. Die Korrektur in diesem wie in anderen Fällen bleibt denn auch auf der Oberfläche: wenigstens haben wir bis heute noch keine Stellungnahme der französischen kommunistischen Partei zur deutschen Frage erlebt, die wirklich den Standpunkt des sozialistischen Internationalismus einnehmen würde (ohne dem wirklichen nationalen Interesse Frankreichs zu widersprechen). Es sollte uns daher auch nicht wundern, wenn Konflikte dieser Art auch mit anderen kommunistischen Parteien ausbrechen würden, und zwar gerade mit solchen wie der polnischen und der tschechischen, wo die Russen aus kurzsichtiger diplomatischer Taktik dem einheimischen Chauvinismus gegenüber Deutschland die Zügel schießen ließen, und wo sie früher oder später genötigt sein werden, einschneidende Korrekturen anzubringen.¹⁰⁾

*

Zur politischen Entwicklung in den USA. Bei Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten in den USA ist folgendes bemerkenswert:

1. daß in der republikanischen Partei die sogenannten Isolationisten, d. h. diejenigen, die dafür sind, daß die USA sich nicht in die Politik anderer Weltteile einmischen, gründlich geschlagen worden sind.¹¹⁾ Es ist das die Bestätigung, daß der amerikanische Kapitalismus endgültig den imperialistischen Weg eingeschlagen hat und alle inneren Hindernisse dagegen entschlossen aus dem Weg räumt;
2. daß im demokratischen Parteikonvent eine ausgesprochen linke Plattform, etwa im Sinne des Roosevelt'schen New Deal angenommen und ein Trennungsstrich gegen die besonders reaktionären Demokraten der Südstaaten gezogen wurde.¹²⁾

Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Es ist offenbar die Rücksicht auf die Arbeiterstimmen und auf Stimmungen in kleinbürgerlichen Schichten – wie sie in der neuen „fortschrittlichen“ Partei von Wallace zum Ausdruck

kommen, die diese Wendung veranlaßt hat.¹³⁾ Insofern kommt darin die politische Entwicklung dieser Schichten zum Ausdruck. Es wäre falsch, daraus zu schließen, daß die amerikanische Arbeiterklasse bereits eine erhebliche politische Kraft wäre. Sie tritt in diesen Wahlkampf in völlig zerstreuter Ordnung ein. Die großen Gewerkschaftsverbände sind gegen Wallace und seine dritte Partei, weil er von der KP unterstützt wird; sie sind auch nicht entschieden für einen der Kandidaten der großen alten Parteien, und sie sind auch noch nicht soweit, um eine selbständige politische Partei zu schaffen.¹⁴⁾ Anscheinend sind noch eine Reihe von Niederlagen und Rückschlägen für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig, ehe sie den Weg der selbständigen politischen Organisation einschlagen. Aber man kann sagen, daß sie ihrerseits alle Voraussetzungen geschaffen haben, damit diese Niederlagen und Rückschläge über sie kommen.



Einsatz der US-Armee gegen Streikende, 1948.

Rheinischer Merkur

Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

Nr. 28 2. Jahrgang A

Samstag, 10. Juli 1948

Einzelpreis 40 Pfg.

Die neue Spitze

„Die Wortführer und Sachwalter der deutschen Interessen“

Es ist kein Zufall gewesen, daß die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder ihre erste Zusammenkunft in das Rheinland gelegt haben.

In dieses Stromtal, das einem Ernst Moritz Arndt noch vor einem Jahrhundert als „die Wiege des wahren Deutschtums“ galt, während es jetzt seit drei Jahren zu einer vergessenen Landschaft geworden war, die selbst vom Reiseverkehr ausgeschlossen schien.

Die Geste, mit der die Ministerpräsidenten der drei westlichen Zonen die Zusammengehörigkeit jener deutschen Landesteile hervorheben wollten, die nicht wie der Osten durch äußere Gewalt separiert sind, dürfte überall verstanden worden sein.

Ihre Beratungen sind um so bedeutungsvoller gewesen, als sie der Frage gewidmet waren, welche Wege zur Bildung eines neuen deutschen Staatswesens eingeschlagen werden könnten, und in welchem Maße dieses neue Staatswesen von einem Besatzungsstatut abhängig werden dürfe.

Angesichts dieser Problemlage hat der „Rheinische Merkur“ den Justizminister Dr. Süsterhenn, der seit einiger Zeit in die erste Reihe der deutschen Verfassungsjuristen gerückt ist, nach seiner Ansicht befragt. Die Erklärungen Dr. Süsterhenns, mit denen sich die Auffassungen der westdeutschen Landesregierungen weitgehend decken dürften, laufen auf ein grundsätzliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit der drei Zonen hinaus, während er dem Besatzungsstatut jedoch ein klares „non possumus“ entgegensetzt. In dem möglichst kurzfristigen Provisorium, das sich als die Folge dieses grundsätzlichen Konfliktes mit den Besatzungsmächten ergibt, sieht er die Möglichkeit, die Basis echter, eigenrechtlicher Demokratie zu gewinnen.

In seinen Ausführungen, die eine genaue Lektüre verdienen, heißt es im einzelnen:

„Die Militärbefehlshaber der drei Westzonen haben die elf Ministerpräsidenten der west- und süddeutschen Länder ermächtigt, sich mit den großen politischen Lebensfragen des deutschen Volkes, nämlich der zukünftigen politischen Ge-

Die Konstituierung einer Verfassungsgebenden Versammlung würde den ersten Abschnitt der politischen und rechtlichen Realisierung eines Staatswesens bedeuten. Die Alliierten wünschen gemäß den Londoner Empfehlungen die Bildung eines zunächst die drei Westzonen umfassenden deutschen Staates, um „die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen.“

Das Endziel der deutschen Einheit wird zweifellos vom gesamten deutschen Volke lebhaft begrüßt. Jedoch gehen die Meinungen darüber auseinander, ob dieses allen Deutschen gemeinsame Ziel auf dem Wege über einen Weststaat erreicht werden kann. Beachtliche Kreise innerhalb des deutschen Volkes sind der Meinung, daß die Bildung des Weststaates von den Russen ebenso mit der Bildung eines Oststaates beantwortet werden würde, wie sie die D-Mark mit der Ostmark beantwortet haben.

Diese Argumentation erscheint auf den ersten Blick bestechend, ist jedoch bei näherer Prüfung nicht überzeugend. Die Wiedergewinnung der deutschen Einheit ist nämlich letzten Endes nicht von irgendwelchen juristischen Modalitäten abhängig, sondern letztlich von der Lösung des politischen Spannungsverhältnisses zwischen West und Ost oder konkreter gesagt zwischen den USA und der Sowjetunion. Je entschiedener im Rahmen dieser Auseinandersetzungen die Westmächte ihrem Willen Ausdruck verleihen, einer weiteren Ausdehnung der russischen Einflußsphäre ein definitives Halt entgegenzusetzen, je intensiver die Westmächte darangehen, in Westeuropa und in Westdeutschland einen Bereich der politischen Ordnung und des wirtschaftlichen Wohlstandes zu entwickeln, um so vorsichtiger muß die Sowjetunion taktieren, um so anziehender wird die werbende Wirkung Westeuropas auf die ost- und südosteuropäischen Randstaaten werden, und um so stärker wird sich der von Jugoslawien bereits begonnene Abbröcklungsprozeß unter den Satellitenstaaten des Ostblocks vollziehen.“

Neuer Vorwärts

ZENTRALORGAN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

NR. 1 • JAHRGANG 1

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. 1 der Niedersächsischen Staatsregierung

Sonntagsausgabe, 11. September 1948

Die Hintergründe der jugoslawischen Rebellion

Zwischen Stalin und Tito / Von Jakob Altmaier

Am Tage, da Wyschinski und seine Satelliten in Belgrad zur Donaukonferenz eintrafen, sauste der jugoslawische Diktator zu seinem Sommerschloß in den slowenischen Alpen, und solange die Konferenz dauerte, ging Tito nicht aus seinem Bleder Bau heraus. Der Meister aus Moskau und der Marschall aus Belgrad sind einander nicht begegnet.

Am Verhandlungstisch in Belgrad war es anders. Dort blies der jugoslawische Delegierte Behler nicht nur die in Moskau komponierte Partitur eifrig mit. Er plusterte sich sogar mit eigens verfaßten und eingelegten Schnorkeln und Variationen gegen den westlichen Imperialismus auf, als suche er das besondere Lob des den Taktstock schwingenden russischen Dirigenten.

Wie reimt sich das zusammen? Behalten jene recht, die den Streit zwischen Belgrad und Moskau, zwischen dem „Kominform“ und der Kommunistischen Partei Jugoslawiens als eine Komödie bezeichnen, ein abgekartetes Spiel, berechnet, die Welt zu täuschen und ihr Sand in die Augen zu streuen? Weit gefehlt.

Zwischen der Brüskierung Wyschinskis durch Tito und dem Verhalten Jugoslawiens am Tisch der Donaukonferenz liegen weder Rätsel noch Widerspruch. Das eine ist so folgerichtig wie das andere. Es sind nur verschiedene Zahlen über dem gleichen Nenner. Der heißt für Belgrad: Nationale Freiheit und Unabhängigkeit. In punkto Parteikommunismus sind zwar Tito und seine Männer ebenso waschecht wie ihre Lehrer in Moskau. Diktatur, Terror, Konzentrationslager, geheime Staatspolizei, Schauprozesse, Liquidierung der politischen Gegner, darin geben Tito und sein Regime einem Stalin oder Wyschinski, einem Dimitroff aus Sofia oder der Anna Pauker aus Bukarest nichts nach. Was jedoch Tito allen Satelliten aus Ost- und Südost-Europa voraus hat, das ist, daß er und seine Regierung nicht in Moskau ernannt und nicht durch die russischen Bajonette zur Macht gelangt sind. Die heutigen Beherrscher von Jugoslawien haben sich bereits während des Krieges und „vor dem Feind“ an die Macht gekämpft, und unstreitig haben die Westmächte das größere Patentrecht bei diesem Geburtsfehler. Warum aber und wozu der kalte Krieg, den jetzt Moskau gegen Belgrad führt?

Während des Krieges habe ich einmal stundenlang mit einem hohen Moskauer Würdenträger die jugoslawische Frage diskutiert. Da-

mals war Tito noch sehr klein, und Mihailowitsch beherrschte mit seinen Patrioten den größten Teil der Aufstandsgebiete. Die Heere Hitlers standen noch tief in Rußland, und damals sind die Worte Demokratie und nationale Selbständigkeit von Moskau noch nicht so ausgelegt worden wie nach dem Sieg. Je länger ich diskutierte und je mehr ich von dem Freiheitssinn des serbischen Volkes und der Südslawen sprach, von ihrer traditionellen Freundschaft und Liebe zur Mutter Rußland und davor warnte, diese Liebe nicht durch ein aufgezwungenes Diktaturregime in Haß zu verwandeln, desto mehr wurde ich überzeugt, daß diese Leute im Kreml keine charakterfesten Freunde wollen, daß sie freiwillige Verbündete auf die Dauer nicht dulden. Sie wollen nur eins und sie dulden nur eins: Untergebene, Sklaven, Knechte.

Das ist in Wahrheit der Hintergrund des Konfliktes und der auf lange Sicht gesehene unlösbare Widerspruch zwischen Stalin und Tito, zwischen Rußland und Jugoslawien. Pares inter pares zu sein, Gleiche unter Gleichen, wie es Tito und seine Jugoslawen gegenüber Rußland verlangen — Moskau kann es ebenso wenig dulden, wie es die Machthaber in Belgrad ihrem Volk zumuten können, alle Zeit charakterloser Satellit zu bleiben. Zwischen Sklaven und Sklavenhaltern, zwischen Herrenrasse und Humanität, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gibt es auf die Dauer keinen Kompromiß.

Ausgebeutet wurde dieses titoistische Jugoslawien von den „Kominform“-Unternehmern im Kreml. Die auf jugoslawischen Staatskosten gemästeten russischen Agenten und Aufpasser saßen und saugten wie Wanzen an der Staatsverwaltung und an der Armee. Tito hat sie an die Luft gesetzt. Jugoslawiens Wirtschaft beruhte vor dem Krieg auf dem Handelsausgleich mit dem Westen. Diese ökonomische Basis wurde zerstört. Rußland sog die landwirtschaftlichen Produkte und die so wichtigen Erze auf, und statt der dringend zum Wiederaufbau des Landes benötigten Maschinen und Industrieprodukte lieferte es Propagandaliteratur, GPU-Manner, Aufseher und alte Waffen en gros. Mit Riesentramt wurden „Kulturaufgaben“ erfüllt, Straßen- und Bahnbauten, an denen Hunderttausende von „Freiwilligen“ unbezahlt Frondienste geleistet haben. Diese neuen Eisenbahnen und Autostraßen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen und

Internationale monatliche Übersicht über August 1948, Nr. 1

1. Moskau-Berlin.

Der Monat August ist zu Ende, und die Moskauer Viermächte-Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, wenn sie sich auch allem Anschein nach dem Ende nähern. Es ist daher noch verfrüht, das Ergebnis der Verhandlungen zu besprechen.

2. Faschistische Anfänge in Oxford.

Oxford und Cambridge sind die beiden ältesten und zugleich einflußreichsten englischen Universitäten. Die Söhne der Aristokratie und der großen Bourgeoisie studieren dort. Die geistigen Strömungen an diesen beiden Universitäten sind ein guter Anzeiger dafür, was in der jüngeren Generation der besitzenden Klassen Englands vorgeht. Daher war von großem Interesse die Zuschrift eines früheren „Oxforders“ an die englische Zeitschrift „New Statesman“ über das gegenwärtige geistige Klima in Oxford. Der Betreffende hatte Oxford im Jahre 1936 verlassen und besuchte seine Universität jetzt auf drei Tage. Um so mehr mußten ihm die Veränderungen auffallen, die seitdem eingetreten sind. Er schreibt unter anderem: *„Es ist heute nicht die Rede von schwarzen Hemden oder lärmenden Versammlungen, auch der Antisemitismus (hierin Mosley folgend)¹⁾ wird gut verdeckt gehalten. Es ist eher ein Geisteszustand, der zusammengeht mit dem Hervorkehren des Herrenstandpunktes gegenüber untergeordneten Leuten und auch mit schnellen Autos und Kamelhaardecken; es ist der gentlemanmäßige Faschismus der Reichen, Müßigen und Wohlgeborenen. Viele nicht in ihrer ersten Jugend, die das Studium nach Leistung des Kriegsdienstes begonnen haben.“*

Von umgehenden Redensarten sind erwähnenswert: *„Hitler hat schließlich die Waren geliefert“, „Was jetzt nötig ist, ist eine gesäuberte Welt“.*

Ferner betrachtet der Verfasser als charakteristisch das Vorherrschen einer Philosophie des „logischen Positivismus“, die allen grundlegenden Fragen aus dem Wege geht und eben durch ihre Leere und Dürre Voraussetzungen schafft für das Eindringen einer ausgesprochenen faschistischen Philosophie.²⁾

Eine Reihe von Zuschriften anderer Oxforder bestreiten diese Darstellung. Der Faschismus werde in Oxford nicht ernst genommen usw. Es sind zumeist Zuschriften von Leuten, die längere Zeit ohne Unterbrechung in Oxford an-

sässig waren. Es ist zu vermuten, daß jemand, der nach längerer Zeit zurückkehrt, die inzwischen eingetretenen Veränderungen schärfer sieht. Für jemand, der die deutsche Entwicklung kennt, ist das Bild nicht überraschend. Studenten und Exoffiziere bildeten nach dem Ersten Weltkrieg die ersten weißgardistischen Formationen.³⁾ Die Hitlerbewegung erhielt ihre ersten Anstöße und Förderer aus diesen Kreisen. Später wurden dann die Universitäten Hauptsitze des Nazismus.

Auch in geistiger Hinsicht gibt es Parallelen. Gewisse philosophische Strömungen an den Universitäten leisteten dem Nazismus Vorschub, nicht indem sie selbst nazistisch waren, sondern indem sie den Grundfragen der Zeit auswichen. Natürlich sind auch erhebliche Unterschiede in der deutschen und der englischen Entwicklung. Die deutsche Entwicklung zum Nazismus erhielt wesentliche Anstöße einerseits von den revolutionären Bewegungen der ersten Nachkriegsjahre, andererseits vom Versagen des Reformismus. Das Versagen des Reformismus ist auch in England da, aber die revolutionären Bewegungen fehlen. In Deutschland erhielt im Ersten Weltkrieg der Imperialismus eine schlagartige schwere Niederlage. In England ist er gezwungen, Schritt für Schritt Stellungen aufzugeben, sowohl gegenüber den Kolonialvölkern als auch gegenüber dem amerikanischen Imperialismus. In beiden Fällen war es natürlicherweise der Nachwuchs der herrschenden Klassen, der am schärfsten das Hinschwinden der imperialistischen Aussichten spürte, die für ihn zugleich die erwünschte persönliche Laufbahn verkörperte.

Die allmähliche schrittweise Bewegung, die für den Reformismus in England charakteristisch ist, ist auch für die jetzt sich zeigenden neuen Anfänge des Faschismus dort charakteristisch. In der Tat, es handelt sich erst um neue Anfänge, noch nicht um etwas Ausgereiftes. Aber bezeichnend und gefährlich ist das Klima der Duldung, das diesen Anfängen gegenüber herrscht, vielfach in der Form, daß diese Anfänge nicht „ernst genommen“ werden, wie gerade die meisten der weiteren Zuschriften in dieser Sache zeigen. Das sind gerade die Bedingungen für ein ungestörtes Wachstum.

Wer die Entwicklung des Faschismus in anderen Ländern kennt, wird die Gefahr dieser Anfänge bei der jüngeren und aktiven Schicht der herrschenden Klassen in England nicht unterschätzen. Noch sind in England beide Wege offen, der zum Sozialismus und der zum Faschismus. Aber es ist klar, daß nur, wenn rechtzeitig entscheidende Schritte zum Sozialismus in England erfolgen, die Gefahr gebannt werden kann, daß die jetzigen Anfänge zum Faschismus sich voll auswachsen und daß dieser schließlich seinerseits in die Lage kommt, die Machtfrage zu stellen, die die englische Arbeiterklasse bisher noch nicht gestellt hat.

Man erinnere sich, daß sowohl in Italien wie in Deutschland der Faschismus oder Nazismus nicht die Rückwirkungen auf siegreiche sozialistische

Revolutionen waren, sondern auf Perspektiven der sozialistischen Revolution, die sich nicht verwirklichten, Perspektiven, deren Verwirklichung die herrschenden Klassen fürchteten und haßten, deren Nichtverwirklichung aber einen Teil der kleinbürgerlichen Schichten und sogar der Arbeiterklasse enttäuschte und dem Faschismus in die Arme führte.

3. Zu der grundsätzlichen Bedeutung des Falles Jugoslawien.

Im Juli machte der bekannte Moskauer Korrespondent des „Manchester Guardian“, Alexander Werth, eine Reise durch den südlichen Teil von Serbien. Die Tatsachen, die er schildert, sind gut geeignet, den Streitfall Jugoslawien-SU zu beleuchten.

Er schildert ein typisches Dorf in der Nähe von Niš. Die landwirtschaftlichen Betriebe umfassen 2 – 25 Hektar. Die größeren Betriebe werden von größeren Familien bearbeitet. Die Landreform hat keine großen Änderungen im Dorf gebracht. Lohnarbeit auf dem Lande kommt nur gelegentlich vor (Zigeuner). Genossenschaften vermitteln den Austausch zwischen Landwirtschaft und Landprodukten und Manufakturen. Das Typische ist die individuelle Bearbeitung der Grundstücke durch die Familie. Pferde und Ochsen sind die üblichen Arbeitstiere. Elektrisches Licht ist neu eingeführt. Einer Anzahl alter Leute wird das Lesen beigebracht. Fast alle landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Teil des Landes sind klein- oder mittelbäuerlich. Überhaupt ist Serbien noch zu 80 % ein Bauernland, fast 80 % sind Kleinbauern. Der Rest sind genossenschaftliche Betriebe von neuen Siedlern und früher landlosen Bauern. Trotz des Fünfjahresplanes kann von einer raschen Industrialisierung keine Rede sein.⁴⁾ Dafür ist die Hilfe, die die SU oder andere Länder der Sowjetsphäre leisten können, zu schwach. Für die Kollektivierung der Betriebe fehlen heute nicht nur die politischen, sondern auch die technischen und industriellen Voraussetzungen. Aber auch der rasche Fortschritt von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften hat zwei Voraussetzungen, die heute noch nicht gegeben sind:

1. Daß die genossenschaftlichen Betriebe mit der nötigen landwirtschaftlichen Maschinerie beliefert werden können.
2. Daß die Industrie dem Lande die nötigen Manufakturwaren zum Austausch gegen Landprodukte liefern kann. Die Kollektivierung heute würde das Land in ein Chaos stürzen. Es kann sich jetzt nur darum handeln, technische, wirtschaftliche und politische Vorbedingungen dafür zu schaffen.

Der eigentliche Grund, warum es gerade Jugoslawien ist, das zuerst mit den Russen zusammenstieß, sieht man klar aus einem Aufsatz des alten Theoretikers der Partei, Pijade, der unter dem Titel „*Der prinzipientlose Kampf für sogenannte Prinzipien*“ in der Parteizeitung „Borba“ erschien.⁵⁾ In diesem Aufsatz stellt er die Führer, die mit ihrem Volk 4 Jahre lang nur durch Radioansprachen von Moskau Verbindung hielten und nach dem Einmarsch

der russischen Roten Armee in Flugzeugen ins Land gebracht wurden, und die Jugoslawen gegenüber: „Diese kämpften für die Freiheit ihres Landes und begegneten der Roten Armee, wie eine verbündete Armee die andere trifft, beide mit einem fünfzackigen Stern an ihren Mützen“. Daraus sieht man klar die Quelle des jugoslawischen Selbstbewußtseins gegenüber den Russen, wie auch gegenüber Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Das Land betrachtet die Russen nicht als seine ausschließlichen Befreier, denn es hat selbst einen schweren und opferreichen Kampf für seine Befreiung geführt. Es ist daher nicht gewillt, sich Eroberermanieren gefallen zu lassen.⁶⁾ Dieses kommt auch klar in den 4 Forderungen zum Ausdruck, die der jugoslawische Kommunist Djilas aufgestellt hat,⁷⁾ und die lauten:

1. Das Problem ist nicht ob, sondern wie mit der SU zusammenarbeiten.
2. Bei dieser Zusammenarbeit müssen die Grade der Entwicklung eines jeden Landes und seine besonderen Traditionen beachtet werden.
3. Die Zusammenarbeit muß auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung und freiwilliger Vereinbarungen stattfinden.
4. Die führende Rolle der SU ist unbestritten, aber es soll keine Einmischung von außen stattfinden. Der Grad der Zusammenarbeit ist zu vereinbaren. Jugoslawien ist kein Vasallenstaat,⁸⁾ sondern gleicher Partner.

Das jugoslawische Problem ist also ein allgemeines Problem der Zusammenarbeit kommunistisch geführter Staaten mit der SU. Das Extrem dessen, wogegen die Jugoslawen aufbegehren, kann man in der Ostzone Deutschlands sehen, wo die Russen als reine Eroberer auftreten können, da ihnen dort keine selbständige Macht im Lande gegenübersteht, und wo sie dies auch tun.

Überhaupt ergibt sich als allgemeiner Erfahrungssatz, daß das Auftreten der Russen in anderen Ländern sich abmißt nicht nach allgemein kommunistischen Grundsätzen, sondern entsprechend dem Maß an selbständiger Macht, nicht zuletzt militärischer, das jedes Land aufbringt. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, liegt auf der Hand. Die chinesischen Kommunisten beispielsweise werden wenig von russischer Einmischung behelligt, weil sie eine große, selbständige militärische Macht sind.

Auch Bulgarien, Rumänien und Ungarn haben ihre eigenen Probleme, aber sie sind schwach. Deshalb ziehen sie vor, Ja zu sagen und sich im übrigen nach den Verhältnissen ihrer Länder zu richten. Nichts ist dafür so bezeichnend wie die Stellungnahme für Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe. Alle haben sich zu den allgemeinen Grundsätzen der Kominform-Beschlüsse bekannt. Aber die ungarische Regierung hat vor der Ernte ihre Bauern ausdrücklich darüber beruhigt, daß sie ihr Land behalten werden. In Polen geht man nicht über den sehr allmählichen Aufbau landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften hinaus usw.

Der letzte jugoslawische Parteitag hat sich einmütig für Tito erklärt.⁹⁾ Aber damit ist für die SU die Sache nicht erledigt. Sie ist zu einer Prestige-

frage für das gegenwärtige Regime in der SU geworden. Und das umso mehr, als man aus den Nachrichten über die Parteidreinigung in Polen und in den Balkan- und Donauländern entnehmen kann, daß auch in ihnen die Beschwerden der Jugoslawen ein Echo gefunden haben.¹⁰⁾ Wie man aus den Beschwerden der Jugoslawen sieht, werden jetzt von der SU die anderen Balkanländer und Donaustaaten gegen Jugoslawien mobilisiert. Der Kampf geht also weiter.

Es liegt auf der Hand, daß Konflikte dieser Art sehr eng mit dem gegenwärtigen inneren Regime der SU zusammenhängen, das zu einer völligen Verkrüppelung der Selbständigkeit und der Selbstbestimmung der werktätigen Klasse geführt hat. Solange dieser Zustand dort andauert, sind Konflikte wie der mit Jugoslawien unvermeidlich, und die werden sich auch anderwärts in der oder jener Form wiederholen, trotz aller Reinigungen.

Um keinerlei Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wiederholen wir klar mit dem jugoslawischen Kommunisten Djilas: Das Problem ist nicht das OB der Zusammenarbeit mit der SU, sondern das WIE, nicht das OB der Herstellung der notwendigen Einheit der Aktion der kommunistisch geführten Staaten nach außen, sondern das WIE der Herstellung dieser Einheit. Konflikte dieser Art, wie sie auch gelöst werden mögen, können nicht umhin, schädliche Folgen für die SU selbst zu haben. Und so können sie sehr wohl einen der Anstöße dafür abgeben, daß in dem Maße, wie sich die materiellen Voraussetzungen dafür in der SU entwickeln, auch dort die Frage der Demokratie der Werktätigen in ihren verschiedenen Formen (Sowjetdemokratie, Demokratie innerhalb der Gewerkschaften, innerparteiliche Demokratie) in Fluß kommt. Der Kominform-Beschluß, der die Jugoslawen deswegen kritisiert, weil es bei ihnen keine innerparteiliche Demokratie gebe, sollte manche Mitglieder der KPdSU zum Nachdenken veranlassen. So hat der Fall Jugoslawien zweifellos eine grundsätzliche und internationale Bedeutung von erheblicher Tragweite.

4. Tatsachen und Glossen in Kürze.

Mr. Hoffman, der Verwalter der amerikanischen Europahilfe hat nunmehr von den Ländern, die Empfänger dieser Hilfe sind, konkret und dringend die Ausarbeitung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Vierjahresplanes gefordert.¹¹⁾ Die Gründe dafür sind naheliegend. Die Planung kann den USA Geld sparen und erlaubt ihnen zudem, die Gelder in der Weise anzuwenden, die am besten den Zwecken der amerikanischen Wirtschaft entspricht.

Aber sollte sich am Ende nicht die arbeitende Bevölkerung der USA fragen: Wenn die Planung für Europa gut ist, warum nicht für uns? Die wachsende Teuerung in den USA und das entsprechende fühlbare Sinken aller Reallöhne hat offenbar ein ziemliches Mißbehagen unter den amerikanischen Arbeitern geschaffen. Dieses Mißbehagen sucht die demokratische

Partei auszunutzen, indem sie Truman alle möglichen Vorschläge zum Kampf gegen die „Inflation“ macht und sogar soweit gehen läßt, daß er für die Abschaffung des Taft-Hartley-Antigewerkschafts-Gesetzes eintritt.¹²⁾

Eine der Folgen dieser Stellungnahme ist, daß jetzt die Exekutive der CIO-Gewerkschaften, sowie das Komitee für demokratische Aktion (in der Hauptsache auch Gewerkschafter) beschlossen haben, bei den Wahlen für Truman einzutreten. Sie haben dies schwerlich mit großer Begeisterung getan, da sie im Parteikonvent der Demokraten vergebens versucht hatten, die Wiederaufstellung von Truman zu verhindern. Bei allem Unbehagen, das die wachsende Teuerung unter der Arbeiterbevölkerung und anderen Schichten der USA macht, ist jedoch schwerlich mit irgendwelchen erheblichen politischen Kräfteverschiebungen in den USA zu rechnen, solange die Wirtschaftskonjunktur noch anhält, für die inzwischen die neuen militärischen Rüstungen und die sogenannte Europahilfe wesentliche Stützen geworden sind.

Für das Budgetjahr 1949 beantragen die entsprechenden Dienste ein Militär-Budget von nicht weniger als 28 Milliarden Dollar. Das fällt selbst für eine Wirtschaft von den Ausmaßen der amerikanischen ins Gewicht. Für die Kapitalisten stellen die Kosten der Rüstung und der Europahilfe eine entsprechende, staatlich garantierte Nachfrage auf dem Warenmarkt dar, deren Quellen die Taschen des allgemeinen Publikums, des durchschnittlichen „Steuerzahlers“ sind. Kein Wunder, daß das amerikanische Kapital auf dem republikanischen Konvent so viel Wert darauf gelegt hat, dem Isolationismus das Lebenslicht auszublasen. Kein Wunder aber auch, daß der amerikanische Steuerzahler mehr und mehr stutzig wird über eine Politik, die die Steuerlasten immer höher treibt.

Weltsensation: Truman bleibt Überraschender Wahlsieg der Demokratischen Partei — Dewey knapp unterlegen

New York, 3. November. (AP-dpd-Reuter.) Die Wahlen in den Vereinigten Staaten haben mit einer sensationellen Überraschung geendet. Entgegen allen Voraussagen der amerikanischen Presse hat der bisherige Präsident Truman über Dewey, den Kandidaten der Republikaner, gesiegt. Darüber hinaus hat die Demokratische Partei, deren Kandidat Truman war, auch bei den Wahlen für den Senat und für das Repräsentantenhaus wie bei der Neubesetzung der Gouverneursposten die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Während Truman bisher als Demokrat gegen eigen republikanischen Senat und ein republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus zu kämpfen hatte, wird er sich jetzt auf beide Häuser stützen können.

Trumans Wiederwahl wird — wie der Korrespondent einer französischen Nachrichtenagentur in Washington sich ausdrückte — von der amerikanischen Öffentlichkeit nicht weniger sensationell empfunden als die Anwendung der ersten Atombombe. Die Wiederwahl bedeutet mit Gewißheit die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik der USA, insbesondere der festen Haltung gegenüber der Sowjetunion, die in der Truman-Doktrin, im Marshall-Plan und in der Unterstützung demokratischer Länder in Regionalbündnissen zum Ausdruck kommt. Der Sieg Trumans bedeutet aber nicht weniger, daß die USA alle Anstrengungen unternehmen werden, um zu einem Modus vivendi mit der Sowjetunion zu kommen.

Der Sieg der Demokraten ist um so sensationeller, als die Partei seit 1933 ununterbrochen an der Macht ist. Nur einmal in der Geschichte der USA — nach dem Bürgerkrieg — ist eine große politische Partei so lange in der Opposition geblieben wie die Republikaner: mehr als ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung war noch nicht geboren, als der letzte republikanische Präsident im Jahre 1928 gewählt wurde. Fast 65 Millionen Amerikaner — etwa 45 Prozent der Bevölkerung — waren älter als zehn Jahre, als Roosevelt 1933 Präsident wurde; sie wissen daher nicht aus eigener Erfahrung, was eine republikanische Regierung bedeutet.

Die Wiederwahl Trumans zum Präsidenten wird erst Anfang Dezember offiziell wirksam werden, wenn das Kollegium der Wahlmänner zusammentritt und die Wahl formell vornimmt. Der neugewählte Kongreß wird voraussichtlich am 3. Januar zusammentreten. Präsident Trumans feierliche Verpflichtung erteilt am 30. Januar.

Die Nacht zu Mittwoch wird als eine der dramatischsten Wahlnächte in der Geschichte Amerikas bezeichnet. Am Times Square in New York standen die Menschen wie eine Mauer, um die in riesigen Leuchtbuchstaben bekanntesten Wahlergebnisse zu verfolgen. Im östlichen Centre versammelte sich die Menge vor einem riesigen Fernsehapparat, auf dem einzelne Wahlnächte vorgeführt wurden. In historischen Gaststätten wurden „Wahlnachtessen“ eocobed. Bemerkenswert war, daß die Straßenhändler lediglich Placards und Abzeichen der Republikaner zum Kauf anboten, Placards und Plaketten der Demokraten aber nicht zu sehen waren.

Im Repräsentantenhaus müssen infolge des demokratischen Wahlsiegs über 30 republikanische Mitglieder ausgeschieden. Jeder demokratische Abgeordnete, der sich um die Wiederwahl bewarb, wurde gewählt. Solomon Bloom wird wieder die Lei-

terung des Repräsentantenhauses im November 1946 verloren hatte. Im Senat wird Vandenberg seinen Vorsitz im außenpolitischen Ausschuß wieder an Senator Connally abgeben müssen. Der Präsident wird nunmehr die Möglichkeit haben, dem Kongreß die gleichen Vorlagen unterbreiten zu können, über die der bisherige Kongreß den Truman „idiotisch“ und das „zweitgrößte Übel der Geschichte“ nannte: keine Einigung erzielen konnte. Das unattraktive Programm Trumans umfaßt vor allem die gesetzliche Verankerung der Preiskontrolle beim Wohnungsbau und die Gesetze über Bürgerrechte für die Negrobevölkerung.

Die Regierung der USA wird monatweise infolge des Wahlergebnisses umgebildet werden. Man rechnet damit, daß Truman diejenigen Mitglieder seiner Verwaltung entlassen wird, die seinen Wahlsieg zu wenig unterstützten, weil sie eine Wiederwahl des Präsidenten von vornherein für aussichtslos anstehen. Außenminister Marshall, der seit langem aus persönlichen Gründen als amtsunde mit wird jedoch voraussichtlich auf Ersatzern Trumans seinen Posten beibehalten. Die Weiterführung seines Amtes wird ihm dadurch erleichtert werden, daß er nun mit noch größerer Energie als bisher die von Truman festgelegte außenpolitische Linie verfolgen kann. Er wird jetzt auf weite Sicht disponieren können, ohne auf einen etwaigen Nachfolger Rücksicht nehmen zu müssen, und braucht sich nicht mehr zu fürchten, daß er in wichtigen Fragen beim Kongreß auf Widerstand stoßen wird.

Das vorläufige Ergebnis

Washington, 3. November. (AP) Am Mittwochabend war die Auszählung der Stimmen noch nicht beendet. Die Wahlergebnisse



Der Sieger

aus 135 838 Wahlbezirken ergaben folgendes Bild:

Truman — 20 308 873 Stimmen,
Dewey — 18 770 581 Stimmen,
Wallace — 953 674 Stimmen,
Thurmond — 750 718 Stimmen.

Das „Journal of Commerce“ erklärt den Wahlsieg Trumans mit Deweys freundlicher Haltung gegenüber dem Tail-Harley-Gesetz, das den Arbeitern das Streikrecht beschneidet. Präsident Truman hatte gegen das Gesetz, nachdem es von der bisher republikanischen Mehrheit des Kongresses angenommen worden war, sein Veto eingeleitet. Der Umfang der Hilfe für das Ausland werde, so schreibt das Blatt, durch den künftigen Gang der Weltverhältnisse ohne Rücksicht darauf bestimmt werden, was Herz des Weissen Hauses wird und wie die Zusammensetzung des Kongresses sich gestaltet.

KURZNACHRICHTEN

Hamburg (dpd) Philipp Reemtsma, der kürzlich wegen aktiver Bestechung Geiseln zu 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden war und anschließend entlassen ist, wird in den nächsten Tagen wieder die Leitung seiner Lagerfabriken übernehmen.

Stuttgart (dpd) Die ersten Kriegsgefangenentransporte aus Jugoslawien treten in Ulm ein.

Frankfurt/Oder (dpd) 5833 Büchereibehälter treten in den ersten Novembertagen in Frankfurt a. O. oder ein.

Potsdam (dpd) Die neue Pommersche Kreisverwaltung wählt den früheren deutsch-orientierten Oberbürgermeister Müller wieder.

Potsdam (dpd) Die obersten deutschen ... in der Sowjetunion ...

Dr. Schacht soll Kautions stellen

Stuttgart, 7. November (dpd) Die Zentralberufungskammer in Ludwigsburg hat gegen Dr. Schacht einen Haftbefehl erlassen. Der frühere Reichspräsident kann jedoch gegen Stellung einer Kaution von 50.000 Mark in bar oder in Form einer Bankbürgschaft auf freiem Fuß gelassen werden. Einsteilen ist jedoch die bayrische Landpolizei angewiesen worden, nach Dr. Schacht zu fahnden. Über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Gesuchten ist nichts bekannt. Frau Schacht teilte mit, daß ihr Mann von Bayern in die britische Zone gereist sei.

Verminderte Lebensmittelimporte

Frankfurt a. N.

Internationale monatliche Übersicht über November 1948, Nr. 2

1. Die Wahl Trumans zum Präsidenten der USA.

Trotz aller Voraussagen der Fachleute der öffentlichen Meinung, trotz der Beherrschung von 75% der gesamten Presse durch die Republikaner wurde der Demokrat Truman mit 22 Millionen Stimmen gegen 20 Millionen für den republikanischen Kandidaten Dewey gewählt.¹⁾ Alle Welt beeilt sich, dieses Ergebnis als Sieg des kleinen Mannes hinzustellen. Über die großen Männer, die doch nun nach dieser Theorie die Besiegten sein müßten, wird vorsichtshalber geschwiegen. Und mit gutem Grund. Der Wahlausgang hat gezeigt, daß der kleine Mann Amerikas noch nicht dort ist, wo ihn die hemmungslosen imperialistischen Politiker und Wortführer hinhaben wollen. Es ist nicht das Ziel, sondern die Methode und das Tempo, mit dem das Ziel erreicht werden soll, wodurch sich der Demokrat Truman vom Republikaner Dewey unterscheidet.

Beide vertreten die Profitinteressen der herrschenden Klasse. Aber diese Klasse ist kein absolut einheitliches Ganzes, sondern ein durch verschiedene, der gegebenen Lage entspringende Interessen Differenziertes und Aufgeteiltes. Wenn die Republikaner z. B. das internationale Weizenabkommen in diesem Sommer brutal zu Fall brachten, das die Demokraten mühselig konstruierten, so zeigt sich darin das gegensätzliche Interesse der Getreidespekulanten und Mühlen-Monopolisten gegenüber der Masse der Farmer, die am international gesicherten Absatz interessiert sind.²⁾ Die Bourgeoisie ist gezwungen, in all ihren Konflikten im eigenen Lager als auch in den Konflikten mit ihren ausländischen Konkurrenten und Feinden, an die Hilfe der proletarischen Masse zu appellieren. Die Auswahl der Methoden zur Sicherung der notwendigen proletarischen Massengefolgschaft hängt nicht vom freien Willen, sondern von der bestimmten materiellen Lage ab, in der sich die gegeneinander kämpfenden Bourgeoisieschichten befinden.

Die Parole der „besseren Regierung“ im Wahlprogramm Deweys entspricht dem bekannten Schrei nach dem „starken Staat“, der in Deutschland vor 1933 und in Frankreich jetzt zu hören war. Der dahinter stehende Teil der Bourgeoisie kann nur dann die notwendige Gefolgschaft der Masse gewinnen, diese in jenen Rauschzustand versetzen, in dem sie blind zu folgen bereit ist, und der es der reaktionären Führung ermöglicht, alle noch vorhandenen Organisationen lahmzulegen oder zu zerstören, von denen ein Widerstand gegen ihre Vabanque-Politik³⁾ zu erwarten sei.

Nur so ließe sich in absehbarer Zeit die Aufgabe in Angriff nehmen, die Churchill unermüdlich stellt, d. h. dem Vordringen des Kommunismus Halt zu gebieten und die SU auf die Vorkriegsgrenzen zurückzuweisen, solange die USA noch alleinige Besitzer der Atombombe sind. Den Wallstreet-Monopolisten, die hinter Dewey stehen, ist sehr viel klarer als dem kleinen Farmer, welche Gefahren der Expansion des amerikanischen Waren- und Kapital-exportes drohen. Nicht zufällig sind in den Reihen der Republikaner Gegner des Marshall-Planes, der ihnen trotz aller Sicherheitsvorrichtungen die Gefahr einer verschärften Konkurrenz an die Wand malt. Nicht zufällig haben dieselben Kreise noch vor dem eigentlichen Inkrafttreten dieses Planes die Einbeziehung Franco-Spaniens verlangt. So wie sie jetzt 17 Milliarden für das Heeresbudget verlangen gegenüber den 14, die Truman für ausreichend hält. Ein Sieg Deweys hätte den Kurs des imperialistischen Amerikas nur noch unverhüllt zum Ausdruck gebracht. Und für diesen Kurs ist der kleine Mann noch nicht bereit.

Mit Trumans Wiederwahl hat diesmal der Teil der amerikanischen Bourgeoisie gesiegt, dem die Konsequenzen imperialistischer Interessenvertretung noch nicht so unmittelbar auf den Nägeln brennen. Der Farmer, der kleine Geschäftsmann und breite Arbeiterschichten können die Notwendigkeit der unpopulären Aufrüstung noch nicht einsehen. Sie halten eine Verständigung mit der SU noch für möglich. Und deshalb hat Trumans Extratour mit Bedell Smith im Mai in Moskau, und auch sein jüngster Versuch zur Wiederholung mit Vinson, der Stimmung der Massen besser entsprochen, als es sich die Republikaner vorstellen konnten.⁴⁾ Ebenso entsprach Trumans Versuch zur Aufrechterhaltung einer gewissen Preiskontrolle und Bekämpfung der Inflation, wie der Versuch, den Negern etwas erweiterte Menschenrechte einzuräumen, der Stimmung breiter Schichten, so daß die offene Rebellion der Südstaaten-Demokraten gegen Trumans Negerpolitik wirkungslos blieb.⁵⁾

Aber es zeigt nur, daß der demokratisch geführte Teil der amerikanischen Bourgeoisie, unter Ausnutzung der heute noch gegebenen wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes, sich eine größere Gefolgschaft der Masse sichern konnte. Dieser Teil der Bourgeoisie, und nicht der kleine Mann, ist der Sieger vom 2. November. Aber dieser Sieg muß sich als Pyrrhus-Sieg⁶⁾ erweisen. Die Demokraten waren und sind bei aller Gegensätzlichkeit gezwungen, denselben Zielen zuzustreben wie die Republikaner. Mit der Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage müssen sich ihre demokratischen Methoden zur Massenbeeinflussung immer untauglicher zeigen. Trumans bisherige Politik hat das Ende der Ära der bürgerlichen Demokratie weitgehend vorbereiten geholfen. Er ist im Sommer 1946 den streikenden Eisenbahnern mit militärischen Machtmitteln entgegengetreten, die ein so zahmer Reformist wie der AFL-Führer Green als faschistische Methoden

bezeichnete.⁷⁾ All sein guter Wille, Henry Wallace gegen den Ansturm von Byrnes und den Republikanern zu stützen,⁸⁾ wiegt federleicht gegen die Truman-Doktrin, deren Urheber er ist, als deren konsequente Vertreter nicht er, sondern seine republikanischen Antipoden⁹⁾ berufen sind. Die Logik des gemeinsamen Endzieles mit seinen zeitweiligen Gegnern zwingt Truman darauf zu verzichten, einen Vinson nach Moskau zu schicken, aber andererseits einzuwilligen, daß ein Gurney und Farley mit Franco Militärbündnisse¹⁰⁾ vorbereiten. Auch in den USA kann die bürgerliche Demokratie auf ihrem natürlichen Wege nicht anders enden, als sie in Deutschland geendet hat.

Ein anderes Ende der bürgerlichen Demokratie ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse, gestützt auf alle Werktätigen, die demokratischen Errungenschaften verteidigt und sie durch die Erkämpfung der proletarischen Demokratie sichert. – Wie weit die amerikanische Arbeiterbewegung von der Erkenntnis ihrer eigenen Rolle heute noch entfernt ist, das hat die Wahlkampagne gezeigt. Die meisten Arbeiterorganisationen und Arbeiterführer haben sich für einen der beiden großen bürgerlichen Kandidaten eingesetzt. Aber daß sie sich dennoch vorwärts bewegt, hat das Auftreten einer dritten, der Wallace-Fortschrittspartei, indirekt zum Ausdruck gebracht.¹¹⁾ Die Tatsache, daß einst die aufstrebende deutsche Bourgeoisie noch versuchen konnte, sich mit selbstgeschaffenen Arbeiterbildungsvereinen die Arbeitergefolgschaft zu sichern,¹²⁾ während heute beide Flügel der amerikanischen Bourgeoisie die kleinbürgerliche Wallace-Partei wütend bekämpfen müssen, beweist die viel engeren Manövriermöglichkeiten der gesamten Kapitalistenklasse. Der Elan und die Opferbereitschaft, die sich in der Wallace-Bewegung gezeigt haben, sind Zeichen des noch unerschlossenen Kräfteereservoirs, das für die Zwecke des gesellschaftlichen Fortschrittes mobilisiert werden kann. Die gewaltige militärische Aufrüstungskampagne läßt die auftauchenden Krisenanzeichen der amerikanischen Wirtschaft zurücktreten und hindert somit breite Schichten noch an der Erkenntnis ihrer wirklichen Lage und Aufgabe. Die Führung der 15 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaften trägt das Ihrige dazu bei. Aber es waren in der Hauptsache europäische Probleme, um die es sich im Wahlkampf drehte. Das heißt, daß die Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung auch auf Amerika ihre Rückwirkung haben muß.

2. Worum es geht zwischen Ost und West.

Seitdem der Westen nur noch eine Luftbrücke zum Osten hat, ist die Gegensätzlichkeit beider Lager noch schärfer hervorgetreten.¹³⁾ Alle großen Reklamen können den Notstandscharakter der Luftbrücke nicht beseitigen. Auf diesem Wege kann das gefährdete Berlin bei 6000 t Tagesleistung nur 2,8 kg Lebensmittel, Kohle, wichtigste Rohstoffe pro Kopf und Tag statt der notwendigen 10,8 kg erhalten. Deshalb wird zum Abholzen des Grunewald

aufgerufen usw. Diese Tatsachen zeigen den Ernst der Lage. Das hat u.a. Churchill Mitte Oktober zum Alarmruf in seiner Schlußrede am Parteitag der englischen Konservativen veranlaßt, daß die USA eingreifen müssen, solange sie noch alleinige Besitzerin der Atombombe seien.¹⁴⁾ Die führende englische „Times“ sprach sich dagegen für „*unbegrenzte Geduld*“ aus. Der sozialistische „New Statesman and Nation“ trat im Gegensatz zu Churchills „*defaitistischer Kriegshetze*“¹⁵⁾ für eine Taktik des Zeitgewinns ein, „*damit Westeuropa seine wichtigsten Verteidigungspositionen in Ordnung bringen kann*“, nicht die militärischen, die der kommunistischen Gefahr gegenüber wirkungslos wären, sondern die „*wirtschaftlichen und sozialen Verteidigungspositionen*“. Churchills Alarmruf, der zeitlich übereinstimmte mit Trumans Verzicht auf die Vinson-Mission zu Stalin, hat die Wünsche deutlich gemacht, die durch Trumans Wahlsieg einstweilen gedämpft wurden. Es bleibt also beim Vorbereiten der Verteidigungspositionen.

Das ist der gemeinsame Nenner für die Tätigkeit aller Westverteidiger. Ihr Arbeitsgebiet und ihre Aufgabe ist so groß, wie die voraussichtlich zur Verfügung stehende Zeit begrenzt ist. Die USA haben den größten Teil der Aufgabe. Ihr Heeresbudget, das 1948 elf Milliarden Dollars betrug, ist für 1949 mit 14 angesetzt, soll 1950 auf 17,5 und bis 1953 auf 22,5 Milliarden steigen. „*Zahllose Rüstungsfabriken in den USA*“ – so meldet die „*Neue Zeitung*“ – „*die nach 1945 bereits mit dem Bau von Gebrauchsgütern begonnen hatten, arbeiten heute für die Wiederaufrüstung. 15 Millionen Amerikaner warten auf neue Autos, weil neue Geschwader von Superfestungen gebaut werden müssen. 10 Millionen Amerikaner wollen Häuser kaufen, aber es müssen neue Düsenjäger am laufenden Band und neuerdings auch Düsenbomber erzeugt werden. 6 Millionen Amerikaner haben Geld für Eisschränke angezahlt, während 16 neue Kriegsschiffe gebaut werden. Obwohl Arbeiter, insbesondere Facharbeiter, überall gesucht werden, mußten die USA die allgemeine Wehrpflicht einführen: Die Aufrüstung ist daher für den ‚man on the street‘ und für den im Liberalismus großgewordenen Industriellen ‚unpopulär‘.*“

Dazu kommt die gewaltige Aufgabe der USA an all den schwachen Stellen in Europa und in der ganzen Welt. Churchill steht vereint mit Leon Blum an der Spitze der „*Europäischen Bewegung*“.¹⁶⁾ Der englische Militärsachverständige Lidell Hart weist in „*Picture Post*“ darauf hin, daß die Russen 30-40 Divisionen allein in der Ostzone haben sollen, ziemlich schnell bis 200 Divisionen mobilisieren und innerhalb 12 Monaten 500 aufstellen könnten. Demgegenüber besäße Frankreich trotz seiner 550.000 Mann sozusagen keine kriegsfähige Division, die Benelux-Staaten ganz wenige, und England nur zwei Infanterie-Divisionen und je eine Panzer- und Fallschirmbrigade. Das kapitalistische Europa ist also sehr schwach. (Wir geben diese Zahlen mit Vorbehalt wieder, weil sie für Zwecke der Aufrüstungspropaganda

frisiert sein können. Aber in der Größenordnung dürften sie ungefähr die Kräfteverhältnisse der Landarmeen wiedergeben). Hinter den jetzt besonders forcierten Hinweisen auf die Polizeiarmee der Russen verbirgt sich das Bestreben, sich mit entsprechenden Maßnahmen zu sichern.

So wird je nach Bedarf vom Marshall-Plan als rein wirtschaftlicher Aktion oder von der Notwendigkeit seiner „Ergänzung durch Rüstungshilfe“ im Interesse des „bewaffneten Friedens“ geredet. Praktisch bedeutet das vermehrte Rüstungsausgaben für die europäischen Länder, Zurückstellung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, bedeutet weitere Einschränkung der Lebensmittelimporte und Steigerung des Exportes zur Deckung der unproduktiven Rüstungsausgaben. Es widerspricht den Interessen der europäischen Siegerstaaten, Deutschland als Konkurrenten hochkommen zu lassen, wie es Amerikas Interesse entspricht, es auf eigene Beine zu stellen und unter amerikanischer Kontrolle laufen zu lassen. Deshalb die Differenzen in Bezug auf die Demontagen. Nur das gemeinsame Interesse gegen das weitere Vordringen der kommunistischen Gefahr, oder, wie Bevin sagt, „das Spaziergehen Rußlands in fremden Gärten“, zu verhindern oder noch besser, Rußland auf sein Vorkriegsgebiet zurückzudrängen, einigt alle kapitalistischen Mächte.

Alle Verhandlungen und die darüber herausgegebenen Weißbücher dienen nur dem Zweck des Zeitgewinns zur Vorbereitung der Positionen. Daß unter der zunehmenden Last der Rüstungsausgaben keine Hoffnung für den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Verteidigungspositionen übrig bleiben und demzufolge der Beweis für die Stabilität des kapitalistischen Wiederaufbaues nicht erbracht werden kann, ist Churchill und seinen Freunden klar. So wie es schon 1919 ihre größte Sorge war zu verhindern, daß sich die slawischen und die deutschen Werktätigen in ihrer Not zusammenfinden, so haben sie auch in den kritischen Augusttagen von 1939 die Moskauer Verhandlungen für das russisch-englisch-französische Bündnis gegen Hitler scheitern lassen, um nur die Russen am Einmarsch in Polen zu hindern.¹⁷⁾ Die inzwischen eingetretene Veränderung der Landkarte wieder rückgängig zu machen, kann heute nur das wirkliche Ziel der Imperialisten sein. Das allein könnte ihnen für eine gewisse Zeit eine Atempause verschaffen. Und darüber kann nur der militärische Kampf entscheiden.

Dies Spiel ist nur zu verhindern, wenn die deutsche und europäische Arbeiterklasse ihren eigenen Weg geht. Heute sind es gerade die Russen, die durch ihre direkt arbeiterfeindliche Besatzungspolitik das schwerste Hindernis für jede selbständige Aktion der deutschen Arbeiter bilden. Die immer mehr zu Tage tretenden Widersprüche der Besatzungspolitik der Westmächte, die einerseits ein größeres Eigenleben Deutschlands zugestehen müssen, und sich andererseits über das Ausmaß der beizubehaltenden Einschränkungen nicht einig werden können, beweisen das Scheitern des

1945 unternommenen Versuches, aus Deutschland eine Kolonie zu machen. Heute platzt die angelegte Zwangsjacke in allen Nähten. Selbst Robertson muß zugeben, daß nach seiner persönlichen Meinung eine Räumung das beste Mittel zur Beseitigung der himmelschreienden Zustände in Berlin wäre.¹⁸⁾ Umso notwendiger ist es, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre Rechte fordert, die Hände frei zu bekommen, um über ihr Geschick selbst entscheiden zu können.

3. Mukden von Chinas Kommunisten erobert.¹⁹⁾

Mukdens Fall ist ein schwerer Schlag für die Imperialisten. Alle Dollar-millionen haben Tschiang-Kai-cheks korruptes Regime nicht stützen können. Schamlos haben seine Generäle die USA-Dollars für gar nicht existierende Armeen für sich verbraucht. Skrupellos haben zuletzt die chinesischen Großhändler Getreide aus kommunistisch besetzten Gebieten geschmuggelt, um es zu Wucherpreisen in National-China zu verkaufen. Unaufhaltsam setzt sich die kommunistische Wirtschaftsordnung durch, die trotz aller unvermeidlichen Primitivität dem verfaulenden kapitalistisch-feudalen Regime weitaus überlegen ist und deshalb unbesiegbar bleibt.

Aber der Vormarsch in China ist auch eine kostbare Lehre für die deutsche Arbeiterklasse. Während dort die kommunistische Bewegung siegreich vorwärts schreitet, sinkt gerade hier in Deutschland, wo sich das proletarische Lebensniveau weitgehend dem des chinesischen Kuli angenähert hat, der Einfluß der KPD im Westen wie der SED im Osten. Der Grund dafür liegt in der Politik einer Führung, durch die der Kommunismus in den Augen der deutschen Arbeiter aufs schwerste kompromittiert wird. Aus China werden die Korruptionisten verjagt – aus der KPD-SED werden die Kommunisten hinausgesäubert, die gegenüber ihrer unfähigen Führung den Kommunismus verteidigen.²⁰⁾ Das gilt es zu ändern, bevor es wieder zu spät ist.

4. Die Streikbewegung in Frankreich.²¹⁾

Die Streikbewegung in Frankreich hat durch den Einsatz militärischer Machtmittel und durch die streikbrecherische Einstellung der sozialdemokratischen „Force Ouvrière“ wie der Christen im Wesentlichen ihr Ende gefunden. Die materiellen Forderungen der Arbeiter, deren Berechtigung niemand zu bestreiten wagte, bleiben unerfüllt. Frankreich gesteht, daß es die Existenz seiner Lohnsklaven nicht mehr garantieren kann. Die Arbeiter gehen in die Betriebe, nachdem sie heroisch gegen die Garden des Sozialisten Jules Moch²²⁾ gekämpft haben, aber nicht siegen konnten. Damit ist der Kampf noch nicht zu Ende. – In diesem Kampfe hat sich zum ersten Male nach Kriegsende die internationale Solidarität gezeigt. Aus England, Amerika, Tschechoslowakei, Polen, Saargebiet usw. kamen Zeichen der Solidarität. Aus Deutschland nicht. Das ist zum Teil die Folge der Politik der französischen

Gewerkschaftsführer, die in chauvinistischen Hetzreden seit 1945 von den deutschen Kumpels nichts anderes als „mehr Kohlen von der Ruhr“ gefordert haben. Sicherlich werden aber auch die französischen Kumpels besser als ihre Führer zu lernen verstehen.

DER TAGESSPIEGEL

JAHRGANG / NR. 258 (928)

BERLIN, DONNERSTAG, 4. NOVEMBER 1948

25. PFENNIG

Bewegungskrieg zwischen Kommunismus und Demokratie Die Bedeutung der Ereignisse in China

—xx. Als vor wenigen Wochen die chinesische Republik ihren Nationalfeiertag beging, sagte Generalissimo Tschangkaischek vor den versammelten zivilen und militärischen Würdenträgern seines Landes: „Je länger der Krieg dauert, um so größer sind die Siegesaussichten der Regierung.“ Einundzwanzig Tage später fiel das seit Monaten eingeschlossene Mukden in kommunistische Hand. Die Truppen des Generalissimus sind auf der Flucht nach Süden. Immer lauter werden die Stimmen nach einer neuen Regierung.

Es ist für die europäischen Beobachter in den letzten Monaten schwer gewesen, die Lage in China zu überblicken oder sie gar zu analysieren. Man wußte zwar von der katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, man hörte auch von der Belagerung

Souveränität über die Mandschurei zugesichert erhielt, demonstrierten die Russen dort die gesamte intakt gebliebene Industrie im Werte von zwei Milliarden Dollar als „Kriegsbeute“. Darüber hinaus verhinderten sie durch Sperrung des Hafens von Dalien, daß die chinesische Nationalregierung Truppen nach dem Norden entsandte, wodurch Moskau den Kommunisten, die sich dorthin zurückgezogen hatten, die Mandschurei in die Hände spielte. Die Frage der Bewaffnung wurde für die chinesischen Kommunisten auf sehr einfache Art gelöst: Rußland überließ ihnen das von den Japanern zurückgelassene Kriegsmaterial und stellte ihnen wahrscheinlich auch größere eigene Bestände zur Verfügung.

Die Mandschurei ist nun verloren, ein Gebiet von der Größe Frankreichs und Deutschlands zusammen, eines





Am 1. Seite 37
ERNST TORGLER
Der Reichstagsbrand
und was nachher geschah

Die Tragik Tschiangkaischeks

Von Per Fischer

Die Nachricht von dem Fall der Stadt Mukden und die damit notwendig gewordene Räumung der Mandschurei durch die chinesischen Regierungsruppen haben in der ganzen Welt große Besorgnisse ausgelöst. Es war zwar seit Monaten klar, daß auf einer immer schmaler werdenden Front nach Durchschneidung der Rückzugslinien die Lage dort auf die Dauer unhaltbar geworden war. Trotzdem hat der nunmehr eingetretene Zusammenbruch als ein schwerer Schock gewirkt. „Hannibal vor den Toren“ — der Schrecken drohte den Rest von Vertrauen in die Staatsführung hinwegzuschwemmen.

Wie stellt sich der nüchternen Betrachtung die Lage dar? Der Verlust der Mandschurei ist keine Katastrophe im dem Sinne, daß sie notwendigerweise die Krönung des kommunistischen Sieges in China bedeute. Zwar kann man mit Recht den Besitz der Mandschurei als eine unentbehrliche Voraussetzung für die Großmachstellung Chinas ansehen. Solche Erwägungen gehören indessen in das Kapitel der Zukunftshoffnungen und haben mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge nichts zu tun. Im wirtschaftlichen Haushalt des chinesischen Reiches hat die Mandschurei praktisch nur eine sehr geringe Rolle gespielt. Die Position der Kommunisten, denen von den abziehenden Russen 1945 alle Trümfer in die Hand gespielt wurden, war so fest, daß die nationalchinesische Armee von Anfang an in eine aussichtslose Verteidigung gedrängt war. Es kann eher als ein Wunder angesehen werden, daß sie sich solange hat behaupten können.

Die wahre Tragik der jüngsten Ereignisse liegt vielmehr in der Rückwirkung auf die Person Tschiangkaischeks. Für ihn bedeutet die Räumung des nördlichen Vorpostens die schwerste Demütigung, die er in seinem mehr als zwanzigjährigen Kampf für die Einheit Chinas erfahren hat. Sein Bild in der öffentlichen Meinung der Welt ist teils durch übertriebene Glorifizierung, teils durch die haßerfüllte Anprangerung seiner „aufgeblähten Selbstentumung“

leicht möglich gewesen, das zum roten Buchstaben gewordene Parteiprogramm durch eine neue, sammelnde und aufbauende Idee zu ersetzen, die der kommunistischen Propaganda hätte entgegengestellt werden können.

Noch viel weniger kann man erwarten, daß die von jeher voranden gewesenen separatistischen Bestrebungen einen Weg aus der unglücklichen staatlichen Verstrickung weisen könnten, wie beispielsweise jene Hongkonger Gruppe abgedankter Politiker und ausrangierter Militärs, die sich „Revolutionäres Komitee der Kuomintang“ nennt. Diese zentrifugalen Kräfte waren es, denen jede Schwächung der Zentralregierung willkommen war, weil sie sie im eigenen Interesse auszunutzen verstanden. Für sie wird es ein böses Erwachen geben, wenn sie jetzt versuchen, von einem siegreichen Kommunismus den Lohn für ihre Bemühungen einzuleihen. Zu diesem Kreis gehört übrigens auch die Don-Quichote-Figur des „Christliche General“ Feng Yu-Hsiang, der kürzlich unter mysteriösen Umständen von der politischen Bühne verschwand.

Ziehen wir die Bilanz der nüchternen Tatsachen: der Verlust der Mandschurei bedeutet nicht den Untergang Chinas. Die schwerwiegende Folge aber ist die nun offen ausgebrochene Vertrauenskrise um die Person Tschiangkaischeks. Der Kuomintang-Staat ist zerrütet, Wirtschaft und Heer durch Korruption, Unfähigkeit und Gleichgültigkeit zersetzt. Im Gesetzgebenden Senat sind die ersten Stimmen laut geworden, die sich dafür aussprechen, daß Tschiangkaischek sich „vorübergehend“, wie man höflicherweise sagt, von den Staatsgeschäften zurückziehe. Auch dies ein auswegloser Versuch! Denn wer wäre fähig, an Stelle des Marschalls das Staatsruder im Sturm zu übernehmen? Alles hängt deshalb davon ab, ob es Tschiangkaischek gelingt, eine letzte und bessere Garnitur von Politikern zu finden, denen das gelingt, woran bisher alle anderen scheiterten: dem Kampf gegen den Kommunismus eine Idee und einen Impuls zu geben, der das indolente chinesische Volk aufrütteln könnte. Wenn dies nicht möglich ist, so wird das Riesentreich auseinanderbrechen. Die Kommunisten, die die äußere Mongolei vom chinesischen Staatskörper abgetrennt haben, gehen in der inneren Mongolei bereits ähnlichen Plänen nach und werden auch in der Mandschurei bald einen selbst-

Internationale monatliche Übersicht über März 1949, Nr. 1

1. Die chinesische Revolution.

Ernsthafte amerikanische Beobachter fürchteten schon Anfang 1948, daß noch im Laufe des Jahres die Landkarte Chinas neu gezeichnet würde. Ihre Befürchtung hat sich bewahrheitet. Zwar sind die Kommunisten mit ihren Armeen erst am Jangtse.¹⁾ Aber ein ernsthafter Widerstand mit Erfolgsaussichten ist auch im Süden Chinas nicht zu erwarten, so daß die Ausbreitung *der Revolution auf ganz China* nur mehr eine Zeitfrage ist, wenn sich die KP nicht zu einem neuen Koalitionsexperiment verleiten läßt.

Vergleich mit der russischen Revolution

Der zeitlich geringe Abstand von den Ereignissen und die äußerst mangelhaften Informationen erschweren eine vollständige Würdigung. Aber ein Vergleich mit der russischen Revolution 1917 drängt sich auf.

Der Freistaat China (ohne Mongolei und Tibet) hat ein Gebiet von 6,329 Mill. qkm und 457 Mill. Einwohner (Europa 10,2 Mill. qkm und 516 Mill. Einwohner). Wenn dieses Gebiet mit der 2 1/2fachen Einwohnerzahl der SU dem kapitalistischen Weltsektor entzogen wird, so muß das unabsehbare Folgen haben. Dazu kommen die politischen Ausstrahlungen auf den ganzen Fernen Osten, auf alle Kolonien und Halbkolonien, wobei die Gebiete mit chinesischen Bevölkerungsteilen zuerst ergriffen werden. (Malaya, Burma Indochina). Die nationale Befreiungsbewegung vom Imperialismus muß überall einen gewaltigen Aufschwung erleben.

Wie in Rußland 1917 steht die revolutionäre Bewegung in China einem völlig korrupten und in Auflösung begriffenen Staatsapparat gegenüber, dessen Generäle nur noch mit Geldsendungen zum „Kampf“ zu bewegen sind. Die Bauern-Soldaten der Tschiang-Kai-chek-Armeen sind kriegsmüde wie die russischen 1917. Auf der anderen Seite sehen sie eine Armee, die die Agrarfrage zu lösen beginnt und jedem Bebauer das Land gibt. Damit werden Feudalismus und Militärdiktatur schnell unterhöhlt. Die Agrarfrage ist bisher die wichtigste für die Massenbasis der Revolution, noch wichtiger als in Rußland, dessen Arbeiterklasse ein größeres Gewicht hatte als die chinesische, die in wenigen Küstenstädten und in der Mandschurei konzentriert ist.

Das wirtschaftliche Erbe der chinesischen Revolution ist womöglich noch trauriger als das des Zarismus: jahrzehntelanger Bürgerkrieg, japanische Invasion, imperialistische Ausplünderung, verkehrsmäßige Unaufgeschlossen-

heit, russische Demontage in der Mandschurei, zurückgebliebene Landwirtschaft. (Trotz hoher Arbeitsintensität stimmt das. Der traditionelle Mangel an Arbeits- und Nutzvieh ist die Ursache dieser Rückständigkeit und des Brachliegens großer kulturfähiger Flächen bei relativer Überbevölkerung der Kulturlächen.)

Nach dem militärischen Sieg beginnen die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaues. Gerade die Umstände, die den Sieg der Revolution erleichtern, erschweren den folgenden Aufbau. Verfall der Wirtschaft und ungenügende Entwicklung des Staatsapparates. Es ist kein Zufall, daß die kapitalistisch unentwickelten Länder zuerst zur Revolution kommen: die reifsten Länder werden unter verstärktem Druck gehalten, also bricht die Revolution dort durch, wo der Druck am schwächsten ist. Die sich daraus für den sozialistischen Aufbau ergebenden Schwierigkeiten (mit ihren innenpolitischen Rückwirkungen) können am besten gelöst werden, wenn die Arbeiterklassen der hochindustrialisierten Länder durch ihre Revolution den Werktätigen der rückständigen Länder zu Hilfe kommen. Die Arbeiter in Westeuropa dürfen also nicht – wie es ihnen die KP-Führer empfehlen – in Ehrfurcht erstarren und auf die Befreiung vom Osten her warten. Sie müssen ihren Anteil leisten und damit den Weg freilegen für eine ungeheure Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus auch in den kapitalistisch weniger entwickelten Ländern.

Bürgerliche Revolution oder proletarische?

Daß in China eine Revolution im Gange ist, ist unbestritten. Umstritten ist ihr Charakter. Liberale Politiker versuchen sich zu beruhigen mit dem Gedanken, in China ginge es nur um eine bürgerliche Revolution. Darauf ist zu erwidern:

1. In der „Deutschen Ideologie“ sagen Marx und Engels: *„Der Kommunismus ist für uns kein Zustand, der hergestellt werden soll, kein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung“*.

Insofern die Revolution die bestehenden halbfeudalen und halbkapitalistischen Verhältnisse aufhebt, legt sie den Weg frei zur sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

2. Die Führung liegt ohne Zweifel in der Hand von Kommunisten, die zum größten Teil aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind.

3. Auch in Rußland war das Proletariat relativ schwach und die Agrarfrage die wichtigste. Trotzdem wird heute niemand den proletarischen Charakter des Oktober bestreiten. In China kommt hinzu, daß durch das ferngesteuerte Abenteuer von 1927 die Arbeiterklasse schwer zur Ader gelassen wurde und die überlebenden Funktionäre sich offenbar aus den Küstenstädten zurückzogen.²⁾ Wahrscheinlich haben sie aus der Bedeutung der ausländischen

Hilfe für die chinesische Konterrevolution die Lehren gezogen, daß einmal die Küstenstädte die stärkste Konzentration imperialistischer Hilfskräfte aufweisen, man sie also im Anfang umgehen muß, zum andern die Gewinnung der armen Landbevölkerung eine vordringliche Aufgabe ist.

Das wäre die richtige Taktik, den Punkt des geringsten Widerstandes in der bürgerlichen Front zu suchen. Man kann annehmen, daß die Revolution einen weiteren Impuls erhalten wird, wenn sie in die Industrie- und Handelszentren vorstößt und sich mit den proletarischen Kräften vereinigt.

4. Auch die Tatsache, daß die Revolution noch gewisse Aufgaben der bürgerlichen Revolution mitzuerledigen hat, spricht nicht gegen ihren proletarischen Charakter. Die Vorstellung, die proletarische Revolution sei nur möglich, wenn der Kapitalismus überall bis zum höchsten Punkt entwickelt sei, ist nicht dialektisch. Diese Vorstellung verlangt eine völlig gleichmäßige und schematische Entwicklung, nimmt keine Rücksicht auf die jeweiligen Verhältnisse. Aber es ist auch in China so, daß das Bürgertum seine historische Aufgabe, Beseitigung des Feudalismus, Vertreibung der imperialistischen Mächte, Herstellung der nationalen Einheit und Souveränität, nicht zu lösen fähig ist. Soll die Arbeiterklasse die Aufgaben des Bürgertums lösen und dann wieder zu dessen Gunsten auf ihre Macht verzichten?

Auch in Rußland hat es eine gewisse Zeit und Voraussetzungen gebraucht, bis das Proletariat von den Aufgaben der bürgerlichen zu denen der proletarischen Revolution schreiten konnte, z. B. von der Landverteilung zur Kollektivierung.³⁾ In China wird es vielleicht noch längere Zeit brauchen, weil die industriellen Grundlagen noch mehr fehlen und ihre Entwicklung noch schwieriger sein wird. Denn infolge niedrigster Arbeitsproduktivität ist die Mehrwertschaffung gering und damit die notwendige Kapitalakkumulation sehr langsam.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die politischen Gefahren für den proletarischen Charakter der chinesischen Revolution können gemeistert werden, wenn die KP den Problemen klar ins Auge sieht und wenn die internationale Arbeiterklasse, insbesondere die westeuropäische, ihre Pflicht erfüllt.

China und die kapitalistischen Mächte.

In China sehen wir ein interessantes Beispiel der Ablösung des englischen durch den amerikanischen Imperialismus. England, die wichtigste Kolonialmacht, erklärt sich offen außerstande und nicht willens, die politischen und militärischen Positionen der auswärtigen Mächte in China zu verteidigen. Es will sich darauf beschränken, seine wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Das übrige überläßt es den USA. Aber als Erbe Englands treten die USA auf in einer neuen Zeit, wo die alten Methoden kolonialer Eroberung (in China militärische Strafexpeditionen und Opiumhandel)⁴⁾ überholt sind, wo

die Klassenkämpfe in den Kolonialländern höhere Stufen erreicht haben. Eine dünne Schicht nationalistischer Studenten und Händler konnte man mit Polizeiaktionen vernichten oder materiell korrumpieren. Die moderne nationale Befreiungsbewegung, die durch die Führung der Arbeiterklasse mit der sozialen Revolution unlöslich verknüpft ist, hat die Millionenmassen erfaßt und ihre soziale Befreiung in greifbare Nähe gerückt. Den siegreichen Ideen des Kommunismus, in China vor allem der der Agrarrevolution, hat der amerikanische Imperialismus nichts Gleichwertiges entgegenzustellen; dagegen helfen keine Dollarmilliarden und keine modernsten Waffen. Durch die Propaganda der Agrarrevolution gewinnen die roten Armeen die Soldaten mitsamt ihren amerikanischen Waffen. Bürgerliche Zeitungen und Chinaexperten, die die Wirkungslosigkeit der Dollarmilliarden erkannt haben, empfehlen jetzt den USA, durch ihre Regierungsberater in China eine vorsichtige Agrarreform einleiten zu lassen. Damit kann man der Revolution den Wind nicht mehr aus den Segeln nehmen. Abgesehen davon, wer sollte wohl das Land hergeben, etwa die Verbündeten des USA-Imperialismus, die Grundherren? Und wovon sollten Entschädigungen gezahlt werden, wenn die korrupte Bürokratie alle Einnahmen aufbraucht? Bezeichnend für den reaktionären Charakter all dieser Vorschläge ist der Vorschlag des liberalen (!) „Economist“, die Zustimmung zur politischen Unabhängigkeit der Kolonialländer Südostasiens generell zu verschieben bis zur erreichten sozialen und wirtschaftlichen Befriedung, d. h. auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Der völlige Verfall der Nationalregierung, ihres Militär- und Verwaltungsapparates, würde eine immer weitergehende massive Einmischung der USA erforderlich machen, politisch, finanziell, militärisch, um nur einen Brückenkopf auf dem Kontinent in Südchina zu behalten. Das übersteigt die Kräfte selbst des mächtigsten kapitalistischen Landes der Welt, weil seine Verbündeten in China eben nur eine verschwindende Minderheit darstellen. Ganz anders der Kommunismus. Er bezieht seine Kraft aus dem Lande selbst und aus seinen Massen. Seine Kräfte wachsen mit seiner Ausbreitung, während die einer erobernden imperialistischen Macht bei ihrem Vormarsch immer mehr „verdünnt“ werden. Der Kommunismus wird fähig sein, auch das riesige China zu entwickeln und zu regieren, weil und insoweit er die schöpferischen Kräfte der Massen zu entfesseln verstehen wird.

Die Werktätigen Chinas haben mit ihrer Revolution die strategischen Pläne des USA-Imperialismus durchkreuzt. Seine Absicht war nicht, im unendlichen China zu versinken und Millionen Soldaten dort zu investieren, sondern im Gegenteil Millionen genügsamer Kulis zu rekrutieren für die fernöstliche Front gegen die SU. Die Ernüchterung der Dollarherren der Welt ist groß. So schreibt Owen Lattimore, amerikanischer politischer Berater Tschiang Kai-cheks bis 1941: *„Früher war die Meinung die, Amerika besitze die Kraft eines Mauerbrechers, den man einsetzen konnte gegen ein-*

heimische und russische Kommunisten, wo immer sie sich zeigen mochten. Jetzt erkennt man, daß es Grenzen gibt auch für unsere Kraft, daß wir sie anwenden dürfen nur dort, wo sie sich als effektiv erweisen kann und wo wir nicht Gefahr laufen, in einer exponierten Stellung abgeschnitten zu werden“.

Die Arbeiter und Bauern Chinas haben mit ihrer Revolution einen großen Beitrag geleistet zur Verteidigung der SU, zur Entfernung der amerikanischen Front von den Grenzen der SU und damit zur eventuellen Verhinderung eines 3. Weltkrieges überhaupt.

Der amerikanische Imperialismus ist jetzt gezwungen, seine strategischen Pläne völlig umzuändern. Als einziger fernöstlicher Verbündeter in Rußlands Nähe bleibt der japanische Kapitalismus, dessen Restaurierung und Konsolidierung mit allen Mitteln betrieben wird. Diese Entwicklung und ihre Methoden sind sehr lehrreich für das deutsche Proletariat.

Das Hindernis hierbei ist nicht der japanische Militarismus (den man ja gerade braucht) oder die fehlende „Demokratie“, wie uns die KP nach 1945 glauben machen wollte, sondern die Angst der bisherigen Alliierten der USA vor den Folgen. Australien, Neuseeland, Holland fürchten die Neubelebung der japanischen Expansion. Der USA-Imperialismus steht hier vor einem unlösbaren Dilemma: ein gegen die SU und die japanische Arbeiterklasse starker japanischer Kapitalismus kann nicht schwachgehalten werden in anderen Himmelsrichtungen, gegen Australien, Neuseeland, Indonesien. Es ist dasselbe Problem wie mit dem deutschen Kapitalismus in Europa. Die inneren Entwicklungstendenzen zwingen die USA zum Bündnis mit der gestern noch feindlichen Bourgeoisie gegen den damaligen russischen Verbündeten. Die Momente der Anziehung, der Klassensolidarität zwischen den ehemaligen Feinden sind stärker als die taktischen Augenblicksbindungen mit dem russischen Verbündeten.

Die chinesische Revolution und die SU

Es ist selbstverständlich, daß das Verhältnis zur SU ein grundsätzlich anderes ist als zu den übrigen Mächten, wenn es auch viele Probleme umfaßt. Für die chinesischen Werktätigen ist die SU das Land, das seine Agrarrevolution vollendet, das 1917 auf alle Privilegien des Zarenreiches in China verzichtet hat.⁵⁾ Die SU ist für die Völker des Fernen Ostens die Vertreterin des historischen Fortschritts – ohne Einschränkungen und ohne die bitteren Erfahrungen, die die deutschen Werktätigen gemacht haben. Der chinesischen Revolution drohen keine militärischen Gefahren seitens der SU wie etwa seitens der USA. Ob aber die SU die wirtschaftliche und technische Hilfe in Gestalt von Maschinen, Fabrikanlagen, rollendem Material, Fachleuten, liefern kann, die für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft notwendig sind, ist sehr fraglich. Produktions- und Transportkapazität und

fehlendes Verkehrsnetz sind hier große Hindernisse. Die massiven Demonstrationen in der Mandschurei zeigen den ungeheuren Eigenbedarf der SU.⁶⁾

Die einzige Gefahr, die von der SU droht, ist die des Versuchs der politischen Bevormundung und der Fernsteuerung der chinesischen Innenpolitik. Infolge untauglicher Fernsteuerung und Direktivenerteilung aus über 8.000 km Entfernung oder mittels ortsunkundiger Emissäre haben die chinesischen Kommunisten die schwersten Niederlagen einstecken müssen.⁷⁾ Nachdem man durch Borodin und Heinz Neumann die kommunistische Vorhut ins Feuer der Tschiang Kai-chek-Meute hatte treiben lassen, bestanden die Russen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten auf Kompromissen mit demselben Tschiang Kai-chek. Ob die Russen [heute eine] ähnliche Bevormundung versuchen, wissen wir nicht. Die alten und neuen Erfahrungen und die Tatsache, daß sie ihre Siege im wesentlichen ohne russische materielle Hilfe erfochten haben, geben den chinesischen Kommunisten die Möglichkeit, jede Bevormundung abzuweisen. (Die Solidaritätserklärung mit dem Kominform gegen die KPJu vor 5 Monaten ist eine Höflichkeitsgeste, die zu nichts verpflichtet und nicht bedeutet, daß die KPCh sich eine Bevormundung gefallen lassen würde, wie sie die KPJu abgelehnt hat.)⁸⁾ Manche China-Kenner behaupten, Mao Tse-tung sei politischer Gegner Borodins, des langjährigen Chinaexperten der Sowjetregierung.

Die Agrarfrage – wie will die KP Chinas sie lösen?

Wir haben schon bei anderer Gelegenheit betont, daß Ablehnung der Bevormundung nicht auch Ablehnung von Kritik bedeutet. Im Gegenteil: das Ende der Bevormundung ist der Anfang und die Voraussetzung der Wirksamkeit kameradschaftlicher Kritik. Zur Kritik und ihrer Beurteilung sind aber die sachlichen Unterlagen und die Stellungnahmen beider Parteien notwendig, der Kritiker wie der Kritisierten. – Wenn wir uns hier kritisch zur Agrarfrage in China äußern, so geschieht das mit allen Vorbehalten und unter Betonung der Lückenhaftigkeit und Unzuverlässigkeit des Materials.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Agrarfrage in China natürlich die wichtigste Frage der Revolution ist. Das begreifen selbst Bürgerliche. Aber sie können sie nicht lösen. Denn ihre Lösung ist nur möglich, wenn man die Grundlagen der alten Ordnung sprengt. An diesem Zwiespalt scheitern auch die bestgemeinten Vorschläge. So schreibt der „Economist“: *„Ohne Zweifel könnte die Unterstützung und Ausbreitung landbesitzender Bauernschaft in Südostasien eine solidere Basis schaffen für eine dauerhafte Zusammenarbeit mit dem Westen als der Schutz für die Großgrundbesitzer, die uns nicht gegen den Kommunismus verteidigen können, oder für eine Händlerklasse, die dem Boden meist entfremdet ist. Eine Bodenreformpolitik hat offenbar Schwierigkeiten. Z. B. wenn man die jetzigen Großgrundbesitzer Südostasiens enteignet, müssen die Behörden Entschädigungen zahlen. Aber wie*

soll diese Last getragen werden? Ähnliche Entschädigungsprobleme erweisen sich in Burma als sehr schwierig.“

Über die Agrarpolitik der chinesischen Kommunisten sagte Mao Tse-tung Weihnachten 1947 (Nach China News Letter, London, Februar 1948): *„Das Grundprogramm über das chinesische Agrargesetz fordert, daß unter dem Prinzip der Beseitigung des Agrarsystems der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung und in Durchführung des Agrarsystems von „das Land den Bebauern“, das Land gleichmäßig gemäß der Bevölkerung verteilt werden soll. Dies ist die gründlichste Methode der Abschaffung des feudalen Systems und stimmt völlig überein mit den Forderungen der breiten Massen der chinesischen Bauern. Land und Eigentum, die an Grundbesitzer und reiche Bauern verteilt werden sollen, sollen nicht mehr betragen, als das an die Bauernmassen verteilte Land. Aber auch die ultralinke fehlerhafte Politik, die zwischen 1931 und 1934 durchgeführt worden ist, das sogenannte „verteile kein Land an die Grundbesitzer und schlechtes Land an die reichen Bauern“, sollte nicht wiederholt werden. Obwohl das Verhältnis von Grundbesitzern und reichen Bauern in der Dorfbevölkerung an verschiedenen Orten größer oder geringer sein kann, so machen sie im allgemeinen nur annähernd 8% aus (nach Familien gerechnet), aber das Land, das sie besitzen, macht im allgemeinen 70 - 80% von allem Land aus.*

Die gesamte Partei muß verstehen, daß die gründliche Reform des Agrarsystems die grundlegende Aufgabe des gegenwärtigen Stadiums der chinesischen Revolution ist.“

„New Statesman and Nation“ vom 15.1.1949 schrieb: *„Mao Tse Tungs erste politische Veröffentlichung „Eine Analyse der verschiedenen Klassen der chinesischen Gesellschaft“, wandte die Grundsätze des Marxismus auf die chinesischen Bedingungen an. Sie schlug eine radikale Landpolitik und die Organisation der Bauern unter kommunistischer Führung vor. Als Borodin in den 20er Jahren auf Einladung der Kuomintang in China war, hielt Mao diese These fest gegen Borodin, der damals der Bourgeoisie Konzessionen machen wollte; tatsächlich war die KPCh in dieser Frage gespalten. Maos Linie wurde dann vom 6. Weltkongreß der KI 1928 angenommen, obwohl er inzwischen aus dem Politbüro der KP entfernt worden war. Mao wurde später der 1. Vorsitzende der Sowjetregierung der Provinz Kiangsi. Sie konfiszierte den Großgrundbesitz, schaffte die von den Militaristen auferlegten Steuern ab, führte eine einzige gestaffelte Steuer ein, den 8-Studenten, Schulgeldfreiheit, Staatshilfe an die Bauern in Gestalt von Getreide, Vieh und Geräten. Eine ähnliche Politik wurde später in den befreiten Gebieten betrieben.“*

Dem steht gegenüber die Behauptung des „Economist“ vom 11.9.1948: *„Das kommunistische Radio der Mandschurei rühmt sich der Schaffung großer Farmen, die auf 20 Jahre an „private Kapitalisten“ verpachtet werden.“*

Dieser Widerspruch könnte sich durch Übermittlungs-, Übersetzungs- oder Verständnisschwierigkeiten aufklären. Wenn das aber wörtlich wahr sein sollte, so sind Bedenken am Platze. – Gewiß kann die erste Etappe der Agrarrevolution nur die möglichst gleichmäßige Verteilung des Bodens an seine Bebauer sein. Aber nur wenn sie radikal durchgeführt wird ohne Rücksicht auf die Herren von gestern, legt sie bei den armen Verbündeten des Proletariats auf dem Lande die Energien frei, die notwendig sind, um den Anschluß an die nächste Etappe zu erreichen. Infolge des ererbten Mangels an Vieh kann und muß diese nächste Etappe die der Bildung großer Betriebe mit modernen Maschinen, Traktoren, Elektrizität sein. Die chinesische Landwirtschaft muß also einen hohen Stufenabsatz mit einem Schritt nehmen. Das ist nur möglich, wenn inzwischen mit der überzähligen Landbevölkerung in beschleunigtem Tempo eine moderne Industrie geschaffen wird. So greifen hier Agrarrevolution und sozialistische Industrialisierung eng ineinander. Die Agrarrevolution braucht also zu ihrem Gelingen die Entfaltung der größten Initiative des städtischen Proletariats und die begeisterte Mitarbeit der Masse der Landbevölkerung. Die „Rücksichtnahme“ auf besitzende Schichten des Landes darf daher höchstens zeitweilig und taktischer Natur sein. Geht sie weiter, gefährdet sie die Agrarrevolution und damit die Revolution in China überhaupt.

Volksfront oder leninistische Taktik?

Volksfrontpolitik, wie sie seit 1935 in Europa von der KI eingeführt wurde, ist praktisch eine Politik des Bündnisses mit dem Bürgertum, wobei die Arbeiterklasse auf ihre revolutionären Zielsetzungen verzichtet, um dadurch bürgerliche Kräfte zu gewinnen. Dabei wird die für das Gelingen der Revolution notwendige Masseninitiative – der proletarische Kräftezuwachs – gedrosselt zugunsten eines Kräftezuwachses, der im entscheidenden Moment die Revolution verraten muß. Die chinesische Volksfrontpolitik kommt zum Ausdruck in einer Beschreibung der Politik der KPCh von 1937: *„Die Verbesserung des Lebens der Arbeiter ist auch wesentlich. Aber das darf gegenwärtig nicht bis zu dem Punkt ausgeführt werden, an dem die nationale Einheit gespalten würde. Denn das bedeutet Leben und Tod für die Nation wie für jeden Chinesen.“*

So erklärte Mao Tse-tung in einem seiner Telegramme, daß die Forderungen der Arbeiter nicht soweit geführt wurden, daß sie für die Kapitalisten unerträglich sind.

Welche Politik Mao heute verfolgt, ist nicht klar. In einem Interview mit Edgar Snow erklärte er:⁹⁾ *„Der Kampf gegen den Feudalismus mag für eine Zeit der größeren Aufgabe des Kampfes gegen Japan untergeordnet werden.“*

Aber weiter heißt es: *„Das Problem ist jetzt die Änderung des politischen Systems (ohne Gefährdung des Widerstandes gegen die Japaner), denn wenn*

es nicht geändert und die Demokratie nicht verwirklicht wird, kann es keinen Sieg geben... Wir sind immer soziale Revolutionäre, niemals Reformisten."

Die ganze neuere Geschichte Chinas hat gezeigt, daß die Änderung des politischen Systems, – die Revolution –, die Voraussetzung des schnellen Sieges über die Japaner war. Das gleiche gilt von allen anderen Problemen des heutigen China: die äußeren Probleme (Abschaffung der imperialistischen Protektorate,¹⁰⁾ Ende der äußeren Einmischung und kolonialen Ausbeutung) können nur von der Klasse gelöst werden, die, – das ist die Grundlage ihrer Herrschaft –, auch die inneren Probleme löst: nationale Einigung, Schaffung eines zentralen Staates, Vernichtung des Militarismus und Feudalismus, Aufbau einer modernen Landwirtschaft, einer modernen Industrie, eines modernen Transportwesens. Auch die fortschrittlichsten Vertreter des Bürgertums haben keine einzige dieser Aufgaben lösen können, weil eine radikale Lösung die ererbten Vorrechte des Bürgertums antasten muß. Das Bürgertum hat seine historisch fortschrittliche Rolle auch in China längst ausgespielt. Nur das Proletariat ist berufen, die großen Aufgaben der bürgerlichen Revolution in den ersten Etappen der proletarischen Revolution mitzuerfüllen. Es hat nach dem Aderlaß von 1927 zwanzig Jahre gebraucht zur Sammlung und Vorbereitung. Nur wenn es die marxistischen Lehren aus seinen Niederlagen gezogen hat, kann es die Revolution siegreich beenden und an die riesige Aufgabe der Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft herangehen. Die nahe Zukunft wird erweisen, wieweit die KPCh aus der Vergangenheit gelernt hat.

Das internationale Proletariat muß wachsam die Schritte der Weltbourgeoisie beobachten und sich schützend vor China stellen. Die Arbeiter Westeuropas müssen ihre Revolution organisieren, damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges bannen und den sozialistischen Aufbau der rückständigen Völker fördern.

2. Das Ende des Weltgewerkschaftsbundes¹¹⁾

Noch vor Abschluß des Jahres 1948 hat der WGB zu bestehen aufgehört. Die Brüsseler Konferenz der amerikanischen und europäischen Gewerkschaften aus den Marshallplan-Ländern im März 1948 war der Schlußstein.¹²⁾

Wenn auch auf der Tagung des Aktionsausschusses des WGB am 1. Mai 1948 in Rom der italienische und der englische Vertreter Einheitsreden hielten, war die Spaltung doch zur unvermeidlichen Tatsache geworden.¹³⁾ Haben die deutsche und die internationale Arbeiterklasse Ursache, in die Klagelieder über diese Spaltung einzustimmen, oder ist es nicht besser, ihren Ursachen auf den Grund zu gehen und damit den ersten Schritt zu einer wirklichen internationalen Gewerkschaftseinheit zu tun?

Das Jammern kann die Arbeiterklasse denen überlassen, deren Unfähigkeit zu klarer Erkenntnis der größte Feind der Arbeitereinheit ist.

Genau 100 Jahre zuvor ging zum erstenmal das „*Proletarier aller Länder vereinigt euch*“ in die Welt. 16 Jahre später entstand unter direkter Teilnahme von Karl Marx die internationale Arbeiterassoziation.¹⁴⁾

An ihrer Wiege stand das Wort ihres Gründers: „*Nur einen Vorteil hat die Arbeiterklasse gegenüber ihrem Klassenfeind, das ist ihre überlegene Zahl. Aber die Masse fällt nur ins Gewicht, wenn Organisation sie zusammenfaßt und ein Wille sie leitet.*“

Organisation allein ist keine Garantie für Erfolg und Sieg der Arbeiterklasse, auch wenn die Organisation mit gewaltigen Zahlen paradiert.¹⁵⁾ Die internationale Arbeiterassoziation ging nach 9-jährigem Bestehen zugrunde. Nicht an ihrer kleinen Zahl, sondern weil der kleinbürgerlich-anarchistische Geist noch breite Schichten der Arbeiter gefangen hielt und die Entstehung selbständiger nationaler und von einheitlich internationalem Willen geleiteter Landesgruppen unmöglich machte.¹⁶⁾ Marx und Engels selbst haben die erste Internationale aufgelöst. Ihr Schicksal hat ein für allemal bewiesen, daß jede internationale Arbeiterorganisation unweigerlich zusammenbrechen muß, wenn sie sich nicht auf Landessektionen stützt, die nicht nur fähig sind, im Klassenkampf der Arbeiter ihres Landes deren spezielle Interessen zu vertreten, sondern auch jederzeit bereit und imstande sind, die Interessen der internationalen Arbeiterklasse voranzustellen.

Eine Internationale, deren deutsche Sektion in Überstunden Kohle fördert, während die englische Sektion im Kohlenarbeiter-Generalstreik steht, ist so wenig eine Internationale, wie jene, die die deutschen Arbeiter zu Reparationen, Demontagen usw. zwingen will, um mit der Verelendung der deutschen Arbeiter den Wiederaufbau der siegreichen kapitalistischen Vaterländer zu finanzieren.¹⁷⁾

15 Jahre nach dem Zusammenbruch der 1. Internationale entstand 1889 in Paris die 2. Internationale.¹⁸⁾ 1901 wurde in Kopenhagen von sieben europäischen Landesvertretungen der Grund für eine Gewerkschaftsinternationale gelegt, die es unter der Führung Karl Legiens auf rund 7 Millionen Mitglieder brachte.¹⁹⁾ Aber noch vor dem ersten Flintenschuß des Ersten Weltkrieges im August 1914 brachen beide Internationalen zusammen. Die internationale Losung der Vereinigung der Proletarier aller Länder war von den nationalbeschränkten reformistischen Führungen ersetzt worden durch die chauvinistische Losung der Verteidigung der kapitalistischen Vaterländer.

Ebenso wie die Generalstäbe der beiden imperialistischen Lager gab es auch zwei scharf getrennte Führungen im Gewerkschaftslager. Im Juli 1916 tagten die Entente-Gewerkschaftler in Leeds/England und im Oktober 1917 die Dreierbundgewerkschaftler in Bern, beide für sich. Erst im Juli 1919 wurde der IGB in Amsterdam wieder zusammengeleimt.²⁰⁾ Die deutschen Gewerkschafter wurden von den Vertretern der Siegerländer erst zugelassen, nachdem ihr Vertreter Sassenbach ein Bekenntnis der deutschen Schuld am

Kriege abgegeben hatte. Der IGB wuchs in den 20er Jahren auf rund 25 Mill. Mitglieder. Aber von dem einheitlichen Willen zum internationalen proletarischen Klassenkampf war ebensowenig vorhanden wie vor 1914. Noch 1937 wurde die Aufnahme der russischen Gewerkschaften abgelehnt, weil sie die Losung der Diktatur des Proletariats nicht preisgeben wollten. Trotzdem erschien dieser IGB der wiedervereinigten Sozialpatrioten den Amerikanern unter Gompers und Green immer noch zu revolutionär, um mitmachen zu können.²¹⁾

Von ihrem Schattendasein während der Nazizeit und des 2. Weltkrieges er wachten die Amsterdamer erst, als breite Arbeitermassen auf internationale Vereinigung ihrer Kampfkraft drängten. Auf Initiative der Engländer tagte im Februar 1945 die Londoner Vorkonferenz, auf der die alten Amsterdamer Führer auf die Galvanisierung²²⁾ des Amsterdamer Leichnams, die Russen, Franzosen, Italiener und vor allem die jungen Kolonialgewerkschaften auf einen neuen WGB visierten. Am 25. Dezember 1945 traten in Paris Delegierte aus 56 Ländern mit 65 Organisationen und 66 Millionen Mitgliedern zur Gründung des neuen WGB zusammen.²³⁾ Die Zahl reichte aus zur Erfüllung der Aufgabe einer Internationale. Ob der einheitliche Wille vorhanden war oder geschaffen werden konnte, davon allein hing die Garantie für das Funktionieren des WGB ab.

Der Wille und die Erkenntnis der Notwendigkeit des organisierten Einsatzes der Millionenkraft für die Interessen des internationalen Proletariats fehlten bei den alten Amsterdamern. Aber das war nicht der alleinige Grund des Scheiterns des WGB und der Enttäuschung der Massen. Hätte in dem neuen WGB eine Kraft gewirkt, die den kampfwilligen Massen Weg und Mittel zum Ziel zeigen konnte, dann wäre zwar auch die Spaltung im WGB unvermeidlich gewesen. (Denn ohne eine Säuberung der Arbeiterbewegung von den unverbesserlichen kleinbürgerlichen Agenten der Bourgeoisie ist die Verwirklichung der proletarischen Klasseneinheit unmöglich.) Dann hätten aber mindestens die fortgeschrittensten Arbeiterschichten den notwendigen Sammelpunkt gehabt, um den sie sich gruppieren und die erdrückende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sammeln konnten. Aber eine solche Kraft gab es im WGB nicht. Deshalb fehlt bei seinem Zusammenbruch noch das Fundament für den erfolgreichen Neuaufbau. Wohl standen sich bei der Gründung des WGB die alten Amsterdamer und die Russen unversöhnlich gegenüber. Wohl hat Tarassow u. a. in trefflichen Zeitungsartikeln die verhängnisvollen Pläne von Schevenels und Genossen gebrandmarkt.²⁴⁾ Aber die Gegensätze wurden nicht offen ausgetragen, sondern hinter den Kulissen der Kongreßbühne einer sogenannten Einheit zuliebe verkleistert. Es waren die Amsterdamer, die die Fragen auf Biegen und Brechen stellten. Es war der Engländer Citrine, der den Russen zurief: „*Wir werden uns nicht mit Stockschlägen in den WGB bringen lassen.*“ Es waren

die Oldenbrock und Genossen, die erklärten, daß sie sich für ihre internationalen Berufssekretariate volle Bewegungs- und Entschlußfreiheit vorbehalten.²⁵⁾ (Diese führen neben der eigentlichen Internationale ihr völliges Eigenleben.)

Und es waren die Russen, die in allen entscheidenden Fragen glatt kapitulierten. Tarassow schrieb z. B. in „Neue Zeit“, der WGB müsse ein Diskutierclub bleiben, wenn die Entschließungen des Bundes nicht für alle nationalen Zentralen obligatorisch wären. Was aber praktisch beschlossen wurde, stellt die Resolution der Schweizer Gewerkschaften fest: *„Der politische Charakter der Statuten ist also fallen gelassen worden; die Pflicht zur Durchführung der Beschlüsse wurde durch die Autonomie der Landeszentralen ersetzt, und die internationalen Berufssekretariate werden sich mit diesen entpolitisierten Statuten ihre weitgehende Selbständigkeit zu sichern wissen.“*

Das war die Grundlage, auf der in tagelangem widerlichem Kuhhandel „Einstimmigkeit“ erzielt wurde. Die russische Berichtstatterin am Kongreß gesteht denn auch in ihrer Naivität ein: *„... daß alle Kraft der imposanten Zahl der 27 Millionen Sowjetgewerkschaftler, alle Macht und aller Einfluß angewandt wurden zur Realisierung der Einstimmigkeit, zur Versöhnung der verschiedenen Gesichtspunkte, die auf dem Kongreß zutage getreten waren, wo Gewerkschaften von so verschiedener ideologischer Auffassung vertreten waren.“*

Dieser versöhnliche Geist diente nicht den Interessen der internationalen Arbeiterklasse. Das geht hervor aus dem Beifall des führenden französischen Kapitalistenorgans „Le Monde“: *„Hier muß die von den Vertretern der Sowjetgewerkschaften eingenommene Haltung anerkannt werden, die in diesem Punkt Konzessionen gemacht haben, die manche Amsterdamer nicht zu erwarten wagten. So wurden dank dem versöhnlichen Geist der Sowjetdelegierten alle Schwierigkeiten überwunden. Man kann sich dazu nur beglückwünschen.“*

Worin lag der Grund für diese versöhnliche Haltung der Russen gegenüber den Amsterdamer? 1928 redeten die Russen den deutschen Kommunisten ein, die Amsterdamer wären in den letzten 10 Jahren so unlöslich mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen, daß ihnen gegenüber keine Einheitsfrontpolitik mehr betrieben werden könne, daß vielmehr eigene rote Gewerkschaften geschaffen werden müßten.²⁶⁾ Warum taten die Russen jetzt auf einmal das Gegenteil?

Der entscheidende Grund liegt in ihrem Unverständnis der Probleme der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Der Bankrott ihrer Politik der roten Gewerkschaften von 1928 – 33 wie der jetzige Zusammenbruch des WGB haben die gleiche Ursache, obwohl die russische Taktik grundverschieden erscheint. Dem Experiment mit der RGO lag die Idee zugrunde, mit Hilfe der unorganisierten, nur gefühlsmäßig revolutionär gestimmten Massen das

hemmende Bollwerk des Reformismus in Deutschland aus dem Wege zu räumen. Das Experiment mit dem WGB versucht dasselbe Ziel zu erreichen, indem man die in kleinbürgerlichen Illusionen befangenen Massen in Bewegung setzt. Mit dieser bauernschlaun Taktik glauben die Russen, die Wachsamkeit der Gegner einzuschläfern und durch Besetzung einiger ausschlaggebender Posten sich die Führung der Massen zu sichern. Das tatsächliche Ergebnis beider Experimente ist die noch größere Verwirrung der Massen und dadurch die Stärkung des Gegners.

Nichts beweist deutlicher die unvermeidlichen Folgen der nationalbeschränkten Politik der Russen als die Geschichte der Entstehung und des Zusammenbruchs des WGB. Die gewaltige Zahl von fast 70 Mill. Mitgliedern konnte nicht ins Gewicht fallen, weil jener einheitliche Wille echter proletarischer Internationalität fehlte.

In Amsterdam wurden die geschlagenen Deutschen wenigstens aufgenommen, wenn auch erst nach einem heuchlerisch verlangten und abgegebenen Schuldbekenntnis. In Paris saßen 1945 die Sieger über den Besiegten in dessen erzwungener Abwesenheit zu Gericht. Hier wurde in der Resolution über Deutschland und Japan erklärt, *„daß der WGB darüber wachen muß, daß die Beschlüsse von Potsdam ohne Zaudern und Schwäche angewandt werden“*, also die Beschlüsse, die vom Geiste Morgenthau diktiert waren.

Nicht auf dem festen Boden internationaler Solidarität, sondern im Sumpf nationalistischer Fiktionen wurde das WGB-Gebäude errichtet. Wörtlich heißt es in derselben Resolution: *„Es war die Solidarität der vereinigten Nationen, die den Sieg gesichert hat. Die fortgesetzte Zusammenarbeit der vereinigten Nationen und die unzerstörbare Einigkeit ihrer Regierungen bilden die einzige Garantie eines stabilen und dauerhaften Friedens.“*

Noch ehe der Beschluß am 6. Oktober 1945 in Paris gefaßt war, war auf der gleichzeitig tagenden Außenministerkonferenz in London die *„unzerstörbare Einheit der drei Großen“* rettungslos kaputtgegangen. Zur nächsten WGB-Tagung im Februar 1946 schrieb die Neue Zürcher Zeitung, die Reihen der nichtkommunistischen Front hätten sich bereits geschlossen. Damit war aber auch die Grundlage zerstört, auf der der WGB gebaut war, war sein Zusammenbruch unvermeidlich geworden.

Das Fehlen des einheitlichen internationalen Willens hat den WGB von Anfang bis zum Ende zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die alte Amsterdamer Internationale war vom Völkerbund freudig anerkannt worden, weil damals den Imperialisten die Furcht vor der in Rußland entfesselten proletarischen Revolution im Nacken saß. Dem dreimal stärkeren WGB hat man auf der UNO-Konferenz in San Francisco höhnisch die Tür gewiesen, denn seine Gründer hatten sich schon während des Krieges alle Mühe gegeben, die Arbeitermassen mit der Fabel von der Einheit der drei Großen von jeder selbständigen Klassenaktion abzuhalten. So stand am Ende des zweiten Welt-

krieges die Arbeiterklasse nicht als eine entscheidende Großmacht, sondern völlig aktionsunfähig und mit gebundenen Händen da. Keine andere Arbeiterklasse der Welt ist so wie die deutsche um ihrer Selbsterhaltung willen zum Kampf um die Wiederherstellung wirklicher proletarischer Internationalität gezwungen. Dazu gehört auch, daß sie sich auch den Russen gegenüber das Recht auf Selbständigkeit verschafft. Eine Arbeiterinternationale ist nur möglich als Vereinigung von Gleichen, d. h. mit gleichen Rechten der Sektionen in der Vertretung der Interessen ihres Proletariats und mit gleichen Pflichten gegenüber der Internationale.

Anmerkungen zu den »Übersichten«

Übersicht über Juli 1945, Nr. 1

- 1) Gemeint ist die „Pötsdamer Konferenz“ (17. Juli bis 2. August 1945) der „Großen Drei“: USA, SU und Großbritannien. Das Ultimatum an Japan wurde am 26. Juli von den USA, Großbritannien und China gestellt und sofort veröffentlicht.
- 2) Das änderte sich mit dem Kriegseintritt der SU gegen Japan am 8. August und dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die Mandschurei am selben Tag, an dem die zweite Atombombe über Nagasaki abgeworfen wurde. Bereits am 10. August boten die Japaner ihre Kapitulation an.
- 3) Der japanische Kaiser (Tenno) war zugleich religiöses Oberhaupt. Wegen des Drucks der amerikanischen Öffentlichkeit war es dem US-Kriegsminister Henry Stimson nicht möglich, öffentlich das Weiterbestehen der Monarchie in Japan zu garantieren.
- 4) In einem erdrutschartigen Sieg gewann die Labour Party die absolute Mehrheit im englischen Parlament. Mit knapp 12 Mio. Stimmen erreichte sie zwar nur 47,8 Prozent aller Stimmen, aber durch das Mehrheitswahlrecht fielen ihr 393 von insgesamt 640 Parlamentssitzen zu, während die Konservativen („Tories“) mit fast 10 Mio. Stimmen nur über 213 Mandate verfügten. Der Labour-Führer Clement Attlee, der schon seit 1940 in Churchills Kriegskabinett gesessen hatte, wurde Premierminister (1948 bis 1951).
- 5) Tatsächlich wurden 1946 wichtige Sozialreformen durchgeführt. Durch ein neues System der Sozialversicherung und die Neuordnung des Gesundheitswesens wurden sogar die Grundlagen für einen Wohlfahrtsstaat in Großbritannien gelegt. Diese Reformen und die Verstaatlichung der Bergwerke, der Energieversorgungsunternehmen und der Verkehrsbetriebe ließen in der englischen Arbeiterschaft Illusionen entstehen.
- 6) Chartismus: erste politische Bewegung englischer Arbeiter zwischen 1838 und 1848, die für das allgemeine Wahlrecht und soziale Reformen eintraten.
- 7) Die Exilregierung in London war aus der polnischen Regierung vor der Besetzung durch die Nazis hervorgegangen. Sie hatte sich im Zusammenhang mit den Garantieverhandlungen über Polen zwischen Frankreich, Großbritannien und der SU dem Wunsch der SU nach Durchmarschmöglichkeit durch polnisches Gebiet (in Erwartung eines Angriffs der Nazi-Armee) widersetzt. Eine Folge dieser polnischen Haltung war der zwischen der SU und Nazi-Deutschland geschlossene Nichtangriffspakt, von dem sich die SU Zeit für den Aufbau einer Verteidigung erhoffte. Nach dem Krieg forderte die SU von den Westalliierten deshalb u. a. eine ihr „freundlich gesonnene“ polnische Regierung. Die „Londoner Polen“ kamen dafür nicht in Frage, denn sie hatten sich auch noch während des Krieges geweigert, über die sowjetisch-polnische Grenzziehung zu verhandeln und der Abtretung der polnischen Ostgebiete an die SU zugunsten einer Verschiebung seiner Westgrenze zuzustimmen. Deshalb gründete sie im Juli 1944 das „Lubliner Komitee“, aus dem dann nach der Besetzung Polens durch die SU die – sowjetisch beeinflusste – provisorische „Warschauer Regierung“ im Januar 1945 hervorging. Ende Juni 1945 wurde auf diplomatischen Druck der USA hin die Regierung verändert. Sie wurde um einige Vertreter des Londoner Exils erweitert, und der Bauernpartei wurden vier Kabinettssitze eingeräumt. Die für Februar 1946 vorgesehenen Wahlen wurden auf später verschoben.

- 8) Schlachtschützen: polnische Adelige, ehemals gleichberechtigte Träger der Adelsrepublik, die mit der Entwicklung des Großadels (Magnaten) zerfiel. Um den sehr zahlreichen gemeinen Adel niederzuhalten, verbündeten sich die Magnaten mit Preußen und dem russischen Zaren, was schließlich zur Teilung Polens führte. Der Kleinadel war der führende Kern der verschiedenen polnischen Aufstandsbewegungen im 18. und 19. Jahrhundert. Durch russische und preußische Unterdrückungsmaßnahmen kam es zu einer massiven Deklassierung des Kleinadels, aus dem sich eine Schicht von „Legionären“ entwickelte. Auf sie stützte sich auch Pilsudskis halbfaschistische Diktatur (Mai 1926).
- 9) Großadmiral Dönitz war von Hitler Ende April 1945 zu seinem Nachfolger ernannt worden. Er versuchte möglichst viele Soldaten, Waffen usw. in den westdeutschen Raum zu schaffen, weil er auf einen Krieg zwischen den Westmächten und der SU hoffte. Die Briten tolerierten seine Regierung, die ihren Sitz in Flensburg hatte und der erhebliche Teile der Wehrmacht, ein Sender usw. unterstanden, bis zum 23. Mai 1945.
- 10) vgl. August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, September 1945.
- 11) richtig: bedingungslose Kapitulation (unconditional surrender). Von Franklin Roosevelt während der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 zusammen mit Winston Churchill gefordert und von Stalin im Mai 1943 übernommen, sollte diese Formel einen Sonderfrieden zwischen einem der Alliierten und einer Dreierpakt-Macht (Deutschland, Italien, Japan) ausschließen.
- 12) Das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (gegründet im Juli 1943) und der – unter sowjetischen Kriegsgefangenen entstandene – „Bund deutscher Offiziere“ sollten mit Hilfe der schwarz-weiß-roten Kaiser-Fahne und nationalistischer Töne konservative Militärs und das deutsche Bürgertum zum Sturz Hitlers auffordern.
- 13) An der wachsenden „Bring-the-boys-home“-Bewegung scheiterte auch der Versuch, die allgemeine Wehrpflicht über das Kriegsende hinaus beizubehalten. Trotzdem war die „Welt-polizistenrolle“ der USA seit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 nicht mehr umstritten.
- 14) Munizipalwahlen: Kommunalwahlen. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 21. Oktober 1945 erreichten die Kommunisten (KPD) 26,2 Prozent, die Sozialisten (SPD) 23 Prozent und die erst 1944 gegründeten Volksrepublikaner (VDP), eine linkskatholische Sammlungsbewegung, 23,9 Prozent der Stimmen.
- 15) Noch im Februar 1942 hieß es in einem Tagesbefehl der Roten Armee, daß die Hitler kämen und gingen, das deutsche Volk aber bleibe. Zur Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten waren 1943 die Traditionen des zaristischen Rußland („Panslawismus“, „Allrussentum“) wiederbelebt worden, die ursprünglich als ideologisches Mittel für die Ausdehnung des Zarenreiches gedient hatten. Den sowjetischen Soldaten wurde eingehämmert, *„jeden einzelnen Deutschen auszurotten, der als Eindringling den Fuß auf den Boden unseres russischen Vaterlandes setzt“* (Stalin). Nach der Kapitulation Deutschlands hieß es jedoch, daß die Hitler kämen und gingen, das deutsche Volk aber bleibe.
- 16) Der Plan Henry Morgenthaus (US-Finanzminister von 1934 bis 1945), der 1944 gefordert hatte, die industriellen Kapazitäten restlos zu vernichten und Deutschland in ein Agrarland zurückzuverwandeln, hatte sowohl die Direktive für die amerikanische Militärregierung JCS 1067 vom April 1945 als auch das Potsdamer Abkommen noch deutlich beeinflußt.
- 17) Im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 wurde gefordert: *„Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“*
- 18) Die „Dritte Republik“ war 1875 nach der Niederlage im deutsch-französischen Krieg und der Niederwerfung der Pariser Kommune (1871) entstanden und endete mit der Kapitulation Marschall Pétains im Juni 1940. General de Gaulle, Staatssekretär für Verteidigung in der am 16. Juni 1940 zurückgetretenen Regierung Paul Reynauds, bildete daraufhin das „provisori-

rische National-Komitee der freien Franzosen* in London und forderte zur Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland auf. Nach der Befreiung von Paris wurde er im September 1944 Regierungschef im Kabinett der „Nationalen Einmütigkeit“, trat aber im Januar 1946 aus Protest gegen die Verfassungspläne der Parteien zurück.

- 19) Die „Résistance“, auch „Maquis“ (Hecke, Dickicht), war die französische Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung und stand formal unter der Leitung de Gaulles, war aber stark linksorientiert. Die aus der Résistance hervorgegangene Koalition von Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikanern setzte gegen de Gaulle die „Vierte Republik“ durch (Ende 1946), in der die Hoffnungen der Résistance auf ein „neues Frankreich“ verwirklicht werden sollten.
- 20) Am 5. August 1945 wurde Marschall Pétain wegen Kollaboration mit den Deutschen zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslanger Haft begnadigt. Pétain, französischer Oberbefehlshaber im 1. Weltkrieg, hatte im Juni 1940 den Waffenstillstand mit Deutschland geschlossen und war am 10. Juli 1940 „Chef des Staates“ im autoritär regierten, unbesetzten, aber von Deutschland abhängigen Gebiet („Vichy-Frankreich“) geworden.
- 21) Pierre Laval (parteilos, vorher Sozialist) wurde 1945 zum Tode verurteilt und erschossen. Laval, von Juni 1935 bis Januar 1936 bereits Ministerpräsident, war nach dem Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland zunächst stellvertretender Ministerpräsident und ab 1942 Ministerpräsident der „Vichy-Regierung“ gewesen.
- 22) Syrien und der Libanon erlangten 1946 die formale Unabhängigkeit von Frankreich. Die USA, der „übermächtige Konkurrent“, erzwangen jedoch schon vorher durch ihre Politik der „offenen Tür“ für ihre Rohstoffgewinnung und für ihre Exporte Zugang zu den Kolonialreichen der Europäer.
- 23) Am 16. Juli 1945 hatten die USA die erste Atomexplosion gezündet. Die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) war absichtlich solange hinausgeschoben worden, um der SU die Überlegenheit der USA demonstrieren zu können. Am 6. August 1945 erfolgte dann der erste Atombombenabwurf über Hiroshima. Die USA wollten damit nicht nur den Krieg gegen Japan abkürzen, sondern vor allem die SU aus dem Geschehen heraushalten, denn schon am 28. Juli hatte der US-Außenminister James Byrnes insgeheim geäußert, „ihm liege sehr viel daran, die japanische Angelegenheit erledigt zu wissen, ehe die Russen sich einmischen, besonders im Hinblick auf Dairen und Port Arthur. Süßen sie erst einmal dort, würde es seiner Meinung nach nicht leicht sein, sie wieder hinauszudrängen“ (David Horowitz: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969, Seite 48).
- 24) vgl. Aidebaran (d.I. August Thalheimer): *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg*, Kapitel 14: Die Doppelnatur der Atombombe, Anfang 1946.

Übersicht über September 1945, Nr. 2

- 1) Die Potsdamer Konferenz hatte ständig am Rand einer offenen Krise gestanden, und nur durch einen provisorischen Kompromiß war der Bruch vermieden worden. Grundsätzliche Entscheidungen wurden verlagt, und wesentliche Streitfragen wurden im Protokoll erst gar nicht erwähnt. Der Kompromiß bestätigte im Grunde genommen nur den Status quo, d.h. die schon bestehenden, getrennten Einflusssphären der USA und SU.
- 2) Die Londoner Konferenz der Außenminister aus den USA, der SU, Großbritannien, Frankreich und China (11. September bis 2. Oktober 1945) war verabredet worden, um die Streitfragen zu klären, die in Potsdam noch offen geblieben waren. Die USA, die mit der Atombombe ihre Überlegenheit demonstriert hatten, waren jedoch nicht mehr bereit, die Vorherrschaft der SU in Osteuropa anzuerkennen. Der US-Außenminister James Byrnes brach schließlich die Konferenz ab. Die Gegensätze waren damit öffentlich sichtbar geworden.
- 3) Noch vor dem Rückzug der deutschen Wehrmacht im Oktober 1944 hatten die „Nationale Befreiungsbewegung“ (EAM), eine linksgerichtete Volksfrontorganisation, und die „Nationale

Befreiungsarmee“ (ELAS), ihr Partisanenverband, die Macht im größten Teil Griechenlands übernommen. Die aus dem Exil zurückgekehrten Könlgstreuern, Konservativen und Liberalen forderten jedoch mit Unterstützung der britischen Truppen eine Auflösung der ELAS. Der Aufstand, der sich daraus im Dezember 1944 entwickelte, wurde blutig niedergeschlagen. Dagegen protestierte sogar die konservative „Times“. Unter dem Schutz Großbritanniens übte die autoritäre griechische Regierung einen ungeheuren Terror aus und verfolgte brutal alle oppositionellen Kräfte. Ab Sommer 1946 nahm deshalb der Partisanenkampf wieder zu.

- 4) Wie schon in Polen (vgl. Anm. 7 zu der Internationalen monatlichen Übersicht über Juli 1945, Nr. 1) forderten die USA auch für Rumänien, Bulgarien und Ungarn „demokratische“ Regierungen und freie Wahlen. Mit dem Hinweis auf den uneingeschränkten Einfluß des Westens in Griechenland und Italien lehnte jedoch die SU ein Mitspracherecht in den osteuropäischen Ländern ab. Die USA wiesen umgekehrt die Forderungen der SU zurück, Militärstützpunkte auf den Dardanellen, der Meerenge zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer, zu errichten und das Mandat über die ehemalige italienische Kolonie Lybien auszuüben.
- 5) Frankreich, das in erster Linie eigenen Sicherheitsinteressen folgte, wandte sich gegen die in Potsdam ausgehandelte Absichtserklärung, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht als Einheit zu behandeln und in absehbarer Zeit deutsche Zentralbehörden zu schaffen. Für die „Sicherheit Europas“ sollte Deutschland zersplittert und in seiner Wirtschaftskraft geschwächt bleiben. Das Saarland sollte abgetrennt werden ebenso wie später auch das Rheinland einschließlich des Ruhrgebiets, das solange der gemeinsamen Kontrolle der Alliierten unterstellt werden sollte.
- 6) In Potsdam war zwar nur beschlossen worden, daß Frankreich und China über Osteuropa-Fragen nicht mit abstimmen dürften, aber der Außenminister der SU, Molotow, verlangte schließlich deren Ausschluß schon bei den Verhandlungen.
- 7) Der „Völkerbund“ mit Sitz in Genf war im April 1919 auf der Friedenskonferenz der Siegermächte in Versailles (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien u.a.) beschlossen worden, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern und den Frieden zu sichern. Als Antwort auf die russische Revolution war die Anregung dazu schon im Januar 1918 von den USA ausgegangen, die sich jedoch dem Völkerbund später nicht angeschlossen. Zu den ständigen Mitgliedern des Völkerbundes zählten Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, später auch Deutschland (September 1926), das im Oktober 1933 wieder austrat, dafür wurde 1934 die SU aufgenommen. Formell wurde der Völkerbund erst im April 1946 aufgelöst.
- 8) Die „Vereinten Nationen“ (United Nations Organization – UNO) wurden am 26. Juni 1945 von 50 Staaten gegründet. Ihre Entstehung geht zurück auf die Atlantik-Charta (August 1941), in der der englische Premierminister Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt die Grundsätze der künftigen Kriegs- und Nachkriegspolitik festgelegt hatten und der sich die SU noch im September 1941 angeschlossen hatte.
- 9) Die Labour-Regierung führte die Politik Churchills in Griechenland fort (vgl. Anm. 3), und die französischen Arbeiterparteien, Kommunisten wie Sozialisten, duldeten, daß Vietnam mit militärischer Gewalt wieder der Kolonialherrschaft unterworfen werden sollte.

Übersicht über August 1946, Nr. 1

- 1) Auf der Pariser Friedenskonferenz (29. Juli bis 15. Oktober 1946) berieten alle 21 alliierten Siegerstaaten über die Friedensvertragsentwürfe mit den ehemaligen deutschen Verbündeten Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Italien und Finnland. Die Entwürfe waren auf der vorangegangenen Tagung des Außenministerrates der vier Großmächte vorbereitet worden.
- 2) Am 22. August 1946 forderten die USA ultimativ die Freilassung von Passagieren und Besatzungsmitgliedern eines US-Flugzeugs, das von jugoslawischen Jagdflugzeugen abgeschossen worden war. Während die USA von einem „versehentlichen“ Überfliegen sprachen, beschuldigte der jugoslawische Ministerpräsident Tito die USA und Groß-

britannien, daß ganze Militärgeschwader die Souveränität Jugoslawiens verletzen.
Vgl. zum Hintergrund Anm.4.

- 3) Großbritannien und die USA beklagten sich Mitte August 1946 über „Unregelmäßigkeiten“ bei der Volksabstimmung in Polen, die am 20. Juni stattgefunden hatte. Es ging dabei um die Änderung der alten parlamentarischen Verfassung von 1921, die 1935 aufgehoben worden war. Nach offiziellen Angaben hatten 68 Prozent dem Regierungsvorschlag zugestimmt. Die Bauernpartei, hinter der sich die bürgerliche Opposition sammelte, hatte sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen können.
- 4) Triest, das Österreich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs an Italien abgetreten hatte, war im April/Mai 1945 teilweise von jugoslawischen Partisanen besetzt worden. Unter dem Druck der Westalliierten, die mit der *Volkszugehörigkeit Triests nach Italien argumentierten* und mit dem Einsatz von Truppen drohten, zogen sich die Jugoslawen aus dem Stadtgebiet wieder zurück. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die alliierten Außenminister im Sommer 1946 auf ein Statut, das Triest in die Zonen A (Stadt) und B (Land) aufteilte. Die Stadt kam zu Italien, das Land behielt Jugoslawien.
- 5) Die Forderung nach der „Internationalisierung der Donau“, also eines wichtigen Schifffahrtsweges durch Südosteuropa, war die diplomatische Antwort der Westalliierten auf den Versuch der SU, den Abschluß eines neuen Freundschaftsvertrages mit der Türkei – der alte aus dem Jahre 1925 war am 19. März von der SU gekündigt worden – davon abhängig zu machen, daß den sowjetischen Streitkräften auf den Dardanellen Militärstützpunkte eingeräumt werden.
- 6) Der Meerengenvertrag von Montreux (20. Juli 1936) erlaubte es der Türkei, im Kriegsfall die Durchfahrt durch die Dardanellen für Handels- und Kriegsschiffe zu sperren. Nachdem die Türkei infolge des Ersten Weltkriegs dazu verpflichtet worden war, die *Meerengen zu öffnen* und zu entmilitarisieren, wurde der SU damit der offene Zugang zum Mittelmeer wieder verbaut. Im Oktober 1944 hatte der englische Premierminister Churchill die sowjetische Forderung nach einer gemeinsamen militärischen Kontrolle der Dardanellen zwar als berechtigt anerkannt, und auf der Potsdamer Konferenz war der sowjetische Anspruch auf eine Revision des Abkommens von Montreux auch noch bestätigt worden, aber im Zuge der amerikanischen Eindämmungspolitik wurde das Interesse der SU an den Dardanellen zurückgewiesen. Daß die sowjetische Regierung am 7. August 1946 von der Türkei die Aufkündigung des Abkommens von Montreux verlangte, galt nun als Beweis für das bedrohliche Ausdehnungsbestreben der SU.
- 7) Neben der Republikanischen Volkspartei, die lange Zeit als einzige Partei bestanden hatte, wurde im Januar 1946 die Demokratische Partei gegründet, und im gleichen Jahr erreichte sie bei den Wahlen 62 Mandate.
- 8) Im Juni/Juli 1946 war es in Palästina zu einer Reihe von Anschlägen jüdischer Nationalisten gekommen. Auf deren Höhepunkt war das King-David-Hotel in Jerusalem in die Luft gesprengt worden, wobei rund 100 Menschen – sowohl Briten, Araber wie Juden – ums Leben kamen. *Den Hintergrund bildete die Politik Großbritanniens*, das auf arabischen Druck ab 1939 jüdische Einwanderungen und Landkäufe in Palästina (seit 1920 unter britischem Mandat) beschränkt hatte, um die arabische Mehrheit zu schützen. Auch nach Kriegsende änderte Großbritannien seine Politik nicht, obwohl die Jewish Agency, die inoffizielle, jüdische Regierung, die Alliierten unterstützt hatte. Statt einen jüdischen Nationalstaat entstehen zu lassen, wurde vielmehr Ende Juli, Anfang August 1946 ein britisch-amerikanischer Plan bekannt, Palästina unter britischer Vorherrschaft in vier Gebiete aufzuteilen: *in eine arabische und eine jüdische Zone*, in einen Jerusalem-Distrikt und in das Negev-Gebiet. Aber schon wenig später, kurz vor amerikanischen Wahlen, sprach sich der amerikanische Präsident Truman für einen „*lebensfähigen jüdischen Staat*“ aus.
- 9) Das ehemalige britische Protektorat Ägypten war zwar seit 1922 ein unabhängiges Königreich, aber Großbritannien behielt weiterhin seine Vormachtstellung. Auch die formelle Unabhängigkeit Ägyptens 1936 sicherte Großbritannien das Recht, Truppen in der Suezkanal-

Zone zu stationieren. Obwohl es gezwungen war, 1946 seine Militärmacht aus Ägypten abziehen, gab es seine Stellungen in der strategisch wichtigen Kanal-Zone erst 1956 auf, nachdem der ägyptische Präsident Nasser den Kanal verstaatlicht hatte.

- 10) Vladimir Borisovich Lutzki (1906 bis 1962), sowjetischer Historiker, der sich mit der arabischen Geschichte und insbesondere den nationalen Befreiungsbewegungen der arabischen Völker beschäftigt hat.
- 11) Zionismus: eine zunächst in Osteuropa, als Folge der Judenprogrome des zaristischen Rußlands entstandene Bewegung, die programmatisch durch Theodor Herzl in seiner Schrift „Der Judenstaat“ (1896) begründet wurde und auf dem ersten zionistischen Weltkongreß 1897 in Basel eine straffe politische Organisation erhielt, die sich zum Ziel setzte, einen eigenen nationalen Staat für das jüdische Volk in Palästina zu errichten.
- 12) Um die Unabhängigkeit Indiens einzuleiten, hatte die britische Regierung im Frühjahr 1946 eine Kommission eingesetzt, die Mitte Mai einen Verfassungsplan veröffentlichte. Das politisch zersplitterte und nach Kasten und Religionen in sich tief geteilte Kolonialreich sollte demnach eine Konföderation weitgehend autonomer Provinzen werden. Um die einzelnen Interessen der verschiedenen Minderheitsgruppen zu wahren, sollten alle „Gemeinschaften“ (Communities) der indischen Gesellschaft (Hindus, Moslems, Sikhs, Christen, Unberühbare usw.) durch einen Sitzverteilungsschlüssel in der Verfassunggebenden Versammlung vertreten sein.

Übersicht über September 1946, Nr. 2

- 1) Seit dem Frühjahr 1946 hatte die Sowjetunion ihre wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber der Ostzone geändert: Statt weiterhin Betriebe zu demontieren, nahm sie 213 zur Demontage vorgesehene Betriebe, die ein Viertel der Wirtschaftskapazität ausmachten, als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ (SAG) in ihren Besitz, beließ sie also in der Ostzone, aber integrierte ihre Produktion in die eigene Wirtschaft. Die wichtigsten anderen Betriebe, vor allem Großunternehmen und Banken, wurden verstaatlicht.
- 2) SPD und KPD hatten sich am 21. April 1946 in der Ostzone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zusammengeschlossen. Bei Landtagswahlen in fünf Ländern der Ostzone am 20. Oktober 1946 erhielt sie im Durchschnitt 47,5 Prozent der Stimmen und erreichte nirgends die absolute Mehrheit.
- 3) Frankreich hatte sich das Saargebiet bereits im Juli 1945 angegliedert. Seine Verwaltung stand unter französischem Protektorat, und im Dezember 1946 wurde es schließlich auch an das Wirtschafts- und Währungssystem Frankreichs angeschlossen. 1947 war es praktisch aus dem Kompetenzbereich des Alliierten Kontrollrates ausgegliedert. Für das übrige Deutschland sollte nach französischen Vorstellungen ein loser Staatenbund geschaffen werden. Zentrale Organe, Behörden, Parteien usw. lehnte Frankreich daher entschieden ab. Die USA und Großbritannien vertraten demgegenüber für Deutschland eine bundesstaatliche Lösung, die immerhin eine Bundesregierung – wenn auch mit begrenzter Souveränität – vorsah.
- 4) Bereits auf der Pariser Außenministerkonferenz hatte der sowjetische Außenminister Molotow am 10. Juli 1946 den Morgenthau-Plan (vgl. Anm. 16 zur Übersicht über Juli 1945, Nr. 1) und die französischen Pläne, Deutschland zu zerstückeln, verurteilt und eine konstruktive Deutschlandpolitik gefordert. Im Gegenzug präzisierte der amerikanische Außenminister Byrnes in einer programmatischen Rede, die er vor Repräsentanten der deutschen Länder am 6. September 1946 in Stuttgart hielt, die Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik. Er rückte öffentlich vom Morgenthau-Plan ab, sprach sich für den Aufbau zentraler deutscher Organe auf föderativer Grundlage aus und versuchte, die Westzonen für einen kapitalistischen Wiederaufbau im Rahmen des westlichen Blocks zu gewinnen. Eine Abtretung des Rhein- und Ruhrgebietes lehnte er zwar ab, aber den französischen Saar-Plänen stimmte er ausdrücklich zu, während er die Oder-Neiße-Linie als provisorisch und revisionsbedürftig

bezeichnete. In seiner Antwort betrachtete dagegen Molotow am 16. September die Oder-Neiße-Linie als endgültig.

- 5) Henry A. Wallace, Führer des liberalen Flügels der Demokratischen Partei, früherer Vizepräsident unter Roosevelt und Handelsminister (Secretary of State) unter Truman, erklärte am 12. September 1946 als Antwort auf die Stuttgarter Rede von Byrnes: „Die Russen werden versuchen, ihren Einflußbereich zu sozialisieren, so wie wir unsere Einflußsphäre zu demokratisieren versuchen. Die Konkurrenz sollte auf eine freundschaftliche Basis gebracht werden. Wir dürfen die US-Politik nicht von den Leuten bestimmen lassen, die Krieg mit der Sowjetunion wollen.“ Truman distanzierte sich am 15. September von dieser Äußerung, und als tags darauf Wallace öffentlich davon sprach, daß „die Russen um so härter werden, je härter wir werden“, entließ ihn Truman unter dem Druck von Byrnes, der mit seinem Rücktritt gedroht hatte, am 20. September aus seinem Amt.
- 6) Dwight D. Eisenhower, bis November 1945 Oberbefehlshaber der amerikanischen bzw. alliierten Truppen in Europa, anschließend Generalstabschef in Washington und von 1950 bis 1952 Oberbefehlshaber der NATO, Präsident der USA von 1953 bis 1961.
- 7) vgl. Anm. 4 zur Übersicht über August 1946, Nr. 1.
- 8) vgl. Anm. 5 zur Übersicht über August 1946, Nr. 1.
- 9) Im sowjetisch besetzten Teil des Iran waren im Dezember 1945 – gestützt durch die kommunistische Tudeh-Partei – in Aserbeidschan und in Kurdistan autonome Republiken entstanden. Dagegen richtete sich der Aufstand der Bakhtiaren, die traditionell die Stütze für Großbritannien bildeten, um die Ölinteressen im Iran zu sichern. Nach dem Rückzug der Sowjetunion im Mai 1946 zerschlug Schah Muhamed Reza im Dezember 1946 die autonomen Republiken. Der Umstand, daß die von der Sowjetunion unterstützte kurdische Nationalbewegung auch den türkischen Teil Kurdistans beanspruchte, trug im übrigen mit dazu bei, daß sich die Türkei scharf gegen die Sowjetunion wandte.
- 10) Die „Politik der offenen Tür“ geht zurück auf die zwischen den USA und Großbritannien am 14. August 1941 unterzeichnete Atlantik-Charta, die das Recht auf gleichen Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt proklamiert und die Zusammenarbeit aller Nationen im Wirtschaftsleben gefordert hatte. Roosevelt, der im Herbst 1944 für den Fall, daß kriegsfinanzierte Produktion abrupt stoppen würde, mit 4,5 Mio. Arbeitslosen rechnete, glaubte, durch die Gewinnung neuer Absatzmärkte eine wirtschaftliche Depression vermeiden zu können. Im Endeffekt richtete sich diese Politik, die einherging mit der Vorstellung von der „Einigen Welt“, nicht nur gegen das britische Empire, sondern auch gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten, da sie unverträglich war mit aufgeteilten Einflußgebieten.
- 11) Bernard Law Montgomery, von 1945 bis 1946 Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Deutschland, anschließend Generalstabschef des britischen Empire.
- 12) Anna Achmatowa (1889 bis 1966), eine der bedeutendsten russischen Lyrikerinnen, wurde von Andrej Schdanow, Sekretär des Politbüros und Leiter der Propagandaabteilung beim ZK der KPdSU, im August 1946 wegen „religiöser Erotik“ und „unwichtiger Emotionen“ in ihren Werken kritisiert.
- 13) Michael Soschtschenko (1895 bis 1958), der in seinen Satiren den bürokratischen Leerlauf in der Sowjetunion bloßstellte, wurde wegen seiner „zersetzenden und defaitistischen Lebensauffassung“ kritisiert. Die Angriffe Schdanows bildeten den Auftakt zu einer neuen Phase der Unterdrückung der Intelligenz, der „Schdanowitschina“.
- 14) Den ersten Fünfjahresplan nach dem Krieg hatte die Sowjetunion am 9. Februar 1946 verkündet. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen gegenüber den Westmächten propagierte sie ein gewaltiges industrielles Aufbauprogramm, vor allem im Grundstoffbereich, bei Kohle, Öl und Stahl. Insgesamt investierte die Sowjetunion zwischen 1946 und 1950 ebensoviel finanzielle Mittel wie während der Industrialisierungskampagne von 1928 bis 1941. Und dies, obwohl 1946 der städtische Konsum nur 40 Prozent des Standes von 1940 erreichte, die Getreideernte um 60 Prozent hinter den Stand von 1913 zurückfiel und zusam-

men mit einer Dürrekatastrophe eine Hungersnot auslöste, die noch schlimmer war als 1921, und obwohl sich die Kollektivwirtschaft im Zustand der Auflösung befand.

- 15) Am 3. Mai 1946 hatte der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, General Clay, die Einstellung aller Reparationslieferungen aus der US-Zone an die Sowjetunion verfügt, und am 25. Mai schlossen sich Großbritannien und Frankreich diesem Schritt an. Auf der Pariser Außenministerratstagung wies der amerikanische Außenminister Byrnes zudem die sowjetischen Reparationsforderungen, die im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta zugesagt worden waren, zurück. Sowjetische Bitten um eine Kapitalanleihe waren schon seit 1944 verzögert bzw. mit Bedingungen verknüpft worden, die für die Sowjetunion völlig unannehmbar waren, weil sie auf eine ökonomische Durchdringung der Sowjetunion und Osteuropas abzielten und damit das gesamte sowjetische Sicherheitssystem in Frage stellten. Im Juni 1946 kamen daher die Kreditverhandlungen endgültig zum Erliegen.
- 16) Nach anfänglichem Zögern wurden schließlich am 10. November 1946 alle Preise, mit Ausnahme derjenigen für Zucker und Reis sowie der Mieten, freigegeben.
- 17) Im Mai 1946 hatten die Eisenbahner gestreikt, und vom 1. April bis zum 30. Mai 1946 waren insgesamt 400.000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten; sie konnten zwar erreichen, daß ein Lohn- und Wohlfahrtsfond gebildet wurde, aber nachdem der Vertrag am 20. November auslief, kam es erneut zum Streik. Truman erzwang dadurch einen Kompromiß, daß er sowohl Kohlengruben wie Eisenbahnen unter Regierungskontrolle stellte.
- 18) New Deal (wörtlich: „neu geben“ der Spielkarten): von Roosevelt 1933 eingeleitete Politik umfangreicher Reformen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Bis 1938 wurden dadurch zahlreiche Sozialreformen durchgesetzt, Arbeitsbeschaffungsprogramme durchgeführt usw. sowie der Staatsapparat ausgebaut, wodurch während des Krieges eine Zentralisierung und Planung der Wirtschaft erleichtert wurde.

Übersicht über Oktober 1946, Nr. 3

- 1) In einer Rundfunkrede sagte der amerikanische Außenminister (Sekretary of State) James Byrnes am 18. Oktober 1946, daß Kriege nur dann unvermeidlich seien, wenn Staaten die Rechte anderer Staaten auf eine andere Lebensform nicht tolerieren; Amerikas Hilfe beim Wiederaufbau Europas sei nicht Dollardiplomatie oder Imperialismus, sondern Förderung des Wohlstandes, um den Frieden zu sichern. Präsident Truman sprach bei der Eröffnung der UN-Vollversammlung am 23. Oktober 1946 davon, daß ein dauernder Friede auf den vier grundlegenden Freiheiten, Freiheit der Rede, der Religion, Freiheit von Not und von Furcht bestehen müsse. Die Kriegsfurcht könne nicht beseitigt werden, wenn nicht gleichzeitig die Freiheit von Not verwirklicht werde. Die Vereinigten Staaten hätten bereits bewiesen, daß sie ihren Anteil am wirtschaftlichen Wiederaufbau übernehmen.
- 2) vgl. weiter unten, Anm. 22
- 3) George C. Marshall war von 1939–1945 Generalstabschef, anschließend Sonderbotschafter in China und wurde am 10. Januar 1947 Außenminister. Lucius D. Clay war stellvertretender US-Militärgouverneur in Deutschland. Chester W. Nimitz war bis November 1945 Oberbefehlshaber der Pazifikflotte und danach Chef des Amtes für Flottenoperationen. Dwight D. Eisenhower vgl. Anm. 6 zur Übersicht über September 1946, Nr. 2. Douglas MacArthur war Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Pazifik und der amerikanischen Besatzungstruppen in Japan. Carl A. Spaatz war 1944–1945 kommandierender General der amerikanischen Luftstreitkräfte.
- 4) Mit der Export- und Import-Bank in Washington hatte die Tschechoslowakei über eine 50-Millionen-Dollar-Anleihe verhandelt, und außerdem hatte sie überschüssiges amerikanisches Heeresmaterial angekauft. Beides wurde Mitte Oktober eingestellt, obwohl das tschechoslowakische Außenministerium erklärte, daß keine offizielle Stelle solche Beschuldigungen erhoben habe und Prag nach wie vor eine Zusammenarbeit mit dem Westen und Osten anstrebe.

- 5) Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes (Lend-Lease-Act) vom März 1941, das den amerikanischen Präsidenten zu Lieferungen an die Verbündeten auch ohne sofortige Bezahlung ermächtigte, war ab August 1941 auch die SU mit Kriegsmaterial versorgt worden. Unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen in Europa wurden die Lieferungen am 11. Mai 1945 abrupt eingestellt. Ihr Gesamtwert belief sich inzwischen auf 11 Mrd. Dollar.
- 6) Die 1886 gegründete American Federation of Labour (AFL) war im Vergleich zum Congress of Industrial Organizations (CIO), der erst in den 30er Jahren entstanden war, der reaktionäre, berufsständisch orientierte und für Schwarze nicht offene Gewerkschaftsbund (1955 fusionierten beide), der auf seinem Kongreß am 16. Oktober 1946 u.a. eine Resolution dagegen verabschiedete, daß die Kommunistische Partei Vertrauensleute in verschiedenen staatlichen Ämtern untergebracht habe und daß Moskau sich so aktiv und systematisch in die inneren Angelegenheiten der USA einmische.
- 7) Bernard Baruch, amerikanischer Bankier und Vertreter der USA in der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen, legte am 14. Juni 1946 einen Plan mit der Absicht vor, einen Atomkrieg unmöglich zu machen und die Entwicklung und Nutzung der Kernenergie zu kontrollieren. Er schlug vor, eine internationale Atombehörde einzurichten, der auch die amerikanischen Atombombenvorräte und -werke unterstellt werden sollten.
- 8) In seinem Interview mit der United Press vom 29. Oktober 1946 antwortete Stalin auf die Frage nach der größten Bedrohung des Friedens auf der ganzen Welt: *„Die Brandredner für einen neuen Krieg, insbesondere Churchill und ähnlich gesinnte Leute in England und den Vereinigten Staaten... Es ist notwendig, die Anstifter eines neuen Krieges zu entlarven und im Zaum zu halten“*. Er kündigte einen Truppenabbau in Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Polen an, während ihn auf der anderen Seite die Anwesenheit von amerikanischen Kriegsschiffen im Mittelmeer *„gleichgültig“* ließ. Außenminister Molotow schlug eine allgemeine Beschränkung der Rüstung vor, die das Verbot der Herstellung und des Gebrauchs von Atomwaffen einschloß, und appellierte an die Völker, sich *„Erleichterung von schwerer wirtschaftlicher Last durch Rüstung“* zu verschaffen.
- 9) Aufgrund eines Vier-Mächte-Abkommens vom 8. August 1945 war ein Internationaler Gerichtshof geschaffen worden, der ab November 1945 in Nürnberg 24 Hauptkriegsverbrechern den Prozeß machte. Nach einer monatelangen Beweisaufnahme wurden am 30. September 1946 die Urteile verkündet: zwölf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, sieben erhielten langjährige Haftstrafen und drei Angeklagte wurden – gegen den Einspruch des sowjetischen Richters – freigesprochen.
- 10) Hjalmar Schacht, 1923–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 zugleich Reichswirtschaftsminister und 1937–1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, war verantwortlich für die finanzielle Planung der Kriegsvorbereitungen. Die Verbindungen zur Londoner City, die er als Bankier erworben hatte, waren ihm dabei zugute gekommen, und voller Hochachtung sagte z.B. der Gouverneur der Bank of England 1934 über ihn: *„Schacht ist mein Freund. Alles, was ich vom Bankwesen weiß, verdanke ich ihm“*. Franz von Papen, ehemals preußischer Abgeordneter des katholischen Zentrum und 1932 vorübergehend Reichskanzler, war unter dem Faschismus 1933–1934 zunächst Vizekanzler, handelte 1933 das Konkordat mit dem Vatikan aus und war anschließend als Diplomat in Wien bzw. Ankara tätig. Hans Fritzsche war Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium und ein enger Mitarbeiter von Joseph Goebbels.
- 11) Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, 1938–1945 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, und Generaloberst Alfred Jodl, 1939–1945 Chef des Wehrmachtsführungsstabes, waren Hitlers engste Mitarbeiter bei der deutschen Wehrmacht. Insbesondere ihre Verantwortung für den (kurz vor dem Überfall auf die SU) ausgegebenen „Kommissarbefehl“ vom 6. Juni 1941, der vorsah, gefangene kommunistische Kommissare *„grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen“*, und Geiselschießungsbefehle machten die Verurteilung von Keitel und Jodl zwingend notwendig. Trotz des Urteilsspruchs erwogen jedoch hohe westliche Militärs, Jodl nicht hängen zu lassen. Diese Absicht scheiterte am entschiedenen Veto der SU.

- 12) Der „Economist“ kritisierte bereits am 5. Oktober 1946, *„daß der Nürnberger Gerichtshof nur innerhalb gewisser Grenzen ein unabhängiger Gerichtshof war“*; und bis heute bestimmt der Vorwurf, die Gewaltenteilung verletzt zu haben, die bürgerliche Kritik am Gerichtsverfahren. Danach werden die Naziführer für politische Handlungen als individuelle Verbrecher verantwortlich gemacht, als Glieder einer „geheimen Verschwörung“ zur Entfesselung eines Eroberungskrieges. Die formelle Ähnlichkeit zu den Moskauer Prozessen sei offensichtlich. Die katholische Kirche und die Militärs wandten dagegen ein, daß die Angeklagten nur Befehle befolgt hätten, und warfen den Russen vor, von *„traditionellen Legalismen nicht gezügelt“*, den gesamten Prozeß politisiert zu haben.
- 13) vgl. August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. September 1945, 12. Abschnitt.
- 14) Nach den Nürnberger Urteilen wurden in Stuttgart Flugblätter mit den Parolen *„Nürnberg kein Urteil, sondern Mord“* und *„Glaubt nicht an Hitlers und Bormanns Tod“* verteilt. Am 19. und 27. Oktober 1946 wurden dann Anschläge auf Entnazifizierungsspruchkammern und das Stuttgarter Militärgefängnis verübt, der Schaden war jedoch gering. Die elf beteiligten jungen Männer (ehemalige Hitlerjungen und SS-Leute) wurden verhaftet, bevor sie neue Attentate ausführen konnten, und zum Tode bzw. lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Strafen wurden aber später erheblich herabgesetzt. Die Arbeiterschaft beantwortete die Anschläge mit einem landesweiten viertelstündigen Proteststreik, dem ersten Streik in Württemberg nach dem Krieg.
- 15) Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 20. Oktober 1946 erhielt die SED nur 19,8 Prozent der Stimmen, die SPD aber 48,7 Prozent, die CDU 22,1 Prozent und die LDP (Liberale) noch 9,4 Prozent. Die SED erklärte den Wahlausgang damit, daß man Stimmungen der Nazizeit ausgenutzt habe, um die SED für die Folgen des Krieges verantwortlich zu machen.
- 16) Die Zeiss-Werke in Jena sollten demontiert und in der SU wieder aufgebaut werden. Proteste der Arbeiter zwangen den FDGB zum Eingreifen. Allerdings konnten im Endeffekt nur geringfügige Änderungen durchgesetzt werden.
- 17) Bei den Landtagswahlen in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone am 20. Oktober 1946 erzielte die SED zwischen 43,9 Prozent (Brandenburg) und 50 Prozent (Mecklenburg) der Stimmen, in Sachsen und Thüringen erreichte sie 49,1 bzw. 49,3 Prozent der Stimmen.
- 18) Im Potsdamer Abkommen war festgelegt worden, daß jede Besatzungsmacht aus ihrem Gebiet wegtransportieren könne, was sie wolle. Wegen ihrer besonders hohen Kriegsschäden und -verluste sollte die SU darüber hinaus 25 Prozent der in den Westzonen demontierten industriellen Anlagen entnehmen können: 10 Prozent ohne Bezahlung oder Gegenleistung auf Reparationskonto und 15 Prozent gegen Lieferung von Nahrungsmitteln, Kohle und anderen Produkten.
- 19) Die Eroberung von Kalgan, einem Handelsknotenpunkt nordwestlich von Peking in der Provinz Shansi, war Teil der Offensive, die die Kuomintang ab Mitte 1946 gegen die Kommunisten eröffnet hatte.
- 20) Das Stärkeverhältnis der Truppen Tschiang Kai-cheks war mit rund 2,5 Mio. Mann gegenüber 1 Mio. Mann bei der Roten Armee erdrückend, zumal sie ein zusätzliches Übergewicht in der Bewaffnung und Ausrüstung besaßen. Im August 1946 beschlossen die USA, Tschiang-Kai-chek mit Waffen in Höhe von 1 Mrd. Dollar zu beliefern.
- 21) Das bedeutete vor allem eine Verschärfung der Landreform. Bis 1945 hatten sich die Kommunisten formal darauf beschränkt, Pacht und Zinsen herabzusetzen, sowie das Land von „Verrätern“ und „Kollaborateuren“ zu beschlagnahmen, wengleich unter der Parole „Beseitigung von Mißständen“ die meisten Feudalherren auf örtlicher Ebene faktisch enteignet wurden. Der Versuch der Grundherren nach dem Krieg, sich ihr Eigentum zurückzuholen,

stieß auf den entschiedenen Widerstand der Bauern. Die KP propagierte die Losung: „Das Land dem, der es bebauf“, und in den folgenden drei Jahren erhielten 178 Mio. Bauern in den kommunistischen Gebieten Land; 1,6 Mio. Bauern schlossen sich der Roten Armee an. „Die Bauern hielten zu unserer Partei und unserer Armee gegen die Angriffe der Truppen Tschiang-Kai-cheks, (wo immer) das Landproblem radikal und umfassend gelöst wurde.“ (Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Band IV, S. 117)

- 22) Dem Jahreskongreß des Trade Union Congress (TUC) am 21. Oktober 1946 in Brighton lag ein Antrag der Elektrikergewerkschaft vor, der die Außenpolitik der Labour-Regierung mißbilligte. Premierminister Attlee griff als Gastredner in die Diskussion ein, bezeichnete die Antragsteller als von den Kommunisten „Betrogene und Mittläufer“ und polemisierte heftig gegen die KP. Der Antrag wurde mit 3,55 Mio. zu 2,44 Mio. Stimmen abgelehnt (jeder Delegierte besitzt so viele Stimmen, wie er Mitglieder repräsentiert).
- 23) Schwerpunkt der Anschläge war Sizilien, wo die Rechtskräfte auf eine Loslösung vom Norden drängten; vgl. weiter unten die Übersicht über Januar 1947, Nr. 6.
- 24) Pronunziamento: Aufstandserklärung, Aufruf. Nach dem Militärputsch vom Mai 1926 war Antonio Salazar Ministerpräsident geworden. Unter seiner Führung wurde Portugal in einen Ständestaat nach faschistischem Vorbild umgewandelt. Widersprüche im Militär führten immer wieder zu Putschversuchen, so noch im August 1945, im Juni 1947 und im Oktober 1947. Thalheimer spielt auf eine kleinere Aktion des Leutnants Quiroya in Porto an.

Übersicht über November 1946, Nr. 4

- 1) Am 13. November 1946 unterbreiteten 44 linke Labour-Abgeordnete im Unterhaus einen Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede George VI. und kritisierten damit die Außenpolitik der Labour-Regierung unter Clement Attlee. Sie forderten darin eine Politik der Zusammenarbeit mit allen Nationen und Gruppen, die nach voller sozialistischer Planung und Verfügungsmacht über die Hilfsquellen der Welt strebten und so eine demokratische und konstruktive Alternative zu dem sonst unvermeidlichen Konflikt zwischen dem amerikanischen Kapitalismus und dem sowjetrussischen Kommunismus schafften. Der Antrag wurde von 53 Labour-Abgeordneten unterstützt. Der Abgeordnete Crossman begründete am 18. November den Antrag damit, daß die Welt in zwei weltanschaulich verschiedene Lager aufgespalten sei und sich die verhängnisvolle Blockbildung verhärtete. Attlee antwortete darauf, daß die britische Regierung nicht für die Bildung von Gruppen oder Gegengruppen im Osten, Westen oder im Zentrum eintrete, sondern für die Vereinten Nationen.
- 2) richtig: Brighton (vgl. oben)
- 3) Nachdem bereits am 12. September 1946 ein von den deutschen Vertretern aus der amerikanischen und britischen Zone entworfenener Plan für eine gemeinsame wirtschaftliche Verwaltung der beiden Zonen von den Militärgouverneuren genehmigt worden war, wurde am 2. Dezember 1946 zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung in New York ein Abkommen unterzeichnet, das die Zusammenlegung der beiden Zonen (Bi-Zone) zum 1. Januar 1947 vorsah und nähere Einzelheiten regelte.
- 4) Die Republikaner, die sich für eine Senkung der Einkommensteuer und der Staatsausgaben ausgesprochen hatten, errangen bei der Wahl zum Repräsentantenhaus am 5. November 1946 246 Sitze gegenüber 190 zuvor, während die Demokraten statt über 243 nur noch über 188 Sitze verfügten. Der Senat, der ebenfalls zu einem Drittel neugewählt wurde, bestand aus 51 Republikanern (vorher 38) und 45 Demokraten (vorher 56). Von den 34 Gouverneuren, die gewählt wurden, waren schließlich 20 Republikaner und 14 Demokraten, so daß in 25 der insgesamt 48 Bundesstaaten Republikaner regierten.

5) Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 10. November 1946 ergaben im Vergleich: Wahl am...	2. Juni 1946	10. November 1946
Kommunisten (KPF)	5 203 046 (25,9 Prozent)	5 475 955 (28,2 Prozent)
Volksrepublikaner (MRP)	5 589 130 (28,2 Prozent)	5 033 430 (26,0 Prozent)
Sozialisten (SFIO)	4 198 110 (21,1 Prozent)	3 454 080 (17,9 Prozent)
Vereinigte Linksparteien	2 179 067 (11,6 Prozent)	1 971 660 (11,1 Prozent)
Republ. Freiheitspartei	2 623 679 (12,7 Prozent)	3 136 630 (11,8 Prozent)
Gegenüber 4,5 Mio. Stimmenthaltungen im Juni enthielten sich im November 5,2 Mio. Wähler ihrer Stimme.		

6) Schibboleth: Erkennungszeichen, Lösungswort

7) vgl. oben Anm. 3

8) Am 23. Oktober 1946 hatte der britische Außenminister Ernest Bevin vor dem Unterhaus erklärt: *„Wir wünschen, daß alle diese Industrien (die Schlüsselindustrien, d. Hrsg.) in Zukunft in das Eigentum des deutschen Volkes übergehen und vom deutschen Volke selbst kontrolliert werden. Die rechtliche Form dieser Sozialisierung... wird jetzt ausgearbeitet“* (zit. nach E. Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, Frankfurt/Main 1970, S. 83). Daß es sich bei dieser Äußerung um ein Zugeständnis an den linken Labour-Flügel handelte, wird daran deutlich, daß Bevin ein halbes Jahr später auf der Moskauer Außenministerkonferenz sagte: *„Es ist mir gleichgültig, ob die Deutschen Sozialisten, Konservative oder Kommunisten sind, solange sie friedlich bleiben“* (zit. nach ebenda, S. 23)

9) Der KPF-Theoretiker Henri Claude schrieb in seinem – noch 1949 vom SED-Parteiverlag Dietz in Berlin publizierten – Buch *„Der Marshallplan“*: *„Eine demokratische Regierung (Frankreichs, d. Hrsg.) hätte... die deutsche Kohle unentgeltlich verlangt. Hätte Frankreich über die Ruhrkohle verfügt, so hätte es seine industrielle Produktion nach seinen Bedürfnissen entwickeln und gestalten können. Um die Ruhrkohle zu erhalten, mußte man den Widerstand der englisch-amerikanischen Monopole brechen und sich auf die UdSSR, die Volksdemokratien und ein demokratisches Deutschland stützen“*. (S. 149)

10) Diese Ansicht setzt sich inzwischen auch bei bürgerlichen Historikern durch, nachdem bis Mitte der 60er Jahre von der expansiven weltrevolutionären Ideologie die Rede war, von dem Willen Stalins, die Grenzen des Zarenreiches wiederherzustellen, u.ä.; vgl. auch Wilfried Loth: Die Teilung der Welt 1941–1955, München 1980, S. 64–69.

11) Rede des sowjetischen Außenministers vom 10. Juli 1946 während der Pariser Außenministerkonferenz; vgl. Anm. 4 zur Übersicht über September 1946, Nr. 2.

12) Direktive des ZK der KP Chinas vom 4. Mai 1946; vgl. Anm. 20 zur Übersicht über Oktober 1946, Nr. 3.

13) Auf der Grundlage der ablehnenden Haltung General de Gaulles zur neuen Verfassung bildete sich die „Gaullistische Union“, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 10. November 1946 9 Sitze errang. Aus ihr entstand am 7. April 1947 das „Rassemblement du peuple français“, ein Sammelbecken der nationalistischen Rechten.

14) Achmed Sukarno, der Führer der indonesischen Nationalisten, hatte am 17. August 1945 – noch vor Eintreffen der Alliierten – die unabhängige Republik Indonesien ausgerufen. Teilweise sogar mit Hilfe japanischer Truppen verdrängten britische und niederländische Militärverbände die Nationalisten aus den Städten. Sie konnten jedoch das Land nicht „befrieden“. Im November 1946 zogen die Briten ab, und im Abkommen von Linggadjadi, das am 15. November 1946 paraphiert und am 25. März 1947 unterzeichnet wurde, erkannten die Niederländer zwar schließlich für einen Teil von Indonesien die Republik an, aber gleichzeitig behielten sie die Herrschaft im übrigen Teil, und außerdem waren beide indonesischen Teilstaaten zu einer Föderation zusammengefaßt und in einer Union mit dem „Mutterland“ verbunden.

- 15) Ian Smuts, ehemaliger britischer General, hatte als Premierminister der Südafrikanischen Union 1919 das „Mandatssystem“ des Völkerbundes konzipiert: Kolonialbesitz unter dem Deckmantel internationaler Treuhandenschaft. Der Völkerbund hatte ausschließlich der Südafrikanischen Union Deutsch-Südwestafrika, das sie im Ersten Weltkrieg erobert hatte, als Mandatsgebiet übertragen. 1945 hatte der amerikanische Präsident Roosevelt auf der Konferenz von Jalta gefordert, Südwestafrika unmittelbar von den Vereinten Nationen verwalten zu lassen. Das wurde vom britischen Premierminister Churchill abgelehnt. Am 1. November 1946 stellte Smuts als UNO-Delegierter der Südafrikanischen Union den Antrag, Südwestafrika in die Union einzuverleiben. Mit Ausnahme Großbritanniens lehnten alle Delegationen diesen Vorschlag mehr oder weniger entschieden ab.
- 16) 1936 war den Schwarzen in der Südafrikanischen Union der letzte Rest politischer Rechte entzogen worden.

Übersicht über Dezember 1946, Nr. 5

- 1) vgl. Anm. 14 zur Übersicht über November 1946, Nr. 4
- 2) Auf der Potsdamer Konferenz war Indochina zwischen China und Großbritannien in eine nördliche und eine südliche Einflußzone aufgeteilt worden. Nach dem Abzug der Japaner rief Ho Chi Minh, der Führer der Befreiungsbewegung (Vietminh), in Hanoi die unabhängige Demokratische Republik Vietnam aus und erhielt bei Wahlen im Februar 1946 eine überwältigende Mehrheit. Frankreich, an das die Kolonialverwaltung von den Briten übergeben wurde, versuchte mit Hilfe militärischer Truppen, Vietnam zu rekolonisieren. Verhandlungen Ho Chi Minhs in Paris über eine friedliche Lösung scheiterten, und der Indochina-Krieg begann. Französische Kriegsschiffe bombardierten mit ihrer Artillerie am 23. November 1946 die Hafenstadt Haiphong (6000 Tote), und die Vietminh griffen am 19. Dezember Hanoi an, das von den Franzosen besetzt war.
- 3) Fideikommiß: unveräußerliches und unteilbares Erbgut
- 4) Am 4. Dezember 1946 schlossen die USA mit den Nationalchinesen unter Tschiang-Kai-schek einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag ab.
- 5) Der Antrag der SU vom 29. Oktober 1946, die Rüstung allgemein einzuschränken und zu begrenzen, war von den USA grundsätzlich begrüßt worden, und noch am 11. November 1946 war Außenminister Molotow davon überzeugt, „daß die Anträge der sowjetrussischen und der amerikanischen Delegation in Einklang gebracht werden können“.
- 6) Der Baruch-Plan (vgl. Anm. 7 zur Übersicht über Oktober 1946, Nr. 3) war mit dem Vorschlag verbunden, das Vetorecht der fünf Großmächte im Sicherheitsrat der UNO aufzuheben, soweit es die Entwicklung und Nutzung der Atomenergie betrifft, d.h. Sanktionen nicht von der Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates abhängig zu machen. Dagegen wandte sich noch am 20. Dezember 1946 der sowjetische UNO-Delegierte Andrej Gromyko.
- 7) Henry A. Wallace (vgl. Anm. 5 Übersicht über September 1946, Nr. 2) versuchte, die „New-Deal Liberalen“ zu sammeln, und gründete später die „Progressive Party“, die auch von der KP USA unterstützt wurde. Er wurde jedoch mehr und mehr isoliert.
- 8) Am 16. Dezember 1946 stellte der Sozialist Leon Blum sein Kabinett um und begründete diesen Schritt damit, daß es ihm nicht gelungen sei, die von der Nationalversammlung geforderte Regierung der nationalen Konzentration zu bilden (vgl. die Übersicht über November 1946, Nr. 4). Am 28. Januar 1947 folgte dann eine Koalitionsregierung unter dem Sozialisten Paul Ramadier, an der auch die Volksrepublikaner (MRP) und Kommunisten (KPF) beteiligt waren.

Übersicht über Januar 1947, Nr. 6

- 1) Spontane Besetzungen großer Landgüter hatten bereits Ende 1943 begonnen und breiteten sich schnell im Süden aus. Die Besetzer organisierten sich – wie schon in den Jahren 1920/21 – in Bauernligen. Der kommunistische Landwirtschaftsminister Gullo bestätigte die Besetzungen, und die KPI versuchte, sie in ihre gemäßigte Landreformpolitik einzuordnen.
- 2) Die „*Fronte dell'Uomo Qualunque*“ – benannt nach der Zeitung eines neapolitanischen Komödienschreibers – war Sammelbecken der Alffaschisten und zugleich Wegbereiter des Neofaschismus. Sie griff scheinbar alles an: die Bürokratie, die etablierten Kräfte, die Linke und die Alliierten, lenkte aber den Mißmut in eine antirepublikanische und antikommunistische Richtung. Bei den Wahlen im Juni 1946 erzielte sie 5,3 Prozent und mit Stimmanteilen von bis zu 46 Prozent, wie in Bari, erreichte sie bei den Gemeindewahlen am 10. November 1946 ihren Höhepunkt. Sie ging schließlich in dem neofaschistischen „*Movimento Sociale Italiano*“ (MSI) auf, das am 26. Dezember 1946 gegründet wurde.
- 3) Die „*Democrazia Christiana*“ (DC) – in Anknüpfung an die katholische Volkspartei der vorfaschistischen Zeit 1943 aus der Widerstandsbewegung entstanden – trat anfangs mit Forderungen gegen das Großkapital und den Großgrundbesitz auf und sprach sich für eine Koalition mit Sozialisten und Kommunisten aus. Der Vatikan war damit in keiner Weise einverstanden, zumal es die Kommunisten zunächst ablehnten, die 1929 mit Mussolini ausgehandelten Lateran-Verträge, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche regelten, in die neue Verfassung – wie von der Kirche gefordert – aufzunehmen. Ende 1946 rief Papst Pius XII. die Römer auf, angesichts der kommunistischen Gefahr aufzuwachen.
- 4) Alcide de Gasperi, von 1924–1926 Generalsekretär der katholischen Volkspartei (*Partito popolare*), nach kurzer Haft während des Faschismus Asylant im Vatikan und 1943 Mitbegründer der DC, war von Ende 1945–1953 italienischer Ministerpräsident.
- 5) Nachdem die Alliierten am 10. Juli 1943 auf Sizilien gelandet waren, unterstellte sich ihnen zunächst die neugebildete Regierung unter dem königstreuen General Pietro Badoglio. Nach der Befreiung Roms im Juni 1944 wurde anschließend Ivanoe Bonomi Ministerpräsident; ihm folgte im Juni 1945 der Linksliberale Ferruccio Parri, der jedoch schon nach wenigen Monaten mit seiner Reformpolitik am Widerstand der Industriellen und Großgrundbesitzer sowie des großenteils noch faschistischen Staatsapparates scheiterte. Im Dezember 1945 wurde er durch den Christdemokraten de Gasperi ersetzt.
- 6) Am 6. Juni 1944 waren in einer großangelegten Militäroperation (Unternehmen „*Overlord*“) alliierte Truppen unter dem Kommando von General Eisenhower über den Ärmelkanal übersetzt worden und in der Normandie gelandet.
- 7) Ministerpräsident de Gasperi hielt sich im Januar 1947 in den USA auf und erhielt einen Kredit von 50 Mio. Dollar, weitere 50 Mio. Dollar als Rückzahlung aus Besatzungsabgaben und 50 Schiffsladungen mit Kohlen und Getreide zugesprochen. Ähnlich wie zuvor schon der Papst forderten die USA ihrerseits, die Kommunisten aus der Regierung auszuschließen. De Gasperi, der bereits im September 1946 den Amerikanern gegenüber seine Bereitschaft zu erkennen gegeben hatte, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu beenden, aber noch nach einem geeigneten Zeitpunkt für den Bruch mit dem Koalitionspartner gesucht hatte, gab schließlich jede Rücksicht auf, und Ende Mai 1947 schieden die Kommunisten auch tatsächlich aus der Regierung aus.
- 8) Unmittelbar vor Eröffnung des Kongresses der Sozialistischen Partei (PSIUP) in Rom trat am 7. Januar 1947 der rechte Flügel der Partei unter Führung von Giuseppe Saragat aus. Er kritisierte vor allem die „*verhängnisvolle Annäherung*“ an die Kommunisten und gründete deshalb am 12. Januar eine neue Partei, die *Partito Socialista Italiano* (PSI), die sich 1952 zur Sozialdemokratischen Partei umbenannte. Die Spaltung der PSIUP war für de Gasperi der willkommenen Anlaß, mit seinem Kabinett am 20. Januar zurückzutreten, um bei der Umbildung der Regierung endgültig auf die Linkskräfte zu verzichten.

- 9) Zur Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz (10. März – 24. April 1947) trafen sich ab 14. Januar die stellvertretenden Außenminister der SU, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu mehrwöchigen Verhandlungen.
- 10) Bis zum „Staatsvertrag“ vom 15. Mai 1955, der Österreich seine Souveränität zurückgab, herrschte formell das alliierte Besatzungsstatut. Seit Ende April 1945 hatte Österreich zwar schon eine provisorische Staatsregierung bilden können, aber nach dem zweiten Kontrollratsabkommen der Besatzungsmächte vom 28. Juni 1946 waren Verfassungsgesetze durch ein Einspruchsrecht von der Zustimmung des „Alliierten Rates“ abhängig, und durch einstimmige Beschlüsse der Alliierten konnten auch einfache Gesetze für ungültig erklärt werden.
- 11) Am 8. November 1917 war vom II. Allrussischen Sowjetkongreß die erste Sowjetregierung unter Lenin gebildet worden, die dem Kongreß sofort das „*Dekret über den Frieden*“ vorlegte; an alle kriegführenden Völker wurde darin das Angebot eines „*sofortigen Friedens ohne Annexionen (d.h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Abgliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen*“ (Lenin, Werke, Bd. 26, S. 239) gerichtet.
- 12) Nach der Beschießung Haiphongs am 23. November 1946 hatte in Indochina ein Guerilla-Krieg begonnen. Die Franzosen eroberten die wichtigsten Ortschaften und Verkehrsverbindungen, konnten aber die Partisanen des Vietminh nicht besiegen. Der neue US-Außenminister, George C. Marshall, erklärte Anfang Februar 1947, er wünsche, daß „*eine friedliche Basis für die Beilegung der Schwierigkeiten gefunden werden könnte.*“
- 13) In der Verfassung, die am 27. Oktober 1946 in Kraft getreten war, stand, daß Frankreich „*beabsichtigt, die Völker, die es unter seine Obhut genommen hat, zu der Freiheit zu führen, sich selbst zu verwalten und in demokratischer Weise ihre eigenen Angelegenheiten zu gestalten. Jedes auf Willkür begründete Kolonialsystem ist ausgeschlossen.*“
- 14) Die spanische Exilregierung wurde von der Demokratischen Allianz getragen, einem Zusammenschluß der Republikanischen Partei, der Sozialistischen Partei und des nationalen Gewerkschaftsverbandes CNT (Confederación Nacional del Trabajo), dem Ende Februar 1946 auch die Kommunistische Partei beitrug. Am 28. Januar 1947 trat Ministerpräsident José Giral zurück, da die Sozialisten ihm vorhielten, er habe es versäumt, die Unterstützung der Vereinten Nationen zu gewinnen.
- 15) Am 19. Januar 1947 fanden die immer wieder hinausgeschobenen Wahlen in Polen statt, bei denen der von Kommunisten und Sozialisten beherrschte „*Demokratische Block*“ rund 80 Prozent der Stimmen erhielt, während die Bauernpartei, in der sich die bürgerliche Opposition sammelte, nur etwa 10 Prozent der Stimmen erzielte. Die Opposition behauptete, daß das Wahlergebnis gefälscht worden sei, denn überall dort, wo sie an der Auszählung teilgenommen habe, seien 60 bis 70 Prozent der Stimmen auf die Bauernpartei entfallen. Großbritannien und die USA nahmen diese Kritik zum Anlaß, um gegen die „*Zwangs- und Einschüchterungsmaßnahmen*“ zu protestieren.
- 16) Im Januar 1947 schlossen die beiden amerikanischen Ölgesellschaften, Standard Oil Company und Socony Oil Company, sowohl mit der Anglo-Iranian Oil Company als auch mit der Arabian American Oil Company ein Abkommen, das ihnen die Ölförderung im Iran bzw. Saudi-Arabien sicherte und Pipelines zum Mittelmeer vorsah. Die Briten stimmten zu, da sie daran interessiert waren, ihr Iran-Öl gegen Dollar zu verkaufen. Unter Berufung auf ein Abkommen von 1928 protestierte jedoch die französische Ölgesellschaft Cie. Française de Pétroles und strengte dagegen, eine Klage an.
- 17) Nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom Januar 1946 war eine Dreierkommission in Peking errichtet worden, in der neben einem amerikanischen Vertreter das nationalstische und das kommunistische Truppenkommando vertreten waren, um die Einhaltung des Abkommens zu überwachen. Schon unmittelbar vor seiner Abreise aus China erklärte General Marshall am 7. Januar 1947, daß ein politischer Kompromiß „*durch extreme Elemente auf beiden Seiten zunichte gemacht worden*“ sei, und noch im Januar zogen sich die USA aus der Kommission zurück.

Übersicht über Februar 1947, Nr. 7

- 1) In dem Bericht, den der Vorsitzende des amerikanischen Hilfskomitees für die Notgebiete Europas, der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover, nach einer Europareise am 23. März 1947 vorlegte, hieß es denn auch: *„Die Steuerzahler in den Vereinigten Staaten und Großbritannien legen jährlich annähernd 600 Millionen Dollar auf den Tisch, um zu verhindern, daß die Deutschen in der amerikanischen und britischen Zone verhungern. Es ist übrigens anzunehmen, daß die Briten und Amerikaner in Zukunft noch größere finanzielle Opfer bringen müßten, wenn keine andere Politik eingeschlagen wird. Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion... Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen... Es war eine Illusion, anzunehmen, man könne aus Deutschland ein Hirtenland machen.“*
- 2) Domäne: dem Landesherrn gehörender Besitz, Staatsgut, hier: Herrschaftsgebiet.
- 3) Am 4. März 1947 wurde der französisch-britische Allianzvertrag in Dünkirchen unterzeichnet, und er zielte – wie die britische und französische Regierung gemeinsam erklärten – *„auf die Verhinderung einer Wiederholung der Bedrohung durch Deutschland.“*
- 4) Am 10. Dezember 1944 hatte General de Gaulle als Chef der Provisorischen Regierung in Moskau einen langfristigen Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichnet, in dem sich Frankreich und die SU nicht nur verpflichteten, *„jede von Deutschland ausgehende Bedrohung auszuschalten“*, sondern auch *„kein Bündnis einzugehen und sich an keiner Koalition zu beteiligen, die gegen einen der Vertragspartner gerichtet ist“*.
- 5) Am 26. Mai 1942 war zwischen Großbritannien und der SU ein Bündnisvertrag auf 20 Jahre abgeschlossen worden. Die Gültigkeit dieses Abkommens wurde später mehrfach bekräftigt, und Großbritannien drängte sogar darauf, die Vertragsdauer noch weiter zu verlängern. Nachdem sich Stalin am 23. Januar 1947 unter der Voraussetzung dazu bereiterklärt hatte, daß der Vertrag zuvor verändert werden müsse, kündigte der britische Außenminister Bevin am 25. Januar an, Verhandlungen mit der SU einzuleiten.
- 6) In den ersten drei Nachkriegsjahren sandte die britische Regierung Lieferungen im Werte von 760 Mio. Pfund Sterling nach Griechenland, den größten Teil verschlangen Polizei und Militär, die im Bürgerkrieg gegen die Nationale Befreiungsarmee (ELAS) eingesetzt wurden (vgl. Anm. 3 zu der Übersicht über Oktober 1945, Nr. 2). Am 21. Februar 1947 kündigte die britische Regierung an, wegen eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre militärische und wirtschaftliche Hilfe für Griechenland zum 31. März 1947 einzustellen. Die USA, die deshalb ersucht wurden, sich an der Unterstützung Griechenlands zu beteiligen, willigten am 1. März ein.
- 7) Diese drei Inselgruppen waren, bevor sie japanisches Völkerbundsmandat wurden, bis 1919 deutsches Kolonialgebiet gewesen. 1947 wurden sie unter Verwaltung der USA Treuhandgebiete der Vereinten Nationen.
- 8) Kardinal Richelieu (1585–1642) errichtete einen absolutistischen Einheitsstaat und machte Frankreich zur Führungsmacht in Europa, indem er die Schwächung Deutschlands und des Habsburger Herrscherhauses im Dreißigjährigen Krieg (1618 – 1648) nach Kräften förderte und für sich nutzte. In seinem Testament stellte er die Zersplitterung Deutschlands als Leitlinie französischer Außenpolitik heraus.
- 9) Phantom: Trugbild, Hirnspinnst
- 10) dúpieren: täuschen, betrügen
- 11) Unter der Losung *„Junkerland in Bauernhand“* wurde in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ab September 1945 mit der Bodenreform begonnen. Rund 3,3 Mio. Hektar Land von 7.136 Großgrundbesitzern wurden dabei enteignet und zum größten Teil an 559.089 Landarbeiter, landlose und landarme Bauern, Umsiedlerfamilien, Kleinpächter und nicht-landwirt-

schaftliche Arbeiter und Handwerker verteilt; gleichzeitig wurden über 1 Mio. Hektar Land vergesellschaftet und 532 volkseigene Güter gebildet.

- 12) Die französische Dynastie der Bourbonen herrschte von 1589 bis zur Französischen Revolution, in der 1792 die Republik ausgerufen und Ludwig XVI. 1793 hingerichtet wurde. Nach der Abdankung und Verbannung Napoleons, der durch einen Staatsstreich 1799 die Republik abgeschafft hatte, kehrten die Bourbonen 1814 nach Frankreich zurück. Weder Ludwig XVIII. noch Karl X. konnten jedoch die Wünsche des alten Adels nach einer Wiederherstellung der alten Ordnung durchsetzen, mit der Juli-Revolution von 1830 endete die Herrschaft der Bourbonen.
- 13) Consortium, Consortien: Vorübergehende Vereinigung von Unternehmen, um gemeinsam ein großes Geschäft durchzuführen.

Übersicht über März 1947, Nr. 8

- 1) Nachdem sich Großbritannien nicht mehr in der Lage sah, die griechische Regierung weiter finanziell und militärisch zu unterstützen, sprangen die USA ein. Außenminister Marshall erklärte auf einer Pressekonferenz am 5. März 1947, daß Griechenland am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehe, was im Hinblick auf die Weltlage auch für die Vereinigten Staaten von höchster Bedeutung sei; der Sturz der griechischen Regierung könnte die Ausbreitung des Kommunismus über ganz Südosteuropa und den Nahen Osten nach sich ziehen. In seiner Rede vor dem Kongreß unterstrich Präsident Truman am 12. März, „daß eine Hilfe dringend notwendig ist, wenn Griechenland als freie Nation bestehen bleiben soll“, und er führte weiter aus: *„Wir sind das einzige Land, daß diese Hilfe geben kann. ... Ich bin der Ansicht, daß wir den freien Völkern beistehen müssen, ihr eigenes Geschick auf ihre Weise zu bestimmen. Ich glaube, daß unser Beistand in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe gewährt werden sollte, eine Hilfe, die wesentlich ist für die wirtschaftliche Stabilität und ordnungsgemäße politische Entwicklung. ... Der Samen der totalitären Regimes wird von Not und Elend genährt. Sie breiten sich aus und wachsen auf dem üblen Boden von Armut und Hader. Sie erreichen ihre volle Größe, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben erloschen ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Welt sehen auf uns, daß wir sie bei der Erhaltung ihrer Freiheiten unterstützen.“* Der Kongreß bewilligte schließlich die beantragten 400 Mio. Dollar, wobei 100 Mio. für die Türkei und 300 Mio. für Griechenland bereitgestellt wurden; die Hälfte von der Hilfeleistung für Griechenland wurde – so die offizielle Mitteilung – dazu verwendet, *„die griechischen Truppen so auszurüsten, daß sie mit den Guerillas fertig würden.“* Insgesamt gaben die USA bis 1949 ca. 800 Mio. Dollar dafür aus, um den griechischen Widerstand der EAM niederzuwerfen.
- 2) Die Monroe-Doktrin, am 2. Dezember 1823 vom amerikanischen Präsidenten James Monroe verkündet, bestimmte bis Ende des 19. Jahrhunderts die Außenpolitik der USA. Sie besagte, daß weder die USA sich in Europa einschalten würde, noch umgekehrt es den europäischen Mächten gestattet sei, sich in Amerika einzumischen (*Amerika den Amerikanern*).
- 3) Unter Kemal Pascha (Atatürk) unternahm die Türkei den Versuch, durch eine Militärdiktatur den Anschluß an den Kapitalismus zu finden. Die 1925 gegründete Republikanische Volkspartei blieb solange Staatspartei, bis im Januar 1946 auf Druck der Westmächte die Demokratische Partei, die Vorgängerin der späteren „Gerechtigkeitspartei“ zugelassen wurde. Die Demokratische Partei vertrat die Interessen des Großgrundbesitzes gegen die 1945 proklamierte Landreform, gewann 1950 die Wahlen und übernahm die Regierung.
- 4) Protektorat: Schutzgebiet
- 5) Tories: Bezeichnung für die Konservative Partei
- 6) Empire: britisches Weltreich, später „Commonwealth“

- 7) philanthropisch: menschenfreundlich
- 8) Dazu zählt vor allem die Landreform, die die Feudalherren enteignet und eine der Voraussetzungen für bürgerlich-demokratische Verhältnisse schafft.
- 9) Am 15. Februar 1947 hieß es in der Zeitschrift „Business Week“: *„China nähert sich rasch dem Zustand des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Bald wird es als Absatzmarkt gestrichen werden müssen.“*
- 10) Während des Krieges hatten sowjetische und britische Truppen das Land besetzt, um einen Anschluß des Iran an die Achsenmächte zu verhindern. Der bis spätestens ein halbes Jahr nach Kriegsende, also bis zum 2. März 1946 von der SU zugesagte Truppenabzug verzögerte sich. Sie übte Druck auf die persische Regierung aus, um in den von ihr besetzten nördlichen Provinzen die Einwilligung zur Förderung von Erdöl zu erhalten, und unterstützte die Autonomiebewegungen im Norden des Iran. Die persische Regierung erklärte sich zwar bereit, Aserbeidschan eine gewisse Autonomie zuzugestehen und mit der SU eine gemeinsame Ölgesellschaft zu betreiben, aber nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen im Mai 1946 wurde angesichts der britischen und amerikanischen Übermacht in der Nahost-Region das Abkommen über die Ölgesellschaft nicht mehr vom persischen Parlament bestätigt, und in Aserbeidschan wurde die Autonomiebewegung blutig niedergeschlagen. Die SU zog sich zurück, um einer militärischen Konfrontation mit den Anglo-Amerikanern auszuweichen.
- 11) Nach einer Phase der Unsicherheit fand schließlich Ende September 1947 die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros „Kominform“ statt (vgl. die Übersicht über November 1947, Nr. 3).
- 12) Die amerikanische außenpolitische Tradition, wie sie von George Washington, dem ersten Präsidenten der USA, und seinem Außenminister und späteren Präsidenten, Thomas Jefferson, begründet und entwickelt wurde, bestand darin, daß sich die USA von allen Streitigkeiten fremder Mächte fernhielt („Isolationismus“), dauerhafte Bündnisse mit anderen Staaten außerhalb des amerikanischen Kontinents vermied und sich zunächst ganz auf den amerikanischen Kontinent konzentrierte („Monroe-Doktrin“). Anstatt sich in die Auseinandersetzungen mit den europäischen Kolonialmächten direkt einzumischen, versuchte die USA später, ein „informal Empire“ aufzubauen, d.h. ein Weltreich, das sie zwar ökonomisch beherrscht, ohne sich jedoch dabei Kolonien politisch-militärisch zu unterwerfen. Kennzeichnend ist dafür die Politik gegenüber China, wo die US-Regierung 1899 erstmals die Politik der „offenen Tür“ formulierte.
- 13) Mit einer Zweidrittelmehrheit wurde am 23. Juni 1947 ein Anti-Gewerkschaftsgesetz („Taft-Hartley-Act“) verabschiedet, das von den Republikanern Robert Taft und Fred Hartley eingebracht worden war. Es setzte um, was Präsident Truman in seiner Botschaft vom 6. Januar 1947 an den Kongreß in Aussicht gestellt hatte, und bestimmte im einzelnen, daß ein gewerkschaftlicher Organisationszwang in den Betrieben („closed shop“) untersagt ist, die Gewerkschaften wegen „Vertragsbruchs“ verklagt und schadenersatzpflichtig gemacht werden können, *„im Falle der Bedrohung der Volkswohlfahrt oder der Staatssicherheit“*, Streiks für 80 Tage vom Präsidenten ausgesetzt werden können, politische Wahlbeiträge durch die Gewerkschaften verboten sind und alle Funktionäre an Eides Statt erklären müssen, weder der Kommunistischen Partei anzugehören noch auf einen gewaltsamen Regierungsumsturz auszugehen. Bereits am 26. März 1947 hatte Präsident Truman angeordnet, alle „subversiven Elemente“ aus der Verwaltung zu entfernen, d.h. 2,5 Mio. Regierungsangestellte durch die Sicherheitsbehörden überprüfen zu lassen, um *„den kommunistischen Schmutzleck auf der weißen Weste der Demokratischen Partei“* zu beseitigen. Gleichzeitig wurde das *„Komitee zur Untersuchung antiamerikanischer Umtriebe“* des Repräsentantenhauses wiederbelebt, um die Einflußnahme des Kommunismus auf die amerikanische Innenpolitik aufzudecken.
- 14) Sie waren äußerst vielfältig und reichten von Nazi-Gruppen (Silver-Shirts – SS, Black Legion, Christian Front), katholisch-faschistischen und protestantisch-rassistischen Bewegungen (Father Coughlin, Klu Klux Klan) bis hin zu Gruppen innerhalb der großen Parteien. General

MacArthur versuchte schließlich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1952, eine antikomunistische Massenbewegung zu entfachen, scheiterte jedoch.

- 15) Aldebaran (d. i. August Thalheimer): *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg*, o. O. o. J. (Anfang 1946)
- 16) Die vierte Tagung des Außenministerrats vom 10. März bis 24. April 1947 in Moskau befaßte sich mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Zwar verständigten sich die vier Außenminister dabei auf den schrittweisen Aufbau einer provisorischen deutschen Regierung, und gemeinsam beschlossen sie, noch 1947 in ganz Deutschland eine Bodenreform durchzuführen, aber an der Weigerung des amerikanischen Außenministers Marshall, der SU die vereinbarten Reparationen aus den Westzonen zuzubilligen, scheiterte schließlich die Konferenz.
- 17) Als Stalin, Roosevelt und Churchill vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim verhandelten, besaß die SU noch eine überaus günstige Verhandlungsposition: Die Rote Armee stand 50 km vor Berlin, während im Fernen Osten ein Ende des Krieges noch nicht abzusehen war. Deshalb versprach die SU, in den Krieg gegen Japan einzugreifen. Die Reparationsfrage wurde zwar für Deutschland nicht endgültig geklärt, aber eine alliierte Kommission ging als „Gesprächsgrundlage“ von insgesamt 20 Mrd. Dollar aus, von denen 50 Prozent auf die SU entfallen sollten.
- 18) In ihrem „Dekret über den Frieden“ (vgl. die Übersicht über Januar 1947, Nr. 6, Anm. 11) hatte sich die Sowjetregierung am 26. Oktober 1917 direkt an alle Arbeiter und Soldaten der kriegführenden Länder gewandt, und in vielen Ländern streikten daraufhin Transport-, Hafen- und Eisenbahnarbeiter, meuterten amerikanische und französische Soldaten und Matrosen, so daß schließlich die Interventionstruppen zurückgezogen werden mußten.
- 19) Die SU und Großbritannien verhandelten zu dieser Zeit über eine Verlängerung ihres Bündnisvertrages.
- 20) Die Verfassung vom November 1936, nach der die SU einen Bundesstaat aus elf Republiken bildete, war der Form nach ähnlich der Verfassung einer bürgerlich-demokratischen Republik. Sie wurde als „freieste Verfassung der Welt“ ausgegeben.

Übersicht über April 1947, Nr. 9

- 1) August Thalheimer: *Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg*, o. O. o. J. (September 1945)
- 2) Bereits am 2. Dezember 1946 war durch ein Abkommen der Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone zum 1. Januar 1947 beschlossen worden. Nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz beschleunigte der amerikanische Militärgouverneur Clay den Ausbau der BI-Zone. Vier Wochen später, am 29. Mai 1947, wurde das anglo-amerikanische „Abkommen über Neugestaltung der zweizonalen Wirtschaftsstellen“ geschlossen, das die Einrichtung des „Wirtschaftsrates“, eine Art vorläufiges Parlament, und eines „Exekutiv-ausschusses“ mit ministerähnlichen „Direktoren“ vorsah, es trat am 10. Juni 1947 in Kraft.
- 3) In einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Marshall hatte Stalin am 15. April 1947 geäußert: „... gewöhnlich sieht man ja, wenn man sich im Disput erst einmal erschöpft hat, die Notwendigkeit von Kompromissen ein.“ Marshall interpretierte das als bewußte Verzögerung jeder Lösung der deutschen Frage bis zum Zusammenbruch ganz Europas und erklärte bei seiner Rückkehr aus Moskau in einer Rundfunkrede: „Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. Darum glaube ich nicht, daß wir einen Erschöpfungskompromiß abwarten dürfen.“
- 4) Zwar hatten sich die Alliierten 1943 auf die Wiederherstellung eines „freien und unabhängigen Österreichs“ geeinigt, aber nach der Besetzung wurde Österreich ebenso wie Deutsch-

land in vier Zonen eingeteilt und einer Alliierten Kommission unterstellt. Obwohl im Unterschied zu Deutschland schon seit dem 30. April 1945 eine provisorische gesamtösterreichische Regierung bestand und die alte Verfassung von 1920 bereits am 13. Mai 1945 wieder in Kraft gesetzt wurde, erhielt Österreich erst mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 seine volle Souveränität zurück. Der Abschluß eines Staatsvertrages scheiterte auf der Moskauer Konferenz u.a. daran, daß Jugoslawien Ansprüche auf Südkärnten erhob, die SU die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Österreich forderte und darauf bestand, bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die alliierten Truppen in Österreich zu belassen.

- 5) Starker Druck aus der Bevölkerung hatte 1945 dazu geführt, daß die politischen Parteien in Brasilien legalisiert wurden und die seit 1935 unterdrückte Kommunistische Partei wieder zugelassen wurde. General Dutra, der im Dezember 1945 zum Präsidenten gewählt worden war, erließ jedoch schon 1946 eine neue Verfassung, durch die eine weitere Phase der Reaktion, des Sozialabbaus und der Verfolgung von Kommunisten eingeleitet wurde. Am 7. Mai 1947 wurden schließlich alle Gewerkschaften verboten, die von Kommunisten beeinflusst wurden.
- 6) Auf Druck ihrer Basis und einer breiten Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse versagten KPF und die kommunistischen Kabinettsmitglieder Ende April 1947 in einer Vertrauensabstimmung der Nationalversammlung der Regierung unter dem Sozialisten Paul Ramadier aus Protest gegen den sozial- und wirtschaftspolitischen Kurs ihre Unterstützung. Ramadier nahm das am 4. Mai zum Anlaß, die vier Minister der KPF zu entlassen, und beendete damit das Regierungsbündnis aus Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikanern.
- 7) Anläßlich einer Befreiungsfeier in Straßburg erklärte General de Gaulle am 7. April 1947, daß es angesichts der Rivalität zweier Großmächte, die beide nach Expansion strebten, zwar notwendig sei, die Unabhängigkeit Frankreichs zu wahren, aber zugleich hob er hervor, daß Frankreich dem „Geist des Abendlandes“ treu bleiben müsse, d.h. er betonte die Gemeinsamkeiten Frankreichs mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Nach Abschluß der Kundgebung wurde die „Sammlungsbewegung des französischen Volkes“ (Rassemblement du Peuple Français, RPF) gegründet, die sich zum Ziel setzte, den Kommunismus zu bekämpfen und das politische Leben Frankreichs von Grund auf zu erneuern.
- 8) Georges Bidault, Volksrepublikaner und Außenminister Frankreichs, war spätestens nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier darin einig, daß weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eine Zukunft habe. Vor allem für die Fortführung der amerikanischen Finanzhilfe war die Entfernung der kommunistischen Minister aus der Regierung notwendig geworden.
- 9) Am 13. Mai 1947 trat Ministerpräsident de Gasperi (vgl. auch die Übersicht über Januar 1947, Nr.6, Anm. 7 und 8) zurück. Unmittelbarer Anlaß war die Weigerung der Linksozialisten unter Pietro Nenni, einer geplanten Regierungserweiterung nach rechts zuzustimmen. Am 31. Mai bildete de Gasperi ein neues Kabinett ohne Sozialisten und Kommunisten.
- 10) Franco-Spanien, das seinen Sieg im Bürgerkrieg 1939 deutscher und italienischer Waffenhilfe und der „Neutralität“ Frankreichs und Großbritanniens verdankte, war gegen Ende des Krieges zunehmend auf Distanz zu den Achsenmächten geraten. Obwohl es mit den Westalliierten zu keiner Zeit endgültig gebrochen hatte, geriet Spanien in die diplomatische Isolierung, als die Vereinten Nationen als Konzession an die antifaschistischen Forderungen der europäischen Arbeiterparteien am 12. Dezember 1946 empfahlen, Botschafter und Gesandte aus Madrid abzuberufen. Da jedoch Großbritannien die Wirtschaftsbeziehungen nicht abbrach, konnte sich Franco halten, und den Forderungen der Vereinten Nationen nach Demokratisierung und Liberalisierung kam er scheinbar nach, indem er sein Regime „legal verkleidete“ und im April 1947 einen Gesetzentwurf über die Einführung einer monarchistischen Staatsform vorlegte; am 26. Juli 1947 wurde schließlich Spanien formell zur Monarchie erklärt.

- 11) So begrüßte der türkische Präsident İnönü am 6. Mai 1947 den Besuch einer amerikanischen Flotte, sah darin den Ausdruck der Freundschaft zwischen beiden Ländern und bekräftigte am 12. Mai noch einmal seinen Standpunkt, den Meerengenvertrag von Montreux (vgl. die Übersicht über August 1946, Nr.1, Anm.6) nicht aufzukündigen.
- 12) Am 1. Mai 1947 stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich gegen den Antrag der arabischen Staaten, das britische Mandat über Palästina zu beenden und Palästina als unabhängig zu erklären, und folgte dem Antrag Großbritanniens, zunächst eine Kommission einzusetzen. Der amerikanische Delegierte unterstützte nachdrücklich den britischen Vorschlag.
- 13) Seit 1943 hatte eine amerikanische Militärdelegation unter General Norman Schwarzkopf den Wiederaufbau der iranischen Gendarmerie übernommen. 1947 verstärkten die USA ihr militärisches Engagement.
- 14) Mit der Abreise General Marshalls aus China im Januar 1947 hatten die USA ihre Vermittlungsbemühungen aufgegeben und Tschiang Kai-chek bei seinem Vormarsch Militärhilfe geleistet. Eine sich als demokratisch bezeichnende Gruppe des Kuomintang forderte deshalb am 8. April 1947, daß die USA sämtliche Truppen aus China zurückziehen, die einseitige Hilfe an den Kuomintang einstellen und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas ein Ende machen müsse.
- 15) In einem Schreiben an den sowjetischen Außenminister regte der amerikanische Außenminister Marshall am 8. April 1947 an, die Tätigkeit der amerikanisch-sowjetischen Kommission für Korea fortzusetzen, die gemäß einer Vereinbarung der Außenministerkonferenz in Moskau vom Dezember 1945 am 20. März 1946 aufgenommen, aber schon am 8. Mai 1946 wieder unterbrochen worden waren, weil sich beide Seiten nicht über den Begriff „demokratisch“ einigen konnten und ebensowenig über die koreanischen Parteienvertreter, die beratend hinzugezogen werden sollten. Für die Neuaufnahme der Verhandlungen forderte Marshall die „Respektierung der freien Meinungsäußerung der Völker“. Nach einem längeren Briefwechsel stimmte schließlich Molotow dem erneuten Zusammentritt der Kommission zu.
- 16) Am 22. April 1947 stimmte der Senat dem Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei mit 67 gegen 23 Stimmen zu. In der Debatte hatte der demokratische Senator Johnson den militärischen Charakter der Hilfe kritisiert und das Hilfsprogramm als eine Art Kriegserklärung an die SU bezeichnet. Das Repräsentantenhaus sprach sich am 10. Mai mit 287 gegen 107 Stimmen ebenfalls für die Vorlage aus.
- 17) Schon 1944 hatte sich die AFL (American Federation of Labour) dafür ausgesprochen, das „freie Unternehmertum“ in der Nachkriegsordnung Europas zu erhalten, und in einem Rundschreiben der AFL von 1946 hieß es: „Wer die deutschen Gewerkschaften kontrolliert, wird das deutsche Volk kontrollieren“. Als Berater des amerikanischen Militärgouverneurs Clays versuchten daher Vertreter der AFL, ihre Konzeption einer berufsständischen Gewerkschaftsorganisation durchzusetzen. In Württemberg z. B. konnten sie auch die Bildung einer zentralisierten Einheitsgewerkschaft verhindern; darüber hinaus sabotierte die AFL alle Gewerkschaftskontakte zwischen den Zonen. 1947/48 organisierte sie schließlich auch die Gewerkschaftsspaltungen in Frankreich und Italien.
- 18) vgl. zum CIO (Congress of Industrial Organizations) die Übersicht über Oktober 1946, Nr.3, Anm.6
- 19) Der „Taft-Hartley-Act“ (vgl. die Übersicht über März 1947, Nr.8, Anm.13) wurde erst am 23. Juni 1947 vom Kongreß verabschiedet. Gegen den Beschluß der AFL, sich dem Gesetz zu fügen und keine Kommunisten mehr als Funktionäre zu dulden, wandte sich nur die Bergarbeitergewerkschaft (UMW), die am 12. Dezember 1947 aus der AFL austrat.

Übersicht über Mai 1947, Nr.10

- 1) Der harte Winter 1946/47, der Schwarzmarkt und die Verhinderung einer Bodenreform in den Westzonen verschärften die Ernährungskrise. In der Bi-Zone waren für den Normalverbraucher 1.550 Kalorien vorgesehen, während jedoch nur 700 bis 1.200 Kalorien zugeteilt wurden (Normalernährung: 3.000 Kalorien). Vor allem ältere Leute und Kinder verhungerten, Krankheiten, wie Tuberkulose, grassierten, ohne daß Krankenhausbetten verfügbar waren. Im Februar 1947 kam es in Essen zu kurzen Streiks und Demonstrationen, im März in Wuppertal, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg. Höhepunkt war ein Streik von 300.000 Bergarbeitern am 3. April 1947, der allerdings nicht von der Gewerkschaft unterstützt wurde. Am 16. Mai 1947 erklärte Oberst Newman im Frankfurter Rundfunk: *„Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden“*. „Agitatoren“ drohte er mit der Todesstrafe.
- 2) Zwei Tage nach ihrer Befreiung veröffentlichten 34 ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald das „Buchenwalder Manifest“ als Plattform für die Vereinigung der Arbeiterparteien: *„Begründet auf die Gedanken des Klassenkampfes und der Internationalität und auf das Bewußtsein, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht eine Aufgabe des Zukunftsstaats, sondern die unmittelbare Gegenwartsaufgabe ist, wollen wir die Einheit der sozialistischen Bewegung als Einheit des praktischen Handelns, der proletarischen Aktion herstellen“*.
- 3) Gemeint sind Ansätze wie die „Antifa-Komitees“, „Volkskomitees“ und ähnliches, die auf kommunaler Ebene spontan die lebenswichtigen Funktionen übernommen hatten, und auf betrieblicher Ebene die Betriebsräte bzw. Betriebsausschüsse.
- 4) Am 13. September 1933 war durch Gesetz der „Reichsnährstand“, ein umfassendes landwirtschaftliches Kartell, gebildet worden, der der Reichsregierung unterstand und sowohl die Erzeugung wie den Vertrieb von Nahrungsmitteln in der Hand hatte. Die Verminderung der Kunstdüngerpreise, die Steuer- und Zinssenkungen nutzten vor allem dem Großgrundbesitz.
- 5) Die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), zu zwei Dritteln von den USA finanziert, war von den Vereinten Nationen eingerichtet worden, um angesichts der Kriegsfolgen unmittelbare humanitäre Hilfe zu leisten. Ende September 1946 hatte die US-Regierung ihre Zahlungen eingestellt, da sie vor allem den osteuropäischen Ländern, wo die Zerstörungen am größten waren, zugute gekommen waren.
- 6) Bis zum 21. April 1947 waren die inhaltlichen, bis zum 23. Mai schließlich auch die taktischen Seiten des Marshallplans vom amerikanischen Außenministerium (State Department) unter Beihilfe des Marine- und Kriegsministeriums erarbeitet worden.
- 7) Am 5. Juni 1947 kündigte der amerikanische Außenminister George Marshall in einer Rede in der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts ein Wiederaufbauprogramm für Europa an, das auch nach ihm benannt wurde.
- 8) Gemeint ist wohl das Testament Kardinal Richelieus (vergl. die Übersicht über Februar 1947, Nr. 7, Anm. 8)
- 9) autark: selbstgenügsam, von anderen Wirtschaftszonen unabhängig
- 10) Auf dem Kongreß der Labour-Party in Margate wurde am 29. Mai 1947 eine außenpolitische Denkschrift mit dem Titel *„Die Karten auf den Tisch“* veröffentlicht, in der betont wurde, daß Großbritannien wirtschaftliche Hilfe brauche, die nur Amerika leisten könne. Die SU habe gedacht, Großbritannien werde zusammenbrechen, und es werde leicht und billig sein, dessen Platz in Europa und im Mittleren Osten einzunehmen. Ziel einer anglo-amerikanischen Verständigung sei es daher, den Krieg zu vermeiden, indem man der SU beweise, daß eine aggressive antibritische Politik zum Scheitern verurteilt ist. Der Marshall-Plan ermöglichte es der Labour-Regierung, ihre Politik im Innern fortzusetzen, also das Lebensniveau zu erhalten und die soziale Sicherung auszubauen, und band Großbritannien außenpolitisch umso mehr an die USA.

- 11) Die Kleinlandwirte-Partei verfügte über 245 der insgesamt 409 Sitze im ungarischen Parlament und stellte mit Zoltan Tildy bzw. ab Anfang 1946 mit Ferenc Nagy den Ministerpräsidenten. Im Februar 1947 verschärften sich die Auseinandersetzungen mit dem „Linksblock“ (Kommunisten, Sozialisten und Nationale Bauernpartei). Am 30. Mai 1947 trat Nagy zurück, und der rechte Flügel der Kleinlandwirte-Partei wurde unter dem Vorwurf der *„reaktionären Verschwörung gegen die Besatzungsmacht“* strafrechtlich verfolgt.
- 12) Noch am 1. Mai 1947 hatte der UN-Vertreter der SU für den Antrag der arabischen Staaten gestimmt, das Mandat über Palästina zu beenden und Palästina für unabhängig zu erklären.
- 13) Anlaß der Studentendemonstrationen, die im Dezember 1946 und Januar 1947 begonnen hatten, war – vor dem Hintergrund einer wachsenden antiamerikanischen Stimmung – die Vergewaltigung eines chinesischen Mädchens durch einen amerikanischen Soldaten gewesen. Die Studenten forderten den Abzug der amerikanischen Truppen.
- 14) Seit 1946 hatten die Kommunisten ihre Gewerkschaftsarbeit in den Städten belebt.

Übersicht über Juni 1947, Nr. 11

- 1) In Bulgarien war gleichzeitig mit dem sowjetischen Einmarsch das profaschistische Regime am 9. September 1944 durch einen Aufstand gestürzt worden. Die aus Kommunisten, Sozialisten und Teilen der Bauernpartei bestehende „Vaterländische Front“ erhielt bei den Wahlen am 27. Oktober 1946 366 von insgesamt 465 Parlamentssitzen. Der Führer der Opposition, Petkoff, der mit Teilen der Bauernpartei schon im Juli 1945 aus der „Vaterländischen Front“ ausgetreten war, wurde schließlich im Juni 1947 verhaftet und unter der Anklage der Verschwörung im September 1947 gehängt. In Rumänien hatte der von Kommunisten beeinflusste „Block demokratischer Parteien“ bei den Parlamentswahlen am 10. November 1946 347 Sitze erhalten, die Bauernpartei hatte 39 und die Liberalen sogar nur 3 Mandate erzielt. Vor dem Hintergrund einer Hungersnot und einer Währungsreform, die das Bürgertum weitgehend enteignete, wurde die bürgerliche Opposition geschwächt, und die Bauernpartei als stärkste Oppositionspartei wurde schließlich im Juni 1947 auch politisch ausgeschaltet und verboten.
- 2) Die bürgerlich-großbäuerliche Opposition in den osteuropäischen Ländern wurde durch die härtere Position der USA ermutigt und trat offener auf in der Hoffnung, eine Machtübernahme würde von den Westmächten gedeckt. Die tatsächliche Verbindung und materielle Unterstützung der oppositionellen Kräfte durch westliche Geheimdienste, *„fremde Agenten“* (Dimitroff) oder *„feindliche Spionageagenturen“* (Ulbricht) war von untergeordneter Bedeutung.
- 3) Die Macht des ungarischen Großgrundbesitzes war 1919/20 nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik durch Intervention des Auslands wiederhergestellt worden. Mit der Bodenreform vom 15. März 1945 wurden nicht nur alle Faschisten und Volksdeutsche entschädigungslos enteignet, sondern auch jeder Landbesitz über 50 ha. Bis 1920 hatten in Rumänien 5.000 Großgrundbesitzer die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche besessen. Bei der Bodenreform 1921 waren zwar 3,9 Mio. ha Land an 1,5 Mio. Bauern verteilt worden, aber erst die Bodenreform vom 22. März 1945, bei der jeder Besitz über 50 ha enteignet und verteilt wurde, brachte durchgreifende Änderungen.
- 4) In Bulgarien waren 1934 nur 6 Prozent aller Bauernhöfe größer als 30 ha; 50 Prozent der Höfe hatten zwischen 5 und 20 ha. Genossenschaftliches Zusammenwirken war weit verbreitet.
- 5) Gemeint ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der aufgrund der Spannungen und Zwischenfälle eine Balkankommission eingerichtet hatte.
- 6) Auf der Pariser Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der SU vom 27. Juni bis 3. Juli 1947 wurde über den Marshall-Plan verhandelt, dem Konzept einer amerikanischen Wirtschaftshilfe für die europäischen Länder.
- 7) Konsolidierung: Festigung

- 8) US-Zentralbank, die sowohl den Geldumlauf als auch die Kredit- und Zinspolitik der USA bestimmt.
- 9) William Clayton war stellvertretender Minister im Wirtschaftsministerium und neben John Foster Dulles einer der Urheber des Marshall-Plans.
- 10) Am 18. Juni 1947 luden Bevin und Bidault, der britische und französische Außenminister, von Paris aus ihren sowjetischen Kollegen Molotow zu gemeinsamen Gesprächen über den Marshall-Plan ein. Sie legten ihm anschließend auf der Pariser Konferenz einen Vorschlag vor, der von Anfang an darauf angelegt war, die grundsätzlichen Differenzen herauszustellen und es darüber zum Bruch kommen zu lassen.
- 11) Erst am 16. Juni 1947 hatte die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ auf die Rede von George Marshall vom 5. Juni reagiert und den vorgelegten Plan mit dem Argument abgelehnt, er bedeute eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“.
- 12) nämlich: ein Krieg zwischen zwei imperialistischen Staatengruppen um Vorherrschaft und zugleich ein Verteidigungskrieg der SU gegen einen imperialistischen Angriff. Schon 1937 hatte August Thalheimer von der „Möglichkeit des Krieges, der gemeinsam zwischen dem Staat der proletarischen Revolution mit einem oder mehreren imperialistischen Staaten [...] geführt wird“ gesprochen und festgestellt, daß ein solcher Krieg „klassenmäßig einen Doppelcharakter“ trage (Der Krieg und die Kommunistische Internationale. Ein offener Brief der IVKO, Paris 1937, S.18).
- 13) Bevin und Bidault schlugen ein „Steuerungskomitee“ der am Marshall-Plan beteiligten Länder vor, „das im Detail unverzüglich ein Vierjahresprogramm für den Wiederaufbau Europas ausarbeitet“. Molotow wollte dagegen die Aufgabe dieses Komitees darauf begrenzt sehen, die Einzelanforderungen der Staaten zu sammeln und zusammenzustellen; insbesondere sollte Deutschland ausgenommen werden, weil ansonsten sowjetische Reparationsansprüche in Frage gestellt worden wären.
- 14) Der Kongreß der Labour-Party in Margate fand im Mai 1947 statt (vgl. die Übersicht über Mai 1947, Nr.10, Anm.10).
- 15) Nachdem er ein Telegramm von Stalin erhalten hatte, gab Molotow am 2. Juli 1947 eine Erklärung ab, in der er den Marshall-Plan als „mit der Wahrung der nationalen Souveränität unvereinbar“ ablehnte, und verließ die Konferenz.
- 16) Noch 1948 produzierte Japan nicht mehr als 35 Prozent dessen, was es vor dem Krieg hergestellt hatte. Die USA mußten jährlich eine halbe Mrd. Dollar zuschießen, um Japan nicht verhungern zu lassen.
- 17) Entgegen allen Interpretationen, die dem Marshall-Plan eine entscheidende Bedeutung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg beimessen, hat er weniger ökonomische denn politische Auswirkungen gehabt. Die Marshall-Plan-Gelder wirkten als staatliche Wegbereitung für das amerikanische Privatkapital, welches erst ab 1950 verstärkt in Europa nach Anlage suchte.
- 18) Admiral Mountbatten war im April 1947 als Nachfolger Lord Wavels in Indien eingetroffen und vom britischen Premierminister Attlee beauftragt worden, „die Dinge“ bis Juni zu regeln. Verhandlungen mit Jawaharlal Nehru (Kongreß-Partei) und Mohammed Ali Jinnah (Moslem-Liga) ergaben Anfang Juni, daß zwei Staaten gebildet werden sollten. Das englische Parlament schloß daraufhin die „India Independence Act“ zum 15. August 1947.

Übersicht über Juli 1947, Nr. 12

- 1) Die Nazis hatten den Außenhandel unter staatliche Kontrolle gestellt. Um die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft zu verringern, war der gesamte Devisenverkehr einer strengen Bewirtschaftung unterworfen worden, und nur über zweiseitige Handelsverträge mit anderen Ländern, in denen der Austausch von Ware gegen Ware miteinander verrechnet wurde, war

es möglich gewesen, die Versorgung mit den benötigten Rohstoffen sicherzustellen. Auch die SU regelte ihre außenwirtschaftlichen Handelsbeziehungen nicht über den Weltmarkt, sondern durch zweiseitige Handelsverträge vornehmlich mit den Ländern des Ostblocks. Am 10. Juli 1947 wurde ein Handelsabkommen mit Bulgarien abgeschlossen, am 12. Juli mit der CSR, am 13. Juli mit Ungarn und am 25. Juli mit Jugoslawien, in denen jeweils ein bestimmter Gütertausch nach festgelegten Mengen vereinbart wurde. So sollte etwa die SU 1948 20.000 t Weizen, 200.000 t Futtermittel, 60.000 t Düngemittel, 20.000 t Baumwolle und kleinere Mengen an Wolle, Ölsamen, Erbsen, Linsen, Eisen, Mangan, Chrom, Nickel, Zink und Phosphate an die CSR liefern, während umgekehrt die CSR als Gegenleistung Lokomotiven, Eisenbahnausstattungen, kleine Elektrizitätswerke, Motoren, Maschinenteile, Textilien, Zucker, Vieh und Fußbekleidung an die SU liefern sollte.

- 2) Dollarvaluta: Währungsguthaben in Dollar
- 3) Dumping: Ausfuhr von Waren zu Schleuderpreisen
- 4) Nach der griechischen Sage wünschte König Midas, daß alles, was er berühre, sich in Gold verwandle. Dionysos verlieh ihm diese Gabe, und Midas wäre daran verhungert, wenn er nicht ein Bad in einem Fluß genommen hätte.
- 5) Belgien, die Niederlande und Luxemburg hatten sich Anfang 1947 endgültig über eine gemeinsame Zollunion verständigt. Sie fürchteten, daß eine einseitige französische Kontrolle des Ruhrgebiets sie benachteiligen würde, und zusammen mit Großbritannien und den USA forderten sie daher eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets, die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft und die Zusammenlegung aller drei westlichen Besatzungszonen.
- 6) Am 22. Januar 1947 hatten die USA Großbritannien aufgefordert, die Vorzugszölle innerhalb des britischen Empires, die 1932 durch das System von Ottawa festgelegt worden waren, aufzuheben.
- 7) In dem Maße, wie die Handelsbeziehungen der Länder des Ostblocks mit dem Westen abnahmen, intensivierten sie ihre Beziehungen untereinander (vgl. Anm. 1). Bereits am 25. Januar 1949 wurde in Moskau der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegründet, dem die SU, Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien und die CSR angehörten.
- 8) Im Dezember 1945 hatte Großbritannien von den USA einen Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar erhalten. Als Gegenleistung mußte es die freie Konvertibilität des Pfundes, d. h. die Umtauschbarkeit der eigenen Währung in andere Währungen, herstellen und dem Freihandelsabkommen GATT beitreten, das schließlich Ende Oktober 1947 in Genf unterzeichnet wurde. Am 15. Juli 1947 hatte Großbritannien zwar auch das Pfund freigegeben, aber da seine Dollarreserven innerhalb von nur vier Wochen um 1,3 Mrd. Dollar abnahmen, wurde am 20. August die freie Konvertibilität des Pfundes zeitweise wieder aufgehoben.
- 9) Gemeint ist die Politik der SPD am Ende der Weimarer Republik, wo sie mit den Parteien der herrschenden Klassen Schritt für Schritt mitgegangen war und jeden Schritt weiter und näher in den Abgrund sich selbst und den Arbeitern als das kleinere Übel schmackhaft gemacht hatte, um am Ende dem größten Übel entwaffnet, zersetzt und wehrlos gegenüberzustehen.
- 10) *Richard Crossman (1907 - 1974), Philosophie-Dozent, war von 1938 bis 1955 stellvertretender Herausgeber der sozialistischen Wochenzeitung „New Statesman and Nation“, während des Krieges an führender Stelle in der alliierten Anti-Hitler-Propaganda tätig, ab 1945 Unterhausabgeordneter der Labour-Party. Im Jahre 1952 wurde er Mitglied im Parteivorstand, und von 1964 bis 1966 war er schließlich unter Harold Wilson Minister. Er war zeitweise ein führender Vertreter des linken Parteilügels.*
- 11) *Nicht-Diskriminierung: keine Benachteiligung durch Zollschränken, wie von den USA im Januar 1947 gefordert (vgl. Anm. 6)*
- 12) Am 25. Januar 1947 hatte der nordrhein-westfälische Landtag die Enteignung des Kohlebergbaus beschlossen. Das verabschiedete Gesetz wurde von der britischen Militärregierung

jedoch nicht bestätigt, obwohl auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold (CDU), am 17. Juni in seiner Regierungserklärung die Forderung noch einmal bekräftigt hatte. Stattdessen wurde vor allem von der amerikanischen Militärregierung offen gegen die Sozialisierungsabsichten Stellung genommen. So erklärte General Clay am 14. August 1947, „daß Experimente wie die Sozialisierung nicht vor einer Besserung der allgemeinen Lage vorgenommen werden sollten“; er versuchte damit, eine Entscheidung hinauszuzögern. In der Direktive ICS 1779 vom 16. Juli 1947, in der die Leitlinien der amerikanischen Deutschlandpolitik festgelegt worden waren, hatte bereits gestanden: „Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Form und die Rechte der deutschen Zentralregierung dürfen Sie (gemeint ist General Clay) keine Maßnahmen in bezug auf ein öffentliches Besitzrecht billigen“.

Übersicht über August 1947, Nr. 1

- 1) Auf Einladung der Außenminister von Großbritannien und Frankreich, Ernest Bevin und Georges Bidault, waren am 12. Juli 1947 in Paris die Vertreter von 16 europäischen Ländern (mit Ausnahme von Finnland, Spanien, Deutschland und den Ostblock-Ländern) zusammengekommen und verhandelten über insgesamt 11 Wochen bis zum 22. September über ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm. Diese Konferenz war der Ausgangspunkt für die am 16. April 1948 gegründete Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Am 16. Juli 1947 war nämlich ein Komitee eingesetzt worden, das den Auftrag hatte, ein auf vier Jahre befristetes gemeinsames Wiederaufbauprogramm zu erarbeiten, das den USA als Grundlage für den von ihr in Aussicht gestellten Marshall-Plan vorgelegt werden sollte. Eine erste Summierung der Einzelwünsche ergab zunächst einen Betrag von 29,2 Mrd. Dollar an amerikanischer Unterstützung. Da dieser Betrag als viel zu hoch zurückgewiesen wurde, reduzierte das Komitee seine Forderung auf 19,3 Mrd. Dollar, um die Finanzierung nicht insgesamt zu gefährden. Als Gegenleistung verpflichteten sich die europäischen Länder zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander und zum Abbau von Handelsschranken und einer Verbesserung des internationalen Zahlungsverkehrs.
- 2) Nach dem „Foreign Assistance Act“, das schließlich am 3. April 1948 in Kraft trat, mußten die Hilfsgelder von den Europäern für jedes der vier Jahre einzeln beantragt und vom amerikanischen Kongreß jeweils erneut bewilligt werden. Darüber hinaus verfügten die USA durch die „Economic Cooperation Administration“ (ECA), einer amerikanischen Behörde, die die Verwaltung der Marshall-Plan-Gelder kontrollierte, über beträchtliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die jeweilige nationale Investitionspolitik.
- 3) Vom 15. bis 30. August 1947 fand in Petropolis bei Rio de Janeiro die Panamerikanische Konferenz statt. Sie endete mit dem Abschluß des Verteidigungspaktes von Rio de Janeiro, der von 19 der 21 amerikanischen Republiken unterzeichnet wurde und „die Verpflichtung zu gegenseitigem Beistand und gemeinsamer Verteidigung der amerikanischen Republiken“ enthielt. Die Sanktionen, die der Vertrag vorsah, reichten bis zur „Anwendung bewaffneter Gewalt“.
- 4) Die Militärgouverneure hatten für die Bi-Zone eine Hilfe in Höhe von 450 Mio. Dollar gefordert. Auch wenn die französische Regierung diesen Betrag auf 367 Mio. Dollar reduzieren wollte, so mußten schließlich doch 414 Mio. Dollar an die Bizone weitergeleitet werden, so daß allein 28 % der gesamten Dollarhilfe des Jahres 1948 nach Westdeutschland gingen.
- 5) Im Industrieplan vom März 1946 war für Gesamtdeutschland eine jährliche Stahlproduktion von 7,8 Mio. Tonnen vereinbart worden. Unter dem Druck der britischen Finanznot und der Forderung des amerikanischen Kongresses, die Besatzungskosten zu senken, einigten sich die USA und Großbritannien am 18. April 1947 auf eine Erhöhung der Stahlproduktion in der Bizone auf 10 bis 12 Mio. Tonnen. Als Ausgleich wurde Frankreich Unterstützung zugesagt im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftshilfe für die europäischen Länder (Marshall-Plan).

- 6) Die Independent Labour Party (ILP) war 1893 als erste englische Arbeiterpartei gegründet worden. Aus ihr ging 1906 die Labour-Party hervor.
- 7) Im November 1918 hatte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson Deutschland Lebensmittel versprochen, „falls die Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten wird“.
- 8) Ende August 1947 richtete Präsident Truman einen Brief an den Papst, in dem er darauf hinwies, daß sein Sonderbeauftragter beim Vatikan, Myron Taylor, auf seinen Wunsch die Unterredungen mit dem Papst wiederaufnehmen solle. Er betonte dabei, daß ein dauerhafter Friede nur auf christlichen Prinzipien aufgebaut werden könne. In seiner Antwort schrieb der Papst: *„Die Grundlagen eines dauerhaften Friedens können nur fest sein, wenn sie auf dem Glauben an einen einzigen und wahren Gott beruhen. Wenn der Staat sich unter Ausschluß Gottes zur einzigen Quelle der Menschenrechte macht, so wird der Mensch zum Sklaven. Die göttliche Ordnung stürzt dann zusammen, und die Geschichte zeigt, daß das unvermeidliche Ergebnis dieses Zusammenbruchs der Krieg ist“*.
- 9) Dissonanzen: Mißklänge, Unstimmigkeiten
- 10) Epistel: Brief, Strafpredigt.
- 11) In der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 hatte es geheißen, daß zur Sicherung der Menschenrechte, nämlich Leben, Freiheit und Streben nach Glück, *„unter den Menschen Regierungen eingesetzt sind, die ihre gerechten Vollmachten von der Einwilligung der von ihnen regierten Menschen herleiten; daß es das Recht des Volkes ist, eine Regierungsform, welche diese Ziele nicht befolgt, zu ändern oder ganz abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen“*.
- 12) Nur die jugoslawische Befreiungsbewegung war als Einheitsliste zu den Wahlen zugelassen und erhielt bei den Wahlen zur Nationalversammlung im November 1945 90 % der Stimmen; die bürgerlichen Parteien hatten keine Kandidaten aufgestellt.
- 13) Zum 1. Januar 1947 waren ca. 1500 Kohlegruben in Staats Eigentum übergegangen, die von der „Nationalen Kohlenbehörde“ (National Coal Board) verwaltet wurden. Obwohl die Fördermengen gesunken waren, weil während des Krieges Raubbau betrieben und die Maschinen vernachlässigt worden waren, und eine Energiekrise, die durch den strengen Winter 1946/47 noch verschärft wurde, streikten viele Bergarbeiter vor allem in Yorkshire, wo auch das Zentrum der gewerkschaftlich organisierten Kräfte lag. Diese Streiks waren allerdings lokaler Natur.
- 14) Am 28. Juli 1947 waren die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Großbritannien und der SU nach fünf Wochen ergebnislos abgebrochen worden. Vor allem die Bedingungen, unter denen die SU einen Kredit aus dem Jahre 1941 zurückzahlen sollte, waren für die SU unannehmbar. Auch der Vorschlag, der SU keine schlechteren Rückzahlungsbedingungen als Frankreich einzuräumen, waren von der britischen Regierung abgelehnt worden. Am 13. August 1947 forderte daher der Vertreter des linken Flügels der Labour-Party, Zilliakus, im Unterhaus, die Differenzen mit der SU, die zum Abbruch der Verhandlungen geführt hatten, beizulegen und die Handelsbeziehungen mit Osteuropa zu verstärken.
- 15) Schon auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1946 hatte sich der britische Premierminister Attlee geweigert, wirtschaftliche Sanktionen gegen Spanien zu verhängen und die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Eine andere Regierung in Spanien wäre nicht unbedingt eine bessere, hatte er am 6. Juni 1946 im Unterhaus gesagt.
- 16) Der hier von Thalheimer aufgegriffene „Plan“ der Unternehmerverbände von August 1947 konnte nicht näher bestimmt werden. Doch eine Entschließung, die Premierminister Attlee am 27. September 1947 von der Nationalen Handelskammer überreicht bekam, ist weitgehend deckungsgleich mit einer Resolution zur Wirtschaftskrise, die am 1. Oktober 1947 von den Konservativen auf ihrem Parteitag in Brighton verabschiedet wurde. So hieß es in Punkt 3 der Entschließung: *„Die Handelskammer verurteilt Verstaatlichungspläne ...“*, und in Punkt 4 hieß es unmißverständlich: *„Die Handelskammer fordert die sofortige Einschränkung der die Wirtschaftstätigkeit behindernden zentralen Kontrollmaßnahmen, die alle produktive*

Unternehmen in ihrer Tätigkeit hemmen und einengen“. In Punkt 6 und 7 ihrer Resolution verlangten die Konservativen dasselbe.

17) vgl. Anm. 3

18) In Argentinien versuchte Juan Peron, der 1943 die konservative Regierung gestürzt hatte und 1946 selbst zum Präsidenten gewählt worden war, eine von den USA unabhängigere Politik zu verfolgen und wirtschaftliche und soziale Reformen durchzusetzen.

19) Am 24. Oktober 1946 waren die chilenischen Kommunisten in eine Regierung der „Nationalen Einheit“ eingetreten, die sich jedoch sehr schnell nach rechts entwickelte. Am 19. April 1947 wurde die Regierung umgebildet, und die kommunistischen Minister wurden entlassen. Zugleich begann eine Ära der Kommunistenverfolgung; am 20. August 1947 wurden alle kommunistischen Beamten, darunter auch Bürgermeister und Provinzgouverneure, entlassen, bis schließlich 1948 auch die KP selbst verboten wurde. In Brasilien waren bereits durch das Dekret vom 7. Mai 1947 alle „illegal arbeitenden Organisationen“, einschließlich der KP und der von ihr beeinflussten Gewerkschaften, verboten worden. Mit dem Gesetz über die Nationale Sicherheit vom 31. Juli 1947 wurden zudem die Strafen drastisch erhöht.

20) Gemeint ist die Ansprache von Präsident Truman am 2. September 1947 zum Abschluß der Panamerikanischen Konferenz in Petropolis.

21) Hemisphäre: Erdhalbkugel

22) Obwohl die Niederlande am 25. März 1947 die indonesische Regierung anerkannt hatte und die indonesische Republik daraufhin von einer Reihe von Staaten als unabhängiger Staat anerkannt worden war, hatten niederländische Truppen am 21. Juli 1947 die Republik Indonesien angegriffen. Am 30. Juli riefen daher Indien und Australien den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an, und am 1. August 1947 kam ein Waffenstillstand zustande.

23) Der Außenminister von Indien, Jawaharlal Pandit Nehru, hatte am 30. Juli 1947 an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschrieben.

24) Auf Vermittlung der USA konnte am 7. September 1947 ein Kompromiß zwischen dem bisherigen Ministerpräsidenten Constantine Tsaldaris (Volkspartei) und dem Führer der Liberalen Partei, Themistocles Sophoulis, erzielt werden. Sophoulis wurde neuer Ministerpräsident, und in dem von beiden Politikern unterzeichneten Programm für die Innen- und Außenpolitik der neuen Regierung wurde allen Partisanen, die sich innerhalb eines Monats unterwerfen, eine Amnestie angeboten, während für den Fall, daß der Aufstand fortgeführt wird, die Partisanen unerbittlich bekämpft werden sollten.

25) In dem Bericht des Palästina-Komitees, der am 31. August 1947 der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt wurde, war zwar in vielen Punkten Einigkeit erzielt worden, aber während sich eine Minderheit der Komiteemitglieder (Indien, Iran, Jugoslawien) für die Errichtung eines unabhängigen Bundesstaates aussprachen, schlug die Mehrheit (Kanada, Tschechoslowakei, Guatemala, Niederlande, Peru, Schweden, Uruguay) eine Teilung Palästinas vor.

26) Die „Irgan Zwa! Leumi“ war die radikalste und militanteste zionistische Geheimorganisation, die zahlreiche Terroranschläge verübte. Für den Anschlag auf das King-David-Hotel, bei dem im Juli 1946 rund 100 Menschen getötet worden waren, war sie ebenso verantwortlich wie für den Terrorüberfall auf das arabische Dorf Dir Jassin am 9. April 1948, bei dem 254 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden. Unter den Palästinensern sollte Angst und Schrecken verbreitet werden, um sie zur Flucht zu nötigen.

27) Das neue spanisch-republikanische Kabinett unter Alvaro de Albornoz (Republikanische Linke) wurde am 27. August 1947 gebildet.

28) Bei den Wahlen, die am 31. August 1947 stattfanden, erhielt die KP 100 Sitze, und die Kleinlandwirtpartei, die 1945 noch 245 Mandate erreicht hatte, wurde mit 68 Abgeordneten zweitstärkste Partei. Insgesamt verfügten die vier Regierungsparteien über 271 Sitze, denen

140 Sitze der Opposition gegenüberstanden (vgl. auch die Übersicht über Mai 1947, Nr. 10, Anm. 11.)

- 29) 300 Vertreter von Arbeiterorganisationen und anderen Vereinigungen gründeten am 24. August 1947 in Los Angeles eine Unabhängige Fortschrittspartei von Kalifornien, um die Kandidatur von Henry Wallace (vgl. die Übersicht über Dezember 1946, Nr. 5, Anm. 7) für die Präsidentschaftswahlen zu unterstützen.

Übersicht über September 1947, Nr. 2

- 1) John Maynard Keynes (1883 – 1946), englischer bürgerlicher Ökonom, war ab 1942 Mitglied des Direktoriums der Bank von England und Schöpfer des britischen Kriegsfinanzsystems gewesen. Er konzipierte auch die Finanzpolitik nach Kriegsende und war britischer Chefunterhändler bei den britisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Nachkriegsanleihe im Herbst 1945. 1936 hatte Keynes sein Hauptwerk, „*Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*“, veröffentlicht, mit dem er eine volkswirtschaftliche Schule, den sogenannten „Keynesianismus“ begründete. Diese Theorie geht von der Tatsache aus, daß es im modernen Kapitalismus einen Mangel an Nachfrage und ein Überangebot an Waren gebe. Keynes erklärt dies mit dem psychologischen Gesetz, daß bei wachsendem Einkommen ein zunehmend kleinerer Teil in den Konsum gehe und ein zunehmend größerer Teil gespart werde. Diese Sparneigung führe zu einem Nachfrageausfall, der zu Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit führe. Diese Entwicklung könne nur vermieden werden, wenn die in der gesamten Volkswirtschaft getätigten Investitionen die gleiche Summe ausmachen wie die Höhe der Ersparnisse. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt Keynes vor, daß der Staat durch – gegebenenfalls auch kreditfinanzierte – Investitionen im Investitionsgüterbereich (insbesondere für unproduktive Zwecke, wie Rüstung usw.) den Produktionsprozeß in Gang hält; gleichzeitig müsse durch eine Erhöhung der Geldmenge (Inflation) eine Zinssenkung herbeigeführt werden mit dem Ziel, daß auch private Investitionen über Kreditaufnahmen attraktiver werden.
- 2) Der Fabianismus setzte auf die Unvermeidlichkeit der Entwicklung zum Sozialismus hin. Sein Name geht zurück auf den römischen Politiker Fabius Cunctator („Zögerer“), der von 280 bis 203 v. u. Z. lebte und Hannibal dadurch besiegt hatte, daß er konsequent jeder offenen Feldschlacht gegen Hannibals überlegene Truppen aus dem Wege gegangen war und ihn dadurch zermürbt hatte. Die 1883 gegründete „Fabian Society“ (Gesellschaft der Fabier) war eine Mittelstandsbewegung, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stand, sondern auf dem des Philantropismus, der Menschenliebe. Von daher kritisierte sie insbesondere die britische Kolonialpolitik. Sie lehnte den Marxismus ab und propagierte die Vorstellung eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus. 1906 ging sie in die neugegründete Labour-Party auf.
- 3) Der Zusammenbruch des Weltmarktes in der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte Hitler nur die Möglichkeit gelassen, den Aufschwung durch eine massive Steigerung der Staatsausgaben, d. h. durch die Aufblähung des inneren Marktes vor allem in Form einer Rüstungsexpansion, einzuleiten. Die Staatsverschuldung, die dadurch immer mehr anwuchs, zwang Hitler, aufs Ganze zu gehen: kleinere Zugeständnisse Englands (deutsches Militär wieder ins Rheinland, Österreich, Tschechoslowakei) konnten das Problem nur hinauszögern, aber nicht lösen, denn die herrschende Klasse des Deutschen Reiches brauchte ein riesiges Kolonialgebiet.
- 4) Äquivalent: Gegenwert, Gegenleistung
- 5) Der „Politische Planungsstab“ stand unter der Leitung des Diplomaten George F. Kennan, der, nachdem er schon von 1934 bis 1937 im diplomatischen Dienst in Moskau gewesen war, in der Zeit von 1944 bis 1946 als politischer Berater der US-Botschaft in Moskau tätig gewesen war. Entsprechend gut kannte er die Verhältnisse in der SU. Er hatte bereits Anfang 1946 die Politik der Eindämmung (containment) entworfen, d. h. die Auffassung vertreten, daß der „sowjetische Imperialismus“ an seiner weiteren Ausdehnung und an der Ausbreitung des Sozialismus gehindert werden müsse.

- 6) General Wedemeyer führte im Juli und August 1947 als US-Sondergesandter eine Inspektionsreise durch China durch. Im Anschluß an seine Reise forderte er China auf, drastische und weitreichende politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen; militärische Stärke allein könne den Kommunismus nicht aufhalten.
- 7) Formell bestand in Tokio ein Viermächterat, dem neben den USA auch noch Großbritannien, China und die SU angehörten. Da die Potsdamer Konferenz jedoch für den Fernen Osten keinen Außenministerrat oder ähnliches vorgesehen hatte, herrschte die amerikanische Besatzungsmacht uneingeschränkt, ohne sich mit ihren Kriegsverbündeten, vor allem der SU, abzusprechen.
- 8) Mit der Begründung, daß Schritte gegen den Großgrundbesitz zersetzend wirkten und nur den Kommunismus förderten, widersetzte sich die amerikanische Besatzungsmacht der Landreform, die sowohl von der japanischen Linken als auch von amerikanischen Agrarexperten gefordert worden war. Das japanische Abgeordnetenhaus, das schon seit 1942 im Amt war, widersetzte sich ebenfalls. Trotzdem ergriff die japanische Regierung Maßnahmen, um den Anteil der selbständigen Bauern zu erhöhen. Sie kaufte Land von den Grundbesitzern, die nicht auf dem Land lebten, und verkaufte es an die bisherigen Pächter weiter; die neuen Landeigner erhielten zusätzlich noch Kredite. Für das verbleibende Pachtland wurde eine Höchstpachtsumme festgesetzt. Auf diese Weise verringerte sich die Zahl der Pächter unter den Bauern von 50% im Jahre 1941 auf 45,2% im Jahre 1947 und 8,2% im Jahre 1950.
- 9) Korea, seit 1910 japanische Kolonie, war von Japan als Ausgangsbasis für seine Eroberungen in der Mandschurei und für die Bedrohung der SU benutzt worden. Im August 1945 wurde Korea nach der Niederlage der Japaner in der Mandschurei von der Roten Armee befreit. Im Norden und Süden entstanden Volkskomitees. Die Situation veränderte sich aber, als amerikanische Truppen am 8. September 1945 gemäß der Vereinbarung von Jalta den Süden Koreas bis zum 38. Breitengrad besetzten. Obwohl es beide Großmächte auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 vereinbart hatten, konnten sie sich nicht auf die Bildung einer gemeinsamen, provisorischen Regierung einigen, da die USA fürchteten, die Volkskomitees könnten einen entscheidenden Einfluß gewinnen. Im Februar 1946 wurde daraufhin im nördlichen Teil ein „Provisorischer Volksausschuß“ gebildet, der im März 1946 eine Bodenreform durchführte und im August alle Banken und Industriebetriebe sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen verstaatlichte. Im Süden Koreas richteten die USA eine Regierung ein, die sich auf die reichen Landbesitzer und das Militär stützte.
- 10) 1946 stand Indonesien an 7. Stelle der Erdölförderung in der Welt, wobei Esso die dominierende Stellung einnahm. In der UNO setzten sich die USA dafür ein, daß die Niederlande die von ihr besetzten Gebiete Indonesiens nicht räumen mußten (vgl. die Übersicht über September 1947, Nr. 1, Anm. 22). Finanzielle Hilfe erhielten die Niederlande u. a. durch den Marshall-Plan; außerdem wurden sie mit Waffen beliefert.
- 11) Symmetrie: Spiegelbildlichkeit
- 12) Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Sieger gegenüber Deutschland zunächst eine Politik betrieben, die zum Ziel hatte, alle Kriegslasten auf das besiegte Deutschland abzuwälzen. Dem Deutschen Reich wurden letztlich unerfüllbare Reparationsverpflichtungen auferlegt, wobei Frankreich daran erinnerte, daß am Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 mit ihm genauso verfahren worden war. Auch 1923/24 wollte Frankreich diese Politik weiter fortsetzen, obwohl die USA und Großbritannien inzwischen keinen großen Nutzen mehr darin sahen, sondern im Gegenteil sogar befürchteten, daß, wie die Aufstände des Jahres 1923 schon angedeutet hatten eine Fortsetzung dieser Politik zu einer Revolutionierung Deutschlands und damit zu einer Bedrohung des Kapitalismus in ganz Europa führen könnte. Frankreich mußte sich schließlich den USA und Großbritannien beugen. Dies führte zu einer Änderung der Politik gegenüber Deutschland. Die im November 1923 zur Überwindung der Inflation eingeführte Rentenmark wurde von Großbritannien und den USA finanziell abgesichert; so gewährte die Bank von England etwa im Januar 1924 einen Kredit in Höhe von 100 Mio. Reichsmark (allerdings um den Preis eines „Stabilisierungsprogramms“, mit dem die Reichsregierung die indirekten Steuern erhöhte und Sozialleistungen abbaut).

Im gleichen Jahr wurden die Reparationsleistungen durch die Annahme eines Plans, den eine Sachverständigenkommission unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles G. Dawes erarbeitet hatte, neu geregelt (Dawes-Plan). Danach sollte 1924/25 eine Mrd. Goldmark gezahlt werden, und bis 1928/29 sollten die jährlichen Zahlungen auf 2,5 Mrd. Goldmark steigen; gleichzeitig erhielt Deutschland für das erste Jahr einen Kredit in Höhe von 800 Mio. Reichsmark, wobei als Pfand vereinbart wurde, den Siegern Einfluß auf die Reichsbahn und die Reichsbank einzuräumen. 1929 wurden die Reparationszahlungen nach den Vorschlägen einer Kommission unter der Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden der General Electric Company, Owen D. Young, noch einmal neu geregelt (Young-Plan). Die jährlichen Zahlungen wurden verringert, die Zahlungen zeitlich gestreckt, und die Verfügungsgewalt über die Pfänder wurde aufgehoben. Als sich im Sommer 1931 die Wirtschaftskrise in Deutschland verschärfte, der finanzielle Zusammenbruch unmittelbar bevorstand und damit die Ängste der Sieger vor einer Revolutionierung Deutschlands neue Nahrung erhielten, wurden die Zahlungen zunächst auf ein Jahr gestundet, und 1932 wurden dann alle noch ausstehenden Zahlungen ganz erlassen.

- 13) Aus dem „Rolandslied“ des Pfaffen Konrad (um 1150)
- 14) Im April 1946 hatte der Iran der SU Erdölkonzessionen im Norden des Landes in Aussicht gestellt. Gleichzeitig waren die letzten sowjetischen Truppen, die seit 1941 im Iran stationiert waren, um militärische Nachschubwege zu sichern, abgezogen worden. Bis Herbst 1947 wurde die Einhaltung dieser Zusagen immer wieder hinausgezögert. Als die SU schließlich im August 1947 dem Iran vorwarf, das Abkommen von 1946 verletzt zu haben, boten die USA dem Iran militärische Hilfe an. Am 3. Oktober wurde ein Militärpakt abgeschlossen, und am 22. Oktober lehnte es der Iran endgültig ab, den Forderungen der SU nachzukommen.
- 15) Harold Laski (1893 – 1950), Politikwissenschaftler, war von 1937 bis 1949 Vorstandsmitglied und von Juni 1945 bis Juli 1946 Vorsitzender der Labour Party gewesen; zugleich war er Vorsitzender der Fabian Society (vgl. Anm. 2).
- 16) Im Juni 1947 hatten die USA Griechenland einen Kredit über 300 Mio. Dollar gewährt. Die griechische Regierung versprach dafür, die militärische Hilfe zur Wiederherstellung der inneren Ordnung und die wirtschaftliche Hilfe zur dauerhaften Gesundung des Landes zu verwenden; den USA wurde zudem die vollständige Kontrolle über die Verwendung der Gelder eingeräumt. Im September wurde sodann die Regierung umgebildet (vgl. die Übersicht über September 1947, Nr. 1, Anm. 24). Mitte August war ein Antrag der USA im Sicherheitsrat der UNO, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien wegen Unterstützung der griechischen Partisanen zu verurteilen, nur am Veto der SU gescheitert. Das Gleiche wiederholte sich Ende September, und der US-Außenminister Marshall griff daher die SU scharf an, da sie durch ihre Vetos eine Lösung des Konflikts verhindere.

Übersicht über Oktober 1947, Nr. 3

- 1) Im September 1947 wurde in Szlarska Preba in Polen das Informationsbüro verschiedener kommunistischer Parteien gegründet. Ihm gehörten neben den osteuropäischen kommunistischen Parteien auch die KP Italiens und die KP Frankreichs an. Die chinesische und andere asiatische kommunistische Parteien waren gar nicht zum Beitritt aufgefordert worden.
- 2) Die Kommunistische Internationale war am 4. März 1919 in Moskau gegründet worden. An der Gründungsversammlung hatten Delegierte aus rund 30 Ländern teilgenommen. Auch die KPD, deren Vertreter sich gegen die sofortige Gründung ausgesprochen hatte, arbeitete von Anfang an mit. Die Kommunistische (Dritte) Internationale versuchte an den Traditionen ihrer Vorgänger, der Ersten und Zweiten Internationale, anzuknüpfen. Die 1889 gegründete Zweite Internationale hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung marxistischer Parteien und proletarischer Massenorganisationen zu fördern, die ökonomischen und politischen Aktionen der Arbeiter international zu koordinieren und den Kampf um die politische Macht vorzubereiten. Diese Zweite Internationale war praktisch zusammengebrochen, als zu

Beginn des Ersten Weltkrieges sich alle sozialdemokratischen Parteien (mit Ausnahme der Bolschewiki und der bulgarischen Sozialdemokraten) auf die Seite ihrer nationalen Bourgeoisie schlugen.

Als vordringliche Aufgabe der Dritten Internationale hatte der II. Weltkongreß Anfang August 1920 formuliert: „Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedensten Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft“. Organisiert war die Kommunistische Internationale als Weltpartei. Es wurde ein Exekutivkomitee aus Vertretern der größten kommunistischen Parteien gebildet, das für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Gruppen und Parteien Richtlinien herausgab, die – im Gegensatz zur Zweiten Internationale – verbindlich waren. Die Kommunistische Internationale war seit der Niederlage der deutschen KP politisch bedeutungslos geworden, formal bestand sie bis Mai 1943. Ihre Auflösung war eine Konzession an die Kriegsverbündeten der SU, die ihr seit der Gründung der Kommunistischen Internationale vorgeworfen hatten, sie mische sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein.

- 3) Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chiles zur SU und zur Tschechoslowakei am 20. Oktober 1947 wurde u. a. damit begründet, daß die Botschaften dieser beiden Länder für den Ausbruch „kommunistischer Streiks“ in den chilenischen Kohlegruben verantwortlich seien.
- 4) Philisterpopanz: Schreckensbild eines Spießbürgers
- 5) Wladyslaw Gomułka (geb. 1905, gest. 1984) war von 1943 bis 1948 Generalsekretär der polnischen KP, Jaques Duclos (geb. 1896) war Stellvertreter des Vorsitzenden der KP Frankreichs, Maurice Thorez, und Luigi Longo vertrat den Führer der KP Italiens, Palmiro Togliatti.
- 6) Farce: Posse, Streich
- 7) Léon Blum (1872 – 1950) war zusammen mit Jean Jaurès 1902 Gründer der sozialistischen Partei Frankreichs gewesen und seit 1919 deren Vorsitzender; 1936/37 und 1938 war er Ministerpräsident der Volksfrontregierung, und 1946 war er nochmals Ministerpräsident gewesen. Clement Attlee (1883 – 1967) war von 1935 bis 1955 Führer der Labour Party und von 1945 bis 1951 Premierminister. Ernest Bevin (1881 – 1951) war von 1940 bis 1945 Arbeitsminister gewesen und wurde unter Attlee Außenminister. Kurt Schumacher (1895 – 1952), von 1930 bis 1933 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, war während des Faschismus im KZ gewesen; nach dem Zweiten Weltkrieg war er maßgeblich an der Neugründung der SPD in den Westzonen beteiligt und seit 1946 ihr Vorsitzender; er hatte sich entschieden gegen eine organisatorische Verschmelzung mit den Kommunisten gewehrt. Karl Renner (1870 – 1950) war von 1907 bis 1933 sozialdemokratischer Abgeordneter im österreichischen Parlament gewesen und zuletzt Präsident des Nationalrats; im April 1945 wurde er Regierungschef und von 1945 bis 1950 war er schließlich Bundespräsident. Adolf Schärf (1890 – 1965) war 1945 Mitbegründer der österreichischen Sozialdemokratie und von 1945 bis 1957 Vorsitzender der SPÖ; zugleich war er Vizekanzler und von 1957 bis 1965 Bundespräsident. Giuseppe Saragat (geb. 1898), von 1947 bis 1949 stellvertretender Ministerpräsident Italiens, war Führer des rechten Flügels der Sozialistischen Partei, trennte sich 1947 von der von Pietro Nenni geführten Partei und gründete die spätere Sozialdemokratische Partei, deren Generalsekretär er war.
- 8) vgl. die Übersicht über September 1947, Nr. 1, Anm. 14
- 9) Gemeint ist die 1889 gegründete Zweite Internationale.
- 10) Auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1928 war der „ultralinke Kurs“ beschlossen worden; durch die Bildung eigener gewerkschaftlicher Verbände (RGO-Politik) war die Arbeiterschaft geschwächt und durch die Sozialfaschismus-These, nach der die Sozialdemokraten mit den Faschisten auf die gleiche Stufe gestellt wurden, war eine Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Arbeitern zur Bekämpfung des Faschismus unmöglich

gemacht worden. Die Vertreter einer Einheitsfrontpolitik wurden ausgeschlossen, was in Deutschland zur Bildung der KPD-Opposition führte. Auf dem VII. Weltkongreß 1935 wurde dann die „Volksfrontpolitik“ propagiert, die bei weitgehenden politischen Konzessionen Bündnisse mit bürgerlichen Kreisen anstrebte.

- 11) vgl. Anm. 2
- 12) In der Verfügung über die Ruhrkohle sah die französische KP die Voraussetzung für eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, der gleichberechtigten Partnerschaft Frankreichs mit den USA.
- 13) Die Wahlen fanden am 19. und 26. Oktober 1947 statt. De Gaulle sprach auf Kundgebungen vor Hunderttausenden von Zuschauern, und neben seiner Bewegung konnte sich nur die KP Frankreichs als einzige Partei behaupten. Trotzdem verlor sie einen großen Teil ihrer Hochburgen, und während sie vorher noch in 60 Pariser Vororten die Mehrheit hatte, erreichte sie sie jetzt nur noch in 20.
- 14) Beim Einmarsch der deutschen Truppen hatte die französische Armee unter dem Einfluß des ultrarechten Marschalls Pétain nur hinhaltenden Widerstand geleistet. Nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 hatte Pétain im unbesetzten Teil des Landes eine Regierung gebildet, die mit den Nazis politisch zusammenarbeitete.
- 15) An den Gemeindewahlen am 1. November 1947 in 392 Städten Großbritanniens beteiligten sich etwa 15 Mio. Bürger. Die Labour-Party verlor dabei rund 5 % ihrer Mandate. Die Konservativen bezeichneten dieses Wahlergebnis als „Protest der ganzen Nation gegen die sozialistische Mißwirtschaft“.
- 16) Auf dem Parteitag der Konservativen in Brighton war am 1. Oktober 1947 ein Programm beschlossen worden, in dem nur die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige abgelehnt und nur die Abschaffung überflüssiger Wirtschaftskontrollen gefordert worden war.

Übersicht über November 1947, Nr. 4

- 1) Am 21. März 1919 war in Ungarn die Räterepublik ausgerufen worden. Die SU, mit der sich die ungarische Räterepublik außenpolitisch verbündete, hatte jedoch nur eine moralische Unterstützung leisten können. Mit Hilfe von Frankreich und Großbritannien hatten rumänische und tschechoslowakische Truppen ab Mitte April 1919 die Räterepublik angegriffen, und trotz massiver Gegenwehr erhielten schließlich die Interventionstruppen die Überhand, so daß die Räteregierung am 1. August 1919 aufgeben mußte und zurücktrat.
- 2) Am 7. Februar 1918 hatten Arbeiterausschüsse die Macht in den südfinnischen Industriezentren übernommen und eine Regierung gebildet, die sich auf Betriebsräte stützte. Soziale Basis dieser Regierung waren neben den Arbeitern auch die Kleinbauern. Die bürgerliche Regierung, die sich auf die begüterten Bauern stützen konnte, hatte sich in den Norden zurückziehen müssen. Anfang März schloß sie einen Sonderfrieden mit Deutschland. Bis April 1918 war schließlich die finnische Revolution von deutschen Truppen niedergeschlagen worden, und im Frieden von Brest-Litowsk mußte die SU akzeptieren, daß Finnland zum Einflußgebiet des Deutschen Reiches gehört.
- 3) Im März 1920 hatte Polen die Schwäche der SU genutzt, um die polnische Ostgrenze zu verschieben. Polnische Truppen fielen in die Ukraine ein, eroberten Kiew und setzten in den eroberten Gebieten die ehemaligen, meist polnischstämmigen Großgrundbesitzer wieder ein. Im Juni 1920 konnte die Rote Armee Kiew wieder befreien und anschließend weit in polnisches Gebiet eindringen. Während Lenin sich dafür einsetzte, bis Danzig vorzustoßen, um den polnischen Nachschubhafen zu blockieren und einen direkten Kontakt zu den revolutionären deutschen Arbeitern herzustellen, die gerade den Kapp-Putsch erfolgreich abgewehrt hatten, warnten andere, wie Karl Radek und August Thalheimer, daß ein Vormarsch nach Polen eine Welle des Patriotismus auslösen könnte. Tatsächlich wurde die

Rote Armee auch im August weit zurückgeworfen, und in einem Waffenstillstand mußte die SU eine Grenzziehung zu Polen akzeptieren, die bis zu 250 km weiter östlich verlief.

- 4) Im Frühjahr 1936 war in Spanien eine Volksfrontregierung gebildet worden. Die Koalition umfaßte neben den Kommunisten und Sozialdemokraten auch liberale, bürgerliche Kräfte. Das Programm, auf das sich dieses Bündnis einigte, enthielt zwar auch einige wenige soziale Forderungen, wie etwa die nach Durchführung einer Bodenreform, aber seinen Schwerpunkt hatte das Programm auf der Herstellung demokratischer Rechte, wie der Freilassung politischer Gefangener, der Aufhebung von AusnahmeGesetzen usw.
- 5) Schon Ende August 1944 hatte de Gaulle als Vertreter der ersten provisorischen Regierung die Entwaffnung und Auflösung aller Partisanenverbände gefordert, wobei zugleich mit dem Einsatz der regulären Armee gedroht wurde. Als am 8. September 1944 die Regierung einen Erlaß in dieser Richtung verfügte, stimmten die zwei kommunistischen Minister in Übereinstimmung mit dem „Nationalen Militärkomitee“ noch dagegen. Doch schon im Januar 1945 erklärte Maurice Thorez, ihr Parteivorsitzender, vor dem Zentralkomitee der KP: *„Die öffentliche Sicherheit muß durch die reguläre Polizei gewährleistet werden. Die Bürgergarde und, allgemein gesprochen, alle irregulären bewaffneten Gruppen müssen verschwinden.“* Im wirtschaftlichen Bereich hatte sich die KP zwar grundsätzlich für eine Politik der Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige (Bergbau, Flugzeugbau, Banken u. a.) eingesetzt, aber zugleich vertrat sie die Auffassung, daß es zur Überwindung der Kriegsfolgen notwendig sei, mit allen Kräften die Produktion zu steigern. Streiks in den verstaatlichten Betrieben wurden daher verboten, in anderen Betrieben waren sie verpönt. Mehrfach sprachen sich kommunistische Regierungsmitglieder öffentlich gegen Arbeiter aus, die um höhere Löhne kämpften. Außenpolitisch hielt die KP in den ersten Nachkriegsjahren die Beibehaltung des französischen Kolonialreiches für notwendig, um den Wiederaufbau Frankreichs zu gewährleisten und eine Abhängigkeit von den USA zu verhindern. Im Hinblick auf Indochina führte dies dazu, daß sich die kommunistischen Regierungsmitglieder für die Fortführung des Krieges aussprachen, während sich die Abgeordneten der KP am 20. März 1947 bei der Abstimmung über die Kriegskredite der Stimme enthielten.
- 6) Im Januar 1947 war mit Zustimmung der KP ein Lohn- und Preisstopp verkündet worden. Im Mai 1947 kam es darüber zum Konflikt, denn für Mehrleistungen forderten die Gewerkschaften die Zahlung von Prämien. Die KP stellte sich hinter diese Forderung. Der sozialistische Ministerpräsident Paul Ramadier suchte sich daraufhin bei den Rechten eine Mehrheit, um den Lohn- und Preisstopp beizubehalten. Die kommunistischen Minister traten danach zurück.
- 7) *„kleine Versammlung“*: ständiges Komitee zwischen den Sitzungen der Vollversammlung. Der amerikanische Außenminister Marshall schlug am 23. September 1947 die Einrichtung eines solchen Komitees vor, was von der SU kritisiert wurde, da sie dahinter den Versuch sah, den Sicherheitsrat und damit das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder anzuschaffen. Die *„kleine Vollversammlung“* wurde am 13. November 1947 mit 41 gegen 6 Stimmen beschlossen. Die SU und ihre Verbündeten erklärten daraufhin, an den Sitzungen dieses Komitees nicht teilzunehmen.
„Verteidigungskomitee“: gemeint ist hier wohl der Sicherheitsrat Korea-Kommission; auf Antrag der USA am 14. November 1947 eingerichtete Kommission, um die gesamt-koreanischen Wahlen zu beaufsichtigen. Die SU nahm an der Abstimmung nicht teil und forderte den Abzug der Besatzungstruppen; sie sprach sich stattdessen dafür aus, daß Korea selbst über sein Schicksal bestimmen solle.
„Balkankommission“: eine von der UN-Vollversammlung am 21. Oktober 1947 mit Sitz in Saloniki eingesetzte Kommission, um die Durchführung der UN-Empfehlungen zum Konflikt in Griechenland zu beobachten.
- 8) Am 29. November 1947 stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen für den Teilungsplan (vgl. die Übersicht über September 1947, Nr. 1, Anm. 25).

- 9) Die Londoner Außenministerratstagung vom 25. November bis 15. Dezember 1947 war die fünfte und zugleich letzte Tagung des Außenministerrats, der 1945 in Potsdam geschaffen worden war. Die SU wiederholte dort ihre Forderung nach Beteiligung an der Ruhrkontrolle und nach Reparationen aus den Westzonen Deutschlands. Die Konferenz wurde jedoch ohne Ergebnis abgebrochen.

Übersicht über Dezember 1947, Nr. 5

- 1) Durch Offensiven im Mai, September und Dezember 1947 gelang es den Kommunisten, die Mandschurei fast völlig zu befreien. Von der Kuomintang wurden nur noch wenige befestigte Garnisonen gehalten. Gleichzeitig stieß die Rote Armee nach Zentralchina vor.
- 2) Der Sender der demokratischen Armee Griechenlands gab am 24. Dezember 1947 die *Bildung einer provisorischen Regierung* bekannt. Als wichtigste Ziele wurden in der Erklärung genannt: *„Mit allen Mitteln und mit allen Kräften des Volkes muß der Kampf für die Befreiung Griechenlands vom Joch der ausländischen Imperialisten und ihrer Werkzeuge fortgesetzt und erweitert werden, um die nationale Unabhängigkeit wiederherzustellen, um die Demokratie in Griechenland zu einem triumphalen Sieg zu führen und um die demokratischen Rechte und die Freiheit des griechischen Volkes zu verwirklichen.“* Die provisorische Regierung strebte die Errichtung einer volksdemokratischen Ordnung an, wozu u.a. die Durchführung einer Bodenreform und die Bildung von Volksausschüssen und einer Volksgerichtsbarkeit gehörte.
- 3) Im Dezember 1947 spaltete sich eine sozialdemokratische Minderheit als „Force ouvrière“ von der CGT, in der die Kommunisten über starken Einfluß verfügten, ab. Die FO wurde unterstützt von britischen Gewerkschaften und der AFL. George Meany, für beste Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst CIA bekannt, brüstete sich noch im Dezember 1952, wenige Tage nach seiner Wahl zum Präsidenten der AFL: *„AFL-Gelder spalteten den französischen Gewerkschaftsbund. ... Wir sind auf diese Errungenschaft stolz und werden diese Art Arbeit fortsetzen.“* Die FO trat sofort nach ihrer Gründung in Verhandlungen mit der Regierung ein und akzeptierte das *„Gesetz zum Schutz des Arbeitsfriedens“* ein Anti-Streik-Gesetz, gegen das die CGT streikte. Ihre Forderung nach einer gleitenden Lohnskala ließ sie fallen, obwohl einer Lohnerhöhung von 25 bis 30% eine Preissteigerungsrate von 60% gegenüberstand.
- 4) Die sozialistische Partei (SFIO) billigte nachträglich die Entlassung der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier im Mai 1947. Mit den Stimmen der SFIO wurde außerdem im Parlament ein Notstandsgesetz beschlossen, das die Regierung ermächtigte, 80.000 Reservisten einzuberufen, um sie gegen Streikende einzusetzen; den Streikenden wurde zudem mit härtesten Strafen gedroht.
- 5) Latifundium: Großgrundbesitz, der von Pächtern bewirtschaftet wird.
- 6) molekular: im Bereich der kleinsten Einheiten.
- 7) oligarchische Diktatur: Herrschaft weniger Familien.
- 8) Henry Commager, geb. 1902, Universitätsprofessor.

Übersicht über Januar 1948, Nr. 6

- 1) Die POUM („Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung“) war 1935 von zwei oppositionellen Richtungen gegründet worden – von dem „Arbeiter- und Bauernblock“ unter Führung von Maurin und der „Kommunistischen Linken“ unter Andres Nin. (Beide gehörten zum Gründungskader der spanischen KP.) Die Maurin-Gruppe war aus Opposition zur ultralinken Kominternpolitik (vor allem in der Gewerkschaftsbewegung, wo sie verankert war) entstanden und besaß großen Einfluß unter den revolutionären Arbeitern Kataloniens, dem

Zentrum der spanischen Arbeiterbewegung. Während Maurin in erster Linie die Übertragung der Methoden der KPdSU auf Spanien ablehnte, die SU aber als sozialistischen Staat verteidigte, kam Andres Nin von der trotzkistischen Richtung. Die im Vergleich zur Maurin-Gruppe weitaus kleinere „Kommunistische Linke“ sammelte die spanischen Anhänger Leo Trotzki, brach aber mit Trotzki, als dieser 1934 von Nin verlangte, die „Kommunistische Linke“ solle der Sozialistischen Partei beitreten und dort die oppositionelle Arbeit organisieren.

Während der Zeit der Volksfront und im Bürgerkrieg (seit Juli 1936) geriet die POUM in einen immer schärferen Gegensatz zur KP. Die KP wollte die revolutionären Kräfte, was damals hauptsächlich die Arbeiter der anarchistischen CNT und des linken Flügels der Sozialisten waren, dem Bündnis mit der „liberalen“ Bourgeoisie unterordnen. Demgemäß verfolgte sie das Ziel, erst den Krieg gegen Franco zu gewinnen und Schritte in eine sozialistische Richtung zu unterbinden und zu unterdrücken. Dagegen forderte die POUM die Umwandlung des antifaschistischen Krieges in einen revolutionären Krieg und die Weitertriebung revolutionärer Errungenschaften (Ansätze von Arbeiterkontrolle und -räten, vor allem in Katalonien). Im Mai 1937 eskalierten diese Gegensätze in – von der KP provozierten – Kämpfen zwischen KP-kontrollierten Polizei-Sondereinheiten und den Arbeitern der CNT und POUM. Die POUM wurde (als „faschistische Partei“) verboten und mit allen Mitteln verfolgt und unterdrückt. Viele ihrer Mitglieder und Führer (wie Andres Nin) wurden ermordet.

Als eine revolutionäre Partei stand die POUM zwar in einem engen Verhältnis zu den Arbeitern der CNT, unterschied sich aber in ihren Grundsätzen und Zielen als eine kommunistische Richtung von den Anarchisten.

- 2) Am 24. Dezember 1947 wurde der Sozialist Ramadier von dem Volksrepublikaner Robert Schumann abgelöst.
- 3) So wurde etwa Marseille im November 1947 von 13.000 Soldaten besetzt, die öffentlichen Gebäude mit Maschinengewehren bestückt. Während eines Streiks der Eisenbahner besetzten Soldaten die Bahnhöfe. Am 29. November 1947 wurden die Kommunisten von Soldaten aus der Nationalversammlung geschleift und ihre Zeitungsredaktionen besetzt. Anfang Dezember besetzten 10.000 Soldaten die Kohlengruben in Nordfrankreich usw.
- 4) Heinrich Brüning (katholisches Zentrum) löste im März 1930 den Sozialdemokraten Hermann Müller als Reichskanzler ab. Müller war zurückgetreten, weil die SPD nicht bereit war, der von den anderen Koalitionsparteien (Liberale, Zentrum) geforderten Senkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Eine neue Regierung, die über eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag verfügt hätte, kam nicht mehr zustande. Art. 48 der Weimarer Verfassung gab dem Reichspräsidenten jedoch die Möglichkeit, bei „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ auch ohne Zustimmung des Parlaments die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Brüning gründete darauf ein Notverordnungsrecht des Präsidenten. Nach der Regierung Brüning, der im Mai 1932 entlassen wurde, folgten die Regierungen von Papen und von Schleicher, die ebenfalls mit Hilfe von Notverordnungen regierten, bis schließlich Hitler an die Macht kam. Die SPD tolerierte diese Regierungen, weil sie darin eine Möglichkeit sah, die Republik zu retten.
- 5) Sir Stafford Cripps (1889 – 1952), Unterhausabgeordneter von 1931 bis 1950, war 1939 wegen prosozialistischer Haltung aus der Labour-Party ausgeschlossen, aber 1945 wieder aufgenommen worden; von 1947 bis 1950 war er als Schatzkanzler in der Labour-Regierung tätig. Im September 1947 legte er einen Sparplan vor, der auf eine Steigerung der Produktion und eine Ausweitung der Exporte zielte.
- 6) Am 22. Januar 1948 hatte der britische Außenminister Ernest Bevin nach geheimen Vorgesprächen mit Churchill und dem französischen Außenminister Bidault den Gedanken einer „Western Union“ propagiert. Diese Initiative führte im März 1948 zum Abschluß des Brüsseler Vertrages zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Ländern, der sich neben der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit auch auf die Verteidigung erstreckte. Von den Sozialdemokraten wurde diese Entwicklung als notwendig zur Konsolidierung Westeuropas zu einer eigenständigen Kraft zwischen den USA und der SU bezeichnet. 1949 wurden die Verteidigungsaufgaben auf die NATO übertragen und damit die Vorherr-

- schaft der USA im westlichen Militärbündnis unterstrichen. Durch die Aufnahme Italiens und der BRD wurde der Brüsseler Vertrag 1955 zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert.
- 7) In der Nachkriegszeit nahmen die Unabhängigkeitsbestrebungen auch in Afrika zu. Die Labour-Party versuchte, sie durch Verfassungen für Nigeria, die Goldküste und Ghana aufzufangen; die oberen Schichten der Schwarzen erhielten dadurch einige demokratische Rechte. Eine Boykottbewegung gegen britische Händler in der Goldküste wurde jedoch am 28. Februar 1948 durch Militäreinsatz gebrochen (29 Tote und mehrere hundert Verletzte).
 - 8) Die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) hatte sich 1917 aus den Kräften innerhalb der SPD gebildet, die gegen eine (weitere) Unterstützung der deutschen Kriegspolitik waren. Die Zusammensetzung der USPD war sehr unterschiedlich. Sie reichte von revolutionären Arbeitern über Sozialdemokraten, die zwar gegen den Krieg waren, aber weiterhin dem Parlamentarismus anhängen, bis hin zu Pazifisten. Die Spartakusgruppe trat der USPD unter dem Vorbehalt bei, ihre politische und organisatorische Selbständigkeit beizubehalten. Die Folgen dieses breiten Spektrums innerhalb der USPD zeigten sich in der Revolution 1918. Während der Spartakusbund und andere Linke innerhalb der USPD die Räterepublik propagierten, machte der Vorstand der USPD zusammen mit der SPD im Rat der Volksbeauftragten eine Politik, die sozialistische Reformen verhinderte und die Bildung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie förderte. Rosa Luxemburg charakterisierte die Politik der USPD als eine „Politik des Ausweichens vor Entscheidungen, der Schwächlichkeiten, Halbheiten und Konzessionen an die Rechte“ (Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 183). Zur Jahreswende 1918/19 löste sich der Spartakusbund vollständig von der USPD und gründete die KPD. Der linke Flügel der USPD schloß sich im Dezember 1920 der KPD an, der rechte Flügel ging 1922 zurück zur SPD.
 - 9) Die „Sozialrevolutionäre“ waren eine zu Beginn des Jahrhunderts entstandene Partei. Sie stützten sich weitgehend auf die Bauern, wobei sie weder die Klassenunterschiede zwischen Bauern und Proletariat noch die Widersprüche innerhalb der Bauernschaft sahen. Sie propagierten die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden und seine Überführung in die Verfügungsgewalt der Dorfgemeinschaften. Zur Durchführung dieses Zieles hielten sie den individuellen Terror für ein geeignetes Mittel. Nach der Februarrevolution 1917 beteiligten sie sich an der provisorischen Regierung Kerenskis und gerieten nach der Oktoberrevolution immer mehr in Konflikt zu den Bolschewiki.
 - 10) Mahatma Gandhi (1869 – 1948) führte den Unabhängigkeitskampf Indiens an. Dabei propagierte er die Methode des zivilen Ungehorsams. Um seine Ziele zu erreichen, griff er mehrfach zum Mittel des Hungerstreiks. Am 13. Januar 1948 begann Gandhi erneut zu fasten, um durchzusetzen, daß für alle Bürger Indiens, also auch für die Mohammedaner, die Religionsfreiheit und die Grundrechte gelten. Aufgrund seines Alters und seiner geschwächten Gesundheit schwebte er bald in Lebensgefahr. Am 18. Januar verpflichteten sich daraufhin die Führer aller Parteien, die Forderungen Gandhis zu erfüllen. Er brach daher seine Aktion ab.
 - 11) Am 30. Januar 1948 wurde Gandhi von einem Mitglied der „Rashtriya Swayan Sewak Sang“, einer radikalen Gruppe innerhalb der orthodox-hinduistischen Partei „Mahasabha“, ermordet.
 - 12) Aus der Trennung zwischen arischen Eroberern und der Urbewölkerung entstand das indische Kastenwesen durch weitere Aufgliederung in streng voneinander geschiedene Stände. Die Kasten entsprechen bestimmten Berufen und sozialen Stellungen. Unterhalb dieser Ordnung stehen die Parias, die Unberührbaren, die keiner Kaste angehören. Die einzelnen Kasten sind voneinander abgeschottet; mit den Parias wird jeder Kontakt vermieden. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste wird als Belohnung bzw. Vergeltung für gute bzw. schlechte Taten in einem vergangenen Leben angesehen. In der Hoffnung, im nächsten Leben zu einer höheren oder gleich hohen Kaste zu gehören, werden die Kastenzugehörigkeit und damit die Lebensbedingungen geduldig ertragen.
 - 13) Die Aufforderung zum Handspinnen bedeutete einerseits die Wiederbelebung indischer Kultur, andererseits aber den Versuch, sich von der wirtschaftlichen Beherrschung durch die Briten

unabhängig zu machen. Gandhi führte mehrere ähnliche Aktionen durch, u.a. die eigene Salzgewinnung aus dem Meer, um das britische Monopol in diesem Bereich zu brechen.

- 14) Schon der erste „Gewaltlosigkeitsfeldzug“ Gandhis 1922 war in einen Bauernaufstand umgeschlagen, worauf Gandhi seine Aktion abgebrochen hatte. Nach 1946/47 bildete sich in Haiderabad eine Bauernrepublik, die den Großgrundbesitz enteignete.
- 15) Die Mitglieder der 1946 gebildeten, gesetzgebenden Versammlung waren von den Provinzialverwaltungen ernannt worden (202 Kongreßmitglieder, 73 MoslemeLiga, 4 Sikhs, 2 Christen, 1 Mahasabha, 1 Paria, 1 Kommunist, 93 Fürstenstaaten).
- 16) Die indische Armee bestand 1947 aus ca. 400.000 Soldaten, 9.000 Indischen und 4.000 britischen Offizieren. Je mehr sich die Gegensätze zwischen Moslems und Hindus zuspitzten, umso mehr ergriffen sie auch die Armee und die Polizei und führten zu deren Spaltung.
- 17) Hindustan: Indische Union

Übersicht über Februar 1948, Nr. 7

- 1) Am 26. Februar 1948 protestierten die drei Westmächte gegen das neue Koalitionskabinett. 12 von 24 Ministern gehörten der KP an. Sie hatten alle Schlüsselministerien inne. Darüber hinaus stützte sich die Regierung vor allem auf die linken Sozialdemokraten. Nur wenige Minister gehörten bürgerlichen Parteien an bzw. waren parteilos. Der bisherige parteilose Außenminister Jan Masaryk war in seinem Amt verblieben. Diese Regierung löste das Kabinett ab, das Klement Gottwald, der Vorsitzende der KPTsch, nach den Wahlen vom Mai 1946 gebildet hatte. Damals war die KPTsch mit 38 Prozent der Stimmen stärkste Partei geworden und hatte zusammen mit den sozialdemokratischen Vertretern und einem parteilosen Sympathisanten knapp über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt. Trotzdem war 1946 eine Regierung der Nationalen Front gebildet worden, in der die Kommunisten und Sozialdemokraten gleich stark neben Vertretern der bürgerlichen Parteien und Parteilosen vertreten waren. Die Regierung hatte ein Programm verkündet, das u.a. die Einführung der Planwirtschaft, die Industrialisierung der Slowakei und die Freundschaft zur SU beinhaltete. Fragen der Wirtschaftspolitik, z.B. die der Enteignung in Industrie und Landwirtschaft und die des Beitritts zum Marshall-Plan, hatten zu Spannungen innerhalb der Regierung geführt. Außerdem war den Kommunisten von den bürgerlichen Kräften, einschließlich der rechten Sozialdemokraten, vorgeworfen worden, in den Exekutivorganen des Staates, etwa bei der Polizei, den kommunistischen Einfluß systematisch auszuweiten. Am 20. Februar 1948 waren deshalb die bürgerlichen Minister zurückgetreten in der Hoffnung, der bürgerliche Staatspräsident Beneš würde die gesamte Regierung auflösen und die Armee mobilisieren. Stattdessen gelang es jedoch den Anhängern der Regierung, den Kommunisten und linken Sozialdemokraten, zusammen mit den Gewerkschaften die Arbeitermassen für die Fortsetzung der Sozialisierungspolitik zu mobilisieren. In Massenaktionen zwischen dem 21. und 25. Februar zwangen sie Beneš, den Rücktritt der bürgerlichen Minister anzunehmen und Klement Gottwald mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen.
- 2) Die Tschechoslowakische Republik war am 28. Oktober 1918 als Ergebnis eines Übereinkommens zwischen tschechischen und slowakischen Nationalisten entstanden. Sie umfaßte die ehemaligen Länder Böhmen, Mähren und Slowakei des früheren Kaiserreichs Österreich-Ungarn, einschließlich der deutschsprachigen Gebiete (Sudetenland), die im Winter 1918/19 besetzt wurden. Die Tschechoslowakei hatte eine bürgerlich-demokratische Staatsform. Ihr erster Präsident wurde Tomáš G. Masaryk, der Vater des späteren parteilosen Außenministers in der Regierung Gottwald. Ihm folgte nach seinem Tod ab 1935 Edvard Beneš, der dieses Amt ab 1945 erneut innehatte. Das größte innenpolitische Problem bildete die nationale Frage. Die Dominanz der tschechischen Bevölkerung erleichterte es der Sudetendeutschen Partei, die sich später an die Nazis anlehnte, die deutsche Minderheit für einen Anschluß an Deutschland zu begeistern, und auch in der Slowakei gewann die Idee der Autonomie zunehmend Anhänger. Am 22. September 1938 gelang es Hitler im „Münchener Abkommen“, die Zustimmung

mung der englischen und französischen Regierung zu erhalten, in das Sudetenland einzumarschieren. Gleichzeitig wurde die Regierung der CSR gezwungen, der Slowakei Autonomie zu gewähren. Beneš trat daraufhin als Präsident zurück. Im März 1939 besetzten deutsche Truppen den Rest der Tschechei, und die bürgerlich-nationalistische Regierung der Slowakei unter Einfluß der katholischen Kirche erklärte ihre Unabhängigkeit. Obwohl Frankreich und Großbritannien die Sicherheit der Tschechoslowakei garantiert hatten, taten sie nichts zur Verteidigung der CSR.

- 3) Größter Maschinenbau-, Rüstungs- und Fahrzeugbaukonzern der CSR. Die Skoda-Werke wurden 1859 gegründet und entwickelten sich bis zum Ende des letzten Jahrhunderts zum größten Rüstungsbetrieb in Österreich-Ungarn. Nach 1918 wurde das Unternehmen teilweise auf Friedensproduktion umgestellt. Es wurden Kraftfahrzeuge, Lokomotiven, Flugzeuge, Binnenschiffe, Dampfkessel und andere Maschinen hergestellt. Kapitalmäßig gehörten die Skoda-Werke zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Besetzung der Tschechoslowakei teilweise dem französischen Rüstungskonzern Schneider & Creusot. 1946 wurden die Skoda-Werke verstaatlicht und 1952 in „V.I. Lenin-Werke“ umbenannt.
- 4) Die Tschecho-Slowakische Republik, CSR, wurde erst mit einer Verfassungsänderung im Juli 1960 umbenannt in Tschecho-Slowakische Sozialistische Republik, CSSR.
- 5) Frankreich und Großbritannien hatten sich nach dem Ersten Weltkrieg verpflichtet, die territoriale Unverletzlichkeit der CSR zu garantieren. Die SU hatte 1935 ebenfalls einen Beistandspakt mit der CSR abgeschlossen. Trotz ihrer vertraglichen Verpflichtungen und trotz der Aufforderung der SU, gemeinsam den Bestand der CSR zu garantieren, hatten jedoch Frankreich und Großbritannien die CSR im „Münchener Abkommen“ von 1939 an die Nazis ausgeliefert. Die SU war demonstrativ von den Verhandlungen ausgeschlossen worden.
- 6) Gemeint ist der tschechoslowakisch-sowjetische „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege“ vom 12. Dezember 1943.
- 7) 1938 hatte die KP(Tsch) 130.000 Mitglieder, am 1. April 1946 1 Mio., am 29. November 1947 1,25 Mio. und am 15. Juni 1948 2,3 Mio. Bei den Wahlen am 26. Mai 1946 hatte die KP(Tsch) 114 von insgesamt 300 Parlamentssitzen errungen.
- 8) Zunächst waren im Mai 1945 die Vermögen der „Deutschen, Magyaren, Verräter und Kollaborateure“ beschlagnahmt, dann im September/Oktober 1945 sämtliche Großbetriebe, Bergwerke, Banken und Versicherungsgesellschaften verstaatlicht worden. Hinzu kamen als Staatsbetriebe die gesamte Energiewirtschaft, Chemie- und Stahlindustrie (insgesamt 58 Prozent aller Unternehmen mit 80 Prozent aller Industriearbeiter). Am 28. Oktober 1946 wurde ein Zwei-Jahres-Plan verkündet zur Beseitigung der Kriegsschäden, der eine Produktionssteigerung um rund 10 Prozent bei starker Bevorzugung der Schwerindustrie vorsah.
- 9) Gemeint ist die „Tschechische Sozialistische Partei“, ursprünglich „National-Sozialisten“. Zur Koalition gehörten ferner die katholische Volkspartei und die slowakische Demokratische Partei. Die profaschistischen Rechtsgruppen waren verboten worden.
- 10) In den Betrieben und Gemeinden wurden Aktionskomitees gebildet. Sie stützten sich auf die bewaffneten Arbeitermilizen, die KP, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Stärkste Kraft war die KP. Ein von drei Kommunisten und einem linken Sozialdemokraten geführter „Zentrallausschuß“ koordinierte ihre Aktivitäten. Am 21. Februar 1948 versammelten sich in Prag 200.000 Menschen, während gleichzeitig in der Provinz Parallelveranstaltungen stattfanden, um ihre Unterstützung für die Regierung Klement Gottwald und ihre Sozialisierungspolitik zu dokumentieren. Auch Präsident Beneš gegenüber erklärten Vertreter der größten Industriebetriebe des Landes ihre Unterstützung für die Politik der Regierung. Am 24. Februar weigerten sich die Druckereiarbeiter, gewerkschaftsfeindliche Zeitungen zu drucken. Die Zeitung der katholischen Volkspartei wurde als Organ des Zentralen Aktionskomitees übernommen.
- 11) Am 23. Februar 1948 zogen einige Tausend Studenten zum Sitz des Präsidenten, um Beneš zu einer harten Linie gegenüber der Linken zu „ermutigen“.

- 12) Am 25. Februar 1948 nahm Beneš den Rücktritt der bürgerlichen Minister an und gab dem neuen Kabinett Gottwald seine Zustimmung. Es wurde am 27. Februar vereidigt.
- 13) konstitutionell: verfassungsgemäß
- 14) Am 22. Februar 1948 versammelten sich auf dem Betriebsrätekongreß fast 8.000 Delegierte, die 2,5 Mio. organisierte Arbeiter vertraten. Der Kongreß forderte ein offensives Vorgehen gegen die „bürgerliche Verschwörung“. Außerdem wurde verlangt: 1. ein Sozialversicherungsgesetz, 2. eine neue Verfassung, 3. die Nationalisierung des gesamten Handels und aller Industriebetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten und 4. der Abschluß der Bodenreform.
- 15) Fiktion: Schein
- 16) Am 16. April 1919 war ein Gesetz erlassen worden, das die Enteignung von Grundbesitz über 150 ha Ackerboden vorsah. Das Gesetz wandte sich vor allem gegen den verbliebenen deutsch-österreichischen Großgrundbesitz. 1947 wurde der Grundbesitz auf 50 ha beschränkt. Die Kollektivierung wurde zunächst sehr vorsichtig angegangen: 1949 Genossenschaftsgesetz, insbesondere für Neusiedler im Sudetenland, 1955 neue Kollektivierungskampagne. 1953 waren 40 Prozent und 1960 90 Prozent des Bodens kollektiviert.
- 17) Der Begriff „neuer Typ der Demokratie“ ist bereits von Lenin in „Staat und Revolution“ (1917) als Umschreibung für die Diktatur des Proletariats gebraucht worden. Lenin weist in seiner Schrift nach, daß die bürgerliche Demokratie eine Diktatur der Bourgeoisie über das Volk ist. In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus entstehe daher ein Staat, der auf neue Art demokratisch (für das Proletariat und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sei. Dimitroff knüpfte daran an, als er auf dem II. Kongreß der bulgarischen Vaterländischen Front am 2. Februar 1948 ausführte: *„In den Ländern der neuen Demokratie wird ein mächtiges Staats-, ein Volkseigentum geschaffen als Grundlage des neuen Staatstyps der Volksrepublik“.*
- 18) souveräne Körperschaft: unumschränkt, unabhängig herrschendes Organ
- 19) fünfte Kolonne: eine politische Gruppe, die während eines Krieges oder internationaler Spannungen die Zersetzung der Abwehrkräfte im eigenen Land betreibt, weil sie politisch auf der Seite des Feindes steht. Als fünfte Kolonne wurden im spanischen Bürgerkrieg die Anhänger Francos in Madrid bezeichnet, denn Franco selbst griff die Stadt mit vier Kolonnen an.
- 20) virtuell: der Möglichkeit nach
- 21) Entente: Bündnis, gemeint ist hier die „Tripel-Entente“, zu der sich Großbritannien, Frankreich und Rußland zusammengeschlossen hatten.

Übersicht über März 1948, Nr. 8

- 1) In den USA lief eine Informationskampagne, die die Bedrohung der „freien Welt“ von innen und von außen beschwor. Um der Bedrohung von außen zu begegnen, verkündete Truman im März 1947 seine Doktrin zur „Eindämmung der kommunistischen Expansion“. Die Regierungen in Griechenland, der Türkei, dem Iran, Südamerika usw. wurden finanziell und militärisch unterstützt, und nicht zuletzt der Marshall-Plan gehört ebenfalls in diesen Rahmen. Auch für die USA selbst wurde die Notwendigkeit der militärischen Aufrüstung herausgestellt. So äußerte z.B. Marineminister Sullivan im Dezember 1947: *„Die Deutschen haben mit weniger als 50 operierenden U-Booten belnahe die Atlantikschlacht gewonnen. Die Russen besitzen fünfmal soviel operierende U-Boote. Sie sind in der Lage, in der kürzesten Zeitspanne eine große Anzahl U-Boote neuester Bauart zu produzieren“.* Im Innern wurde der Bedrohung durch die Einrichtung eines Ausschusses gegen unamerikanische Umtriebe entgegengewirkt (vgl. die Übersicht über März 1947, Nr. 8, Anm. 13).
- 2) Nachdem die USA im März 1946 ein strategisches Luftkommando für Atombombenabwurf gebildet hatten, bauten sie im mittleren Pazifik ein Experimentierfeld für neue Arten von

Atombomben und begannen, die alten Flugzeuge durch moderne Lang- und Mittelstreckenbomber zu ersetzen, die von Stützpunkten in Großbritannien und im Fernen Osten aus die SU anfliegen konnten.

- 3) Nach dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 einigten sich die Westmächte zusammen mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden während einer Sonderkonferenz darauf, aus den drei Westzonen Deutschlands einen föderativen Separatstaat zu errichten. Auch Frankreich, das sich bis dahin gegen deutsche Zentralverwaltungen gesperrt hatte, stimmte nun zu. Am 20. März 1948 verließ daraufhin der Vertreter der SU den Alliierten Kontrollrat, und die Kontrollen des Bahnverkehrs nach den Westsektoren Berlins wurden verschärft. Die Westmächte antworteten mit der sogenannten „kleinen Luftbrücke“ (nicht zu verwechseln mit der Luftbrücke im Zusammenhang mit der Blockade Westberlins ab Juni 1948, nachdem die Währungsreform von den Westmächten auch in den Westsektoren Berlins eingeführt worden war).
- 4) Bis zum Regierungswechsel in der CSR hatten die skandinavischen Länder eine Art Neutralitätspolitik verfolgt, und ihre Militärhaushalte sollten gekürzt werden. Nach den Ereignissen in der CSR lehnten sich Dänemark und Norwegen militärisch stark an die USA an, erhöhten massiv ihre Militärausgaben und traten 1949 bei ihrer Gründung der NATO bei.
- 5) Thalheimer bezieht sich hier wohl auf die von Truman eingesetzte „Air Policy Commission“ (auch „Finletter Kommission“). Diese Kommission stellte in ihrem Bericht Mitte Januar 1948 dar, daß vor 1952 nicht damit zu rechnen sei, daß irgendein anderes Land Atombomben in nennenswertem Umfang herstellen könne. Daraus entwickelte sie eine Militärstrategie für die USA, die in der Luftwaffe den Kern moderner Kriegsführung sah („integrierte nationale Luftstrategie“). Sie forderte deshalb einen verstärkten Ausbau der Luftwaffe bis 1952 und verlangte daneben als Ergänzung das Vorhandensein eines starken stehenden Heeres.
- 6) Am 17. März 1948 unterzeichneten Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg den „Brüsseler Pakt“ mit der Verpflichtung zu „wechselseitiger Hilfe im Falle eines bewaffneten Angriffs in Europa“ sowie Vereinbarungen über politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Am gleichen Tag stellte Truman die Beteiligung der USA an solchen Bündnissen in Aussicht, und am 11. Juni 1948 faßte auch der amerikanische Senat einen entsprechenden Grundsatzbeschluß.
- 7) Zum lend-lease-system vgl. die Übersicht über Oktober 1946, Nr. 3, Anm. 5
- 8) Falange („Schar“), 1933 gegründete faschistische Organisation, kämpfte im Bürgerkrieg auf der Seite Francos und wurde eine der Hauptstützen seines autoritären Regimes. Gemeint ist hier jedoch die faschistische „Nationalmiliz“. Die „Portugiesische Legion“ war 1936 als SA-ähnliche Parteimiliz der portugiesischen Staatspartei „Nationale Union“ gegründet worden.
- 9) Die innenpolitische Situation im Süden Koreas war gekennzeichnet durch den Generalstreik im Oktober 1946 und verschiedene weitere Streiks und Demonstrationen. Ab 1947 war zudem in weiten Teilen eine Partisanentätigkeit festzustellen. Im September 1947 machte die SU den Vorschlag, daß sowohl die sowjetischen wie die amerikanischen Truppen aus Korea abgezogen werden sollten. Dieser Vorschlag wurde von den USA abgelehnt, da sie befürchten mußten, daß sich dann in ganz Korea eine Politik durchsetzen würde, die schon im Norden zur Verstaatlichung der Industrie und zur Bodenreform geführt hatte.
- 10) Am 19. März 1948 hatten die USA im Sicherheitsrat den Vorschlag gemacht, Palästina nicht zu teilen, sondern unter eine UN-Treuhänderschaft zu stellen. Der jüdische Vertreter sprach daraufhin von einem „erschreckenden Unfall“ der USA. Demgegenüber vertrat die SU in der Vollversammlung am 20. April die Auffassung, daß die Juden nach all dem, was sie erlitten hätten, das Recht auf einen eigenen Staat hätten. Der Stellungswechsel der USA sei in den wirtschaftlichen Interessen an Erdöl und militärischen Rücksichten begründet.
- 11) Der Chef des Strategischen Luftkommandos formulierte z.B. im Mai 1948 vor einem Frauenclub: *„Es ist nicht mehr notwendig, danach zu fragen, ob wir an eine Kriegsgefahr glauben. Die Frage lautet heute einfach und direkt: Wann werden die kommunistischen*

Massen die 'Operation Amerika' beginnen". Die Zeitschrift „Newsweek“ stellte dieses Zitat an den Anfang eines groß angelegten Szenarios eines Krieges gegen die SU.

- 12) Marshall verglich in seiner Rede vom 19. März 1948 die SU mit Nazi-Deutschland, da beide Staaten die Freiheit bedrohten. Aber eine „Herrschaftsmethode, die auf Furcht und Gewalt, auf Unvernunft und Unrecht“ beruhe, dürfe nicht hingenommen werden. Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in Italien sagte er, daß Italien im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung keine Gelder aus dem Marshall-Plan erhalten werde.
- 13) Am 31. März billigte das Repräsentantenhaus den Marshall-Plan. Auf Antrag eines republikanischen Abgeordneten wurde die Beteiligung Spaniens ausdrücklich genehmigt. Am 2. April beschloß ein Schlichtungsausschuß aus den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses, die Einladung Spaniens zur Teilnahme am Marshall-Plan wieder rückgängig zu machen, da die europäischen Empfängerländer selbst über den Teilnehmerkreis entscheiden müßten.
- 14) Die Westmächte hatten dem Bürgerkrieg in Spanien gegenüber eine Politik der „Nichteinmischung“ verfolgt. Das hatte dazu geführt, daß die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA die Ausfuhr von Waffen, Flugzeugen und strategisch wichtigen Rohstoffen nach Spanien verboten. Auch Anleihen durften nicht an die spanische Republik gegeben werden, ebenso waren Hilfssammlungen verboten bzw. wurden alle gesammelten Gelder beschlagnahmt. Gleichzeitig unterstützten die faschistischen Staaten, Italien und Deutschland, General Franco massiv mit Hilfe von Waffenlieferungen und dem Einsatz von Truppen (Legion Condor).
- 15) Am 14. Februar 1948 hatte sich die SU öffentlich für ein italienisches Mandat über seine ehemaligen Kolonien unter der Kontrolle der UNO ausgesprochen. Polen und die CSR wiederholten diesen Vorschlag als Mitglieder eines Rates von stellvertretenden Außenministern, der mit dem Schicksal der Kolonien befaßt war. Im März 1948 hatten die USA gefordert, Triest an Italien anzugliedern. Außerdem hatten sie auf Reparationen verzichtet und Lebensmittel- und Kohlelieferungen angekündigt.
- 16) Seit Ende August 1944 war es in der Slowakei zum Aufstand gegen die deutschen Besatzer gekommen. Die Aufständischen konnten dabei einige Gebiete befreien, sie aber nur zwei Monate halten. In Prag hatte der bewaffnete Aufstand am 5. Mai 1945 begonnen. In beiden Erhebungen hatten die Kommunisten entscheidenden Einfluß besessen. Als Ergebnis dieser Volksaufstände hatten Nationalausschüsse, die mehrheitlich mit Vertretern der Werktätigen besetzt waren, die Macht übernommen. In Verhandlungen mit dem Staatspräsidenten Beneš war jedoch eine Regierung gebildet worden, in der die Kommunisten nur eine Minderheit stellten. Ein Teil der Macht, die bereits 1945 gewonnen war, war außerdem an das bürgerlich-demokratische Parlament abzugeben worden, das 1946 gewählt worden war.
- 17) Die französische Revolution mußte sich von 1792 bis 1797 und noch einmal von 1799 bis 1802 gegen die Intervention der monarchistischen Mächte Europas zur Wehr setzen, die das Feudalsystem in Frankreich restaurieren wollten. Die Franzosen gingen schließlich zur Gegenoffensive über und begünstigten anfangs in den eroberten Gebieten (Rheinland, Holland) antif feudale Bestrebungen. Die Revolutionskriege setzten sich in den „Napoleonischen Kriegen“ fort, nachdem England 1803 Frankreich den Krieg erklärt hatte.
- 18) Ministerpräsident Klement Gottwald trug am 10. März 1948 sein Regierungsprogramm im Parlament vor. Es wurde von den anwesenden 241 Abgeordneten (59 fehlten) einstimmig gebilligt.
- 19) Hugo Stinnes (1870 – 1924) war Gründer und Vorsitzender eines der größten deutschen Konzerne (Bergbau, Stahl- und Energieerzeugung, See- und Binnenschifffahrt, Bank- und Versicherungswesen usw.). Im November 1918 war er maßgeblich daran beteiligt, daß zusammen mit rechten Gewerkschaftsführern eine Zentralarbeitsgemeinschaft gebildet wurde. Ein entsprechendes Abkommen („Stinnes-Legien-Pakt“) war geschlossen worden, weil das Kapital unter dem Druck der November-Revolution um sein Eigentum an den Produktionsmitteln bangte. Im Gegenzug verpflichteten sich daher die Kapitalvertreter, die Gewerkschaften, das Koalitionsrecht, die Einführung von Tarifverträgen und den 8-Stunden-Tag

anzuerkennen. Zur „Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“ und zur Schlichtung bei Konflikten wurde ein Zentrallausschuß gewerblicher und industrieller Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingerichtet.

20) Bijouterie: Edelsteine, Schmuck

21) Am 9. März 1948 legte die Regierung den Jahreswirtschaftsplan für das Jahr 1948 vor. Danach sollten die Ausfuhren – verglichen mit 1938 – um 150 Prozent steigen (1947: 140 Prozent). Insgesamt wurde ein Zahlungsbilanzdefizit von 136 Mio. Pfund Sterling und ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl von 300.000 auf 450.000 erwartet. Sir Stafford Cripps (1889 – 1952) war von 1947 bis 1950 Schatzkanzler.

22) Der indische Ministerpräsident Nehru hatte am 31. März 1948 im Rundfunk bekanntgegeben, daß in mehreren Städten eine größere Anzahl kommunistischer Führer verhaftet worden seien, die Streiks anstiften wollten, um die Fundamente des Staates zu zerrütten. Die Kommunisten erklärten in ihrer Zeitung „People Age“ am 25. April, daß die Regierung keinerlei Reformen durchgeführt habe und stattdessen die Arbeiter und armen Bauern unterdrücke, führende Funktionäre der KP ohne vorherige gerichtliche Untersuchung verhafte und einen Großteil der kommunistischen Presse kurzerhand verbiete.

23) In dem seit Januar 1948 selbständigen Birma (englisch: Burma) hatten die bürgerlichen Kräfte in der antijapanischen Befreiungsbewegung bereits seit Herbst 1946 alle Kommunisten aus den politischen Führungspositionen entfernt und die KP in die Illegalität gedrängt. Daraus entwickelte sich ab 1948 ein Partisanenkampf.

24) Jawaharlal Nehru (1889 – 1964), Rechtsanwalt, seit 1923 neben Gandhi Führer des „All-Indischen Nationalkongresses“, war von 1946 an bis zu seinem Tod Premierminister. Seit Ende der 20er Jahre hatte Nehru gefühlsmäßig mit einigen marxistischen Positionen sympathisiert. Die prokolonialistische Haltung der britischen Labour-Party stieß ihn jedoch ab. Die Gegensätze zum Marxismus verstärkten sich noch mehr, als die indischen Kommunisten sich 1942 weigerten, die antibritische Kampagne der Kongreß-Partei mitzutragen, da sie befürchteten, damit den Widerstand gegen die Nazis in Europa zu schwächen.

Übersicht über April 1948, Nr. 9

1) Souveränität: nach innen und außen uneingeschränkte Hoheitsgewalt des Staates

2) Legislative: gesetzgebende Gewalt (Parlament).

Exekutive: ausführende Gewalt (Regierung einschließlich aller Herrschaftsorgane des Staates, z.B. Justiz und Polizei)

3) Der II. Parteitag der SED (20. bis 24. September 1947) hatte bereits die Durchführung eines Volksentscheids gefordert, um über die Gestaltung Deutschlands abzustimmen, und sich dabei dafür ausgesprochen, Deutschland in einen demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung umzuwandeln, unverzüglich zentrale deutsche Verwaltungen zu bilden und einen Friedensvertrag abzuschließen. Im November 1947 tagte auf Initiative der SED und der KPD in Berlin eine Konferenz einzelner Personen aus West- und Ostdeutschland, die vorschlug, einen deutschen Volkskongreß abzuhalten, und schon einen Monat später fand der 1. Deutsche Volkskongreß statt, der jedoch von der SED und der KPD majorisiert wurde und an dem Mitglieder anderer Parteien aus den Westzonen sich nur als Einzelpersonen beteiligten: der Volkskongreß richtete an die Londoner Außenministerkonferenz Forderungen, die weitgehend mit denen des II. Parteitags der SED übereinstimmten. Im März 1948 tagte der 2. Deutsche Volkskongreß und beschloß, durch Sammlung von Unterschriften ein Volksbegehren einzuleiten, damit im Mai/Juni 1948 ein Volksentscheid über die Einheit Deutschlands herbeigeführt werden kann. Während in der sowjetischen Besatzungszone ungestört Unterschriften gesammelt werden konnten, wurde diese Aktion in der britischen Zone stark behindert und in der französischen und der amerikanischen Zone sogar ganz verboten.

- 4) Sphäre: Einflußbereich, Wirkungsbereich
- 5) hypothetisch: nur angenommen
- 6) Der militärische Widerstand, den z.B. Frankreich dem Überfall durch deutsche Truppen im Mai 1940 entgegensetzte, muß als halbherzig angesehen werden. Obwohl seit dem Überfall auf Polen formal der Kriegszustand herrschte, wurden z.B. nur etwa 400 der über 1000 Flugzeuge eingesetzt. Die Volksbewaffnung und der Zusammenschluß aller nationalen Kräfte gegen die faschistische Bedrohung wurde von der Regierung deshalb abgelehnt, weil sich dieser Schritt auch gegen die kapitalistische Herrschaft im eigenen Land hätte auswirken können. Lieber überließ man Paris kampflos dem Feind, als die französischen Arbeiter zu bewaffnen. Stattdessen rückte die Regierung weiter nach rechts; Marschall Pétain, der beste Kontakte zu den französischen Faschisten hatte, wurde ins Kabinett aufgenommen. Von Anfang an vertrat er die Auffassung, daß ein Waffenstillstand notwendig sei und nicht so lange gewartet werden dürfe, bis die Armee zerschlagen sei; das käme einem „Verrat am Lande“ gleich, „das sich dann an nichts mehr klammern könnte und der Anarchie zuglitt“. Am 22. Juni 1940 kapitulierte Frankreich. Der Norden und Westen wurde besetzt, der Süden blieb unbesetzt. Anfang Juli übernahm Pétain im unbesetzten Teil Frankreichs die Regierung und arbeitete mit den Nazis zusammen. Auch die Bourgeoisie kollaborierte zum größten Teil in ganz Frankreich mit den Besatzern. Zwar gab es einen bürgerlichen Widerstand sowohl im Ausland unter Führung General de Gaulles als auch im Inland durch Teilnahme an der Résistance. Die Masse der Mitglieder der Résistance kam jedoch aus der Arbeiterklasse.
- 7) Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 wurde nach der für Frankreich verlorenen Schlacht von Sedan (2. September 1870) die Republik ausgerufen. Eine großbürgerliche Regierung wurde gebildet, die sich selbst „Regierung der nationalen Verteidigung“ nannte. Als sich die deutschen Truppen Paris näherten, wurde die Regierung gezwungen, die Arbeiter und Handwerksgesellen zu bewaffnen. Da die Bourgeoisie nun um ihre Herrschaft fürchten mußte, verhandelte die Regierung mit Bismarck und schloß am 28. Januar 1871 einen Waffenstillstand ab. Kampflös konnten preußische Truppen einen Teil der Pariser Festungswerke besetzen. Im Februar wurde ein Vorfriedensvertrag abgeschlossen, der für Frankreich u.a. den Verlust von Elsaß-Lothringen und die Zahlung von hohen Kriegsschädigungen (5 Mrd. Goldfranken) brachte. Durch die Abkommen mit Preußen wurde es der französischen Regierung möglich, sich auf die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung zu konzentrieren. Da die Einwohner von Paris nicht bereit waren, den nationalen Verrat hinzunehmen und die Commune ausriefen, wurde schließlich Paris von Regierungstruppen erobert und ein Terrorregime errichtet, dem ca. 20.000 Communarden zum Opfer fielen. Marx bemerkte dazu: *„In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Klasseninteresse zauderte die Regierung der nationalen Verteidigung keinen Augenblick - sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verrats.“*
- 8) Bis unmittelbar vor Kriegsbeginn hatten alle in der II. Internationale zusammengeschlossenen Parteien Friedensdemonstrationen veranstaltet und entsprechende Resolutionen verabschiedet. Als der Krieg dann tatsächlich „ausbrach“, schlugen sich fast alle sozialdemokratischen Parteien (mit Ausnahme der russischen) auf die Seite „ihrer“ Regierung. Im Auftrag der SPD-Fraktion erklärte z.B. Hugo Haase (der persönlich zu der Minderheit gehörte, die in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatte) im deutschen Reichstag: *„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“* Das „Hamburger Echo“ rechtfertigte die Kriegspolitik der Sozialdemokraten mit dem Aufruf: *„Aber wir sind nun nicht mehr frei zu wählen! Wir müssen hinein in den blutigen Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen. Gegen Ost und West ist die Front, gegen die Scharen, die der Zar auf uns losläßt, gegen jene Franzosen, die der Revanchedurst zu Werkzeugen des russischen Despoten gemacht hat. Und wenn das Schlimmste zum Schlimmen kommt, wenn noch mehr Feinde uns erwachsen, wir müssen die Zähne zusammenbeißen und uns wehren.“*
- 9) Bei den Parlamentswahlen am 18./19. April 1948 erhielten die Christlichen Demokraten (De Gasperi) 48,7 Prozent (307 Sitze), die rechten Sozialdemokraten 7,1 Prozent (33 Sitze),

kleinere bürgerliche Parteien 13,5 Prozent (52 Sitze) und die Demokratische Volksfront aus Kommunisten und Sozialisten 31 Prozent (182 Sitzen, davon 115 für die KP und 67 für die SP). Im Gegensatz zu den Angaben August Thalheimers hatte die Demokratische Volksfront jedoch bei den Wahlen 1946 noch 39 Prozent der Stimmen und 219 Sitze erhalten.

- 10) Das „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) erhielt nur 2 Prozent der Stimmen, wurde aber zunehmend salonfähig bei den Christlichen Demokraten. Zunächst nur auf kommunaler Ebene, stützte sich Anfang der 50er Jahre auch die Landesregierung auf das MSI, und katholische Massenorganisationen sprachen von der Notwendigkeit der „Versöhnung“ mit dem Faschismus.
- 11) Das zeigte sich nach dem faschistischen Attentat auf den KP-Führer Palmiro Togliatti am 11. Juli 1948, als sich im ganzen Land bewaffnete Partisaneneinheiten und das Militär gegenüberstanden, nachdem die Regierung Soldaten gegen Demonstrationen und Fabrikkbesetzungen eingesetzt hatte. Die KP vermied jedoch einen Entscheidungskampf.
- 12) Damit ist nicht die mit der KP in der Demokratischen Volksfront verbundene italienische SP gemeint, sondern die „Partito Socialista Italiano“ (vgl. die Übersicht über Januar 1947, Nr. 6, Anm. 8).
- 13) Hausse: starkes Ansteigen der Aktien- und Börsenkurse
- 14) Abdullah war 1923 von den Briten zum Emir von Transjordanien, dem östlich des Jordans gelegenen Teilen des britischen Mandatsgebietes, gemacht worden; allerdings behielten die Briten die außenpolitische Vertretung und den Oberbefehl über die Armee in ihrer Hand. Damit revanchierten sich die Briten für die Zusammenarbeit gegen das Osmanische Reich während des 1. Weltkrieges. Im März 1946 wurde Transjordanien unabhängig, und Abdullah nahm den Königstitel an. Nach der Teilung Palästinas annektierte Transjordanien 1948/49 die noch arabisch verbliebenen Teile und nannte sich Königreich Jordanien.
- 15) Die Arabische Liga war am 22. März 1945 in Kairo von Ägypten, Saudi-Arabien, Transjordanien, dem Irak, Libanon und Jemen gegründet worden.
- 16) Odium: Makel, Anrüchigkeit
- 17) Fellachen (arabisch: Pflüger), Bezeichnung für die ackerbautreibende Bevölkerung, vor allem in Ägypten.

Übersicht über Mai 1948, Nr. 10

- 1) Am 4. Mai 1948 übergab der amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, Bedell Smith, bei einer Unterredung mit Molotow eine Note der US-Regierung. In dieser Note, wie auch in der Unterredung selbst, erklärten die USA, die Sowjetunion solle sich keine Hoffnungen machen, daß im Falle einer Wirtschaftskrise oder innenpolitischer Veränderungen in den USA sich auch die Außenpolitik ändern würde. Einen solchen Zusammenhang würden die kommunistischen Parteien in ihrer Propaganda herstellen. Smith erklärte außerdem gegenüber Molotow, daß sich die USA mit den europäischen kapitalistischen Ländern zum Schutz vor äußeren und inneren Feindseligkeiten durch die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien zusammenschließen würden.
- 2) Bevin lehnte in seiner Unterhausrede am 12. Mai 1948 internationale Konferenzen mit der Sowjetunion ab, solche Konferenzen würden nur falsche Hoffnungen wecken.
- 3) So Truman in einer Rede am 19. Mai 1948. Am gleichen Tag lehnte das Außenministerium der USA das sowjetische Angebot schroff ab und schob der Sowjetunion die Schuld an den Konflikten zu. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erklärte dazu, dies sei verwunderlich, denn die amerikanische Note habe immerhin die Möglichkeit von Verhandlungen enthalten.
- 4) entfällt

- 5) Wallace forderte in seinem offenen Brief eine Konferenz zur Beendigung des Kalten Krieges und machte eine Reihe von Vorschlägen, die von der Sowjetunion begrüßt wurden. So etwa: keine Waffenexporte, Friedensverträge mit Deutschland und Japan, Förderung der internationalen Handelsbeziehungen.
- 6) Das amerikanische Außenministerium erklärte zu den sowjetischen Vorschlägen (die ja nur die Vorschläge von Wallace aufgriffen), daß sie längst auf Konferenzen seit Kriegsende verhandelt worden seien. Sie seien aber allesamt am Widerstand der Sowjetunion gescheitert.
- 7) In Italien spitzte sich Anfang 1948 anlässlich der (im April) bevorstehenden Wahlen die innenpolitische Situation extrem zu. Gegen das bürgerliche Lager, geführt von der Christdemokratie und massiv vom Vatikan unterstützt, kandidierte eine Volksfrontliste von Kommunisten und Sozialisten. Die innenpolitische Polarisierung stand unter weltpolitischem Vorzeichen, denn die USA hatten für den Fall eines Sieges der Volksfrontkoalition die Rücknahme der Marshall-Hilfe angekündigt, sie verstärkte ihre Intervention durch militärische Drohungen (wie Flottenmanöver und -besuche, z.B. im Januar 1948). Die Christdemokratie machte die amerikanische Haltung zum Wahlkampfthema, indem sie sich als Garant der Marshall-Hilfe präsentierte. Dies wie auch die Eingriffe des Vatikans (so wurden z. B. alle Mitglieder der Volksfrontparteien kollektiv von der Kirche exkommuniziert) brachte der Christdemokratie die absolute Mehrheit im Parlament – mit 48,5 Prozent der Wählerstimmen. Den USA nutzten bei ihrer Einmischung die Ereignisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948 und die Berlin-Blockade als „Beweise“ für die kommunistische „Aggression“.
- 8) Noch im Münchener Abkommen hatten Großbritannien und Frankreich Ende September 1938 versucht, durch Zugeständnisse an Hitler-Deutschland eine drohende kriegerische Auseinandersetzung zu vermeiden, und Hitler hatte daraufhin versichert, keine weiteren Gebietsforderungen mehr zu erheben. Mit der Besetzung der Tschechoslowakei am 16. März 1939 hatten die Nazis jedoch diese Vereinbarungen gebrochen. Großbritannien und Frankreich mußten erkennen, daß die Ziele des faschistischen Deutschlands nicht nationalistisch-großdeutsch begrenzt waren. Die Besetzung der Tschechoslowakei war für Großbritannien insofern der Anlaß, um in unmißverständlicher Weise klarzumachen, daß Hitler-Deutschland beim nächsten Schritt auf entschlossenen Widerstand stoßen werde nach der Devise „Bis hierher und nicht weiter“.
- 9) Karl Marx schrieb 1870 über die Haltung der Internationalen Arbeiterassoziation zum nationalen Befreiungskampf in Irland: *„Das Volk, das ein anderes Volk unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten. Der Standpunkt der Internationalen Arbeiterassoziation in der irischen Frage ist also klar. Ihre erste Aufgabe ist es, die soziale Revolution in England zu beschleunigen. Zu diesem Zwecke muß man den entscheidenden Schlag in Irland führen. Die Resolution des Generalrats über die irische Amnestie soll nur dazu dienen, andere Resolutionen einzuleiten, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß es, abgesehen von jeglicher internationalen Gerechtigkeit, eine Vorbedingung für die Emanzipation der englischen Arbeiterklasse ist, die Zwangsunion (das heißt die Versklavung Irlands) in eine gleiche und freie Konföderation umzuwandeln, wenn das möglich ist, oder die völlige Trennung zu erzwingen, wenn es sein muß.“* (aus: „Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz“ MEW Bd. 15, S. 389) Bis zur Unabhängigkeit der heutigen Republik Irland (nach dem Ersten Weltkrieg) gehörte Gesamtirland zum britischen Königreich und wurde wie eine Kolonie unterdrückt und ausgebeutet.
- 10) Am 15. Mai 1948 lief offiziell die Zeit des britischen Mandats über Palästina aus. Alle Versuche seitens des Imperialismus, z.B. über die Vereinten Nationen eine internationale Absprache zu erreichen, waren gescheitert. Durch ihren militanten Widerstand gegen die britische Mandats Herrschaft und die Terrorisierung der arabischen Bevölkerung hatten die Zionisten „vollendete Tatsachen“ geschaffen. Noch am Vorabend des 15. Mai proklamierte Ben Gurion den jüdisch-zionistischen Staat Israel. Nur sechzehn Minuten später wurde der neue Staat von den USA offiziell anerkannt. Am folgenden Tag, dem 15. Mai, marschierten ägyptische, irakische, transjordanische, syrische und libanesische Truppen in Palästina ein. Der erste Nahost-Krieg begann. Er endete mit dem Sieg Israels (die Zionisten konnten fast

vollständig ihre Ziele, die angestrebten Staatsgrenzen, durchsetzen) und der Vertriebung großer Teile der arabischen Bevölkerung, der Palästinenser.

- 11) vgl. die Übersicht über Mai 1948, Nr. 9
- 12) Gemeint ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
- 13) Die Wahabiten, eine reformerisch eingestellte mohammedanische Beduinen-Sekte, vertrieben zwischen 1924 und 1928 die Haschemiten aus Mekka und Medina und schufen das Königreich Saudi Arabien (1932). Seit 1939 förderte die ARAMCO (Exxon/Rockefeller-Gruppe) in Saudi Arabien Erdöl.
- 14) Die Arabische Liga wurde am 23. März 1945 auf der Konferenz von Kairo gegründet. In dem britischen Kalkül, Araber und Juden gegeneinander auszuspielen (um somit die politische Kontrolle für sich zu sichern), spielte die Arabische Liga eine Rolle als Gegengewicht zum antibritischen Zionismus. Seit der Gründung des Staates Israel hat sich die Arabische Liga nur durch den gemeinsamen Gegensatz zu Israel am Leben erhalten können. Obwohl sie in den folgenden Jahren versuchte, die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der arabischen Staaten zu fördern, nahmen die inneren Gegensätze immer mehr zu. Denn die Klassengegensätze in den arabischen Staaten selbst verschärfen sich, sie mündeten zum Teil in nationalrevolutionären Bewegungen (wie Ägypten, Libyen, Algerien usw.).
- 15) Die Wahlen fanden am 30. Mai 1948 statt. Es konnte nur zwischen der Stimmabgabe für die „Nationale Front“ (hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten) und weißen Stimmzetteln gewählt werden. Die Kommunisten erhielten 214 der insgesamt 300 Mandate, die Sozialdemokraten 23 Mandate. Zwischen April und Juli 1948 fand die offizielle Vereinigung der Sozialdemokratie (bzw. eines Flügels der Partei) mit der KPD statt. Im Rahmen dieser Entwicklung traten die 23 sozialdemokratischen Abgeordneten kurze Zeit nach der Wahl der kommunistischen Parlamentsfraktion bei.
- 16) Carlo Graf Sforza war zwischen 1947 und 1951 Außenminister im Kabinett von De Gasperi. Einaudi war von 1945 bis 1948 Präsident der Bank von Italien und 1947 stellvertretender Ministerpräsident und Haushaltsminister. Er galt mit seiner Politik („linea Einaudi“) als Hauptvertreter starker Kapitalkräfte, die in den Nachkriegsjahren noch nicht mit den Christdemokraten, sondern der traditionellen liberalen Partei verbunden waren. In seiner Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Wiederaufbaus verband er die Interessen des italienischen Kapitals mit denen der USA.
- 17) Die parlamentarische Labour-Linke, wie etwa Michael Foot, vertrat gegenüber dem offen pro-amerikanischen Kurs der Regierung die Forderung nach einer „sozialistischen Außenpolitik“. Diese sollte einen „dritten Weg“ gehen zwischen USA und Sowjetunion, setzte also noch Hoffnungen auf eine eigenständige Rolle Großbritanniens in der Weltpolitik, letztlich eine reformistische „Umwandlung“ des alten britischen Empires.
- 18) Die heute noch regierende Nationale-Partei unter ihrem damaligen Führer Malan vertrat die Doktrin der Apartheid. Unter dem Vorzeichen des Kampfes gegen den Kommunismus wurden von der Malan-Regierung die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Schwarzen systematisch zerschlagen. Als Bantu gelten in Südafrika alle Schwarzen, zu den Farbigen zählen die Mischlinge. Hier sind mit „Farbigen“ auch Asiaten gemeint.
- 19) Die Eisenbahnergewerkschaft hatte Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gefordert. Staatliche Vermittlungsversuche scheiterten. Aufgrund der Kriegsnotstandsgesetzgebung von 1916 (die für den Zweiten Weltkrieg erneuert wurde) ordnete Truman an, daß die Armee ab dem geplanten Streikbeginn den Bahnbetrieb zu übernehmen habe. Zusätzlich erfolgte per Gerichtsbeschluß ein Streikverbot. Die Gewerkschaft sagte daraufhin den Streik ab. Die am 9. Juli 1948 erfolgte Einigung sah rückwirkende Lohnerhöhungen vor.

Übersicht über Juni 1948, Nr. 11

- 1) Der Ausschluß der KPJ aus der Kominform erfolgte auf der Bukarester Tagung der Kominform am 28. Juni 1948, an der die KPJ schon nicht mehr teilnahm. Die Gründe für den Ausschluß wurden in einer Resolution genannt, auf die Thalheimer im weiteren eingeht.
- 2) Im Januar 1948 erklärte Dimitroff, langfristiges Ziel müßte die Bildung einer Föderation sämtlicher Volksdemokratien auf dem Balkan sein. Er griff damit auf Konföderationspläne zurück, die vor allem zwischen den bulgarischen und jugoslawischen Kommunisten seit 1944 diskutiert wurden, worüber aber zuletzt keine Einigung erzielt werden konnte. Die sowjetische Führung distanzierte sich von Dimitroffs Plan. Sie veröffentlichte zwar seine Erklärung, fügte aber hinzu: *„Die Verantwortlichen sind im Gegenteil der Ansicht, daß diese Länder keinerlei Bedarf an einer Föderation, Konföderation oder Zollunion gleich welcher Art haben, die mehr oder weniger zweifelhaft und künstlich wäre“*. Wenige Tage später erklärte Dimitroff, *„daß diese Bemerkungen der Prawda berechtigt sind und eine rechtzeitige Warnung ... vor schädlichen Überstürzungen darstellen“*.
- 3) „sind Legion“: zahlreich
- 4) Über die endgültige Form der Verurteilung gab es aber auch auf der Kominformtagung selbst Auseinandersetzungen. So haben nach jugoslawischer Darstellung (die von der KPdSU nicht dementiert wurde) Teilnehmer verschiedener Partedelegationen versucht, die Schärfe der Resolution abzuschwächen.
- 5) Bei den „kritischen Briefen“ handelt es sich um den Briefwechsel zwischen Stalin, Molotow (für die KPdSU) und Tito, Kardelj (für die KPJ) nach dem Rückzug der sowjetischen Militär- und Zivilberater. Schon in diesem Briefwechsel erhob die KPdSU die Vorwürfe, die später in der Kominform-Resolution zusammengefaßt und veröffentlicht wurden.
- 6) „Ismen“: von „Ismus“ (wie Kapitalismus, Marxismus); hier im Sinne von Theorien und Ideologien, die zu reinen Schlagwörtern werden.
- 7) Scholastik“, „Parteischolastik“: Ursprünglicher Sinn von Scholastik ist die mittelalterliche Theologie, Philosophie. „Scholastik“ im übertragenen Sinn meint die Methode dieser Theologie und Philosophie, wo strittige Fragen auf der Grundlage unveränderlicher Lehrmeinungen (Dogmatik) diskutiert wurden. „Partei-Scholastik“ bedeutet daher die seit den zwanziger Jahren in der kommunistischen Bewegung gängig werdende Methode, die marxistische Theorie in Form von Lehrsätzen und „Klassiker“-Zitaten zu dogmatisieren. Kritische Auseinandersetzung und selbständiges Handeln wurde so oft als „Abweichung“ vom „Marxismus-Leninismus“ beschimpft, ohne sich mit den wirklichen Argumenten und Problemen auseinanderzusetzen.
- 8) „Trotzkismus, Bucharinismus, Menschewismus ... usw.“: Ursprünglich bezeichneten diese Begriffe Standpunkte und politische Richtungen in der russischen revolutionären Bewegung, die sich in verschiedenen Perioden in konkreten Auseinandersetzungen formierten. Als Schlagworte („Ismen“) wurden sie dann von ihrer eigentlichen Bedeutung abgelöst zu reinen Schimpfwörtern – die dann gegen „Abweichler“ als Vorwurf eingesetzt wurden.
- 9) Pawel Judin war Chefredakteur der Kominform-Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“, die in Belgrad herausgegeben wurde. Die sowjetischen Berater wurden überwacht, weil die KPJ ihnen Einmischung in die jugoslawische Innenpolitik und Versuche, unter anderem durch die Geheimpolizei Kontrolle auszuüben, vorwarf. Mit der „Diskreditierung der Sowjetarmee“ sind die Beschwerden der KPJ über Übergriffe von Rotarmisten beim Durchmarsch der Roten Armee durch Nordjugoslawien gemeint. Das Auftreten der Vertreter der Roten Armee in den von ihnen besetzten Balkan-Ländern war oftmals das von „Siegern“. In Jugoslawien stieß diese Haltung angesichts der militärischen Eigenleistungen der Partisanen-Armee auf heftigen Widerstand.
- 10) „Emissär“: hier im Sinne von: Beauftragter, Berater.

- 11) „Kooptierung“: Ernennung von Mitgliedern eines Gremiums durch das Gremium selbst, also ohne Wahl „von unten“ (In vielen Organisationen der Kommunistischen Internationale war nach den Statuten die Besetzung von leitenden Gremien durch Kooptierung teilweise möglich.) Bei den Vorwürfen gegenüber der KPJ handelt es sich darum, daß Tito 1937 von der Komintern als Vorsitzender der KPJ, die damals in Fraktionen zersplittert war, eingesetzt wurde. Das von ihm ausgewählte, bzw. ernannte ZK wurde zwar 1940 von einer Parteikonferenz bestätigt, trat aber bis 1948 nicht mehr zusammen. Die Leitung der Partei wurde im wesentlichen vom Politischen Büro, dem ständigen Ausschuß der KPJ, wahrgenommen.
- 12) „inspiriert“: angeregt
- 13) Bereits in den dreißiger Jahren, in der Periode der „Volksfront“-Politik der kommunistischen Parteien, wurde in der Komintern der Standpunkt des „friedlichen Übergangs in den Sozialismus“ vertreten. Dies war damals eine Konzession an die bürgerlichen Kräfte, die man für den Kampf gegen den Faschismus und für das Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion gewinnen wollte. Der Verzicht auf Gewaltmaßnahmen beim Übergang zum Sozialismus und der „friedlich“-parlamentarische Weg wurde 1951 durch die britischen Kommunisten in ihrem Parteiprogramm formuliert, also nur drei Jahre nach der Verurteilung der KPJ durch die Komintern. Diese Programmänderung der Briten erfolgte mit ausdrücklicher Zustimmung der KPdSU.
- 14) Der „Antifaschistische Rat für die nationale Befreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ), die nationale Befreiungsbewegung unter Führung der KPJ, hatte sich 1945 zur „Volksfront Jugoslawiens“ erklärt. Auch wenn dem Namen nach ähnlich, so unterschied sich die jugoslawische „Volksfront“ wesentlich von anderen Volksfronten der Volksdemokratien. Grundlage der Volksfront waren nämlich räteähnliche Organe, die örtlichen „Nationalen Befreiungskomitees“ oder „Volksausschüsse“, die im Verlauf des Befreiungskampfes und unter der Führung der jugoslawischen Kommunisten von antifaschistischen Widerstands- zu revolutionären Kampforganen wurden. Der Widerspruch der sowjetischen Kritik von 1948 am angeblichen „Opportunismus“ der KPJ in der Volksfront bestand darin, daß noch 1942 im Auftrag der Komintern Dimitroff die KPJ kritisierte, weil sie den Kampf gegen die deutsche Besetzung gleichzeitig als Kampf gegen die herrschenden Klassen im eigenen Lande führte. Die Tatsache, daß es unter der Führung der KPJ gelang, vom antifaschistischen Kampf zur sozialistischen Revolution überzugehen, machte die Stärke der KPJ, ihre unangefochtene führende Rolle in der „Volksfront“ aus. Deshalb hatte es die KPJ auch nicht nötig, als Partei besonders hervortreten. Ihre angebliche „Schwäche“ (oder, wie die Komintern kritisierte, ihre Unterordnung unter die „Volksfront“) war Zeichen ihrer wirklichen Stärke.
- 15) Daß es im Agrarland Jugoslawien Großgrundbesitz nur in vergleichsweise geringem Ausmaß gab, war Folge der jahrhundertelangen türkischen Herrschaft über einen Teil Jugoslawiens. Unter den Türken wurde die südslawische Oberschicht verjagt, ausgerottet oder „türkisiert“. Die führende Stellung der südslawischen feudalen Klassen übernahmen die Kirchen, ohne aber Strukturen des Großgrundbesitzes herauszubilden.
- 16) Die Balkanföderation hatte nun aber keine praktische Bedeutung mehr. Die bulgarische und die albanische KP schlossen sich dem sowjetischen Standpunkt an.
- 17) Die Forderung nach einer Föderation der Balkanvölker wurde 1909 auf der ersten sozialdemokratischen Balkankonferenz aufgestellt. Der Zusammenschluß der sozialistischen (1915) und später der kommunistischen Parteien („Kommunistische Balkan-Donau-Föderation“ 1919-1939) sollte die Voraussetzung für dieses Ziel schaffen.
- 18) Berlin-Blockade: Am 24. Juni 1949 unterbrach die Sowjetunion die Landverbindungen Berlins zu den Westzonen und die Strom- und Kohleversorgungen Westberlins.
- 19) Ein entscheidender Schritt der Westmächte zur Teilung Deutschlands und Berlins war die Währungsreform: Am 17. Juni 1948 wurde die Währungsreform in den Westzonen bekanntgegeben, am 23. Juni der Geltungsbereich der West-Mark auf Westberlin ausgedehnt. Die sowjetische Besatzungsmacht antwortete am 23. Juni mit der Einführung der Ost-Mark in der sowjetischen Besatzungszone und dem sowjetischen Sektor Berlins.

- 20) Die Dekretierung eines Besatzungsstatuts erfolgte durch das Deutschlandkommuniqué der Westmächte und Beneluxstaaten auf der Londoner Konferenz (vom 7. Juni 1948). Am 1. Juli 1948 wurden die Ministerpräsidenten der Westzonen von den Militärgouverneuren beauftragt, bis zum 1. September 1948 eine Versammlung einzuberufen, die eine Verfassung ausarbeiten sollte. Die Ministerpräsidenten erhielten hierzu Richtlinien sowohl für diese Verfassung als auch für ein (noch ausstehendes) Besatzungsstatut, das die Vorbehalte der Westmächte festschrieb.
- 21) Die Londoner Konferenz beschloß am 6. März 1948 die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan (ERP).
- 22) Durch eine internationale Ruhr-Behörde sollte erreicht werden, daß Ruhrkohle und Ruhrstahl allen am Marshall-Plan beteiligten Ländern zugute kam.
- 23) „Referendum“: Volksabstimmung
- 24) Auch die für die Arbeiter und Bauern in der sowjetischen Besatzungszone wichtigen Maßnahmen und Errungenschaften wurden im Kommandoton verkündet. So wurden die Anordnungen der sowjetischen Besatzungsmacht als „*Befehl Nr. ... des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom ...*“ erlassen. In diesem „Ton“ drückte sich aus, daß die deutschen Arbeiter auch in der von der SU besetzten Zone nur Objekte der Besatzungspolitik waren.

Übersicht über Juli 1948, Nr. 12

- 1) Während der Berlin-Blockade errichteten die USA als politisches Druckmittel zum Beispiel ihre erste strategische Luftbasis (mit 60 Atombombern) in Europa (Großbritannien).
- 2) Der zeitweilige Börsenkrach (Kurseinbrüche) wurde durch Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung ausgelöst.
- 3) Der Parteitag der französischen Sozialisten (SFIO) hatte beschlossen, daß sich die SFIO nur dann weiter an der Regierung beteiligen sollte, wenn die Militärausgaben gekürzt würden. Daraufhin beantragte die sozialistische Parlamentsfraktion am 19. Juli 1948 die Kürzung der Militärkredite im Haushalt (um 12 von 309 Mrd. Francs). Mit den Stimmen von SFIO und KPF kam der Antrag durch. Mit dieser Abstimmung hatten die nichtsozialistischen Regierungsteile die Vertrauensfrage verknüpft.
- 4) Die Bewegung der Shop-Stewards (betriebliche Obleute), die am Ende des Ersten Weltkrieges in England entstanden war, besaß weder bei den Gewerkschaften noch bei der Labour Party großen Rückhalt. Durch zahlreiche Streiks konnte die Arbeiterschaft zwischen 1919 und 1922 zwar ihre soziale Lage verbessern, aber politisch hing sie dem Reformismus der Labour Party an, während die neu entstandene Kommunistische Partei die schwächste europäische Sektion der Kommunistischen Internationale war.
- 5) Bevin sprach sich am 29. Juli 1948 für Verhandlungen mit der Sowjetunion aus, um den Berlin-Konflikt zu lösen.
- 6) „Londoner Abkommen“: Gemeint ist das Deutschland-Kommuniqué der Londoner Konferenz (siehe die Übersicht über Juni 1948, Nr. 11)
- 7) Die Außenminister der sozialistischen Länder kritisierten am 24. Juni 1948 die Londoner Beschlüsse, durch die das Potsdamer Abkommen verletzt, Westdeutschland für die strategischen Kriegsziele der USA ausgenützt und ein Friedensvertrag und der Abzug der Besatzungsmächte hintertrieben werde. Darüber hinaus wurde die Bildung einer provisorischen, demokratischen gesamtdeutschen Regierung gefordert.
- 8) „Buchenwälder Beschlüsse“: Gemeint ist das Buchenwälder Manifest 1945
- 9) Zum Nationalismus der KP Frankreichs vgl. die Übersicht über Dezember 1947, Nr. 4

- 10) Gemeint sind vor allem die antideutschen Ausschreitungen und Vertreibungen der deutschen Minderheiten. Oft überließ die Rote Armee bürgerlich-nationalistischen Kräften (wie den Milizen in Polen) die unmittelbaren Aktionen bei der Vertreibung.
- 11) In den USA wurde Thomas F. Dewey zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei nominiert. Der Parteitag verabschiedete ein Parteiprogramm mit den zentralen Punkten: „Keinerlei Isolationismus“, „Unterstützung der friedliebenden Nationen“, „Kollektive Sicherheit“ und „Auslandshilfe nach kommerziellen Gesichtspunkten“.
- 12) Auf dem Parteitag der Demokratischen Partei wurde Truman gegen den Südstaatler Russell zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Im Wahlprogramm wurden die Abschaffung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes („Taft-Hartley“) und soziale Reformen gefordert (Einführung von Krankenversicherung, Mindestlohn). Vor allem die Kritik an der Rassendiskriminierung und die Betonung der Bürgerrechte führten zur Trennung von Kräften aus den Südstaaten, die dann einen eigenen Kandidaten aufstellten.
- 13) Wallace hatte im Januar ähnliche Forderungen aufgestellt, wie sie das Wahlprogramm der Demokraten enthielt. Der erste Nationalkonvent der „Fortschrittspartei“ wählte Wallace am 25. Juli 1948 zum Vorsitzenden. Wallace warf Truman Verrat an den Grundsätzen der Demokratischen Partei vor und forderte die Rückkehr zur Politik Roosevelts, gute Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, Chancengleichheit, Kontrolle wirtschaftlicher Schlüsselpositionen durch das Volk, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien.
- 14) AFL und CIO – die zunächst gezögert hatten – sprachen sich im August 1948 für die Wahl Trumans aus. Die KP hatte sich im Januar 1948 und auf ihrem Parteitag im August 1948 für Wallace ausgesprochen.

Übersicht über August 1948, Nr. 1

- 1) Sir Oswald Mosley, geb. 1896, gest. 1980, ursprünglich Konservativer, war von 1924 bis 1931 Mitglied der Labour-Party und gründete 1932 eine faschistische Partei, die „Schwarzhemden“. Während des Krieges teilweise inhaftiert, wurde er ab 1948 wieder Führer einer faschistischen Organisation, der „Einheitsbewegung“, ohne aber greifbaren politischen Erfolg zu erzielen.
- 2) Logischer Positivismus oder auch Neopositivismus: seit 1920 in Europa und den USA verbreitete Strömung des Positivismus, der auf der Erforschung der positiven Tatsachen durch die Einzelwissenschaften aufbaut und sich selbst nur noch die Einordnung der Wissenschaften, Erkenntnistheorie und Logik vorbehält. Vom Wiener Kreis (Ludwig Wittgenstein, Rudolf Carnap, Otto Neurath) ausgehend, wurde sein führender Vertreter Karl R. Popper (geb. 1902 in Wien), der seit 1947 als Dozent in Großbritannien lehrte. Seine heute als „Kritischer Rationalismus“ bekannte philosophische Lehre hält nur im Bereich der Natur empirisch überprüfbare Aussagen für möglich und Gesetzmäßigkeiten feststellbar. Im menschlichen, sozialen Bereich gebe es nur soziale Normen, die man subjektiv annehmen oder ablehnen kann, die aber empirisch weder wahr noch falsch sein können, also außerhalb wissenschaftlicher Betrachtung liegen müssen, es gebe hier keine Wahl zwischen Wissen und Glauben, sondern nur zwischen zwei Glaubensarten.
- 3) Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten sich in Deutschland „Freikorps“ sowohl an der Ostgrenze als auch im Inneren eingesetzt aus Offizieren und Soldaten, die nicht in das von den Alliierten diktierte 100.000-Mann-Heer übernommen wurden. Sie wurden, um den „*bolschewistischen Feind*“ niederzuschlagen – ähnlich den „*weißgardistischen Truppen*“ in der SU, in denen sich nach der Oktoberrevolution die konterrevolutionären Kräfte gesammelt hatten. Die „Freikorps“ waren nicht nur für den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich, sondern wüteten auch nach den Ruhrkämpfen 1920 brutal unter den Arbeitern.
- 4) Der erste 1947 begonnene Fünfjahresplan Jugoslawiens verfolgte das Ziel, das Land zur ersten Industriemacht Südosteuropas zu machen.

- 5) Moša Pijade (1890 – 1957), führender Theoretiker unter den jugoslawischen Kommunisten, hatte im Gefängnis „Das Kapital“ übersetzt, gehörte dem engeren Kreis um Tito an und war Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawiens sowie Vizepräsident der Volksvertretung.
- 6) Am 4. Mai 1948 hatte die Führung der SU geschrieben, daß die Verdienste der jugoslawischen KP nicht größer seien als die der Ungarn, Polen, Italiener oder Franzosen; die Sowjetarmee habe Belgrad befreit und damit *„die für die Machtübernahme der kommunistischen Partei erforderlichen Voraussetzungen geschaffen“*. Sie forderte daher von den Jugoslawen eine größere *„Mäßigung“*. Von dieser provozierenden Herabsetzung des Volksbefreiungskrieges in Jugoslawien waren viele Kommunisten besonders erschüttert und tief verletzt.
- 7) Milovan Djilas (geb. 1911), als Student zu den Partisanen gestoßen, war er seit 1940 Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawiens, Vertreter Jugoslawiens auf der Gründungskonferenz der Kominform und bei den Verhandlungen mit Stalin; 1953 brach er mit Tito.
- 8) Vasall: Gefolgsmann, der sich in ein bedingungsloses Schutz- und Treueverhältnis zu einem Herrn begibt.
- 9) Auf dem 5. Kongreß der KP Jugoslawiens vom 21. bis 27. Juli 1948 in Belgrad wurde Marschall Tito als Generalsekretär und Vorsitzender des Politbüros der KP wiedergewählt. In dem von Tito erstatteten Bericht des Zentralkomitees wurde die Treue zu *„den Lehren von Lenin und Stalin“* ausdrücklich hervorgehoben, aber zugleich wurden in einer Resolution die Anschuldigungen des Kominformbüros zurückgewiesen, und das ZK wurde beauftragt, es *„müsse alles zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten tun und der Partei der Sowjetunion jede Möglichkeit bieten, sich an Ort und Stelle von der Grundlosigkeit der Anschuldigungen zu überzeugen“*.
- 10) Im Februar 1948 war in Rumänien der kommunistische Justizminister Lucretiu Pătrăşcanu unter der Beschuldigung des „Nationalismus“ verhaftet worden, und in Albanien wurde im August/September 1948 der projugoslawische Flügel in der KP um den Innenminister und Parteisekretär Koci Xoxe ausgeschaltet; in Polen wurde die Fraktion um den Parteisekretär Wladislaw Gomulka entmachtet. Bis 1952 wurden in fast allen Volksdemokratien Prozesse gegen führende Kommunisten inszeniert, meist unter der Beschuldigung, „Nationalisten“ oder „titoistische Spione“ zu sein (etwa in Bulgarien gegen den Minister Traico Kostoff oder in Ungarn gegen den Minister Laszlo Rajk). Bis zu einem Viertel aller Parteimitglieder wurden dabei jeweils ausgeschlossen.
- 11) Auf einer Tagung des Rates der OEEC am 24./25. Juli 1948, an der die Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister aller am Marshall-Plan beteiligten Länder teilnahmen, führte Paul G. Hoffman, der Leiter der mit der Durchführung des Marshall-Plans beauftragten amerikanischen Behörde (ECA), aus: *„Die amerikanische Hilfe beruhe auf der Annahme und Voraussetzung, daß die Empfängerländer so bald wie möglich ihre Wirtschaftskräfte koordinieren und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen sollten. ... Europa müsse einen Meisterplan für seinen Wiederaufbau bis 1952 entwerfen“*. Der britische Schatzkanzler Stafford Cripps erklärte darauf in seiner Antwort: *„Es frage sich, ob gute Arbeit möglich sei, wenn man unter einem starken Zeitdruck stehe“*.
- 12) Truman, der von der Demokratischen Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden war, erklärte denn auch am 16. August 1948 anlässlich der Unterzeichnung des Anti-inflationsgesetzes, daß die republikanische Mehrheit des Kongresses einen Kurs verfolgt habe, *„der mehr den Interessen privilegierter Kreise als der Wohlfahrt der Gesamtnation gedient habe“*. Die Gewerkschaftsorganisation CIO unterstützte die Kandidatur Trumans, der schließlich auch als Präsident wiedergewählt wurde. Vgl. zum Taft-Hartley-Gesetz die Übersicht über März 1947, Nr. 8, Anm. 13

Übersicht über November 1948, Nr. 2

- 1) Am 2. November 1948 waren die Wahlmänner für die Präsidentschaftswahl gewählt worden. Der Kandidat der Demokraten, Harry S. Truman, erzielte dabei in 28 der 48 amerikanischen Staaten die Mehrheit und damit 304 von insgesamt 531 Wahlmännerstimmen; der Kandidat der Republikaner, Thomas Dewey, erreichte dagegen nur 189 Wahlmännerstimmen, da er sich nur in 16 Staaten mehrheitlich durchsetzen konnte. Auf Wählerstimmen umgerechnet entfielen auf Truman 24,1 Mio. Stimmen und auf Dewey 21,97 Mio. Stimmen.
- 2) Auf der Konferenz des Internationalen Weizenrats in Washington war ein Abkommen beschlossen worden, das für fünf Jahre einen Großteil des internationalen Weizengeschäftes regeln sollte, indem feste Liefer- und Abnahmeverpflichtungen innerhalb bestimmter Preisspannen vereinbart wurden. Dieses Abkommen, das am 6. März 1948 verabschiedet worden war, konnte jedoch nicht wie vorgesehen zum 1. August in Kraft treten, da es der amerikanische Kongreß Anfang Juli nicht ratifizierte und damit zu Fall brachte.
- 3) Vabanque: „es gilt die Bank“, Begriff beim Roulette-Spiel; Vabanque-Politik: eine Politik, die alles auf eine Karte setzt
- 4) Am 4. Mai 1948 hatte der amerikanische Botschafter in Moskau, Bedell Smith, den sowjetischen Außenminister Molotow aufgesucht und im Auftrag seiner Regierung eine Erklärung abgegeben, in der ausdrücklich betont wurde, daß die USA gegenüber der SU keine feindseligen oder aggressiven Absichten haben und daß es Wunsch der USA sei, gute und vernünftige Beziehungen herzustellen und die Spannungen abzubauen. Am 5. Oktober 1948 schlug Präsident Truman vor, den Vorsitzenden des amerikanischen Bundesgerichtshofs, Fred M. Vinson, nach Moskau zu entsenden, um den Eindruck zu vermeiden, die USA hätten nicht alles in ihrer Macht Stehende getan, um ein möglicherweise auf sowjetischer Seite bestehendes Mißverständnis über die amerikanische Haltung zu beseitigen.
- 5) Am 2. Februar 1948 hatte Präsident Truman dem Kongreß eine Sonderbotschaft überreicht, in der er eine Bürgerrechts-Charta vorschlug, wenn die USA auch weiterhin „das Symbol der Hoffnung für die Unterdrückten und die unterjochten Völker“ bleiben wolle. Die zehn Punkte umfassende Charta sollte sich gegen Diskriminierungen ebenso aussprechen wie für ein gleiches Wahlrecht. Sieben demokratische Gouverneure aus den Südstaaten verpflichteten sich daraufhin am 14. März 1948, sich einer Wiederwahl Trumans zu widersetzen.
- 6) Pyrrhus-Sieg: zu teuer erkaufter Sieg, Scheinsieg; urspr. Pyrrhus, König von Epirus, siegte 280 und 279 v. Chr. in Apulien unter erheblichen Verlusten gegen die Römer.
- 7) Am 18. Mai 1946 waren die Eisenbahner in den Streik getreten. Zehn Minuten vor Ablauf der Frist, die Präsident Truman eingeräumt hatte, bevor die Eisenbahn von der Armee übernommen werde, war am 25. Mai eine Einigung zustande gekommen.
- 8) Henry Wallace, der Präsidentschaftskandidat der Fortschrittspartei, hatte am 18. Januar 1948 auf einer Versammlung in Chicago erklärt, die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan würden zu unrecht als Programm der wirtschaftlichen Gesundung Europas bezeichnet, sie seien vielmehr eine „Kriegspolitik des Großkapitalismus im Interesse des Großkapitalismus“, und in einer Rundfunkansprache erklärte er am 19. März: „Die amerikanische Regierung mache absichtlich Kriegshysterie und wolle mit dem Schreckgespenst des Kommunismus Haß und Furcht verbreiten“.
- 9) Antipode: Gegner, Widersacher
- 10) Am 30. September 1948 war der Obmann des US-Senatskomitees für die bewaffneten Streitkräfte, Senator Chan Gurney, in Madrid vom spanischen Staatschef Franco empfangen worden. Gurney, der zuvor auch eine Aussprache mit dem spanischen Generalstabschef gehabt hatte, war von amerikanischen Armee- und Marineoffizieren begleitet worden. James A. Farley, ehemals Vorsitzender der Demokraten, war am 10. Oktober 1948 vom portugiesischen Staatschef Salazar empfangen worden, mit dem er über die internationale Lage, den Kommunismus und den spanisch-portugiesischen Pakt sprach.

- 11) vgl. die Übersicht über August 1948, Nr. 12, Anm. 13
- 12) Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte die liberale Bourgeoisie „Arbeiterbildungsvereine“ geschaffen. Als sich jedoch die Arbeiterschaft in Berlin und Leipzig 1862 selbständig zu regen begann und auf die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses drängte, stieß sie auf den Widerstand der bürgerlichen Fortschrittspartei. Das Leipziger Komitee wandte sich schließlich an Ferdinand Lassalle, dessen „Offenes Antwortschreiben“ vom 1. März 1863 gewissermaßen die Geburtsstunde der Sozialdemokratie markierte.
- 13) vgl. die Übersicht über Juli 1948, Nr. 11
- 14) In seiner Rede auf dem Parteitag der Konservativen erklärte Winston Churchill am 9. Oktober 1948: *„Ich will Sie nicht mit falschen Hoffnungen für eine friedliche Regelung mit der Sowjetunion in Sicherheit wiegen... Es ist meine innerste Überzeugung..., daß in der heutigen Zeit die einzige sichere Grundlage des Friedens und die einzige Möglichkeit, einen neuen Krieg zu verhüten, in unserer eigenen Stärke liegt. Besäßen die Vereinigten Staaten heute nicht einen Vorrat von Atombomben, so stände uns kein Mittel zur Verfügung, um Westeuropa vor der Unterdrückung durch kommunistische Armeen und der russischen politischen Polizei zu beschützen“.*
- 15) defatistisch: pessimistisch, schwarzseherisch, die Niederlage wünschend
- 16) Auf seiner Sitzung am 24. und 25. Oktober 1948 beschloß das Exekutivbüro des Internationalen Komitees für die Einheit Europas, das auf Betreiben von Winston Churchill auf dem Europa-Kongreß vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag ins Leben gerufen worden war, sich in „Europäische Bewegung“ umzubenennen. Die Leitung dieser Bewegung hatten der französische Sozialist Léon Blum, der britische Konservative Winston Churchill, der italienische Christdemokrat Alcide De Gasperi und der belgische Sozialist Paul-Henri Spaak.
- 17) Am 23. Juli 1939 hatte die Sowjetregierung Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen, in Moskau zwischen den Militärvertretern Verhandlungen aufzunehmen. Beide Länder erklärten sich zwar am 25. Juli damit einverstanden, aber die britische Regierung war sichtlich bemüht, die Verhandlungen hinauszuzögern; Ihrer Kommission hatte sie die Anweisung gegeben, auf keinen Fall konkrete Verpflichtungen einzugehen, die der britischen Regierung die Hände binden könnten. Am 11. August begannen die Gespräche, während die SU zugleich mit Vertretern Nazi-Deutschlands verhandelte. Am 17. August wurde die Unterredung der Militärkommissionen unterbrochen, und da die britische und französische Militärdelegation am 21. August noch auf weitere Instruktionen ihrer Regierungen warteten, wurde die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt. Am 23. August wurde schließlich der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet, und damit war das Ende der Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich besiegelt.
- 18) General Brian Robertson war britischer Militärgouverneur.
- 19) Am 1. November 1948 besetzten kommunistische Truppen Mukden im Süden der Mandschurei, nachdem am 30. Oktober zwölf Divisionen der Kuomintangtruppen südwestlich von Mukden kapituliert hatten. Der Abzug der Kuomintangtruppen aus der Mandschurei, der am 29. Oktober befohlen worden war, wurde dadurch unmöglich gemacht.
- 20) Am 29. Juli 1948 hatte das Exekutivkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, die SED *„in eine Kaderpartei mit einem kleinen militärisch gegliederten und zentral gesteuerten Funktionsapparat“* umzugestalten. Zu diesem Zweck hatte sie eine Säuberung des ganzen Mitgliederbestandes und des Funktionsapparates angekündigt und zahlreiche Kommunisten ausgeschlossen, die als *„Feinde der Sowjetunion“* oder als *„Spione und Saboteure in fremden Diensten“* angesehen wurden.
- 21) Am 1. Oktober 1948 traten 200.000 Arbeiter aus den Kohlengruben wegen beabsichtigter Entlassungen und unzureichender Lohnerhöhungen in den Streik. Nachdem die Regierung einige geringfügige Änderungen in Aussicht gestellt hatte, forderten die Christlichen Gewerkschaften und die sozialistische Force Ouvrière ihre Mitglieder zur Aufnahme der Arbeit auf.

Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke gaben infolge der Zusagen ihren passiven Widerstand auf, während die Bergarbeiter weiterstreikten. In die Kohlenbezirke wurden Truppenverstärkungen entsandt.

- 22) Der Sozialist Jules Moch war Innenminister und bezeichnete auf dem Nationalkongreß seiner Partei am 10. Oktober in Paris die Streiks als von der Kominform gesteuert, um die Marshall-Plan-Hilfe zu sabotieren.

Übersicht über März 1949, Nr. 1

- 1) Nachdem Anfang Februar 1949 fast das gesamte Nordufer des Jangtse im Gebiet von Nanking und Shanghai von den kommunistischen Truppen besetzt worden war, kam am 11. März die kommunistische Offensive zum Stillstand, und an vielen Stellen zogen sich die kommunistischen Truppen wieder von ihren Stellungen am Nordufer des Flusses auf weiter rückwärts gelegene Positionen zurück.
- 2) Die KP Chinas, die sich in der aufblühenden chinesischen Arbeiterbewegung hatte verankern können und bis 1927 auf 58.000 Mitglieder angewachsen war, hatte unter dem Einfluß der Kommunistischen Internationale und ihrer Berater eine Politik betrieben, die auf das Bündnis mit der Kuomintang setzte, obwohl die Kuomintang immer mehr nach rechts abgedriftet war, seit Tschiang Kai-schek 1925/26 die Führung übernommen hatte. Im April 1927 wurde schließlich von der Kuomintang in Shanghai gegen die KP geputscht, und 4000 Arbeiter wurden hingerichtet. Den „Säuberungen“, die die Kuomintang anschließend durchführte, fielen etwa 30.000 Kommunisten zum Opfer. Die Aufstände, die unter der Anleitung sowjetischer Abgesandter und Beauftragter der Kommunistischen Internationale in einigen Gebieten organisiert wurden, wurden blutig niedergeschlagen. In der Folgezeit begann sich die KP Chinas unter der Führung Mao Tse-tungs stärker auf die Bauernschaft zu stützen.
- 3) 1917 war zunächst das Land an die Bauern verteilt worden. Die Weigerung bzw. die Unfähigkeit der Bauern, die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen, hatte jedoch 1929 dazu geführt, die Politik des Ausgleichs mit den Bauern zu beenden. Teilweise gewaltsam wurden die Bauern in Kolchosen zusammengefaßt, und Zehntausende von „Kulaken“ (reiche Bauern) wurden vertrieben. Diese Kollektivierung stieß auf heftigen Widerstand bei den Kulaken, die für die landwirtschaftliche Produktion entscheidend waren, und mußte deshalb als „Revolution von oben“ durchgesetzt werden.
- 4) Großbritannien hatte seine Handelsbeziehungen genutzt, um Opium in großen Mengen aus Bengalen nach China einzuführen. Die chinesischen Behörden hatten zwar daraufhin versucht, das Opiumrauchen streng zu verbieten und die Einfuhr dieses Rauschgiftes zu unterbinden, aber – begünstigt durch Korruption und Bestechung – war der Schmuggel aufgeblüht. Die Beschlagnahme und Vernichtung einer Opiumladung war schließlich für Großbritannien der Anlaß gewesen, China den Krieg zu erklären, und in diesem „Opiumkrieg“ (1839 – 1842) hatte schließlich China nicht nur die militärische Überlegenheit Großbritanniens erkennen, sondern für seine Niederlage auch noch teuer bezahlen müssen: es wurde gezwungen, fünf Häfen für den ungehinderten Handel zu öffnen. Stück für Stück hatte China in der Folgezeit Hoheitsrechte an die imperialistischen Großmächte abtreten müssen, wobei Widerstandsaktionen der Chinesen immer wieder Anlaß für die Briten waren, mit Hilfe militärischer Strafexpeditionen Macht zu demonstrieren, wie zum Beispiel im „Boxeraufstand“ 1900.
- 5) Am 4. Juni 1918 hatte Georgij W. Tschitscherin, sowjetischer Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, eine Wende in der sowjetischen China-Politik angekündigt, deren Kern im Verzicht auf die Sonderrechte bestand, in deren Genuß das zaristische Rußland durch ungleiche Verträge oder durch Geheimverträge auf Kosten Chinas gelangt war. Nachdem diese Ankündigung am 26. Juli 1919 durch eine Erklärung bekräftigt worden war, waren im Herbst 1922 Verhandlungen zwischen der SU und China aufgenommen worden. Am 24. Mai 1924 wurde schließlich ein Vertrag unterzeichnet, der als der bedeutendste der neuen Verträge Chinas begrüßt und gefeiert wurde.

- 6) Der Freundschaftsvertrag mit China vom 14. August 1945 hatte der SU Vorteile in der Mandschurei verschafft und ihr Port Arthur und Dairen zurückgegeben. Am 15. Januar 1946 hatten die sowjetischen Truppen schließlich begonnen, die Mandschurei, in die sie nach der Kriegserklärung an Japan am 8. August 1945 einmarschiert waren, wieder zu räumen. Noch vor dem endgültigen Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg wurde jedoch am 23. Februar 1949 zwischen der SU und den chinesischen Kommunisten im befreiten Nordwestchina ein Kooperationsvertrag vorbereitet, und am 30. Juli 1949 wurde schließlich zwischen der SU und der Mandschurei ein Handelsabkommen unterzeichnet, in dem sich die SU verpflichtete, Maschineneinrichtungen, Kraftwagenmotoren, Erdölprodukte usw. zu liefern, während die Mandschurei umgekehrt den Export von Sojabohnen, Mais, Reis, Hülsenfrüchte usw. versprach.
- 7) vgl. Anm. 2. Zu den abgesandten Beratern der Kommunistischen Internationale gehörten der sowjetische Kommunist Michail M. Borodin (1884 – 1951), der 1923 auf Einladung Sun Yat-sens als Berater für die Reorganisierung der Kuomintang nach China gegangen war, und das KP-Mitglied Heinz Neumann (1902 – 1937), der als Vertreter der KPD bei der Komintern das besondere Vertrauen Stalins besaß und den Aufstand in Kanton 1927 mitorganisiert hatte.
- 8) Die KP Chinas war weder Gründungsmitglied noch Mitglied des Kommunistischen Informationsbüros. Ihre Solidaritätserklärung gegen die KP Jugoslawiens (vgl. dazu die Übersicht über Juli 1948, Nr. 11) hing damit zusammen, daß sie mit der SU zu einer Einigung über die Mandschurei kommen mußte.
- 9) vgl. Edgar Snow: Red Star over China, New York 1937 (deutsch: Roter Stern über China, Frankfurt/Main 1970)
- 10) Protektorate: Schutzgebiete
- 11) Am 25. September 1945 war von Delegierten aus 56 Ländern, die rund 66 Mio. Mitglieder vertraten, in Paris der Weltgewerkschaftsbund (WGB) gegründet worden. Vgl. dazu Waldemar Bolze: Der Weg der Gewerkschaften (1946), herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen o.J.
- 12) Da es die Mehrheitsverhältnisse im WGB nicht zugelassen hatten, eine Generaldebatte über den Marshall-Plan zu erzwingen, und das Generalsekretariat den Marshall-Plan offen als „imperialistische Machenschaft zur Versklavung der Völker Europas“ bezeichnet hatte, war auf Betreiben des Sonderbeauftragten der amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO, Irving Brown, im März 1948 in London eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter einberufen worden, deren Länder sich am Marshall-Plan beteiligen wollten. In einer Erklärung wurde der Marshall-Plan begrüßt. Im Grunde genommen war die Londoner Konferenz die erste Demonstration einer neuen Gewerkschaftsinternationale.
- 13) Auf einer Konferenz in London im November/Dezember 1949 wurde schließlich von 251 Delegierten aus 52 Ländern, die insgesamt 48 Mio. Mitglieder vertraten, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) gegründet.
- 14) 1848 hatten Karl Marx und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest veröffentlicht, und am 28. September 1864 war in London die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet worden, deren Statut und Programm von Karl Marx entworfen worden war.
- 15) paradiereen: zur Schau stellen, sich aufspielen
- 16) Die kurze Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation ist durchzogen vom Gegensatz zwischen den Vertretern der industriell stark entwickelten Länder einerseits, auf die sich Karl Marx stützen konnte, und den Vertretern der noch agrarisch geprägten Länder mit handwerklicher Kleinproduktion andererseits, die den Auffassungen von Proudhon bzw. Bakunin anhängen. Nach der Niederlage der Pariser Kommune 1871 verschärften sich die Auseinandersetzungen, und da Karl Marx und der Generalrat dafür eintraten, daß überall selbständige, legale Arbeiterparteien gegründet werden müßten, verloren sie auch die Unterstützung der britischen Gewerkschaftsbewegung, die Hoffnungen in ein Bündnis mit dem radikal-demo-

kratischen Flügel der Liberalen setzten. 1872 wurde schließlich der Sitz des Generalrats von London in die USA verlegt, und 1876 wurde auch formell die Internationale Arbeiter-Assoziation aufgelöst.

- 17) Am 1. Mai 1926 waren 850.000 englische Bergarbeiter ausgesperrt worden, da sie sich geweigert hatten, eine Lohnkürzung von 10 Prozent und eine Arbeitszeitverlängerung hinzunehmen. Am 4. Mai hatte daraufhin der Generalrat der englischen Gewerkschaften die Arbeiterklasse aufgefordert, den Kampf der Bergarbeiter durch einen Generalstreik zu unterstützen. Obwohl dieser Aufruf weitestgehend befolgt wurde und die Streikfront keineswegs bröckelte, hatte jedoch der Generalrat am 12. Mai dem *Druck der Regierung nachgegeben* und den Generalstreik für beendet erklärt. Der Streik der Bergarbeiter dauerte trotzdem mit einer Zähigkeit sondergleichen bis zum 29. November 1926 an und endete schließlich mit einer völligen Niederlage. *Nachdem der Generalstreik abgebrochen* worden war, hatte der Internationale Gewerkschaftsbund die Verantwortung für die internationale Solidarität mit den englischen Bergarbeitern den zuständigen Berufssekretariaten übertragen. *Gemeinsame Aktionen blieben jedoch aus, und auch die Appelle der KPD an die deutschen Berg- und Transportarbeiter, sich nicht zu Streikbrechern machen zu lassen, blieben ohne Resonanz.* Im Gegenteil setzte ab Juni 1926 sogar ein wildes Überschichtenverfahren ein.
- 18) Am 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille, dem Beginn der Französischen Revolution, dem 14. Juli 1889, war in Paris die Zweite Internationale gegründet worden, nachdem schon mehrmals zuvor vergeblich versucht worden war, eine einheitliche internationale Arbeiterorganisation wiederzuerrichten.
- 19) Die Kopenhagener Konferenz vom 21. August 1901 war der eigentliche Ausgangspunkt einer *internationalen Gewerkschaftsorganisation*, an der zunächst Delegierte aus Deutschland, Großbritannien, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland teilgenommen hatten, während französische, italienische, österreichische, spanische und Schweizer *Vertreter 1902 hinzukamen.* Internationale Zentralstelle wurde Deutschland, und Carl Legien (1861 – 1920), Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, war von 1903 bis 1913 Sekretär der Zentralstelle der gewerkschaftlichen Internationale bzw. ab 1913 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, wie die Zentralstelle umbenannt wurde.
- 20) Am 5. Juli 1916 trafen sich die gewerkschaftlichen „Internationalisten“ aus den Ländern der Entente (Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien) in Leeds und am 10. Juni 1917 die aus den Ländern des Dreibundes und seiner Verbündeten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Niederlande, Skandinavien) in Stockholm. Die internationale Konferenz am 1. Oktober 1917 in Bern mußte *ohne die Entente-Vertreter tagen, so daß erst nach Ende des Krieges* wieder eine gemeinsame Konferenz zustandekam. Nachdem im Februar 1919 in Bern beschlossen worden war, einen internationalen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, trafen sich schließlich die *ehemals feindlichen Brüder* vom 28. Juli bis 2. August 1919 in Amsterdam, nicht bevor jedoch der deutsche Gewerkschaftsvertreter Johannes Sassenbach ein Schuldbekennnis abgelegt hatte.
- 21) Samuel Gompers hatte 1886 die American Federation of Labour (AFL) gegründet, und sein Nachfolger als Vorsitzender der AFL war William Green. 1937 wurde die AFL in den IGB aufgenommen.
- 22) Galvanisierung: Heilbehandlung gelähmter Muskeln mit Gleichstrom. Den Ausdruck „*Galvanisierung des Amsterdamer Leichnams*“ gebrauchte der sowjetische Delegationsführer Tarassow in seinem Artikel über „*Die Vorbereitung des Weltgewerkschaftskongresses*“ in der Zeitschrift „*Temps Nouveaux*“ vom 5. August 1945.
- 23) Der WGB, der nicht im Dezember, sondern schon im September 1945 gegründet wurde (vgl. Anm. 11), war das Gegenstück der *Arbeiterbewegung zur Anti-Hitler-Koalition* während des Zweiten Weltkrieges. Seine offiziellen, nach außen bekundeten Ziele waren nicht sozialistisch und unter den Mitgliedsorganisationen auch gar nicht umstritten.

- 24) Walter Schevenels war Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewesen, der von 1919 bis 1928 seinen Sitz in Amsterdam hatte, anschließend nach Berlin überwechselte und von dort 1933 nach Paris floh. Zu den Zeitungsartikeln von Tarassow vgl. Waldemar Bolze, a. a. O., S. 113 ff.
- 25) Walter Citrine vom britischen TUC hatte auf dem Gründungskongreß in Paris erklärt: *„Wenn sich unsere Organisation in dem Labyrinth der Politik verirrt, wird sie zusammenbrechen, wird sie untergehen“*. Der Holländer Jacob Oldenbroek war Vertreter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, die ihre Selbständigkeit nicht an die Zentrale des WGB abzutreten gedachte.
- 26) Vor allem Solomon A. Lösowski (1878 - 1952), von 1921 bis 1937 Vorsitzender der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), hatte Anfang 1928 - ausgehend von der These, daß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Jahren stärker mit dem kapitalistischen Staatsapparat verwachsen sei - die Anwendung schärferer Maßnahmen vorgeschlagen, wie die Aufstellung selbständiger Listen bei den Betriebsratswahlen und eine straffere Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition, die dann schließlich in die Gründung der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) mündete

Aus dem Inhalt:

Sechs Monate nach der Währungsreform

Der Kampf in Deutschland in einer neuen Phase

Der Kampf gegen die Demontagen

Musterbeispiel der Klassenjustiz

Die Lehren der Gemeindewahlen

Das Ruhrstatut (I)

Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle?

Das Ruhrstatut (II)

Der Weg der SP Bayerns 1948

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie (I)

Die Lage der Hamburger Hafenarbeiter

Betriebsratswahl bei Opel Rüsselheim

Nach der Bildung der Ostregierung (Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)

Die Parteiführung zerschlägt die KPD (Korrespondenz Hamburg)

Solidarität mit Salzgitter

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften

Zu Stalins 70. Geburtstag

Christlich-demokratischer Steuerwucherer Arbeitsdienst droht

Bonn »regiert« auf Kosten der Arbeiter!

Der Konflikt Stalin—Tito und die deutschen Werktätigen

USA-Fraktion in der SPD

Steigendes Elend — abwartende Haltung der Bevölkerung im Salzgittergebiet

Das Saargebiet und die deutschen Arbeiter

Reimann auf der 4. Parteivorstandssitzung der KPD

Der Ausweg für die Berliner Arbeiter

Stalin als Außenpolitiker (1. Teil)

Lohnbewegung im Bergbau und Mitbestimmungsrecht

China und die SU

Rings um die chinesische Revolution

Stalin als Außenpolitiker (2. Teil)

Die Wurzeln der Politik der KPD

Den »monatlichen Übersichten« folgte die Zeitschrift:

Arbeiterpolitik

Nr. 1

Ende November 1948

Preis —,30 DM

1. Die Befehlsmächte
Die Weltmächte
Drei Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Lage Deutschlands und insbesondere der Arbeiterklasse trostloser denn je zuvor. Vor allem die deutsche Arbeiterklasse ist zum Hauptopfer der Entwicklung der letzten 15 Jahre geworden. Aus Angelt vor der deutschen und ihren eigenen Arbeiterklassen haben die weltlichen Bourgeoisien Hitler aktiv und passiv bis er jenes Maß an Kraft erreichte, welches ihm ermöglichte, den Weltkrieg anzutreten. Es war dies kein „Fehler“ der Bourgeoisien, wie sie heute weismachen wollen, sondern die Gruppe Arbeiterpolitik im Vorwort:

„Unter allen Zeitschriften, die nach dem 2. Weltkrieg in den damaligen westlichen Besetzungszonen, der heutigen BRD, erschienen sind und einen Leserkreis auch in der von der Roten Armee besetzten Zone fanden, nimmt die »Arbeiterpolitik« nach Auflage und Umfang sicherlich einen der letzten Plätze ein. Das Bedürfnis, die älteren Jahrgänge der »Arbeiterpolitik« neu herauszubringen, zeigt jedoch, daß ihre Qualität die Quantität vieler linker Zeitschriften überlebt hat. . . Die »Arbeiterpolitik« hat als einzige Arbeiterzeitung nach dem 2. Weltkrieg — von den bürgerlichen Blättern ganz zu schweigen — auf die von den Militärbehörden vorgeschriebene Lizenzierung (unter die jede politische Tätigkeit in Wort und Bild fiel) »verzichtet«, weil sie es ablehnte, sich der von den Militärbehörden und ihren Institutionen ausgeübten Kontrolle und Zensur zu unterwerfen. . . Diese politische Haltung entsprach nur kommunistischen Grundsätzen, daß Kommunisten allein von den Interessen der Arbeiterklasse und ihres Befreiungskampfes ausgehen und nicht von fremden. . .
Alles, was die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch leistete, und alles, was sie gedruckt und abgezogen herausgab, hat sie bis auf den heutigen Tag aus eigener Kraft — sowohl politisch wie materiell — geleistet. Damit hat sie eine der wichtigsten Erfahrungen aus dem Niedergang der kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg zur Grundlage ihrer politischen Tätigkeit gemacht. Diese Erfahrung besteht darin, daß die materielle Unterstützung der KPD durch die russische Partei und die Kommunistische Internationale die Entwicklung der eigenen Kräfte mehr negativ als positiv beeinflußt hat. . . «

Vollständiger Nachdruck der ersten 29 Ausgaben der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« von November 1948 bis Juli 1950. Einschließlich des seltenen Sonderheftes vom Oktober 1949. Vorwort von 1975. 440 Seiten Text faksimiliert, durchgehend paginiert (einschließlich der Original-Seitenzahlen), Klebebindung, Format 14,5 x 20,5 cm. Preis DM 18,—.

GFSA

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 28 Bremen 15 · Postscheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77-205, BLZ 200 100 20

...weitere Broschüren zum Thema:

Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem »Internationalen Klassenkampf«, Organ der IVKO (Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition) von 1935 bis 1939. Anhand des Spanischen Bürgerkrieges und der Volksfrontpolitik in Frankreich wird u.a. die Außenpolitik der Sowjetunion und deren Folgen behandelt; Nachdruck, Vorwort von 1974.
95 Seiten, Klebebindung, 5,00 DM

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, September 1945.
32 Seiten, Broschur, 2,50 DM

August Thalheimer

Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion

Die SU von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern 1946. Der erste Teil einer Arbeit, die Thalheimer nicht mehr beenden konnte.
Nachdruck, Vorwort von 1952.
43 Seiten, Broschur, 3,00 DM

August Thalheimer

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

Veröffentlicht unter dem Pseudonym Aldebaran, Anfang 1946. Nachdruck.
27 Seiten, Broschur, 2,50 DM

Waldemar Bolze

Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion

Auseinandersetzung mit der Kritik an der SU in Kravchenkos »Ich wählte die Freiheit« (Bolze, 1947) und Solschenizyns »Archipel Gulag« (Gruppe Arbeiterpolitik, 1974).
Vorwort von 1974.
68 Seiten, Broschur, 4,00 DM

Briefe an unsere Leser, von 1960 bis 1962

Briefe an unsere Leser, von 1963 bis 1965

»Informationsbriefe der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik«, u.a. mit Artikeln von H. Brandler. Einfacher Nachdruck. Ca. 210 Seiten Schreibmaschine, Klebebindung, je Band 12,00 DM

Arbeiterpolitik – komplette Jahrgänge ab 1965

Die »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik« eines Jahres zusammen mit allen Beilagen, Flugblättern usw.
Ca. 5 bis 8 Hefte, 8,00 bis 25,00 DM

Arbeiterpolitik-Abonnement

Die »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik« erscheinen 6- bis 8mal im Jahr mit ca. 24 bis 48 Seiten, dazu Themen-Beilagen, Lokal-Beilagen und Sonderhefte. Berichte und Kommentare zur internationalen Arbeiterbewegung, zur weltpolitischen Entwicklung, zur Innenpolitik und vor allem zur Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften. Diskussionsartikel. Arbeiterkorrespondenzen. Abo für ein Jahr, inkl. Porto, z.Z. 25,00 DM

Fordern Sie die aktuelle Liste aller angebotenen Broschüren und Bücher bei der Vertriebsadresse an.

GFSA GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 28 Bremen 15 · Postscheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77 - 205. BLZ 200 100 20

Der Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen und Berichte
der KPD-Opportunisten
1928—1933

Die hier vorliegenden Artikel entstanden ursächlich in den Tageskämpfen am Ende der Weimarer Republik. In der täglichen politischen Praxis, in dem dauernden Ringen um Einheit und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus entstand für die Genossen der KPD-O die Notwendigkeit, sich theoretisch Klarheit über die Klassenkräfte zu verschaffen. Gerade diese Verbindung von praktischer Auseinandersetzung und theoretischer Analyse macht dieses Buch zu einer aufregend-klärenden Chronologie der Zersetzung der parlamentarischen Demokratie Weimars bis hin zur Machtübernahme des Faschismus 1933. Wer den Nachkriegs-Aufstieg der bürgerlichen Demokratie Westdeutschlands mit seiner „... Grundordnung“ und dem nun deutlicher werdenden Niedergang mit all seinen Wurzeln begreifen will, sollte den Zerfall des Widerstands der Demokraten Weimars studieren. Dazu gehört die schonungslose Bilanz über die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung 1933.

Der Faschismus in Deutschland
Analysen und Berichte der KPD-O
Nachdruck des 1973 bei EVA erschienenen Buches, **erweitert um zwei neue Abschnitte:** »Faschistische Parolen und Schlagworte« und »Die praktische Anwendung im Abwehrkampf«

293 Seiten, 15,- DM

Vorbemerkung zur zweiten, erweiterten Auflage 1981
Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik 1973

I. Bonapartismus und Faschismus
Über den Faschismus

II. Kapitaloffensive und Krise des Parlamentarismus
Krise des Parlamentarismus — Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft.
Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese
Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive

III. Die Faschismuskritik innerhalb der KPD-O
Faschismus, Bonapartismus und bürgerliche Demokratie
Über die Perspektiven der Entwicklung des Faschismus

— Einige Bedenken
— Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland
— Erneut Bedenkliches
— Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen
Faschismus und bürgerliche Demokratie

IV. Der Aufschwung des Faschismus
Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

Eine verlorene Hauptschlacht
Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland

V. Der Bankrott der Arbeiterparteien
Der Bankrott der reformistischen Ideologie

Über die Lage und Rolle der SPD
Der Bankrott der ultralinken Auffassungen von der Krise des Kapitalismus

Die ultralinke Politik und der Faschismus

VI. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik
Nach den Wahlen des 6. November

Von Brüning bis Schleicher
Faschistische Diktatur über Deutschland

Die politische Lage
Deutschland und Italien

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte
Mimikriarakter, Tod dem Marxismus, Haut die Juden, Sozialisierung

VIII. Die praktische Anwendung im Abwehrkampf
Einheitsfront »von oben« und »von unten«

Antifaschistisches Kampfprogramm
Wie wird die Einheitsfront organisiert?

Einheitsfront und Kommunistische Führung
Berichte und Notizen

Arbeiterpolitik

Einheitsfront gegen Nazi-Terror!
Grossteil ein Vorbild!

GEGEN DEN STROM
ORGAN DER KPD
(OPPOSITION)

Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

GFSA Gesellschaft z. Förderung
des Studiums der
Arbeiterbewegung u.V.
Postbox 10 64 26 - D-20043 Hamburg

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postcheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77-205, BLZ 200 100 20